Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung

In Verbindung mit einer Reihe namhafter Fachmänner aller Länder

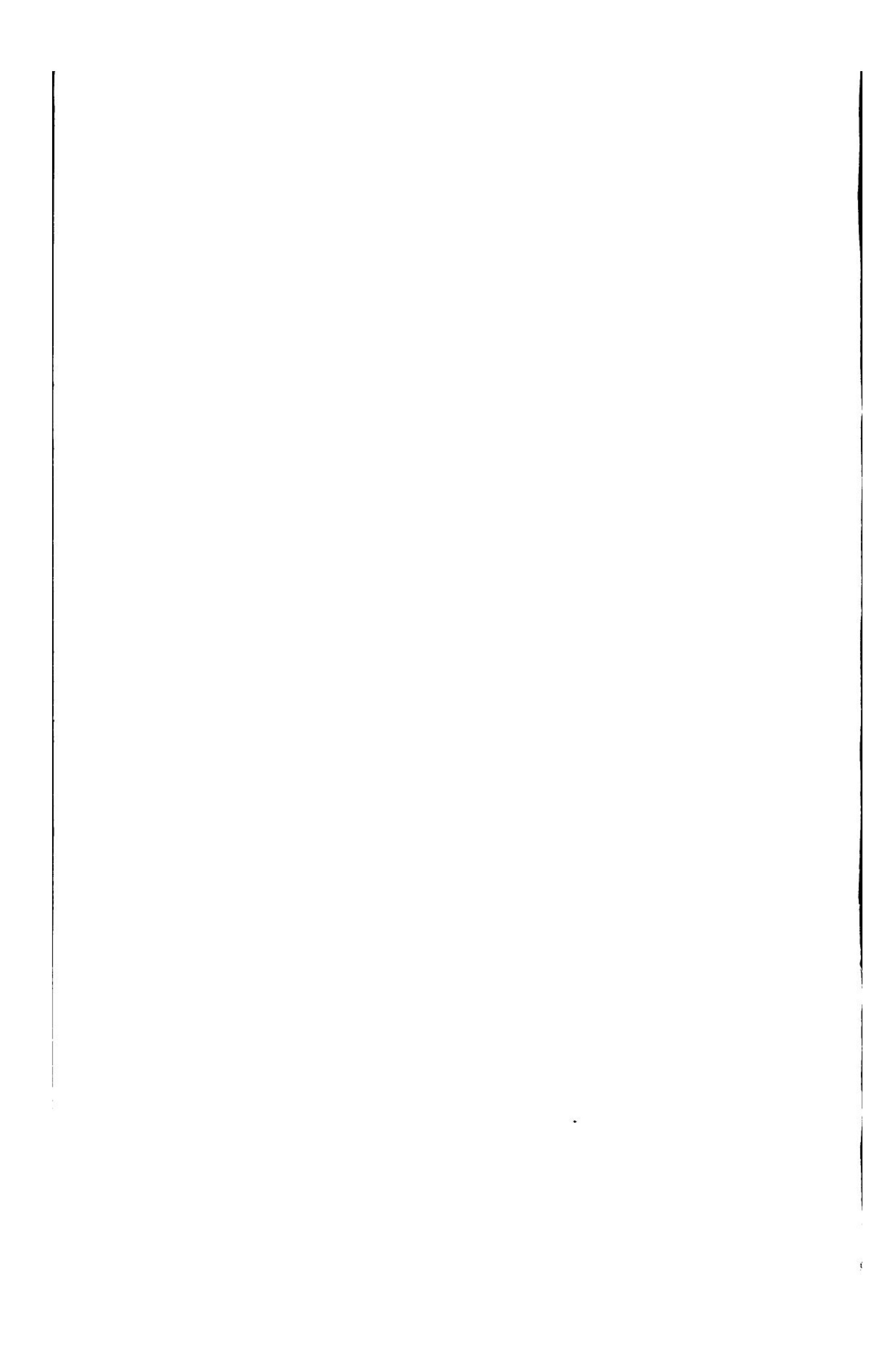
herausgegeben von

Carl Grünberg

Erster Band.



Leipzig
Verlag von C. L. Hirschfeld
1911.



Inhalt des ersten Bandes.

Abhandlungen.

Urkundliche Mitteilungen.

Literaturbericht.

Bibliographie.

Vorwort.

Die stetig fortschreitende Spezialisierung auch der sozialwissenschaftlichen Forschung macht es immer schwieriger, deren Resultate zu übersehen, sich anzueignen und zusammenzufassen. Sie birgt so die Gefahr in sich, daß die Vorteile der Arbeitsteilung sich in ihr Gegenteil verkehren und daß die Arbeitsteilung zur Arbeitstrennung werde — eine Gefahr, die durch den notwendig internationalen Charakter der Sozialwissenschaften noch gesteigert erscheint. Schon diese Erwägung allein rechtfertigt und fordert die Begründung von Spezialzeitschriften. Als Sammelstellen des Zusammengehörigen und durch gleichzeitig scharfe Abgrenzung der verschiedenen Arbeitsgebiete erleichtern sie gleichermaßen schaffende wie rezeptive Tätigkeit, wirken anregend auf diese und jene und — das Wichtigste — schaffen erst die technische Voraussetzung für die Vereinigung des arbeitsteilig Gewonnenen, ohne die jede Arbeitsteilung nicht nur unfruchtbar bleiben, sondern geradezu schädlich wirken muß. Fachzeitschriften allgemeinen Charakters sind zu all dem, wie die tägliche Erfahrung lehrt, außerstande, auch wenn sie der Zahl und dem Umfange nach noch so sehr anschwellen. Bei der Vielheit und Mannigfaltigkeit ihrer Aufgaben wird ein Teil derselben notwendig vernachlässigt. Und es liegt in der Natur der Dinge, daß die von ihnen ausgehenden Anregungen zur Lösung anderer als der gerade im Vordergrunde stehenden Probleme sowie ihr synthetischer Einfluß gering und jedenfalls mehr zufälliger Art sind.

Bedarf es eines Beweises für diese Thesen? Niemals waren die besten Köpfe so sehr von historischem Geist erfüllt wie in unseren Tagen, niemals zuvor ist die historische Methode in Gesellschafts- und Wirtschaftslehre zu solcher Anerkennung gelangt.

Und doch hat man wohl keinen Widerspruch zu befürchten, wenn man feststellt, daß die Entwicklungsgeschichte der sozialwissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Gedankenreihen im Vergleich mit jener von Recht, Philosophie, Kunst und Literatur bisher ungebührlich vernachlässigt worden ist oder mindestens nicht jene Pflege gefunden hat, die ihrer Wichtigkeit entspricht. In besonders hohem Maße gilt dies von der Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung — wobei unter jenem sämtliche privateigentumsfeindliche Lehren, unter dieser die Massenbewegungen zu deren Durchsetzung, aber auch solche mit dem Ziel bloß sozialer Reformen im Rahmen der herrschenden Wirtschafts-, Gesellschafts- und Rechtsordnung verstanden sein mögen. Wie gering ist die pragmatische Kenntnis ihrer Wandlungen in Zeit und Raum, deren theoretischer Begründung und jeweiliger Funktionierung, ihres positiven und negativen Einflusses auf Volkswirtschaftslehre, Volkswirtschafts- und Sozialpolitik, Rechtsphilosophie und Staatslehre und umgekehrt ihrer Beeinflussung durch diese; des Wechsels in den Anschauungen über sie; der Ursachen schließlich von all dem!

Die Prüfung und Beantwortung der angedeuteten Fragen bietet nicht nur rein wissenschaftlich und namentlich für die Geschichte der politischen Ökonomie, sondern wohl auch praktisch-politisch das höchste Interesse. Ihnen wird sich die neue Zeitschrift widmen und dabei bemüht sein, ihrer Aufgabe entsprechend, internationalen Charakter beizubehalten.

Stofflich wird sie sich gliedern in:

I. Abhandlungen, deren Umfang in der Regel drei Druckbogen nicht übersteigen soll;

II. Urkundliches Material, und zwar ebensowohl handschriftliches wie älteres, bereits gedrucktes, das aber bereits vergriffen und allgemein unzugänglich geworden ist;

III. eine Chronik je des letzten Jahres, in welcher zunächst alle programmatisch bedeutungsvollen Beschlüsse sämtlicher Arbeiterparteitage mit dokumentarischer Genauigkeit registriert werden sollen, in weiterer Folge aber auch die sonstigen für die Entwicklung des Sozialismus und der Arbeiterbewegung wichtigen Geschehnisse;

IV. Referate und Literaturübersichten, in denen die bedeutsameren Erscheinungen auf dem Arbeitsgebiete des Archivs einzeln

oder gruppenweise — streng sachlich und unter Vermeidung persönlicher Angriffe — gewürdigt werden sollen;

V. eine möglichst vollständige Bibliographie.

Das Archiv will weder einer bestimmten Weltauffassung noch einer besonderen wissenschaftlichen Richtung oder gar irgendeiner Parteimeinung dienen. Demgemäß wird denn auch keine Einheitlichkeit in den Anschauungen der Mitarbeiter untereinander und mit dem Herausgeber vorausgesetzt oder erstrebt. Wäre ja sogar bei einer solchen das erkenntniskritische und synthetische Ziel des neuen wissenschaftlichen Unternehmens überhaupt nicht erreichbar. Niemals und nirgends sind einseitige Urteile von Nutzen, am wenigsten aber so komplexen und vielgestaltigen Erscheinungen gegenüber wie der Sozialismus und die Arbeiterbewegung. Diese nach allen Seiten hin beleuchten, sie in ihren zeitlich und räumlich wechselnden Formen festhalten, sie ursächlich erklären und würdigen, bietet Schwierigkeiten, die um so weniger durch isolierte Arbeit einzelner bewältigt werden können, als absolute Unvoreingenommenheit den Problemen des wirtschaftlich und sozial Seinsollens gegenüber schlechthin undenkbar ist. Erst die Betrachtung des gleichen Gegenstandes durch viele und von vielen Seiten aus vermag uns bei solchen objektivem Urteil näher und nahe zu bringen.

Hieraus ergibt sich vor allem, daß der Herausgeber die Mitarbeit von Vertretern aller wissenschaftlichen Meinungsrichtungen erbittet und erhofft — ohne Rücksicht auf deren Gegensätzlichkeit und vielmehr gerade um dieser Gegensätzlichkeit willen: also gleichermaßen von Individualisten und Anarchisten wie von Sozia listen, von Konservativen wie von Radikalen, von Anhängern des Gedankens sozialer Reformen auf religiöser Grundlage wie von Gegnern einer solchen. Ihrer aller Arbeitsergebnisse sollen dem Archiv willkommen sein, wenn und soweit sie auf dem Wege exakt methodischer, von wissenschaftlichem Ernst getragener Forschung gewonnen sind und mit wissenschaftlicher Ruhe dargelegt werden: gleichgültig, ob der Herausgeber ihnen von seinem besonderen Standpunkt aus zuzustimmen vermag oder ob sie von den Schlußfolgerungen abweichen, zu denen etwa sonstige vorher im Archiv veröffentlichte Untersuchungen gelangt sind. Im Hinblick hierauf muß sich natürlich der Herausgeber das Recht vor-

behalten, die gleichen Probleme neben- oder nacheinander von verschiedenen Mitarbeitern behandeln zu lassen, — ein Vorbehalt, der auch in betreff der kritischen Besprechung literarischer Erscheinungen Geltung hat. Für den Inhalt der einzelnen Beiträge sind ferner deren Verfasser allein verantwortlich, keiner unter diesen aber auch für mehr als seine eigenen Beiträge. Der Herausgeber selbst endlich will als solcher von vornherein seine Verantwortung auf die strenge Einhaltung des oben abgesteckten wissenschaftlichen Rahmens der Zeitschrift beschränkt wissen.

Das neue Organ hat, gleich nachdem sein Programm veröffentlicht worden ist, allüberall freundliche Zustimmung sowie zahlreiche und werktätige Teilnahme gefunden. Dies erfüllt die Gefertigten mit dankbarer Genugtuung und zuversichtlicher Hoffnung: als Beweis, daß das „Archiv“ einem wirklichen wissenschaftlichen Bedürfnis entspringt, und als Bürgschaft zugleich, daß die Ziele, denen es zustrebt, auch werden erreicht werden.

Der Herausgeber. **Die Verlagsbuchhandlung.**

Die Rodbertus'sche Grundrententheorie und die Marx'sche Lehre von der absoluten Grundrente.

Von
L. von Bortkiewicz.

Erster Artikel.

In entschiedenem Gegensatz zu RICARDO vertritt RODBERTUS den Standpunkt, daß die Grundrente keineswegs den Verschiedenheiten entspringt, die der Boden hinsichtlich seiner Fruchtbarkeit aufweist. Aus diesen Verschiedenheiten, wo sie vorhanden seien, erkläre sich die ungleiche Höhe der Grundrenten, nicht aber die Grundrente als solche. So würde denn auch dort, wo „der Acker überall von gleicher Bonität ist", Grundrente abfallen und beim Vorhandensein verschiedener Bonitäten würde der schlechteste oder „letztangebaute" Boden noch immer Grundrente abwerfen. Denn das Wesen der Grundrente hänge gar nicht, wie die RICARDOsche Schule glaubt, damit zusammen, daß „wenn Unternehmungen von ungleicher Produktivität bei Beschaffung des gesellschaftlichen Bedarfs konkurrieren", die unproduktivste Unternehmung den Wert des Produktes bestimme. Nicht aus dieser untergeordneten Regel der Preisbildung, von der es übrigens auch gar nicht feststehe, daß sie allgemeine Gültigkeit hat[1]), sondern aus dem obersten Gesetze des Wertes, demzufolge sich die Produkte nach ihrer Kostenarbeit vertauschen, lasse sich die Grundrente mit zwingender Logik ableiten.

Zwecks solcher Ableitung zerlegt RODBERTUS das gesamte Produkt der nationalen Arbeit in zwei Teile: Rohprodukt und Fabri-

1) Dritter sozialer Brief, S. 144. Hier wie in folgendem zitiere ich nach der Schrift „Zur Beleuchtung der sozialen Frage". I. Teil, II. Aufl., hrsg. v. Moritz Wirth, Berlin 1899, aber mit Beibehaltung der Paginierung der I. Aufl. der Sozialen Briefe.

kationsprodukt[1]), von denen ersteres der Klasse der Grundbesitzer, die zugleich als landwirtschaftliche Unternehmer, letzteres der Klasse der Kapitalisten, die zugleich als gewerbliche Unternehmer gedacht sind, zufällt[2]). Zwar wird, meint Rodbertus, auch das Rohprodukt zeitweilig dem Kapitalisten gehören, „weil die Fabrikationsarbeiten am Rohprodukt vorgenommen werden und er sich also dasselbe von dem Grundbesitzer kaufen muß, aber dieses wird sich für ihn nur wie ein durchlaufender Posten verhalten". Namentlich wird für die Teilung des Gesamtbetrages der Rente[3]), welcher im nationalen Arbeitsprodukt steckt, unter die beiden besitzenden Klassen, der Umstand, daß das Rohprodukt zeitweilig in den Besitz des Kapitalisten übergeht, gleichgültig sein. Denn dieser Besitz des Rohprodukts ist für den Kapitalisten „ein abgeleiteter Besitz, den er dessen ursprünglichem Besitzer vollständig vergütet hat, während sein eigner ursprünglicher Produktbesitz der des Fabrikationsprodukts ist, das er unmittelbar selbst durch Arbeiter hat herstellen lassen"[4]).

Rodbertus nimmt ferner an, „daß sich das Rohprodukt wie das Fabrikationsprodukt nach der Kostenarbeit vertauschen", d. h. daß ihr Tauschwert sich im Verhältnis zu der Arbeit bestimmt, die zu ihrer Produktion erforderlich ist, und gründet darauf die Behauptung, daß bei gleichem Lohnsatz die Grundbesitzerklasse auf der einen Seite und die Kapitalistenklasse auf der anderen Seite durch den Verkauf ihrer Produkte so viel als Rente realisieren werden als der Kostenarbeit entspricht, die einerseits in dem Rohprodukt, andererseits in dem „Zusatzprodukt der Fabrikation" ent-

1) Dritter Brief, S. 81 fg. Das „Fabrikationsprodukt" ist nicht durch die gewerblichen Erzeugnisse schlechthin, sondern durch dasjenige an diesen Erzeugnissen dargestellt, was durch hinzugetretene gewerbliche Arbeit geschaffen ist. Sonst hätte die in Frage stehende Zerlegung keinen Sinn. Vgl. Zur Erkenntnis unserer staatswirtschaftlichen Zustände, S. 78 fg., wo Rodbertus zum ersten Male seine Grundrententheorie entwickelt und wo er sich der Ausdrücke „Landwirtschaftliches Produkt" und „Fabrikations- und Transportationsprodukt" bedient. 2) Mit Rücksicht darauf, daß auch zur Vornahme der landwirtschaftlichen Arbeiten Kapital nötig ist, stellt Rodbertus gelegentlich (Dritter Brief S. 88, 90) nicht den Kapitalisten schlechthin dem Grundbesitzer schlechthin, sondern den „reinen Kapitalisten" dem „vorzugsweisen Grundbesitzer" gegenüber. 3) Rente bedeutet bei Rodbertus alles arbeitslose Einkommen ohne Rücksicht darauf, ob es sich auf Grundbesitz oder auf Kapitalbesitz gründet. 4) Dritter Brief S. 88.

halten ist [1]). Anders ausgedrückt, wird sich der Gesamtbetrag der Rente unter die beiden Unternehmerklassen nach Maßgabe des Wertes des Rohproduktes und des Wertes des Fabrikationsproduktes teilen, wobei immer zu beachten ist, daß letzterer den Wert der verarbeiteten Rohstoffe nicht enthält.

Wenn man nun den auf das Fabrikationsprodukt entfallenden Betrag der Rente in Beziehung zu dem in der Fabrikation investierten „Unternehmungsfonds" bringt, so ergibt sich ein bestimmter Kapitalgewinnsatz. Dieser Satz wird auch für den Grundeigentümer insofern in Betracht kommen, als er an denselben sich halten wird, um zu bestimmen, wieviel ihm bei der gegebenen Größe seines (in der Rohproduktion investierten) Kapitals als Kapitalrente zukommt. Sofern die so berechnete landwirtschaftliche Kapitalrente hinter der ganzen dem Grundeigentümer zufließenden Rente zurückbleibt, wird der sich ergebende Überschuß eben als Grundrente angesprochen werden müssen, „weil er auf nichts anderes mehr zu berechnen ist" und „dem Besitzer des Bodens als solchem zufällt". Daß sich aber ein solcher Überschuß bilden wird, folgt notwendig aus dem Umstand, daß einem gegebenen Produktwert in der Landwirtschaft ein kleineres Kapital oder ein kleinerer „Unternehmungsfonds" als in der Fabrikation entspricht, „weil in dem Unternehmungsfonds, auf den der Anteil des Kapitalisten berechnet wird, auch das gekaufte Material mit figuriert, in dem landwirtschaftlichen Betriebe aber, da der Boden selbst das Material ist, ein zu berechnendes Material fehlt" [2]).

Man möchte hier vor allem einwenden, daß, sofern zum „Unternehmungsfonds" auch stehendes Kapital gehört, von welchem in dem Wert des Produkts jeweils nur eine bestimmte Quote wiedererscheint, es denkbar wäre, daß in der Landwirtschaft dieses Kapital entweder relativ stärker vertreten oder von größerer Dauerhaftigkeit als in der gewerblichen Produktion ist, wodurch die von

---

1) Rodbertus betrachtet nämlich den Arbeitslohn und die Rente als die beiden Teile, in welche das Arbeitsprodukt, soweit es Einkommen ist, zerfällt (Zweiter Brief S. 61). Darum muß die Rente bei gleichem Lohnsatz dem Wert des Arbeitsprodukts proportional sein. 2) Zur Erkenntnis, S. 85. Die Ansicht, daß der Boden vom Standpunkte der landwirtschaftlichen Produktion aus als „Material" zu betrachten ist, versucht Rodbertus im Dritten Brief, S. 214 näher zu begründen.

Rodbertus behauptete Wirkung des fehlenden Materialwerts wettgemacht werden könnte. Darauf hat zuerst Julius Zuns hingewiesen [1]) und gemeint, der Grund, warum Rodbertus das stehende Kapital bis auf die genannte Quote (d. h. soweit es nicht nach Maßgabe der Abnutzung der Werkzeuge und Maschinen, als welche es sich darstellt, in den Wert des Produktes eingeht) hier ganz unberücksichtigt lasse, läge darin, daß er nur das betrachte, was im Nationaleinkommen enthalten ist. Der Wert des stehenden Kapitals, „der nicht in das Produkt übergeht", sei aber im Nationaleinkommen „selbstverständlich nicht enthalten".

Indessen kann auf diese Weise die Ausschaltung des stehenden Kapitals (bis auf die besagte Quote) aus der Rechnung nur insofern gerechtfertigt werden, als es sich um die Zerlegung des Nationaleinkommens in Arbeitslohn und Rente handelt [2]). Wo aber die weitere Zerlegung der Rente in Kapital- und Grundrente in Frage kommt, müßte, gerade wenn man sich auf den Standpunkt von Rodbertus stellt, das ganze stehende Kapital mit herangezogen werden. Erfolgt doch diese Zerlegung, wie er lehrt, auf der Grundlage eines bestimmten Kapitalgewinnsatzes, der sich dadurch ergibt, daß die gewerblichen Unternehmer den erzielten Gewinn auf ihr ganzes Kapital berechnen, welch letzteres „den Wert des Materials, der Werkzeuge und des vorgeschossenen Arbeitslohnes" in sich begreift [3]).

Unter Ablehnung des Zunsschen Erklärungsversuches möchte man daher geneigt sein, die Art, wie Rodbertus mit dem stehenden Kapital bei der Ableitung der Grundrente umgegangen ist, eher darauf zurückzuführen, daß er sich von dem Gedanken leiten ließ, es bestehe in bezug auf die größere oder kleinere Rolle, die diese

---

1) Zuns, Einiges über Rodbertus, Berlin 1883, S. 8—9. 2) Rodbertus weist übrigens nach, daß in einem stationären Zustand der Volkswirtschaft der ganze Wert des Nationaleinkommens äqual ist sämtlicher in der betreffenden Produktionsperiode verwandten unmittelbaren Arbeit, weil nämlich die Quantität vorgetaner Arbeit, die für vernutzte Werkzeuge im Wert des Nationaleinkommens aufgerechnet wird, sich mit der Quantität unmittelbarer Arbeit decken muß, die in der gleichen Periode zur Instandhaltung des Nationalvermögens oder zum Zweck des Kapitalersatzes geleistet und verrechnet wird. Zur Erkenntnis, S. 120—122 und 128—129. 3) Dritter Brief, S. 77.

Kapitalart in der Produktion spielt, zwischen Landwirtschaft und Fabrikation kein prinzipieller Unterschied[1]). Immerhin bleibt da eine Lücke in der RODBERTUSschen Argumentation bestehen.

Bezüglich des stehenden Kapitals möchte man noch zur Ergänzung der ZUNSschen Kritik bemerken, daß RODBERTUS bei der Begründung seiner Grundrententheorie nicht einmal demjenigen Teil des stehenden Kapitals, welcher jeweils in den Wert des Produktes eingeht, in einwandfreier Weise Rechnung getragen hat. Indem er nämlich den Gesamtbetrag der Rente sich zwischen Grundbesitzern und Kapitalisten im Verhältnis zum Wert des Rohproduktes und des Fabrikationsproduktes verteilen läßt und bei diesen beiden Wertgrößen, also auch beim Wert des Rohproduktes, die mittelbare, wegen der vernutzten Werkzeuge und Maschinen aufzurechnende, Arbeit mit in Anschlag bringt[2]), operiert er offenbar mit der willkürlichen und dem wirklichen Sachverhalt nicht entsprechenden Vorstellung, daß die Arbeit, welche mittelbar zur Produktion der landwirtschaftlichen Erzeugnisse dient, in ihrem ganzen Umfange von den in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitern geleistet wird. Denn sofern die landwirtschaftlichen Werkzeuge und Maschinen Fabrikationsprodukt sind, würde es sich doch für die Grundeigentümer um einen „abgeleiteten Besitz" hierbei handeln. Und ein solcher bleibt ja nach RODBERTUS bei der Verteilung der Rente außer Betracht!

Eine weitere Schwäche der RODBERTUSschen Argumentation betrifft die gänzliche Außerachtlassung der Frage, ob das umlaufende, namentlich das als vorgeschossener Arbeitslohn auftretende Kapital sich in längeren oder kürzeren Perioden reproduziert. Es könnte sein, daß auch in dieser Beziehung die Landwirtschaft ungünstiger als die Fabrikation gestellt ist — ein Gesichtspunkt, den

1) Zur Erkenntnis, S. 85—86, wo RODBERTUS ausdrücklich bemerkt, daß er „das in der Landwirtschaft wie in der Fabrikation angewandte Kapital, mit Ausnahme des Materials in der letzteren, als im Verhältnis stehend zu der Quantität Arbeit, die das resp. Produkt kostet, annimmt". Es widerspricht dieser Auffassung nicht, wenn im Dritten Brief, S. 211—212, ausgeführt wird, daß in der Landwirtschaft das stehende Kapital einen größeren Anteil an dem gesamten in der Produktion investierten Kapital hat als in den Fabrikations- und Handelsbetrieben (weil ja bei letzteren der „Materialwert" hinzu tritt). 2) Dritter Brief, S. 97.

ZUNS, wie es scheint, ebenfalls als erster gegen RODBERTUS geltend gemacht hat[1]).

Diese beiden ZUNSschen Einwände finden sich bei LEXIS wieder, der RODBERTUS gegenüber behauptet, es sei namentlich wegen des in den Boden gesteckten Meliorationskapitals und wegen der langsameren Bewegung des umlaufenden Kapitals in der Landwirtschaft durch nichts gerechtfertigt, anzunehmen, daß in dieser Produktionssphäre auf jeden Arbeiter ein kleineres Kapital komme als in der Fabrikation, zumal da es durchaus unzutreffend sei, mit RODBERTUS die Sache so darzustellen, als ob die Landwirtschaft kein Rohmaterial gebrauchen würde. Ein solches sei vielmehr in Gestalt von Saatgut, Viehfutter, Dünger sehr wohl vorhanden, und es sei gleichgültig, ob diese Stoffe auf dem Gute selbst erzeugt oder gekauft würden. Denn auch im ersteren Fall müsse ihr Wert als Kapital in Anrechnung gebracht werden, da man sie ja hätte verkaufen und den Erlös anderweitig anlegen können[2]). LEXIS erhebt somit noch einen selbständigen dritten Einwand gegen RODBERTUS.

Eine Kritik, welche die Tendenz hätte, die theoretischen Konstruktionen des zu kritisierenden Autors mit seinen persönlichen Lebenserfahrungen in Zusammenhang zu bringen, könnte im gegebenen Falle der Versuchung unterliegen, die Ansicht von RODBERTUS, daß in der Landwirtschaft ein Rohmaterial fehlt, daraus zu erklären, daß er selbst als pommerscher Gutsbesitzer sozusagen nach vorkapitalistischem Schema gewirtschaftet und gerechnet hat[3]). Möglicherweise hat dieses Moment mitgespielt, aber im wesentlichen dürfte es sich hier um einen rein logischen Fehler handeln, der gewissermaßen auf eine Verwechslung der Landwirtschaft als eines immerwährenden Produktionsprozesses mit den auf eine bestimmte Zeitstrecke (Produktionsperiode) bezogenen Verhältnissen des land-

1) A. a. O. S. 9. Es ist überhaupt auffallend, daß RODBERTUS auf den Umstand, daß die Geschwindigkeit der Zirkulation des umlaufenden Kapitals in verschiedenen Produktionssphären nicht die gleiche ist, nirgends eingeht. Er bemerkt nur gelegentlich, daß er „der besseren Übersicht wegen eine gleiche Dauer der Produktionsperiode für alle Gewerke“ annimmt (Zur Erkenntnis, S. 120). 2) LEXIS, Zur Kritik der RODBERTUS'schen Theorien, in Hildebrands Jahrb. f. Nat.-Ök. u. Stat. Bd. IX (1884) S. 469. 3) Vgl. im zweiten Artikel meine Ausführungen über die Stellung von KARL MARX zur RODBERTUSschen Grundrententheorie.

wirtschaftlichen Betriebs hinausläuft. Denn wenn es bei RODBERTUS heißt: „Die Landwirtschaft bedarf nicht Produkt einer ihr vorangehenden Produktion zu Material, sondern beginnt überhaupt erst die Produktion, und der dem Material analoge Vermögensteil in der Landwirtschaft würde der Boden selbst sein, der aber von allen Theorien kostenlos vorausgesetzt wird“[1]), so trifft das eben nur in dem Sinne zu, daß die Landwirtschaft, abstrakt genommen, in bezug auf Beschaffung ihres Rohmaterials auf keinen anderen Produktionszweig angewiesen ist. Jene Worte verlieren aber ihre Gültigkeit, wenn man, wie es bei allen Erörterungen über Einkommensbildung als geboten erscheint, eine bestimmte Produktionsperiode ins Auge faßt, weil die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die für diese Produktionsperiode den Charakter als „Material“ annehmen, aus einer vorausgegangenen Produktionsperiode herrühren, für welche sie „Produkt“ sind.

Formell betrachtet, hat von den drei bisher betrachteten Einwänden der zuletzt besprochene die größte Bedeutung, weil er sich nicht mehr bloß auf eine Lücke in dem RODBERTUSschen Raisonnement bezieht, sondern eine wichtige Prämisse desselben einfach umwirft. Da man jedoch, wenigstens für das Gebiet der Fabrikation im ganzen, dem RODBERTUS jedenfalls soviel konzedieren muß, daß hier das Material einen größeren Anteil am Produktionswert hat als in der Landwirtschaft, so wird man wohl sagen können, daß durch diesen dritten Einwand in Verbindung mit dem ersten und zweiten die RODBERTUSsche These, derzufolge in der Landwirtschaft ein Überschuß über den rechnungsmäßigen Kapitalgewinn notwendig abfällt, nur erschüttert, nicht aber als direkt unrichtig erwiesen ist[2]).

Um die Unhaltbarkeit dieser These oder, was dasselbe ist, der RODBERTUSschen Grundrententheorie als solcher nachzuweisen, ist denn auch verschiedentlich gegen dieselbe in anderer Weise argumentiert worden, nämlich so: Man läßt die Behauptung, daß in der Landwirtschaft kein Materialwert auftritt und überhaupt eine im Vergleich zur Fabrikation relativ geringere Kapitalauslage erforderlich ist, unwidersprochen gelten und man zeigt, daß, wenn

---

1) Dritter Brief, S. 97—98. Vgl. S. 223, wo derselbe Gedanke in der Form ausgedrückt wird, daß „der Landwirtschaft keine andere Gattung von Arbeit mehr vorangeht“. 2) Vgl. ZUNS a. a. O. S. 14.

aus diesem Umstand bei Teilung der Produktion in Landwirtschaft und Fabrikation die Grundrente entspringen soll, die weitere Teilung der Fabrikation in einzelne selbständige Produktionsstufen konsequenterweise von einer Ungleichheit der Kapitalgewinne auf diesen verschiedenen Stufen begleitet sein müßte. Diese Folgerung schlage aber dem Gesetz der Gleichmäßigkeit der Gewinne ins Gesicht und so lasse sich nach dem Schema einer reductio ad absurdum der Nachweis erbringen, daß die Rodbertussche Grundrententheorie nicht nur unvollkommen begründet, sondern in ihrer Grundlage verfehlt sei.

Max Schippel, der als erster in dieser Weise gegen Rodbertus polemisiert hat, führt hierzu folgendes Zahlenbeispiel an [1]: „Gesetzt, A sei ein Gerstenproduzent, B ein Malzer; dazu kommen noch C, ein Bierbrauer, und D, ein großer Schankwirt; auch [2] in den Produktionswirtschaften von C und D mögen je 100 Arbeitstage dem Produkt einverleibt werden, wofür die Arbeiter von den C und D je 60 als Lohn [3] erhalten. Die gesamte Rente ist jetzt 160 [4]. Diese verteilt sich nach der sogenannten Ricardoschen Werttheorie wegen der gleichen Arbeitsquantität, die nach unseren Voraussetzungen in den spezifischen Erzeugnissen des A, B, C und D steckt, zu gleichen Teilen unter die vier Besitzer; jeder erhält also 40 zu Rente. — Welcher Unterschied aber in den Unternehmungskapitalien! A, der Landwirt, legt 60 für Arbeitslohn aus, sein Gewinn beträgt 66²/₃ Proz. B kauft das Produkt des A für 100, lohnt seine Arbeiter mit 60, für diese 160 Kapital erhält er mithin 25 Proz. als Gewinn. C, der Brauer, kauft das Malz für 200, er zahlt 60 Tage an sein Personal, legt also 260 Tage aus, von denen die Rente nur 15,4 Proz. ausmacht, und D endlich, der Restaurateur, bezahlt für Bier 300 und für Bedienung 60, sein Kapital verzinst sich also mit nicht mehr als 11,11 Proz."

So lasse sich, meint Schippel, die Rodbertussche Grundrententheorie zu einer allgemeinen „Überschuß-Rententheorie" er-

1) Schippel, Die Rodbertussche Grundrententheorie und die Werttheorie Ricardos. Staatswirtschaftliche Abhandlungen, hrsg. v. R. F. Seyfferth. 2. Serie. 1881—82. Stuttgart 1882, S. 462. 2) D. h. ebenso wie in den Produktionswirtschaften von A und B. 3) D. h. das Produkt von 60 Arbeitstagen. 4) Weil das fertige Produkt einen Arbeitskostenwert von 400 hat und der insgesamt gezahlte Lohn $40 \times 60 = 240$ beträgt.

weitern, derzufolge der Kapitalgewinnsatz um so höher ausfalle, je mehr sich ein Produktionsstrom seiner Quelle, der Rohproduktion, nähert, und um so niedriger, je mehr er sich davon entfernt. In dieser Verallgemeinerung höre aber die Theorie auf, diskutabel zu sein, weil sie dem Gesetz der Ausgleichung der Kapitalgewinne direkt widerspreche.

Unabhängig von SCHIPPEL machte auch ZUNS[1]) unter anderem darauf aufmerksam, daß sich in Gemäßheit dieser Theorie für die verschiedenen Abschnitte der Fabrikation, falls sie unter verschiedenen Eigentümern stattfinden, ungleiche Kapitalgewinnsätze ergeben würden. Es könnte sich demnach „aus der einheitlichen Fabrikation keine getrennte entwickeln" und doch sei die Annahme einer getrennten Fabrikation aus den Voraussetzungen, unter denen RODBERTUS selbst das Grundrentenproblem betrachtet, keineswegs ausgeschlossen.

Ähnlich gründet GEORG ADLER seine Widerlegung der RODBERTUSschen Grundrententheorie auf die Erwägung, daß, wenn man, wie es in dieser Theorie geschieht, von dem Ausgetauschtwerden der Produkte nach Maßgabe ihrer Kostenarbeit ausgeht, man notwendigerweise für alle Stadien der Verarbeitung des Produkts mit Ausnahme der allerletzten zu „Extra-Renten" gelangen müsse, die der RODBERTUSschen Grundrente durchaus analog seien[2]).

Neben SCHIPPEL, ZUNS und ADLER haben u. a. LEXIS[3]) und neuerdings FRANZ OPPENHEIMER[4]) den zuletzt besprochenen Gesichtspunkt gegen RODBERTUS hervorgekehrt. Von diesem Gesichts-

---

1) A. a. O. S. 10—11. 2) ADLER, Rodbertus, der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Leipzig 1884, S. 30—37. Bezüglich dieses Einwandes behauptet SCHIPPEL i. d. Tübinger Zeitschrift, 41. Bd. (1885), S. 458—459, sowohl ZUNS wie ADLER gegenüber, seine Priorität. Dabei bezieht sich SCHIPPEL auf eine in SCHMOLLERS Jahrbuch (8. Jhrgg. 1884, S. 679) erschienene Besprechung der beiden Schriften von ZUNS und von ADLER, wo der Rezensent (LAVES) es als merkwürdigen Zufall hinstellte, daß diese beiden Autoren gleichzeitig den in Frage stehenden Einwand gegen RODBERTUS erhoben hätten, während doch er, SCHIPPEL, etwa 2—3 Jahre vorher den gleichen Einwand gemacht hätte. Es dürfte aber aus den Ausführungen im Text, wo ich zeige, daß RODBERTUS selbst diesen Einwand vorausgesehen hat, hervorgehen, daß die Prioritätsfrage im gegebenen Fall ziemlich gegenstandslos ist. Und wenn SCHIPPEL seinem „Konkurrenten" ZUNS a. a. O. überhaupt Originalität und Tiefe abspricht, so urteilt er entschieden zu streng. 3) A. a. O. S. 469. 4) OPPENHEIMER, David Ricardos Grundrententheorie. Berlin 1909, S. 42—44.

punkt aus erscheint als πρῶτον ψεῦδος der Rodbertusschen Grundrententheorie die Annahme, daß der Wert der Produkte sich genau nach den Arbeitsmengen richtet, die zu ihrer Hervorbringung erforderlich sind. Wir wollen in folgendem der Kürze halber die so charakterisierte Norm des Produktenaustausches als „das ursprüngliche Wertgesetz" bezeichnen.

Nun hat aber Rodbertus selbst sehr wohl gewußt, daß sich das ursprüngliche Wertgesetz mit dem Gesetz gleichmäßiger Kapitalgewinne nicht verträgt, und zwar hat er das mit aller Deutlichkeit schon in seiner Schrift „Zur Erkenntnis unserer staatswirtschaftlichen Zustände" ausgesprochen und nicht etwa, wie einige seiner Kritiker uns möchten glauben lassen, erst später, möglicherweise unter dem Einfluß von Einwürfen, die gegen seine Grundrententheorie, z. B. von v. Kirchmann, gemacht worden sind, eingesehen[1]).

Es ist in jener Schrift zu lesen, daß der Satz, demzufolge sich der Tauschwert genau nach der Kostenarbeit richtet, für den heutigen Zustand „doch nur im allgemeinen wahr" sei. „Im besonderen, d. h. in jedem Gewerke und auf jeder Stufe der Teilung der Arbeit, kann das Produkt nicht genau nach der auf ihm haftenden Arbeitsquantität vertauscht werden", und zwar vor allem aus dem Grunde, „weil der Kapitalgewinn wenigstens die Tendenz hat, sich in allen Unternehmungen gleich zu stellen"[2]).

---

1) Oppenheimer, a. a. O., S. 42. Auch Lexis, a. a. O., S. 468—469, drückt sich so aus, als ob Rodbertus erst im „Kapital" das Zugeständnis gemacht hätte, daß mit Rücksicht auf das Gesetz gleichmäßiger Gewinne „der Wert der Teilprodukte in den Produktionsabschnitten eines Gutes sich nicht nach der Arbeit bemißt". Lexis findet es daher „einigermaßen auffallend", daß Rodbertus im „Kapital" seine Grundrententheorie „noch aufrecht erhält". 2) S. 130. Die hier gebrauchte Redewendung „in jedem Gewerke und auf jeder Stufe" läßt übrigens darauf schließen, daß Rodbertus für den gegenseitigen Austausch auch der fertigen Produkte Abweichungen vom ursprünglichen Wertgesetz annahm. Im „Kapital" hingegen (S. 11, 23, 26, 30) werden solche Abweichungen immer nur mit dem Vorhandensein mehrerer selbständiger Produktionsstufen, nicht aber auch mehrerer selbständiger Produktionszweige, von denen jeder ein bestimmtes fertiges Produkt herstellt, in Zusammenhang gebracht. (Die Bemerkung über das „fertige Gut" auf S. 12 widerspricht wohl letzterer Behauptung nicht!) So meint denn auch Lexis, der sich nur auf die Darlegung im „Kapital" stützt, Rodbertus behaupte für das fertige Produkt die Gültigkeit des ursprünglichen

„Es muß daher“, meint RODBERTUS, „das von RICARDO und MAC CULLOCH behauptete Gesetz, daß sich auch im einzelnen die Produkte nach der auf ihnen haftenden Arbeit vertauschen, durch das andere und ohne Zweifel gewissere Gesetz, daß sich der Kapitalgewinn überall gleich zu stellen sucht, in dem heutigen Zustande notwendig alteriert werden[1].“

Ähnlich hat sich RODBERTUS auch später darüber geäußert, daß in einem sich selbst überlassenen Verkehr das ursprüngliche Wertgesetz, namentlich weil es mit dem Gesetz der Gleichmäßigkeit der Kapitalgewinne kollidiert, sich keine Geltung zu verschaffen vermag. Es handle sich bei dem ursprünglichen Wertgesetz um „die großartigste staatswirtschaftliche Idee, die je ihre Verwirklichung angestrebt hat“, nicht aber um etwas, das in der heutigen Wirtschaftsordnung bereits realisiert sei. Ja, RODBERTUS vindiziert für sich das Verdienst, als erster unter den Nationalökonomen nachgewiesen zu haben, daß das von der englischen Schule behauptete Gesetz der Gravitation des Marktwerts nach der Arbeitsquantität abgeändert wird infolge davon, daß sich heute die Produktion eines und desselben Gutes in einzelne Unternehmungen teilt, welche gleiche, d. h. in dem gleichen Verhältnis zu dem ausgelegten Kapital stehende Gewinne beanspruchen.[2])

Wertgesetzes ohne Einschränkungen. A. a. O., S. 466. Im übrigen kommt diese schwankende (?) Haltung von RODBERTUS in bezug auf den Geltungsbereich der gesagten Alterationen des ursprünglichen Wertgesetzes für das Grundrentenproblem nicht in Betracht, da RODBERTUS der Teilung der Produktionsaufgaben zwischen Landwirtschaft und Fabrikation eine solche Deutung gibt, welche den Fall, daß die Landwirtschaft fertige Produkte auf den Markt stellt, so gut wie ausschließt. Nur reifes Obst wäre (von der Transportationsarbeit abgesehen) ein derartiges Produkt. „Jedoch reifes Obst ist kaum ein nennenswerter Teil in der Rente von irgend jemand“, bemerkt RODBERTUS. Zur Erkenntnis, S. 66. 1) Zur Erkenntnis S. 131. 2) Zweiter Brief S. 80. Dritter Brief S. 26, 92, 157—158. Das Kapital, S. 11—12. Vgl. auch Briefe und sozialpolitische Aufsätze von RODBERTUS-JAGETZOW, herausgeg. von RUDOLF MEYER, Berlin 1881, S. 99—100 und 160. Hier hebt RODBERTUS (in einem Brief vom 7. I. 1872 an R. MEYER) hervor, er hätte schon in seiner Schrift „Zur Erkenntnis“ den unwiderleglichen Beweis erbracht, „daß sich im heutigen Verkehr die Güter nicht nach Arbeit vertauschen können“, und fügt hinzu, daß dies sich „seinerzeit einmal gegen MARX gebrauchen läßt“. Man wird nicht umhin können, zu finden, daß letztere Bemerkung einer gewissen Komik nicht entbehrt, wenn

Angesichts solcher Äußerungen und insbesondere angesichts der Tatsache, daß Rodbertus sich von vornherein über die Kollision im klaren war, in welche das ursprüngliche Wertgesetz mit dem Gesetz gleichmäßiger Kapitalgewinne gerät, erscheint es als eine dringende Aufgabe der Kritik, sich mit der Konstatierung des Widerspruchs zwischen letzterem Gesetz und der Rodbertusschen Grundrententheorie nicht zu begnügen, sondern den Gründen nachzugehen, die Rodbertus veranlaßt haben mögen, bei der Ableitung der Grundrente sich über das Gesetz der Gewinnausgleichung hinwegzusetzen oder, was damit unmittelbar zusammenhängt, den Austausch zwischen Rohprodukt und Fabrikationsprodukt unter die Herrschaft des ursprünglichen Wertgesetzes zu stellen.[1])

Unter diesen Gründen lassen sich drei formeller und drei materieller Art unterscheiden.

Der erste (formelle) Grund besteht darin, daß angeblich gerade Ricardo, dem ja Rodbertus in dem Grundrentenproblem speziell entgegentritt, mit der Annahme des ursprünglichen Wertgesetzes durchweg operiert hat. Wenn Rodbertus hieraus die Berechtigung für sich herleitet, auch seinerseits von dieser Annahme auszugehen, so ist dagegen insofern nichts einzuwenden, als der rein polemische Zweck, die Ricardosche Grundrententheorie zu widerlegen, in Frage steht. Es entspricht vielmehr dem Wesen einer Polemik durchaus, sich auf den Boden der gegnerischen Anschauung zu stellen, auch wenn man sie für unrichtig hält, um den Nachweis zu führen, daß, wenn der Gegner konsequent argumentiert hätte, er nicht zu dem von ihm behaupteten, sondern zu einem wesentlich anderen Resultat gelangt wäre. So liegt der Fall auch hier. Rodbertus zufolge hätte Ricardo auf der Grundlage des ursprünglichen Wertgesetzes, das

---

man bedenkt, daß Marx seinerseits bei Besprechung der Grundrententheorie von Rodbertus ihm in der schroffsten Form vorwirft, mit den Arbeitskosten als der unmittelbar maßgebenden Norm des Tauschwertes operiert zu haben. Vgl. den zweiten Artikel. 1) Diese Aufgabe der Kritik ist bisher arg vernachlässigt worden. Zuns (S. 13—14) ist zwar mit einigen gehaltreichen Bemerkungen auf die Frage eingegangen, ob es sich doch nicht rechtfertige, bei Betrachtung des Grundrentenproblems, nach dem Vorgang von Rodbertus, von dem Gesetz gleichmäßiger Gewinne abzusehen, aber diese Bemerkungen erschöpfen das Thema nicht.

er als gültig voraussetzte, zu der Ansicht kommen müssen, daß die Landwirtschaft unabhängig von dem Vorhandensein verschiedener Bodenklassen einen Überschuß über den rechnungsmäßigen Kapitalgewinn, alias Grundrente, abwirft. Auf diese Weise wäre RICARDO in der Tat widerlegt. Andererseits ist es klar, daß damit noch lange nicht erwiesen wäre, daß die RODBERTUSsche Grundrententheorie richtig ist. Sofern letztere einen Widerspruch mit dem Gesetz gleichmäßiger Gewinne involviert, wäre vielmehr, wie SCHIPPEL bemerkt, auf die Verbesserungsbedürftigkeit der dieser Theorie zugrunde liegenden Wertlehre zu schließen, die nach RODBERTUS RICARDO vertreten haben soll[1]).

Hat aber RICARDO wirklich gelehrt, daß die Güter sich genau nach Maßgabe ihrer Kostenarbeit austauschen? Mit nichten! Er hat im Gegenteil in ganz unzweideutiger Weise der Meinung Ausdruck gegeben, daß unter dem Régime des Kapitalismus das ursprüngliche Wertgesetz beträchtliche Modifikationen erleidet.

Das hält u. a. auch SCHIPPEL RODBERTUS vor[2]). SCHIPPEL kommt ihm jedoch insofern entgegen, als er meint, RICARDO hätte hierbei den Fall, um den es sich in der Grundrententheorie handelt, übersehen. Dieser Fall betrifft den „Einfluß der verschieden hohen Kapitaleinlage für Rohmaterial in aufeinander folgenden Stufen der Produktion", während RICARDO nur den Einfluß des stehenden Kapitals und der Dauer desselben in Betracht gezogen hätte. Es sei daher ein Verdienst von RODBERTUS, auf diesen Fall hingewiesen und so eine wichtige Ergänzung der RICARDOschen Werttheorie angeregt zu haben (wenn auch die auf solch einer Unterlassung auf seiten RICARDOS von RODBERTUS gebauten Schlüsse „haltlos" seien).

Weiter heißt es aber bei SCHIPPEL: „Selbst jene Unvollständigkeit in der RICARDOschen Werterörterung könnte übrigens bestritten werden. Das RODBERTUSsche Beispiel ist nämlich unter ein Beispiel zu subsumieren, welches RICARDO selber vorbringt." Hierzu verweist SCHIPPEL auf die folgende

1) Tübinger Zeitschrift, 41. Bd. (1885), S. 459. Vgl. Staatsw. Abhandlungen, S. 469. 2) A. a. O., S. 468—471. Vgl. K. DIEHL, Sozialwissenschaftliche Erläuterungen zu DAVID RICARDOS Grundgesetzen der Volkswirtschaft und Besteuerung. Leipzig 1905, I. Teil, S. 275—276.

Stelle in Ricardos „Principles“ [1]: „Gesetzt, ich beschäftige 20 Mann ein Jahr lang mit einem Aufwand von 1000 Pfund Sterling in der Produktion eines Gutes und ich beschäftige nach Ablauf des Jahres wiederum 20 Mann für die Dauer des folgenden Jahres mit einem weiteren Aufwand von 1000 Pfund Sterling zur Vollendung oder Vervollkommnung desselben Gutes und ich bringe dasselbe nach Ablauf von zwei Jahren auf den Markt, so muß mein Gut, wenn der Profit 10 Proz. beträgt, für 2310 Pfd. St. verkauft werden; denn ich habe ein Kapital von 1000 Pfd. St. für die Dauer eines Jahres und ein Kapital von 2100 Pfd. St. für die Dauer eines zweiten Jahres verwendet. Ein anderer verwendet genau die gleiche Menge Arbeit, aber er verwendet sie ganz in dem ersten Jahr; er beschäftigt 40 Mann mit einem Aufwand von 2000 Pfd. St. und verkauft das Gut mit 10 Proz. Profit oder für 2200 Pfd. St. Da haben wir also zwei Güter von genau derselben Menge zu ihrer Produktion verwendeter Arbeit, von denen das eine für 2130 Pfd. St., das andere für 2200 Pfd. St. verkauft wird.“ Schippel bemerkt in bezug auf dieses Beispiel, man könne sich sehr wohl denken, daß der erste von den beiden Unternehmern das erste Jahr als Rohproduzent, das zweite Jahr als Fabrikant tätig ist.

Um eine noch größere Annäherung an den von Rodbertus behandelten Fall zu erzielen, könnte man auch etwas weiter gehen und sich den Rohproduzenten und den Fabrikanten als zwei verschiedene Personen vorstellen, denn der Wert des fertigen Produktes kann — und das ist für Ricardo selbstverständlich — dadurch, ob die verschiedenen Produktionsstufen in einer Hand vereinigt sind oder nicht, in keiner Weise affiziert werden.

So läßt sich denn in der Tat das von Schippel herangezogene Ricardosche Beispiel ganz ungezwungen dazu verwerten, um zu zeigen, welche Abweichungen vom ursprünglichen Wertgesetz die Tatsache, daß ein Teil des Kapitals in Anschaffung von Rohmaterialien angelegt wird, mit sich bringen muß. In dem Fall, den Rodbertus im Auge gehabt hat, wo nämlich die Produktion eines Gutes in zwei (gleich lange) Abschnitte zerfällt, von denen

1) David Ricardo, Principles of political economy and taxation, edited by E. C. K. Gonner, London 1903, S. 30—31. Deutsch von Baumstark, S. 25—26.

der eine sich als Rohproduktion, der andere als Fabrikation darstellt, wäre es nach RICARDO ausgeschlossen, daß sich das Rohprodukt und das fertige Produkt genau nach den ihnen anhaftenden Arbeitsmengen vertauschen. Es würde sich vielmehr in diesem Fall das betreffende Wertverhältnis zugunsten des fertigen Produkts verschieben. Es handelt sich dabei um eine einfache Nutzanwendung der Ausführungen RICARDOS, und wenn RODBERTUS diese Nutzanwendung nicht gemacht hat, so scheint mir die Schuld ganz auf seiner und nicht auf RICARDOS Seite zu liegen. Letzterem vorzuwerfen, daß er hier einen wichtigen Fall außer acht gelassen hätte, wie es SCHIPPEL tut, ist, wie ich glaube, ungerecht. RICARDO hat einfach keine Veranlassung gehabt, sich mit diesem Spezialfall näher zu befassen.

Wie erklärt sich aber die auf den ersten Blick ganz unverständliche Tatsache, daß RODBERTUS es nicht nur unterlassen hat, RICARDOS Darlegungen über die Abweichungen vom ursprünglichen Wertgesetz auf die Frage des Austauschverhältnisses zwischen Rohprodukt und Fabrikationsprodukt anzuwenden, sondern daß er von diesen Darlegungen überhaupt keine Notiz genommen hat? RODBERTUS wird nicht müde, zu wiederholen, RICARDO hätte gelehrt, „daß sich auch im einzelnen die Produkte nach der auf ihnen haftenden Arbeit vertauschen“ oder daß wenigstens der nach diesem Prinzip bestimmte Tauschwert, der „normale Wert“, wie ihn RODBERTUS nennt, derjenige feste Punkt sei, nach welchem RICARDO und seinen Adepten zufolge der Marktwert immer gravitiert[1]).

Da solche Behauptungen, sofern namentlich RICARDO selbst in Frage kommt, dem wahren Sachverhalt direkt widersprechen, und da die Hypothese ausgeschlossen erscheint, RODBERTUS hätte dieselben wider besseres Wissen aufgestellt, so bleibt nichts anderes übrig, als anzunehmen, daß er die betreffenden Partien des RICARDOschen Hauptwerkes, nämlich die Abteilungen IV und V des ersten Kapitels, entweder überschlagen oder nicht im einzelnen verfolgt und begriffen hat.

Warum hätte sich auch RODBERTUS bei diesen Ausführungen, die ihres gleichsam mathematischen Charakters wegen als besonders schwierig in den Kreisen der nationalökonomischen Theoretiker

1) Zur Erkenntnis, S. 49, 110—111, 130—131. Zweiter Brief, S. 80. Dritter Brief, S. 167, 171, 174, 180—181, 280—281. Das Kapital, S. 34.

empfunden werden[1]) und sicherlich nicht nach seinem Geschmack waren, länger aufhalten sollen? Handelt es sich doch in jenen beiden Abteilungen des ersten Kapitels, nach ihren Überschriften zu urteilen, erstens darum, wie das ursprüngliche Wertgesetz durch Anwendung von Maschinen und zweitens darum, wie das Prinzip, demzufolge mit dem Steigen und Fallen des Arbeitslohnes der Tauschwert nicht wechsle, durch die ungleiche Dauerhaftigkeit und die ungleiche Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals modifiziert werden. Weder die eine noch die andere dieser beiden Fragen konnte an und für sich Rodbertus sonderlich interessieren. Namentlich zu dem Grundrentenproblem, wird er sich gedacht haben, stehen diese Fragen in gar keiner Beziehung. Erst aus einem genaueren Studium der betreffenden Darlegungen Ricardos wird es klar, daß ihre Tragweite über jene beiden Spezialfragen, auf welche die Überschriften hinweisen, weit hinausgeht. Gerade diese Überschriften waren aber eher geeignet, Rodbertus von einem solchen Studium abzuhalten, als ihn dazu zu bewegen, zumal da, wie gesagt, die etwas langwierigen Zahlenbeispiele, von denen Ricardo an dieser Stelle einen reichlichen Gebrauch macht, auf Rodbertus abstoßend wirken mußten. Er gehörte ohne Zweifel zu jener überwiegenden Mehrzahl der Leser, welche sich von jedweder „Rechnerei" möglichst fernhalten, es sei denn, daß sie sich aus der Vertiefung in eine solche eine besondere Förderung versprechen. Kurz, die Form, in welcher sich die Ausführungen Ricardos über die Abweichungen vom ursprünglichen Wertgesetz präsentieren, hat ohne Zweifel dazu beigetragen, daß Rodbertus diese Ausführungen ignoriert hat und in gutem Glauben die Meinung vertreten konnte, nach Ricardo gelte das ursprüngliche Wertgesetz in aller Strenge auch unter den Verhältnissen der modernen Volkswirtschaft.

Dazu kommt, daß diejenigen Autoren, die in ihrer quasi-offiziellen Eigenschaft als Interpreten Ricardos das Vertrauen von

---

1) So bezeichnet z. B. Mac Culloch (The principles of political economy, Edinburgh 1825, S. 299) diese Darlegungen Ricardos als „his researches in this most difficult branch of the science", und ein neuerer Autor, A. C. Whitaker (History and criticism of the labor theory of value in English political economy, New-York 1904, S. 52), bemerkt, sie seien „perhaps as difficult a passage as was ever incorporated into a treatise on economics".

RODBERTUS besassen und ihn eines besseren hätten belehren können, nämlich MAC CULLOCH und BAUMSTARK[1]), gerade in dem betreffenden Punkte gänzlich versagen.

MAC CULLOCH lehrt in der Tat — und glaubt sich dabei in Übereinstimmung mit RICARDO zu befinden —, daß es für die Höhe des Tauschwertes eines Gutes ohne Belang sei, wie sich die zu dessen Produktion erforderliche Arbeitsmenge auf unmittelbare und mittelbare Arbeit verteilt. Der Tauschwert bleibe, m. a. W., davon unberührt, zu welchem Teil das in der Produktion des betreffenden Gutes angelegte Kapital umlaufendes, namentlich zur Zahlung der Löhne bestimmtes[2]), und zu welchem Teil es stehendes Kapital ist. Nur dort, wo es sich um den Einfluß handelt, den die Änderungen der Lohnrate[3]) und die damit Hand in Hand gehenden Änderungen der Profitrate auf den Tauschwert ausüben komme die Art jener Kapitalzusammensetzung in Betracht[4]).

Nun involviert aber die Behauptung, daß ein bestimmter Faktor, nämlich die Art der Kapitalzusammensetzung, bei sich ändernder Lohn- bzw. Profitrate den Tauschwert affiziert, während derselbe Faktor bei gegebener Lohn- bzw. Profitrate auf den Tauschwert ohne Einfluß ist, einen evidenten Widerspruch. Man stelle sich in der Tat vor, daß in irgend einem Zeitpunkt sich a Mengeneinheiten einer Ware A gegen b Mengeneinheiten einer anderen Ware B austauschen und zwar auf der Grundlage des ursprünglichen Wertgesetzes, d. h. nach Maßgabe der Tatsache, daß die zur Produktion einer Mengeneinheit der Ware A bzw. B erforderlichen Arbeitsquantitäten sich wie b zu a verhalten. Man nehme ferner an, daß die Kapitalzusammen-

1) S. Briefe und sozialpolitische Aufsätze von RODBERTUS-JAGETZOW, hrsg. von RUDOLF MEYER, Berlin 1881, S. 418. In einem Briefe vom 20. 8. 1875 empfiehlt RODBERTUS dem Herausgeber BAUMSTARKS „Erläuterungen" und MAC CULLOCH und sagt von letzterem, er hätte die Lehre RICARDOS, der „bei seiner großen abstrakten Kürze ein scharfes Eindringen und Nachdenken erfordert", „faßlicher" dargestellt. Auch in der Schrift „Zur Erkenntnis" S. 108 äußert sich RODBERTUS dahin, daß „MAC CULLOCH das große Verdienst einer faßlichen Darstellung der Theorie des Meisters hat". 2) MAC CULLOCH sagt: „Circulating capital or capital employed in the payement of wages". The principles of political economy. 5 th ed., Edinburgh 1864, S. 278. 3) Lohnrate („the rate of wages") bedeutet den nach dem Arbeitskostenwert berechneten Anteil des Arbeitslohnes am Arbeitsprodukt. 4) The principles of political economy. Edinburgh 1825. S. 292.

setzung bei der Produktion von A eine andere ist als bei der Produktion von B. Aus diesem Grunde wird nach Mac Culloch in einem späteren Zeitpunkt das in Frage stehende Tauschverhältnis nicht mehr das alte: *a* zu *b*, sondern irgend ein anderes *a'* zu *b'* sein, wenn sich inzwischen die Lohn- bzw. Profitrate geändert hat. Da sich aber die betreffenden Arbeitsquantitäten noch immer wie *b* zu *a* verhalten, so wird offenbar das neue Austauschverhältnis (*a'* zu *b'*) dem ursprünglichen Wertgesetz nicht mehr entsprechen. Also kann der Satz, daß letzteres allgemeine Gültigkeit hat, unmöglich richtig sein[1]).

Wenn aber dem Rodbertus diese Inkonsequenz auf seiten Mac Cullochs entgangen ist — sonst hätte er von hier aus zu einer Revision seiner Ansicht, daß Ricardo das ursprüngliche Wertgesetz auch für die heutige Volkswirtschaft festhält, gelangen müssen —, so dürfte es einfach daran liegen, daß er den Erörterungen Mac Cullochs über die Variationen der Lohn- und Profitrate als eine Ursache von Wertverschiebungen keine Aufmerksamkeit geschenkt hat. Einmal schienen ihm diese Erörterungen einer untergeordneten, für ihn, Rodbertus, nicht weiter in Betracht kommenden Frage zu gelten; sodann waren sie so gehalten, daß ein überzeugter Arbeitswerttheoretiker wie Rodbertus gewissermaßen berechtigt war, über dieselben hinwegzusehen. Bei diesen Erörterungen wird nämlich das stehende Kapital gleichsam als selbständiger Produktions- und Wertfaktor in eine Reihe mit der Arbeit gestellt, und wird von einer Zurückführung aller Auslagen des Kapitalisten auf Lohnauslagen (was gerade bei Ricardo der springende Punkt ist!) Abstand genommen[2]). So war denn die

---

1) Es zeugt von einem gewissen Mangel an logischer Schärfe, wenn sich Mac Culloch solch einen Widerspruch hat zuschulden kommen lassen. Ricardo hat ihn durch die Form seiner Darstellung dazu verleitet, war aber selbst von diesem Widerspruch frei. Marx und auch Whitaker haben entschieden Unrecht, wenn sie in bezug auf Ricardo das Gegenteil behaupten. Ich habe diesen Punkt in meiner Arbeit „Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System", 2. Artikel, Archiv f. Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 25 (1907), S. 43—47, eingehend behandelt. 2) Damit steht es im Zusammenhang, daß Mac Culloch a. a. O., S. 308, behauptet: „If all commodities were produced by capital of a high degree of durability, the capitalists, it is obvious, would not be at all affected by a rise of wages, and profits would of course continue as before." Schon diese Behauptung allein, die

Beschäftigung mit MAC CULLOCH am wenigsten geeignet, dem RODBERTUS zum richtigen Verstehen der RICARDOschen Wertlehre zu verhelfen. MAC CULLOCH war in diesem Punkt ein schlechter Berater.

Fast in noch höherem Grade gilt das von BAUMSTARK. Dieser will die Einschränkungen des ursprünglichen Wertgesetzes, über welche sich RICARDO in den Abteilungen IV und V seines ersten Kapitels verbreitet, überhaupt nicht gelten lassen und meint, daß RICARDO hier unnütze Konzessionen dem Standpunkte ADAM SMITHS' mache, dessen Wertlehre er sonst bekämpfe. Man solle vielmehr an den Arbeitskosten als Wertmaßstab strikte festhalten. Auf dieser Grundlage lasse sich auch der Einfluß des stehenden Kapitals bzw. des Grades seiner Dauerhaftigkeit auf den Wert der Produkte sehr einfach erklären. „Die Preise der Güter werden um so geringer sein können", meint BAUMSTARK, „nicht bloß je größer das angewendete stehende Kapital im Vergleich zum gebrauchten umlaufenden, sondern auch je dauerhafter das stehende Kapital ist." Und warum? Weil jeder Ersatz der (unmittelbaren) Arbeit durch Kapital sowie jeder Übergang zu dauerhafterem Kapital (bessere Maschinen!) eine Arbeitsersparnis bedeutet [1]). Das soll zur Erläuterung bzw. zur Richtigstellung

---

übrigens in den späteren Auflagen der „Principles" etwas gemildert ist (z. B. 5. Aufl. S. 290), liefert den Beweis dafür, wie wenig es dem Verfasser gelungen ist, in den Sinn der RICARDOschen Werttheorie einzudringen. Ebensowenig entspricht es der RICARDOschen Auffassung, wenn MAC CULLOCH sagt: „The profits of capital are only another name for the wages of accumulated labour." A. a. O., 1. Aufl., S. 291. 1) E. BAUMSTARK, Volkswirtschaftliche Erläuterungen vorzüglich über D. RICARDOS System, Leipzig 1838, S. 331—338. Es mögen hier die folgenden Ausführungen BAUMSTARKS (S. 336—337) in extenso wiedergegeben werden. „Durch stehendes Kapital wird jedenfalls Arbeit erspart, und diejenigen Güter welche mittelst stehenden Kapitals hervorgebracht werden, sinken im Tauschwert gegen jene, welche Erzeugnis der Arbeit sind, und dies um so mehr, je größer die Menge und Schwierigkeit der Arbeit ist..... Allein das Grundgesetz, wonach der Tauschwert der Güter an der zu ihrer Hervorbringung nötigen Arbeitsmenge seinen Maßstab findet, wird auch durch Einführung von Maschinen oder dauerhaften stehenden Kapitals nicht verändert. Es hat seine Richtigkeit, daß der Preis des verbrauchten Kapitals in den Preis des damit gewonnenen Erzeugnisses übergeht, folglich nach der Anwendung von Kapital nicht mehr der Arbeitslohn allein, sondern auch das Kapital und der

dessen dienen, was Ricardo in den genannten Partien seines Werkes ausführt. In Wirklichkeit hat aber das eine mit dem anderen nichts zu tun, weil ja bei Ricardo a. a. O. Güter mit einander verglichen werden, zu deren Produktion, bei verschiedener Kapitalzusammensetzung bzw. bei verschiedener Dauerhaftigkeit des stehenden Kapitals, die gleiche Arbeitsquantität erforderlich ist. Ricardo lehrt denn auch, daß Güter, die erzeugt werden mit Kapital von relativ großer Dauerhaftigkeit, einen höheren als den nach der Kostenarbeit bestimmten Wert aufweisen. Also dort (bei Baumstark) relativ niedriger, hier (bei Ricardo) relativ hoher Wert bei Gütern, die durch die gleiche Eigenart charakterisiert sind! Ist eine größere Konfusion denkbar? Man sieht: auch von seiten Baumstarks hat dem Rodbertus in der Frage, wie weit Ricardo das ursprüngliche Wertgesetz gelten ließ, keine Aufklärung zuteil werden können[1]).

Gewinnst den Preis bestimmt, und daß demnach der gegenseitige Preis der Güter verschieden werden muß, je nach der verschiedenen Dauerhaftigkeit und nach den Verhältnissen des angewendeten stehenden Kapitals zu dem verbrauchten umlaufenden Kapitale. Denn je weniger vom Kapitale, also vom Preise des Kapitales samt Zins im Erzeugnisse, also im Preise des Erzeugnisses, zu erstatten ist, um so niedriger kann der Preis des letzteren sein. Hierauf passen die Berechnungen Ricardos vortrefflich. Allein es kommt uns vor, als sei derselbe in einer Täuschung befangen, indem er die Meinung hegt, hierdurch werde das Grundgesetz vom Tauschwert umgestaltet oder in seiner Wirksamkeit aufgehalten. Es ist und bleibt dennoch richtig, je weniger oder mehr Arbeit znr Hervorbringung eines Gutes erforderlich ist, um so niedriger oder höher fällt sein Tauschwert aus. Je höher oder niedriger der Tauschwert des zur Hervorbringung eines Gutes verwendeten Kapitals ist, d. h. je größer oder geringer die im verwendeten Kapitale enthaltene Arbeitsmenge ist, um so größer oder geringer wird, unter übrigens gleichen Umständen, der Tauschwert des erzeugten Gutes sein müssen. Je undauerhafter daher eine Maschine und ein Werkzeug ist, um so höher muß der Tauschwert des damit verfertigten Erzeugnisses sein.“ Aus diesen Ausführungen tritt deutlich zutage, daß bei Baumstark die hohe Anerkennung, die er Ricardo zollte (siehe die Einleitung zu der deutschen Übersetzung der „Principles“, S. XXI—XXIII), sich mit einer seltenen Verständnislosigkeit für die Lehren des Meisters verband. 1) Nebenbei bemerkt, findet Rodbertus die Baumstarksche Übersetzung von Ricardos „Principles“ vortrefflich (Briefe usw. herausg. von R. Meyer, S. 418). In Wirklichkeit ist aber diese Übersetzung sehr unvollkommen und stellenweise direkt irreleitend. Bei Ricardo heißt es z. B.: „If the corn is to be divided between the farmer and the labourer, the larger the proportion that is given to the latter, the less will remain for the farmer“ (S. 28). Baumstark

Es mag schließlich noch folgender Umstand mit dazu beigetragen haben, daß RODBERTUS an RICARDOS Lehre von den Alterationen des ursprünglichen Wertgesetzes achtlos vorübergegangen ist: Es handelt sich dabei um das Schema, nach welchem der Beweis des Satzes, daß solche Alterationen notwendig sind, geführt wird. Dieser Beweis kann nämlich ein direkter oder ein indirekter sein. Bei RICARDO ist er ein direkter, denn es werden unter Zugrundelegung eines bestimmten (willkürlichen) Kapitalgewinnsatzes die Preise von Gütern berechnet, die eine gleiche Arbeitsmenge verkörpern, aber unter verschiedenen Bedingungen der Kapitalzusammensetzung bzw. der Kapitalreproduktion erzeugt sind, und darin, daß diese Preise nicht gleich hoch ausfallen, wird eben eine Alteration des ursprünglichen Wertgesetzes gesehen. RODBERTUS dagegen fußt auf dem Boden des indirekten Beweises, welcher darin besteht, daß man die Preise von Gütern, zu deren Produktion gleiche Arbeitsmengen, aber verschieden zusammengesetzte Kapitalien gehören, als gleich hoch annimmt und auf dieser Grundlage die Kapitalgewinnsätze ermittelt, die bei der Produktion jener verschiedenen Güter herauskommen, um schließlich aus der Ungleichheit dieser Kapitalgewinnsätze die Folgerung zu ziehen, daß an jenen in Gemäßheit des ursprünglichen Wertgesetzes bestimmten Preisen Korrekturen anzubringen sind, wenn anders Gleichmäßigkeit der Kapitalgewinne herrschen soll. So gehen bei diesem indirekten Beweise die in Frage stehenden Alterationen des ursprünglichen Wertgesetzes gleichsam aus einem Konflikt desselben mit dem Gesetz der Gewinnausgleichung hervor[1]). Und RODBERTUS war so sehr von dem

übersetzt: „Wenn das Getreide zwischen dem Landwirt und den Arbeitern verteilt würde, so würde der größere Teil diesen zufließen, der kleinere jenem verbleiben" (S. 24). Der wahre Sinn ist: „Wenn das Getreide zwischen Farmer und Arbeiter zu verteilen ist, so wird, je größer der Teil ist, welcher dem letzteren gegeben wird, um so weniger dem ersteren verbleiben." Der nächste Absatz fängt mit den Worten an: „The reader, however, should remark that" usw., was heißen soll: „Der Leser sollte jedoch beachten, daß" usw. BAUMSTARK macht daraus: „Der Leser mag vielleicht entgegnen, daß" usw.! Auf die „Unbrauchbarkeit" der BAUMSTARKschen Übersetzung hat neuerdings KAUTSKY hingewiesen. Siehe K. MARX, Theorien über den Mehrwert, herausg. von K. KAUTSKY, I. Stuttgart 1905. Vorrede, S. XVII.

1) Vgl. oben das SCHIPPELsche Zahlenbeispiel.

Gedanken an einen solchen Konflikt beherrscht, daß er einem Autor, der diesen Gedanken nicht direkt aussprach, jedes Verständnis für das Wesen jener Alterationen des ursprünglichen Wertgesetzes abzusprechen geneigt war. In bezug auf Ricardo hat Rodbertus jedenfalls angenommen, er wäre sich gar nicht dessen bewußt gewesen, daß das Gesetz der Gleichheit der Kapitalgewinne sich mit dem ursprünglichen Wertgesetz nicht verträgt. Sagt er doch, daß „Ricardo im ersten Kapitel seines Werkes jenes benutzt, um dieses darzutun“[1]).

Es ist nun richtig, daß Ricardo und seine Schule die Normen, welche in der kapitalistischen Verkehrswirtschaft für den Tauschwert gelten, aus dem Streben der Unternehmer nach größtmöglichem Gewinn herleiten. Dieses Streben führe vermittelst des Überleitens des Kapitals aus weniger lukrativen zu lukrativeren Produktionsbranchen und der damit zusammenhängenden Einschränkung bzw. Ausdehnung des Angebots der betreffenden Waren dazu, daß sich die Kapitalgewinne ausgleichen. Gleiche Gewinne bedeuten aber, daß sich alle Waren zu ihren natürlichen Preisen verkaufen[2]). Also erscheint auf diese Weise in der Tat das Wertgesetz als an dem Gesetz der Gleichheit der Kapitalgewinne verankert. Die Konkurrenz duldet keine ungleichen Gewinne; daher gravitieren die Marktpreise nach den natürlichen Preisen. Nur daß bei Ricardo die natürlichen Preise — und das übersieht eben Rodbertus — nicht diejenigen sind, welche sich nach Maßgabe des ursprünglichen Wertgesetzes ergeben würden, sondern das sind Preise, an denen schon jene Korrekturen vorgenommen worden sind, die Ricardo in den Abteilungen IV und V seines ersten Kapitels behandelt. Und wird dieses von ihm bei seinen Betrachtungen über die Beziehungen zwischen natürlichem Preis und Marktpreis nicht immer ausdrücklich erwähnt[3]), so liegt es einfach daran, daß die betreffenden Korrekturen für diese Betrachtungen etwas durchaus Irrelevantes darstellen.

Man sieht also: aus der Tatsache, daß bei Ricardo von einer Kollision zwischen dem ursprünglichen Wertgesetz und dem Gesetz

1) Dritter Brief, S. 174. 2) Näheres darüber befindet sich übrigens nicht im ersten, sondern im vierten Kapitel von Ricardos „Principles“. 3) Vgl. den ersten Absatz des 4. Kapitels.

gleicher Kapitalgewinne nirgends die Rede ist, folgt keineswegs, daß er sich über den Sachverhalt, um den es sich hierbei handelt, im unklaren gewesen wäre[1]). Und wenn RODBERTUS das Gegenteil behauptet, so erklärt es sich eben nicht zuletzt dadurch, daß er selbst sich diesen Sachverhalt nicht anders als unter der Form einer derartigen Kollision vorstellte und eine ähnliche Vorstellung bei RICARDO nicht vorfand.

In der Meinung, letzterer hätte das ursprüngliche Wertgesetz auch für die kapitalistische Verkehrswirtschaft ohne Einschränkungen gelten lassen, macht ihm RODBERTUS zum Vorwurf, daß „er, wie die übrigen Nationalökonomen, das landwirtschaftliche und das Fabrikationsprodukt, jedes für sich allein, als Einkommensgut betrachtet und deshalb auch jedes für sich allein schon einer Teilung unterwirft“, ohne zu beachten, „daß es . . . im wesentlichen immer eine Teilung des ganzen fertigen Produkts oder des Nationalprodukts ist, die stattfindet“. Dadurch hätte sich RICARDO den Weg zu einer richtigen Anschauung über die Ursache der Grundrente versperrt[2]).

Dieser Einwand erledigt sich durch die vorstehenden Ausführungen: es stimmt nicht, daß RICARDO mit dem ursprünglichen Wertgesetz in dem Sinne, wie es RODBERTUS meint, operiert hat, und darum wäre er auch dann nicht zu der RODBERTUSschen Ansicht von der Grundrente gekommen, wenn er seine Aufmerksamkeit auf den Umstand gerichtet hätte, daß das Rohprodukt erst durch die Hände des gewerblichen Unternehmers hindurch gehen muß, ehe es in verarbeiteter Gestalt an seinen definitiven Abnehmer gelangt[3]). Außerdem berechtigt nichts dazu, anzunehmen, daß RICARDO die für die RODBERTUSsche Grundrententheorie mit in Betracht kommende Auffassung, wonach die landwirtschaftliche

1) Von MAC CULLOCH kann man hingegen dieses nicht sagen, denn er identifiziert den natürlichen Preis mit demjenigen, der sich auf der Grundlage des ursprünglichen Wertgesetzes ergeben würde. Principles S. 250. 2) Dritter Brief, S. 180, vgl. S. 167. 3) Damit soll nicht in Abrede gestellt werden, daß an sich die Unterscheidung zwischen den „fertigen“ und anderen Produkten oder, um CARL MENGERS Terminologie anzuwenden, zwischen den Gütern erster und höherer Ordnung für das Verständnis des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses von großer Bedeutung ist und daß es dank einer solchen Unterscheidung RODBERTUS gelungen ist, ein allgemeines Schema der Güterproduktion und Einkommensbildung zu geben, das wir bei RICARDO vermissen.

Produktion durch das Fehlen eines „Materialwertes“ charakterisiert sei, mit Rodbertus gemein hatte [1]).

Soviel über die Stellungnahme von Rodbertus zu Ricardo, insoweit als Rodbertus sich auf ihn beruft, um für sich das Recht in Anspruch zu nehmen, bei der Ableitung der Grundrente das ursprüngliche Wertgesetz, namentlich in seiner Anwendung auf den Austausch des Rohprodukts gegen das Fabrikationsprodukt, festzuhalten.

Der zweite (ebenfalls rein formelle) Grund, durch welchen Rodbertus dieses Recht zu schützen versucht, besteht in der Erwägung, daß die Frage, ob man mit dem ursprünglichen Wertgesetz oder mit dem Gesetz der Gleichmäßigkeit der Kapitalgewinne, die sich ja gegenseitig ausschließen, operieren soll, für die verschiedenen Stadien der theoretischen Untersuchung nicht in gleichem Sinne zu entscheiden sei. Es handele sich nämlich zuerst darum, zu zeigen, wie die Rente überhaupt entsteht, sodann darum wie sie in Grund- und Kapitalrente zerfällt, und schließlich darum, wie sich die Grundrente auf der einen Seite und die Kapitalrente auf der anderen Seite unter die einzelnen Grund- und Kapitalbesitzer verteilt. Diesen drei Stufen der theoretischen Untersuchung entsprechen drei Gruppen von Gesetzen: primäre, sekundäre und tertiäre Gesetze. Das Gesetz der Gleichmäßigkeit der Gewinne sei ein tertiäres Gesetz und es sei ein „logischer Fehler“, mit diesem Gesetz zu operieren, ehe man die sekundären, ja die primären Gesetze hat. Wo es sich also speziell um die Erklärung des Wesens der Grundrente handelt (zweite Stufe!), wäre es methodologisch verkehrt, das Gesetz der Gleichmäßigkeit der Gewinne (dritte Stufe!) heranzuziehen. Und da gerade dieses Gesetz die bekannten Alterationen des ursprünglichen Wertgesetzes hervorruft, so heißt es m. a. W., daß man bei Ableitung der Grundrente das ursprüngliche Wertgesetz als gültig vorauszusetzen habe [2]).

Diese Argumentation wäre nur unter der Bedingung über-

---

1) Vgl. hierzu Principles, S. 25 (deutsch S. 20), wo Ricardo die Verschiedenheiten in der Geschwindigkeit der Kapitalzirkulation an dem Beispiel des Weizens illustriert, welcher, wenn er vom Farmer, um gesät zu werden, angeschafft wird, als ein relativ stehendes (d. h. langsam zirkulierendes) Kapital erscheint, im Vergleich zu dem Weizen, den der Bäcker kauft, um daraus Brot zu bereiten.

2) Kapital, S. 23—24. Vgl. Zweiter Brief, S. 59.

zeugend, wenn es von vornherein ausgemacht wäre oder sich beweisen ließe, daß die Tatsachen, welche Gegenstand der Untersuchung auf der dritten Stufe sind, in keiner Beziehung zu der Frage stehen, um die es sich auf der zweiten Stufe handelt. Es müßte also feststehen, daß die Konkurrenz der Kapitalien um die vorteilhafteste Anlage sich in jeder der beiden Produktionssphären (Landwirtschaft und Fabrikation) getrennt abspielt[1]). Nur dann wäre es angezeigt, bei der Zerlegung der Rente in Grund- und Kapitalrente von dem Gesetz der Gewinnausgleichung abzusehen. Sonst nicht! Der bloße Hinweis auf die Notwendigkeit einer strengen Scheidung der hier vorliegenden theoretischen Aufgaben verschlägt nichts.

Einen dritten Grund für das Operieren mit dem normalen Wert, d. h. mit einem Wert, der dem ursprünglichen Wertgesetz genau entspricht, erblickt RODBERTUS in den theoretischen Vorzügen dieses normalen Wertes.

„Er allein", meint RODBERTUS, „erschleicht nichts von dem, was erst aus ihm erklärt werden soll, wie es doch jeder Wert tut, in den man von vornherein schon einen Bestandteil für die Renten mit hineinnimmt[2])." Mit diesen Worten wird auf eine gewisse Schwierigkeit hingewiesen, der man in der theoretischen Nationalökonomie in der Tat begegnet: einerseits kommen nämlich die Werte der Produkte auf der Grundlage eines bestimmten Lohns und eines bestimmten Kapitalgewinnsatzes zustande, andererseits hängen Arbeitslohn und Kapitalgewinn in ihrer Höhe von den Werten der Produkte ab. Und da fragt es sich, wie man der Tatsache dieses wechselseitigen Bedingtseins theoretisch beikommen kann, ohne sich in einen Zirkelschluß zu verwickeln.

Durch Statuierung des „normalen Wertes", dessen Kennzeichen es ist, daß er davon unabhängig ist, wie sich der Produktionsertrag zwischen Arbeiter und Unternehmer verteilt, wird die in Frage stehende Schwierigkeit in der Tat beseitigt, wird der Knoten durchhauen, und von diesem Standpunkt aus muß man RODBERTUS zugeben, daß der normale Wert „handlicher" ist als jeder andere[3]).

---

1) Vgl. darüber weiter unten (sechster Grund). 2) Das Kapital, S. 23. Vgl. Dritter Brief, S. 166. 3) Wenn aber RODBERTUS zugleich behauptet, daß man sich notwendig einer „Erschleichung" schuldig macht, indem man einen anderen Wert (den modifizierten normalen Wert) in die Rechnung einführt, so trifft das

Aber der Umstand, daß es sich mit dem normalen Wert „bequemer" rechnen läßt, beweist doch rein gar nichts für die Richtigkeit einer an demselben orientierten Theorie.

Rodbertus stellt es noch als einen besonderen Vorzug des normalen Wertes hin, daß er sich zur Widerlegung gewisser schwerwiegender Irrlehren über die Natur des Kapitalgewinnes und der Grundrente als besonders geeignet erweist. Die in Betracht kommenden Irrlehren sind: erstens die Theorie, derzufolge Kapitalgewinn und Grundrente nichts anderes seien als die Bezahlung eines „Produktivdienstes" des Kapitals bzw. des Bodens; zweitens die „Zuschlagstheorie", welche den Kapitalgewinn aus den Preiszuschlägen erklärt, mit denen die Preise der Produkte beim Verkauf belastet werden, und drittens diejenige Theorie, welche die Grundrente, sei es auf ein rechtliches, sei es auf ein natürliches Monopol zurückführt und dementsprechend entweder den Preis des Rohprodukts als Folge der Tatsache, daß der Boden beschränkt ist und im Privateigentum sich befindet, so hoch annimmt, daß jeder Boden Grundrente abwirft, oder aber die Grundrente nur dem Besitzer des fruchtbareren Bodens, d. h. dem Besitzer eines natürlichen Monopols, zufallen läßt.

Alle diese Theorien werden nach Rodbertus gerade dadurch als unrichtig erwiesen, daß man den Kapitalgewinn und die Grundrente „unter Voraussetzung nur eines normalen Wertes" zu deduzieren in der Lage ist. Denn letzterer enthält weder ein Entgelt für irgend welche „Produktivdienste" außer der Arbeit noch irgend welche „Zuschläge"; er hat auch nichts Monopolartiges an sich, weil er sich genau nach der zur Produktion jedes Gutes erforderlichen Arbeitsquantität richtet; und wenn schließlich gezeigt wird, daß unter Zugrundelegung des normalen Wertes Grundrente abfallen muß ganz unabhängig davon, ob der Boden von gleicher oder verschiedener Fruchtbarkeit ist, so beweist es, daß auch die-

---

nicht zu. Nur daß man allerdings, um die betreffenden Zusammenhänge auf der Grundlage eines modifizierten Wertes logisch korrekt zur Darstellung zu bringen, zur Algebra greifen muß. Vgl. darüber meine Arbeit „Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System", 3. Artikel, im Archiv f. Soz.-Wiss. und Soz.-Pol., Bd. 25, S. 476—478. Es ist interessant, daß Marx genau in derselben Weise wie Rodbertus das ursprüngliche Wertgesetz aus dem Grunde festhalten zu müssen glaubt, um einen circulus vitiosus zu vermeiden.

jenige Theorie, welche die Grundrente als Ausfluß eines natürlichen Monopols im obigen Sinne auffaßt, nicht die richtige sein könne[1]).

In bezug auf die „Theorie der produktiven Dienste“ und die „Zuschlagstheorie“ muß man RODBERTUS, soweit wenigstens der Kapitalgewinn in Frage steht, Recht geben. Denn wenn gezeigt werden kann, daß auch unter Zugrundelegung des normalen Wertes oder anders unter der Herrschaft des ursprünglichen Wertgesetzes der Kapitalgewinn existieren würde, so ist damit in der Tat bewiesen, daß er nicht in jenen uns bekannten Abweichungen vom ursprünglichen Wertgesetze begründet sein kann, die durch die Rücksicht auf eine Gleichmäßigkeit der Gewinne bedingt sind. Auf diese Weise wird den beiden genannten Theorien, sofern sie gerade diese Abweichungen gegen die sozialistische Theorie des Kapitalgewinnes ausspielen und zur Grundlage ihrer eigenen Konstruktionen machen, der Boden entzogen[2]).

Anders verhält es sich mit jenen beiden Grundrententheorien, von denen die eine, mit RODBERTUS zu reden, die Grundrente aus einem „rechtlichen“, die andere aus einem „natürlichen“ Monopol herleitet. Die erste dieser Theorien wäre durch den Nachweis, daß auch unter der Herrschaft des ursprünglichen Wertgesetzes Grundrente abfällt, nur dann widerlegt, wenn es ausgemacht wäre, daß es keines rechtlichen Monopols bedarf, um den Preis des Rohprodukts auf diejenige Höhe zu bringen, welche dem ursprünglichen Wertgesetz entspricht. RODBERTUS spricht von Monopolpreis nur beim Überschreiten des normalen Wertes. Also wären die Konkurrenzpreise als Gegensatz zu den Monopolpreisen immer diejenigen, welche sich in Übereinstimmung mit dem ursprünglichen Wertgesetz befinden. Und doch weiß RODBERTUS sehr wohl, daß gerade durch die Konkurrenz der Kapitalien um die vorteilhafteste Anlage Alterationen des ursprünglichen Wertgesetzes hervorgerufen werden. Ebensowenig kann der Nachweis, daß unter der Annahme des ursprünglichen Wertgesetzes eine Grundrente unabhängig von irgendwelchen Verschiedenheiten in der Fruchtbarkeit des Bodens zustande kommt, die zweite der beiden „Monopoltheorien“ — und das ist die RICARDOsche „Grundrenten-

1) Zur Erkenntnis, S. 132—133; Zweiter Brief, S. 82; Dritter Brief, S. 40 86—87, 163, 173; Kapital, S. 12—14, 26—27. 2) Vgl. meine vorhin zitierte Arbeit über MARX. Dritter Artikel, S. 473—475.

theorie" — invalidieren. Denn diese Theorie geht von der Vorstellung aus, daß die in der Landwirtschaft und in der Fabrikation investierten Kapitalien eine Konkurrenzgemeinschaft bilden und daß dementsprechend in diesen beiden Produktionssphären der gleiche Kapitalgewinnsatz gilt. Damit ist aber zugleich gesagt, daß für den Austausch des Rohprodukts gegen das Fabrikationsprodukt nicht das ursprüngliche, sondern das in bekannter Weise modifizierte Wertgesetz maßgebend ist. Also hätte Rodbertus, um Ricardos Ansicht, daß die Grundrente von den Verschiedenheiten in der Fruchtbarkeit des Bodens herrührt, zu widerlegen, nicht das ursprüngliche, sondern das modifizierte Wertgesetz, nicht den normalen, sondern den korrigierten Wert seiner Beweisführung zugrunde legen müssen[1]).

1) Rodbertus hat gegen die Erklärung der Grundrente durch ein so oder anders beschaffenes Monopol immer entschieden Stellung genommen. In einem Briefe an Rudolf Meyer gibt er diesem die Anregung zu einer Schrift, die den Titel führen sollte: „Der Grundrentenstreit mit besonderer Bezugnahme auf Ricardo und Rodbertus", und will in dieser Schrift ein besonderes Kapitel eingefügt wissen über: „Ausartung der Grundrententheorie in eine allgemeine Monopolrententheorie bei den Neueren und Neuesten". „Mit diesem Kapitel", schreibt Rodbertus, „können Sie Furore machen. Was ich in meinem dritten sozialen Brief vor dem Richterstuhl der Logik für unmöglich gehalten hatte, haben hier Schäffle und Fröbel geleistet und unser lieber Freund Wagner inkliniert etwas dazu." Briefe usw. herausgeb. von R. Meyer, S. 419. Man könnte zunächst überrascht sein, solch eine Opposition gegen jede „Monopoltheorie der Grundrente" gerade bei Rodbertus zu finden, der so konsequent den Standpunkt vertritt, daß Kapitalgewinn und Grundrente ganz und gar auf der Institution des Privateigentums und der Ungleichheit des Besitzes beruhen. „Beides", sagt einmal Rodbertus, d. h. Kapitalgewinn so gut wie Grundrente, „ist Einkommen, das Personen zufällt, die nicht an der Herstellung des Naturalprodukts mitgearbeitet haben, das diesen auch nicht wegen anderweitiger gesellschaftlicher Dienste aus der ‚abgeleiteten Güterverteilung', sondern lediglich kraft ihres Besitzes schon aus der ‚ursprünglichen Verteilung' zufließt und das daher auch den alleinigen Produzenten des gesellschaftlichen Einkommens, den Arbeitern, entzogen wird." Dritter sozialer Brief, S. 70—71; vgl. S. 58—61. Der hier zutage tretende Widerspruch ist jedoch ein scheinbarer, weil nämlich Rodbertus, wo er sich gegen die Zurückführung der Grundrente auf ein Monopol wendet, letzteren Ausdruck in einem engeren Sinne auffaßt als es vielfach üblich ist. Das Wesen des Monopols macht nach Rodbertus nicht schon die privilegierte Stellung der Besitzenden gegenüber den Besitzlosen aus, sondern erst die privilegierte Stellung eines Besitzenden oder einer besonderen Klasse von Besitzenden, z. B. der Grundeigentümer, an-

Die noch zu besprechenden Gründe, welche RODBERTUS geltend macht, um das Festhalten des normalen Wertes bei der Ableitung der Grundrente zu rechtfertigen, nehmen im Gegensatz zu den bisher behandelten unmittelbar Bezug auf das wirkliche Geschehen in der Volkswirtschaft. So beruft sich RODBERTUS — und damit gehen wir zum vierten Grund über — wiederholt darauf, daß der normale Wert zugleich der „ursprüngliche" Wert sei, daß er früher da war, als der durch die Rücksicht auf eine Gleichmäßigkeit der Gewinne modifizierte Wert.

In den einfachen Verhältnissen, die zur Erklärung der Teilung der Rente in Grundrente und Kapitalrente vorausgesetzt werden müssen, konnte der normale Wert überhaupt noch nicht alteriert sein, „weil", wie RODBERTUS ergänzend bemerkt, „die ihn alterierenden Momente, die Teilung des Bodens und Kapitals unter mehrere Grund- und Kapitalbesitzer bei ungleicher Produktivität und mehreren Fabrikationstufen, erst später ihre Stellung und Bedeutung finden"[1]. Es grenze an Widersinn, meint RODBERTUS, wenn angenommen wird, daß schon „ursprünglich, vor Anbau des Bodens" „Kapitalisten existieren, die Gewinn beziehen und nach dem Gesetz der Gleichheit desselben ihre Kapitalien anlegen". „Und das müßte doch der Fall sein, wenn dies Gesetz schon bei der ersten Urbarmachung des fruchtbarsten Bodens den Rohproduktenpreis so soll erniedrigen können, daß keine Grundrente abfällt."

Auf ein neues Gebiet, das erst von zivilisierten Ländern aus kolonisiert wird, würde solch eine Vorstellung freilich passen, sofern man annimmt, daß von den Auswanderern „die reicheren ... mit den Vorräten und Werkzeugen einer schon alten Kultur — mit Kapital — versehen sind und die ärmeren in der Aussicht

deren Besitzenden gegenüber. Nur in diesem Sinne bekämpft RODBERTUS, wie im Text näher ausgeführt worden ist, die beiden Spielarten der Monopoltheorie der Grundrente.

1) Kapital, S. 22—23. Die ungleiche Produktivität betrachtet RODBERTUS als alterierendes Moment deswegen, weil in der Voraussetzung einer solchen der Wert einer Produktmengeneinheit nur für denjenigen Teil der erzeugten Gesamtmenge des betreffenden Produktes, der unter den ungünstigsten Bedingungen erzeugt wird, dem Arbeitskostenmaßstab entspricht, während dieser Wert für den übrigen Teil sich höher stellt. Siehe „Zur Erkenntnis", S. 130—132.

hingehen, im Dienste der ersteren einen hohen Lohn zu gewinnen". Die Kapitalisten würden hier das, was ihnen über den zu zahlenden Arbeitslohn verbleibt, als ihren Gewinn betrachten, „denn sie führen längst vorhandene Dinge und Begriffe aus dem Mutterlande mit sich". Und da jeder eben nach Maßgabe dieser mitgebrachten ökonomischen Begriffe seinen Gewinn in Beziehung zu seinem Kapital setzen würde, so wäre hier in der Tat eine Grundlage vorhanden, auf der das Gesetz der Gleichmäßigkeit der Gewinne in die Erscheinung treten könnte, und zwar mit der Konsequenz, daß in Übereinstimmung mit Ricardos Lehre Grundrente nur als Differentialrente möglich wäre. „Aber", so apostrophiert Rodbertus seinen Korrespondenten von Kirchmann, „Sie Ihrerseits werden mir zugestehen, daß wenn die Ricardosche Theorie richtig sein soll, sie ihre Richtigkeit in der nationalökonomischen Entwicklung gerade des Mutterlandes beweisen muß, und daß also die Entstehung der Grundrente, des Kapitalgewinns und des Arbeitslohns in dem letzteren und nicht in einer Kolonie zu erklären ist [1])."

So sucht Rodbertus zu zeigen, seine Grundrententheorie befinde sich, im Gegensatz zu der Ricardoschen, auch noch im Einklang mit der Geschichte, „diesem strengsten aller Logiker", wie er einmal sagt [2]). Es handelt sich hierbei insbesondere um die Behauptung, daß dem ursprünglichen Wertgesetz historische Priorität gegenüber dem Gesetz der Gewinnausgleichung zukomme.

Da muß die Kritik zunächst einwenden, daß selbst wenn diese Behauptung zuträfe, damit nicht bewiesen wäre, daß die Grundrente, wie sie in den Verhältnissen einer entwickelten kapitalistischen Verkehrswirtschaft besteht, in ihrem Wesen nichts anderes sei als jener Extragewinn, der in der Landwirtschaft infolge des fehlenden Materialwertes zustande kommt. Denn es läge doch nahe, zu fragen, wodurch ein solcher Extragewinn, gesetzt er wäre im Anfang, als die kapitalistischen Rechnungsprinzipien den Menschen noch fremd waren, wirklich vorhanden gewesen, sich in der Folgezeit, nachdem diese Prinzipien jedermann geläufig geworden sind, hat behaupten können. Auf die so gestellte Frage enthält das uns jetzt beschäftigende Rodbertussche Argument keine Antwort.

---

1) Dritter Brief, S. 175—176. 2) Kapital, S. 21.

Sodann kann die Kritik nicht umhin, auf das entschieden Unhistorische des von RODBERTUS konstruierten Zustandes hinzuweisen, der dadurch charakterisiert sein soll, daß für den Produktenaustausch schon eine feste Norm, eben in Gestalt des ursprünglichen Wertgesetzes, besteht, während das Gesetz der Gewinnausgleichung noch keinerlei Wirkung ausübt[1]. Zudem reimt sich der Glaube daran, daß ein solcher Zustand jemals existiert hat, gar schlecht mit der eigenen Auffassung von RODBERTUS, wonach sich das ursprüngliche Wertgesetz vermittelst der Konkurrenz der Produzenten Geltung verschafft. Die Konkurrenz bewirkt, daß Produkte, die höher oder niedriger, als ihren Arbeitskosten entspricht, bewertet werden, durch Steigerung bezw. Einschränkung des Angebots auf das Niveau dieser Kosten gebracht werden. Das erfolgt aber, wie RODBERTUS auch eigens erwähnt, in der Weise, daß der einzelne die Wahl des zu produziernden Gutes von der jeweiligen Lage des Marktes abhängig macht[2]. Es werden also hierbei schon ziemlich fortgeschrittene ökonomische Verhältnisse vorausgesetzt. Und trotzdem sollen die unter diesen Verhältnissen handelnden Personen noch keine Ahnung davon haben, was als Kapitalgewinn zu betrachten und wie dessen Höhe zu beurteilen ist.

Schließlich wäre hier noch folgender Widerspruch bei RODBERTUS zu konstatieren. Auf der einen Seite scheint er, wie vorher gezeigt wurde, das größte Gewicht darauf zu legen, daß in den Anfängen des „nationalökonomischen Zustandes, in welchem Grund- und Kapitalbesitz geschieden sind“, das Rohprodukt sich gegen das Fabrikationsprodukt notwendig nach Maßgabe des ur-

---

1) Vgl. ZUNS, a. a. O. S. 13—14. Es ist nicht uninteressant, daß RODBERTUS die Vorstellung von der historischen Priorität des ursprünglichen Wertgesetzes gegenüber dem Gesetz der Gleichmäßigkeit der Gewinne mit MARX gemein hat. In betreff von MARX siehe in dieser Beziehung LEXIS, The concluding volume of MARX's Capital, im Quarterly Journal of Economics, X, Boston 1896, S. 10—13. Von MARX und RODBERTUS unterscheiden sich aber ADAM SMITH und RICARDO dadurch, daß sie die Herrschaft des ursprünglichen Wertgesetzes bloß für einen kapitallosen Zustand statuierten. Das war natürlich auch falsch, denn es lief darauf hinaus, daß man sich den Urwald von „city men“ bevölkert dachte, tangierte aber das Wesen der theoretischen Lehren der klassischen Schule in keiner Weise. 2) Zweiter Brief, S. 79—80. Aus dieser Stelle ersieht man, daß für RODBERTUS das ursprüngliche Wertgesetz „in einem sich

sprünglichen Wertgesetzes austauscht, oder anders, daß das Rohprodukt den normalen Wert hat; auf der anderen Seite schildert er die Entstehung der Grundrente als bedingt dadurch, daß der Wert des Rohproduktes im Verhältnis zu demjenigen des Fabrikationsproduktes nach und nach eine bestimmte Höhe erreicht, wobei diese allmähliche Wertsteigerung verursacht werden soll: durch die Vermehrung der Bevölkerung[1]). Daß Rodbertus in diesem Zusammenhang auf einen Faktor rekurriert, der, vom Standpunkte seiner Grundrententheorie aus gesehen, doch als etwas durchaus zufälliges erscheint, ist merkwürdig genug und ist, rein formal betrachtet, eine große Unvorsichtigkeit, weil damit dieser Theorie die Spitze abgebrochen wird. Wird nämlich der Wert des Rohproduktes als abhängig von der Bevölkerungsgröße, mithin von der Größe der Nachfrage, angesehen, so erscheint der Fall, wo dieser Wert sich genau dem normalen Wert gleich stellt, als eine unter unzählig vielen im Bereich der Möglichkeit liegenden Konstellationen und es erweist sich als durchaus unmotiviert, gerade diesen Fall dadurch auszuzeichnen, daß man ihn zur Grundlage der ganzen theoretischen Betrachtung macht.

Soviel über die von Rodbertus, wenn auch nicht konsequent, vertretene Meinung, daß in den Anfängen des Zustandes, in welchem der Grundbesitz von dem Kapitalbesitz getrennt ist, sich das Rohprodukt und das Fabrikationsprodukt nach Maßgabe des ursprünglichen Wertgesetzes austauschen. Es dürfte aus dem Vorhergehenden klar sein, daß diese Meinung ganz in der Luft schwebt; aber,

---

selbst überlassenen Verkehr" seine ultima ratio in dem „Eigennutz bei der Konkurrenz" hat. Marx dagegen will bekanntlich von einer derartigen realistisch-psychologischen Begründung des ursprünglichen Wertgesetzes nichts wissen. 1) Zur Erkenntnis, S. 81—89. Kapital S. 25, 30, 32. Hier wird namentlich für die Kolonien die Möglichkeit zugegeben, daß „alle Rente Kapitalrente bleibt", und zwar nicht mehr aus dem oben im Text erwähnten Grunde (der darin bestand, daß die aus zivilisierten Ländern stammenden Kolonisten kapitalistisch zu rechnen verstehen), sondern wegen der „geringen Anzahl" der Einwohner. Vgl. Dritter Brief, S. 238, wo Rodbertus sich darüber, wie die Rente in Grundrente und Kapitalrente zerfällt, wie folgt äußert: „Allerdings hat sich diese Scheidung weder plötzlich gemacht, noch ist sie sofort dem Gesetze gefolgt, das heute in einem ausgebildeten und freien Verkehr die Größe beider Rententeile bestimmt, dem Gesetz, daß sich Grundrente und Kapitalgewinn nach dem Verhältnis der Kostenarbeit des Rohprodukts und des Fabrikationsprodukts scheiden."

wie bereits bemerkt wurde, selbst wenn sie richtig wäre, würde sie der RODBERTUSschen Grundrententheorie keine Stütze zu leihen vermögen. Der Versuch, diese Theorie durch Hervorkehrung ihres „historischen Gesichts“ zu retten, muß als gänzlich mißglückt betrachtet werden[1].

Einen fünften Grund zugunsten des ursprüglichen Wertgesetzes bzw. des normalen Wertes als der einzigen Grundlage einer sachgemäßen Behandlung des Grundrentenproblems gibt nach RODBERTUS die Tatsache ab, daß der normale Wert, trotz aller Alterationen, die er erfährt, doch immer noch derjenige sei, welcher „wenigstens den durchgreifendsten Einfluß und eine stete Anziehungskraft auf den Marktwert ausübt“. Das ursprüngliche Wertgesetz sei nämlich ein „Gravitationsgesetz“ in dem Sinne, daß der wirkliche Tauschwert nicht genau mit dem normalen Wert zusammenfällt, sondern „bald hüben, bald drüben fällt“, aber doch wenigstens nach dem normalen Wert gravitiert als „nach jenem Punkt, der wie der natürliche so auch der gerechte Tauschwert sein würde“. Diese Eigenschaft, nichts weiter als ein Gravitationsgesetz zu sein, teile aber das ursprüngliche Wertgesetz mit allen ökonomischen Gesetzen, die für einen sich selbst überlassenen Verkehr gelten sollen.

„Der Verkehr müßte“, sagt RODBERTUS, „in seinen Hauptbedingungen konstituiert sein, wenn jene Grundgesetze andere als bloße Gravitationsgesetze sein sollten. Das hat sich bisher auch in jedem nationalökonomischen System von selbst verstanden. Auch das Gesetz der Gleichmäßigkeit der Kapitalgewinne, ein Gesetz, aus welchem die Nationalökonomen eine Reihe von Folgerungen ziehen, gleichfalls, als ob es eine im einzelnen zutreffende Tatsache wäre, ist dies noch weniger, als der Satz, daß der Marktwert mit dem normalen Wert zusammenfällt, ist noch mehr bloßes Gravitationsgesetz als dieser. Dennoch, weil sicherlich alle Einzelgewinne streben, sich ins Gleichgewicht zu setzen, wenn sie auch in der Wirklichkeit immerwährend herüber und hinüber schlagen, haben die Nationalökonomen es mit Recht zu einem regulierenden

[1] RODBERTUS selbst glaubte im Gegenteil, daß sich bei ihm die historische und die theoretische Betrachtungsweise in der Grundrentenfrage gegenseitig ergänzten und unterstützten. Vgl. Dritter Brief, S. 96, Fußnote und S. 235—238.

Prinzip der Verteilung der Kapitalgewinne gemacht. Warum sollte ich weniger berechtigt sein, das Gravitationsgesetz des Wertes meinen Untersuchungen unterzulegen[1]?"

Um diesen Erwägungen gerecht zu werden, muß man sich vor allem die genaue Bedeutung vergegenwärtigen, in welcher hier die figürlichen Ausdrücke „Anziehungskraft" und „Gravitation" gebraucht werden. Es handelt sich dabei einfach um die Behauptung, daß der wirkliche Tauschwert von dem normalen Wert nicht sehr verschieden ist und daß ersterer nicht dauernd größer oder dauernd kleiner als letzterer sein kann, sondern daß die positiven Abweichungen des einen von dem anderen mit den negativen im Laufe der Zeit alternieren. Es wäre nun denkbar, daß man diese Behauptung auf die Betrachtung des wirklichen Geschehens (auf die Preisstatistik) zu stützen versuchte. Davon ist aber bei RODBERTUS keine Rede. Er bleibt vielmehr hier auf dem Boden der reinen Theorie stehen, und eine Kritik, die sich auf denselben Boden stellt, könnte folgendes verlangen: es müßten zunächst die Umstände klargelegt werden, durch welche jene Abweichungen des Marktwerts vom normalen Wert hervorgerufen werden, und es müßte sodann auf deduktivem Wege bewiesen werden, daß die Wirkungen, welche diese Umstände auf den Tauschwert ausüben, indem sie ihn über den normalen Wert steigen oder darunter sinken lassen, notwendig Gegenwirkungen auslösen, wodurch dauernde positive oder dauernde negative Abweichungen des wirklichen Wertes von dem normalen Wert ausgeschlossen wären. Nun findet sich aber in der Reihe dieser Umstände, wie RODBERTUS selbst hervorhebt, die Tendenz der Kapitalgewinne sich gleich zu stellen. Es wäre also unter anderem der Nachweis zu führen, daß auch dieser Faktor nur temporäre Spannungen zwischen dem wirklichen und dem normalen Wert eines gegebenen Produktes, und zwar bald nach der einen, bald nach der anderen Richtung, erzeugt. In Wirklichkeit haben aber diese Spannungen keinen temporären, sondern einen nachweisbar dauernden Charakter, während umgekehrt das Gesetz der Gleichmäßigkeit der Gewinne der Bedingung Genüge leistet, daß es für einen gegebenen Produktionszweig, das Kapital als mobil

1) Kapital, S. 17—18. Vgl. Zweiter Brief, S. 80; Dritter Brief, S. 92—93 und 158—159.

angenommen, nicht dauernd in der gleichen Richtung verletzt werden kann. So bleibt das ursprüngliche Wertgesetz dem Gesetz der Gleichmäßigkeit der Gewinne gegenüber auch dann noch im Nachteil, wenn man sie beide als bloße „Gravitationsgesetze“ betrachtet, und es ist grundverkehrt von RODBERTUS, die Sache so darzustellen, als ob man in der Theorie gleichsam freie Wahl zwischen diesen beiden Gesetzen hätte.

Als sechster und letzter unter jenen Gründen, die nach RODBERTUS den Theoretiker dazu berechtigen, das Prinzip der Grundrente an dem normalen Wert unter Ignorierung des Gesetzes der Gewinnausgleichung zu erklären, erscheint die Erwägung, daß das Kapital nicht beliebig vermehrbar sei. Es stelle sich vielmehr als „eine durch den Stand und die Art der nationalen Produktion bedingte und bestimmte Größe“ dar. Daher könne auch das Gesetz der Kapitalkonkurrenz niemals schrankenlos wirken, was der Fall sein müßte, „wenn das Gesetz der Gleichheit des Kapitalgewinns den Rohproduktpreis immer so niedrig halten sollte, daß die letzte landwirtschaftliche Kapitalanlage nur Kapitalgewinn und keine Grundrente gewährte“ [1]).

Dieses Argument richtet sich selbst. Mit gleichem Recht könnte man in bezug auf die Ausgleichung der Gewinne innerhalb der Fabrikation die Behauptung aufstellen, daß solch eine Ausgleichung an der Unmöglichkeit, das Kapital nach Belieben zu vermehren, scheitern müsse. Dem Mehr an Kapital, das in der einen Produktionssphäre investiert wird, entspricht doch ein Weniger in einer anderen Produktionssphäre. Es handelt sich mit andern

---

1) Dritter Brief S. 178—179. RODBERTUS erwähnt an dieser Stelle neben der letzten Kapitalanlage auch „die letztangebaute Bodenklasse“, aber damit diese keine Grundrente abwirft, würde im Sinne von RODBERTUS die Voraussetzung der beliebigen Vermehrbarkeit des Kapitals wohl nicht genügen, sondern es gehörte dazu eine zweite von RODBERTUS mitgenannte Voraussetzung, daß nämlich der „Boden noch immer beliebig okkupierbar ist“. Für den Fall, wo diese letztere Voraussetzung nicht zutrifft, ist es ja auch der RICARDOschen Grundrententheorie zufolge nicht ausgeschlossen, daß noch vom unfruchtbarsten Boden Grundrente abfällt. Nur daß nach RICARDO auch in diesem Fall die letzte Kapitalanlage in der Landwirtschaft zur Rentenbildung keinen Anlaß gibt. Vgl. S. 211, wo RODBERTUS von der Ricardoschen „Fiktion“ spricht, „als ob der Vorrat von Kapital sich nach dem Wunsche seiner Anlegung richte“.

Worten um eine Verteilungsfrage. Und da bleibt Rodbertus jede Antwort darauf schuldig, warum denn bei der Verteilung des vorhandenen Gesamtkapitals unter die verschiedenen Produktionssphären auf die Landwirtschaft nicht so viel Kapital kommen soll, daß das letzte hier angewandte Kapitalteilchen nichts über den allgemein geltenden Kapitalgewinnsatz abwirft[1]).

Es ist im Vorstehenden in aller Ausführlichkeit gezeigt worden, wie Rodbertus sich gegen den Einwand zu schützen versucht hat, er hätte seine Grundrententheorie auf dem ursprünglichen Wertgesetz aufgebaut, ohne dem Gesetz der Gewinnausgleichung Rechnung zu tragen. Dabei haben sich aus den Erörterungen des Rodbertus, die in verschiedenen Schriften von ihm zerstreut sind, nicht weniger als sechs Rechtfertigungsgründe zu diesem Punkt herausschälen lassen, die sich ziemlich scharf von einander abheben. Das sind: 1. Das Festhalten Ricardos an dem ursprünglichen Wertgesetz bei Ableitung seiner Grundrententheorie; 2. die theoretische Priorität des ursprünglichen Wertgesetzes gegenüber dem Gesetz der Gewinnausgleichung; 3. die Vorzüge des ursprünglichen Wertgesetzes bzw. des „normalen" Wertes als eines Hilfsmittels theoretischer Forschung und Erkenntnis; 4. die historische Priorität des ursprünglichen Wertgesetzes gegenüber dem Gesetz der Gewinnausgleichung; 5. die Wirksamkeit des ursprünglichen Wertgesetzes als eines „Gravitationsgesetzes" auch in einem entwickelten Zustand kapitalistischer Verkehrswirtschaft und 6. die in der Begrenztheit des Kapitals liegende Einschränkung des Gesetzes der Gewinnausgleichung.

Keiner dieser Gründe hat einer kritischen Analyse Stand zu

1) Wenn Rodbertus gegen Ricardo gelegentlich u. a. den Einwurf macht, daß seine Grundrententheorie mit auf der Annahme beruht, es bestehe „die gleiche Neigung, das Kapital zum gewöhnlichen Zinsfuß für alle Ewigkeit in Rente zu fixieren, als es zu demselben Zinsfuß als bewegliches Kapital zu behalten" (Kapital, S. 30; vgl. Dritter Brief, S. 278, 280), so handelt es sich dabei um einen ganz neuen Gesichtspunkt, der mit der Frage der Vermehrbarkeit des Nationalkapitals nichts zu tun hat. Dieser Gesichtspunkt, selbst wenn man ihn als relativ begründet anerkennt, würde indessen logischerweise nur dazu führen können, daß man für das landwirtschaftliche, namentlich in Meliorationen investierte Kapital einen etwas höheren Gewinnsatz als den üblichen annimmt, nicht aber dazu, daß man die Landwirtschaft von der Konkurrenzgemeinschaft der anlagesuchenden Kapitalien ausschließt.

halten vermocht. Ja, es hat nicht einmal eines besonderen Scharfsinns bedurft, um die Nichtigkeit dieser Gründe zu erweisen. Und doch dürfte diese kritische Arbeit angezeigt gewesen sein. Denn mit dem bloßen Hinweis darauf, daß RODBERTUS durch seine Grundrententheorie, sofern er sie auf dem ursprünglichen Wertgesetz beruhen läßt, in Kollision mit dem Gesetz der Gewinnausgleichung gerät, war es, wie bereits früher bemerkt wurde, schon deshalb nicht getan, weil RODBERTUS selbst diese Kollision deutlich sah und begriff. Seine soeben aufgezählten Rechtfertigungsgründe waren also auf ihre Stichhaltigkeit hin zu prüfen.

Freilich ändert das Resultat dieser Prüfung nichts an der Tatsache, daß das Operieren mit dem ursprünglichen Wertgesetz unter Nichtbeachtung des Gesetzes der Gleichmäßigkeit der Kapitalgewinne die Achillesferse der RODBERTUSschen Grundrententheorie ist und daß es sich, sobald man diesen ihren wundesten Punkt erkannt hat, kaum noch verlohnt, ihre sonstigen Lücken und Schwächen einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen[1]). Das trifft im wesentlichen schon in bezug auf die im Anfang dieses Artikels besprochenen drei Einwände zu, und in noch höherem Grade würde das von Einwänden gelten, die gegen einige bisher nicht berührte, wenn auch im Zusammenhang mit dem Grundrentenproblem stehende Ansichten von RODBERTUS erhoben werden könnten, zumal da diese Ansichten (so namentlich seine Stellungnahme zu dem Gesetz des abnehmenden Bodenertrags) auch in seinem Sinne nicht sowohl für die Begründung seiner als vielmehr für die Widerlegung der RICARDO-THÜNENschen Grundrententheorie in Betracht kommen. Letztere steht aber an dieser Stelle nicht zur Diskussion.

Mit seiner Grundrententheorie hat RODBERTUS bei den Zeitgenossen wenig Anklang gefunden. Er selbst hat in GUSTAV SCHÖNBERG einen Anhänger dieser Theorie gesehen[2]). Ob aber

1) MAX SCHIPPEL hat sich zuerst auf diesen Standpunkt gestellt und ihn am konsequentesten festgehalten. 2) Briefe usw. hrsg. von RUDOLF MEYER, S. 161. Am 13. I. 1872 schreibt RODBERTUS an MEYER: „Ganz besonders hat mich Schönbergs Berufung nach Straßburg gefreut, denn das wiedergewonnene Straßburg ist nun die Universität, auf der meine Rententheorie gelehrt wird.“ Vgl. S. 221—222, wo darauf Bezug genommen wird, daß SCHMOLLER anstatt SCHÖNBERGS nach Straßburg geht. Vgl. auch S. 136, wo RODBERTUS SCHÖNBERG als seinen Freund bezeichnet.

mit Recht, ist sehr zweifelhaft. Denn es liegen unzweideutige Äußerungen Schönbergs vor, aus denen das Gegenteil hervorgeht[1]). Sonst wüßte man keinen zu nennen, der dem Rodbertus in dieser theoretischen Frage beigetreten wäre. Aber merkwürdig genug: gerade diejenigen beiden Fachleute, nämlich Lassalle[2]) und Adolph Wagner, mit denen Rodbertus Gelegenheit gehabt hat,

1) Es kommt hier vor allem der Artikel „Die volkswirtschaftliche Verteilung" in dem von Schönberg herausgegebenen Handbuch der politischen Ökonomie, 1. Bd., in Betracht. In der 2. und 3. Auflage dieses Werkes (S. 623 bis 624 bzw. S. 610) hatte der Verfasser des genannten Artikels, Mithoff, unter Berufung auf Lexis, Schippel und Trunk gegen die Rodbertussche Grundrententheorie ausdrücklich Stellung genommen. Mithoffs Artikel ist dann in der 4. Auflage, die nach seinem Tode erschienen ist, von Schönberg selbst einer Revision unterzogen worden, und da hat letzterer nicht nur die betreffenden kritischen Bemerkungen Mithoffs unwidersprochen stehen lassen, sondern er hat auch seinerseits einige Worte hinzugefügt, die ihn als überzeugten Anhänger der Ricardoschen und als entschiedenen Gegner der Rodbertusschen Grundrententheorie charakterisieren. So bezeichnet Schönberg den Versuch von Rodbertus, Ricardo zu widerlegen, als einen „vergeblichen". S. 672, Fußn. 50. Vgl. S. 670 Fußn. 45 und 47. — Es ist mir dank der Freundlichkeit des Herrn Prof. Robert Wilbrandt in Tübingen auch noch möglich gewesen, einen Einblick in Kolleghefte zu tun, die von Schönbergs Hörern herrühren und seine Vorlesung über theoretische Nationalökonomie zum Gegenstand haben. Namentlich bei einem dieser Hefte handelt es sich um ausführliche und anscheinend sehr genaue Aufzeichnungen. Die Grundrententheorie wird aber auch hier (§ 101) durchaus im Anschluß an Ricardo (und Thünen) dargelegt und von dem Rodbertusschen Einfluß ist absolut nichts zu spüren, wie es sich denn überhaupt an der Hand dieser Aufzeichnungen sowie zum Teil auch an der Hand eines gedruckten Résumés der Vorlesung, das Schönberg an seine Hörer verteilte, sehr deutlich zeigt, daß er in der Theorie von sozialistischen Lehren in keiner Weise abhängig gewesen ist. Er betrachtet z. B. das Kapital als dritten Produktionsfaktor neben Natur und Arbeit, erörtert die Preisbestimmungsgründe in Anlehnung an Hermann, sieht, wie dieser, den Kapitalzins als Entgelt einer „Nutzung" des Kapitals an usw. In diesen Rahmen paßt die Rodbertussche Grundrententheorie schlecht hinein. Die betreffenden handschriftlichen Aufzeichnungen, sowie der erwähnte gedruckte Grundriß stammen zwar aus den letzten Jahren der Lehrtätigkeit Schönbergs, und die 4. Auflage seines Handbuchs, auf die vorhin Bezug genommen wurde, ist 1896 erschienen. Aber es ist kaum anzunehmen, daß er in den 70er Jahren über die grundlegenden Fragen der theoretischen Nationalökonomie wesentlich anders gedacht hat. Man muß eher glauben, daß Rodbertus Schönbergs Zustimmung zu seiner Grundrententheorie aus irgendeiner unverbindlichen Äußerung deduziert hat, die bloß als konventionelle Höflichkeit gemeint war. 2) Lassalle hat sich wohl intensiv genug unter anderem

teils brieflichen, teils mündlichen Meinungsaustausch über seine Grundrententheorie zu pflegen, haben zwar gegen dieselbe Stellung genommen, aber ihren Haupt- und Grundfehler, wie es scheint, nicht erkannt.

In bezug auf LASSALLE ist dies so gut wie sicher. Obschon er, wie er selbst an RODBERTUS schreibt, den Dritten Sozialen Brief „dreimal hintereinander mit angespanntester Denkkraft und in beständiger Selbstdiskussion gelesen“, weiß er gegen die darin dargelegte Grundrententheorie nichts anderes vorzubringen, als daß dasjenige, was nach RODBERTUS der schlechteste der in Angriff genommmenen Äcker noch abwerfen würde, „nach RICARDO gar nicht mehr Grundrente, sondern Kapital- resp. Gewerbeprofit zu nennen“ wäre [1]).

Und wenn ADOLPH WAGNER seinerseits erklärt, daß die RODBERTUSsche Grundrententheorie sich mit der RICARDOschen „wohl vertrage“ [2]), oder noch daß „die RICARDOsche Rente innerhalb der RODBERTUSschen liegt und kein Phantom ist“ [3]), so müßte das bei dem Nichteingeweihten den Gedanken erwecken, daß RODBERTUS die Existenz der Differentialrente überhaupt in Abrede stellte, während doch in Wirklichkeit sein Standpunkt dadurch charakterisiert ist, daß die Grundrente nicht immer und nicht nur Differentialrente sei [4]). Auch WAGNER dürfte demnach dasjenige entgangen sein, was das Wesen und die eigentliche Schwäche der RODBERTUSschen Grundrententheorie ausmacht.

Hat es also RODBERTUS als höchst schmerzlich empfinden müssen, daß sich in den Fachkreisen niemand (vielleicht mit Ausnahme SCHÖNBERGS!) zu seiner Grundrententheorie bekennen wollte, so hat er andererseits in der Tatsache, daß ihm Opposition, aber keine wirklich motivierte Opposition gemacht wurde, einen gewissen Trost schöpfen können. Wenn man seine Lehre nicht direkt angriff, sondern ihm gegenüber nur die RICARDOsche

---

auch mit nationalökonomischen Theorien beschäftigt, um als Fachmann gelten zu können. 1) Aus dem literarischen Nachlaß von C. RODBERTUS-JAGETZOW, hrsg. v. H. SCHUMACHER und A. WAGNER. I. Briefe von LASSALLE an RODBERTUS. Berlin 1878, S. 89—90. 2) Ebendaselbst, S. 19. 3) Einiges von und über RODBERTUS-JAGETZOW, in der Tübinger Zeitschrift, 34. Bd. (1878), S. 214. Vgl. ADOLPH WAGNER, Grundlegung der politischen Ökonomie. 3. Aufl. 2. T. Leipzig 1894, S. 329 und 348. 4) Dritter Brief, S. 142—145 und 279.

in Schutz nahm und einen Widerspruch zwischen beiden wegzudiskutieren versuchte, war das nicht ein Beweis, daß er im Rechte war? Die noch bei Lebzeiten von Rodbertus erschienene Arbeit von T. Trunk[1]) enthält zwar unter anderem eine durchaus zutreffende, aber doch allzu summarische Kritik der Grundrententheorie von Rodbertus und es ist daher kein Wunder, daß dieser durch eine solche Kritik sich kaum als getroffen gefühlt hat[2]).

Einen ganz andern Eindruck hätte er sicherlich von der Kritik empfangen — wenn sie rechtzeitig das Licht der Welt erblickt hätte — die an seiner Grundrententheorie von Karl Marx in den nunmehr von Kautsky herausgegebenen „Theorien über den Mehrwert“ geübt wird. Denn diese Kritik ist alles eher als summarisch und sie operiert mit Gegenargumenten, die bei Rodbertus' Lebzeiten ihm, wie es scheint, von keiner Seite entgegengehalten worden sind. Marx hat in diesen polemischen Ausführungen, die aus den Jahren 1861—63 stammen, die neueren Kritiker der Rodbertusschen Grundrententheorie in allen wesentlichen Punkten antizipiert. Auch daß Rodbertus in unzulässiger Weise das ursprüngliche Wertgesetz zur Begründung seiner Auffassung von der Grundrente benutzt, wird hier mit aller Ausführlichkeit erörtert und streng gerügt. Um so überraschender ist es daher, daß Marx selbst seine eigene Theorie der Grundrente, sofern sie neben der Ricardoschen Differentialrente eine „absolute Grundrente“ als existierend annimmt, aus dem ursprünglichen Wertgesetz deduziert und auf diese Weise, im Grunde genommen, in denselben Fehler wie Rodbertus verfällt. Das Nähere darüber folgt im zweiten Artikel.

---

1) Geschichte und Kritik der Lehre von der Grundrente, Hildebrands Jahrbücher, Bd. X (1868), S. 436. 2) Dritter Brief, S. 99, Fußnote.

Zur Würdigung des „wahren“ Sozialismus.

Von

Emil Hammacher.

Inhaltsübersicht.

In den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts, in den unruhigen Zeiten, die der Märzrevolution vorangehen, entstand in Deutschland eine Theorie, die bald allgemein als „wahrer“ Sozialismus bezeichnet wurde, weil sie, von philosophischen Gesichtspunkten bestimmt, sich die Verwirklichung des „wahren“ Menschen zum Ziel setzte. Die Ideen dieses philosophischen Sozialismus sind fast völlig der Vergessenheit anheimgefallen; höchstens sind noch die Namen der Führer dieser Bewegung bekannt: MOSES HESS und KARL GRÜN. Von den beiden einzigen Werken, die sich meines Wissens mit der Arbeit dieser Männer ausführlicher beschäftigt haben, nennt GEORG ADLERS „Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland“ (1885) ihr System „eine philosophiererische — heute glücklicherweise unverdauliche Speise“. Speziell HESS wird vorgeworfen „krasse Manieriertheit, Gedankenverrenkung und Unlogik“; er leiste „in nichtssagendem Breittreten einiger weniger Gedankenmoleküle alles Mögliche, ja alles Denkbare“[1]. Wenn man so jede sachliche Bedeutsamkeit ablehnt, so kommt doch mindestens die historische Tragweite zu kurz; schon deshalb zwingt die Gerechtigkeit zu einer Revision des Urteils. DAVID KOIGEN gibt in seinem Buche: „Zur Vorgeschichte des modernen philosopischen Sozialismus in Deutschland“[2] eine sorgfältige und sehr eingehende Dar-

1) ADLER a. a. O. S. 90, 87. 2) Berner Dissertation 1901.

stellung der Entwicklungsgeschichte jener Lehren, wobei jedoch einige prinzipiell wichtige Gesichtspunkte übergangen sind, die historische Würdigung im Rahmen der gleichen Periode verharrt und ferner die sachliche Stellungnahme ausgefallen ist. Nun ist aber der sachliche und historische Gesamtzusammenhang zwischen Philosophie und modernem Sozialismus nirgendwo besser zu erkennen als in der Theorie des „wahren“ Sozialismus. Eine neue Untersuchung ist deshalb gerechtfertigt.

Unmittelbar erscheint die Gedankenmasse als eine die Eigentumsfrage einbeziehende Fortsetzung der Ideen FEUERBACHS, die ihrerseits als eine empirische Umkippung der Grundbegriffe HEGELS entstanden sind. Das zum Verständnis des absoluten Idealismus und des absoluten Anthropologismus Notwendigste gilt es daher zunächst darzulegen.

HEGEL war in seiner Jünglingszeit sowohl politisch als auch religiös durchaus radikal. Nur dadurch will er sich von der Aufklärungsphilosophie unterscheiden, daß er empirisch-genetisch dem Ursprung der Religion nachforscht und sie psychologisch erklärt. Die anthropologischen Grundlagen von HEGELS Jugendansichten sind später nur deshalb der Metaphysik des Absoluten gewichen, weil HEGEL nunmehr in den Gestaltungen des Endlichen zugleich überempirische Realität verbürgt sieht: die Manifestation des Absoluten oder Gottes selbst. Da nun die Reaktion gegen HEGEL in FEUERBACH einfach den metaphysischen Rahmen des Idealismus für einen Irrtum erklärte, der jedoch aus den Bedürfnissen des Individuums notwendig folge — das Bewußtsein von Gott sei nur das Selbstbewußtsein des Menschen —, so kommt es, daß die Lehren FEUERBACHS mit denen des jungen HEGEL nahezu identisch sind; der politische, ja ökonomische Radikalismus vervollständigt zudem die Parallelen zum „wahren“ Sozialismus, sodaß wir auf HEGELS Jugendschriften[1]) etwas ausführlicher eingehen müssen.

In vollstem Gegensatz zu seinen späteren Lehren erklärt HEGEL hier: „Auf subjektive Religion kommt alles an — diese hat einen eigentlichen Wert . . . Subjektive Religion ist bei guten Menschen,

1) HEGELS theologische Jugendschriften, herausgegeben von NOHL, 1906. Die hier zum erstenmal vollständig abgedruckten Entwürfe stammen aus der Zeit des Tübinger Stifts (zum geringsten Teil, 1788—92), der Zeit der Berner Hauslehrerstelle (1793—96) und des gleichen Berufes in Frankfurt (1797—99).

die objektive kann fast eine Farbe haben, wie sie will“. Religion ist Sache des Herzens, in die sich das Räsonnement nicht einmischen darf. Prachtvoll ist der Ausspruch: „Am unerträglichsten sind öffentlich aufgestellte Sittenwächter. Wer mit lauterem Herzen handelt, wird am ehesten mißverstanden von den Leuten mit dem moralischen und religiösen Lineal“.[1]) Die Aufklärung freilich ist auch unerträglich geworden. Ihre Schwätzer „speisen einander mit kahlen Worten und übersehen das heilige, das zarte Gewebe der menschlichen Empfindung“. Der Aufklärung „Erklärungsart setzt eine tiefe Verachtung des Menschen, einen grellen Aberglauben an seinen Verstand voraus; und sie läßt die Hauptfrage unberührt, nämlich die Angemessenheit der Religion an die Natur zu zeigen, wie die Natur in verschiedenen Jahrhunderten modifiziert war, mit andern Worten, man fragte nach der Wahrheit der Religion nicht in Verbindung mit den Sitten und dem Charakter der Völker und Zeiten, und die Antwort ist, daß sie eitel Aberglaube, Betrug und Dummheit ist“. Es gilt also die genetische Betrachtung der Religion, für die HEGEL zwei Wege eröffnet, den historischen und den psychologischen. Er selbst beschreitet den letzteren Weg und findet jetzt zwei abermals verschiedene Erklärungen für die Entstehung des religiösen Bewußtseins. In einer Argumentation, die durchaus an NIETZSCHE erinnert, behauptet er: „Hinter der vorgeblichen Verachtung der Güter und Ehren dieser Welt steckt gar häufig ein sehr übel abstechender Neid gegen die, die sie besitzen; die Verachtung ist gar häufig eher ein Ärgernis darüber, — und die Entbehrung derselben wird alsdann für ein Unrecht, für ein Leiden angesehen, wofür uns gleichfalls eine Entschädigung gebühre“. Neben dieser Deutung der Religion aus dem Neid steht die andere, die dann später, ohne es zu wissen, FEUERBACH und die „wahren“ Sozialisten erneuert haben, die Erklärung aus dem Bedürfnis. Es gilt „aus dem, was wir itzt als Bedürfnis der menschlichen Natur erkennen, jene nunmehr verworfene Dogmatik abzuleiten, ihre Natürlichkeit und Notwendigkeit aufzuzeigen“. „Sie (die Meinung des Übernatürlichen) beruht auf der gewiß schönen Voraussetzung, daß alles Höhere, alles Edle und Gute des Menschen etwas Göttliches ist, von Gott kommt, sein Geist ist, der von ihm

1) HEGEL a. a. O. 8, 10, 14, 45.

ausgeht. Aber dann wird diese Ansicht zum grellen Positiven, wenn die menschliche Natur absolut geschieden wird von dem Göttlichen, wenn keine Vermittlung derselben — außer nur in einem Individuum — zugelassen, sondern alles menschliche Bewußtsein des Guten und Göttlichen nun zur Dumpfheit und Vernichtung eines Glaubens an ein durchaus Fremdes und Übermächtiges herabgewürdigt wird. Man sieht, die Untersuchung hierüber würde, wenn sie durch Begriffe gründlich werden sollte, am Ende in eine metaphysische Betrachtung des Verhältnisses des Endlichen zum Unendlichen übergehen; dies ist aber nicht die Absicht dieser Abhandlung."

HEGELS Wendung zur Orthodoxie erklärt sich einfach aus der metaphysischen Ausdeutung der an dieser Stelle noch offen gelassenen Frage nach dem Verhältnis des Endlichen zum Unendlichen. Zwischen seiner Hauslehrertätigkeit und seiner Habilitation nimmt er die Kritik der Religion von neuem auf und antwortet sich jetzt positiver: „Die Erhebung des Menschen, nicht vom Endlichen zum Unendlichen — denn das sind Produkte der bloßen Reflexion und als solche ist ihre Trennung absolut —, sondern vom endlichen Leben zum unendlichen Leben ist Religion". „Wenn er (der Mensch) das unendliche Leben als Geist des Ganzen, zugleich außer sich, weil er selbst ein Beschränktes ist, setzt, sich selbst zugleich außer sich, dem Beschränkten, setzt und sich zum Lebendigen emporhebt, aufs innigste sich mit ihm vereinigt, so betet er Gott an".[1])

Mit dem religiösen Radikalismus der Jugendepoche verbindet sich ein politischer. Ein Brief HEGELS an SCHELLING aus dem Jahre 1795 liest sich wie eine ausgezeichnete Satire auf die spätere Apotheose der immanenten Wirklichkeit: „Religion und Politik haben immer unter einer Decke gespielt . . . . Mit Verbreitung der Ideen, wie alles sein soll, wird die Indolenz der gesetzten Leute, ewig alles zu nehmen, wie es ist, verschwinden".[2]) In Niederschriften aus der Frankfurter Zeit will er KANTS Trennung des Legalen und Moralischen durch einen dritten Begriff, den des Lebens, überwinden und konstatiert: „Alle Erscheinungen dieser Zeit zeigen, daß die Befriedigung im alten Leben sich nicht mehr

1) HEGEL a. a. O. 16, 144, 55, 143, 146, 347. 2) HEGEL, Sämtliche Werke Bd. XIX, S. 15.

findet. Es war eine Beschränkung auf eine ordnungsvolle Herrschaft über sein Eigentum, ein Beschauen und Genuß seiner völlig untertänigen kleinen Welt; und dann auch eine diese Einschränkung versöhnende Selbstvernichtung und Erhebung an den Himmel. Einesteils hat die Not der Zeit jenes Eigentum angegriffen, andrerseits im Luxus die Beschränkung aufgehoben und in beiden Fällen den Menschen zum Herrn gemacht und seine Macht über die Wirklichkeit zur höchsten“. Aus diesem Zwiespalt ergibt sich die Verbindung der Theoretiker und Praktiker in dem übergeordneten Begriff des Lebens. „Der immer sich vergrößernde Widerspruch zwischen dem Unbekannten, das die Menschen bewußtlos suchen, und dem Leben, das ihnen angeboten und erlaubt wird, und das sie zu dem ihrigen machen, die Sehnsucht derer nach Leben, welche die Natur zur Idee in sich hervorgearbeitet haben, enthalten das Streben gegenseitiger Annäherung.“ Die einen wollen also ein richtiges Bewußtsein über das Unbekannte ihres Seins erhalten, die andern sehnen sich aus der bloßen Erkenntnis zum Leben. „Der Stand des Menschen, den die Zeit in eine innere Welt vertrieben hat, kann entweder, wenn er sich in dieser erhalten will, nur ein immerwährender Tod, oder wenn die Natur ihn zum Leben treibt, nur ein Bestreben sein, das Negative der bestehenden Welt aufzuheben, um sich in ihr zu finden, um leben zu können.“[1]) Noch im Jahre 1800 schreibt HEGEL an SCHELLING: „Ich frage mich itzt, während ich damit (mit der Ausarbeitung meines Systems) beschäftigt bin, welche Rückkehr zum Eingreifen in das Leben der Menschen zu finden ist“[2]). Welcher Art aber die notwendige politische Reform ist, bleibt im Ansatz; das einzig Positive, das der Philosoph ausmacht, ist die Verwirklichung der Gerechtigkeit. „Allgemein und tief ist das Gefühl, daß das Staatsgebäude, so wie es jetzt noch besteht, unhaltbar ist . . . Gerechtigkeit ist in dieser Beurteilung der einzige Maßstab . . . Wie blind sind diejenigen, die glauben mögen, daß Einrichtungen, Verfassungen, Gesetze, die mit den Sitten, den Bedürfnissen, der Meinung der Menschen nicht mehr zusammenstimmen, aus denen der Geist geflohen ist, länger bestehen.“ Gehört zu diesen veralteten Institutionen auch das Privateigentum? Zum mindestens ist es für HEGEL ein Problem; un-

---

1) ROSENKRANZ, HEGELS Leben. S. 89, 88. 2) HEGEL Werke XIX. S. 27.

mittelbar an den Sozialismus grenzen die Worte: „Über diesem dürren Verstandesleben ist auf der einen Seite das böse Gewissen, sein Eigentum, Sachen zum Absoluten zu machen, größer geworden, und damit auf der andern das Leiden der Menschen . . . Die Allgemeinheit ist nur noch als Gedanke, nicht als Wirklichkeit mehr vorhanden.“[1])

Die konservative Politik des späteren HEGEL nimmt ihren Ausgangspunkt von dem Studium des Altertums, das ihm den antiken Staatsbegriff der platonisch-aristotelischen Philosophie vermittelte, den er jedoch alsbald mit dem modernen Freiheitsbegriff zu versöhnen suchte.[2]) Wie ihm nunmehr die Produkte des religiösen Bewußtseins als metaphysische Wesenheiten gelten, als Offenbarungen der einen absoluten Idee oder Gottes, so bezeichnet er jetzt den Staat als „das an und für sich Vernünftige. Diese substantielle Einheit ist absoluter unbewegter Selbstzweck, in welchem die Freiheit zu ihrem höchsten Recht kommt, sowie dieser Endzweck das höchste Recht gegen die Einzelnen hat, deren höchste Pflicht es ist, Mitglieder des Staates zu sein.“[3]) Das Ideal des Staates sieht aber HEGEL in der konstitutionellen Erbmonarchie, wobei unter Konstitution eine ständische Vertretung verstanden wird. So wurde er, der alles Wirkliche für vernünftig und alles Vernünftige für wirklich erklärte, zum „Philosophen der Restauration“.

Auch jetzt sogar liegen die Gründe, die von diesem politischen Standpunkte abdrängen, auf der Oberfläche. Denn indem HEGEL das Gesamtwirkliche nach Analogie des logisch gefaßten Selbstbewußtseins deutet, das Absolute als Geist bestimmt, wird sein System Entwicklungsphilosophie, das Seiende wird ihm zu einer Stufenfolge von Begriffen, die als geistige lebendige Totalität besitzen, in unaufhörlicher Selbstbewegung sich befinden und deshalb konkret heißen. In der logischen Idee ist die Praxis enthalten, so ist das Tatproblem der Jugendzeit gelöst. „Das wahre Sein des Menschen ist seine Tat“, so lesen wir in der „Phänomenologie des Geistes“; „es ist noch keine Tat begangen; die Tat aber ist das wirkliche Selbst“. Aus dem einfachen Begriff des Weltgeistes, heißt es an anderer Stelle, folgt: „Sein Leben ist Tat.“

1) ROSENKRANZ a. a. O. 92, 89. 2) Vgl. hierüber MAYER-MOREAU, HEGELS Sozialphilosophie, 1910. 3) HEGEL, Rechtsphilosophie. § 258.

Diese Entwicklung hat sich selbst zum Ziele. „Die Tat hat aber keine andere Bestimmung als die Tätigkeit.“ Oftmals wird betont, daß die bloße Gelehrsamkeit zu nichts nutze ist, weil sie bloß auf Kenntnisse geht; an den Sophisten wird ihre Verbindung mit dem Leben gerühmt; auf die Unschuld unserer nur gelehrten Professoren gibt die Philosophie nichts.[1]) Ja, so stark war selbst in der Reifeperiode HEGELS Verlangen nach unmittelbarer Praxis, daß er bei seiner Berufung nach Berlin sein Abschiedsgesuch in Heidelberg mit der Hoffnung begründete, hier „von der prekären Funktion, Philosophie auf einer Universität zu dozieren, zu einer andern Tätigkeit überzugehen und gebraucht werden zu können.“[2])

Die Tat als Oberwert des Theoretischen und Praktischen schärft zugleich den Tatsachensinn; denn jede Stufe der ideellen Selbstentfaltung ist nur die wahrhafte Ausdeutung des Tatsächlichen. Daher polemisiert HEGEL beständig gegen das „leere Jenseits“; die Wahrheit hat ihr Jenseits abgestreift und ist gewillt, nur zu erkennen, was ist. Darin hatte die Aufklärung recht, daß sie — wenn auch nur im Begriff des Nutzens — den Himmel auf die Erde verpflanzte.[3]) „Es liegt im Empirismus dies große Prinzip, daß, was wahr ist, in der Wirklichkeit sein und für die Wahrnehmung dasein muß . . . Wie der Empirismus, erkennt auch die Philosophie nur das, was ist; sie weiß nicht solches, was nur sein soll und somit nicht da ist.“[4]) Aus diesem Immanenzprinzip folgt sofort die Aufforderung zur Tat und zur Tatsachenerkenntnis, zur kritischen Prüfung des Gegenwärtigen.

Aber auch unmittelbar inhaltlich erhält man leicht Bedingungen der HEGELschen Philosophie, die über sie hinausführen. Das System der Stufenfolge ist dialektisch, d. h. die Ordnung der begrifflichen Wirklichkeit ist analytisch auseinander ableitbar, da allenthalben ein Widerspruch obwaltet, der zugleich die Wahrheit der „Vernunft“ verbürgt, aber doch die Notwendigkeit einer höheren Entwicklungsreihe aufzeigt. Den anthropologischen Ursprung seiner Dialektik verraten die besprochenen religiösen und politischen Betrachtungen der Werdeperiode, die die Unkenntnis des Menschen über sein Wesen als Ursache zur Religion fassen und die Trennung zwischen

1) HEGEL, Werke II 242, 346; XIII 13, 16; XIV 5 f. 2) ROSENKRANZ a. a. O. 318. 3) HEGEL, Werke, vgl. II 510, 440; Vorrede zur Rechtsphilosophie. 4) HEGEL, Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften, § 38.

Wissenschaft und Leben beklagen. Noch in der „Differenz der FICHTEschen und SCHELLINGschen Philosophie“ ist diese Genesis aus der Psychologie erkennbar: „Entzweiung ist der Quell des Bedürfnisses der Philosophie.“ Das aus dem Leben aufgegriffene Antithetische gliedert sich alsdann wie die übrigen anthropologischen Bestimmungen dem objektiven Schema der Dialektik ein, wie es FICHTE als metaphysisches Prinzip entwickelt hat — aus Motiven besonders der Kategorientafel KANTS, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. Thesis, Antithesis und Synthesis machen die vernünftige Form der begrifflichen Selbstbewegung, wobei das dritte Glied die Entgegengesetztheiten der beiden ersten Glieder aufhebt und aufbewahrt, um selbst wieder als Thesis in einer neuen Triade zu dienen. Der Begriff entläßt seine Momente, er schlägt zuletzt durch diese „Entäußerung“, wie HEGEL vielfach sagt, in einen neuen um, der nach Möglichkeit als Gegensatz gefaßt wird.

Neben den zahllosen Schematen des gesamten Systems kennt nun HEGEL auch eine einmalige Dialektik des Wirklichen: Logik, Natur und Geschichte. Die Logik ist „die Darstellung Gottes, wie er in seinem ewigen Wesen vor der Erschaffung der Natur und eines endlichen Geistes ist.“[1]) Durch die Natur als das „Anderssein des Geistes“ hindurch gelangt die absolute Substanz in der Geschichte, dem „Sichselbstfinden des Gedankens“ allmählich zum absoluten Selbstbewußtsein, zur Selbsterkenntnis, daß alles Wirkliche Geist ist. Eben in HEGELS System ist der Sinn der Weltgeschichte und damit der Sinn alles Seienden erreicht. „Es ist eine neue Epoche in der Welt entsprungen. Es scheint, daß es dem Weltgeiste jetzt gelungen ist, alles fremde gegenständliche Wesen von sich abzutun und endlich sich als absoluten Geist zu erfassen ... Die Reihe der geistigen Gestaltungen ist — für jetzt (wie der Philosoph vorsichtig, doch inkonsequent hinzugefügt) — damit beschlossen.“[2]) Die absolute Versöhnung, die den letzten Endzweck aller Wissenschaft ausmacht[3]), ist vollzogen.

Sofort erhebt sich von hier aus eine doppelte Opposition. Einmal entsteht die Frage nach der Rangordnung der Werte. Hatte HEGEL in der Lehre vom objektiven Geiste den Staat als das

1) HEGEL, Werke III 36. 2) HEGEL, Werke XV 689 f. 3) HEGEL, Enzyklopädie, § 6.

Höchste gepriesen, so berührt nichts merkwürdiger, wenn er beim Übergang zum absoluten Geist erklärt, daß man dort im Endlichen stehen bleibe: „Wo aber Endlichkeit ist, da bricht auch der Gegensatz und der Widerspruch stets wieder von neuem durch, und die Befriedigung kommt über das Relative nicht hinaus". Höher als die Kunst, die das Absolute in sinnlicher Anschauung darstellt, steht die Religion, die als „unbefangen denkende Vernunft" in Form der Vorstellung, in Bildern das Absolute so faßt, wie es für alle Menschen begreiflich ist. Am Schlusse aber der Religionsphilosophie scheint auf einmal die Sittlichkeit wieder den höchsten Wert zu erhalten. „In der Organisation des Staates ist es, wo das Göttliche in die Wirklichkeit eingeschlagen, diese von jenem durchdrungen und das Weltliche nun an und für sich berechtigt ist . . . In der Sittlichkeit ist die Versöhnung der Religion mit der Wirklichkeit, Weltlichkeit vorhanden und vollbracht."[1] Darüber läßt freilich HEGEL zuletzt doch nun keinen Zweifel, daß, wie die dritte Stufe des absoluten Geistes, die Philosophie als Geschichte des sich begreifenden Denkens aufzeigt, das Höchste die Verbindung der Substanz mit dem Selbstbewußtsein in der absoluten Selbsterkenntnis ist. Der Dualismus beider Ziele verlangt jedoch eine andere Lösung: entweder in der Praxis oder in der Theorie ein Letztes zu sehen.

Noch unabweislicher ist ein zweiter Einwand, die Frage nämlich, mit welchem Rechte „die absolute dialektische Unruhe des Begriffs" bei der Gegenwart auf einmal halt macht. Am wenigsten leuchtet dies ein bei der Verherrlichung des Ständestaats. Ein Blick auf die Tatsachen, für die ja gerade HEGEL wieder den Sinn geschärft hatte, überzeugte leicht, daß er das Gegenteil von dem war, was er nach dem preußischen Staatsphilosophen sein sollte: die Realisation der Freiheit. In dem Abschnitt seiner Rechtsphilosophie über die bürgerliche Gesellschaft hatte zudem HEGEL für den Fall einer ungehinderten Bewegung fast alle die Entwicklungen prophezeit, die der spätere Sozialismus in der Konzentrations-, der Verelendungs- und der Krisentheorie behauptet hat; er hatte treffliche Worte gegen die Arbeitsteilung gesagt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, einst möge an Stelle des Arbeiters die Maschine treten.[2] Steht das politische Ideal HEGELS in Widerspruch zu

1) HEGEL, Werke 10 I S. 127, XI 117, XII 279. 2) Vgl. hierüber mein Buch „Das philosophisch-ökonomische System des Marxismus." 1909, S. 18—20.

jeder irgendwie liberalen Beurteilung der Zeitverhältnisse, so offenbart sich in dem Ziele der Selbsterkenntnis gleichfalls ein innerer Konflikt. Denn sobald die nun sinnlos gewordene Geschichte ihren Weg weiternimmt, muß der Verdacht rege werden, daß die Notwendigkeit des Untergangs, die der Philosoph von jedem andern Systeme als Übergang zu einem höheren behauptet hatte, auch von seinem eigenen zu gelten habe. Der logische Idealismus enthüllt sich hier als totaler Selbstwiderspruch des absoluten Relativismus. Wer aber von Hegel gelernt hat, weiß, daß man eine Philosophie nur durch „Aufhebung" überwindet, d. h. indem man an sie anknüpft und ihr relativ Gültiges mit in sein neues Weltbild aufnimmt.

Der Widerspruch zwischen den geschichtlichen Religionen und dem von Hegel als absolute Religion hingestellten Christentum wurde zuerst von Strauss gesehen. Er erklärte, den Substanzbegriff herausnehmend, die Evangelien für das unbewußt geschaffene Produkte der Gemeinde, während alsbald Bruno Bauer mit Hilfe des Begriffs vom Selbstbewußtsein sie als die Schöpfung bestimmter Verfasser deutete. Als ganzes negierte Hegels System zuerst Ludwig Feuerbach, aber ganz in der Weise eines Hegelianers, indem er den Wahrheitsgehalt des Metaphysischen leugnet, aber doch seine Kategorien als notwendige Produkte empirischer Entzweiung, empirischer Bedürfnisse anerkennt. An Stelle des Idealismus tritt freilich ein Materialismus oder zum mindesten ein universaler Anthropologismus, „Wahrheit, Wirklichkeit, Sinnlichkeit sind identisch." Aber: „die unmittelbare, sonnenklare, truglose Identifikation des durch die Abstraktion vom Menschen entäußerten Wesens des Menschen mit dem Menschen kann nicht auf positivem Wege, kann nur als die Negation der Hegelschen Philosophie aus ihr abgeleitet werden". „Wir dürfen . . die spekulative Philosophie nur umkehren, so haben wir die pure, unverhüllte, blanke Wahrheit." „Das Geheimnis der Theologie", erklärt Feuerbach im „Wesen des Christentums" (1841), „ist die Anthropologie." Denn darin wirkt nun Hegels Substanzbegriff nach — und dies ist ein wichtiger Fortschritt soziologischer Erkenntnis —, die Gattung ist nicht, wie die Aufklärung glaubte, aus der Summe der einzelnen, sondern der einzelne nur aus der Gattung zu verstehen: „Das innere Leben des Menschen ist das Leben im Verhältnis zu seiner Gattung, seinem

Wesen.“[1]) Das Individuum ist aber jederzeit beschränkt und sucht nun in der Anschauung eines vollkommenen Wesens sich von dieser Pein zu befreien. So ist Religion die Entzweiung des Menschen mit sich selbst, eine Folge der empirischen Unvollkommenheit des Menschen, während die Gattung unbeschränkt ist. „Der Mensch — dies ist das Geheimnis der Religion — vergegenständlicht sein Wesen und macht dann wieder sich zum Gegenstand dieses vergegenständlichten in ein Subjekt, eine Person verwandelten Wesens.“ Daher ist Gott „der Begriff der Gattung als eines Individuums, der Erfüller, das ist die Wirklichkeit, das Erfülltsein meiner Wünsche“. Das gegenständliche Wesen des Menschen als außerweltliche Person gedeutet, ergibt die unerschöpflichen Lügen der Theologie. Wie sie, ist aber auch die spekulative Philosophie — eine andere kennen FEUERBACH und alle seine Nachfolger nicht — der Selbstentfremdung erwachsen: „Die HEGELsche Logik ist die zur Vernunft und Gegenwart gebrachte, zur Logik gemachte Theologie“. Schlechterdings alle Anschauungen des Menschen haben diesen Ursprung, so entwickelt sich FEUERBACH folgerichtig weiter: „Die neue Philosophie“ — so belehren uns die „Grundsätze der Philosophie der Zukunft“ (1843) — macht den Menschen mit Einschluß der Natur als der Basis des Menschen zum alleinigen, universalen und höchsten Gegenstand der Philosophie —, Anthropologie also mit Einschluß der Physiologie zur Universalwissenschaft.“[2])

Auf diesem Standpunkte bleibt offenbar nur eine praktische Aufgabe übrig, nämlich den beschränkten Menschen zum vollkommenen Gattungsmenschen zu erheben, wobei von selbst alle falschen Vorstellungen schwinden müssen und das richtige Selbstbewußtsein hergestellt wird. Nur ein Mittel hierzu hat FEUERBACH, der auf praktischem Gebiete Idealist sein will, angegeben: die Liebe zu den Menschen, die zusammen die Gattung ausmachen. „An dem andern habe ich erst das Bewußtsein der Menschheit; durch ihn erst erfahre, fühle ich, daß ich Mensch bin; in der Liebe zu ihm wird mir erst klar, daß er zu mir und ich zu ihm gehöre, daß wir beide nicht ohne einander sein können, daß nur die Gemeinsamkeit die Menschheit ausmacht.“[3])

1) FEUERBACH, Sämtliche Werke, 1846 II 321, 249; VII (4. Aufl.) 8 f.
2) Ebenda, VII 71, 223, 249; II 247, 330. 3) FEUERBACH, Werke VII 230.

Der Leser hat sich vielleicht erstaunt gefragt, was diese ausführliche philosophische Einleitung mit dem Sozialismus zu tun hat. Die Wahrheit ist, daß wir zu seinem Verständnis auch nicht einen Gedanken erhalten, der sich nicht als unmittelbare Konsequenz ökonomischer Anwendung aus dem Bisherigen ergibt. Von den Begründern des „wahren" Sozialismus ist MOSES HESS der ältere und originellere, KARL GRÜN der phantasievollere. Hinsichtlich der Lebensschicksale sei auf ADLERS erwähntes Buch verwiesen; von ihren Schriften kommen nur die vor der Märzrevolution in Betracht. Da ist es nun sehr interessant, daß HESS bis zum Jahre 1841 einen Standpunkt einnimmt, der auf wirklicher Religiosität basierend, von hier aus die soziale Frage zu lösen sucht. Was war hernach geschehen? Nur das Erscheinen von FEUERBACHS „Wesen des Christentums" und seinen nachfolgenden Schriften kann die Wendung zum Atheismus und zum „wahren" Sozialismus bewirkt haben. Bestimmte Gedanken bleiben zwar gemeinsam, aber prinzipiell ist der Unterschied so groß, daß wir zunächst HESS' Erstlingsschriften für sich betrachten müssen.

Zwei Werke fallen in diese Epoche: „Heilige Geschichte der Menschheit. Von einem Jünger SPINOZAS" (1837) und „Die europäische Triarchie" (1841), beide anonym erschienen. Da der Sinn beider Schriften in allem Wesentlichen übereinstimmt und HESS selbst die zweite als die „weitere Entfaltung" der ersten Schrift bezeichnet (S. 15), so ist im folgenden vorzugsweise das zweite Buch berücksichtigt worden. Was der Verfasser auseinandersetzt, ist eine eigentümliche Kritik HEGELS, die die Natur zu einem koordinierten Faktor des Geistes macht, daher unter Berufung auf SCHELLING zu SPINOZA zurückkehrt und nun die Philosophie als absolute Geistestat verwirklichen, im Leben zur Geltung bringen will. Dabei bringt HESS eine Geschichtsphilosophie, die ihre Konstruktion nicht verleugnen kann, aber doch durch ihre großzügige Auffassung auch sachliches Interesse beanspruchen darf.

Hiernach verläuft die Geschichte in drei Perioden. Das Altertum wird durch ADAM repräsentiert (S. 27). Es ist die Stufe der unmittelbaren Einheit des Geistigen und Natürlichen, die durch das römische Element verweltlicht wurde; sie beruht auf der absoluten Ungleichheit der Menschen (3, 46, 30). Das Mittelalter reicht von der Völkerwanderung bis zur Französischen Revolution

einschließlich und hat zum typischen Vertreter Christus; hier herrscht das germanische Prinzip der Innerlichkeit, der Vermittlung zwischen Natur und Geist (27, 51, 46, 3). In bezug auf die soziale Frage bedeutet diese Zeit einen Übergang zu der Gleichheit des neuen Zeitalters (30). Die Vorbereitungen zu ihm liegen zweifach schon im Mittelalter: die Reformation, die im übrigen eine Halbheit war (125), brachte die Geistesfreiheit (49), die Französische Revolution, die man nur ja nicht für eine sozialpolitische halten darf (85), die Sittenfreiheit (83); beide Bewegungen hatten einen echt christlichen Charakter (52). In der deutschen Philosophie, die in HEGEL kulminiert, dessen Dialektik im großen und ganzen zutrifft (37), ist die Geistesfreiheit zum höchsten gelangt, aber nur ideell, während gleichzeitig mit diesem Abschluß der religiösen Revolution die Französische Revolution zum Reellen hinausgegangen ist, dafür aber nur die allgemeinen Prinzipien verwirklichte (32 f., 142). „In der Wechselwirkung der deutschen und französischen Freiheit besteht die wesentliche Tendenz der Gegenwart“ (33). Um positiv zu werden, was auch STRAUSS nicht gelungen ist (24), muß sich die Geistesfreiheit mit der tätigen und realen verbinden (22). Ohne den Übergang zur Tat, zur Verwirklichung der Idee würde die Emanzipation des Geistes keinen Sinn haben (57). HEGEL, der das Tatproblem nicht verstand, mußte deshalb bei der Apotheose der Vergangenheit stehen bleiben (20). „Wie aber leben mehr als philosophieren, so ist die absolute Geistestat mehr als die absolute Geistesphilosophie“ (6). „Das Letzte und Höchste des absoluten Idealismus, der konkrete Begriff des Daseienden ist das Erste der Philosophie der Tat“ (39).

Es gilt, den Gegensatz zwischen Materialismus und Spiritualismus, zwischen römischer Weltlichkeit und germanischer Innerlichkeit zu überwinden. Darum ist SPINOZA „der Begründer der Neuzeit“ (148, 27), weil er die Koordination des Realen und Idealen, des Natürlichen und Geistigen gelehrt hat. Seine Idee der absoluten Einheit alles Lebens gleicht den Kampf des Staates und der Kirche, der Endlichkeit und der Ewigkeit zu einer dritten Macht aus (113). In SPINOZA sind die echten Söhne ihrer Zeit, HEGEL und SAINT-SIMON, von denen der letztere den Trieb zu handeln hatte, vereinigt (147). Es gilt einfach, SPINOZAS Ethik in die Praxis umzusetzen, während dieser Denker selbst die hochwichtigen Folgen

seiner Lehre für die Zukunft des sozialen Lebens noch nicht kannte (148). Zu der von Deutschland und Frankreich verfochtenen Freiheit des Geistes und der Sitten tritt eine dritte hinzu, die sozialpolitische, die Emanzipation von den Gesetzen. Diese Aufgabe ist der künftigen englischen Revolution vorbehalten, weil hier der praktische Sinn am meisten entwickelt ist, der England zum Vorkämpfer des realen Fortschritts macht (151, 56). Diese letzte Revolution wird nicht blutiger, nicht verderblicher, nur gründlicher als die beiden ersten sein und einen absoluten Einfluß auf das soziale Leben ausüben (89 f.).

In der „Heiligen Geschichte“ hat HESS eine genaue Vorstellung von den Übelständen des Kapitalismus. Auch hier ist ihm zwar das Leiden ein allgemeines, ein ideelles nnd materielles; denn „daß die Menschen nicht gehörig unterscheiden, sondern bald zu weit im Einigen gehen und alles durcheinander werfen, bald zu weit im Trennen und alles zersplittern, das war und bleibt das Grundübel“ (186). Genaueres weiß er aber über die soziale Frage. Die neuen Erfindungen treiben den Gegensatz von Armut und Reichtum auf die Spitze, der Mittelstand schwindet. Unsere Zeit ist eine Übergangsperiode; wenn wir noch Heloten haben, so fällt dies veralteten Gesetzen zur Last. Das Heilmittel besteht, soll eine Revolution vermieden werden, in der Aufhebung des Erbrechts (303—307).

Wie dieser Vorschlag heute Anspruch auf Beachtung hat, so auch das Reformprogramm, das HESS in der „Europäischen Triarchie“ aufstellt in der traumhaften Hoffnung, Deutschland werde sich die Resultate der englischen Revolution auf friedlichem Wege aneignen.

Wenn HEGEL den Staat auf die Religion gestellt wissen wollte, infolge seines orthodoxen Prostestantismus aber zu arger Reaktion kommen mußte, so wird von HESS ein gleiches gefordert zugunsten eines Pantheismus, der den Gegensatz zwischen Theismus und Atheismus überwunden hat (110), einer Weltreligion, die unser ganzes Leben als intellektuale Liebe durchzieht (74), in der die ethische Tat, die Selbsttätigkeit wurzelt (81, 77). Keine große Tat hat es je gegeben ohne mindestens die Ahnung, es werde durch sie Gottes Wille vollbracht; der Selbständige weiß, daß er als Individuum dienendes Glied eines höheren Lebens, eines größeren

Ganzen ist (145f.). So ist es „hohe Zeit, daß die unnatürliche Trennung von Religion und Leben ihr Ende erreicht“ (118); echte Politik ist religiös, Wahrheit und Sittlichkeit sind in sie hineinzubringen (58, 68). Die schlechte Einigung von Religion und Leben, gegen welche die Opposition sich mit Recht wendet, ist noch immer besser als die absolute Negation aller Einheit. Denn die vom Liberalismus gewollte Trennung zwischen Politik und Religion führt zu einer nur weltlichen Politik und zur Vernichtung der Religion. „Diese unheilige Politik und ohnmächtige Religion haben Staat und Kirche an den Rand des Abgrunds geführt, haben unser ganzes modernes Leben so erbärmlich egoistisch gemacht, daß wir, aller Begeisterung für große religiöse und politische Zwecke bar, uns vor Mittelalter und Altertum in gleichem Maße schämen müssen!“ (119). Die Staatsmacht vereinigt ihrer Natur nach alles Recht in sich; es kommt nur darauf an, daß der in ihr wohnende Geist mit dem gegenwärtigen Welt- oder Zeitgeist übereinstimmt (114, 104). Die materielle Macht kann niemals die höchste sein; der Staat muß nicht nur darüber wachen, daß keine der Gesellschaft gefährliche Lehre aufkommt, er muß sogar die Religion positiv fördern (104f.) und zwar durch Bildungsanstalten, die nicht kirchliche, sondern Staatsinstitute sein müssen (136); selbst in den Konfessionen soll er das Religiöse unterstützen, nur das Konfessionelle ignorieren (137).[1])

Wie freilich die Zukunft ausschaut, darüber will Hess keine bestimmten Angaben machen, denn das Ausmalen der Einzelheiten ist eine Torheit (157). Er vertraut der unbedingten Macht der Intelligenz — denn die intellektuale Liebe war stets Gesetzgeberin — und erklärt den Egoismus für eine Ausnahme (162). „Wir sagen mit den Männern der Tat ganz einfach: Vollkommenheit ist Einheit,

1) Ich kann es mir nicht versagen, auf die Übereinstimmung dieser Anschauungen mit denen hinzuweisen, die jüngst Ernst Horneffer („Die Kirche und die politischen Parteien“ 1908) als Programm einer Kulturpartei formuliert hat; hier wird dem Liberalismus der gleiche Vorwurf des religiösen Indifferentismus gemacht; die Konservativen und das Zentrum seien stark durch ihre freilich reaktionäre Religion, das orthodoxe Christentum. Der Staat soll im Dienste der Kultur nationale Volksakademien errichten, die die absolute Gewissensfreiheit verwirklichen. Auch durch das Tatproblem besteht eine Beziehung zu Hess, wie schon der Name der von den Gebrüdern Horneffer seit kurzem herausgegebenen Monatsschrift „Die Tat“ beweist.

und die menschliche Gesellschaft, um ihr Ziel erreicht zu haben, braucht nur einig in sich selber zu sein“ (159). Im übrigen gilt das Sprichwort: Kommt Zeit, kommt Rat. Wir müssen nach derjenigen Ordnung streben, die die Form der höchsten Freiheit ist, wie diese wieder die Form der höchsten Ordnung hat (168, 166), während die von Gliedern gegen einen Organismus in Anspruch genommene individuelle Freiheit negativer Natur und bloße Willkür ist und als gestaltendes, organisierendes Prinzip behauptet, keiner Widerlegung mehr von seiten der Wissenschaft bedarf (102, 146). Dann bedarf auch die Liebe des rechtlichen Bandes nicht mehr, auf dem sie heute noch gegründet sein muß (126 f.). Die deutsch-französisch-englische Triarchie bedeutet die Wiedergeburt des einigen Europa, in dem ewiger Friede herrschen wird (54 f.). „Das freie Gesetz der Zukunft ist eine natürliche Haut, die stets aus der Menschheit herauswächst und mit ihr bis ans Ende ihrer Tage verwachsen bleibt“ (171). „Die Idee der einigen freien Menschheit, die Idee der Humanität müssen wir immer weiter, immer konkreter ausbilden“ (173). So wird die neue Zeit zur „Geschichte der vermittelten selbstbewußten Geistestat“ (109). Die „geistige Anarchie“ (106) ist beendet, das christliche Ideal, die Weltversöhnung vollbracht (52 f.).

So zeigt HESS hier eine fertige Gesamtanschauung. Daß freilich von diesem Standpunkte aus eine Weiterbildung notwendig war, beweist die merkwürdige Charakterisierung der Französischen Revolution, beweist ihre Vergleichung mit der deutschen Philosophie, während doch außerdem HEGEL SAINT-SIMON gegenübergestellt wird, der ja zuerst auf moderner Basis das Ungenügende der Revolution erkannt hatte. Eine Klärung dieser Frage brauchte natürlich nicht zum Atheismus und Kommunismus zu führen, der durch FEUERBACH herbeigeführte Umschwung bedeutet einen sehr radikalen Einschnitt in HESS' Entwicklung. Erleichtert wird der Abfall durch die beiden Begriffe der Liebe und der Einheit. Aus SPINOZAS metaphysischem Sinn wird die sensualistische Liebe FEUERBACHS, die Einheit erscheint als die Vollkommenheit des aller Entäußerung ledigen Menschen. Gemeinsam aber bleibt in der gleichen Bedeutung das Tatproblem, die Wertschätzung des Allgemeinen — nur ist an Stelle des Staates die Gesellschaft getreten — und der Freiheitsbegriff.

Die Ideen des „wahren“ Sozialismus sind in folgenden Schriften niedergelegt. Von HESS, der auch jetzt voran geht, nachdem er zwei Jahre geschwiegen hatte, kommen in Betracht: „Sozialismus und Kommunismus“ und „Die Philosophie der Tat“ (in HERWEGHS „Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz“) 1843; „Briefe aus Paris“ (in den von MARX und RUGE herausgegebenen „Deutsch-französischen Jahrbüchern“) 1844; „Fortschritt und Entwicklung“ und „Über die sozialistische Bewegung in Deutschland“ (in GRÜNS „Neuen Anekdotis“) 1845; „Über das Geldwesen“ und „Versammlungen in Elberfeld“ (in PÜTTMANNS „Rheinischen Jahrbüchern“ I) 1845; „Über die Not in unserer Gesellschaft und deren Abhülfe“ (in PÜTTMANNS „Deutschem Bürgerbuch“ I) 1845; zuletzt noch die Anrede an die Leser und der erste Aufsatz („Die gesellschaftlichen Zustände der zivilisierten Welt“) in dem von HESS selbst herausgegebenen „Gesellschaftsspiegel“, 1845.

KARL GRÜN veröffentlichte — gleichfalls zumeist im Jahre 45 — einige Aufsätze in seinen „Neuen Anekdotis“: Vorwort, „Die Bewegung der Produktion“, „Der Sozialismus und Kommunismus des heutigen Frankreichs“ (eine Kritik des Buches von LORENZ STEIN) und „Meine Stellung zur Judenfrage“. Ferner schrieb er „FEUERBACH und die Sozialisten“ (im „Deutschen Bürgerbuch“ I); „Politik und Sozialismus“ (in den „Rheinischen Jahrbüchern“ I) 1845; „Herr LOUIS REYBAUND oder der Philister wie er sein soll“ (im „Deutschen Bürgerbuch“ II); „Theologie und Sozialismus“ (in den „Rheinischen Jahrbüchern“ II) 1846. Reiseeindrücke verarbeitete er zu dem Buche: „Die soziale Bewegung in Frankreich und Belgien. Briefe und Studien“ (1845). Im Jahre 1846 erschien noch das letzte in den Kreis des „wahren“ Sozialismus fallende Werk: „Über GOETHE vom menschlichen Standpunkte.“[1]) Unmittelbar vor und nach der Märzrevolution ist unsere philosophische durch und durch unpolitische Theorie, die vorher gerade bei den Gebildeten weitgehender Anerkennung sich erfreut hatte, wie weggeblasen. Namentlich GRÜN hat noch lange gelebt, auch noch mancherlei geschrieben, ohne jedoch, weder bei der Herausgabe

1) Der Einfachheit halber werden folgende Abkürzungen gebraucht (die Reihenfolge der Zeitschriften und Bücher entspricht der obigen): Bo., Dfrz., An., Jahrb., Bü., Ges., Bew., GOETHE. Da fast nur der erste Jahrgang von Jahrb. und Bü. zitiert wird, wird hier die Zahl fortgelassen.

von FEUERBACHS Briefwechsel, (2 Bde. 1874) noch in seinem Buche, „Die Philosophie in der Gegenwart“ (1876), Spuren seiner sozialistischen Vergangenheit zu verraten.

Zur Zeit des „wahren“ Sozialismus herrscht eine solche Übereinstimmung in den Ansichten von HESS und GRÜN — die kleineren Geister, die ihnen folgten, bleiben hier unerwähnt —, daß ihre Theorie zusammen dargestellt werden kann und Abweichungen nur als Ausnahme festgestellt zu werden brauchen. Der geschichtlichen Bildung der Schüler HEGELS entspricht ihre Neigung, durch die Kritik der Gegner die Notwendigkeit des Neuen zu beweisen. Nun ist aber der von ihnen gewollte Humanismus nichts anders als die Verwirklichung des Idealismus, den die deutschen Philosophen ausgebildet haben zugleich als vollkommene Parallele zu den Soziallehren Frankreichs.

„Mit dem subjektiven Idealismus IMMANUEL KANTS und seines konsequenten Nachfolgers FICHTE wurden die deutschen Geister revolutionär. Man proklamierte es laut, daß der Mensch nur dasjenige sein wahres Eigentum nennen könne, was er sich selbst errungen, daß ihm nichts erblich überkommen könne, der Autoritätsglaube ohne allen Wert für den Menschen sei, die Sittlichkeit, dieses „höchste Gut“, in der Freiheit bestehe und die menschliche Lebenstätigkeit autonomisch sei“ (HESS, An. 192 f.). Das Grundprinzip der modernen Welt, die Autonomie des Geistes sprachen zuerst in Deutschland FICHTE, in Frankreich BABOEUF aus. Populär ausgedrückt: Atheismus und Anarchie, Negation jeder politischen Herrschaft oder Kommunismus wurden proklamiert (HESS, Bo. 77, 325). Nachdem diese beiden sich durch ihren eigenen Nihilismus zugrunde gerichtet hatten, sehen wir in Deutschland SCHELLING und HEGEL, in Frankreich SAINT-SIMON und FOURIER erstehen. FOURIER ist der französische HEGEL (HESS, Bo. 78f.; GRÜN, Bew. 124). Die Philosophie ist Deutschlands „einzige welthistorische Tat seit LUTHER“ (GRÜN, Bü. 70). Freilich bleibt sie — dies ist ihr allgemeiner Fehler — bei dem Lebensakt im engeren Sinne, dem Denken stehen (HESS, An. 193). Die Franzosen denken falsch, aber handeln richtig; umgekehrt die Deutschen (HESS, Bü. 47). „In Deutschland schätzt man die Wahrheit nach ihrem kritischen Werte, in Frankreich nach ihrem praktischen Nutzen. SCHELLING und HEGEL kritisierten den subjektiven Idealismus, SAINT-SIMON

und FOURIER setzten nach ihrer innigsten Überzeugung einen neuen besseren Glauben an die Stelle des Voltairianismus. . . . Es galt ein neues Symbol aufzustellen, ein Symbol der Vereinigung aller Menschen und aller menschlichen Interessen". Ohne das Studium HEGELS können die Franzosen freilich nichts leisten. GRÜN fordert sie auf ein Jahr lang auf einer Mansarde ohne Kaffee und Wein die Phänomenologie und Logik zu studieren. Alsdann „seid Ihr große und mächtige Menschen geworden, Euer Geist gleicht einem Eichbaum, den wundertätige Säfte ernährten; was Ihr anseht, das enthüllt Euch seine geheimsten Schwächen; Ihr dringt als erschaffene Geister dennoch ins Innere der Natur; Euer Blick ist tötend, Euer Wort versetzt Berge, Eure Dialektik ist schärfer als das schärfste Guillotinenbeil. Ihr stellt Euch ans Hotel de Ville — und die Bourgeoisie ist gewesen . . . aus allen diesen zugrunde gegangenen „Momenten" erhebt sich siegesstolz „die absolute Idee" der freien Gesellschaft" (GRÜN Bew. 87 f., 115 f.). Erst im Atheismus erhält die Idee der absoluten Persönlichkeit ihren rechten Sinn. „Durch HEGEL kam aber der deutsche Geist zu der Erkenntnis, daß die Freiheit der Person nicht in der Eigentümlichkeit des Einzelnen, sondern in dem allen Menschen Gemeinschaftlichen zu suchen sei. Jeder Besitz, der nicht ein allgemein menschlicher, ein allgemeines Gut ist, kann meine persönliche Freiheit nicht fördern — ja, nur dasjenige ist wahrhaft mein eigenes unverletzliches Eigentum, welches zugleich ein allgemeines Gut ist." HEGEL und mit ihm FOURIER haben den Geist zu dem absoluten Standpunkte erhoben, den schon SPINOZAS Ethik enthält, „auf welchem die unendliche Berechtigung des Subjekts, die persönliche Freiheit oder die absolut freie Persönlichkeit und das Gesetz der nicht minder berechtigten objektiven Welt, die absolute Gleichheit aller Personen in der Gesellschaft keine Gegensätze mehr, sondern die beiden sich gegenseitig ergänzenden Momente eines und desselben Prinzips sind, des Prinzips der absoluten Einheit alles Lebens" (HESS, Bo. 79 f.). Der Gottesgläubige ist dagegen ein geistiger Fabrikarbeiter (GRÜN, Bew. 279).

Denn FEUERBACH hat HEGELS Gedankenprozeß ins Irdische verwandelt und so die Möglichkeit eröffnet, den Idealismus praktisch zu machen. „Wenn man FEUERBACH nennt, so hat man die ganze Arbeit der Philosophie genannt, von BACO VON VERULAM bis heute, so hat man zugleich gesagt, was die Philosophie in

letzter Instanz will und bedeutet, so hat man den Menschen als letztes Ergebnis der Weltgeschichte". FEUERBACH hat unwiderleglich das Wesen des Christentums als das Wesen des vollen wahren Menschen nachgewiesen; er sagt „so treffend von dem Selbstbewußtsein der alten Philosophie, es sei selbst nur ein gedachtes Wesen, unbezweifelbar sei nur, was Objekt des Sinns, der Anschauung, der Empfindung . . . Mit der Sinnlichkeit, deren Wahrheit die Empfindung, deren Form die Schönheit, deren Leiter und Lenker das Selbstbewußtsein ist, haben wir alles erschöpft, was die Philosophie jemals in den dicksten Bänden ausgesponnen hat. Was ist aber der leibhaftige sinnliche Mensch, der Mensch mit Herz, Schönheitssinn und Verstand? Es ist der Gattungsmensch, das Mitglied der selbstgenügsamen, der allmächtigen, allwissenden, vollendeten Gattung" (GRÜN, Bü. 74, 54, 63 f.). FEUERBACH hat gezeigt, daß „keine Identität von Gegensätzen, sondern überall nur die Identität des Menschen mit sich selber herzustellen sei". Was er „etwas mystisch" das Gattungswesen nannte, ist „das Zusammenwirken der Individuen." „Der gegenseitige Austausch der individuellen Lebenstätigkeiten, der Verkehr, die gegenseitige Erregung der individuellen Kräfte, dieses Zusammenwirken ist das wirkliche Wesen der Individuen, ihr wirkliches Vermögen" (HESS, An. 202, 193, Jahrb. 3).

Als deutscher Philosoph bleibt freilich FEUERBACH beim Denken stehen; er entwickelt nur die theoretische Freiheit. Freilich ist es kaum möglich, von ihm anzunehmen, daß er sein eigenes Prinzip nicht weiter fassen und zum Sozialismus fortschreiten sollte. „Das Verhältnis der vollendeten deutschen Philosophie, d. h. FEUERBACHS zum Sozialismus, ist das Verhältnis des theoretischen Humanismus zum praktischen". Der FEUERBACHsche Humanismus ist doch nur „die Philosophie des materialisierten Geistes. Statt des vorausgesetzten ‚Ich' des absoluten Idealismus erhalten wir bei FEUERBACH nur ein vorausgesetztes ‚Ich und Du', einen absoluten Materialismus". Der „abstrakte Materialismus" entspricht der Sklaverei (HESS, An. 204—06, Bü. 97 f., Bo. 317). FEUERBACH, tadelt GRÜN, bleibt im Abstrakten stehen; der Materialismus, behauptet er in der Kritik DEZAMYS, ist „notwendig die Unbeweglichkeitslehre. Die Welt ist da, alles wirkt und lebt durch Attraktion, dasselbe Gesetz belebt die Natur und den Menschen; wie kommt es dann, daß die Welt

sich verändert, woher gibt es eine Geschichte, eine Entwicklung, und vor allen Stücken, woher rührt das Gesetz dieser Entwicklung?“ (GRÜN, Bew. 459, 391). HOLBACHS System der Natur verstand nicht, „aus dem Mechanismus der Gedankenbildung einen Organismus hervorgehen zu lassen“. Der Materialismus bleibt „auf halbem Wege zur Wahrheit stehen; er, der anmutige und schonungslose, hat den Mut nicht, das Herz und die Freiheit der selbstbewegten Materie zu erklären“. Es gilt die Anwendung von dem durch die Naturwissenschaft entdeckten Organismus im Weltsysteme auf die Organisation des Menschlichen (GOETHE 71, 73, An. 241).

Dies war der eine Vorwurf des „wahren“ Sozialismus gegen FEUERBACH, er geht nicht zur Geschichte, zur Tat fort. Hierauf ist später zurückzukommen. Zum zweiten wird FEUERBACH getadelt, weil die Kritik der Religion nur eine halbe Arbeit ist; denn neben ihr, der theoretischen Entäußerung des Menschen steht eine praktische Entäußerung, das Geld.

„Wir behaupten, dieses Elend sei nicht bloß theoretisch, sondern auch praktisch, beziehe sich nicht bloß auf das Reich des Denkens und Fühlens, sondern auch auf das Gebiet des Handelns und Lebens, oder kurz gesagt, das menschliche Elend ist uns ein allseitiges“ (GRÜN, Bü. 57). „Was der Gott fürs theoretische Leben, das ist das Geld fürs praktische Leben der verkehrten Welt: das entäußerte Vermögen des Menschen, ihre verschacherte Lebenstätigkeit. Das Geld ist der in Zahlen ausgedrückte menschliche Wert —, es ist der Stempel unserer Sklaverei, das unauslöschliche Brandmal unserer Knechtschaft —; Menschen, die sich kaufen und auch verkaufen können, sind eben Sklaven . . . Das Geld, das wir verzehren, und um dessen Erwerb wir arbeiten, ist unser eigenes Fleisch und Blut, welches in seiner Entäußerung von uns erworben, erbeutet und verzehrt sein muß. Wir alle sind — das dürfen wir uns nicht verhehlen — Kannibalen, Raubtiere, Blutsauger“ (HESS, Jahrb. 10 f.). Auf Grund dieser Entäußerungstheorie ergibt sich nun folgende Geschichtsauffassung.

Die soziale Welt, die humane Organisation hat ihre Naturgeschichte so gut wie jede andre Welt. Die Naturgeschichte der Erde ist schon seit Jahrtausenden vollendet, seitdem begann die der Menschheit, der höchsten Organisation (HESS, Jahrb. 4). Ja, GRÜN erneuert sogar die spekulative Naturphilosophie. „Die ganze Natur ist nur

einziger Fingerzeig auf den Menschen hin . . . Aller Stoff wird in der ewigen Formenwandlung einmal Mensch, das ist die Vernunft unseres Weltalls." „Die Welt ist der Allorganismus, der wieder viele verschiedene einzelne Organismen hervortreibt, und in letzter Instanz die Menschheit, welche Bewußtsein über alles hat, welche der Kopf dieses Universums ist. Höheres als den Menschen gibt es nichts, wenigstens für uns nicht" (Bew. 11f., 381; vgl. GOETHE 72). Der Menschenkörper ist nun noch immer im Kampfe, so nahe jetzt auch das gelobte Land der organisierten Menschheit ist. Die Individuen sind zunächst roh, da das humane Produktionsvermögen erst entwickelt werden muß. „Die erste Form des Produktenaustausches, des Verkehrs, konnte daher nur der Raubmord, die erste Form menschlicher Tätigkeit nur die Sklavenarbeit sein . . . Die auf der historischen Basis fußenden Gesetze haben nur den Raubmord und die Sklaverei geregelt, haben nur, was im Anfange zufällig, unbewußt und willenlos geschah, zur Regel, zum Prinzip erhoben. Die bisherige Geschichte ist nichts als die Geschichte der Regelung, der Begründung, der Durchführung, der Verallgemeinerung des Raubmordes und der Sklaverei."[1]) Dabei ist die antike Sklaverei „die natürliche Form des auf den Raubmord begründeten menschlichen Verkehrs; sie ist auch die menschlichste. Natürlich und menschlich ists, daß man sich nur unfreiwillig verkaufen läßt". Die Griechen haben zudem sich Sklaven nur gehalten, „um dem Gemeinwesen ihre Dienste widmen, der Freiheit leben, Künste und Wissenschaften in freier Muße kultivieren zu können; die Alten hatten noch keine Maschinen, welche die Sklaven, die menschlichen Maschinen, entbehrlich gemacht hätten" (HESS, Jahrb. 5f., 8, 23). Als ihre Naivität dem Bewußtsein wich, entstand das Christentum als „die Sophistik des erwachten bösen Gewissens der dezimierten Menschheit". „Der Christ befreit sich nicht dadurch vom Gewissensbiß, daß er die verelendete Menschenwelt aus ihrem Elend befreit, sondern dadurch, daß er sich einredet, dieses menschliche Elend sei nichts Verkehrtes, vielmehr etwas Rechtes, das wirkliche Leben sei von Rechtswegen das äußerliche, die Entäußerung des Lebens der Normalzustand der Welt überhaupt." Erst indem der wirkliche Mensch für unwirklich erklärt wurde, konnte die Verkäuflichkeit

1) Vgl. auch GRÜNS Vortrag über „wahre Bildung" aus dem Jahre 1844 bei KOIGEN a. a. O. S. 270ff.

der zu bloßen Leibern gemachten Menschen allgemein werden. Jetzt „war der universellen Leibeigenschaft, der allgemeinen, gegenseitigen und freiwilligen Selbstverschacherung unserer Krämer die Bahn gebrochen". Dabei war noch die mittelalterliche Leibeigenschaft natürlich und unterschied sich von der antiken Sklaverei nur durch die Idee des Jenseits. Aber die aufgeklärten Gesetzgeber der Neuzeit wollten die christliche Welt, ihren Himmel auch auf Erden haben. Dies geschah einfach so:

„Man brauchte nur den faktisch bereits vorhandenen Privatmenschen der (aus der Leibeigenschaft hervorgegangenen) bürgerlichen Gesellschaft des Mittelalters, welcher alles, was zu seinem Gattungsleben gehörte, von sich abgetan, abgezogen, abstrahiert und im Himmel, d. h. theoretisch, dem Gotte — auf Erden, d. h. praktisch, dem Gelde vindiziert hatte —, man brauchte nur diesen toten Rest des wirklichen Menschen, diese abstrakte ‚Persönlichkeit', heilig zu sprechen, zu sanktionieren: so war das geschlechtslose Individuum des Himmels auch diesseits realisiert. Mit andern Worten: es brauchte nur vonseiten der Politik und Nationalökonomie hinsichtlich des praktischen Lebens zu geschehen, was ehedem von seiten der Religion und Theologie hinsichtlich des theoretischen Lebens geschah —, man brauchte nur mehr die praktische Entäußerung des Lebens ebenso wie die theoretische znm Prinzip erheben —, so war der himmlische Egoismus auch auf der Erde durchgeführt. Das tat man. Man sanktionierte den praktischen Egoismus, indem man die Menschen als einzelne Individuen, indem man die abstrakten, nackten Personen für die wahren Menschen erklärte, indem man die Menschenrechte, die Rechte der unabhängigen Menschen proklamierte, also die Unabhängigkeit der Menschen von einander, die Trennung und Vereinzelung für das Wesen des Lebens und der Freiheit erklärte und die isolierten Personen zu freien, wahren, natürlichen Menschen stempelte." An Stelle der unmittelbaren und faktischen trat eine vermittelte, aber prinzipielle Leibeigenschaft, „welche alle Menschen frei und gleich macht, d. h. isoliert und tötet". Das Wesen der modernen Schacherwelt, das Geld, ist deshalb das realisierte Wesen des Christentum, dieser Unnatur par principe, der Theorie und Logik des Egoismus (Hess, Jahrb. 14 f., 16, 17 f., 15, 13, 10). „Der Gottesglaube hat sich geschichtlich nur bewiesen als der Kultus des materiellen Egois-

mus" (GRÜN, An. 276 f.). Da demnach die Politik nur den entäußerten abstrakten Menschen gegen den anderen losläßt, so ist alle Politik egoistisch. Im modernen Staatswesen ist nicht der Mensch, sondern der Geldsack Gesetzgeber (HESS, Jahrb. 19); alle Politik beruht auf dem Gelde und auf der Kapitalisierung, weil sie den Grundsatz kanonisiert: Wer hat, der wird mehr bekommen; wer blutwenig hat, der soll nichts haben (GRÜN, An. 273f.).

Die Meinung, durch Politik, den Staat, die Gesellschaft reorganisieren zu können, war in der Französischen Revolution vorhanden. Sie „gleicht einem unvollendeten Dombau, auf dem Punkte, wo der Staat und das Eigentum überwunden werden sollten, brach man ab, kehrte um, statt weiter zu gehen" (GRÜN, An. 269). Die „politische Revolution" (GRÜN, Bü. 50) hat wirklich alles beim Alten gelassen. „Ihre Freiheit und Gleichheit, ihre abstrakten Menschenrechte waren nur eine andere Form der Knechtschaft. Die andere Seite des Gegensatzes, das abstrakt Individuelle, kam zur Herrschaft, ohne daß der Gegensatz von Herrschaft und Knechtschaft aufgehoben, überwunden wurde." Alle möglichen Freiheiten werden beansprucht: „Die Handels-, Gewerbe-, Lehr- und Gewissensfreiheit. Wozu? Zugunsten der Privatinteressen und Privatmeinungen, welche durch „freie Konkurrenz" der Wahrheit und Gerechtigkeit die Herrschaft abzuringen gedenken! — Was ist diese Demokratie anders als die Herrschaft der individuellen Willkür unter dem Namen der „subjektiven" oder „persönlichen" Freiheit? Worin unterscheidet sie sich von der Herrschaft des Einen?" (HESS, Bo. 319 f.). Die Theoretiker dieser Bewegung sind MONTESQUIEU und ROUSSEAU. „ROUSSEAU war der radikale Politiker wie MONTESQUIEU der konstitutionelle". Aber: „MONTESQUIEUS Staat ist die eingestandene Knechtschaft, ROUSSEAUS Staat ist die Knechtschaft beim Fackelschein der Freiheit". Begreiflich genug, daß GRÜN den ersteren, den Vertreter des Verfassungsstaates, absprechend beurteilt; er wirft ihm vor, die Frage nach dem Verhältnis des politischen zum menschlichen Gesetz nie gestellt zu haben (Bew. 283, Jahrb. 102 f.). Interessanter ist seine Kritik ROUSSEAUS. Er ist „der gräßlichste Widerspruch des Jahrhunderts", „der Widerspruch innerhalb der radikalen Theorie selbst". „Der französische Konvent hat mit dem rousseauschen Kontrakt insoweit Ernst machen wollen, als er mit unerhörter Konsequenz einen Gesamtwillen etablierte,

der jeden partikularen Willen zwang, frei, Gesamtwille zu sein. Woran scheiterte der französische Konvent? An dem partikularen Willen, am wohlberechtigten Egoismus der Bourgeois. Der abstrakte Gesamtwille konnte es nicht ferner durchsetzen, die besonderen Willen zur Freiheit zu zwingen.“ „Rousseau war in seinen freiesten Gedanken ein Sklave, Robespierre, der praktische Rousseau, war ein Sklave. Von der Annahme der Notwendigkeit eines Gesetzgebers zu der Forderung einer politischen Religion ist nur ein Schritt“. Beide müssen demnach an der Entäußerung des Menschen in einer politischen Vernunftreligion festhalten (Goethe 67, Jahrb. 122 f., 127). „Der Robespierresche Terrorismus war nur die Verwirklichung des contrat social.“ Deshalb hat Robespierre Rousseau kompromittiert (Bew. 284, Goethe 68).

Da die politische Emanzipation nur den egoistischen Menschen entfesselt hat, so befinden wir uns „auf dem Kulminationspunkt der sozialen Tierwelt; wir sind daher jetzt soziale Raubtiere, vollendete, bewußte Egoisten, die in der freien Konkurrenz den Krieg aller gegen alle, in den sogenannten Menschenrechten die Rechte der isolierten Individuen, der Privatpersonen, der „absoluten Persönlichkeit“, in der Gewerbefreiheit der gegenseitigen Ausbeutung den Gelddurst sanktionieren, der nichts anders als der Blutdurst des sozialen Raubtiers“. Die Juden haben jetzt ihre Berufsaufgabe, das Raubtier zu entwickeln, vollbracht (Hess, Jahrb. 28 f.). Zwar nennt Hess einmal auch die Fabrikarbeiter allein die modernen Sklaven, prinzipiell ist er aber der Meinung, daß der Menschenhandel universell geworden ist: „Es sind keineswegs etwa die Besitzlosen allein, die ihre Freiheit gegen Existenzmittel verschachern. Je mehr einer bereits „erworben“ hat, desto mehr will er ferner noch „erwerben“ —, er möchte am Ende die ganze Welt zu seinen Privatzwecken ausbeuten . . . Man wird so eingeknechtet, daß von freier Tätigkeit, vom wahren Leben auch keine Ahnung, keine Gedankenspur mehr übrig bleibt. Wenn die Sklaverei bei den Besitzlosen sichtbarer, so ist sie bei den Besitzern desto mehr Gemütszustand“. Überhaupt entspricht infolge der ungerechten Verteilung der eitlen Zunahme an geistigen und materiellen Schätzen eine verhältnismäßige Abnahme des Menschenglücks. Dieser Wahnsinn des Kampfes war „so lange heilsam und förderlich, als er dazu beitrug, unsere Kräfte und Tätigkeiten zu entwickeln . . .

Unsere Kräfte werden jetzt durch den Kampf nicht mehr weiter entwickelt, schon deshalb nicht, weil sie entwickelt sind. Wir sehen es aber auch täglich, daß wir unsere Kräfte einerseits nur fruchtlos vergeuden, und daß sie andrerseits durch den Überfluß an Produktionskräften gar nicht mehr zur Entwicklung kommen können". Die Liberalen, die dies leugnen, begehen Anachronismen oder sind vom Egoismus geblendet. „Keine Jahrzehnte werden mehr vergehen, und die hundertfältig gesteigerten Produktionskräfte werden die große Mehrzahl derer, die von ihrer Hände Arbeit leben müssen, ins tiefste Elend gestürzt haben, weil ihre Hände wertlos geworden sind; während einige wenige, die sich mit der Anhäufung der Kapitalien beschäftigen, im Überfluß schwelgen." „Die Verarmung der Masse geht Hand in Hand mit dem wachsenden Reichtume von einzelnen Privateigentümern und Erbzüchtern der geistigen und materiellen Schätze der ganzen Menschheit." Die moderne Riesenindustrie erstickt zudem in ihren eigenen Produkten und geht mit Riesenschritten ihrem Untergang entgegen (HESS, Jahrb. 109, 22, 89, 33 f., 91, 43). „Wir werden", sagt HESS in der Einführung zum Gesellschaftsspiegel, „durch Tatsachen zu beweisen haben, daß die freie Konkurrenz der Privaterwerber ohne Organisation der Arbeit und des Verkehrs den Mittelstand verarmt, um den Besitz in den Händen einiger zu konzentrieren und so indirekt das Monopol wieder herzustellen; daß die Parzellierung des Grundbesitzes den kleinen Grundbesitzer ruiniert und indirekt den großen Grundbesitz wieder herstellt; daß der Kampf der Konkurrenz, in den wir alle hineingerissen werden, die Grundfesten der Gesellschaft untergräbt und die ganze Gesellschaft durch einen brutalen Eigennutz demoralisiert." Die sämtlichen Übel der heutigen Menschenwelt, die man gewöhnlich der Unvollkommenheit der menschlichen Natur zuschreibt, haben ihren letzten Grund in der unorganisierten menschlichen Gesellschaft, darin, daß unser gesellschaftliches Eigentum, dieser allgemeine Plunder, das Geld, kein organischer, lebendiger Leib ist" (HESS, Jahrb. 37, 25). „Solange Ihr aber nicht dahin strebt, Eure eigene Natur zu entwickeln, solange Ihr nicht nach dem menschlichen, sondern nach einem übermenschlichen und unmenschlichen Wesen strebt, ist es ganz natürlich, daß Ihr Übermenschen und Unmenschen werdet, verächtlich auf die menschliche Natur, die Ihr nicht erkannt habt, herabseht und die ‚Masse'

wie eine wilde Bestie behandelt. Das Tier, welches Ihr im Volke seht, ist in Euch selbst“ (HESS, Bü. 38 f.).[1])

So ist FEUERBACH durch den Nachweis der praktischen Entäußerung ergänzt. Prinzipiell steht der „wahre“ Sozialismus auf dem Standpunkt der Koordination zwischen theoretisch-religiöser und praktisch-politischer Entfremdung. Aber naturgemäß finden sich auch Äußerungen, die auf ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen beiden hinzielen. Im Jahre 1843 bezeichnete HESS noch die Religion als Vater, die Politik als Sohn (An. 313). Später finden sich mindestens Andeutungen, daß das falsche theoretische Bewußtsein erst aus der falschen Praxis erklärt werden muß, wie denn auch das Christentum in unmittelbare Verbindung mit weltlichen Interessen gebracht worden war. „Dieser Grund (die Unvernunft des Menschen) ist offenbar nicht der letzte. Denn wir müssen weiter fragen: Woher ist das verkehrte Lebensbewußtsein entstanden?“ Die Antwort wird durch die gezeichnete Raubtiertheorie gegeben. „Der Krämerstaat, der sogenannte ‚freie‘ Staat ist das verheißene

---

1) Das Wort „Übermensch“ kommt demnach zwischen GOETHE und NIETZSCHE noch einmal mehr vor, als man bisher wußte (vgl. R. RICHTER, FRIEDRICH NIETZSCHE. 2. Aufl. S. 219). Interessant ist die Stelle besonders wegen ihrer Verbindung „Übermensch und Unmensch“, als welche Synthesis NIETZSCHE bekanntlich NAPOLEON bezeichnete (Werke VII 337) und wegen des Terminus „Bestie“. HESS versteht unter dem „Übermenschen“ denjenigen, der sich alle Entäußerung der Mitmenschen zu seinem Vorteil angeeignet hat. Nun hat wirklich von FEUERBACH aus STIRNER diesen Schritt getan, indem er alles Gemeinschaftliche für Spuk des Selbstbewußtseins, des Ich erklärte. Daher die Verwandschaft NIETZSCHES mit STIRNER, die sich übrigens nur auf diesen einen Punkt, die Wertung des Individuums und die Distanz zur Masse, bezieht. Die Parallele wird hier vollkommen, wenn NIETZSCHE bisweilen die Religion gleich FEUERBACH — nur auf das Individuum bezogen — erklärt als „eine Ausgeburt eines Zweifels an der Einheit der Person, eine altération der Persönlichkeit —: insofern alles Große und Starke vom Menschen als übermenschlich, als fremd konzipiert wurde, verkleinerte sich der Mensch“, und nun dem Menschen die Aufgabe stellt, die Gott zugeschriebenen Eigenschaften sich zu vindizieren und den Übermenschen zu verwirklichen. Nur sieht NIETZSCHE in der Humanität Natur, verbesserte Physis (Werke XV 91, IX 273, X 313) und gelangt zu biologischen und aristokratischen Postulaten, während HESS, durch HEGELS Substanz- und FEUERBACHS Gattungsbegriff den von KANT und FICHTE metaphysisch fundierten Gleichheitsgedanken der Aufklärung zurückgewinnt und stets demokratisch, wertet. Die Adjektiva „unmenschlich, übermenschlich“ noch einmal: Jahrb. 32

Gottesreich, die Krämerwelt das verheißene Himmelreich — wie umgekehrt Gott nur das idealisierte Kapital, der Himmel nur die theoretische Krämerwelt" (HESS, Jahrb. 38, 15). Die freie Konkurrenz ist das letzte Wort der politischen und religiösen Ökonomie. Was die Gottesverehrung zur reinen Privatsache macht und es ausspricht, daß jeder nach seiner Façon selig werden kann, ist dasselbe Wesen, welches den Geldsack zur Privatsache herabsetzt und es jedem freistellt, in seiner Façon sein Glück zu machen. Woher kam es, fragt HESS, daß zuletzt gar all sein (des Menschen) Vermögen einem einzigen allmächtigen und allgegenwärtigen Gotte, dem Gelde, erteilt worden? . . . Was konnte es ihm sogar helfen, daß er lediglich die jenseitigen Mächte theoretisch verspottete, da er ihnen in seinem wirklichen Leben noch unterworfen blieb?" (Bü. 29, An. 189). „Das verkehrte Bewußtsein und seine Erscheinungsformen, Kirche und Staat, sind nichts als die Symptome eines verkehrten Lebens" (Jahrb. 41). GRÜN hat jedoch eine Tätigkeit prinzipiell aus der Beziehung zum materiellen Leben gelöst: die Kunst. „Religion, Philosophie und Politik sind gewesen und werden sich aus ihrer Auflösung niemals wieder erheben. Anders ist es mit der Kunst und gerade mit der wahren Kunst. Auch die Kunst hat in unserer bisherigen auf den Kopf gestellten Welt ein abstraktes Leben geführt, auch sie hat wie Kirche, Schule und Staat dem Menschen etwas Wesentliches genommen und es jenseits seiner zur Darstellung gebracht; aber weder ist die Kunst so tyrannisch gewesen, den Menschen zur vollendeten Selbstzerfleischung zu bringen, noch kann ihre Kritik ihre zukünftige Auflösung bedingen.[1]) Die Kunst war im Gegenteil des Menschen einziger ehrlicher Tröster, sie hat einzig die Nacht der Geschichte mit freundlich lichten Bildern erhellt, mit Bildern, die keine Traum- und Trugbilder waren, die einzigen Taten der Menschheit, die wir wie AENEAS seine Götter freudig mit in das neu zu gründende Reich hinübernehmen wollen, sind die künstlerischen Taten. Nur in der Kunst war die Menschheit jemals positiv" (GOETHE VII).

Grundsätzlich wird jedoch, wie wir sagten, das ideologische

1) HEGEL prophezeite gerade umgekehrt die Auflösung der Kunst in die höhere Form der Religion und Philosophie (Werke 10 I S. 11/14). Der Idealist und Sensualist kommen mittels der gleichen Methode der dialektischen Stufenfolge zum gleichen Resultate.

und materielle Element gleichgesetzt. Nach der dargestellten Erweiterung FEUERBACHS ist nunmehr auf den ersten ihm gemachten Vorwurf zurückzukommen; er macht beim Denken Halt, während der „wahre“ Sozialismus zur Tat fortschreitet und beide Entäußerungen in einer neuen Gesellschaftsordnung aufhebt. Weil es sich demnach um Verwirklichung der bisherigen Ideen handelt, so folgt, daß hier auch sofort das Ideale des „wahren“ Sozialismus allen materialistischen Neigungen zum Trotz beherrschend hervortreten muß.

„Die Tat ist das Erste und Letzte.“ „Es ist jetzt die Aufgabe der Philosophie des Geistes, Philosophie der Tat zu werden.“ „Leben ist Tätigkeit, Tätigkeit aber ist Herstellung einer Identität durch Setzen und Aufheben eines Gegenteils, Erzeugung seines Gleichen, seiner Sichselbstgleichheit, durch den Durchbruch der Schranke, in welcher Ich Nicht-Ich. Tätigkeit ist mit einem Worte Selbsterzeugung —, deren Gesetz der Geist durch seine eigne Selbsterzeugung erkennt“ (HESS, Bo. 309, 321, 311). „Das wirkliche Denken der Wirklichkeit — ist die Tat“ (GRÜN, Bü. 60). Es gilt die Verwirklichung des Selbstbewußtseins. „Der Gattungsakt mußte sich vom denken aufs handeln ausdehnen, das Selbstbewußtsein sich weiter als Selbsttat erfassen.“ Noch ist die Entwicklung des Menschen „keine Selbstentwicklung, keine Selbsterzeugung, kein Gattungsakt; es ist noch der Entstehungsprozeß“. In der Natur ist jede Selbstbeschränkung fixiert; die Unfreiheit aller lebenden Wesen außer dem Menschen besteht darin, daß ihr Zusammenwirken ohne Bewußtsein ist. „Die wahre Geschichte des Geistes beginnt erst da, wo alle Naturbestimmtheit aufhört, der Geist entwickelt, das Selbstbewußtsein reif und die Geistestat klar erkannt ist. Mit dieser Erkenntnis beginnt das Reich der Freiheit, an dessen Pforten wir stehen und anklopfen“ (HESS, An. 223, 118, Bü. 42, Bo. 327).[1]

Vom FEUERBACHschen Standpunkt, tadelt HESS, braucht man „nur das Wesen der vollendetsten Politik, das Wesen des Rechtsstaates, eben so richtig aufzufassen, wie er das Wesen der vollendetsten Religion, des Christentums aufgefaßt hat — um die Krämerwelt aus ihren Fugen zu heben . . . Das Wesen des

1) Da die Geschichte des Selbstbewußtseins stets vorhanden ist, so ist es unrichtig, mit KOIGEN (a. a. O. 155 ff.) eine besondere FICHTEsche Epoche von HESS zu behaupten. Vgl. mit dem letzten Satz fast wörtlich anklingend MARX Kapital III, 2 S. 355.

Menschen, muß hinzugefügt werden, ist das gesellschaftliche Wesen, das Zusammenwirken der verschiedenen Individuen für einen und denselben Zweck, für ganz identische Interessen, und die wahre Lehre vom Menschen, der wahre Humanismus, ist die Lehre von der menschlichen Gesellschaftung, d. h. Anthropologie ist Sozialismus" (An. 203 f.). „Ei, mein lieber Freund", so redet GRÜN FEUERBACH an, „so laß uns doch die neue Philosophie sogleich mit, laß uns alle Philosophie verwirklichen, d. h. ihrer Form nach aufheben! . . . Es sind noch immer tote Gedanken." „Die Aufgabe der neuesten Zeit ist die Verwirklichung der Gattung — die Verwandlung und Auflösung der Politik in den Sozialismus." So ist für Deutschland die Idee des Sozialismus, der wahren Vergesellschaftung, aus der Philosophie entsprungen als „die letzte Frucht des Baumes der Erkenntnis, den unsere Weisen seit dem 16. Jahrhundert so emsig und sorgsam gepflegt haben, ohne freilich an das Ergebnis von heute auch nur jemals mit einer Silbe zu denken". Im Widerspruch zu der zitierten Stelle aus GOETHE VII kennt jedoch GRÜN noch eine neue Philosophie. Aber: „Ihre ganze Bedeutung ist die, praktisch zu werden, die Wissenschaft der Praxis zu sein, die Verhältnisse des Menschen menschlich zu gestalten, die Eigentumsfrage, die Frage der Bildung, die Frage der Ordnung und vor allen Stücken die Frage des Übergangs zu erledigen. Daß deshalb Anthropologie und Physiologie nicht vernachlässigt zu werden brauchen, versteht sich von selbst; diese beiden Zweige, die FEUERBACH einzig von dem verdorrten Baume der Erkenntnis rettet, werden Zweige der Wissenschaft der Praxis überhaupt sein. Diese aber selbst in ihrer Hauptbestrebung hat sich zu offenbaren als Wissenschaft der Gesellschaft, als Wissenschaft der Vergesellschaftung, der Vereinigung". Es handelt sich um eine Wissenschaft, „die an ihr selbst Leben werde, um die Auflösung der Wissenschaft in das Leben" (GRÜN, Bü. 59, 68, 51, 66, An. VII).

Deshalb ist nun auch der Sozialismus keine bloß materielle Frage. „Es ist ein von der Reaktion, namentlich von STEIN, geschäftig verbreiteter Irrtum, daß der Sozialismus nur aus dem Proletariat und bei diesem aus der Not des Magens hervorgehe" (HESS, An. 220). STEIN sieht das Proletariat als eine eigene Klasse in der Gesellschaft an und verwechselt so das Vehikel mit der Idee der Geschichte, als ob die Hungerfrage das wahre Motiv zum Sozia-

lismus sei. „Die wahre Idee des Proletariats ist die Erschaffung des Menschen, des ganzen und wahrhaft sich selbst bestimmenden Menschen.“ Ja, GRÜN sieht sogar „die Krebsübel der Zeit in der widernatürlichen Verteilung des Eigentums und der Bildung“. Man muß neben der materiellen Seite der Produktion und Konsumtion auch das geistige Schaffen und seine gesellschaftlichen Bedingungen untersuchen. So hat die soziale Frage zwei Seiten, die zusammen betrachtet werden müssen (GRÜN, An. 262 f., 230, auch 279 f.; vgl. dagegen An. 284: „Glück und Wohlsein, Brot und gewünschte Sorglosigkeit sind die Triebfedern aller geschichtlichen Umwälzungen gewesen“). Den beiden Seiten des Problems entsprechen zwei Vertreter des Sozialismus: in Frankreich die Masse, in Deutschland „eine durch ihre geistigen und materiellen Mittel einflußreiche Minorität von Gebildeten“. „In Frankreich vertritt das Proletariat, in Deutschland die Geistesaristokratie den Humanismus.“ Die Geistesaristokratie muß ihre Bildung verallgemeinern und den Pöbel absorbieren, wie das Proletariat die Geldaristokratie absorbiert; gegenseitige Durchdringung ist notwendig. Deshalb kämpft HESS nicht gegen eine bestimmte Klasse. „Denn keine Klasse der Gesellschaft würde so herzlos sein, ihre Mitmenschen im Elend zu lassen, stände ihr ein Mittel zu Gebote, alle ihre Mitmenschen glücklich zu machen. Erleben wir es ja täglich, daß gerade unter der Klasse der Besitzenden, ohne Zweifel deshalb, weil sie die gebildete ist, die Versuche, unsere gesellschaftlichen Zustände gründlich zu verbessern, den tiefsten Anklang, die regste Teilnahme finden“ (HESS, An. 220, 225, Ges. 3). Für Frankreich weiß freilich auch HESS, daß in der letzten Hälfte des verflossenen Dezenniums „der große Scheidungsprozeß zwischen Bourgeoisie und peuple, Kapitalisten und Proletariern, Wucherern und Arbeitern ein fait accompli war“ (An. 212).

Wie nun auch das positive Ideal des Sozialismus bestimmt werden mag, so viel ist sicher, daß es unpolitisch ist. Der Lehrmeister ist der, dessen Kindheit schon von allem Staatlichen weit abliegt, GOETHE, „der sich immer allem Parteigetriebe fern hielt, gerade wie wir, . . . dem das Freiheitsgekreisch, die Aufregung, die Unruhe, die Opposition stets ein heller Greuel blieb — gerade wie uns“. Die eigentümlichen Vorzüge der Staatlosigkeit Deutschland werden immer mehr eingesehen. „Der Nationalismus ist nicht

einmal etwas Tierisches, wie man, um ihn herabzuwürdigen, gesagt hat, er ist etwas Pflanzliches.“ „Der Sozialismus“, kritisiert GRÜN STEIN, „überwindet diesen historischen Begriff eines Mittelgliedes zwischen Individuum und Menschheit“ (GRÜN, GOETHE 19, XXI, 257, Jahrb. II 54, An. 282). Da jede Politik den Gegensatz von Herrschaft und Knechtschaft aufrecht erhält, so ist die Regierungsform gleichgültig; im Zustande des Kommunismus ist Politik ebensowenig denkbar wie Religion; beide stehen und fallen miteinander (HESS, Bo. 76, 88, 81). Wer Politik und Religion treibt, sagt HESS, HEGELS Unterscheidung zwischen Verstand und Vernunft aufnehmend, gehört dem abstrakten Verstande an, der Reflexion, dieser Eselsbrücke des Geistes (Bo. 77, 315, 322; vgl. auch Europäische Triarchie S. 109: „unsere flache neuere Zeit mit ihrem seichten reflektierenden Verstande“). Religion und Politik sind Übergänge von der Bewußtlosigkeit zum Selbstbewußtsein des Geistes; sie enthalten schlummernde Wahrheit, deren Erwachen Aufhebung ist (Bo. 315). GRÜN behauptet freilich, man habe Recht, auch vom Sozialisten zu verlangen, er solle Politiker sein; der Sozialist absorbiert den Politiker, während das Umgekehrte unmöglich ist (Jahrb. 142).

Jedenfalls bekämpft der „wahre“ Sozialismus den zeitgenössischen Liberalismus. „Der Kampf um die menschliche Freiheit ... wird zugleich ein Kampf gegen alle und jede Verfassung sein.“ Das Volk will keine Konstitution, nur die ehrenwerten Haus- und Fabrikbesitzer, eine Hand voll Besitzer samt ihren schreibenden Trabanten.

Die liberale Freiheit ist etwas rein Äußerliches, Negatives, die Freiheit des Individuums, wie HEGEL nachgewiesen hat (GRÜN GOETHE 30, 210, 194). HESS spricht deshalb von der „Anarchie des Liberalismus, der Schrankenlosigkeit“ (Bo. 322). GOETHE, gegen den nur die Anhänger der subjektiven Freiheit gebelfert haben, hat dagegen gezeigt, daß „die menschliche Freiheit weit tiefer liegt, daß man den Menschen von innen befreien muß“ (GRÜN, GOETHE 225). Infolge der gleichen Unfähigkeit des Liberalismus und Rationalismus erhoben sich „die Gespenster der aus Egoismus gemordeten alten Mächte“; die Reaktion siegte in ihrer krassesten Gestalt: „Die Reaktion des Ultramontanismus wagte es in Preußen ihr Haupt zu erheben“. Keine noch so radikale Politik der Jung-

hegelianer vermag hier zu helfen; sie lassen den Widerspruch zwischen Idee und Tat, aus dem sich die Reaktion immer wieder erheben muß, bestehen“ (Hess, An. 194, 199). „Es ist alles wieder restauriert worden, das ist geschichtlich, und die Geschichte hat immer Recht.“ Umgekehrt kann der Sozialismus sich, wenn auch nur ironisch, mit der Reaktion verbünden (Hess, Bo. 319, 323). Ja, Grün gehen die Karlsbader Beschlüsse nicht einmal weit genug, er meint (Hess hätte so etwas nie geschrieben): „Ich begreife die Diplomaten kaum, daß sie den deutschen Völkern auch nur das geringste ließen, daß sie all' den verworrenen Gelüsten, all' jener Rammelei mit der Freiheit nicht viel kürzeren Prozeß machten. Es wäre ganz bestimmt alles gut gegangen, man hätte ein paar Dutzend Leute nach Spandau und Magdeburg gesetzt.“ Er lobt Napoleon, der „mit starker Hand der Welt das Gesetz der Ordnung und des Friedens auflegte“, und spottet über die bürgerliche Preßfreiheit, der er die menschliche gegenüberstellt (Goethe 179f., 173, 176; Jahrb. 138).

Durch die Ablehnung aller Politik gewinnt der wahre Sozialismus nun ferner eine interessante Kritik des französischen. Wie die deutschen Philosophen mit Ausnahme Feuerbachs die Wahrheit in einem transzendenten Wesen, so finden die Franzosen die ihrige in einer transzendenten Einheit der Gesellschaft, in irgendeinem sozialistischen System; alle Demokraten gleichen sich in der Sehnsucht nach einer faßbaren Autorität; sie treibt sie zur alten Religion zurück oder zur Verkündigung einer neuen; sie sind alle der Preß- und Lehrfreiheit feindlich. „An diesem Punkte tritt es hervor, daß der französische Geist zu seiner Ergänzung des deutschen bedarf, welcher das ganze System des Autoritätsglaubens und der religiösen Phantasie nach einem dreihundertjährigen Kampfe für immer besiegt hat“ (Hess, Dfrz. 121—23). Der französische Sozialismus ist „nur die Erscheinung dessen, was im Wesen der modernen Krämerwelt ohne Bewußtsein liegt, er ist das Ideal derselben“. Er ist noch nicht über den Gegensatz von Arbeit und Genuß hinaus und will den äußerlichen Erwerb nur der Zufälligkeit entkleiden, als ob durch ein äußerliches Zahlenverhältnis eine lebendige Organisation entstehen könnte (Hess, Bü. 43, 45). Wie Lammenais und Leroux am deutlichsten zeigten, ist der Sozialismus den Franzosen noch Religion, nicht Tatsache der freien Erkenntnis, des

Selbstbewußtseins (Grün, An. 280, vgl. Jahrb. II 24—40). Grün hat im einzelnen den Nachweis geführt, daß die Systeme der Franzosen nur die Gegenwart verherrlichen. Vom Saint-Simonismus urteilt er: „Jedem nach seiner Fähigkeit, das heißt, die katholische Hierarchie zum Gesetz der gesellschaftlichen Ordnung machen ... Um aus dem einseitigen herzlosen Atheismus herauszukommen, wird eine neue Auflage des Katholizismus erfunden.“ Fourier ist „der ärgste Ausdruck des zivilisierten Egoismus“; bei ihm wie bei Hegel kommt die „Attraktion“ und „der Geist“ von oben, von außen an den Menschen heran; seine Schule ist zuletzt zum Range einer ökonomischen Disziplin herabgestiegen. Proudhon ist zwar der französische Feuerbach, der nicht nach dem Wesen des Christentums, sondern nach dem Wesen des Eigentums fragt (ebenso Hess, An. 202). Da er aber die Produktion zum Maßstab nimmt, so bleiben die Begriffe Lohnarbeit und Tauschwert, „so sind wir noch nicht auf sozialem Boden angelangt, so befinden wir uns trotz allen Protestes, trotz aller Kraftanstrengung noch in der Sphäre der heutigen bürgerlichen Welt . . . Kein Geld, kein Geld! Dieser höllische Angstruf bleibt in Proudhons Welt. Das kommt von der Lohnarbeit, vom Tauschwerte, von der Vereinzelung des Menschen“ (vgl. so schon Hess, Bo. 314). Höchst charakteristisch ist die Unterredung, die Grün mit Cabet geführt hat. Dieser versteht ihn so, als ob er Gott beseitigen wolle. „Nein, nein, schrie ich, ich beseitige ihn nicht; was ich beseitige, ist noch vorhanden, ich gehe ihm auf den Leib, untersuche ihn und finde, daß er ein menschlicher Gedanke ist. Diesen Gedanken gebe ich dem Menschen, seinem Eigentümer zurück, der jetzt stark, mächtig, ein Schöpfer, selbst Gott wird.“ Natürlich versteht Cabet dies nicht. Grün erklärt deshalb diese Sozialisten wie Plato für „Tyrannen und Spötter der menschlichen Natur“. So findet er den französischen Geist stets „ungenügend und oberflächlich“. Er wünscht ihm Glück zu einer Übersetzung Feuerbachs: „Das hat er (der deutsche Pöbel, der den deutschen Sozialismus für die Nachahmung französischer Verkehrtheiten hält) sich wohl nicht träumen lassen, daß der deutsche Sozialismus die Kritik des französischen ist“ (Bew. 91f., 208, 222, 232, 404, 432f., 436, 380, 281, 371, 353).

So wendet sich der „wahre“ Sozialismus mit gewonnener Selbständigkeit gegen seine Eltern. Denn auch seine Mutter, die

deutsche Philosophie, erscheint jetzt als Ideal der Bourgeoisie. Eine ganz materialistische Deutung enthält HESS' Behauptung: „Die logische Dialektik (HEGELS), auf ihre soziale Bedeutung reduziert, ist die bürgerliche Gesellschaft mit ihren Assoziationen des Egoismus“. Er wird nunmehr vom Staate in Schutz genommen (An. 195). „Der Atheismus“, sagt jetzt GRÜN, „ist gerade, was die Volkssouveränität ist . . . Mattherzigkeit und Ohnmacht.“ Atheismus und Anarchie „drücken nur Feindschaft und Entgegensetzung aus; es handelt sich um Humanismus und Sozialismus: darin ist die feindlose Genüge“ (GOETHE 74, An. 281).

Welcher Art ist nun dieses positive Ziel selbst? HESS erklärt ausdrücklich, daß „die natürliche Weltanschauung“ antiindividualistisch ist, da sie „in der Gattung das Leben selbst, im Individuum dagegen nur das Mittel zum Leben erblickt. Die umgekehrte Weltanschauung herrscht dagegen im Zustande des Egoismus, weil dieser Zustand selbst der einer verkehrten Welt ist. Unsern Philistern, unsern christlichen Krämern und jüdischen Christen, ist das Individuum Zweck, das Gattungsleben dagegen Mittel des Lebens. Sie haben sich eine aparte Welt für sich geschaffen“ (Jahrb. 9f.) GRÜN weiß freilich die Gegensätze zwischen Individuum und Gesellschaft zu überwinden (auch HESS hätte dieser Gedanke nicht fern gelegen): „Die wahrhafte Persönlichkeit ist zugleich wahrhafte Allgemeinheit; die Allgemeinheit ist noch tot und leer, ein abstrakter Begriff, so lange sie nicht im einzelnen lebendige Wahrheit geworden ist. Die wahrhafte Persönlichkeit setzt die Allgemeinheit der Persönlichkeit; die Allgemeinheit der Persönlichkeit ist die Idee der Menschheit, der zu sich selbst gekommenen Gattung“ (An. 267). Sie herzustellen ist also die Aufgabe der neuen Gesellschaft. Zwei Fragen sind noch zu beantworten: Wie sieht dieser praktische Humanismus näher aus? und ferner: Welches sind die Mittel zu seiner Verwirklichung?

Prinzipiell steht zwar der „wahre“ Sozialismus auf dem Standpunkt, den HESS schon früher eingenommen hat, daß es töricht ist, die Einzelheiten der Zukunft zu behaupten. Denn die Abschaffung der Sklaverei geschieht ebensowenig auf Kommando wie ihre Entstehung; das Bedürfnis einer innigen Vereinigung wird diese Götzen vernichten. „Bilden wir uns nicht ein, die Welt durch unsere Ideen bekehren zu können. Der Kommunismus ist keine

Theorie, wie irgendein philosophisches System, das uns gelehrt wird. Der Kommunismus ist der Schluß der Entstehungsgeschichte der Gesellschaft" (HESS, Jahrb. 32, 43). „Nicht in voreiliger Errichtung einer neuen Welt, die am Ende doch aus Phantasien zusammengezimmert ist, besteht die Größe des sozialistischen Schriftstellers, die Stärke der Partei der Zukunft, sondern in der tiefen, gründlichen Erkenntnis der bisherigen Verkehrtheit, besonders ihrer Genesis und ihres Zusammenhanges." „Alles Antipizieren des Zieles durch abstrakte Wissenschaft, durch die sogenannte Intelligenz, ist ein philosophischer Traum, eine metaphysische Lüge und Täuschung" (GRÜN, An. 279, Bew. 458). Immerhin ist das Grundsätzliche der neuen Gesellschaft klar und eindeutig bestimmt. Es handelt sich um die Verwirklichung des wahren Menschenrechts, das „das Recht der schönen menschlichen Entwicklung" ist; „in der vernünftigen Gesellschaft ist jeder Mensch heilig und unantastbar" (GRÜN, GOETHE XII, HESS, Jahrb. 112). Der Sozialismus bringt daher auch das wahre Eigentum, das persönliche an Stelle des entäußerten. „Es handelt sich nicht darum, die Eigentümer zu berauben, sondern die Räuber zu Eigentümern, ja, zu ehrlichen, gerechten und menschlichen Eigentümern zu machen." Das gültige soziale Eigentum besteht für den Antiindividualisten HESS (Bü. 40, An. 227, Jahrb. 25) „in den Mitteln zum Leben und Wirken in der Gesellschaft", für den Individualisten GRÜN „in der fortwährenden Garantie der Mittel zu meinem individuellen Leben" (Bew. 35). Während die Franzosen entweder die Freiheit oder die Gleichheit wollen (HESS, Br. 74, Dfrz. 116), begründet der „wahre" Sozialismus die Freiheit in der Gleichheit; nur dann ist die Gesellschaft organisch (Dfrz. 118f.). HESS glaubt zwar an die „wesentliche Gleichheit aller Menschen", aber er weiß doch: „jede sittliche Tat ist lächerlich, wenn alles eins ist" (Bo. 74, 328). GRÜN geht noch weiter: „Wir schenken Euch die ganze Égalité und Liberté, verstattet nur jeder Individualität, sie selbst sein zu dürfen" (GOETHE 139, vgl. Bü. 23). Der französische Kommunismus weiß nichts „von der tieferen Entwicklung der Individualität, von dieser ewigen Verschiedenheit des Menschen vom Menschen, die aber nicht durch die Zahl der Bratwürste und Weinflaschen ausgedrückt zu werden braucht." „Die Fähigkeiten des Menschen sind gleich, das heißt gleich gültig, gleich viel wert, von Natur wegen. Die allgemeine, die wirklich mensch-

liche Erziehung entwickelt die Besonderheit in jedem Einzelnen. Viele sind der Gaben, aber es ist nur eine Menschheit“ (Bew. 245, 457).

Nur ein Allgemeines bleibt für alle, die Freiheit nicht des Liberalismus, sondern die aus der Gesellschaft empfangene, die das wahre Selbstbewußtsein herstellt und die Notwendigkeit zum selbstgewollten Gesetz erhebt. Freiheit heißt „Selbstbestimmung von innen, Überwindung der äußeren Schranke durch Selbstbeschränkung“ (Hess Bo. 326 f.). Hegel hat diese große und erhabene Arbeit getan, im Absoluten Freiheit und Notwendigkeit in einander aufgehen zu lassen und so das Problem der Menschheit wenigstens gestellt zu haben (Grün Bew. 404). „Nur das Gesetz kann jemandem heilig sein, das zugleich auch in seinem Wesen gesetzt ist, als Bestimmung dieses Wesens angesehen werden muß.“ Gerade deshalb hat jede staatliche Herrschaft zu fallen: „So wie die Arbeit ein Produkt des freien Menschen ist, gibt es keinen Staat mehr, denn der Mensch hat alsdann das Gesetz in sich zurückgenommen“. Alle Autorität ist dem freien gesellschaftlichen Menschen zurückgegeben (Grün, An. 265, Bew. 311, An. 281). „Wir brauchen nichts mehr“, ruft Hess triumphierend aus, „als die Lichtatmosphäre der Freiheit anzuerkennen, nichts mehr als die Wächter der Nacht abzuschaffen, um uns allesamt freudig die Hände drücken zu können“ (Jahrb. 7).

Da der wahre Sozialismus nur das menschliche Gesetz gelten läßt, so ist er vor allem über den Gegensatz von Produktion und Konsumtion, von Arbeit und Genuß erhaben. „Der Zustand der Gemeinschaft ist die praktische Verwirklichung der philosophischen Ethik, welche in der freien Tätigkeit den wahren und einzigen Genuß, das sogenannte höchste Gut erkennt.“ Der Gegensatz von Genuß und Arbeit schwindet; der Kommunismus ist praktische Ethik geworden (Hess, Bo. 83 f., 322; vgl. Grün, Bü. 41 ff.) Jeder sucht und findet den Lohn für seine soziale Tätigkeit in dieser selbst, den Genuß in der Arbeit (Grün, Bü. 46). Hess will „Produktion nach eines jeden Kraft und Konsumtion nach eines jeden Bedürfnis“. „Die Arbeit, die Gesellschaft überhaupt soll nicht organisiert werden, sondern sie organisiert sich von selbst, indem jeder tut, was er nicht lassen kann, und unterläßt, was er nicht tun kann“ (Hess, Bo. 86). Deshalb ist der Sozialismus der erbittertste Feind jeder Teilung (Grün, An. 264).

Die Staatslosigkeit bedeutet die Organisation nach dem Gesetz des Menschen: „Eine vernünftige organische menschliche Gesellschaft mit mannigfaltigen harmonisch zusammenwirkenden Produktionen, mit mannigfaltigen organisierten Wirkungskreisen". Die natürliche Zauberformel, die dem Menschen sein Wesen erteilt, heißt Organisation der Erziehung und Arbeit. Dann werden die äußerlichen eingebildeten Mächte von selbst verschwinden (HESS, Bü. 20, An. 121). GRÜN, der ja auch, wie wir sahen, eine gewisse Philosophie und Politik noch stehen ließ, kennt sogar eine besondere Verwaltung. Während jetzt das Gesetz ein Fallbeil für den widerstrebenden Einzelwillen ist, wird die Verwaltung nichts zu tun haben als die Konsumtion zu regeln, sodaß sie in der gehörigen Ausdehnung reproduktiv werde, sie beseitigt die momentanen Hindernisse, welche den tätigen Kräften und den Genüssen sich in den Weg stellen. Der Sozialist macht also aus der Frage der „allgemeinen Stände" die Frage nach der Wahl der Organisationstalente (Jahrb. 140). Die mechanischen Arbeiten des Menschen werden sich auf ein Minimum reduzieren. „Die neuesten Fortschritte in den Naturwissenschaften können Euch beruhigen. Vielleicht vermöchten die Kinder bis zum 15. Jahre, als Lenker der Maschinen, den ganzen Hausbedarf von heute zu liefern. In Festkleidern, als Spiel, zur Zerstreuung!" GRÜN, Bü. 23, Bew. 434).

Wie eine zugleich freie und organische Gesellschaft sich mit der menschlichen Natur verträgt, dies löst der „wahre" Sozialismus in einer Weise, die am deutlichsten erkennen läßt, daß er vor keiner Konsequenz aus FEUERBACH zurückschreckt. Hat er nämlich als das Wesen der Religion die fälschlich auf einen außerweltlichen Gegenstand, auf Gott bezogene Gattungsliebe erkannt, so muß in einer richtigen Gesellschaft die Liebe zum Menschen den überwiegendsten Einfluß haben. Zwar sagt GRÜN auch einmal, sie seien wie GOETHE Egoisten (GOETHE XXI); im Widerspruch hierzu ist es aber sonst das stets erneute Thema beider Männer: „Der Glaube an den Menschen — das ist die Liebe"; sie ist in dem Proletariate geboren (GRÜN An. 277). „Die Liebe, wo immer sie auch erscheint, ist mächtiger als der Egoismus." Einst wird die Menschheit nicht mehr im Kampf und Widerspruch und Haß, sondern in der Liebe leben (HESS, Jahrb. 9, An. 122). Sie tritt an Stelle des Glaubens (GRÜN, Bü. 56). Die Idee des Kommunismus ist

das Lebensgesetz der Liebe, angewandt auf das Sozialleben" (Jahrb. 37; vgl. Bü. 28). „Der Sozialismus ist tatsächliche Philosophie, ist das Leben der zu Verstand gebrachten Liebe (GRÜN, Bü. 65). Natürlich wird jetzt auch aus der Ehe die freie Liebe. Das Familienleben mit seiner chinesischen Mauer erklärt GRÜN (FOURIER folgend) für den schrecklichsten der Schrecken, für den Tod der wirklichen Liebe; die Moral, die gute Sitte ist der nächste Feind des Menschen (GOETHE 285, 261).

Was werden soll, hat am tiefsten GRÜN in seinem Buche über GOETHE ausgesprochen. Es gilt die Verwirklichung des GOETHEschen Menschen. GOETHE ist der Dichter des Menschlichen, der ästhetische Idealist. „Er ist die vollendete Menschlichkeit, der vollendete Humanismus in der Kunst, aber, wie alle Idealisten, mit dem Anspruch, Theorie, Sache des Bewußtseins zu sein und zu bleiben. Diesen Anspruch können wir heute nicht mehr gelten lassen, dieser Anspruch muß aufgehoben werden, auch dieser Humanismus muß wie jeder andere realisiert werden." Der Idealismus „soll uns künftig auf der Straße begegnen, wir werden unsere Nasenspitze an die seinige legen. Diese Arbeit, den Idealismus zum Straßenjungen zu machen, diese Arbeit steht vor der Türe. Aus deinem Himmel heraus, du Antike!" Wie in Griechenland, dem goldenen Zeitalter der Menschheit, soll die Kunst wieder aus dem Leben erwachsen (XIV, 4, XXV, 187, 10). GOETHES Dichtungen sind das Ideal der menschlichen Gesellschaft. Faust zeigt, daß die Natur ihren Kern im Menschen hat wie der Mensch seinen Kern in der Natur. Wilhelm Meister aber, der größte Roman aller Literaturen, stellt das Ideal der wahren Gesellschaft auf. Besonders in den Wanderjahren wird gezeigt, daß die Bildung für das Leben und das Leben für die Bildung sei, MORELLY und FOURIER ähnliche Lehren der Erziehung werden gegeben, nach der jeder sich seiner Neigung entsprechend entwickeln soll. Wenn GOETHE die Ehrfurcht vor sich selbst als die höchste Religion bezeichnet, so hat er damit den Humanismus ausgesprochen, „das öffentliche Geheimnis der neueren Zeit". Die Besitzung des Oheims zeigt die Gemeinsamkeit aller in Arbeit und Genuß, ist also sozialistisch. Es bleibt nur übrig, GOETHES entschiedenen Sozialismus zu verwirklichen; der Humanismus muß real werden, weil er wahr ist. Eine Weltliteratur wird alle Völker umfassen;

„nehmen wir dieses unser Eigentum (das bisherige theoretische Ideal) in uns zurück, dann ist es Zeit, eine neue Kunst, eine neue Poesie zu erwarten". Die Menschheit muß endlich zu ihrem Begriff, ihrem Wesen kommen (12, 250, 257, 270f., 277f., 294, 310, 313, 13, Bü. 71).

Eine letzte Frage geht auf die Mittel zur Herbeiführung des Ideals. HESS meint zwar einmal: wie die antike Kultur von den Barbaren zertrümmert wurde, „so wird die moderne Kultur unter den Schlägen von Barbaren zusammenbrechen, weil sie die Barbaren noch immer nicht vermenschlichen kann" (HESS, Bü. 39). Im allgemeinen ist jedoch der Standpunkt der, daß eine Revolution nur dann kommen muß, wenn die Aufklärung gewaltsam verhindert und der Not keine Abhilfe gewährt wird. Dann wird die Zeit von 1792—94 in einer weit gräßlicheren Weise wiederholt werden (GRÜN, Bü. 50). Um der Revolution, „die wir selbst hassen und verabscheuen", vorzubeugen, schlägt HESS vor: Reorganisation des Armenwesens, Gründung großer Nationalwerkstätten und landwirtschaftlicher Kolonien, verbunden mit allgemeinen und unentgeltlichen Erziehungsinstituten und eine progressive Vermögenssteuer (Jahrb. 96). „Es versteht sich übrigens von selbst, daß der Sozialismus ... nicht mit einem Schlage einzuführen, daß es sich nicht darum handeln kann, den Geldkultus und den Kultus des höchsten (theoretischen) Wesens durch ein Dekret abzuschaffen und dagegen den Sozialismus und Kommunismus zu dekretieren ... Wir haben eine neue Generation durch eine allgemeine und unentgeltliche Erziehung zu Menschen heranzubilden, der Not der alten Gesellschaft aber durch eine sofortige Gründung von Nationalwerkstätten abzuhelfen, welche nach und nach, durch die heranwachsende neue Generation, eine immer edlere höhere Gestalt annehmen (sie werden zuletzt freie menschliche Wirkungskreise im weitesten Sinne), und zu diesen Zwecken frei gewählte Volksmänner zusammentreten und rechtskräftige Beschlüsse fassen zu lassen." Ein neues Geschlecht ersteht. „Wer menschlich erzogen, human gebildet ist, kann nicht mehr ein Unmensch werden" (Bü. 30, 35, vgl. An. 196).

Die Würdigung des „wahren" Sozialismus, in die wir nunmehr eintreten, erstreckt sich wie die jedes Systems auf drei Punkte. Der erste geht darauf, was aus den Persönlichkeiten der Urheber

zu lernen ist. Hierüber ist natürlich nicht viel zu sagen. Als unerschütterlicher Idealist nicht nur des Wortes, sondern auch des Lebens steht HESS vor uns, als ein Musterbeispiel wahrhaften Opfermuts.[1]) Die zweite Betrachtung vertieft die bisherige Analyse zu einer historischen Einordnung überhaupt, zieht also gerade solche Bewegungen hinein, die der „wahre“ Sozialismus als nicht mehr mit ihm zusammenhängend empfand, und diejenigen, die später als er zur Ausbildung gelangen und mit oder ohne seine Kenntnis auffallende Analogien bieten. Zu dieser historischen tritt dann drittens eine sachlich-kritische Würdigung.

Zu dem zweiten Punkt ist nach der einen Richtung der Zusammenhang mit dem älteren vor HEGEL liegenden Idealismus FICHTES, SCHILLERS und der romantischen Schule nachzuweisen, nach der andern Richtung der mit dem System von KARL RODBERTUS und dem Marxismus.

KANT hatte einen doppelten Dualismus in seiner Architektonik stehen lassen, den des niederen und höheren Erkenntnisvermögens und den der theoretischen, nur auf Erfahrung anwendbaren und der praktischen, nur übersinnlich begreifbaren Vernunft. FICHTES Wissenschaftslehre beseitigt die erste Trennung der Sinnlichkeit und des Verstandes durch eine „pragmatische Geschichte des Bewußtseins“, die die Notwendigkeit der Entwicklung von der Empfindung bis zur Vorstellung deduziert. Erst im praktischen Verhalten, im Sollen, ist aber die Tatsache des Nich-Ich als eines Materials der Pflicht erklärt. Der ethische Idealist, der in seiner ersten Periode noch dem Formalismus Kants folgt, kommt deshalb zu dem Ergebnis der Tat: „Handeln, handeln, das ist es, wozu wir da sind.“ Der Mensch aber ist sein eigener Zweck. Deshalb fordert „das höchste Gesetz der Menschheit, daß in dem Individuum alle Anlagen gleichförmig entwickelt, alle Fähigkeiten zur höchstmöglichen Vollkommenheit ausgebildet werden“ bis zur „völligen Gleichheit aller ihrer Mitglieder“. Der Philosoph hat die Mittel anzugeben, durch die die Kultur der Anlagen, die Erhöbung der Humanität möglich werden. Zu ihnen gehört nicht der Staat, vielmehr ist: „Zweck aller Regierung, die Regierung überflüssig zu machen“.

---

1) Auch ADLER erkennt dies an a. a. o. S. 86.

Das letzte Ziel in der Gesellschaft ist volle Einigkeit, die freilich unerreichbar ist. ROUSSEAUS Naturzustand, das goldene Zeitalter der Dichter liegt vor uns[1]). Im „Geschlossenen Handelsstaat" FICHTES alleinige Beziehung zum Sozialismus zu sehen, ist falsch. Denn wohl stellt er das Programm: Der Staat hat nicht nur, wie der Liberalismus will, das Eigentum eines jeden zu schätzen, sondern erst jedem das Seine zu geben. Bemerkenswert ist die Forderung verhältnismäßig gleicher Verteilung[2]). Im übrigen verrät gerade diese Schrift, wie der konsequent gedachte Ordnungssinn zu einem Maximum an Unfreiheit führt, zu einer modernen Zunftverfassung. In der „Bestimmung des Menschen" hat dagegen FICHTE den phantastischsten Hoffnungen freien Lauf gelassen. Die Gegenwart ist nur ein Durchgangspunkt zu einer höheren Zeit; aus ihrer Betrachtung entsteht „die absolute Forderung einer besseren Welt. Noch müssen die meisten Menschen um ihre Existenz kämpfen, noch werden sie durch Krankheiten und Naturereignisse gestört. Im Innern „jener sonderbaren Verbindungen, die das vernunftlose Ohngefähr zusammengebracht und welche man Staaten nennt", herrscht unter dem ehrwürdigen Namen des Gesetzes Gewalt und List. Die herrschenden Stände treiben es bis zur Unerträglichkeit; die Unterdrückten erhalten von der Verzweiflung den seit Jahrhunderten getilgten Mut zurück. Dann entsteht ein gesundes arbeitsames Volk, das nur noch gleiche Verbindlichkeiten, Verabredungen kennt, aber hierin sich zu einem Körper vereinigt. Die Menschheit erhebt sich zu einer Bildung, für die es uns an Begriffen fehlt; „die Arbeit soll aufhören, Last zu sein —, denn das vernünftige Wesen ist nicht zum Lastträger bestimmt."[3])

Die schon in dieser Schrift vorhandenen religiösen Motive wenden sich alsbald so, daß nun FICHTE zwar den Staat unter die weltbürgerlichen Ideen aufnimmt, aber die Religion als höchste Idee preisend sich von dem irdischen Leben unmutig wegwendet zum seligen Schauen aller Dinge in Gott. Wenn der „wahre" Sozialismus metaphysikfeindlich geworden ist, um das von Fichte verkündete Gesetz der Humanität auf dieser Erde zu verwirklichen,

1) Über die Bestimmung des Gelehrten; Werke VI, 345, 296, 314, 326ff., 301, 306, 310, 342. 2) Werke III 399, 417. 3) Werke II 165, 175.

erklärt FICHTE selbst jetzt: „Der Gesetzgeber in unserer Brust schweigt, denn der Wille, die Lust, die Liebe, die Seligkeit hat das Gesetz in sich aufgenommen“.[1]) Später wandte sich FICHTE zum ethischen Idealismus zurück und will jetzt durch eine Zwangserziehung den Übergang von der Ungleichheit zur Gleichheit bewirken, die Errichtung des Vernunftreiches, in der die Obrigkeit kein Geschäft mehr finden wird, weil die Menschen von selbst dem Gesetz gehorchen. Der jetzige Zwangsstaat wird „absterben“.[2]) Fichtes letztes Wort, beim Abbruch seiner Vorlesungen 1813, bezeichnet genau das als das Höchste, was der „wahre“ Sozialismus aus Hegel gewann, „die Verwandlung des Wissens, der Vernunft, der Weisheit in das Leben selbst“.[3])

SCHILLER hat zuerst eine empirische Geschichte des Bewußtseins gegeben, indem er unter dem Einfluß des zurückgewonnenen Verständnisses für die Griechen die Reihe aufstellte, die der „wahre“ Sozialismus von Hegel aus durch abermalige Übersetzung zurückgewann: Das unbewußte Naive ist dem trennenden Verstand gewichen, das Ziel ist, durch die Kultur zu einer zweiten Natur zu gelangen, dem vollendeten Gattungsmenschen, dem Selbstbewußtsein. Denn die Menschen haben die Anlage zur Gottheit in sich. Vom Staate ist keine Rettung zu erhoffen, denn von ihm stammt das Übel. Im Formtrieb hat der Mensch der Natur seinen Schein verliehen, den er von dem Wesen zurücknehmen muß, um mit ihm nach eigenen Gesetzen zu schalten. Stoff- und Formtrieb sind im Spieltrieb verbunden; in dem dritten fröhlichen Reiche des Spiels und des Scheins ist der Mensch von allem Zwang des Physischen und Moralischen entbunden. Denn das Grundgesetz in diesem ästhetischen Staate, dem Kreise des schönen Umgangs, ist Freiheit zu geben durch Freiheit. „Verlassen von der Leiter, die dich trug, bleibt dir jetzt keine andere Wahl mehr als mit freiem Bewußtsein und Willen das Gesetz zu ergreifen oder rettungslos in eine bodenlose Tiefe zu fallen.“ Alsdann stimmen Pflicht und Neigung zur Harmonie der schönen Seele zusammen. Alles Natürliche ist göttlich; nur muß man die sinnlichen Energien human auffassen. Die Dichter sind

1) Grundzüge des gegenwärtigen Zeitalters, Werke VII 234. 2) Die Staatslehre oder über das Verhältnis des Urstaates zum Vernunftreiche. Werke IV 508, 599. 3) Werke IV 604.

entweder Natur oder suchen sie; GOETHE vereint beides als der naive Dichter, der sentimentalischen Stoff verarbeitet.[1])

Auch SCHLEIERMACHER gehört in den Kreis derer, die durch ihre überschwänglichen Erwartungen für die Zukunft dem späteren Sozialismus vorangegangen sind. Zwar hatte sich HESS nach seiner spinozistischen Phase von der Religion, dem „Sinn und Geschmack für das Unendliche", wie Schleiermacher lehrt, losgesagt. Aber der Theologe teilt mit den Sozialisten und den genannten Philosophen die Meinung, daß die Gegenwart „so offenbar die Grenze ist zwischen zwei verschiedenen Ordnungen der Dinge". Wenn nur erst „die gewaltige Krisis" vorüber ist, werden ganz neue Bildungen entstehen; denn die Religion, die Gemeinschaft mit Gott, die die Einsamkeit haßt, wird zum Mittelpunkt künftiger Geschlechter. An GRÜNS Prophezeiung der kommenden, von Kindern in Festkleidern verrichteten Produktion wird man erinnert: „Jetzt seufzen Millionen von Menschen beider Geschlechter aller Stände unter dem Druck mechanischer und unwürdiger Arbeiten. . . . Das hoffen wir von der Vollendung der Wissenschaften und Künste, daß sie die körperliche Welt und alles von der geistigen, was sich regieren läßt, in ein Zauberschloß verwandeln werde, wo der Gott der Erde nur ein energisches Wort auszusprechen und eine Feder zu drücken braucht, wenn geschehen soll, was er gebeut".[2]) Dem Menschen zum „Gott der Erde" zu erheben, was ja gerade die Absicht aller Feuerbachianer. Ein bewußter Zusammenhang liegt wahrscheinlich vor, wenn GRÜN, SCHLEIERMACHERS stete Betonung des „Eigentümlichen" wiederholend, der Erziehung die Aufgabe stellt, das Besondere im Menschen zu entwickeln.

GRÜNS Buch über Goethe, so sagten wir früher, beleuchtet das Ziel des „wahren" Sozialismus, die Verwirklichung des Humanismus am hellsten. War aber nicht schon einmal eine Bewegung da, die Wissenschaft mit dem Leben zu verbinden, hatte nicht schon einmal die gleiche Absicht zu einer unbegrenzten Hochachtung Goethes geführt, einer Wertschätzung, die mehr

---

1) Vgl. SCHILLER, Sämtl. Werke hgg. von VON DER HELLEN (Säkularausgabe) Bd. XII 18, 163, 223 ff., 41, 24, 107, 117, 178; XI 221; XII 174, 218, 183, 213. 2) SCHLEIERMACHER, Reden über die Religion an die Gebildeten unter ihren Verächtern (Hendel). S. S. 45, 251, 179.

als seinen Werken seinem Leben galt? Aus den Theorien Fichtes, Schillers und Schleiermachers und aus der Anschauung Goethes setzte sich ja gerade die romantische Schule der Gebrüder SCHLEGEL und ihrer Anhänger zusammen. Nur ein Philosoph kam noch hinzu, der von Goethe hochgeschätzte SCHELLING, der der Kunst den höchsten Wert zuschreibt, „wo in ewiger und ursprünglicher Vereinigung gleichsam in einer Flamme brennt, was in der Natur und Geschichte gesondert ist“.[1]) Der ästhetische Idealismus der Romantik ist gerade dem verwandt, was Grün aus Goethe herausfindet, wobei ihn freilich die Notwendigkeit leitet, waren doch die Bewußtseinsinhalte als Entäußerung nachgewiesen und aufzuheben; die Romantiker wollten dagegen die Einheit aller Werte verwirklichen und priesen immer mehr die Religion. Wie SCHLEIERMACHER, so war ihnen, besonders NOVALIS die Entäußerung zugleich eine mystische Einheit mit dem All, dem Universum.[2]) Durch Freiheit selbstgewollte Ordnung, das ist das Losungswort, das beiden den Liberalismus „greulich“ macht. Ihr gemeinsames Ziel ist „das bewußte Chaos“, wie Ricarda Huch treffend das Ideal der Romantik bezeichnet. Der Unterschied liegt freilich darin, daß die neue universale Bildung für die Romantiker aristokratisch, für Heß und Grün demokratisch ist. Vor Grün hatte Friedrich Schlegel „Wilhelm Meister“ als den höchsten Roman gepriesen; aber er kannte nur den ästhetischen Schwärmer der „Lehrjahre“.

Nur eine Parallele fehlt noch. Der neu erwachte Sinn

---

1) SCHELLING, System des transzendentalen Idealismus, Werke I, III 628. — 2) Folgender Aphorismus aus NOVALIS' Blütenstaub (Athenäum I S. 77) veranschaulicht Übereinstimmung und Gegensatz am deutlichsten: „Selbstentäußerung ist die Quelle aller Erniedrigung sowie im Gegenteil der Grund aller echten Erhebung. Der erste Schritt wird Blick nach innen, absondernde Beschauung unseres Selbst. Wer hier stehen bleibt, gerät nur halb. Der zweite Schritt muß wirksamer Blick nach außen, selbsttätige gehaltene Beobachtung der Außenwelt sein“. Der Mensch vermag in jedem Augenblick außer sich zu sein, d. h. „ein übersinnliches Wesen“ (75). Bei HEGEL erscheint die Romantik rationalisiert, der gleiche Entäußerungsprozeß als die Stufenfolge des Kategorien, wobei denn die höchste alle andern verdrängt, bei HEGEL die Philosophie, bei den Materialisten die Kunst. 3) HUCH, Die Romantik. Bd. I. Die Blütezeit der Romantik. 3. Aufl. 1908, besonders S. 313. Vgl. NOVALIS Werke III, hrsg. v. FRIEDEMANN, Philos. Fragmente Nr. 283.

für Ordnung und einheitlich künstlerische Kultur führt zur höchsten Wertschätzung des Mittelalters und von da zuletzt zum Katholizismus. NOVALIS hat in seinem Fragment „Christenheit“ diesen Weg zuerst am offensten beschritten; der Begeisterte des theokratischen Ideals sieht in der Reformation nur eine Insurrektion; die Gewissensfreiheit erscheint als Frevel. In dem gleichen Sehnen nach neuer organischer Gesellschaftsordnung waren SAINT-SIMON und sein Schüler COMTE zur Lobpreisung des Mittelalters gelangt — freilich wegen der Trennung der geistlichen und weltlichen Gewalt. COMTE zieht nur die Konsequenz, wenn er die Gewissensfreiheit als das Grundübel der Gegenwart bezeichnet und ausdrücklich die Berechtigung der Toleranz leugnet.[1]) Die SAINT-SIMONISTEN sind abtrünnige „positiv“ gewordene Katholiken, wie dies schon Grün gesagt hat. Den deutschen Philosophen kommt das gleiche Problem aus ihrem Platonismus, der organischen Staats und Geschichtsauffassung; denn das Göttliche auf Erden, das Allgemeine hat schlechterdings Anspruch auf das Individuelle. So nahe hier auch freilich der Schritt liegt, und so sehr auch die Politik Hegels konservativ-reaktionär wurde, so bleiben die deutschen Reorganisatoren doch Protestanten und rühmen „das Prinzip des neueren Staates, daß alles, was das Inviduum tut, durch seinen Willen vermittelt sei“.[2]) Der „wahre“ Sozialismus schwenkt freilich bedenklich hiervon ab; denn für seine Weisheit ist ja die Gewissensfreiheit eines der anarchischen liberalen Menschenrechte, „die theoretische Gewerbefreiheit“. Hess gibt folgende höchst gewundene Erklärung ab: „Soll nun auch die theoretische Gewerbefreiheit, welche von der praktischen unzertrennlich ist, unterdrückt werden, weil sie eben unbequem ist? Wäre es möglich? Wäre es wünschenswert? Was nicht möglich, ist nicht wert zu existieren, und was nicht wert zu existieren, ist auch nicht wünschenswert. Dennnoch ist diese theoretische und praktische Gewerbefreiheit in jeder Beziehung ein Unglück. Der Mensch geht in diesem allgemeinen Gedränge individueller Kräfte, welches täglich großartiger und verderblicher wird, leichter zugrunde, als in jenem eingepferchten Stallungen, die er vormals bewohnte.“ (Bü 33 f.). Was Hess von Comte scheidet, ist nur die Erkenntnis der Unmöglich-

1) COMTE, Cours de philosophie positive Bd. IV. 2) HEGEL, Rechtsphilosophie, § 299.

keit einer Unterdrückung. Freilich braucht er ein Problem hierin zuletzt nicht zu sehen, da die Zukunft das eine Gesetz des Menschen verwircklichen wird. Neben dieser theoretischen Geschichte hat der „wahre“ Sozialismus keine Zeit gefunden, die praktisch-soziale auszuarbeiten. Erst im Marximus finden wir — nun allerdings seinen materialistischen Anschauungen gemäß, nur ökonomisch — die Einheit gerühmt, die das Mittelalter zwischen Arbeit und Eigentum hergestellt hat. Der Zusammenhang zwischen dem modernen Sozialismus und der Romantik wird hierdurch vervollständigt und im ganzen auf indirekte Weise nachgewiesen, wenn es gelingt, die Übereinstimmung des „wahren“ Sozialismus mit denjenigen sozialistischen Systemen zu beweisen, die fast allgemein als „wissenschaftliche“ in Gegensatz zu ihm und den französisch-englischen Theorien gestellt werden: den Lehren von Rodbertus und von Marx und Engels.

Von ihnen hat Rodbertus sich selbständig entwickelt. Denn schon sein erster Aufsatz aus dem Jahre 1837 „Die Lage der arbeitenden Klassen“, den die Augsburger Allgemeine Zeitung abzudrucken verweigerte, enthält die meisten Grundgedanken seiner Sozialphilosophie. Außer der Schrift „Zur Erkenntnis unserer staatswirtschaftlichen Zustände“ (1842) fallen seine sämtlichen späteren Arbeiten in eine Zeit, als Hess und Grün bereits vergessen waren. Was ihn von diesen Männern trennt, ist offensichtlich. Für Rodbertus, der das idealistische Weltbild Schellings und Hegels beibehält, ist die Geschichte der „Ausgleichungsprozeß der Individuation und Wiedervereinigungsprozeß der Welt mit Gott“; das „sophistische nichtssagende Zweckgerede vom Staate soll verstummen“.[1]) Durch diese Metaphysik ist er am ehesten Hess' erster Periode verwandt. Doch war ja auch in der späteren Zeit das mit dem Materialismus eigentümlich kontrastierende Bestreben vorhanden, Natur und Menschengeschichte zu verbinden. Eine volle Übereinstimmung folgt aus der Kritik des Liberalismus. Nicht Freiheit und Zwang, erklärt Rodbertus, sondern Individuum und Gesellschaft sind die letzten geschichtlichen Gegensätze. Wahrheit gibt es nur unter kommunistischen Systemen. Der Individualismus ist nur ein Werkzeug zu höherem

---

1) Literarischer Nachlaß hgg. von Wagner und Kozak III 5, 63.

Kommunismus. Obwohl RODBERTUS mit HESS ausdrücklich den Zweck des Individuums in der Gesellschaft sieht, so wissen doch beide, daß gerade hierdurch die Individualität gesichert ist; ja, GRÜN hat den Gegensatz in dem von SCHLEIERMACHER und HEGEL entlehnten Begriff der Menschheit überwunden.[1]) Jede Verallgemeinerung des Kommunismus bringt mehr Freiheit und Gleichheit, während die antike Kultur noch auf Sklaverei beruhte. Freiheit und Gleichberechtigung sind die Grundlagen des künftigen Kommunismus. Die persönliche Freiheit ist nur eine leere Sphäre, die ihren Inhalt von der Gesamtheit empfängt. Das Naturrecht macht nur tabula rasa, es führt nur einen gewerblichen Naturzustand ein, seine Folgen sind Verelendung und Krisen. Freiheit bedeutet Unabhängigkeit von einem andern individuellen Willen, Übereinstimmung mit dem Sozialwillen.[2]) Genau so scharf wie HESS und GRÜN betont RODBERTUS, daß die soziale Frage keine Magenfrage ist. Neue rechtliche oder nationalökonomische Theorien besitzen nicht die Kraft, das Leben einer neuen Staatenordnung einzuleiten; was die Gesellschaft zusammenhält, ist sittlicher Natur. So verlangen heute die Arbeiter mehr Besitz, dies bedeutet aber mehr Anteil an der Kultur. Der Kommunismus ist notwendig; „schon steuert die Gesellschaft mit voller kommunistischer Flut.“ Erst der Sozialismus schließt die Reihe der Emanzipationen, die mit der Reformation begonnen haben. Freilich will RODBERTUS seine Einführung erst nach 500 Jahren. Noch sind die Menschen dazu nicht reif; die Erziehung ist noch nicht genügend vollendet. In weitester Ferne winkt das Ende des Staates, „die Periode des Einen organisierten Menschengeschlechts“. RODBERTUS' Sozialstaat hat freilich ein anderes Aussehen als die Staatslosigkeit des „wahren“ Sozialismus. Denn hier herrscht „Zivilisation mit einem gesellschaftlichen Willen, mit Staat, Centralisation und Kommunismus.“ Das wahre Eigentum ist verwirklicht, das am Produktwert. Welche Konsequenzen diese Staatsleitung freilich für die Freiheit des einzelnen haben mußte, darüber ist sich RODBERTUS ebensowenig klar ge-

---

1 Vgl. SCHLEIERMACHERS Monologe und über „die Allgemeinheit der Persönlichkeit“ HEGEL bes. Werke II 286—93. 2) Ebda. II 93—96, 220; I 207, 198, 211; II 215.

worden, wie der „wahre“ Sozialismus über den Charakter der nur gesellschaftlichen Organisation [1]).

Über das Tempo der Verwirklichung des Ideals weichen beide von einander ab, obwohl ja auch Hess keine sofortige Einführung wünscht. Deshalb schlagen beide provisorische Maßregeln vor, Hess Nationalwerkstätten, Rodbertus den Normalarbeitstag, beide aber bessere Erziehung. Anstalten und Mittel der Fortbildung, wünscht Rodbertus schon 1837, müssen nach dem Schulbesuch möglich werden, um die Zucht des bisherigen Kommunismus allmählich durch Bildung ersetzen zu können. Geschieht nichts, so fürchtet auch er eine Revolution, die modernen Barbaren möchten die Kultur zerstören, um nicht länger ihre Leiden ertragen zu müssen.[2])

Die Übereinstimmung zwischen den genannten Männern ist demnach trotz des prinzipiell entgegengesetzten Weltbildes sehr groß.[3]) Rodbertus verbirgt das Romantische dadurch, daß er sein Ideal in die ferne Zukunft projiziert.

Am interessantesten sind die Beziehungen des „wahren“ Sozialismus zum Marxismus. Denn ihre Schöpfer haben zusammen gearbeitet. Marx und Engels sind selbst — mindestens ursprünglich — „wahre“ Sozialisten gewesen. In den Aufsätzen der deutsch-französischen Jahrbücher will Marx das Werk Feuerbachs fortsetzen und zur Kritik der Politik fortschreiten; die Befreiung Deutschlands kann nur auf dem Standpunkte der Theorie erfolgen. In der Judenfrage will er von einer nur politischen Emanzipation der Juden nichts wissen (gleich Grün, An. 295 f.). Er trägt die gleiche Theorie über das Christentum vor wie — übrigens ein Jahr später — Hess. Engels fordert auf, als Gattungsmenschen zu produzieren. Er hat bei Hess' Elberfelder Reden in dem gleichen Sinn gesprochen wie dieser (Jahrb. 45 ff.). Dies alles ist so offensichtlich, daß dieser Sachverhalt auch im marxistischen Lager zugestanden worden ist.[4]) Strittig ist dagegen die Weiterentwicklung.

---

1) Ebd. III 63, I 201, 197, II 226, 221, 227, 215. 2) Ebd. I 203, 205, III 181. 3) Um so merkwürdiger, daß Grün auch in seinem objektiv gehaltenen Nekrolog auf Rodbertus seinen Sozialismus nicht erwähnt (Augsb. All. Zeit. 16. Febr. 1876; vgl. Dietzel, Rodbertus I 1 ff.). 4) Struve, Studien und Bemerkungen zur Entwicklungsgeschichte des wissenschaftlichen Sozialismus (Neue Zeit hrsg. von Kautsky, 15/I S. 68 ff.; 15 II 228 ff., 269 ff.).

Im Jahre 1845 veröffentlichte HESS eine bisher nicht erwähnte Broschüre (die mir leider nicht zugängig war) „Die letzten Philosophen", in der er sich gegen BAUER und STIRNER wandte, die in der radikalsten Fortbildung der Entäußerungstheorie bei ihrem eigenen Ich als alleiniger Wirklichkeit, beim Egoismus angekommen waren. Das Gleiche bezweckten MARX und ENGELS, als sie in Brüssel zusammentrafen und 1845—46 mit HESS zusammen ein nicht gedrucktes Manuskript verfaßten. BERNSTEIN hat in den „Dokumenten des Sozialismus" den Abschnitt über STIRNER: „Der heilige Max" mitgeteilt. Er bemerkt einleitend hierzu, das Manuskript stamme zum weitaus größten Teil von ENGELS' Hand, nur die ersten 16 Seiten und einige spätere von Heß, der außerdem einen Propheten allein behandelt habe, während MARX nur korrigiert habe. HESS dürfe man jedoch nicht als bloßen Abschreiber fungieren lassen, da er als Sozialist der Senior war; auch habe ihm (BERNSTEIN) ENGELS im Jahre 1884 mitgeteilt, daß HESS sich ernsthafter an den ersten Arbeiten von MARX und ihm gegen die Freien und gewisse wahre Sozialisten beteiligt habe. Der Anteil könne jedoch nicht bedeutend sein, da der theoretische Standpunkt der Arbeit ganz marxistisch sei (III 17f.). Freilich haben wir gesehen, wie auch HESS beständig dazu neigte, die ideelle Entäußerung auf die ökonomische zurückzuführen — und so den Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung zu behaupten. Mit einem Schlage hatte MARX dieses Resultat gewonnen — schon „die heilige Familie" hatte, obwohl in der Vorrede noch zum „realen Humanismus" sich bekennend, die Industrie und Naturwissenschaft als wichtigste Geschichtstatsachen behauptet —, indem er in den Thesen über FEUERBACH aus dem Frühjahr 1845 ausspricht, die religiöse Verdoppelung sei nur zu erklären „aus der Selbstzerrissenheit und dem Sich-selbst-Widersprechen dieser weltlichen Grundlage." [1]) Schon im darauffolgenden Jahre erteilt ENGELS dem „wahren" Sozialismus volle Absage. „Die Deutschen fangen nachgerade an, auch die kommunistische Bewegung zu verderben"; sie haben keinen einzigen selbständigen Gedanken. „Ich nehme hiervon meine eigenen Arbeiten nicht aus" (Bü. II 1f.). Im Jahre

1) Die Beweisführung ist hier und im folgenden nur möglich, indem ich auf mein schon einmal angeführtes Buch über den Marxismus verweise. Vgl. 39—40, 76—78.

1847 schreibt MARX eine Kritik über GRÜNS „Soziale Bewegung“, die in der Tat mit großer Sorgfalt gemacht ist und wegen ihrer Gründlichkeit zu dem Besten gehört, was er geschrieben hat. Er weist nach, daß GRÜN Gedanken von HESS wiederholt, „Sachen, die schon bei HESS ganz unbestimmt und mystisch sind, die aber im Anfange — in den 21 Bogen — anzuerkennen waren und nur durch ewige Wiederaufdrängung ... langweilig und reaktionär geworden sind“; er zeigt, daß GRÜN aus STEIN, REYBAUD und CABET abgeschrieben hat. Im einzelnen tadelt er, daß GRÜN von der ökonomischen Kritik der Saint-Simonisten nichts wisse, daß er nicht auf FOURIERS Ansichten über die Erziehung eingehe, „die bei weitem das Beste sind, was in dieser Art existiert, und die genialsten Beobachtungen enthalten“. Wer wie GRÜN von der Konsumtion ausgeht, wird reaktionär und ignoriert „das revolutionäre Element in der Konkurrenz und in der großen Industrie“. Die Summe wird so gezogen: „Herr GRÜN erklärt also die wirklichen Lebensverhältnisse des Menschen für Erscheinungen, Religion und Politik aber für die Grundlagen und Wurzel dieser Erscheinungen. ... Man sieht, wie bei dieser überschwänglichen Manier nichts als eine Apologie der bestehenden Zustände herauskommt“.[1]) Der erste Vorwurf trifft in der Tat zu, da GRÜN für seine sozialistischen Zwecke zu viel Gewicht auf die Kritik der Ideen legt, ist aber vollauf nur vom Standpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung gerechtfertigt, der zweite Tadel ist ungerecht, wenn man die übrigen Schriften das „wahren“ Sozialismus hinzunimmt, der ja ausdrücklich über FEUERBACHS theoretisches Verhalten hinausgehen und zu einer neuen Organisation kommen will. Um so unrichtiger ist die Abfertigung, als MARX selbst in seinem Buche „Elend der Philosophie“ aus dem gleichen Jahre PROUDHON denselben Vorwurf machte wie GRÜN, sein konstituierter Wert sei nur „der wissenschaftliche Ausdruck der ökonomischen Verhältnisse der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung“; freilich beruft er sich hierbei auf RICARDO und fügt einen Grund hinzu, der über den mystischen Begriff der „wahren“ Organisation einen sehr großen Fortschritt bedeutet, man müsse über die Stundenzahl übereinkommen und alle individuellen Austauschakte abschaffen (S. 44, 54ff.)

1) MARX im „Westfälischen Dampfboot“ 1847, S. 445, 507, 514, 509, 512. Der Artikel ist wieder abgedruckt in der „Neuen Zeit“ 18 II.

Ende 1847 verfaßten dann ENGELS und MARX das Kommunistische Manifest, das die größte Abrechnung mit dem deutschen oder wahren Sozialismus enthält. „Deutsche Philosophen, Halbphilosophen und Schöngeister", so heißt es hier, hätten sich gierig der französischen Literatur bemächtigt, aber vergessen, daß sie die gleichen Lebensverhältnisse voraussetzte; sie erschien den Deutschen deshalb als „müßige Spekulation über die Verwirklichung des menschlichen Wesens ... Sie schrieben ihren philosophischen Unsinn hinter das französische Original." Der deutsche Sozialismus verlor seine Unschuld, als die liberale Bewegung ernsthafter wurde und er die überlieferten Anatheme gegen den Liberalismus zu predigen begann; er vergaß, daß die moderne bürgerliche Gesellschaft in Deutschland erst zu erkämpfen war; er verbündete sich mit der Reaktion. Es war eine „schmutzige entnervende Literatur".[1]) Auf dem gleichen Standpunkt haben MARX und ENGELS verharrt. MARX sagte später von GRÜN, er habe nach seiner Ausweisung aus Paris sein Werk, PROUDHONS Unterweisung in der deutschen Philosophie, fortgesetzt: „Der hatte als Lehrer der deutschen Philosophie noch den Vorzug vor mir, daß er selbst nichts davon verstand".[2]) Später ist das Urteil von ENGELS offiziell geworden: an FEUERBACHS Schwächen, seinen belletristischen Stil und seine Vergötterung der Liebe „knüpfte der seit 1844 sich im ‚gebildeten' Deutschland wie eine Seuche verbreitende wahre Sozialismus an, der an die Stelle der wissenschaftlichen Erkenntnis die belletristische Phrase, an die Stelle der Emanzipation des Proletariats durch die ökonomische Umgestaltung der Produktion die Befreiung der Menschheit durch die ‚Liebe' setzte, kurz sich in die widerwärtige Belletristik und Liebesschwüligkeit verlief, deren Typus Herr KARL GRÜN war".[3])

Wie ist nun der wirkliche Sachverhalt? Wodurch kam der Abfall vom „wahren" Sozialismus und welches ist sein Verhältnis zum ausgereiften „wissenschaftlichen" Marxismus? STRUVE be-

1) Kommunist. Manifest, 7. Ausg., S. 1906, 40—42. 2) Aus dem „Sozialdemokrat", Jahrg. 1865; abgedruckt in „Elend" XXIII f. Nebenbei bemerkt, beweist PROUDHOUS „Système des contradictions économiques ou philosophie de la misère" (S. 46) einen erstaunlichen Einfluß FEUERBACHS. GRÜN nannte sich seinen „Privatdozenten" (Bew. 404). 3) ENGELS, Ludwig Feuerbach. 3. Aufl. 1903, S. 14.

merkt, von zweierlei hätten sich MARX und ENGELS immer fern gehalten. „Sie haben nie in der auf Ausbeutung gegründeten Gesellschaft Liebe — statt Klassenkampf gepredigt. Und zweitens, sie haben nie ad majorem gloriam des Absolutismus gegen den politischen Liberalismus losgedonnert" [1]. Der Sinn ihrer Polemik war „die Hervorhebung des politischen Klassenkampfes". Der erste Punkt trifft nicht zu, obwohl die Liebe eine vergleichsweise ganz unbedeutende Rolle spielt; aber noch in der „Heiligen Familie" hat MARX — man lächelt, wenn man an den späteren Zermalmer denkt — die Liebe gepriesen, „die den Menschen erst wahrhaft an die gegenständliche Welt außer ihm glauben läßt, die nicht nur den Menschen zum Gegenstand, sondern sogar den Gegenstand zum Menschen macht".[2] Sehr richtig ist aber der zweite Punkt betont. Was MARX von HESS und GRÜN trennt, ist die Taktik. Schon in den Deutsch-französischen Jahrbüchern kennt er die selbständige Mission des Proletariats, eine sehr wichtige Einsicht, die ihm von STEIN übermittelt wurde — der gleiche Umstand, um dessentwillen GRÜN STEIN Materialismus vorwirft. In der Kritik GRÜNS rühmt MARX umgekehrt STEIN nach, wenigstens die wirkliche Bewegung der Gesellschaft erkannt zu haben (S. 446). Es ist ein weitschauender realistischer Blick, der ihn die Bourgeoisie im Kampfe gegen das Feudalsystem unterstützen läßt, um sich dann mit um so größerer Kraft gegen den zurückgebliebenen einen Gegner zu wenden, während der „wahre" Sozialismus durch sein unpolitisches Prinzip die Reaktion begünstigt, ja wenn GRÜN z. B. politisch und borniert identifiziert (Bew. 283), komisch wirkt. Daß gerade die Verelendung das Mittel sei, durch das mit Notwendigkeit die neue Gesellschaft ins Leben gerufen würde, der tiefere Kampfessinn der dialektischen Methode, daß alles „trotzdem" entsteht, daß die Geschichte in Extremen fortschreitet — dies schuf erst dem Proletarier die historische Einsicht und zugleich die Siegeszuversicht; hierdurch allein hat der Marxismus allen andern Systemen den Rang abgelaufen. Es bleibt im Ansatz und theoretisch, wenn HESS sagt, das Neue trete ins Leben „erst infolge der höchsten Entfaltung aller unserer Kräfte mittels des schmerzlichen Stachels der Not und der bösen Leidenschaften" (Jahrb. 33) [3].

1) STRUVE, N. Z. 15/I S. 80f., 69. 2) Literarischer Nachlaß, hrsg. von MEHRING II 116. 3) Wenn HESS 1847 in Aufsätzen der „Deutschen Brüsseler

Sieht man aber von dem freilich sehr großen taktischen Verdienst ab und hält nur die Systeme selbst einander gegenüber, so bleibt freilich von dem allein „wissenschaftlichen" Marxismus nicht viel übrig. Denn seine Schöpfer sind in keinem Punkte ihrer Lehren originell gewesen. Sie verschmolzen den „wahren" Sozialismus mit dem französischen und englischen und übersahen infolge eines Mangels an Scharfsinn und theoretischer Klarheit die so entstehenden Widersprüche. Aus der doppelten Anwendung der Feuerbachschen Religionstheorie entstand die materialistische Geschichtsauffassung, die die schon namentlich bei Hess vorhandene Neigung, die theoretische auf die praktische Entäußerung zurückzuführen, vollendet. Über die Mängel des abstrakten naturwissenschaftlichen Materialismus, über die notwendige Weiterbildung Feuerbachs hatte der „wahre" Sozialismus bereits die gleichen Anschauungen; hier wie dort ist die Beziehung zwischen naturwissenschaftlichem Materialismus und Sozialismus als notwendig behauptet, nicht bewiesen worden. Die gleiche Geschichtsauffassung führt zur gleichen Kritik des Liberalismus; die Gewissensfreiheit spricht nach dem Kommunistischen Manifest nur die Idee der freien Konkurrenz aus. Dieses Schema suchte dann Marx mit der französischen Klassenkampftheorie zu verbinden; der Versuch mißlang, weil zu der objektiven durch die Reaktion gegen den Idealismus gewonnenen Anschauung der psychologische Gesichtspunkt der Allmacht des Interesses hinzutrat; hieraus ergab sich die Unsicherheit, ob die ideologischen Inhalte ein allgemeiner Überbau seien oder nur einer Klasse angehörten — ein Zwiespalt, der bei der Theorie der Religion am deutlichsten zutage tritt. Schließlich suchte Marx mit dieser Synthesis die Wert- und Mehrwertlehre der Engländer zu verknüpfen, eine Verbindung, die wegen der Anerkennung von Epochen des „Gebrauchswerts" das Prinzip des ökonomischen Interesses durchbrach und vor allem in der Lehre vom Waren- und Kapitalfetischismus und dem Zugeständnis der Anrechnung des Profits auf das Gesamtkapital der Macht der Entäußerung, den „fixen Ideen" eine Tragweite zusprechen mußte, die den materialistischen Grundgedanken selbst über Bord wirft. Marx' Geld- und

---

Zeitung" die Bewegung ganz auf die Interessen des Proletariats stellen will (Koigen, a. a. O. 179ff.), so ist er dem Einfluß von Marx unterlegen und hat den „wahren" Sozialismus verlassen.

Kapitaltheorie ist die gleiche, die das kommunistische Manifest als „philosophischen Unsinn“ Hess und Grün vorwirft, — nur eingekleidet in die Lehren vom Arbeitswert. Ihr Tatproblem klingt wieder, wenn Marx erklärt, die Philosophen sollten die Welt nicht interpretieren, sondern verändern. Daß der Kommunismus notwendig sei, haben diese Männer gleichfalls ausgesprochen; auch die Entwicklungsgesetze, die den Übergang vermitteln, die Krisen-, Konzentrations- und Verelendungstheorie sind ihnen geläufig, nur daß sie freilich größer dastehen, weil sie neben der Aneignung der materiellen auch die der geistigen Schätze und den „Gemütszustand“ der Besitzenden kennen. Noch im kommunistischen Manifest wird behauptet, daß die Arbeiter so tief sinken, bis die Bourgeoisie sie schließlich ernähren muß. Während Hess deshalb ihre Mithilfe bewerkstelligen will, setzt Marx hier auf einmal die „revolutionäre Assoziation“ der Arbeiter ein, deren Verhältnis zu der ökonomischen Notwendigkeit der absoluten Vereledung völlig unklar bleibt; auch später ist dieser Dualismus geblieben, aus dem bekanntlich nicht zum mindesten der Revisionismus herausgewachsen ist. Daß die heutige Produktionsweise wegen ihrer Verschwendung der Arbeitskräfte veraltet sei, hat bereits Hess ausgesprochen; wenn ihm neben dieser materialistischen Geschichte die theoretische verbleibt, dem Menschen sein auf Gott entäußertes Wesen zurückzugeben, so hat auch Marx seinem Materialismus die Ideologie einverleibt; das Absolute, das er durch Verwirklichung aufheben wollte, war ihm in den Deutsch-französischen Jahrbüchern Philosophie und Religion, in der „Heiligen Familie“ — dies eine wichtige Fortbildung unter dem Einflusse Proudhons — die Gerechtigkeit. Im „Kapital“ wird, obgleich der Ursprung vergessen ist, das Gleiche vorgetragen‘ wenn von der zwischen Eigentum und Arbeit eingetretenen Trennung gesprochen wird, die durch die Negation der Negation zur Wiederherstellung des „individuellen“ Eigentums auf Basis der Gemeinschaft der Produktionsmittel führt. Der marxistische Zukunftsstaat entspricht genau dem Ideale des geschmähten Gegners: alle Entäußerungen, Religion, Philosophie und Politik haben sich aufgelöst. Wie Grün läßt Mehring nur die Kunst stehen. Nur wird auch hier entsprechend der politischen Taktik erklärt, der Staat könne nicht von heute auf morgen abgeschafft werden; sein letzter Akt ist die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Ge-

samtheit, worauf er abstirbt und allmählich einschläft, — was freilich eine groteske Vorstellung ist. Erst wenn der Kommunismus eine Zeitlang gedauert hat und alle bürgerlichen Schranken gefallen sind, ist die Parole möglich: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen. Das Individuum bildet sich allseitig aus, die Arbeit wird zur Lust. Die Freiheit als selbstgewußte Notwendigkeit ist zum ersten Male verwirklicht, das Selbstbewußtsein der vollkommenen Gattungsmenschen ist hergestellt. Es soll nicht — ENGELS beruft sich ausdrücklich auf seine Arbeit aus dem Jahre 1844 — der wahre Wert eingeführt werden, wobei man in der Knechtschaft bleibt; der Wert dient als Mittel der Organisation. Freilich waren sich MARX und ENGELS — dies bildet den einzigen, allerdings wesentlichen Unterschied ihres Ideals gegen das des „wahren" Sozialismus — darüber klar, daß die Gesellschaft Angebot und Nachfrage von vornherein in Einklang setzen muß; daher sogar die Polemik gegen RODBERTUS' Staatssozialismus, wobei ihnen nur hätte deutlich sein müssen, daß ein solches allein mögliches Verfahren eine straffe Autorität voraussetzt; in allen Fällen verbirgt der fortwirkende Glaube an eine göttliche Immanenz in der Geschichte die Schwierigkeiten der Organisation.[1]) Man darf nicht sagen, daß MARX und ENGELS ihre Ideen dem „wahren" Sozialismus entlehnt haben, weil sie selbst an seiner Ausbildung tätigen Anteil gehabt haben; der Unterschied des späteren einzig „wissenschaftlichen" Systems besteht freilich nur in einer realistischeren Einkleidung. Auch der Marxismus erweist sich als eine spätgeborene Frucht der Romantik.

Die historische Bedeutung des „wahren" Sozialismus ist demnach eine sehr große, der Beweis für die obige Behauptung, daß hier der Zusammenhang zwischen Philosophie und modernem Sozialismus am besten zu erkennen ist, erbracht. Treten wir in eine sachliche Würdigung ein, so braucht freilich nach der negativen Seite nicht viel gesagt zu werden. Denn alle Grundgedanken der durch FEUERBACH eingeleiteten Bewegung sind heute veraltet. Gewiß entsteht die Religion zumeist aus der „Entäußerung," dem Bedürfnis; aber die systematische Betrachtung ist eine andere als die genetische, mit der Aufdeckung des anthropologischen Grundes

1) Vgl. meinen „Marxismus", S. 97—390, 721.

ist nicht die Folge beseitigt, da hierdurch der sachliche Grund nicht berührt wird. Weil man dies verkennt, gerät man dann in die Verlegenheit, den Ursprung der Dinge zu erklären, was dann erst zu einem spekulativ durchsetzten Materialismus führt; deswegen glaubt man, die Frömmigkeit stehe notwendig im umgekehrten Verhältnis zu dem Willen einer Verbesserung des Menschheitsloses, nur durch den Atheismus werde der Humanismus möglich. Er ist hierzu ebensowenig erforderlich als die Staatslosigkeit; denn auch der normative Staatsgedanke wird durch die Tatsache, daß der Staat die Mächtigen zu begünstigen pflegt, nicht aufgehoben. Es ist gerade umgekehrt: dieser Humanismus widerlegt sich selbst. Denn wenn die bisherigen Ideen Entäußerungen gewesen sind, die der Mensch nun in sich zurücknimmt, was bleibt dann in diesem rätselhaften Wesen des Menschen übrig? Garnichts. Wenn Religion, Philosophie und Politik nichts als Selbstentfremdungen sind, so hat der allseitig entwickelte Gattungsmensch in Wirklichkeit überhaupt keine Bewußtseinsinhalte mehr, denn sie sind durch das Leben verwirklicht. Dies ist der große Unterschied zur Romantik: während sie die Einheit von Wissenschaft und Leben herstellen will, kann der Sozialismus, der sich HEGELS Dialektik angeeignet hat, deren vernünftigen Inhalt aber leugnet, die geistigen Inhalte durch das Leben nur auflösen. Auch hier hat MARX nur die Fortsetzung seines „wahren“ Sozialismus gezogen, wenn er ausdrücklich erklärt, alle Wissenschaften müßten verschwinden, wenn das Wesen und die Erscheinungsform der Dinge zusammenfielen.[1])

Das Gesetz des Menschen ist die analytische Verneinung seiner bisherigen Inhalte. Dieser Sozialismus, der deshalb nur kritisch-negativ ist, und die aus seinen Prinzipien herausgeborene negative Politik der Sozialdemokratie sind die letzte Frucht der durch HUME und KANT widerlegten, durch HEGEL erneuerten Kausaltheorie, die analytisch ein Positives, ein Neues ableiten zu können glaubt. Das Gesetz, das die Menschen verbinden soll —

1) Vgl. meinen „Marxismus“, S. 381 f. Daß durch das Ideal des Allmenschen und das Tatproblem MARX und NIETZSCHE verwandt sind, bestätigt ihre gleiche Verwandschaft zur Romantik; vgl. 438—41; 717. Dagegen hat sich der materialistische Individualismus von MARX niemals zu der auch von NIETZSCHE geteilten Idee der Menschheit erhoben; die oben mit HESS verglichene Stelle ist ein erfreulicher Widerspruch zu dem Prinzip.

gäbe es von Natur eins, so bestände die Freiheit darin, es durch die gewonnene Erkenntnis abändern zu können —, muß synthetisch von ihnen gesetzt sein, es muß allgemein gewollt sein, und ehe man mit ihm eine Organisation verwirklichen kann, die zugleich vollkommene Freiheit und Ordnung bedeutet, muß man über das Ziel theoretisch einig sein. Die Einheit einer organischen Gesellschaftsordnung ohne Zwang, mit Aufrechterhaltung der persönlichen Freiheit ist eine Idee, der wir uns — so ungefähr hatte ja FICHTE gesagt — nur in der Unendlichkeit nähern können.

Der Grundgedanke des „wahren" Sozialismus ist deshalb verfehlt. Daß seine ökonomischen Lehren falsch sind, seine Freiheit das Gegenteil von Ordnung ist, braucht kaum gesagt zu werden. MARX und ENGELS haben Recht, ihm mangelhafte Kenntnis der französischen und englischen Systeme vorzuwerfen, ihr absprechendes Urteilen über die Franzosen zu tadeln; auch der Stil ist häufig „schwülstig".[1])

Dennoch hat auch der „wahre" Sozialismus nicht nur historische Tragweite. Schon längst haben wir uns ja entwöhnt, das Romantische als nur tadelnswert anzusehen. Sein Wesen, das in der leidenschaftlichen Sehnsucht nach dem Ideale besteht, überspringt nur alle praktischen Möglichkeiten. Wie die Entäußerungstheorie als die erste Kritik der Versachlichung der modernen Kultur gedeutet werden darf, in der die subjektiven Werte dem objektiven Zusammenhang geopfert werden[2]), so stellt überhaupt die neue organische Gesellschaftsordnung eine notwendige Aufgabe dar. Außer diesem Blick für die ferne Zukunft schärft die von HESS ausgebildete Methode das kritische Auge für die Vergangenheit, indem sie die Einheit der ideellen und materiellen Entwicklung der Geschichte betont; speziell für die Entwicklung der neueren Philosophie in Deutschland und Frankreich sind hierdurch bis heute nicht gelöste philosophiegeschichtliche Aufgaben gestellt. Die Theorie

---

1) Folgende Stilblüte, die HESS gesperrt druckt, soll dem Leser nicht vorenthalten werden: „Ein neues Geschlecht ersteht mitten in dieser üppigen Vegetation geistiger Urwälder, und vorweltliches Ungeziefer aus der antediluvianischen Epoche, das seine problematische Existenz mühsam und krankhaft auf dem ihm feindlichen Boden fortschleppt, grinzt ohnmächtig aus seinem Versteck hervor und haucht seinen Geist aus. Die Tierwelt geht unter, der Mensch erscheint . . ." (An. 196 f.).

2) Vgl. meinen „Marxismus", S. 660 ff.

vom Christentum ist allerdings falsch; denn es hat gerade trotz der Jenseitsstimmung das irdische Los zu verbessern gewußt, ja im Protestantismus die Arbeit für das Diesseits geheiligt. Freilich wurde hier durch den ja auch von NIETZSCHE bekämpften Individualismus des Christentums der Individualegoismus des Kapitalismus möglich; insofern erinnert die Polemik des „wahren“ Sozialismus an die neueren Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen Protestantismus und Kapitalismus. Vorzüglich ist aber die Kritik des Liberalismus, dessen negative Freiheit trefflich als Willkür und Egoismus gedeutet wird; tiefer geht diese Kritik als die bloße „Überbau“-These des späteren Marxismus. Nach dem frei wovon? gilt es, das frei wozu? zu gewinnen. HESS hat Recht, wenn er in seiner ersten Phase mit HEGEL und RODBERTUS das heutige Dogma der Trennung von Politik und Religion als materialistisch bekämpft; nur gilt eine Verbindung nicht prinzipiell, sondern entgegen ihrer Annahme nur solange, als der Staat im Widerspruch zu seiner Aufgabe der nur formalen Förderung der Geisteskultur bestimmte Weltanschauungen einseitig begünstigt; in gewissem Umfange muß daher eine Politik aus religiösen Motiven stets vorhanden sein.[1])

So sind auch für die Kritik der Gegenwart Wahrheitsmomente aus dem „wahren“ Sozialismus zu entnehmen. So falsch sein Humanitätsbegriff ist, so richtig ist doch das Prinzip. Nur dadurch rechtfertigt sich die soziale Bewegung unserer Tage, daß jedem Menschen die Menschenwürde zugängig und die Entfaltung seiner Anlagen gewährt wird. Es muß ihm gelingen, gerade die Stufe zu erreichen, die für ihn geschaffen ist, damit seine Arbeit ihm selbst zur Lust wird. Wenn er so den höchstmöglichen Wert darstellt, erfüllt er zugleich seinen wahrhaften Zweck als Sozialwert; dann ist, wie GRÜN es andeutet, der Gegensatz zwischen Individuum und Gesellschaft überbrückt. Die soziale Frage ist, wie es der „wahre“ Sozialismus vor allem ausgesprochen hat, in erster Linie eine Erziehungs- und Bildungsfrage, ein Kulturproblem. Unentgeltlichkeit des Unterrichtswesens und eine radikale Progressivsteuer sind in der Tat der Weg, um ohne Aufhebung des Privat-

1) Vgl. über den letzten Punkt meinen Aufsatz: Die staatsbürgerliche Bedeutung von KARL RODBERTUS in der früher genannten Zeitschrift: „Tat“, II. Jahrg. 1910, S. 257 ff.

eigentums die Klassenherrschaft zu durchbrechen und das persönliche Eigentum anzunähern. Und mit dem Erziehungsproblem, das freilich nicht demokratisch, sondern nur aristokratisch als Verwirklichung der natürlichen Rangordnung gefaßt werden darf — WILHELM MEISTERS Wanderjahre bieten wirklich das Muster der künftigen Sozialverfassung —, hängt nun ein weiteres zusammen. Historisch genommen, war die Einseitigkeit, mit der der Marxismus die soziale Frage allein auf die Bewegung des Proletariats stellte, gerechtfertigt; denn nur so konnte sich sein Klasseninteresse zur Anerkennung durchsetzen [1]). Wenn heute dieses Stadium überwunden ist, so ist es Zeit, die Kampfesweise des „wahren" Sozialismus zu erneuern. Trotz aller Selbstentwicklung der Arbeiterklasse bleibt es nicht weniger wahr, daß die soziale Bewegung nur dann zu einer kulturell wertvollen Emanzipation führen kann, wenn die Gebildeten sich des Proletariates annehmen. Und so erstaunlich auch die Weltfremdheit dieses Idealismus ist, der im Beginne der neuen Zeit Liebe predigt statt Kampf, so wenig auf sie die Politik überhaupt gegründet werden kann, so ist es zuletzt abermals nicht weniger wahr, daß große soziale Fortschritte nur denen gelingen, die schlicht und recht die Menschen lieb haben.

Noch eins erübrigt sich: das Tatproblem, das HESS und GRÜN von der deutschen Metaphysik übernahmen. Dringender denn je tritt heute an uns die Aufgabe heran, Wissen und Leben aus dem Zustande der Trennung zur Einheit zu erheben. Wenn das gelingt, so ist, was der „wahre" Sozialismus wollte, die Tat vollbracht, die den Unterschied zwischen Denken und Handeln aufhebt; dann ist die „wahre" Menschlichkeit, GOETHES Humanismus wirklich geworden.

---

1) Vgl. meinen „Marxismus" S. 711ff., 722ff.

Aus der Frühzeit der deutschen Arbeiterbewegung.

F. A. Lange. J. B. v. Schweitzer. W. Liebknecht. A. Bebel.

Von

Franz Mehring.

Als LASSALLE im Herbste 1864 gestorben war, nach anderthalb Jahren einer stürmischen Agitation, hatte das Schifflein der deutschen Sozialdemokratie, schwach bemannt wie es noch war, den Steuermann verloren, den unter den Lebenden keiner ersetzen konnte.

Es wäre denn KARL MARX gewesen, den auch LASSALLE stets als den größeren Denker anerkannt hatte. Aber KARL MARX lehnte eine Erbschaft ab, die er nicht ohne wesentliche Vorbehalte hätte antreten können. So wenig er die „wirkliche Tendenz" von LASSALLES Agitation verkannte, so hatte sie doch für ihn „mißfällige Seiten", mit denen er sich nicht „identifizieren" konnte und wollte. Ob sein Mißfallen in allen Punkten berechtigt war, ist eine Frage für sich; auf jeden Fall entsprach es den Anschauungen, die er allezeit betätigt hat, wenn er nicht meisternd in eine frisch aufkeimende Arbeiterbewegung dreinfahren wollte, die nun zeigen konnte, ob sie, wie ENGELS sagte, Strohfeuer war, oder ob wirklich etwas dahinter steckte.

So blieb die junge Partei auf sich selbst angewiesen. Sie hatte bis dahin unter der geistigen Vormundschaft LASSALLES gestanden und war noch lange keine Massenbewegung, die aus sich selbst das stolze Gesetz der Initiative hätte schöpfen können. Dazu kam, daß mitten in die ungeheuren Aufgaben, die sie sich auf politischem und sozialem Gebiete gestellt hatte, eine nationale Katastrophe hereinbrach. Ungefähr gleichzeitig mit LASSALLES Tode begann der österreichisch-preußische Streit um die Vorherrschaft über Deutschland der Entscheidung durch die Waffen entgegenzutreiben. Für eine demokratische Arbeiterpartei, die sich weder für die österreichische noch für die preußische Spitze begeistern konnte, drohten damit unabsehbare Wirren.

Aus dieser Lage der Dinge erklärt sich die Heftigkeit der Kämpfe, von denen die ersten Jahre der deutschen Arbeiterbewegung erfüllt waren. Sie erschienen den Mitlebenden als ein wüster Zank, der die Aufmerksamkeit ernster Politiker gar nicht verdiene; noch im Jahre 1874, als schon die ersten großen Wahlerfolge der Sozialdemokratie die bürgerliche Welt erschreckt hatten, meinte TREITSCHKE verächtlich, über die kleinen Leute, die sich als LASSALLES Erben gebärdeten, sei kein Wort zu verlieren. Heute sind auch diese kleinen Leute zu ihrem historischen Rechte gekommen, als ausgeprägte Charaktere, als Talente nicht gewöhnlicher Art; was den Mitlebenden als ein zweckloser Hader unbeträchtlicher Demagogen erschien, das stellt sich den Nachlebenden dar als ein Kampf fähiger und tüchtiger Männer, der mit heißer Leidenschaft um große Ziele geführt wurde.

Eben jetzt hat eine Reihe von Veröffentlichungen das Gedächtnis dieses Kampfes erneuert und die Gestalten der Männer heraufbeschworen, die ihn in erster Reihe durchgefochten haben. Das so ausführliche wie dankenswerte Werk GUSTAV MAYERS über JOHANN BAPTIST VON SCHWEITZER und die Sozialdemokratie schildert kaum minder eingehend, als die Tätigkeit SCHWEITZERS in den Jahren nach LASSALLES Tode, die Tätigkeit WILHELM LIEBKNECHTS in dieser Zeit. Mit derselben Zeit beschäftigt sich der erste Band der Denkwürdigkeiten, die AUGUST BEBEL aus seinem Leben zu veröffentlichen begonnen hat. Endlich ist in den Sozialistischen Neudrucken, die der Verlag des Vorwärts herausgibt, die erste seit vierzig Jahren verschollene Auflage des Büchleins über die Arbeiterfrage erschienen, mit der FRIEDRICH ALBERT LANGE nach LASSALLES Tode in die Arbeiterbewegung einzugreifen unternahm. Von LANGE besitzen wir ohnehin schon seit Jahrzehnten eine treffliche Biographie aus der Feder O. A. ELLISSENS.

Danach fehlt es nicht an echten Farben für das Bild dieser Männer zur Zeit, wo sie das Erbe LASSALLES liquidierten.

I.

Von ihnen hatte den angesehensten Namen F. A. LANGE. Er war Sozialist insofern, als er alle politischen Fragen dem Prinzip der gesellschaftlichen Reform unterordnete, aber er war es nicht

im Sinne von MARX, ENGELS und LASSALLE. Seinem Verständnis für das Lebenswerk dieser Männer waren bestimmte Grenzen gezogen. Denn die Elemente seiner Bildung mischten sich ganz anders, obgleich er ihnen im Alter nicht so sehr nachstand: von MARX trennten ihn zehn, von ENGELS acht, von LASSALLE nur drei Jahre.

Vor allem unterschied er sich von ihnen dadurch, daß er immer und oft mit großer Schärfe die HEGELsche Philosophie abgelehnt hat. Sie scheidet aus seiner geistigen Entwicklung vollständig aus; wenn er in seiner Schrift über die Arbeiterfrage ihren mächtigen Einfluß anerkennt, der noch im Versprühen nach allen Seiten zündende Funken geworfen habe, so hat keiner dieser Funken in seinem Geiste gezündet. Er war davor geschützt durch die Mauern seines elterlichen Hauses, das zudem in den Jahren, wo die HEGELsche Philosophie sich in revolutionären Zuckungen auflöste, nicht einmal auf deutschem, sondern auf schweizerischem Boden stand.

Es liegt doch ein tieferer Sinn in dem gelegentlichen Scherzworte von MARX, daß LANGE den Pastorensohn nie völlig losgeworden sei. Der Vater LANGES war unzweifelhaft ein ungewöhnlich tüchtiger Mann, wofür schon die Tatsache spricht, daß er sich vom Fuhrknecht aus eigener Kraft zum Pastor und Professor emporgearbeitet hat, aber ein hervorragender Denker war er nicht; in den Kämpfen, die sich an die Bibelkritik der Junghegelianer knüpften, stand er durchaus auf apologetischer Seite. Er hat dem Leben Jesu von STRAUSS ein ziemlich abenteuerliches Leben Jesu entgegengesetzt und wurde von seiner rheinischen Pfarre im Jahre 1841 als Professor der Theologie an die Universität Zürich berufen, nachdem die Berufung von STRAUSS an dem bekannten Kesseltreiben der konservativen Partei gescheitert war.

Bei alledem war der alte LANGE weder ein orthodoxer Zelot noch ein bornierter Haustyrann. Er wußte seinen Kindern eine frohe und glückliche Jugend zu schaffen; scheint es auch nicht ganz an den Kämpfen zwischen alten Gewohnheiten und neuen Bedürfnissen, zwischen der ab- und der aufsteigenden Generation gefehlt zu haben, so sind sie jedenfalls in milden Formen verlaufen. Das reiche Gemütsleben ALBERT LANGES, das sein öffentliches

Wirken immer stark beeinflußt hat, ist ein Erbteil seines elterlichen Hauses gewesen; an der Religion als einer ästhetischen Befriedigung praktischer Gemütsbedürfnisse hat er immer festgehalten.

In ähnlicher Weise fördernd und hemmend hat das schweizerische Leben in den Jahren 1841 bis 1848 auf den jungen LANGE gewirkt. Er konnte hier alle Vorzüge einer noch bodenständigen kleinbürgerlichen Demokratie studieren und hat es mit gutem Erfolge getan: die besseren Schulen, die geringere Militärlast, die gerechtere Gesetzgebung, aber eins konnte ihm die Schweiz nicht bieten, was ihm seine rheinische Heimat geboten haben würde, und was für MARX und ENGELS neben der Philosophie HEGELS ein oder das Hauptferment ihrer sozialistischen Entwicklung geworden ist: die ersten Regungen des modernen Proletariats. An deren Hand verstanden sie sofort den Kommunismus WEITLINGS, der an LANGE noch spurlos vorüberging, obgleich sich die Agitation WEITLINGS in ihrer lärmenden Katastrophe unmittelbar vor den Augen des sechzehnjährigen Jünglings abspielte. Sie blieb ihm so fremd, daß, als er vier Jahre später, bei seiner Rückkehr nach Deutschland, mit einem versprengten Anhänger WEITLINGS zusammentraf, dessen Mitteilungen über die kommunistische Agitation ihm als eine völlig neue Offenbarung erschienen. Begeistert durch die geistige Aufgewecktheit dieses Handwerksburschen, schrieb er seiner Schwester ausführlich über die Unterhaltung, doch wenn sie das erste Samenkorn von Erkenntnis der modernen Arbeiterfrage in seinen Geist geworfen haben sollte, so dauerte es noch geraume Zeit, ehe dies Korn in die Halme schoß.

Im Frühjahr 1848 bezog der junge LANGE die Universität Bonn. Mitten in den revolutionären Stürmen, die namentlich das Rheinland bewegten, wurde er doch nicht von ihnen fortgerissen; auch die Neue Rheinische Zeitung hat ihn, soweit sich aus einer gelegentlichen Äußerung in einem Briefe an einen Züricher Jugendfreund schließen läßt, nicht in ihren Bann gezogen. Gründliche Studien auf philologischem und philosophischem Felde, sein Militärdienstjahr, eine frühzeitige Verlobung, die zu einer sehr glücklichen Ehe führte, endlich sein pädagogischer Beruf, für den er hervorragend begabt war, nahmen ihn zunächst gefangen. Er unterrichtete erst am Gymnasium in Köln, dann am Gymnasium

in Duisburg, dazwischen las er einige Jahre in Bonn als Privatdozent über Philosophie.

Es sind durchaus die deutschen Zustände der fünfziger Jahre, die den reifenden Mann in seinem Denken und Handeln bestimmt haben, auf philosophischem wie auf sozialpolitischem Gebiete. Die HEGELsche Spekulation war völlig verschwunden, und was an ihre Stelle getreten war, hatte für LANGE auch nur bescheidenen Reiz. Der Materialismus der BÜCHNER, MOLESCHOTT und VOGT konnte mit seinen flachen und platten Schlußfolgerungen seinen nachdenksamen Geist so wenig befriedigen, wie die Philosophie SCHOPENHAUERS mit ihrem trägen Pessimismus sein brennendes Bedürfnis nach praktischer Tätigkeit. Dennoch ist LANGE in seiner Geschichte des Materialismus, seinem berühmtesten Werke, das in den fünfziger Jahren langsam heranwuchs, mehr ein wohlwollender Kritiker, als ein schroffer Gegner dieser philosophischen Richtung, sodaß die idealistischen Philosophen sich oft genug vor ihm bekreuzigt haben, und über SCHOPENHAUER ist er zu KANT gekommen.

Den mechanischen Materialismus als wissenschaftliches Forschungsprinzip hat LANGE immer hochgehalten; nur mit strengem Respekt vor den Naturgesetzen, vor dem lückenlosen Kausalzusammenhange aller Naturerscheinungen wollte er der Phantasie gestatten, eine Welt des Ideals zu schaffen, in die wir aus den Schranken der Sinne flüchten können, und in der wir die wahre Heimat unseres Geistes wiederfinden. Auch mit KANTS praktischer Philosophie hatte LANGE nicht gern zu tun um ihrer „Konzessionen" willen; die epochemachende Leistung KANTS war für ihn nur der zwingende Beweis für die theoretische Unbeweisbarkeit der Ideen von Gott, Freiheit und Unsterblichkeit. LANGE war mehr Schillerianer als Kantianer, wie er selbst einmal sagt: in Schillers philosophischen Gedichten, die den kategorischen Imperativ KANTS in freie und schöne Sittlichkeit auflösen, sah er sein eigenstes Bekenntnis. Hat JOSEF DIETZGEN einmal von LANGES „erbärmlicher Zappelei in der metaphysischen Schlinge" gesprochen, so kann man denselben Gedanken ungleich höflicher und auch viel gerechter so ausdrücken: LANGE ist der letzte Deutsche gewesen, in den jenes Reich des ästhetischen Scheins, worin die GOETHE und SCHILLER lebten, echten Glanz gestrahlt hat.

Im engsten Zusammenhange mit LANGES Philosophie stand seine Sozialpolitik. Seine schweizerischen Überlieferungen ließen ihn bald erkennen, in wie hoffnungslos schläfriger Weise die Fortschrittspartei schon den preußischen Verfassungskampf führte, in dem es sich doch zunächst nur um die Rechte der Bourgeoisie handelte, wie sehr sie vor dem Kampfe mit der Krone zurückschreckte, der nach LANGES Ansicht der Angelpunkt des ganzen Konflikts war. Allein noch mehr wurde er durch die Arbeiterpolitik der Fortschrittspartei zurückgestoßen, jenes öde Manchestertum, das er um so mehr verachten lernte, je eifriger er es an seiner angeblichen Quelle studierte, der klassischen Ökonomie Englands. Deren wirklichen Fortsetzer und Nachfolger sah LANGE nicht in den FAUCHER und MAX WIRTH, sondern in JOHN STUART MILL, gegen dessen „Verstümmlungen“ er dann freilich auch, wie gegen KANTS „Konzessionen“, seine Einwände machte.

MILL fußte auf dem malthusischen Bevölkerungsgesetze, das ebenso für LANGE eine unumstößliche Tatsache war, namentlich seitdem DARWIN, im Jahre 1859, sein epochemachendes Werk über die Entstehung der Arten veröffentlicht hatte. MILL und LANGE lehnten nun zwar die reaktionären Vorschläge ab, mit denen MALTHUS den Kampf ums Dasein innerhalb der menschlichen Gesellschaft einschränken wollte, aber da es sich für sie um ein unabänderliches Naturgesetz handelte, so konnten sie nur auf Heilmittel sinnen, bei denen der Kampf ums Dasein seine Schrecken verlöre. MILL sah solch Heilmittel darin, daß die Masse der Bevölkerung durch eine umfassende Sozialgesetzgebung eine dauernde und starke Verbesserung ihrer Lage erführe, und so auch LANGE. Aber wenn MILL darnach alles von der verständigen Erwägung erwartete, die die Arbeiter, Bauern und Handwerker an einer übermäßigen Vermehrung hindern würde, so wollte sich LANGE nicht durch solche kleinlich realistische Gesichtspunkte eine vollendetere Zukunft verbauen lassen.

An seinem Teil verlangte er „eine vollständige Erneuerung des Lebensprinzips“ für die „gedrückten Volksklassen“, die er von der Steigerung reiner Lebensfreuden, von der Ausbreitung geistiger und durchgeistigter sinnlicher Genüsse, von der Vertiefung des Gemütslebens und Veredlung des Charakters erwartete. So ist auch hier sein Ziel eine „Welt des Ideals“, geschaffen

durch ein neues geistiges Prinzip, das den ganzen Menschen ergreift, das zugleich staatlich, gesellschaftlich und ethisch-revolutionär auftritt, das zugleich die Auflösung und die Vollendung des Christentums in sich schließt.

Tapferer als die Masse der Fortschrittspartei, gehörte LANGE zu den ersten Opfern des preußischen Verfassungsstreites; schon im Jahre 1862 legte er sein Amt nieder, weil das rheinische Provinzialschulkollegium ihm einen sehr ungehörigen Tadel wegen Unterzeichnung eines fortschrittlichen Wahlaufrufes erteilt hatte. Um so mehr widmete er sich dem politischen und sozialen Kampfe: zunächst noch im Rahmen der Fortschrittspartei, als Redakteur der Rhein- und Ruhrzeitung, als Handelskammersekretär, als Genossenschaftsmann. Auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens war er mit besonderer Vorliebe tätig, jedoch auch hier verschärfte sich sein Gegensatz zur Fortschrittspartei. Denn ihm waren die Genossenschaften nicht ein Mittel, die aufstrebende Arbeiterklasse zu beschwichtigen, sondern sie — im Sinne OWENS — zu emanzipieren.

II.

Darnach mußte die Agitation, die LASSALLE im Frühling 1863 begann, einen tiefen Eindruck auf LANGE machen. Sie berührte sich eng mit den Anschauungen, die er bis an sein Lebensende vertreten hat, mit der Forderung, daß die Arbeiterklasse — oder wie LANGE zu sagen pflegte, der Arbeiterstand — die eigene Sache in die eigene Hand nehmen, daß sie aus eigener Kraft sich wirklich und vollständig aus der unwürdigen Abhängigkeit von den Unternehmern befreien, daß jede sozialreformatorische Maßregel auf diesen Endzweck gerichtet sein müsse, daß jede politische Maßregel zu verwerfen sei, die, etwa gegen kleine materielle Verbesserungen in der Lage der Arbeiter, deren alte Abhängigkeit und moralische Unterordnung unter die höheren Klassen erhalten und befestigen wolle.

Dennoch konnte LANGE sich nicht an LASSALLE anschließen. Er hielt unbedingt, ebenfalls bis an sein Lebensende, an der darwinistisch-malthusischen Bevölkerungstheorie fest, die LASSALLE ebenso wie MARX und ENGELS verwarf. LANGE meinte, daß LASSALLE sein ehernes Lohngesetz nicht selbständig und tief genug begründe, indem er es statt aus der naturgesetzlichen

Vermehrung der Bevölkerung aus der ökonomischen Organisation der kapitalistischen Gesellschaft erkläre. Demnach sah LANGE in den Produktionsassoziationen mit Staatskredit, die LASSALLE forderte, nur ein Mittel, die Notlage der Arbeiterklasse vorübergehend zu mildern; sie würden einen allgemeinen Aufschwung herbeiführen, allein da sich nach MALTHUS und DARWIN die Menschen immer wieder schneller vermehren würden, als die Lebensmittel, so würde das alte Elend sich alsbald wieder herstellen.

Nicht minder abweichend stellte sich LANGE zu der geschichtsphilosophischen Auffassung LASSALLES, die ihm, so sehr er die „fade Behauptung“ verachtete, daß LASSALLE ein Werkzeug der Reaktion sei, doch einen höchst gefährlichen Keimpunkt von Sympathie mit der Reaktion zu haben schien. Hier machte sich LANGES alte Abneigung gegen die HEGELsche Philosophie geltend; er wollte LASSALLES Vorzüge und Fehler fast alle daraus ableiten, daß LASSALLE Hegelianer sei. Freilich sei LASSALLE von dem hohlen Phrasengeklingel so mancher Hegelianer völlig frei, er suche jeden Begriff mit realem Inhalt zu sättigen, aber er verfahre dabei zu einseitig, indem er sich durch die Konstruktion aus Begriffen hinreißen lasse. Namentlich LASSALLES „schiefe Stellung“ zu der „großen Epoche von 1789“ erregte die größten Bedenken LANGES; in ihr sah er den zweiten Keim der zahlreichen Begriffsverwirrungen auf sozialpolitischem Gebiete, als deren erster Keim ihm die sozialkonservative Haltung der Fortschrittspartei erschien. Er wollte die französische Revolution nicht als den Sieg einer neuen unterdrückenden Macht anerkennen; die Vorrechte, die sich die Bourgeoisie in den revolutionären Stürmen noch angemaßt hätte, erklärten sich ihm viel einfacher als Reste des mittelalterlichen Ständeprinzips; die Befreiung des Arbeiterstandes aus der Macht des Kapitals sei keine neue Weltwende, sondern nur der letzte Schritt in der völligen Beseitigung des Feudalismus, nur ein Nachtrag zur französischen Revolution.

Solange LASSALLE lebte, beschied sich LANGE mit einer aufmerksamen Beobachtung der Agitation, die er nicht durchaus billigen und doch noch viel weniger verwerfen konnte. Erst einige Wochen nach LASSALLES Tode ergab sich für ihn ein zwingender Anlaß, mit seiner Auffassung der Arbeiterfrage öffent-

lich hervorzutreten. Im Oktober 1864 hielt der Verband deutscher Arbeitervereine, den die Fortschrittspartei als Gegengewicht gegen LASSALLES Allgemeinen deutschen Arbeiterverein gegründet hatte, in Leipzig seinen zweiten Verbandstag ab, dem LANGE als Vertreter des Duisburger Konsumvereins beiwohnte. In einem Konflikt mit Lassalleanern, die ebenfalls auf dem Verbandstag erschienen, suchte LANGE zu beschwichtigen, was ihn dann, zumal da er in den Ausschuß des Verbandstages gewählt wurde, zur Abfassung seiner Schrift über die Arbeiterfrage veranlaßte, um nicht den Vorwurf einer zweideutigen Haltung auf sich zu laden.

Die Schrift erschien bereits im Februar 1865. LANGE selbst nannte sie eine „Extemporisation“ für einen „praktischen Zweck“, was jedoch nicht ausschloß, daß er „tiefbegründete, eigene Überzeugungen“ in ihr niederlegte. Sie baute sich ganz und gar auf dem darwinistisch-malthusischen Bevölkerungsgesetze auf, dessen Unerbittlichkeit der Grundton ist, der durch jede Seite klingt. Alle Versuche, die Arbeiterfrage zu vertuschen, mögen sie von rechts oder links kommen, werden in ihr einer ungemein treffenden Kritik unterworfen, aber auch LASSALLES Arbeiterprogramm wird für unzulänglich erklärt, wegen seiner Verkennung des Bevölkerungsgesetzes und seiner Überschätzung HEGELscher Begriffe.

In einigem Mißverhältnis zu den vier ausführlichen Kapiteln über die Hoffnungslosigkeit der Arbeiterfrage stehen die wenigen Seiten des fünften und letzten Kapitels, das den „Weg zur Rettung“ zeigen soll und das sozialpolitische Programm LANGES entwirft. Er verlangt, daß die Arbeiter sich selbst helfen sollen, indem sie sich ihres sozialen Kampfes bewußt werden, und zwar in erster Reihe auf politischem Wege; auch bilden die politischen Forderungen, die sie nach LANGE zu stellen haben (Revision der gesamten Gesetzgebung in Beziehung auf das Bedürfnis der Unbemittelten und Rechtsunkundigen, vollständige Assoziations- und Preßfreiheit, allgemeiner und unentgeltlicher Volksunterricht in allen für die Staatsbürger gemeinsamen und notwendigen Gegenständen, Beförderung der Produktivgenossenschaften, besonders auch für den Großbetrieb der Landwirtschaft, durch Geldmittel und geeignete Gesetze), ein durchaus vorgeschrittenes Programm. Was man jedoch vermißt, ist der Nachweis, wie gerade durch diese „Reihe unzusammenhängender Thesen“, wie LANGE selbst sagte, die un-

heilvollen Konsequenzen des Bevölkerungsgesetzes aufgehoben und eine vollständige Erneuerung des Lebensprinzips hergestellt werden sollen.

In der Vorrede seiner Schrift verwahrte sich LANGE dagegen, daß er „vermitteln“ wolle. Das hat er denn auch in keiner Weise getan. So bereitwillig, wie einst sein staatliches Amt, gab er seine Tätigkeit in der Fortschrittspartei auf, als er sah, daß an ihr Hopfen und Malz verloren war; ihr galt nach seinem späteren, so scharfen wie wahren Wort, jeder als Ketzer ersten Ranges, der irgendwie ein objektives, geschweige denn sympathisches Verhältnis zu LASSALLE einnahm. LANGE rechnete nur auf Leser aus Arbeiterkreisen und in erster Reihe auf Anhänger LASSALLES; vielleicht mit einiger Übertreibung, aber doch nicht mit Unrecht ist gesagt worden, er habe die den Händen LASSALLES entsunkene Fahne aufgenommen, um sie auf neuem Wege zum Siege zu tragen. Wie wenig LANGE an irgend eine „Vermittelung“ dachte, zeigt auch der Umstand, daß er seine Schrift an MARX und ENGELS sandte, um sie als Mitarbeiter für seine Propaganda in Arbeiterkreisen zu gewinnen.

Anfangs befriedigte ihn sehr „der außerordentliche Anklang“, den sein Büchlein unter den rheinischen Arbeitern fand; er konnte, auf diesen Beifall gestützt, den Boten vom Niederrhein herausgeben, ein dreimal wöchentlich erscheinendes Organ, das in gleichem Sinne wirken sollte. Auch hat die deutsche Sozialdemokratie die Schrift, die von so aufrichtiger und tiefer Liebe für die Arbeiterklasse zeugte, stets in allen Ehren gehalten, sie in gleichem Maße vertrieben, wie ihre eigentliche Parteiliteratur. Dennoch war es nicht unrichtig, wenn LANGE zehn Jahre nach ihrem ersten Erscheinen von ihrer „totalen Nichtbeachtung“ in Arbeiterkreisen sprach. Eine andere und neue Richtung hat sie der deutschen Arbeiterbewegung nicht gegeben; das Erbe LASSALLES hat sie nicht zu heben vermocht.

Die Gründe ihres Mißerfolges sind heute nicht schwer zu erkennen. Wer den Arbeitern ein Naturgesetz als Ursache ihrer Notlage aufzeigt, predigt immer tauben Ohren; namentlich haben die modernen Proletarier, wie auch MILL in England erfahren hat, ein unüberwindliches Mißtrauen gegen den Malthusianismus, mag er noch so sehr von allen reaktionären Bestandteilen gereinigt sein.

Merkwürdig genug, daß Lange selbst, zur selben Zeit, wo er nicht ohne Bitterkeit über die „totale Nichtbeachtung“ seiner Schrift klagte, seinen sehr berechtigten Spott ausließ an dem Versuche, die Arbeiter über die Unabänderlichkeit des Naturgesetzes zu belehren, wonach es immer Kapitalisten und Lohnarbeiter geben soll. Pauke man den Arbeitern solche Lehren als Volkswirtschaft ein, so werde man immer die Erfahrungen des Huhnes machen, das Enteneier ausbrüte. Als ob diese sehr richtige Beobachtung Langes nicht auch auf das darwinistisch-malthusische Bevölkerungsgesetz zuträfe!

Nun hört ein Naturgesetz gewiß nicht auf, ein Naturgesetz zu sein, weil eine Klasse der Bevölkerung, und sei es die zahlreichste, nichts von ihm hören mag. Aber Lassalle bestritt die Gültigkeit dieses Naturgesetzes für die menschliche Gesellschaft aus wissenschaftlichen Gründen, und mit diesen Gründen mußte sich Lange auseinandersetzen, wenn er über Lassalle hinaus wollte. Das hat er aber nicht einmal versucht; so sehr es ihn ehrt, daß er der wissenschaftlichen Bedeutung von Männern, wie Lassalle, Marx und Engels gerecht geworden ist, zu einer Zeit, wo für einen bürgerlichen Denker großer Mut dazu gehörte, so hat er den eigentlichen Kern und Nerv ihrer Weltanschauung niemals verstanden, wegen seiner „schiefen Stellung“ zur Hegelschen Philosophie. Er hat nie erkannt, daß Lassalle, Marx und Engels diese Philosophie nicht nur fortgebildet, sondern auch umgewälzt haben.

In seinem Hauptwerk behandelt Lange den Materialismus nur von seiner natur-, nicht auch von seiner geschichtswissenschaftlichen Seite, selbst noch in der zweiten Auflage, die ein Menschenalter nach der Zeit erschien, wo Marx und Engels die Grundzüge des historischen Materialismus entwickelt hatten. Selbst das Kommunistische Manifest ist ihm unbekannt geblieben; er kennt den Kommunismus nur als Experiment, als Theorie, als Utopie, nicht jedoch als historisches Produkt der kapitalistischen Produktionsweise. Auch an der Internationalen Arbeiterassoziation hat Lange kein tieferes Interesse genommen, obgleich er einem ihrer Kongresse beigewohnt hat; es ist ihm nicht einmal der Mühe wert, ihren Namen zu nennen, wo er in seiner Schrift über die Arbeiterfrage ihre Inauguraladresse als Hauptbeweisstück verwendet; er spricht nur von einem Aufruf, den Karl Marx in englischer Sprache an die arbeitende Klasse in Europa gerichtet habe.

Zum Teil mag sich diese Beschränktheit von LANGES Gesichtskreis daraus erklären, daß er zunächst mit LASSALLE zu tun hatte, bei dem der Idealismus HEGELS noch nicht völlig durch den historischen Materialismus überwunden war. Dann tritt aber um so schärfer der merkwürdige Umstand hervor, daß LANGE gerade durch dasjenige Werk LASSALLES, das noch am engsten mit HEGEL zusammenhing und ganz nach HEGEL alles Recht aus dem Volksgeist ableitete, das System der Erworbenen Rechte, am stärksten beeinflußt wurde, dagegen die Schrift LASSALLES, die im wesentlichen auf dem Kommunistischen Manifest beruht, das Arbeiterprogramm, auf HEGEL schen Schematismus hin anklagte. Und ebenso hieß es nur einen Irrtum mit dem andern übertrumpfen, wenn LANGE anfangs sich eher mit MARX und ENGELS verständigen zu können glaubte, als mit LASSALLE, später aber meinte, LASSALLE stände der Spekulation HEGELS freier und selbständiger gegenüber, als MARX.

An einem so gescheiten Kopfe wie LANGE war, lassen sich diese Mißverständnisse und Widersprüche doch nur daraus erklären, daß ihm sein Gemütsleben die tiefere Erkenntnis versperrte. So scharf er die kapitalistische Wirtschaft kritisierte, und so weit seine demokratischen Forderungen gingen, so graute ihn doch vor dem nackten Klassenkampfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der namentlich in seinen Anfängen keine ästhetische Befriedigung praktischer Gemütsbedürfnisse gewährt. LANGE wollte gewiß nicht „vermitteln“; er rief selbst die Arbeiter zum politischen Kampfe auf und wußte sehr gut, daß die herrschenden Klassen keine Zugeständnisse machen, ehe sie nicht den Kampf auf Leben und Tod ein wenig geschmeckt haben. Jedoch indem er die Lösung der Arbeiterfrage nur als einen „Nachtrag zur großen französischen Revolution“ gelten und sie in den Sieg eines „geistigen Prinzips“ münden ließ, schaltete er den proletarischen Klassenkampf mit den historischen Aufgaben aus, die ihm LASSALLE zuschrieb. LANGES Bildung war zu eng mit den edelsten und größten Überlieferungen der bürgerlichen Gesellschaft verknüpft, als daß er eine „vollständige Erneuerung des Lebensprinzips“ nicht auch auf ihrem Boden für möglich gehalten hätte.

Hier lag der entscheidende Punkt. Die Arbeiter wußten besser, wohinaus LASSALLE wollte mit seinem, wie LANGE meinte, „Pro-

gramm von auffallender Kleinlichkeit und Zweideutigkeit", für das sie gleichwohl „ein gewaltiges Feuer der Initiative, einen an Religionsstiftung mahnenden heiligen Eifer" entwickelten. Und wenn es erlaubt ist, die letzten Sätze, die der sterbende Mann schrieb, aus dem Philosophischen ins Sozialpolitische zu übertragen, so hat LANGE die Arbeiter gerade auch ethisch gerechtfertigt, indem er sagte: „Die geringe, fast verschwindende Wahrscheinlichkeit, daß unsere Phantasiegebilde Wirklichkeit haben möchten, ist doch nur ein schwaches Band zwischen Religion und Wissenschaft und im Grunde nur eine Schwäche des ganzen Standpunktes; denn es steht ihr eine weit überwiegende Wahrscheinlichkeit des Gegenteils gegenüber, und im Gebiet der Wirklichkeit fordert die Sittlichkeit des Denkens von uns, daß wir uns nicht an vage Möglichkeiten halten, sondern stets dem Wahrscheinlichen den Vorzug geben". Genau in diesem Sinne haben die deutschen Arbeiter dem Programm LASSALLES den Vorzug gegeben vor dem Programm LANGES.

Nach anderthalb Jahren, am Vorabend des Deutsch-österreichischen Krieges, war LANGE müde, den Prediger in der Wüste zu spielen, und folgte einem Rufe seiner Jugendfreunde in die Schweiz. Von da ist er erst als todkranker Mann nach Deutschland zurückgekehrt und in demselben Jahre gestorben, wo der langjährige Zwist in der deutschen Sozialdemokratie für immer begraben wurde. Ein Prediger in der Wüste, wie er meinte, ist er gleichwohl nicht gewesen; unter denen, die aus den Kreisen der bürgerlichen Bildung zur Arbeiterpartei gelangt sind, gibt es viele, denen seine beredten und mutigen Gedanken den ersten Weg gewiesen haben.

III.

Was LANGE nicht erreicht hatte, das erreichte in vollem Maße J. B. v. SCHWEITZER. Er wußte das Werk LASSALLES fortzuführen in so geschickter und glücklicher Weise, wie LASSALLE selbst es vielleicht nicht vermocht hätte.

Jedoch wenn LANGES Name immer mit Achtung und Sympathie in der deutschen Sozialdemokratie genannt worden ist, so ist der Name SCHWEITZERS in ihr lange Zeit so vervehmt gewesen, wie kaum ein anderer. BEBEL, der in seinen Denkwürdigkeiten LANGE als einen der Besten nennt, die ihm auf seinem Lebenswege begegnet seien, hat einmal über SCHWEITZER geschrieben:

„Einen intelligenteren und geschickteren Journalisten und Agitator als SCHWEITZER hat die deutsche Sozialdemokratie nie gehabt, aber auch keinen feigeren, perfideren und unehrlicheren als ihn“. Und so oder so ähnlich lautete das Urteil der gesamten Partei über SCHWEITZER; er galt als ein falscher Bruder, der die Arbeiter im Interesse der Regierung getäuscht habe, aus eigner Neigung oder gar gegen bare Bezahlung.

In einer ähnlichen Auffassung ging ich vor einer Reihe von Jahren an die Vorarbeiten zu meiner Parteigeschichte, gelangte aber auf Grund der urkundlichen Zeugnisse zu einem wesentlich abweichenden Urteil. Neuerdings hat nun GUSTAV MAYER in seiner Biographie SCHWEITZERS noch mehr Licht über den merkwürdigen Mann verbreitet, namentlich durch eingehende Forschungen über SCHWEITZERS Werdegang. Wenn Herr MAYER seine psychologischen Untersuchungen auch nicht immer bis ans Ende führt, sie manchmal mehr abbricht als abschließt mit summarischen Urteilen über den „schlauen Halbitaliener“ oder den „talentvollen Abenteurer von zweifelhaftem Charakter“, so lassen sich nunmehr doch die wesentlichen Grundzüge von SCHWEITZERS Charakter klar erkennen.

Er stammte aus einer Frankfurter Patrizierfamilie italienischen Ursprunges und katholischen Glaubens; von mütterlicher Seite hatte er überwiegend französische Hugenotten und belgische Emigranten zu Vorfahren, sodaß fast kein Tropfen deutschen Blutes in seinen Adern rann. Ein glückliches Familienleben hat der Knabe nicht gekannt; die Eltern waren miteinander zerfallen und nur darin einig, das ansehnliche Vermögen der Familie zu verschwenden; der Vater, der ehedem Kammerjunker des Braunschweiger Diamantenherzogs gewesen war, lebte noblen Passionen und verwegenen Spekulationen; die Mutter hielt ein großes Haus für die klerikal und österreichisch gesinnten Elemente der damaligen Bundeshauptstadt. Die Erziehung ihrer Kinder überließen sie fremden Händen; nur im Hause seiner Großmutter hat JOHANN BAPTIST in seinen ersten Lebensjahren ein Heim gehabt.

Seine wissenschaftliche Bildung erhielt er auf dem Jesuitengymnasium in Aschaffenburg, dann auf der Universität in Berlin, wo er im Hause des Hofpredigers KRUMMACHER, der mit einer Schwester seiner Großmutter verheiratet war, in nahen Ver-

kehr mit den geistigen Häuptern der Kreuzzeitungspartei geriet. Doch ist wenig über seine Entwicklungsjahre bekannt; Briefe dieser, wie MAYER treffend sagt, „bekenntniskargen“ Natur gibt es weder aus der früheren noch aus der späteren Zeit SCHWEITZERS. Einen bestimmenden Einfluß sollen MACCHIAVELLIS Schriften auf den jungen Studenten gehabt haben, und das ist wahrscheinlich genug. Dagegen ist die Philosophie SCHOPENHAUERS nur wie ein flüchtiger Schatten über seinen Geist gestreift, obgleich SCHWEITZER persönlich mit SCHOPENHAUER verkehrt hat, als er im Jahre 1855, im Alter von 22 Jahren, in seine Vaterstadt zurückgekehrt war, um sich hier als Advokat niederzulassen. Der Hang zum Erkennen war in ihm eng verschmolzen mit dem Hange zum Handeln; er lebte und webte in Historie und Politik, die für SCHOPENHAUER mehr oder minder unverständlich gewesen waren.

Von früh auf hatte SCHWEITZER mitten in den großen Gegensätzen gestanden, die das deutsche Leben seit Jahrzehnten zerklüfteten, und so beherrschte die deutsche Frage seine ersten öffentlichen Kundgebungen. Seine Familienüberlieferungen wiesen ihn auf die österreichische Hegemonie hin, allein je vertrauter ihm der „Zeitgeist“ wurde, um so schärfer erkannte er, daß nur eine revolutionäre Erhebung der Nation die deutsche Einheit und Freiheit schaffen könne. Er bekämpfte heftig den Nationalverein wegen der „preußischen Spitze“, jedoch nicht nur deshalb: mit dem ungemein scharfen Blick für reale Machtverhältnisse, den er immer betätigt hat, sah er frühzeitig ein, daß die bürgerliche Opposition mit ihrer unausrottbaren Lust an bloßer Wortberauschung niemals die reaktionären Mächte besiegen werde, deren zähe Kraft und deren noch zäheren Willen SCHWEITZER nur allzu gut kannte. Damit lenkte sich sein Blick auf die Arbeiterklasse als die reale Macht, die alle Elemente einer siegreichen Revolution in sich trage.

Jedoch wurde seiner öffentlichen Tätigkeit schon im Herbst 1862 ein jähes Ende bereitet durch eine vierzehntägige Gefängnisstrafe, zu der SCHWEITZER gerichtlich verurteilt wurde, weil er öffentliches Ärgernis durch eine unzüchtige Handlung erregt haben sollte. SCHWEITZER hat später behauptet, unschuldig verurteilt worden zu sein, wofür in der Tat manches spricht; anormale sexuelle Neigungen hat SCHWEITZER sonst niemals in seinem Leben bekundet, durch das ihn bis ans Ende die aufopfernde Liebe einer

Jugendgespielin geleitet hat. Politische Bedeutung hat der traurige Zwischenfall nur insoweit, als sich seitdem an SCHWEITZERS Fersen die Legende hing, daß er, in seiner Vaterstadt wie die Pest gemieden, sich kopfüber in die Arbeiteragitation gestürzt habe, die LASSALLE ein halbes Jahr später begann. Diese Legende ist nunmehr abgetan nach der kritischen Analyse, der Herr MAYER die frühere Tätigkeit SCHWEITZERS unterzogen hat. Mit seinem Anschluß an LASSALLE tat SCHWEITZER nur den letzten Schritt auf einem Wege, den er längst aus eigenem Antriebe beschritten hatte.

LASSALLE nahm den Vervehmten mit offenen Armen auf, trotz des lebhaften Protestes der Frankfurter Arbeiter. Immerhin legte sich SCHWEITZER, solange LASSALLE lebte, eine starke Zurückhaltung auf; in diesen anderthalb Jahren schrieb er einen, beiläufig recht mittelmäßigen, Roman zur Unterstützung der Agitation; hauptsächlich hat er den Zwischenakt benutzt, um den Sozialismus eingehend zu studieren. Es zeugt für seine außerordentliche Begabung, daß er die schwierige Aufgabe in der verhältnismäßig kurzen Zeit glänzend gelöst hat. Die Legende, daß SCHWEITZER als Sektenhäuptling nur mit ein paar ewig wiederholten Redensarten LASSALLES gekramt habe, ist abermals vollkommen hinfällig. Vielmehr ist SCHWEITZER immer bestrebt gewesen, das Programm LASSALLES vor jeder Verknöcherung zu bewahren, ihm vielmehr den tieferen und weiteren Hintergrund zu geben, den LASSALLE aus agitatorischen Rücksichten noch nicht enthüllt hatte. Nach dem Tode LASSALLES gab es niemanden auf deutschem Boden, der den wissenschaftlichen Sozialismus so genau kannte und so scharf vertrat, wie SCHWEITZER. Seine Aufsätze und Reden, die demnächst in einer Sammlung erscheinen werden, sind bis auf geringe Einzelheiten noch heute unanfechtbar, eben vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus aus.

Noch bei Lebzeiten LASSALLES hatte SCHWEITZER mit ihm verabredet, von Neujahr 1865 ab ein Organ der jungen Partei in Berlin herauszugeben. Der Tod LASSALLES änderte an diesem Plane nichts; gemeinsam mit seinem Freunde HOFSTETTEN, der das Geld dazu hergab, aber den Geist nicht geben konnte, veröffentlichte SCHWEITZER den Sozialdemokraten, der dreimal wöchentlich erschien. Von alten Sozialisten hatten sich MARX, ENGELS, MOSES HESS, LIEBKNECHT, J. PH. BECKER u. a., dazu einige nam-

hafte Demokraten, wie HERRWEGH und RÜSTOW, zur Mitarbeit bereit finden lassen; LIEBKNECHT war sogar mit in die Redaktion eingetreten.

Jedoch lösten sich diese Bande schon nach wenigen Wochen, und von nun an hatte SCHWEITZER den rücksichtslosesten und unversöhnlichsten Gegner seiner öffentlichen Tätigkeit in WILHELM LIEBKNECHT.

IV.

Wenn die politische Psychologie LANGES und SCHWEITZERS nur aus den deutschen Zuständen in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu erklären ist, so war LIEBKNECHT ganz und gar ein Kind der vierziger Jahre.

Er zählte nur ein Jahr weniger als LASSALLE und hatte die Tage der Märzrevolution schon mit vollem Bewußtsein erlebt, als Kämpfer mit Feder und Schwert in den revolutionären Reihen gestanden. Darnach mußte er ins Exil nach London wandern, wo er zwölf Jahre lang den nächsten Verkehr mit MARX genoß, aber den deutschen Verhältnissen in hohem Grade entfremdet wurde. Als ihm die Amnestie von 1861 ermöglichte, nach Deutschland zurückzukehren, trat er in die Redaktion der von dem roten Republikaner BRASS begründeten Norddeutschen Allgemeinen Zeitung ein, um sie jedoch wieder zu verlassen, sobald er dahinter kam, daß sich BRASS an das Ministerium Bismarck verkauft hatte.

Diese erste Erfahrung auf deutschem Boden war ein sehr unglücklicher Zufall, und nicht etwa nur in dem äußerlichen Sinne, daß LIEBKNECHT wieder auf der Straße lag, wie in den langen Jahren des Exils. Darum kümmerte er sich am wenigsten: die Interessen seiner Sache standen ihm allemal über den Interessen seiner Person. Sieht man etwa von seinen letzten Lebensjahren ab, so ist es ihm immer sehr kümmerlich ergangen, aber nie, auch seinen vertrautesten Freunden gegenüber nicht, ist ihm deshalb ein Laut der Klage entschlüpft.

In dieser Beziehung steht LIEBKNECHT überhaupt als ein unübertreffliches und auch wohl unübertroffenes Muster da. Obwohl er ein sehr begabter Schriftsteller war, hatte er sich von jedem Literatenbewußtsein befreit; er ging vollständig im Empfindungsleben des Proletariats auf, marschierte unverdrossen in Reih und Glied, wirkte willig auf jedem Posten, auf den er gestellt wurde.

Dabei war er keineswegs ein „düsterer Cato", wie MAYER ihn einmal nennt; der Grundzug seines Wesens war vielmehr ein unverwüstlicher Optimismus, den keine noch so schwere Erfahrung beugte. Viel zutreffender sagt BEBEL, der ihn freilich auch am genauesten gekannt hat, daß LIEBKNECHT ein „Mann von Eisen mit einem Kindergemüt" gewesen sei. Im persönlichen Verkehr war LIEBKNECHT von einer wahrhaft kindlichen Bescheidenheit, dankbar für jede kleine Freundlichkeit, die ihm erwiesen wurde, der liebenswürdigste Gast, dem das frugalste Butterbrot und die wohlfeilste Zigarre immer „ausgezeichnet" schmeckte, ein Freund der Natur, den jede Kiefer im Grunewald erbaute, ein glücklicher Gatte und Vater. Seine erste Frau, die Geliebte seiner Jugend, hatte alle Leiden des Exils mit ihm ertragen, und ihre zarte Gesundheit erlag bald nach seiner Rückkehr in die Heimat der Qual neuer Verfolgungen. LIEBKNECHT hatte dann das Glück, eine zweite Gattin zu finden, die ihm großherzig die Arme frei hielt für den Kampf seines Lebens, und in seinem glücklichen Temperament überließ er ihr gern die Last aller gemeinen Sorgen.

Persönlich war ihm das bittere Erlebnis, das den heimkehrenden Flüchtling empfing, kaum ein Achselzucken wert, aber politisch hat es nicht günstig auf ihn gewirkt. Es hinderte seine unterfangene Orientierung in den neuen Verhältnissen, die er auf deutschem Boden vorfand. LIEBKNECHT war, wie SCHWEITZER, auf der Grenze von Nord- und Süddeutschland geboren, nur freilich nicht in einer immerhin schon bedeutenden Handelsstadt, sondern in der kleinen Universitätsstadt Gießen, an deren philisterhafter Atmosphäre sich schon GEORG BÜCHNER geärgert hatte. LIEBKNECHT stammte aus einer alten Gelehrtenfamilie, aber er wurde früh verwaist und hat später wohl einmal von seiner etwas rauhen Erziehung gesprochen. Jedenfalls hat der heranwachsende Jüngling nicht so vielseitige Anregungen erfahren, wie SCHWEITZER im gleichen Alter. Was ihn zum Sozialisten machte, waren die Schriften ST. SIMONS, die er schon auf dem Gymnasium verschlang, und ST. SIMONS geflügeltes Wort: Man muß begeistert sein, um große Dinge zu vollbringen, kann als Motto für LIEBKNECHTS ganzes Leben gelten. Voll Begeisterung hatte er sich in die Revolution von 1848 gestürzt, aber er war wesentlich auch noch der alte Achtundvierziger, als er nach Deutschland zurückkehrte.

Der alte Achtundvierziger im Sinne der Neuen Rheinischen Zeitung, in der die sozialistische Theorie und selbst der proletarische Klassenkampf noch sehr zurücktraten hinter dem revolutionären Kampf der deutschen Nation gegen die Herrschaft rückständiger Klassen. Die sozialistische Theorie, so gut er ihre Grundgedanken verstand, ist in ihrem gelehrten Gerüste niemals LIEBKNECHTS Sache gewesen; was er in den Jahren des Exils von MARX gelernt hat, war besonders die Neigung, die weiten Gefilde der internationalen Politik nach revolutionären Keimen abzuleuchten. Dabei kam schon bei MARX, der als geborner Rheinländer ebenso wie ENGELS allzu verächtlich über alles ostelbische Wesen dachte, der preußische Staat viel zu kurz, und nun vollends bei LIEBKNECHT, der in den Bewegungsjahren nur auf badischem und schweizerischem Boden, den Ursitzen der Kantönlipolitik, tätig gewesen war. Preußen war ihm immer noch der vormärzliche Vasallenstaat des Zarismus, der sich mit den verächtlichen Mitteln der Korruption der modernen Ideen erwehre und vor allem über den Haufen gerannt werden müsse, ehe an moderne Klassenkämpfe in Deutschland zu denken sei.

Begreiflich genug, daß LIEBKNECHT in dieser Auffassung durch sein Erlebnis mit BRASS bestärkt, daß er dadurch noch mehr behindert wurde zu erkennen, wie sehr die ökonomische Entwicklung der fünfziger Jahre auch den preußischen Staat umgewandelt und Zustände in ihm geschaffen hatte, unter deren Einwirkung die Loslösung der Arbeiterklasse von der bürgerlichen Demokratie eine historische Notwendigkeit geworden war. Dadurch wurde LIEBKNECHT auch an einem gerechten Urteil über LASSALLES Agitation gehindert. Was deren historische Stärke war, ihre taktische Anpassung an die besonderen Zustände Deutschlands und namentlich Preußens, die in erster Reihe das „Mißfallen“ von MARX erregte, war in den Augen LIEBKNECHTS ihre unheilbare Schwäche. LIEBKNECHT sah in LASSALLE einen talentvollen und auch ehrlichen Schüler von MARX, aber doch nur einen Schüler, der nach unvollkommenem und unzureichendem Verständnis des Lehrers arbeite; von dem Programm LASSALLES meinte er, daß es der Theorie von MARX die Spitze abbräche. Und er gebrauchte noch viel wegwerfendere Ausdrücke, als SCHWEITZER im Januar 1865 seine fünf Artikel über das Ministerium BISMARCKS zu veröffentlichen begann.

Tatsächlich offenbarte sich in diesen Artikeln der eigentümlichste Vorzug Schweitzers: seine hervorragende Fähigkeit, die Tagespolitik unter historischem Gesichtspunkt zu betrachten. Schweitzer hielt nach wie vor fest an der Erkenntnis, die er schon vor Lassalles Agitation gewonnen hatte, nämlich daß eine Lösung der deutschen Frage in deutschem Sinne nur möglich sei, indem sich die deutsche Nation durch eine Revolution selbst helfe; er sagte, dies sei für jeden Demokraten selbstverständlich. Aber Schweitzer verhehlte sich nicht, daß Bismarck mit großem Erfolge daran arbeite, die deutsche Einheit zu schaffen, nicht als höchsten nationalen Selbstzweck, sondern als bloßes Mittel im Dienste partikularistisch-dynastischer Interessen, und er richtete einen scharfen Angriff gegen die deutsche Politik der Fortschrittspartei, die an dem Fehler leide, weder deutsch noch preußisch zu sein. Sie verlange die deutsche Einheit mit der preußischen Spitze, ohne zu begreifen, daß die deutsche Einheit nur durch die deutsche Revolution zu schaffen sei und daß die preußische Spitze nur ein Großpreußen schaffen könne.

Als historische Untersuchungen waren diese Artikel in ihrer Art meisterhaft; selbst Marx meinte noch mehr als ein Jahr später, unmittelbar vor dem Ausbruche des Krieges von 1866, falls keine Revolution ausbräche, stände ein dreißigjähriger Krieg bevor; Benedek sei ein anderer General als Prinz Friedrich Karl; Österreich könne wohl Preußen, aber nicht Preußen Österreich zum Frieden zwingen. Verfehlt war an den Artikeln Schweitzers zum Teil die Form; um nachdrücklich die Kraft des preußischen Staates zu schildern, wählte er Ausdrücke, die einer Verherrlichung des preußischen Wesens zum Verwechseln ähnlich sahen. Doch ist gerade dieser Teil der fünf Artikel, wie Herr Mayer nachgewiesen hat, wörtlich einer früheren Schrift Schweitzers entnommen, worin die österreichische Spitze noch für das kleinere Übel erklärt wurde gegenüber der preußischen Spitze. Damit entfällt der Verdacht, als habe Schweitzer mit seiner historischen Würdigung des preußischen Staates nicht seine Überzeugung aussprechen, sondern die Regierung anschmeicheln wollen.

Aber nicht nur historisch, sondern auch politisch waren die Artikel durchaus berechtigt; bei dem unglaublichen Wirrwarr, der damals in den bürgerlichen Parteien über die Lösung der deutschen

Frage herrschte, die sich mehr und mehr auf die Spitze des Schwertes hinauszuspielen begann, war es durchaus die Pflicht eines Arbeiterblattes, zu sagen das, was war, und das allgemeine Tohu Wabohu auf die nackte Alternative zurückzuführen: preußische Bajonette oder deutsche Proletarierfäuste.

Für LIEBKNECHT, MARX und ENGELS wurden diese Artikel jedoch zum letzten Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Ihr altes Mißfallen an der Agitation LASSALLES war von neuem geschürt worden durch Mitteilungen der Gräfin HATZFELDT an LIEBKNECHT über eine „förmliche Allianz", die LASSALLE mit BISMARCK geschlossen haben sollte. Freilich trugen diese Mitteilungen den Stempel der Erfindung an der Stirn; die Gräfin HATZFELDT, die in der Tat die Arbeiterbewegung ins Lager der Regierung überleiten wollte, hatte den dringendsten Anlaß, sich hinter LASSALLES angebliche Autorität zu flüchten. Man kann es nur der suggerierenden Kraft eines tief eingewurzelten Argwohns zuschreiben, daß sich MARX und ENGELS so sehr über LASSALLES Charakter täuschen konnten, aber wenn es einmal geschah, so war nichts begreiflicher, als daß sie sich von SCHWEITZER zu trennen wünschten, der nach Angabe der Gräfin HATZFELDT um LASSALLES Allianz mit BISMARCK wußte und dennoch mit „servilen Lobhudeleien" für LASSALLE fortfuhr. In einer öffentlichen Erklärung sagten sie ihre Mitarbeit auf, und ihnen folgten auch die anderen alten Demokraten und Sozialisten, die sich dazu hatten bereit finden lassen, mit der einzigen Ausnahme von MOSES HESS, der sich erst ein paar Jahre später von SCHWEITZER trennte.

Für diesen war es ein harter Schlag, und wäre er wirklich nur der „talentvolle Abenteurer von zweifelhaftem Charakter" gewesen, den auch noch MAYER in ihm sehen will, so hätte er einigen Anlaß gehabt, die Flinte ins Korn zu werfen. Schon innerhalb der eigenen kleinen Partei war seine Stellung die mißlichste von der Welt; die Arbeiter hatten noch lange nicht ihr Mißtrauen gegen ihn überwunden, die Gräfin HATZFELDT machte ihm einen heftigen Krieg, und dazu mußte er, was das schlimmste von allem war, für die Taktlosigkeiten und Torheiten BERNHARD BECKERS aufkommen, der auf die testamentarische Empfehlung LASSALLES hin zum Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gewählt worden, jedoch den Aufgaben dieser Stellung in keiner Weise

gewachsen war. Außerhalb der Partei aber hatten die fortschrittlichen Gegner durch die Absage von MARX und ENGELS die willkommene Handhabe, SCHWEITZER als Agenten der Regierung zu denunzieren, während die Regierung ihr Interesse an ihrem angeblichen Agenten dadurch bekundete, daß sie ihn schon im November 1865 auf sechzehn Monate ins Gefängnis steckte.

Gewiß, wenn SCHWEITZER diese See von Plagen überwunden hat, so war es nur dadurch möglich, daß ihn schließlich alle intelligenten Elemente des Vereins aufrecht erhielten, weil ihnen die Richtigkeit seiner Politik einleuchtete oder genauer, weil er klar und unzweideutig aussprach, was sie als richtig empfanden. Deshalb bleibt es doch sein Verdienst, das Schifflein der Partei mit einer seltenen Vereinigung von Kühnheit und Vorsicht durch ein klippenreiches Meer gesteuert zu haben, ohne je die Flagge zu streichen. Er hat deshalb nicht aufgehört, BISMARCKS auswärtige Politik vom demokratischen Standpunkt aus scharf zu bekämpfen, weil er alle irreführenden Illusionen abschnitt durch die Erkenntnis, daß BISMARCKS Sieg nicht anders abgewehrt könne, als durch eine nationale Revolution.

Aus seiner Gefängnishaft suchte sich SCHWEITZER zu befreien durch Urlaubsgesuche, die er mit ärztlichen Attesten über seine hinfällige Gesundheit begründete. Einen Erfolg erzielte er damit jedoch erst in den ersten Maitagen des Jahres 1866, zur Zeit, wo BISMARCK das allgemeine Stimmrecht im Interesse seiner deutschen Politik ausgespielt hatte. Es ist möglich und selbst wahrscheinlich, daß zwischen beiden Tatsachen ein kausaler Zusammenhang bestanden hat auf seiten der Regierung. Die Vermutung MAYERS, daß auch SCHWEITZER von der Partie gewesen sei — eine Vermutung, die sich nur auf die unsichere Auslegung einer vagen Notiz in einem anonymen Polizeibericht stützt —, wird hinlänglich durch die Tatsache widerlegt, daß der freigewordene SCHWEITZER alsbald den Arbeitern erklärte, es würde das „erbärmlichste von allem“ sein, wenn sie sich durch BISMARCKS Schachzug mit dem allgemeinen Stimmrecht täuschen ließen; es sei vielmehr ihre Sache, durch eine umfassende Agitation für das allgemeine Wahlrecht dem preußischen Minister, der zu seinem halben und unkräftigen Vorgehen nur durch die Lage der Dinge gezwungen worden sei, jeden Rückweg abzuschneiden.

Auch nach den preußischen Siegen und nach der Begründung des Norddeutschen Bundes verkannte SCHWEITZER keineswegs die gewaltige Stärkung, die das reaktionäre System in Preußen dadurch erfahren habe. Er wurde nicht müde, den Arbeitern einzuprägen, daß der Kampf für die politische Freiheit für sie mehr denn je eine gebieterische Notwendigkeit geworden sei. Aber er nahm die Entscheidung, die bei Königgrätz gefallen war, als eine unabänderliche Tatsache hin; er sah mit seinem scharfen historischen Blick, daß die süddeutschen Staaten alsbald zum Norddeutschen Bunde zurückgravitieren müßten. Man kann seine Ansicht in die Worte zusammenfassen, die MARX am 22. August 1866 an seinen Freund KUGELMANN schrieb: „Was Deutschland angeht, so muß man die Dinge nehmen, wie sie sind, das heißt das revolutionäre Interesse in einer den veränderten Umständen entsprechenden Weise geltend machen“. Auch hat MARX an dieser Politik SCHWEITZERS schwerlich ernsten Anstoß genommen; sonst wäre er nicht bald darauf in freundliche Beziehungen zu SCHWEITZER getreten.

Seine Hauptsorge richtete SCHWEITZER auf die Herstellung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der in den Kriegswirren ganz außer Rand und Band gegangen war. Wenn er tatsächlich schon immer der Leiter des Vereins gewesen war, so wurde er es im Mai 1867 auch formell, indem ihn die Generalversammlung zum Präsidenten wählte. Es begann nun die Zeit seiner Diktatur, über deren einstweilige Notwendigkeit alle tüchtigen Mitglieder des Vereins einig waren. Sie wurde eine ununterbrochene Reihe von Erfolgen, zu denen auch gehörte, daß SCHWEITZER im Herbste 1867 von den Elberfelder Arbeitern in den Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt wurde.

Hier prallte er alsbald wieder mit LIEBKNECHT zusammen, der im Jahre 1865 aus Berlin ausgewiesen worden war, aber sich einen sächsischen Wahlkreis erobert hatte. Sie stießen zunächst in der alten Streitfrage auf einander, da LIEBKNECHT auch jetzt noch an dem Bunde aller demokratischen Elemente festhielt, dessen erste Aufgabe es sein müsse, den Norddeutschen Bund zu zertrümmern. Es ergab sich aber noch ein neuer Streit zwischen ihnen, über den Wert der parlamentarischen Tätigkeit für die Arbeiterklasse. In diesem Falle ist es ganz zweifellos, daß SCHWEITZER und nicht

LIEBKNECHT im Sinne von MARX und ENGELS handelte, indem er durch Anträge und Reden das Interesse des Proletariats namentlich bei der wirtschaftlichen Gesetzgebung vertrat, in der dies sonst sehr ohnmächtige Parlament ein gewichtiges Wort mitzureden hatte; war doch die Wegräumung der unzähligen Hindernisse, die der kapitalistischen Produktionsweise auf deutschem Boden noch entgegenstanden, der Preis gewesen, um den die Bourgeoisie ihre politischen Ansprüche an BISMARCK aufgelassen hatte.

LIEBKNECHT jedoch war unerbittlich gegen das „Parlamenteln", schon weil die Beteiligung an der parlamentarischen Arbeit eine Anerkennung des Norddeutschen Bundes in sich schließe, dann aber auch weil es überhaupt nutz- und zwecklos sei. Noch im Jahre 1869 eiferte er dagegen in einer scharfen Rede, die sich nicht nur gegen SCHWEITZER, sondern auch gegen BEBEL richtete.

V.

Die eigentümlichen Schwierigkeiten, die LANGE, SCHWEITZER und LIEBKNECHT, jeder in seiner Art, der politischen Psychologie bieten, scheinen bei AUGUST BEBEL fortzufallen, zumal heute, wo auch die Gegner der Sozialdemokratie die historische Bedeutung des Mannes anerkennen und einige seiner Schriften, wie das Buch über die Frau und der erste Band seiner Denkwürdigkeiten, zu den gelesensten und verbreitetsten Erzeugnissen nicht nur der sozialistischen Literatur gehören.

Und dennoch zeigt gerade das Urteil über diese Schriften, auch von berufener Seite, wie wenig im Grunde das eigentliche Wesen BEBELS verstanden wird. Als kürzlich ein bekannter Professor, der ein viel gelesenes Buch über die Arbeiterfrage geschrieben hat, in einer wissenschaftlichen Zeitschrift die Denkwürdigkeiten BEBELS „langweilig und senil" nannte, wurde ich lebhaft an den spöttischen Vorhalt erinnert, den vor nun zwanzig Jahren ein noch viel bekannterer Professor, der sich schon seit Jahrzehnten und nicht ohne namhaftes Verdienst mit der Arbeiterfrage beschäftigt hat, mir deshalb machte, daß ich „eine etwas wilde Kompilation", wie BEBELS Buch über die Frau, öffentlich gelobt hatte. Es sind eben Urteile wie aus einer andern Welt.

Verfolgt man BEBELS öffentliche Wirksamkeit, so wie sie sich in seinen Reden und Schriften spiegelt, so hat man ein Bild der

proletarischen Entwicklung bis in ihre feinsten Schattierungen hinein. Bebel hat nie den Anspruch erhoben, ein bahnbrechender Denker zu sein; er mag manches oder auch vieles gesagt oder geschrieben haben, was vor dem Richterstuhle der zünftigen Gelehrsamkeit langweilig und trivial erscheint, aber er hat nie ein Wort gesagt oder geschrieben, das er nicht selbst erkämpft und erlebt hat. In dieser unbedingten Wahrhaftigkeit ist das Leben Bebels ein klassischer Typus der modernen Arbeiterbewegung geworden, und das will ungleich mehr besagen, als wenn Bebel ein bürgerlicher Klassiker geworden wäre.

Jedoch haben wir es hier nur mit seinen Anfängen zu tun. Geboren in einer preußischen Kaserne, ist Bebel, früh verwaist, in Armut und Drangsal aufgewachsen. Als wandernder Drechslergeselle fand er auch nur spärliche Gelegenheit, seinen brennenden Wissensdurst zu stillen. Erst als ein Zufall den Zwanzigjährigen im Jahre 1860 nach Leipzig führte, kam er vor die rechte Schmiede. Es gelang ihm hier, wenn auch unter schweren Mühen, sich selbständig zu machen und eine Lebensgefährtin zu gewinnen, ohne deren unerschöpfliche Herzensgüte und sorgsame Pflege der in seiner Jugend schwächliche Mann schwerlich das Patriarchenalter erreicht haben würde, zumal da er den besten Teil seiner Kraft der aufreibenden öffentlichen Tätigkeit widmete.

Bebel kam nach Leipzig zur Zeit, wo die Fortschrittspartei mit der Gründung von Arbeiterbildungsvereinen begann, an denen sich auch Männer beteiligten, die, wie gerade in Leipzig der alte Rossmässler, unter der Bildung der Arbeiter etwas besseres verstanden als ein Mittel, die Arbeiterklasse von politischer Tätigkeit abzulenken. Bebel wurde bald heimisch im Leipziger Arbeiterbildungsverein, und es kennzeichnet seine Eigenart, daß er sich zunächst nicht mitreißen ließ, als Lassalle sich gegen das Spiel erhob, das die Fortschrittspartei, nicht zuletzt auch in den Arbeiterbildungsvereinen, mit den Arbeitern trieb. Er lehnte ab, was ihm bei dem damaligen Stande seiner geistigen Entwicklung nicht eigener Besitz, sondern nur ein blendendes Schlagwort gewesen wäre.

Vielmehr verdiente er sich seine Sporen in jenem Verbande der deutschen Arbeitervereine, den die Fortschrittspartei als Gegengewicht gegen den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein Lassalles gegründet hatte. Gemeinsam mit F. A. Lange kam er schon 1864

in den leitenden Ausschuß des Verbandes. In fortwährendem heißen Kampfe mit den Anhängern LASSALLES gewann er wachsendes Verständnis für den Sozialismus, und er wurde die treibende Kraft, den sehr lose geknüpften Verband in eine kräftige und selbständige Arbeiterorganisation umzuschaffen. Das gelang ihm bis zum Jahre 1867, wo er nun auch gleich in die neu geschaffene Stelle eines Vorsitzenden gewählt wurde, und schon im nächsten Jahre wußte er auf dem Verbandstage in Nürnberg die Mehrheit der Vereine für die leitenden Grundsätze der Internationalen Arbeiterassoziation als Vereinsprogramm zu gewinnen. Die Minderheit der Vereine, namentlich aus Norddeutschland, schied aus; die Mehrheit rekrutierte sich vornemlich aus zwei Mittelstaaten, den Königreichen Sachsen und Württemberg.

Bei diesem Vorgehen hatte BEBEL einen sehr wirksamen Mithelfer an LIEBKNECHT. Sie kannten sich seit dem Sommer 1865, seitdem LIEBKNECHT aus Berlin ausgewiesen worden war und eine Zuflucht in Leipzig gesucht hatte. Doch ist die landläufige Meinung, als sei BEBEL durch LIEBKNECHT zum Marxismus bekehrt worden, ganz irrig. Sicherlich hat BEBEL von LIEBKNECHT, der vierzehn Jahre älter war als er, eine wissenschaftliche Bildung genossen und sich viel weiter in der Welt umgesehen hatte, manches gelernt, aber in irgend eine geistige Abhängigkeit von LIEBKNECHT ist BEBEL niemals geraten. Rein äußerlich ist der Gegenbeweis schon dadurch zu führen, daß BEBEL in seiner ersten Schrift, die er nach mehr als vierjährigem engem Verkehr mit LIEBKNECHT veröffentlichte, noch ganz in den Anschauungen LASSALLES lebte, von dem LIEBKNECHT nie viel wissen wollte, und gerade in jener Zeit weniger als je.

Ebenso sehr oder noch mehr, als nach Alter und Erziehung, nach Erfahrungen und Kenntnissen, waren beide Männer nach Anlagen und Neigungen, nach Charakter und Temperament verschieden. Wenn sie gleichwohl mehr als ein Menschenalter Schulter an Schulter gestanden, um des hohen Zieles willen, dem das Leben beider mit gleicher Hingebung gewidmet war, alles Widerstrebende und Widerstreitende bezwungen haben, so ist das ein gleich ehrenvolles Zeugnis für beide. Aber die historische Untersuchung darf deshalb von dem nicht absehen, was sie unterschied.

In BEBEL war von vornherein das proletarische Klassen-

bewußtsein viel schärfer ausgeprägt, als in LIEBKNECHT, dem der Bund aller demokratischen Elemente zum Sturz der preußischen Vorherrschaft das nächste Ziel war. In der Tat war dies Ziel, wenn überhaupt, auf dem Boden des Königreichs Sachsen noch am ehesten zu erreichen. Hier war der bürgerliche Radikalismus seit den Tagen des Dresdener Maiaufstandes kräftiger geblieben, als in Preußen, während das zu einem großen Teil hausindustrielle Proletariat noch nicht in einem so klar erkannten Gegensatze zur Bourgeoisie stand, wie etwa in der rheinischen Großindustrie. So bildete sich nach den preußischen Siegen von 1866, unter hervorragender Mitwirkung BEBELS und LIEBKNECHTS, eine Sächsische Volkspartei, die an die Spitze ihres Programms die unversöhnliche Gegnerschaft gegen den Norddeutschen Bund stellte, sonst aber in ihren politischen und sozialen Forderungen so weit ging, wie vom Standpunkt der bürgerlichen Demokratie aus nur möglich war. Es gelang ihr auch, erst in den konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes zwei Abgeordnete, darunter BEBEL, und danach in den ersten — und einzigen — ordentlichen Reichstag vier Abgeordnete, darunter BEBEL und LIEBKBECHT, zu senden.

War die Sächsische Volkspartei ein erster Ansatz zum Bunde aller demokratischen Elemente, so war sie freilich auch der letzte Ansatz dazu. Die Deutsche Volkspartei, als deren Zweig sie sich verkündete, war und blieb ein politisches Gespenst. Im Norden Deutschlands bestand sie aus ein paar hundert ehrlichen, aber ohnmächtigen Ideologen, die sich um JOHANN JACOBY scharten, und in Süddeutschland, namentlich in Frankfurt a. M. und Württemberg, brachte sie nur einen lärmenden Haufen auf, von dem der ehrliche Demokrat LANGE mit unverhüllter Verachtung schrieb: „Die geträumte süddeutsche republikanische Partei stellte sich als nicht existierend heraus, und ein blinder, dem Feind in die Hände arbeitender Haß gegen Preußen blieb die einzige Triebfeder der spezifisch süddeutschen Politik“.

Nach ihren Wahlerfolgen im Herbste 1867 gelang es der Sächsischen Volkspartei sich ein Organ zu schaffen, das Demokratische Wochenblatt, das seit Neujahr 1868 erschien und nach dem Nürnberger Vereinstage auch dem Verbande der Deutschen Arbeitervereine als Organ diente. Die sozialistische Theorie tritt in ihm noch sehr zurück, und so weit sie sich geltend macht, läßt

sie sich nicht entfernt mit der Theorie SCHWEITZERS vergleichen; die einzigen Ausnahmen bilden zwei Aufsätze über den ersten Band des „Kapitals“ von MARX, deren einen ENGELS und deren andern DIETZGEN verfaßt hat. In den politischen Artikeln und Überschriften herrscht durchaus europäische Politik vor, die von allen Ecken und Enden her gegen die Existenz des Norddeutschen Bundes mobil gemacht wird; selbst die liberal schillernde, aber innerlich reaktionäre Politik BEUSTS in Wien, über die LANGE und MARX das denkbar schärfste Urteil fällten, muß als prunkendes Gegenstück zu Bismarcks unaufhaltsamem Bankrott herhalten. Daneben fanden die alten Emigrantenfehden mit HERZEN, KOSSUTH u. a. einen lebhaften Nachhall. Manches davon und namentlich auch aus den ausländischen Korrespondenzen ist heute noch für den Sozialforscher von Interesse, aber für die Aufklärung und Erziehung der armen sächsischen Weber, für die das Demokratische Wochenblatt doch in erster Reihe herausgegeben wurde, war damit wenig oder nichts getan. Ganz im Gegenteil dazu stand die Rubrik des Blattes, in der die Angelegenheiten der Arbeitervereine behandelt wurden; hier schaltete BEBEL mit seinem praktischen Blick und seinem großen Organisationstalent.

Für ihn trat der Kampf gegen die Existenz des Norddeutschen Bundes mehr und mehr in den Hintergrund; ganz wie SCHWEITZER begann er sich an den parlamentarischen Arbeiten des Reichstags zu beteiligen, namentlich bei Beratung der neuen Gewerbeordnung, bei der sehr wichtige Interessen der Arbeiterklasse ins Spiel kamen. Auf diese Weise begann sich eine praktische Annäherung zwischen dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und den Nürnberger Vereinen zu vollziehen.

VI.

Gleichwohl kam es zu keiner Vereinigung beider Richtungen, sondern zu einer schroffen Spaltung in zwei feindliche Fraktionen, die sich sechs Jahre lang mit mehr oder minder großer Erbitterung bekämpft haben. Nach der Annahme, die jahrzehntelang gegolten hat, ist die Schuld daran der Politik SCHWEITZERS zuzuschreiben, der seit dem Tode LASSALLES, sei es für Geld oder aus Neigung, die einheitliche Organisation der Arbeiterklasse hintertrieben und das Spiel Bismarcks gespielt haben soll.

Diese Auffassung zerschellt schon daran, daß ein jahrelanger Kampf, wie er zwischen den beiden Fraktionen geführt wurde, ungleich tiefere Ursachen gehabt haben muß, als den bösen Willen eines einzelnen, sei es noch so einflußreichen Mannes. In der Tat hat der Kampf noch vier Jahre nach dem völligen Ausscheiden Schweitzers aus der Arbeiterbewegung gewährt. In seinen letzten Gründen erklärt er sich aus der nationalen Zerrissenheit Deutschlands, aus dem provisorischen Zustand der Dinge zwischen dem Österreichisch-preußischen und dem Deutsch-französischen Kriege, aus der ganz verschiedenen Höhe der Entwicklung, die die Arbeiterklasse in den verschiedenen Gegenden Deutschlands erreicht hatte, und es ließe sich vielleicht selbst die Frage aufwerfen, ob dieser Zwist bei all seinen häßlichen und mißlichen Seiten nicht auch den Vorteil gehabt habe, in einer akuten und freilich sehr kostspieligen Krankheit ein- für allemal mit den chronischen Kinderleiden proletarischer Bewegungen aufzuräumen.

Indessen kommt es hier nur auf die führenden Männer an, und da ist Schweitzer nicht frei von schwerer Schuld, aber in ganz andern Sinne, als allzu lange geglaubt worden ist. Er war nicht der Bösewicht eines Kriminalromans, sondern eher, wie fern immer das tragische Pathos seiner kühlen und verschlossenen Natur sein mochte, der Held eines Trauerspiels.

Dank der Diktatur, die ihm im Sommer 1867 von den Mitgliedern in freiwilligem Entschluß übertragen worden war, gelang ihm die Reorganisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in überraschend schneller Zeit. Dabei war er bemüht, dem Verein alles Sektenhafte abzustreifen; er suchte und fand Anschluß an die Internationale Arbeiterassoziation; wie er wiederholt den Rat von Marx einholte, so hat Marx willig „die Energie und Intelligenz" anerkannt, womit Schweitzer damals wirkte. Zur Generalversammlung des Vereins, die 1868 in Hamburg stattfand, wurde Marx offiziell eingeladen. Er war leider verhindert, zu erscheinen, aber er dankte in einem verbindlichen Schreiben, worin er „mit Freude" feststellte, daß die Generalversammlung auf die Tagesordnung ihrer öffentlichen Sitzungen die Punkte gesetzt habe, von denen jede ernste Arbeiterbewegung ausgehen müsse: Agitation für volle politische Freiheit, Regelung des Arbeitstages und planmäßige internationale Kooperation der Arbeiterklasse in der großen

weltgeschichtlichen Aufgabe, die sie für die ganze Gesellschaft zu lösen habe.

Jedoch offenbarte sich auf dieser Hamburger Generalversammlung schon das zweischneidige Wesen von SCHWEITZERS Diktatur. Eine lebhafte Streikbewegung und die bevorstehende Aufhebung des gesetzlichen Koalitionsverbotes veranlaßten ihn, die Gewerkschaftsfrage, die von LASSALLE ganz vernachlässigt worden war, ins Programm des Vereins aufzunehmen. Er stieß damit auf einen starken Widerstand in der Versammlung, den er nur dadurch brechen konnte, daß er mit seinem Rücktritt drohte. Er war dabei in seinem Rechte insofern, als die Gewerkschaftsfrage ein untrennbarer Teil der Arbeiterfrage ist, aber er war im Unrecht insofern, als er die Gewerkschaften, trotz dringender Warnungen von MARX, der straffen Zentralisation des politischen Vereins nachbildete.

Es war der erste große Fehler seiner Politik, die immerhin noch durch seine unzureichende Kenntnis des Gewerkschaftswesens erklärt wurde. Jedenfalls waren ihm darin LIEBKNECHT und BEBEL überlegen; LIEBKNECHT hatte schon seit seiner Rückkehr aus England durch zahlreiche Vorträge über die Trade Unions in Arbeitervereinen eifrige Propaganda für das Gewerkschaftswesen gemacht, und gegen die Statuten, die BEBEL für deutsche Gewerkschaften entwarf, ließ sich nichts einwenden. Ganz ohne Schuld waren allerdings auch die Nürnberger Vereine nicht an der Zersplitterung der gewerkschaftlichen Bewegung, da sie sich aus nichtigen Gründen geweigert hatten, den Allgemeinen Arbeiterkongreß in Berlin zu beschicken, auf dem im Herbste 1868 die Gründung von Gewerkschaften nach den Vorschlägen SCHWEITZERS beschlossen wurde.

Dagegen war das bessere Recht auf SCHWEITZERS Seite, wenn er die politische Verschmelzung beider Richtungen ablehnte, sondern nur ein freundschaftliches Hand in Hand Gehen zugestand und, falls darüber hinaus gegangen werden sollte, den einfachen Eintritt der Nürnberger Vereine in die von ihm geleitete Organisation beanspruchte. Noch heute kann jeder an den Zeitungen der beiden Richtungen verfolgen, wie sehr der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein organisatorisch und prinzipiell den Nürnberger Vereinen voraus war; niemand wußte besser als SCHWEITZER, wie mühselige Anstrengungen es gekostet hatte, ihn auf die jetzige Höhe zu bringen, und es lag nicht der geringste Grund vor, die Frucht

dieser Mühen aufs Spiel zu setzen. Das war aber ganz unvermeidlich, so lange die Nürnberger Arbeiter sich nicht aus ihrem Bündnis mit dem imaginären Gebilde der Deutschen Volkspartei befreit hatten. Diesem Phantom auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen, weigerte sich SCHWEITZER entschieden.

Was dabei herausgekommen wäre, zeigte die Erfahrung, die LIEBKNECHT machen mußte, als er aus Rücksicht auf die Deutsche Volkspartei die programmatische Erklärung für das Gemeineigentum am Grund und Boden, die der Baseler Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation im Herbst 1869 beschlossen hatte, nicht zur Parteisache machen wollte. Die Deutsche Volkspartei geriet nur um so mehr außer sich, so daß nun auch LIEBKNECHT im Januar 1870 anerkannte: „Sie ist eine durch den Zufall entstandene Gelegenheitspartei; völlig machtlos, kann sie nimmermehr den Nordbund zerstören. Sie kann poltern, nichts weiter. In Norddeutschland, das ökonomisch entwickelter ist als Süddeutschland, besteht sie bloß aus ein paar Namen. Nur in Süddeutschland, und auch hier nur in Schwaben, hat sie Massen hinter sich aber dort ist sie ein Mischmasch der verschiedensten, augenblicklich durch die Kämpfe gegen die ‚Verpreußung' zusammengehaltenen Elemente". Das war sehr zutreffend, nur daß SCHWEITZER, als er sich anderthalb Jahre früher in ähnlicher Weise über das „verschwommene Wischiwaschi" in der Volkspartei ausgelassen hatte, deshalb vom Demokratischen Wochenblatt zu einem „Verräter an der Sache des Sozialismus und der Demokratie" erklärt worden war.

Die ebenso grundlosen wie unaufhörlichen Angriffe auf die persönliche und politische Integrität SCHWEITZERS vergifteten den Streit aufs äußerste und drängten SCHWEITZER selbst schließlich in eine falsche Position, der er sich nicht mehr gewachsen zeigen sollte. Sie stumpften seinen Blick für den echt proletarischen Kern der andern Richtung ab und brachten ihn in einen Gegensatz gerade zu den einsichtigsten seiner Anhänger, die mit unbefangenerem Blick jenen Kern zu erkennen wußten. Sie ließen ihn aber auch nicht den richtigen Zeitpunkt erkennen, wo seine Diktatur, die nach seiner eigenen Meinung nur vorübergehend sein sollte, notwendig oder auch nur nützlich zu sein aufhörte. Unter dem härtesten Verdacht den Platz zu räumen oder auch nur auf einen Teil seiner Machtvollkommenheiten zu verzichten, wurde für ihn ein unerträglicher

Gedanke. Als im Frühjahr 1869 BEBEL und LIEBKNECHT — mit seiner Zustimmung — auf der Generalversammlung in Barmen-Elberfeld erschienen, um ihn als Agenten oder doch Helfer der preußischen Regierung anzuklagen, erhielt er ein durchaus ehrliches Vertrauensvotum, dessen Eindruck nach außen er nur selbst durch allzu diktatorisches Auftreten störte. Aber den gleichzeitigen Beschluß, ohne jedes Mißtrauen gegen ihn, die Organisation des Vereins demokratischer zu gestalten, indem eine Beschwerdekommission über das Vereinsorgan gesetzt und der bis dahin ganz einflußlose Vorstand ein wenig aktionsfähiger gemacht wurde, empfand er als unleidlichen Zwang.

Er rächte sich durch eine unwürdige Komödie. Unter dem Vorwande, die Einheit der Partei herzustellen, verband er sich mit der unaufhaltsam absterbenden Sekte der Gräfin HATZFELDT und stellte die frühere Organisation des Vereins wieder her, die ihm so gut wie unbeschränkte Machtbefugnisse gab. Der Staatsstreich glückte äußerlich, da die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder ihm zustimmte, aber eine Minderheit gerade der fähigsten Elemente schied aus und gründete im August 1869 mit den Nürnberger Vereinen eine eigene sozialdemokratische Partei.

Von nun an ging es mit SCHWEITZER unaufhaltsam bergab. Seine Diktatur war ihm nicht mehr ein Mittel, die Arbeiterbewegung zu fördern, sondern die Arbeiterbewegung war ihm gerade gut genug, seine Diktatur aufrecht zu erhalten. Wohl erreichte er noch manche Erfolge, so gelang ihm im November 1869 die Eroberung Berlins, aber der Schaden, den er durch die Verhetzung der Arbeiter untereinander anrichtete, überwog durchaus. Sein Bündnis mit der Sekte der Gräfin HATZFELDT löste sich alsbald wieder unter häßlichem Zank; die bayrischen Mitglieder fielen ab, weil SCHWEITZER ihnen verbieten wollte, ein eignes Blättchen herauszugeben; die aufkeimende Gewerkschaftsbewegung wurde aufs ärgste zerrüttet. SCHWEITZER ging selbst so weit, für die nächsten Reichstagswahlen bei Stichwahlen zwischen Konservativen und Eisenachern, wie die neue sozialdemokratische Fraktion genannt zu werden pflegte, Stimmenthaltung, bei Stichwahlen zwischen Liberalen und Eisenachern aber Abstimmung für den Liberalen anzuordnen. Aus seinem Treiben in dieser Zeit erklärt sich das schroffe Urteil BEBELS über ihn.

Ein Glück für SCHWEITZER, daß der Rückschlag des Deutsch-französichen Krieges auf die Arbeiterbewegung seiner Diktatur den letzten Boden unter den Füßen fortzog, so daß er im Frühling 1871 freiwillig und für immer aus der Arbeiterbewegung schied. Er hat noch bis zum Jahre 1875 gelebt; in seine letzten Lebenstage fiel die Einigung der streitenden Fraktionen. Allein an seinem Andenken bewährte sich die versöhnende Macht des Todes nicht. Sein Name blieb vervehmt; die Erinnerung an seine Sünden überschattete völlig die Erinnerung an seine Verdienste. Mag man auch heute noch darüber streiten, wie sich fremde Torheit und eigene Schuld in seinem Schicksal verkettet haben: soviel ist sicher, daß die Legende, als habe SCHWEITZER je und je Verrat gesonnen, das historische Verständnis für die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung glattweg abschneidet und eine Quelle der Erkenntnis verschüttet, aus der heute noch manche wichtige Lehre geschöpft werden kann.

Auch BEBEL und LIEBKNECHT wurden durch die Folgen des Deutsch-französischen Krieges auf mehrere Jahre der Arbeiterbewegung entrissen. Aber sie konnten getrosten Mutes in den Festungsmauern verschwinden. Wie der Krieg den Schwerpunkt der internationalen Arbeiterbewegung nach Deutschland verlegte, so hatte die deutsche Arbeiterbewegung ihren Schwerpunkt in sich selbst gefunden. Die Zeiten waren für immer vorüber, wo einzelne Männer einen so großen Einfluß auf sie gewinnen konnten, wie in den ersten Jahren nach dem Tode LASSALLES.

Die sozialistische Bewegung in Frankreich (1893—1910).

Von

Georges Weill.

Inhaltsübersicht:

Die Geschichte der sozialistischen Bewegung in Frankreich hat doppelten Inhalt: sie umfaßt die Entwicklung einerseits der sozialistischen Partei und anderseits der Gewerkschaften. Nach diesen beiden Seiten hin nun kommt dem Jahre 1893 besondere Bedeutung zu. Die damaligen Wahlen haben erstmals zur Bildung einer sozialistischen Kammerfraktion geführt, die sich als fähig erwies, in den parlamentarischen Debatten sich mit Nachdruck zu behaupten, und gleichzeitig erwuchs im Gefolge des Kongresses von 1892 die erste starke Arbeiterorganisation: der Bund der Arbeitsbörsen (Fédération des bourses du travail). Will man also zu einem sicheren Urteil über den gegenwärtigen Stand des Sozialismus gelangen, so muß man von einer Betrachtung der Dinge seit jenem Zeitpunkt ausgehen.

I.[1])

Mit der Kommune war 1871 auch die alte sozialistische Parteiorganisation zusammengebrochen. Außerdem hatten die früher auf

1) Eine genaue Übersicht über die Literatur bieten: Stammhammer, Bibliographie des Sozialismus u. Kommunismus. 3 Bde. Jena 1893/1909, und der (handschriftliche) Katalog des Musée social in Paris. — Vgl. ferner: La Revue socialiste (seit 1885), La Revue politique et parlementaire, wo Bourdeau seit 1896 regelmäßige „Revues du mouvement social“ veröffentlicht, und die Zusammenfassung der Parlamentsdebatten in der von

französischem Boden erwachsenen sozialistischen Lehren allmählich ihre hervorragenden Vertreter verloren. So vermochte sich denn eine neue Doktrin, der Kollektivismus KARL MARX' frei zu entfalten. Ihr Apostel ward seit 1877 der aus der Verbannung zurückgekehrte JULES GUESDE. Das von ihm entworfene Programm fand MARX' Billigung, und dank seiner unermüdlichen Propaganda in Wort und Schrift gelang die Bildung einer kollektivistischen Gruppe. Dazu kam, daß die Amnestie von 1880 zahlreiche Kommunards aus der Verbannung heimführte. Endlich hatten die Arbeiter, ohne erst den Rat der Politiker abzuwarten, mit der Schaffung von Gewerkschaften begonnen. All das vollzog sich unter zahlreichen Erörterungen. Denn die Franzosen sind Individualisten und unterwerfen sich ungern strenger Parteidisziplin; ganz abgesehen davon, daß keiner der politischen Führer sich einem anderen unterordnen mochte und daß, wie auch allüberall sonst, zwei Strömungen innerhalb des Sozialismus sich bekämpften: eine revolutionäre und eine reformistische oder gemäßigte. So gab es denn 1893 vier verschiedene Gruppen oder „Organisationen" — wie ihre Anhänger sie zu nennen pflegten.

1. Der **P**(arti) **O**(uvrier) **F**(rançais), die Partei der Guesdisten, die JULES GUESDE, unterstützt von dem Schwiegersohne MARX', PAUL LAFARGUE, autoritär leitete. Sie rekrutierte sich aus großindustriellen Arbeitern, die an die strenge Regelmäßigkeit maschineller Produktion gewöhnt waren. Ihre Hauptstärke fand sie im Norden, besonders in Roubaix, das GUESDE einmal als „die heilige Stadt des Sozialismus" bezeichnete.

2. Der **P**(arti) **S**(ocialiste) **R**(évolutionaire), die blanquistische Partei, welche die Traditionen BLANQUIS, des alten Umstürzlers, wahrte, der es so oft versucht hatte, sich durch einen bewaffneten Handstreich in Paris der Staatsgewalt zu bemächtigen. An ihrer

---

André DANIEL hrsg. L'Année politique; für die Arbeiterbewegung vornehmlich: die Publikation des Office du travail: Les associations professionelles ouvrières. 4 Bde. 1899/1904; für die sozialistischen und Arbeiterkongresse die Sammelwerke von L. BLUM, Les congrès ouvriers et socialistes. 2 Bde. (I. 1876—85, II. 1886—1900) 1900, und L. DE SEILHAC, Les congrès ouvriers en France. 2 Bde. (I. 1876—1892, 1893—1906), 1890. — Seit 1896 bringt auch viel Tatsachenmaterial Le Musée social, das seit 1902 teils in den Annales, teils in den Mémoires et documents erscheint.

Spitze stand der Ingenieur EDOUARD VAILLANT, ehemaliges Kommunemitglied, der über einen Anhang in seiner Heimat, dem Departement Cher, verfügte. Der eigentliche Schauplatz blanquistischer Propaganda war jedoch Paris, wo sich das revolutionäre Zentralcomité der Partei befand. VAILLANT gehörte zudem seit mehreren Jahren dem Pariser Gemeinderate an.

3. Der P(arti) O(uvrier) S(ocialiste), die Partei der Allemanisten, unter Leitung JEAN ALLEMANES, der nicht wie GUESDE und VAILLANT der Bourgeoisie entstammte, sondern Druckereiarbeiter war und nach dem Fall der Kommune nach Neukaledonien deportiert worden war. Ihm folgten zahlreiche Arbeiter der Pariser Vorstädte, nüchterne Leute, die den verwickelten marxistischen Lehren wenig zugänglich und nur von dem einen Gedanken beherrscht waren: daß man sich auf die soziale Revolution vorbereiten müsse.

4. Die broussistische F(édération des) T(ravailleurs) S(ocialistes de) F(rance), mit PAUL BROUSSE an der Spitze. Dieser kenntnisreiche Bourgeois war einst Anarchist und BAKUNINS Freund gewesen, inzwischen aber sehr gemäßigt worden. Der revolutionären Intransigenz GUESDES stellte er eine „Politik der Möglichkeiten (possibilités)" gegenüber: daher die Bezeichnung seiner Anhänger als Possibilisten. Im Verein mit einigen Pariser Gemeinderäten verlegte er sich besonders auf Kommunalreformen. Übrigens war seine Gruppe wenig stark, da ihr gemäßigter Charakter ihr die tätigsten Elemente fernhielt.

Viele Sozialisten wollten sich keiner dieser vier Organisationen anschließen, deren stramme Führung die Bewegungsfreiheit von Neuankömmlingen zu sehr einengte. Sie schufen daher mannigfache freie Gruppen und nannten sich „unabhängige Sozialisten" (Socialistes indépendants). Vorangegangen war auf diesem Wege ein dereinstiger Kämpfer der Internationale und Kommune, BÉNOIT MALON, der 1880 infolge der Amnestie nach Frankreich zurückgekehrt war und bald darauf gemeinsam mit seinen jungen Freunden ROUANET und FOURNIÈRE die „Revue socialiste" begründete, ohne sie jedoch in den Dienst einer bestimmten Sekte stellen zu wollen. Viele derartige Gruppen verbanden sich 1893 in Paris kurz vor den Wahlen zu einer fünften Organisation, der „Fédération des socialistes indépendants", der sich die meisten derjenigen ge-

sellten, die neu zum Sozialismus kamen. Unter ihnen auch MILLERAND und JAURÈS. Jener kam vom Radikalismus her, dieser war ins politische Leben als gemäßigter Republikaner getreten. Beide sollten bald innerhalb des Sozialismus eine Rolle ersten Ranges spielen.

So bestanden denn nun fünf Organisationen, denen sich die meisten Ortsgruppen anschlossen. Die heftigen Meinungskämpfe, die sie durch ein Jahrzehnt geschieden hatten, milderten sich stetig — namentlich auch dadurch, daß MILLERAND das von ihm begründete Tageblatt, „La petite République française", sämtlichen Richtungen offen hielt. Und während sich die Sozialisten so untereinander annäherten, schoben sie sich anderseits immer mehr von den Anarchisten ab. Diese, die ja grundsätzlich jeder zentralistischen Organisation widerstreben, bildeten eine gewisse Reihe von Gruppen mit Rednern, wie SÉBASTIEN FAURE, und Theoretikern, wie JEAN GRAVE, dem Geographen ELISÉE RECLUS und dem Russen Fürst PETER KROPOTKIN. Sie warfen den Sozialisten vor, daß sie, zu sehr in Tages- und Wahlpolitik befangen, die Vorbereitung des Proletariats für eine gewaltsame Erhebung vernachlässigten. Doch kümmerten sich die Sozialisten wenig um diese Kritik und waren vielmehr darauf bedacht, das Tischtuch zwischen sich und den Anarchisten zu zerschneiden, die gerade 1892 durch Bombenwürfe und Attentate in Paris allgemeine Erbitterung gegen sich ausgelöst hatten. Entfernten sie sich von den Anarchisten, so näherten sie sich anderseits den Radikalen und schlossen mit diesen unter Vermittlung MILLERANDS, PELLETANS und GOBLETS ein Wahlbündnis. Doch erklären sich die sozialistischen Wahlerfolge von 1893 nicht hierdurch allein. Weiter wirkten mit: allgemein, daß seit mehreren Jahren schwere Wirtschaftskrisen wüteten, und daß eine politische Krise, die Panamaaffäre, eine Reihe alter Parlamentarier in Mißkredit gebracht hatte. Die Arbeiterklasse sah knirschend die rücksichtslose Bekämpfung der Genossenschaften durch das Unternehmertum. Die Bourgeoisie wieder war durch nichts mehr von den sozialen Problemen abgelenkt: die zur Zeit JULES FERRYS so heftig umstrittenen Kolonialfragen waren geregelt; die Niederlage des Boulangismus bei den Wahlen von 1889 hatte die politischen Leidenschaften gedämpft; die Ratschläge LEOS XIII. an die Katholiken, die Republik anzuerkennen, hatten auch die religiösen Gegensätze

gemildert. Anderseits wuchs allüberall die Arbeiterbewegung: die 1890 von WILHELM II. nach Berlin einberufene Arbeiterkonferenz hatte erstmals die Möglichkeit internationalen Arbeiterschutzes erörtert, und in demselben Jahre hatte die internationale Maifeier begonnen. Das Ergebnis von all dem war, daß Paris und andere große Städte 1893 ungefähr 50 Abgeordnete in die Kammer entsandten, die — bei aller Meinungsverschiedenheit in vielen Fragen — sich insgesamt als Sozialisten bekannten.

Was nun die Gewerkschaftsbewegung anbelangt, so anerkannte das WALDECK-ROUSSEAUsche Gesetz von 1884 die Bildung von Arbeiterberufsverbänden. Diese selbst aber stießen auf heftige Gegnerschaft der Unternehmer. Mit Entlassung bedroht, wagten vieler Orten nur die besonders willensstarken und unbeugsamen Elemente organisatorische Betätigung und rissen so die Leitung der Bewegung an sich. Diese Führer befanden sich auch im Kampfe mit der Regierung; sie verweigerten häufig die vom Gesetz von 1884 vorgeschriebene Anmeldung der Gewerkschaftsvorstände bei den Bürgermeisterämtern, und zwar ebensowohl aus Trotz gegen die Autorität der Bourgeoisie als um nicht ihre Vorkämpfer der Verfolgung durch Polizei und Unternehmerschaft preiszugeben. Ihr hauptsächliches Hindernis aber fand die Entwicklung der Gewerkvereine in der Arbeiterschaft selbst. Die Nichtorganisierten — die ungeheure Mehrheit — beklagten sich über den Terrorismus der Gewerkschaften. Die Organisierten wieder waren in ihren Beitragsleistungen lässig und hemmten durch Mißtrauen und Nörgelei die führenden intelligenteren und tätigeren Genossen. Weitere Schwierigkeiten erwuchsen von der Politik her: die Kämpfe zwischen Guesdisten, Blanquisten und Possibilisten fanden auch in den Gewerkvereinen Widerhall und verursachten auch in diesen Spaltungen.

Nichtsdestoweniger erstarkten die Gewerkvereine langsam. Frühzeitig auch wurde eine Vermehrung ihrer revolutionären Stoßkraft auf dem Wege des Zusammenschlusses angestrebt. So war 1886 der Nationale Gewerkvereinsverband (Féderation nationale des syndicats) entstanden. Doch vermochte er mangels der nötigen Geldmittel und regelmäßiger Propaganda umsoweniger zielgemäß zu funktionieren, als seine guesdistische Struktur ihm die Angehörigen der anderen Organisationen entfremdete. Viel erfolgreicher

waren die Arbeitsbörsen [1]), deren erste 1887 der Pariser Gemeinderat ins Leben rief und in deren Räumlichkeiten die Gewerkvereine ihre Verwaltung sowie unentgeltliche Arbeitsvermittlungsstellen installierten, und die sie — dank der Duldung von Seite des Gemeinderates — auch zu Zwecken sozialistischer Agitation ausgestalten konnten. Andere Städte folgten dem Beispiel von Paris. Die durch sie begründeten Börsen wurden der Sitz der gewerkvereinlichen Ortsverbände. Schließlich traten die 14 vorhandenen Börsen in Beziehung zueinander und ihr erster, 1892 in Paris abgehaltener Kongreß führte zur Bildung eines einheitlichen Verbandes, der Fédération des bourses du Travail, die sich sofort ungleich lebensfähiger erwies als die Nationalfederation.

In diesen Gruppen keimte ein Gedanke, der nachmals bedeutsam werden sollte, der des Generalstrikes. Anfänglich nur von Wenigen — namentlich von Allemanisten — in den Pariser Werkstätten vertreten, wurde er durch zwei Sozialisten aufgegriffen, die beide aus Nantes stammten, und deren politische Laufbahn sich gar verschieden gestalten sollte, den Schriftsteller Fernand Pelloutier und einen Advokaten, Aristide Briand. Auf des ersteren Betreiben sprach sich ein 1892 in Tours abgehaltener Gewerkschaftskongreß für das Prinzip des Generalstrikes aus, und in demselben Jahre setzte Briand dessen Billigung auch durch die nationale Federation durch [2]) —, ohne hierbei auf Widerstand der Guesdisten zu stoßen. Diese hielten einen solchen — trotz Mißbilligung des Generalstrikes — angesichts der Gleichgültigkeit des Proletariats gegenüber so hochfliegenden Plänen für unnötig. Alles in allem war die gewerkschaftliche Bewegung 1893 noch weit hinter der politischen zurück. Die sozialistischen Politiker erschienen noch in der Rolle von Beschützern des Syndikalismus gegenüber den Unternehmern und der Regierung, die diese Arbeitervereinigungen sorgfältig überwachte.

Wenden wir uns nunmehr der Entwicklung seit 1893 zu, so haben wir zunächst in der politischen Bewegung drei Perioden

---

1) Der Ausdruck „Arbeitsbörse" dient zur Bezeichnung bald des Gebäudes, in dem die Berufsvereine ihren Sitz haben, bald des Verbandes dieser Vereine in einer Stadt, bald der von ihm gewählten Leitung, der auch die Gebäudeverwaltung zusteht. 2) Vgl. Lagardelle, Le congrès corporatif de Marseille de 1892. 1909.

zu unterscheiden: die der Allianz zwischen den verschiedenen sozialistischen Gruppen (1893—1899); ihrer Kämpfe untereinander (1899—1904); schließlich ihrer Vereinigung (seit 1904). Die gewerkschaftliche Bewegung wieder zerfällt in zwei Abschnitte, die durch das Jahr 1902 geschieden sind, in dem die **C**(onfédération) **G**(énérale du) **T**(ravail) in ihrer heutigen Gestalt ins Leben tritt.

II.[1])

Während der Legislaturperiode von 1893—1898 spielten die Sozialisten in der Kammer eine bedeutende Rolle. Sie verfügten neben ihren ausgezeichneten Hauptrednern, GUESDE, MILLERAND, JAURÈS, auch über andere, die sich ebenfalls Gehör zu verschaffen wußten, VIVIANI, ROUANET, VAILLANT. Sie fehlten in keiner Sitzung, stets tätig, lärmend, bereit ihre Gegner zu unterbrechen.[2]) Sie benützten häufig die Tribüne zur Darlegung ihrer Theorien und ihres damals noch wenig bekannten Parteiprogramms. So hielt JAURÈS gleich zu Sessionsbeginn, am 21. November 1893, eine sehr wirkungsvolle Rede. Die Konzentration in der Industrie, führte er aus, begünstigt allüberall die Entwicklung des Sozialismus. In Frankreich aber gesellen sich ihr noch andere, besondere Ursachen. In der Republik ist der Arbeiter politisch Teilhaber der Souveränität, während er wirtschaftlich, in der Fabrik, geknechtet bleibt. Die beiden Seiten seines Daseins stehen also in unvereinbarem Widerspruch. Der Laienunterricht in der Volksschule lenkt die Geister von der Religion ab und schaltet deren leis einschläfernde Wirkung aus. Das Gesetz über die Berufsvereine endlich zeitigt Arbeiterassoziationen nicht bloß zu Ausstandszwecken, sondern auch mit dem Ziele einer Eroberung der Staatsgewalt. — Die große Kammerdebatte vom Juni 1896 wieder, in der sämtliche Parteien ihre Anschauungen über die soziale Frage darlegten, bot GUESDE Gelegenheit zur Verfechtung des Kollektivismus. Für die Übelstände der Zeit, erklärte er, sind nicht die Individuen verantwortlich, son-

---

1) Vgl. für die Periode von 1893—1899 hauptsächlich das Journal La Petite République Française (später La Petite République); Georges WEILL, Histoire du mouvement social en France. 1905 (reicht bis 1902); ZERVAÈS, Le socialisme en France depuis 1871. 1908 (reicht bis 1905). 2) Vgl. G. M. DE VOGÜÉ, Les morts qui parlent, S. 210: „On n'aperçoit qu'eux, on n'entend qu'eux. Du talent, presque tous, et de la gueule à défaut de talent . ."

dern der Kapitalismus. Dessen Untergang aber würde durch seine eigene Entfaltung vorbereitet. Das Einzeleigentum verschwinde in den Kooperativgenossenschaften zur Gänze und fast vollständig in den Aktiengesellschaften. So nahe der Kollektivismus, der eine ungeheure Kooperativgenossenschaft darstellen werde.[1] — Die berühmteste dieser Darlegungen aber fand außerhalb der Kammer statt, in einer am 30. Mai 1896 von MILLERAND in Saint-Mandé bei Paris gehaltenen Rede, dem „Programm von Saint-Mandé". Dieses verdankt seine Volkstümlichkeit dem Umstande, daß es eine Reihe von Mindestforderungen enthält, die einerseits die Werbearbeit der Partei und anderseits die Annäherung ihrer Einzelgruppen zu fördern geeignet erscheinen. Der Kollektivismus, sagte MILLERAND, ist eine notwendige Folgeerscheinung des Kapitalismus. Dieser schafft ungeheure Vermögen auf Kosten der kleinen, des wahren Sondereigentums. Parallel hierzu aber müsse der Staat sie durch das Gesellschaftseigentum ersetzen. Geständen dies ja auch bereits viele Radikale zu in betreff der Eisenbahnen, Bergwerke und Banken; auch die — in wenigen Händen konzentrierte — Zuckerindustrie könne sofort vergesellschaftet werden. Nicht gerührt dagegen dürfe werden an den ländlichen Kleingrundbesitz, bei dem der volle Arbeitsertrag dem Eigner des Produktionsmittels zufließe. Zu seinem Siege bedürfe der Sozialismus keiner Revolution; es genüge die Eroberung der Staatsgewalt durch das allgemeine Stimmrecht. Der Sozialismus predige schließlich die Einigung der Arbeiter aller Nationen, ohne aber damit den Begriff des Vaterlandes zu verneinen.[2]

In der Kammer befaßten sich die sozialistischen Abgeordneten mit allen innerpolitischen Ereignissen — dabei fast immer in der Opposition. Die Verabschiedung der — vornehmlich nach der Ermordung des Präsidenten CARNOT durch CASERIO — von den Kabinetten CASIMIR PÉRIER und DUPUY eingebrachten „verbrecherischen

1) Vgl. GUESDE, Quatre ans de lutte de classe à la Chambre. 1901. 2) „Trois points essentiels sont nécessaires et suffisants pour caractériser un programme socialiste: intervention de l'Etat pour faire passer du domaine capitaliste dans le domaine national les diverses catégories des moyens de production et d'échange au fur et à mesure qu'elles deviennent mûres pour l'appropriation sociale; conquête des pouvoirs publics par le suffrage universel; entente internationale des travailleurs."

Gesetzesvorlagen“ gegen die Anarchisten vermochten sie allerdings trotz ihrer Obstruktion nicht zu verhindern. Dagegen erzwangen sie 1895 durch ihre Angriffe die Demission des eben gewählten Präsidenten CASIMIR PÉRIER. Danach trat einige Beruhigung ein, und als mit LÉON BOURGEOIS das erste radikale Ministerium ans Ruder kam, schloß die Fraktion sich der Majorität an. Mit großem politischen Takt stellte sie ihre extremen Forderungen zurück, um der Regierung keine Schwierigkeiten zu bereiten. Unter dem Ministerium MÉLINE aber (1896—1898), das sich auf die Parteien der Rechten stützte, traten sie in die Opposion zurück. — Sie betätigten sich übrigens nicht nur in der Kammer, sondern im ganzen Lande durch zahlreiche propagandistische Vorträge und durch ihre Intervention bei Ausständen. Wo ein solcher von größerer Wichtigkeit stattfand, waren gleich ein oder mehrere Abgeordnete zur Stelle, hielten Reden, mahnten die Strikenden zur Einigkeit, verhandelten mitunter in deren Namen mit den Unternehmern oder protestierten gegen behördliche Maßnahmen, um sodann in der Kammer zu interpellieren und die Geschehnisse in einer den Arbeitern günstigen Weise zu schildern.

Neben der inneren Politik, der sie ihr Hauptaugenmerk widmeten, begannen sie sich auch der äußeren zuzuwenden. Dabei vertraten sie nicht bloß die allgemeinen Wünsche des Sozialismus: ein gutes Einvernehmen unter den Völkern, den Frieden und die Abrüstung, sondern bestrebten sich auch zu zeigen, daß Internationalismus und Patriotismus durchaus vereinbar seien. MILLERAND erklärte, das besiegte Frankreich könne nicht mit der Abrüstung den Anfang machen, und die Sozialisten müßten daher die Lasten des bewaffneten Friedens hinnehmen [1]). Ebenso anerkannten sie, trotz geringer Sympathien für das franko-russische Bündnis, dessen Notwendigkeit, und daß es den Wünschen des französischen Volkes entspreche. Sehr ungelegen war ihnen das Problem Elsaß-Lothringen. Wohl wiesen sie insgesamt den Gedanken an Krieg zu dessen Lösung von sich; so mancher aber meinte, Frankreich dürfe sich nicht bei dem Triumph des Rechtes der Eroberung an den Ufern des Rheins bescheiden. „Weder Haß noch Verzicht sei unsere Devise“, schrieb JAURÈS. [2]) MILLERAND aber tadelte in der

1) Petite république française v. 3. Oktober 1863. 2) Vgl. JAURÈS, Action socialiste. 1899. I. Bd. S. 404.

Kammersitzung vom 10. Juni 1895 die Entsendung einer französischen Eskadre zu den Festen in Kiel. Und sogar GUESDE appellierte an das nationale Gefühl, als er in der Kammersitzung vom 20. Februar 1897 das Ministerium wegen der Ausweisung BEBELS angriff, der als Abgeordneter von Straßburg auf französischem Boden einen Rechenschaftsbericht hatte erstatten wollen. Immerhin aber wagte sich die Partei nur zögernd an die äußere Politik heran.

In der Kammer oppositionell, hatten sie in mehreren Städten die Macht in Händen. Lange hatten sie auf die Eroberung der Gemeindeverwaltungen wenig Gewicht gelegt. Nun aber erschien sie ihnen durchgehends als wesentlicher Teil der politischen Betätigung, und jede Parteigruppe entwarf ihr Munizipalprogramm mit sofort durchführbaren Reformforderungen neben der Betonung der theoretischen und revolutionären Grundsätze.[1]) Seit ihnen 1892 eine Reihe von Gemeinden zugefallen waren, fanden Jahreskongresse der sozialistischen Gemeinderäte von Frankreich statt, so 1892 in Saint-Ouen, 1893 in Saint-Denis, 1895 in Paris. Bei den Kommunalwahlen von 1896 waren nun die Erfolge der Partei besonders bedeutsam, sie gewann außer Lille und Marseille auch viele Mittelstädte und führten in diesen hauptsächlich Reformen auf den Gebieten der Volksschule und der Armenpflege ein. Auf jenem durch Gewährung des Frühstücks an arme Kinder unentgeltlich, an die übrigen aber zu sehr billigem Satz, sowie durch Gratisbeistellung der Lehrmittel an die Proletarierkinder. Für die öffentliche Wohltätigkeit wurden bedeutende Geldmittel flüssig gemacht, den Arbeitsbörsen höhere Unterstützungen gewährt als zuvor.[2]) Privatbetriebe konnten allerdings — angesichts der langfristigen Konzessionen und der bestehenden Gesetze — nicht in städtische Regie übernommen werden. Jedenfalls aber verursachten die durchgeführten Reformen bedeutende Kosten und erforderten demnach neue Auflagen.

Diese Beteiligung am politischen Leben, die Berührung mit der Wirklichkeit machte die Sozialisten — bei aller Betonung ihrer Klassenkampfformeln — weitaus gemäßigter. Einer ihrer bedeu-

---

1) Vgl. die Analyse dieser Programme bei STEHELIN, Essais de socialisme municipal. 1901. 2) Vgl. die Berichte über Lille, Dijon und Roubaix, in „Le mouvement socialiste“ v. 1899—1900.

Kammersitzung vom 10. Juni 1895 die Entsendung einer französischen Eskadre zu den Festen in Kiel. Und sogar GUESDE appellierte an das nationale Gefühl, als er in der Kammersitzung vom 20. Februar 1897 das Ministerium wegen der Ausweisung BEBELS angriff, der als Abgeordneter von Straßburg auf französischem Boden einen Rechenschaftsbericht hatte erstatten wollen. Immerhin aber wagte sich die Partei nur zögernd an die äußere Politik heran.

In der Kammer oppositionell, hatten sie in mehreren Städten die Macht in Händen. Lange hatten sie auf die Eroberung der Gemeindeverwaltungen wenig Gewicht gelegt. Nun aber erschien sie ihnen durchgehends als wesentlicher Teil der politischen Betätigung, und jede Parteigruppe entwarf ihr Munizipalprogramm mit sofort durchführbaren Reformforderungen neben der Betonung der theoretischen und revolutionären Grundsätze.[1]) Seit ihnen 1892 eine Reihe von Gemeinden zugefallen waren, fanden Jahreskongresse der sozialistischen Gemeinderäte von Frankreich statt, so 1892 in Saint-Ouen, 1893 in Saint-Denis, 1895 in Paris. Bei den Kommunalwahlen von 1896 waren nun die Erfolge der Partei besonders bedeutsam, sie gewann außer Lille und Marseille auch viele Mittelstädte und führten in diesen hauptsächlich Reformen auf den Gebieten der Volksschule und der Armenpflege ein. Auf jenem durch Gewährung des Frühstücks an arme Kinder unentgeltlich, an die übrigen aber zu sehr billigem Satz, sowie durch Gratisbeistellung der Lehrmittel an die Proletarierkinder. Für die öffentliche Wohltätigkeit wurden bedeutende Geldmittel flüssig gemacht, den Arbeitsbörsen höhere Unterstützungen gewährt als zuvor.[2]) Privatbetriebe konnten allerdings — angesichts der langfristigen Konzessionen und der bestehenden Gesetze — nicht in städtische Regie übernommen werden. Jedenfalls aber verursachten die durchgeführten Reformen bedeutende Kosten und erforderten demnach neue Auflagen.

Diese Beteiligung am politischen Leben, die Berührung mit der Wirklichkeit machte die Sozialisten — bei aller Betonung ihrer Klassenkampfformeln — weitaus gemäßigter. Einer ihrer bedeu-

1) Vgl. die Analyse dieser Programme bei STEHELIN, Essais de socialisme municipal. 1901. 2) Vgl. die Berichte über Lille, Dijon und Roubaix, in „Le mouvement socialiste“ v. 1899—1900.

tendsten Theoretiker, GABRIEL DEVILLE, der als erster 1883 das „Kapital" von MARX in französischer Sprache bearbeitet hatte, gestand 1895, er habe zu sehr auf einen Gewaltstreich gerechnet, und diejenigen, die an den alten revolutionären Methoden festhielten, seien „Nachzügler". [1]) JAURÈS seinerseits erklärte 1897, die sozialistische Partei dürfe hoffen, in etwa einem Jahrzehnt zur Macht zu gelangen. [2]) Die Kluft zwischen Sozialisten und Anarchisten vertiefte sich denn auch stetig. Diese, die 1895 die Wochenschrift „Les Temps nouveaux" begründet hatten, in der GRAVE und KROPOTKIN jenen vorwarfen, daß sie immer mehr in das Fahrwasser der Bourgeoisie gerieten, wurden auf dem Internationalen Kongreß von London (1896) ausgeschlossen. Allerdings waren nicht alle französischen Delegierten hiermit einverstanden. Denn während die Parlamentarier mit der Mehrheit gingen, stimmten die Gewerkschaftsvertreter für die Zulassung der Anarchisten.

Die sozialistische Bewegung bot den Anblick ausgesprochener Aufwärtsentwicklung, als die Dreyfußaffäre mit einem Male die französische Politik in Verwirrung brachte. Die sozialistische Kammerfraktion wich anfänglich bestimmter Stellungnahme zu dieser Frage aus und erklärte im Manifest vom 19. Januar 1898, in diesem Kampfe zwischen zwei gleich verächtlichen Bourgeoisparteien, den Opportunisten und Radikalen, neutral bleiben zu wollen. Als einzelne aber verhielten sich die Sozialisten sehr verschieden. MILLERAND riet zu bloßer Zuschauerrolle; GUESDE wieder meinte, man dürfe, ohne sich in die eigentliche Rechtsfrage zu mischen, die Gelegenheit zur Bekämpfung des Militarismus nicht unbenützt lassen; JAURÈS schließlich stellte sich an die Spitze der Revisionskampagne.

In diesem Augenblick fand eine Erneuerung der gesetzgebenden Körperschaften statt. Die Sozialisten betonten bei den Wahlen von 1898 ihr kollektivistisches Ideal, einigten sich aber zugleich mit den Radikalen, um das Kabinett MÉLINE zu bekämpfen und gewisse praktische Reformen zu fordern. Sie machten auch einige Fortschritte: sie vermehrten ihre Stimmenzahl von 436983 im Jahre 1893 auf 751554 und erzielten auch in einigen ländlichen Wahlkreisen Erfolge. Das Wahlergebnis blieb jedoch hinter ihren hoch-

1) DEVILLE, Principes socialistes. 1896. S. 239. 2) JAURÈS in „Cosmopolis" v. Januar 1898.

fliegenden Erwartungen zurück, und GUESDE sowie JAURÈS wurden nicht wiedergewählt. In der neuen Kammer übernahm MILLERAND die Führung der sozialistischen Gruppe. Er blieb im Bunde mit den Radikalen, um den Sturz des Kabinetts MÉLINE zu beschleunigen; und nach Entdeckung der Fälschungen des Obersten HENRY forderten sie insgesamt energisch die Revision des Dreyfusprozesses.

Die verschiedenen sozialistischen Gruppen schienen einiger als je. Die fünf Organisationen bestanden wohl noch fort. Sie unterhielten aber freundliche Beziehungen. Und als das Gerücht sich verbreitete, ein militärisches Komplott bereite sich vor, um die vom Ministerium BRISSON beschlossene Revision zu verhindern, da bildeten die fünf Organisationen ein gemeinsames Komitee, in das jede sieben Vertreter entsendete, um nötigenfalls einen nationalistischen Staatsstreich zu verhindern. Dieses Komitee überdauerte nicht nur die Gefahr; man sprach auch von dem weiteren Plane, nach dem Muster der belgischen Arbeiterpartei und der deutschen Sozialdemokratie, eine einheitliche Partei zu begründen. JAURÈS war es, der diesen Gedanken in der ersten Nummer der 1899 begründeten Zeitschrift „Le mouvement socialiste“ verfocht. Allein unvorhergesehene Ereignisse erregten im Gegenteil den schwersten Konflikt.

III.[1])

Am 22. Juni 1899 trat das Kabinett WALDECK-ROUSSEAU ins Amt. MILLERAND gehörte ihm als Handelsminister an. Ein Sozialist Mitglied einer Bourgeoisregierung! Alle Parteien staunten. Die Sozialisten aber spalteten sich sofort. Unabhängige, Broussisten und Allemanisten waren mit dieser Neuerung einverstanden; Guesdisten und Blanquisten opponierten ihr. So entspann sich eine mehrjährige Diskussion zwischen Ministeriellen und Antiministeriellen. Jene meinten, der Sozialismus müsse bei aller Hochachtung seines Ideals der Arbeiterklasse nützliche Gesetze

1) In der Periode 1899—1904 vertraten die ministerielle Politik La petite République und La revue socialiste; antiministeriell waren Le socialiste und das 1900 ins Leben getretene Tageblatt Petit sou. Le mouvement socialiste war anfänglich ministeriell, nachher antiministeriell. Vgl. ferner die ausführlichen Verhandlungsberichte der Kongresse von Paris (1899 und 1900), Lyon (1901), Tours (1902).

anstreben und zu diesem Zwecke sich mit den radikalen bürgerlichen Parteien verbinden. Auch sei diese Taktik schon öfter zur Anwendung gelangt, sei es bei Wahlen, sei es in der Kammer, wo die ganze Partei 1895 das Ministerium BOURGEOIS unterstützte. Logischerweise müsse man also weitergehen und an der Regierung teilnehmen. Der Sozialismus wolle die Staatsgewalt erobern: warum also nicht auch schon vor dem endgültigen Siege einen Sozialisten mit der Durchführung einiger wichtiger Reformen betrauen? Zudem bezwecke das Kabinett WALDECK-ROUSSEAU die Verteidigung der Republik gegen die militaristische und nationalistische Reaktion, deren Triumph dem Proletariat unheilvoll wäre. Man dürfe sich also der Teilnahme hieran nicht entschlagen. Die Antiministeriellen ihrerseits wollten diese Argumente nicht gelten lassen. Die Partei sei auf der Idee des Klassenkampfes und der Eroberung der Staatsgewalt aufgebaut. Der Klassenkampf aber verhindere den Eintritt eines der Ihrigen in ein Bourgeoisministerium, und die der herrschenden Klasse hierdurch gewährte Unterstützung verzögere die Eroberung der Staatsgewalt. Die Partei, die oppositionell so viel Energie aufgebracht habe, werde eine Schwächung erfahren, wenn sie ins Regierungslager übergehe. Die sozialistische Arbeiterschaft werde es nicht verstehen, daß sich MILLERAND mit dem durch seine Härte gegen die Kammer verhaßten GALLIFET zusammensetze.

Beide Streitteile beschlossen, den Fall einem allgemeinen Parteitag zu unterbreiten. Dieser trat am 3. Dezember 1899 zusammen. Zum ersten Male fand sich der französische Sozialismus genügend stark und frei zu einer derartigen Versammlung. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete der „Fall MILLERAND“. Wortführer der Ministeriellen waren JAURÈS, BRIAND, VIVIANI. Sie alle suchten zu erweisen, daß MILLERANDS Eintritt in die Regierung die logische Folgerung einer unvermeidlichen Politik bilde, an der sich die entschiedensten Revolutionäre mehr als einmal beteiligt hätten. BRIAND insbesondere zählte alle Zugeständnisse der „Reinen“ aus Anlaß von Wahlen auf. Namens der Antiministeriellen wieder entgegneten GUESDE, LAFARGUE, VAILLANT, der Sozialismus dürfe sich nicht auf gefährliche Kompromisse einlassen. Die Verantwortlichkeit auch eines sozialistischen Ministers für die oft selbstsüchtige und aggressive auswärtige Politik werde den Ruin

des Internationalismus herbeiführen. „Könnt ihr euch", fragte GUESDE, „neben dem französischen einen englischen, italienischen, deutschen MILLERAND vorstellen, wie sie die Proletarier im Interesse der kapitalistischen Raubpolitik gegeneinander hetzen?"

Schließlich einigte man sich jedoch auf eine Vermittlungsformel, die zwar den Eintritt eines Sozialisten in ein Bourgeoisministerium verwarf, jedoch Ausnahmen von dieser Regel zuließ.[1]) Blieb also noch die zweite Hauptfrage nach der Vereinheitlichung der Partei. Die mit ihrer Prüfung betraute Kommission beantragte die Schaffung einer Einheitspartei, auf föderativer Grundlage jedoch, so daß den fünf Organisationen ein selbständiges Dasein im Rahmen derselben möglich bliebe. Geleitet sollte sie werden durch den alljährlich stattfindenden Nationalkongreß sowie durch ein jedes Jahr neu zu wählendes Komitee. Dieser Vorschlag fand denn auch einstimmige enthusiastische Annahme, und in der letzten Sitzung, die mit dem Sange der „Internationale" schloß, schien aller Streit endgültig beigelegt.

Doch der Schein trog. Jeder der beiden Teile hielt an seiner Überzeugung fest und verließ den Kongreß mit dem Vorsatz, sie durchzusetzen. In der Deputiertenkammer waren fast alle Sozialisten ministeriell und unterstützten WALDECK-ROUSSEAU und MILLERAND gegen die Angriffe der Rechten. In dem vom Kongreß eingesetzten Generalkomitee hingegen verfügten die Antiministeriellen über die Mehrheit. Dieses warf denn auch oft genug den Abgeordneten Abtrünnigkeit von den sozialistischen Grundsätzen vor. Man bereitete sich also beiderseits für einen neuen Kampf auf dem Parteitag von 1900 vor. In diesem Jahre fand der internationale sozialistische Kongreß in Paris statt. Der Fall MILLERAND interessierte auch die Fremden in hohem Maße, obschon nicht so un-

---

1) „Tout en admettant que des circonstances exceptionelles peuvent se produire dans lesquelles le parti aurait à examiner la question d'une participation socialiste à un gouvernement bourgeois, le congrès socialiste déclare que, dans l'état actuel de la société capitaliste et du socialisme, tant en France qu'à l'étranger, toutes les forces du parti doivent tendre à la conquête dans la commune, le département et l'Etat, des seules fonctions électives, étant donné que ces positions dépendent du proletariat organisé en parti de classe qui, en s'y installant avec ses propres forces, commence légalement et pacifiquement l'expropriation politique de la classe capitaliste qu'il aura à terminer en révolution".

mittelbar wie die Franzosen. Zudem heischten die Fragen der Taktik, und ob Bündnisse mit linksstehenden bürgerlichen Parteien zulässig seien, auch in Deutschland und Italien Antwort. Die Fremden, vornehmlich die Deutschen, rieten nun zur Bildung einer so starken und so fest organisierten französischen Einheitspartei, daß kein Mitglied es wagen könne, ohne deren Ermächtigung in die Regierung einzutreten. Schließlich gelangte die Resolution KAUTSKY zur Annahme, die bei aller Aufrechterhaltung des Klassenkampfprinzips dennoch ausnahmsweise Abweichungen von demselben gestattete[1]), so daß ihr auch JAURÈS zustimmte, während GUESDE sie für unzureichend erklärte.

Unmittelbar nach dem internationalen wurde der nationale Kongreß eröffnet. Er bot kein erhebendes Schauspiel. An Stelle der großzügigen Erörterungen ein Jahr zuvor wurden nur gegenseitige Beschimpfungen laut. Beide Teile warfen einander Hinterhältigkeit und Prinzipienverrat vor. Zuletzt vollzog sich ein Massenexodus der Guesdisten. Die Blanquisten blieben zwar zunächst noch auf dem Kongreß. Im folgenden Jahr, auf dem Parteitag von Lyon, sonderten aber auch sie sich von den Ministeriellen. Der Bruch war vollständig. Beide Gruppen, lebhaft gegeneinander verbittert, konstituierten sich als selbständige Parteien, die Ministeriellen als **P**(arti) **S**(ocialiste) **F**(rançais), ihre Gegner als **P**(arti) **S**(ocialiste **d**(e) **F**(rance). Jene organisierten sich auf dem Kongreß von Tours (1902), auf dem entschieden der Geist der Mäßigung überwog; diese hingegen betonten in ihren Erklärungen absolute Intransigenz.

Gesondert nahmen sie auch den Wahlkampf von 1902 auf, der zugunsten der Kammermehrheit WALDECK-ROUSSEAUS und gegen die Nationalisten ausfiel. Am Siege hatten auch die Sozialisten ihren Teil: es wurden für ihre Kandidaten an 900000 Stimmen abgegeben. Wie sich dieselben auf Ministerielle und Antiministerielle verteilten, ist schwer festzustellen. Unter den Gewählten überwogen jedoch merklich die Ministeriellen.

Auch noch durch zwei Jahre nach den Wahlen dauerten die Gegensätze zwischen den beiden sozialistischen Parteien fort. Die

1) „. . . Si, dans un cas particulier, la situation politique nécessite cette expérience dangereuse, c'est là une question de tactique et non de principe; le congrès international n'a pas à se prononcer sur ce point . . . .“

P. S. F. war die innerlich weniger einheitliche. Wohl war auf dem Kongreß von Tours festgelegt worden, daß ihre Mitglieder ein Portefeuille nur mit Zustimmung der Partei sollten annehmen dürfen: sollte nun aber die Politik der Mäßigung fortgesetzt, die von MILLERAND eröffnete Bahn auch weiterhin eingehalten werden? In Bordeaux (1903) war diese Frage Gegenstand um so sorgfältigerer Erwägung, als MILLERAND, der inzwischen wieder einfacher Abgeordneter geworden war, an den Debatten teilnahm. Es wurden im allgemeinen seine Abstimmungen in der Kammer, seitdem er der Regierung nicht mehr angehörte, bemängelt, insbesondere aber seine Zustimmung zu einer Ankündigung des Kriegsministers, er werde eine Schrift, in der die Arbeitsbörsen die Rekruten zur Fahnenflucht unter gewissen Umständen ermunterten, gerichtlich verfolgen lassen. Die sozialistische Fédération des Seinedepartements hatte im Hinblick hierauf seinen Ausschluß aus der Partei gefordert. Hierüber sollte nun der Kongreß entscheiden.

Der Hauptgegner MILLERANDS war GUSTAVE HERVÉ, der nachmals eine so geräuschvolle Rolle spielen sollte. An der Hand der jüngsten Abstimmungen des Altministers wies er nach, daß dieser mit voller Überlegung seine Anhänger in das reformistische Lager hinüberführen und die Kluft zwischen ihnen und der andern sozialistischen Partei vertiefen wolle. MILLERAND seinerseits erwiderte, er habe seit seinem 1892 erfolgten Anschluß an den Sozialismus stets dem gleichen Ziele zugestrebt, die sozialistische Partei mit mehr Wirklichkeitsgefühl zu erfüllen und sie zum linken Flügel der republikanischen Partei auszugestalten. Man müsse wählen zwischen der Auffassung, daß der Übergang zum Sozialismus sich durch eine zauberische Katastrophe oder im Wege allmählicher Umgestaltung vollziehen werde. Entscheide man sich aber für diese zweite Anschauung, so müsse man sie auch praktisch anwenden.

JAURÈS suchte zu vermitteln. Beide extreme Theorien seien zu einseitig. MILLERANDS Freunde vergäßen, daß die sozialistische Partei, auch bei einem Bündnis mit der republikanischen, den Sondercharakter als Vertretung des Proletariats bewahren müsse. Die Revolutionären wieder seien im Unrecht, wenn sie im Staat immer nur einen Feind sähen. Wohl sei eine Vermittlungspolitik

schwierig und verwickelt, doch müsse man sie befolgen. JAURÈS widersetzte sich auch dem Ausschluß MILLERANDs und beantragte eine Tagesordnung, die ohne Tadel für diesen die Prinzipien des Sozialismus betonte. Nicht wenig trug zur Annahme dieses Vermittlungsantrags die Erinnerung an die Dienste bei, die der Exminister der Arbeiterklasse erwiesen hatte.[1])

Diese Erörterungen hinterließen im P. S. F. ein gewisses Unbehagen; der Gegensatz zwischen den einer opportunistischen Politik Zuneigenden und denen, die sich weiterhin auf das kämpfende Proletariat stützen wollten, dauerte fort. In der Kammer blieb die sozialistische Fraktion eng verbunden mit der republikanischen Mehrheit. Sie unterstützte unentwegt das Ministerium COMBES gegen die Rechte und war auch in der Delegation der Parteien der Linken vertreten. JAURÈS übte in der Versammlung, deren Vizepräsident er auch während der Session von 1903 war, unbestrittenen Einfluß. Diese moderate Politik fand jedoch nicht den Beifall der von den Departementalorganisationen der Partei gewählten Komitees.[2]) Die des Seinedepartements schloß endgültig MILLERAND und DEVILLE wegen ihrer den antimilitaristischen Tendenzen feindseligen Abstimmungen aus. Andere Departementalfederationen schieden aus der Partei mit der Absicht, autonom zu bleiben.

Auch der P. S. d. F. — innerhalb dessen Guesdisten und Blanquisten eine Sonderexistenz führten — hatte eine Anzahl von Vertretern in der Kammer. Und deren politische Haltung unterschied sich wenig von der der gemäßigten Sozialisten. Denn wenn ihre Reden heftiger waren, so stimmten sie doch meist für das Ministerium COMBES. Sie blieben jedoch der Delegation der Parteien der Linken fern. Auf dem Kongreß von Reims, im September 1903, fusionierten sich nun Guesdisten und Blanquisten und legten gleichzeitig ihr revolutionäres Programm unter energischer Herausarbeitung der Unterschiede von der rivalisierenden Partei fest. Diese unterstützte die Politik des Ministeriums gegen die religiösen Kongregationen. Der Kongreß von Tours erklärte, der Antiklerikalismus hänge nicht mit dem Sozialismus zusammen. Zugleich be-

---

1) Vgl. den Bericht über den Parteitag von Bordeaux in „La Revue socialiste“ vom Mai 1903. 2) Vgl. den Verhandlungsbericht des Kongresses von Saint-Etienne (1904) in „La Revue socialiste“ vom März 1904.

schloß er, den Konflikt innerhalb des französischen Sozialismus vor das Forum der Internationale zu bringen. Auch in Deutschland war es zu lebhaften Erörterungen über die zu befolgende Taktik gekommen. Bebel blieb den Traditionen der Partei treu und hatte gerade auf dem Dresdener Parteitage eine Resolution durchgesetzt, welche die neue Taktik verurteilte und die revolutionären Grundsätze in ihrer Gänze aufrecht erhielt. Bernstein dagegen, der Führer der „Revisionisten", befürwortete eine vorteilhafte Nachgiebigkeit. Der P. S. d. F. eignete sich nun die Dresdener Resolution an und beschloß, sie dem Internationalen Kongreß, der 1904 in Amsterdam tagen sollte, vorzulegen.

Dieser Gegenstand beschäftigte denn auch zumeist den Kongreß, der Vertreter aller sozialistischer Parteien der Welt vereinigte. Jaurès und seine Anhänger bemühten sich, den Fremden die Besonderheiten der französischen Politik aufzuzeigen. In einer Republik, in der die radikale und radikal-sozialistische Demokratie über die Mehrheit der Wähler verfüge und eine Reihe praktischer Reformvorschläge des Proletariats annehme, lägen die Dinge anders als in Deutschland, wo sich die Sozialisten in wirtschaftlichen Fragen einer geschlossenen konservativen Phalanx sämtlicher bürgerlicher Parteien gegenüber befänden. Das Bündnis der Sozialisten mit den Radikalen habe sich denn auch in Frankreich als für die Arbeiterklasse nur vorteilhaft erwiesen. Guesde leugnete dies. Die Reihen des Proletariats seien durch das Übermaß an Moderantismus und die vorherrschend antiklerikale Politik in Verwirrung gebracht. So werde der Kapitalismus nicht zerstört, sondern gestärkt. Bebel sekundierte ihm energisch. Wohl anerkannte er, daß die Republik der Entwicklung des Sozialismus einen günstigeren Boden biete als die Monarchie. Nichtsdestoweniger seien die Errungenschaften der deutschen Arbeiter nicht geringer als ihrer französischen Genossen. Übrigens sei Napoleon III. nicht durch das französische Proletariat, sondern durch das deutsche Heer gestürzt worden. Er schloß, indem er die erst Millerand und sodann Combes gewährte Unterstützung entschieden verurteilte. Zur Abstimmung standen zwei Resolutionen, die eine von Adler und Vandervelde, die zwar den Ministerialismus tadelte, jedoch das Selbstbewußtsein des P. S. F. zu schonen suchte, die andere viel entschiedenere, die sich mit der in Dresden und in Reims

zur Annahme gelangten deckte.[1]) Dank den Bemühungen BEBELS und GUESDES stimmte der Kongreß der letzteren zu. Gleichzeitig forderte er — ebenfalls in Übereinstimmung mit den Franzosen — die Sozialisten aller Länder zur Bildung von Einheitsparteien auf und bot ihnen hierbei die guten Dienste des Internationalen Bureaus und der bereits bestehenden Nationalparteien an.

Die französischen Sozialisten schwankten noch eine Weile in bezug auf die zu befolgende Politik. Die parlamentarische Gruppe unterstützte nach wie vor das Kabinett COMBES, das nicht bloß durch die Rechte, sondern — seitdem die freimaurerischen Auskunftszettel über die Offiziere zutage gekommen waren — auch durch MILLERAND heftig angegriffen wurde. Doch sahen die Abgeordneten wohl ein, daß die große Masse ihrer Wähler mit den Amsterdamer Beschlüssen einverstanden sei.[2]) Der P. S. d. F. machte die ersten Schritte zu Verhandlungen. Der P. S. F. entsendete ebenfalls Delegierte zu diesem Zwecke. Schließlich wurde eine gemeinsame Kommission bestellt, in der sich auch die Allemanisten sowie die autonomen Departementalverbände vertreten ließen. Am 1. Januar 1905 wurde eine gemeinschaftliche Erklärung veröffentlicht, in der den Abgeordneten die Ablehnung der Heereskredite, des Dispositionsfonds und des Budgets zur Pflicht gemacht wurde. Allein diese fügten sich nicht sofort. JAURÈS war zwar hierzu geneigt, BRIAND dagegen wußte die Entscheidung bis zum Kongreß von Rouen, der im März 1905 als letzter des P. S. F. stattfand, hinauszuschieben. Dieser Parteitag sanktionierte sodann die Beschlüsse des Unifikationsausschusses und verpflichtete die Abgeordnetengruppe, aus der Delegation der Parteien der Linken

1) „Le congrès condamne de la façon la plus énergique les tentatives révisionnistes tendant à changer notre tactique éprouvée et glorieuse basée sur la lutte de classe et à remplacer la conquête du pouvoir politique de haute lutte contre la bourgeoisie par une politique de concessions à l'ordre établi. La conséquence d'une pareille tactique révisionniste serait de faire d'un parti qui poursuit la transformation la plus rapide possible de la société bourgeoise en société socialiste-d'un parti, par suite, révolutionnaire, dans le meilleur sens du mot-un parti se contentant de réformer la société bourgeoise . . ." Das einzige Zugeständnis der Mehrheit bestand in der Ersetzung des Wortes „condamne" im ersten Satz durch „repousse". 2) Vgl. über die Geschichte der Parteivereinheitlichung den Bericht an den Stuttgarter Internationalen Kongreß von 1907.

auszuscheiden und — gleichwie in Deutschland — gegen das Budget zu stimmen. Insbesondere war es JAURÈS, der sich im Interesse der Einheit hierfür einsetzte. Der Bruch mit der radikalen Mehrheit ward überdies dadurch erleichtert, daß das Ministerium COMBES kurz zuvor einem Kabinett ROUVIER hatte Platz machen müssen.[1])

Von da an begegnete die Vereinigung der beiden Parteien keinen Schwierigkeiten. Sie vollzog sich auf dem vom 23. bis 25. April 1905 in Paris abgehaltenen Kongreß, an dem auch zwei Delegierte des Brüsseler Internationalen sozialistischen Bureaus als Bürgen des Einigungsübereinkommens teilnahmen. Doch stimmten diesem nicht alle Abgeordneten zu. Etwa 12 derselben bildeten eine Sonderpartei unter dem alten Namen P. S. F. Die Zahl dieser Dissidenten, die man als „parlamentarische" oder „unabhängige" Sozialisten[2]) zu bezeichnen pflegt, ist wenig zahlreich und im Vergleich mit der „geeinigten" sozialistischen Partei von geringer Bedeutung.

IV.[3])

Überblicken wir nunmehr die Geschichte der geeinigten Partei seit 1905, so haben wir folgendes festzustellen. Ihre damals geschaffene Organisation ist bisher unverändert geblieben. Ihre offizielle Bezeichnung lautet: „Parti socialiste, section française de l'Internationale ouvrière" (= **S. F. I. O.**). Sie setzt sich aus ständigen Gruppen zusammen, deren Mitglieder einen Jahresbeitrag an die Zentralorganisation entrichten und eine jährlich zu erneuernde Karte erhalten. Die Gruppen derselben Gemeinde bilden eine Sektion; die Sektionen eines Departements eine Federation mit einer Verbandsleitung. Die Leitung der Gesamtpartei obliegt dem Kongreß, der alljährlich in einer vom letzten Kongreß bezeichneten Stadt zusammentritt. Er besteht aus Delegierten der Departementalverbände, deren Zahl nach der Ziffer der beitragenden Mitglieder

---

1) Vgl. über den Kongreß von Rouen „La Revue socialiste" vom April 1905. 2) Sie haben Parteitage abgehalten: in Lyon 1907 (vgl. „La Revue socialiste" vom April 1907), Bordeaux 1908, Reims 1909. Zum Stuttgarter Internationalen Sozialisten-Kongreß sind sie nicht zugelassen worden. 3) Vgl. zum folgenden hauptsächlich das 1904 begründete Tageblatt „L'humanité"; ferner FESCH, L'année sociale et économique, 1907/08; CHALLAIS, La Chesnais et Thomas, L'année, 1908/09; ferner die Kongreßberichte der geeinigten Partei.

abgestuft ist und zwar derart, daß auf die ersten 100 derselben 1 und auf je weitere 200 ebenfalls 1 Mandat entfällt. — In der Zwischenzeit von einem Kongreß zum andern liegt die Exekutive in den Händen des Nationalrates, der sich zusammensetzt aus Delegierten der Departemental-Verbände im Verhältnis zu ihrer Stärke und der Kammerfraktion bis zu einem Zehntel der Gesamtzahl der Delegierten; sowie aus dem ständigen Verwaltungsausschuß, der in der Stärke von 22 Mitgliedern vom Kongreß mittels Listenskrutiniums gewählt wird. Der Nationalrat führt die Parteitagsbeschlüsse durch und bereitet die Berichte für den nächsten Kongreß vor, überwacht die Abstimmungen der Abgeordneten, sowie die sozialistischen Tageblätter und Zeitschriften daraufhin, ob ihre allgemeinpolitische Haltung den Parteigrundsätzen entspricht. Jedes Parteimitglied wieder untersteht der Kontrolle seines Verbandes mit dem Recht zur Berufung an den Parteitag.[1])

Es bedurfte einiger Monate, bis diese Organisation vollendet war, sodaß die geeinigte Partei ihren ersten Kongreß erst am 29. Oktober 1905 in Châlon-sur-Saône abhalten konnte. Nach dem Bericht des Nationalrates zählte sie damals ca 35000 beitragende Mitglieder in mehr als 2000 Gruppen und 67 Verbänden, die sich auf 77 Departements verteilten. Das ehemals guesdistische Blatt „Le socialiste“ ward offizielles Organ des Nationalrates. Der Kongreß befaßte sich vornehmlich mit den für das nächste Jahr bevorstehenden Wahlen. Sollte die Partei fortan Kandidaten gegen alle anderen Parteien aufstellen und jede Wahlvereinbarung mit diesen untersagen, oder sollten auch weiterhin Stichwahl-Übereinkommen mit Radikalen und Sozialistisch-Radikalen zulässig sein? Wieder standen sich Opportunisten und Intransigente gegenüber. Doch einigte man sich zuletzt dahin, daß für die Hauptwahlen Kandidaturen nur mit Zustimmung der Departementsverbände und, mangels solcher, des Nationalrates aufgestellt werden dürften; für die Stichwahlen wurde jeder Federation Bewegungsfreiheit im Rahmen einerseits des Interesses der Republik und anderseits der Erhaltung und Fortbildung der staatsbürgerlichen Freiheiten eingeräumt. So ward die Fortsetzung der Allianzen mit anderen Parteien ohne Verantwortlichkeit der sozialistischen Gesamtpartei ermöglicht.

---

1) Vgl. den vollständigen Text des Reglements in „La Revue socialiste“ vom Mai 1905.

In Erwartung der Wahlen entfaltete diese eine eifrige Tätigkeit. Dank den wiederholten Interpellationen JAURÈS' hielt die Regierung die Intervention in Marokko in engen Grenzen. Nach innen fesselte die — durch die Katastrophe von Courvières noch gesteigerte — Bewegung, die der großen Kundgebung vom 1. Mai 1906 zugunsten des achtstündigen Arbeitstages vorausging, alle Aufmerksamkeit. Inzwischen war das radikale Ministerium SARRIEN mit CLÉMENCEAU als Minister des Innern und BRIAND als Unterrichts- und Kultusminister ans Ruder gekommen. Doch hatte diesmal die Teilnahme eines Sozialisten an der Regierung keineswegs eine analoge Krise zur Folge wie seiner Zeit der Fall MILLERAND. Vielmehr erklärte der Nationalrat einfach, daß BRIAND durch die Übernahme eines Portefeuilles sich selbst außerhalb der Partei gestellt habe; und zwar umsomehr, als mehrfache Umstände seit der Einigung der Partei gezeigt hatten, daß BRIAND selbst in kurzem seinen Austritt vollziehen werde.

Die Kammerwahlen von 1906 brachten den Parteien der Linken und darunter auch den Sozialisten ausgesprochenen Erfolg. Von den geeinigten Sozialisten wurden 40—54 gewählt, die Unabhängigen vermehrten ihre Mandate von 16 auf 22. Insgesamt waren mehr als 1 Millionen Stimmen für sozialistische Kandidaten abgegeben worden. Gerade dieser Sieg aber verschärfte die Gegensätze innerhalb der Parteien der Linken. Radikale und Sozialistisch-radikale, die nun für sich allein über die Mehrheit in der Kammer verfügten, waren von jener Mäßigung und Vorsicht erfüllt, wie sie stets die Ausübung der Macht und die Einsicht in die mit jeglicher weitausgreifender Reform verbundenen Schwierigkeiten mit sich bringen. Die Sozialisten hingegen, die durch die Beschlüsse des Amsterdamer Kongresses in die Opposition gedrängt waren, beschuldigten sie der Feigheit, weil sie nicht ihre Stärke zur Erfüllung der von ihnen versprochenen großen Umgestaltungen benützten. Gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode, in den Sitzungen vom 12. bis 19. Juni 1906, maßen sich JAURÈS und CLÉMENCEAU in einem großen theoretischen Redekampfe, in dem sie ihre Anschauungen über die Gegenwart und Zukunft darlegten. Immerhin aber hielten sich noch die Erörterungen im Rahmen der Courtoisie, und das Verhältnis der Sozialisten zur Regierung, nachdem SARRIEN in deren Leitung durch CLÉMENCEAU abgelöst worden

war, hatte noch keinen feindseligen Charakter. Doch blieb es nicht lange dabei.

Zwei Probleme hauptsächlich sollten fortan die Partei beschäftigen: der Antimilitarismus und die Beziehungen zum Syndikalismus. Sie datierten schon seit älterer Zeit, hatten nun aber 1906 neue Wichtigkeit gewonnen. Der Antimilitarismus wurde vornehmlich von HERVÉ gepredigt. Ehemals Professor am Lyzeum zu Sens war er 1901 wegen armeefeindlicher Artikel diszipliniert worden, hatte das Lehramt aufgegeben und sich — erst in Sens, wo er ein Lokalblatt redigierte, und sodann in Paris, wo er das Organ der in heftigster Sprache verfochtenen extremrevolutionären Ideen, „La guerre sociale", begründete — antimilitaristischer Propaganda gewidmet. Durch seine Gedankenrichtung den Anarchisten nahestehend, gehörte HERVÉ gleichwohl der geeinigten Partei und sogar dem Nationalrat an. Er sammelte um sich eine Gruppe von Anhängern, die fortan den linken Flügel der Partei bildeten, auf deren rechtem die Guesdisten standen. Was HERVÉ tat, war nun freilich nichts anderes, als daß er die Klassenkampftheorie GUESDES logisch zu Ende dachte. Dieser warf ihm jedoch vor, daß er die politisch-parlamentarische Tätigkeit mißachte, die Arbeiter verleite, die Eroberung der Staatsgewalt zu vernachlässigen, und die Proletarier zu blutigen Zusammenstößen mit dieser aufreize, bevor noch die sozialistische Propaganda tief genug in die Massen gedrungen sei. Eine mittlere Gruppe mit JAURÈS und VAILLANT an der Spitze wollten zwar die auf Eroberung der öffentlichen Gewalt gerichtete Tätigkeit fortgesetzt, dabei aber auch wenn nicht geradezu dem Antipatriotismus, so doch wenigstens dem Antimilitarismus und Pazifismus seinen Teil gewahrt wissen. —

In gleicher Weise differenzierten sich die Anschauungen in betreff der Frage nach den Beziehungen zwischen Sozialismus und Syndikalismus. HERVÉs Freunde schlossen sich zwar nicht zur Gänze jenen Theorien an, die als Syndikalismus bezeichnet werden und die weiter unten geschildert werden sollen, forderten jedoch, daß die Partei dem revolutionären Anstoß der **C**(onfédération) **G**(énérale du) **T**(ravail) nachgebe sowie deren Agitation gegen die Armee und zugunsten umfassender Strikes unterstütze. Die Guesdisten wollten die gewerkschaftliche Bewegung der sozialistischen untergeordnet und der Kontrolle der Partei, des Parteitags und des

Nationalrates unterstellt wissen. JAURÈS und VAILLANT suchten auch diesmal vermittelnd zu wirken, eine Parallelaktion zwischen Sozialismus und Syndikalismus anzubahnen und so freundliche Beziehungen zwischen den beiderseitigen leitenden Organisationen zu schaffen. Zu all dem kam noch, daß ungeachtet der in Amsterdam getroffenen Entscheidungen eine moderate, hauptsächlich aus Abgeordneten bestehende Gruppe ein Zusammengehen mit den Radikalen, sowie eine Annäherung zwischen den unifizierten und den unabhängigen Sozialisten, die die republikanische Kammermehrheit unterstützten, wünschten.

Auf dem Parteikongreß von Limoges (1906) kam es zwischen diesen verschiedenen Meinungen zum Austrag. HERVÉ beantragte eine Erklärung, daß eine — sei es von der französischen, sei es von einer ausländischen Regierung ausgehende — Kriegserklärung mit dem Reservistenstrike und Aufstand zu beantworten sei. — GUESDE bekämpfte diesen Gedanken. Vor allem würde dessen Ausführung, erklärte er, die Zerschmetterung des zumeist sozialistischen Landes durch das dem Sozialismus wenigst gewonnene zur Folge haben. Dann aber sei er überhaupt nicht zu verwirklichen, weil das Volk einer solchen Parole nicht gehorchen würde. Die bestehenden Nationen hätten große Bedeutung für die Menschheit. Man dürfe den Internationalismus nicht übertreiben und nicht zuweit der Zeit vorauseilen. — Zur Annahme gelangte schließlich eine vermittelnde Formel VAILLANTS: der Kongreß verurteilte neuerdings Militarismus und Eroberungskriege und forderte das Proletariat auf, sich allüberall zu organisieren, um Kriege mit allen Mitteln hintanzuhalten.

Auf dem nächsten Parteitage von Nancy (1907), der als Einleitung zum Internationalen Kongreß von Stuttgart diente, wurde die Debatte wieder aufgenommen, in gleicher Weise wie das Jahr zuvor und auch mit dem gleichen Ergebnis.[1] Die Guesdisten ge-

---

1) Unter Berufung auf die vorausgegangenen Beschlüsse wurde das Proletariat aufgefordert: „à rendre possible l'effet de ces décisions au moyen de l'organisation ouvrière et socialiste nationale et internationale d'une action préparée, ordonnée et combinée, qui mette en chaque pays . . . en activité, toute l'énergie et tout l'effort de la classe ouvrière et du Parti socialiste pour la prévention et l'empêchement de la guerre par tous les moyens depuis l'intervention parlementaire, l'agitation publique, les manifestations populaires, jusqu'à la grève générale ouvrière et l'insurrection."

dachten diese Niederlage auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart wettzumachen. 1904 hatten sie in Amsterdam die revolutionäre Unbeugsamkeit gegen die „Verbürgerlichung" der ministeriellen Sozialisten verteidigt. Nun aber waren sie es, die die anarchistischen und syndikalistischen Ideen der äußersten Linken bekämpften. Auch diesmal stellte sich BEBEL an ihre Seite und half die traditionelle marxistische Theorie und Taktik verteidigen. Nicht größeren Anklang fanden HERVÉS Anschauungen bei der Mehrzahl der übrigen nichtfranzösischen Delegierten. Endlich aber wurde doch beschlossen, daß alle Mittel zuzulassen seien, die friedlichsten sowohl wie die gewalttätigsten. Dem konnte auch HERVÉ zustimmen — freilich nicht ohne sich über die Zaghaftigkeit und das Ruhebedürfnis der deutschen Sozialdemokratie lustig zu machen.

Jede der geschilderten Tendenzen hatte bald innerhalb des französischen Sozialismus ihr besonderes Organ. Das jauresistische Blatt „L'humanité" stand vornehmlich denjenigen offen, die auf den Kongressen von Limoges und Nancy die Mehrheit gebildet hatten. „La petite république" wieder vertrat die Gemäßigten, die die Rückkehr zur Allianz mit den Radikalen anstrebten. Auch „Le prolétaire" von BROUSSE, in dem dieser 1880 den Possibilismus verteidigt hatte, trat wieder ins Leben. Die Guesdisten gründeten „Le socialisme", ein Blatt, das nicht mit dem offiziellen Organ des Nationalrates, „Le socialiste", zu verwechseln ist. HERVÉ endlich verfügte über „La guerre sociale". Trotz oder besser eben wegen dieser widerstrebenden Meinungen faßte auch der Kongreß von Toulouse (1908) weitherzige Beschlüsse, die alle Welt zufriedenstellen mochten.

Inzwischen hatte der Waffenstillstand zwischen den Sozialisten und dem Ministerium CLÉMENCEAU seit dem Beginn des Jahres 1907 einem stetig heftigeren Kampf Platz gemacht. Die marokkanischen Angelegenheiten veranlaßten JAURÈS, wiederholt gegen jegliche Eroberungspolitik aufzutreten. Im Innern bekämpfte die Regierung die von der C. G. T. geleitete Arbeiterbewegung und trat den Versuchen der Syndikatsbildung innerhalb der Beamtenschaft auf das schärfste entgegen. Die sozialistische Partei ihrerseits unterstützte diese wie jene. 1907 war ein von mehreren syndikalistischen Beamten gefertigter Aufruf erschienen. Infolgedessen wurden meh-

rere derselben abgesetzt, darunter auch der Lehrer Nègre. Von da an war der Bruch zwischen der Regierung und der Partei ein vollständiger. Die Weinbaukrise im Süden und die durch sie veranlaßten Unruhen beschäftigten wohl durch einige Zeit die öffentliche Meinung. 1908 aber setzte die syndikalistische Agitation neuerdings lebhaftest ein und hatte stets neue Konflikte zwischen Sozialisten und Staatsgewalt zur Folge. Doch hinderte das nicht eine Annäherung zwischen beiden, als es galt, gewisse Reformen durchzubringen, die — wie die Verstaatlichung der Westbahnen — ebensowohl von Radikalen als von Sozialisten gefordert wurden. Nicht minder unterstützten die Sozialisten das Einkommensteuerprojekt des Finanzministers Caillaux. Allein sie nahmen sofort ihre Opposition gegen das Ministerium auf, als zu Beginn des Jahres 1902 zwei Ausstände der Postbeamten ausbrachen, die ganz Frankreich in Aufregung versetzten.

Bald danach wurde das Kabinett Clémenceau durch ein von Briand präsidiertes abgelöst, dem auch Millerand und Viviani angehörten. Es zählte also drei Sozialisten. Allerdings standen sie insgesamt seit langem der geeinigten Partei fern. Doch nahm die sozialistische Kammerfraktion, trotz entgegengesetzter Meinungsäußerung des Nationalrates, das neue Ministerium mit einer gewissen Sympathie auf, und Millerand trug zur Beruhigung bei, indem er einen Teil der entlassenen Postbediensteten wieder anstellte. Von da ab bereitete sich die Partei, ermutigt durch einige Teilerfolge, mit Eifer auf die Kammerwahlen von 1910 vor.

Was die Munizipalwahlen anbelangt, so fanden deren nach 1896 statt: 1900, 1904 und 1908. Da bei ihnen weniger Fragen der großen Politik eine Rolle spielen, als Orts- und Personalinteressen, sowie entsprechende Wahlbündnisse, so ist es schwer, aus ihnen sichere Schlüsse zu ziehen. Immerhin traten auch in ihnen gewisse Tendenzen herrschend zutage. Die Wahlen von 1900 waren den — einig vorgehenden — Parteien der Linken sehr günstig, und auch die Sozialisten errangen viele Erfolge, die freilich durch den Verlust von Paris, der Hauptfeste des Radikalismus und Sozialismus, an die Rechte und die Nationalisten aufgewogen wurden. — 1904 wiedereroberte die Linke das Pariser Rathaus; ihre Mehrheit war aber so schwach, daß sie als solche nur funktionieren konnte, wenn sie einig blieb. In der Provinz verloren die Sozia-

listen Lille und Marseille, gewannen jedoch dafür neben anderen Städten Dijon, Brest, Troyes. Auch auf dem platten Lande glichen sich ihre Verluste und Gewinne aus. — Für die Wahlen von 1908 formulierten sie sodann folgende propammatische Forderungen: Proportionalwahlrecht und Gemeindeautonomie; Koalitionsfreiheit für sämtliche Gemeindearbeiter und Angestellte; Regulierung der Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit, Lohn, Hygiene, Truckwesen) bei der Vergebung kommunaler Arbeiten; Beteiligung der Kommunen an der Kranken-, Invaliditäts-, Alters-, Arbeitslosen-, Mutterschafts- und Kinderversicherung; unentgeltliche Beistellung von Lehrmitteln, Schaffung oder Erweiterung von Schulküchen, Errichtung von Fachschulen und Gemeindebibliotheken; Aufhebung der Verzehrungssteuer und Bewegungsfreiheit der Gemeinden bei deren Ersetzung durch andere Steuern unter Beteiligung des Staates; Heimfall der Privatgesellschaften eingeräumten Monopole an die Gemeinden und Gemeindesyndikate; Ausdehnung der landwirtschaftlichen und industriellen Kommunalbetriebe. Im ersten Wahlgange behaupteten sich nun wohl die Sozialisten; im zweiten aber sahen sie sich, Dank der Spaltung zwischen ihnen und den Radikalen, überlegenen Koalitionen gegenüber und erfuhren manchen Rückgang.

Die Sache liegt eben so, daß wohl die Mehrheit der städtischen Arbeiter den Fahnen des Sozialismus folgt. Dieser kann aber, da Frankreich im Gegensatze zu England und Deutschland vorwiegend agrikolen Charakter bewahrt hat, vollen Triumph nur erhoffen, wenn er das platte Land für sich zu gewinnen vermag. Hier nun gestaltet sich die Propaganda mit Rücksicht auf die sehr zahlreichen, am Sondereigentum festhaltenden Kleinwirte äußerst schwierig. Der Sozialismus sieht sich also vor der Alternative: entweder diese Bevölkerungsschicht durch Festhaltung des ihr unverständlichen eigentumsfeindlichen Programms abzuschrecken oder das letztere für das Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion aufzugeben und durch ein solches des Bauernschutzes zu ersetzen. Viele Sozialisten haben sich nun für diesen zweiten Weg mit der Begründung entschieden, daß der Boden für den Bauer Arbeitsinstrument und ihm somit zu belassen sei. Andere dagegen wollen von einer solchen Durchlöcherung des integralen kollektivistischen Ideals nichts wissen — wie ja Engels auch schon das guesdistische Agrarprogramm von Nantes (1894) als allzu moderat und irreführend getadelt

hatte.[1]) Die geeinigte Partei hat sich in den letzten Jahren viel mit dem Agrarproblem befaßt. Dem Kongreß von Toulouse (1908) lag ein Gutachten hierüber von dem selbst in der Landwirtschaft tätigen und mit deren Bedürfnissen vertrauten COMPÈRE-MOREL vor. Doch kam es zu keiner Beschlußfassung. Den Parteitag von Saint-Etienne (1909) beschäftigte neuerdings und fast ausschließlich die Erörterung der Agrarfrage, und es wurde eine Kommission zur Ausarbeitung eines Agrarprogramms eingesetzt. Diese kam denn auch ihrem Auftrage nach.[2]) Der im laufenden Jahre in Nîmes stattgefundene Parteitag begnügte sich jedoch damit, den vorgelegten Entwurf zunächst an den Nationalrat zu verweisen, da er durch die Verhandlungen über das Altersversicherungsgesetz vollauf in Anspruch genommen war.[3])

V.[4])

Betrachten wir nunmehr die Gewerkschaftsbewegung, so wissen wir bereits (S. 138 f.), daß sie 1893/99 wenig zu bedeuten hatte. Immerhin aber war eines der Hindernisse verschwunden, die ihr anfänglich im Wege gestanden hatten: die meisten Gewerkschaften hatten sich entschlossen, sich den Vorschriften des Gesetzes von 1884 zu fügen. Ja, dieses galt nun sogar als Freiheitscharte und ward populär. Auch die inneren Streitigkeiten milderten sich parallel zur Annäherung zwischen den verschiedenen sozialistischen Sekten. Die Führer hielten sich fortan an den Grundsatz, daß die Gewerkschaften an sich nichts mit Politik zu tun haben, also jedem Arbeiter ohne Rücksicht auf sein politisches Glaubensbekenntnis

1) Vgl. „Le mouvement socialiste", IV (1900), S. 391. JAURÈS hatte in der Kammer im Juli 1897 die bäuerlichen Verhältnisse ausführlich besprochen. 2) Ihr Bericht ist abgedruckt in „La Revue socialiste" vom Okt. u. Nov. 1909. — Auch der inzwischen zum Abgeordneten gewählte COMPÈRE-MOREL hat in der Kammersitzung vom 6. Dezember 1909 eine programmatische Rede über das Agrarproblem gehalten. 3) Er hat — im Gegensatz zur C. G. T., die das Gesetz bekämpft wissen wollte — die Abgeordneten angewiesen, für dasselbe zu stimmen. (Vgl. den Kongreßbericht in „L'humanité" vom 7./10. Febr. 1910. 4) Vgl. zum folgenden: La Revue des questions ouvrières in „La Revue politique et parlementaire" (bis 1900 von A. FONTAINE; seither von SEILHAC); PELLOUTIER, Histoire des bourses du Travail, 1902 (Hauptwerk für die Zeit von 1893 bis 1902); P. LOUIS, Histoire du mouvement syndical en France, 1907; LAGARDELLE, Les origines du mouvement syndical in „Le mouvement socialiste" vom November/Dezember 1909.

offen stehen müßten, wenn er nur mit seinen Klassengenossen zu Schutz und Trutz sich zusammenfinden wolle.

In den vordersten Reihen derer, die zur Vertiefung der Bewegung beigetragen haben, stand PELLOUTIER, der 1893 aus Saint-Nazaire nach Paris kam und seither bis zu seinem 1901 erfolgten Tode als Sekretär des Verbandes der Arbeitsbörsen fungierte. Glühendem Eifer für die Sache gesellte sich bei ihm eine ganz hervorragende organisatorische Begabung. Und da er zudem in keiner Art autoritär auftrat, so gewann er maßgebenden Einfluß auf die Arbeitsbörsen. Die Struktur der Börsen ward dank ihm fester. Sie bestellten — tatsächlich permanente — Sekretäre und vermehrten durch ihre verdienstliche Wirksamkeit die Zahl ihrer Anhänger. Trotzdem aber PELLOUTIER die Syndikate von der Politik fernhielt, hatte er dennoch ein politisches Ideal. Selbst Anarchist, setzte er die Wahl gleichgesinnter Pariser Delegierter für das Verbandskomitee durch, das in Paris seinen Sitz hatte, sodaß dieses ganz auf anarchistischem Boden stand. Er mißachtete die parlamentarische Betätigung und zog ihr die autonom gewerkschaftliche vor, die die Proletarier daran gewöhne, sich ohne der Bourgeoisie entstammende Berufspolitiker zu behelfen. Vornehmlich aber propagierten er und seine Anhänger den Gedanken des Generalstreiks, der unter den Arbeitern durch seine Einfachheit und Leichtverständlichkeit ebenso Engang fand, wie dadurch, daß er als eine unschwer zu handhabende Waffe erschien. Fast alle Kongresse des Arbeitsbörsenverbandes nahmen ihn denn auch auf, während die politisch gerichteten Sozialisten, vor allem die Guesdisten, ihn als unpraktikabel und als Quelle gefährlicher Illusionen verwarfen.

Der erste Versuch eines Generalstreiks fällt ins Jahr 1898. Unter dem Ministerium BRISSON, das durch die Dreyfußaffäre und die nationalistische Agitation vollauf in Anspruch genommen war, brach in Paris ein großer Erdarbeiterausstand aus. Das nationale Syndikat der Eisenbahnarbeiter versuchte hieran einen Ausstand auf den Eisenbahnen anzuschließen, der das wirtschaftliche Leben in Paris und Frankreich vollständig lahm gelegt hätte. Allein die Eisenbahnangestellten folgten der ausgegebenen Parole nicht; die Regierung konnte die Bewegung rasch unterdrücken; für einige Jahre waren die Anhänger des Generalstreiks entmutigt.

Die Arbeitsbörse ist die Vereinigung der Syndikate verschiedener Berufe in einer und derselben Stadt, die Nationalfederation die Vereinigung der Syndikate derselben Branche über ganz Frankreich hin. Die Arbeitsbörsen gediehen nun. Nicht so aber auch die Nationalfederationen. Um sie zu beleben und aus ihrer Stagnation aufzurütteln, wurde deshalb ihr Zusammenschluß angestrebt. Wir haben gesehen, daß der von den Guesdisten beherrschte Nationalverband der Syndikate sich nicht hatte entwickeln können (oben S. 138). Er verschwand im Jahre 1894. An seiner Stelle schuf der Gewerkschaftskongreß von Limoges 1895 die C. G. T., die ebensowohl die Arbeitsbörsen wie die Nationalverbände umfassen sollte. Allein sie war schlecht geleitet. Der Arbeitsbörsenverband, voll lebendiger Tätigkeit, wollte nicht in der neuen Organisation aufgehen. Diese kam also durch mehrere Jahre über ein bloßes Vegetieren nicht hinaus.

Die Übernahme des Handelsministeriums durch Millerand gab der Gewerkschaftsbewegung einen starken Anstoß. Denn der neue Minister ermutigte dieselbe und wollte sich auf sie bei der Anwendung der Arbeiterschutzmaßregeln stützen. Mit Verordnung vom 10. August 1899 wurden die Bedingungen festgelegt, deren Einhaltung der Staat bei Vergebung von Arbeiten im Interesse der Arbeiter fortan fordern sollte, und die Verwaltungsorgane angewiesen, bei der Erhebung der ortsüblichen Löhne sich an die Syndikate zu wenden. Mit Zirkular vom Januar 1900 wurde den Arbeitsinspektoren aufgetragen, sich behufs Feststellung von Übertretungen der Arbeiterschutzgesetze durch die Unternehmer mit den Gewerkvereinen in Verbindung zu setzen. Und als nach Schluß der Weltausstellung von 1900 in Paris Massenarbeitslosigkeit drohte, nahm Millerand ebenfalls die Gewerkschaften zu Arbeitsvermittlungszwecken in Anspruch.[1])

Dies verstärkte den Zuzug zu den Gewerkschaften und ermutigte viele Kämpfende dadurch, daß sie nun die Regierung auf ihrer Seite statt gegen sich hatten. Andere freilich wieder entrüsteten sich über die fortschreitende Mäßigung und Verbürgerlichung der Arbeiterbünde und über deren Verzicht auf den Klassenkampf. Manche unter ihnen teilten Guesdes Anschauungen

1) Vgl. Lavy, L'oeuvre de Millerand, 1902.

über den Ministerialismus; andere, angeekelt von dem heftigen Zwist zwischen Ministeriellen und Antiministeriellen, liehen der Aufforderung der Anarchisten, sich überhaupt von den Politikern abzukehren, Gehör.[1]) Die Führer dieser Bewegung bezeichneten sich jedoch nicht als Anarchisten, sondern als „Syndikalisten". Das neue Wort sollte zum Ausdruck bringen, daß das Proletariat seine Befreiung nur von unmittelbarer Tätigkeit der Gewerkschaften und nicht von politischer Betätigung zu erhoffen habe. Ebendeshalb wollten die Syndikalisten auch nur Arbeiter an ihrer Spitze dulden, während die Anarchisten sich doch noch von der Bourgeoisie entstammenden Theoretikern führen ließen. Seit 1900 besaßen die Syndikalisten das Übergewicht in der C. G. T. und begannen sofort mit der Begünstigung von Ausständen und der Propagierung des Generalstreiks. In demselben Jahre wurde das Wochenblatt „Voix du peuple" begründet, das zum Organ der C. G. T. ward.

Noch war die Entfaltung der Arbeiterbewegung gehemmt durch das Nebeneinanderbestehen zweier rivalisierender Organisationen: der C. G. T. und des Arbeitsbörsenverbandes. Doch herrschte jetzt in beiden der gleiche — anarchistische und revolutionäre oder, wie er nun hieß, syndikalistische — Geist. Ein Bündnis zwischen ihnen erschien also möglich und kam denn auch auf dem Gewerkschaftskongreß von Montpellier, 1902, zustande. Damals entstand die Gesamtorganisation, die — jüngere — C. G. T., die ihren Sitz in Paris hat und sich aus zwei autonomen Sektionen zusammensetzt, der Sektion des Arbeitsbörsenverbandes und der Sektion der Berufs- und Industriefederationen. Der Beitritt der einzelnen Gewerkschaften zur C. G. T. erfolgt nicht direkt, sondern mittelbar im Wege des Anschlusses an eine Arbeitsbörse oder eine Nationalfederation. Jede von diesen und jenen entsendet einen Delegierten. Die Gesamtheit der Delegierten bildet das Verbandskomitee (Comité confédéral), das seinerseits drei ständige Kommissionen ernennt, und zwar je für das offizielle Organ, die Streiks und den Generalstreik, die Kontrolle. Jede Sektion hat ihr eigenes Bureau, die vereinigt das Verbandsbureau mit etwa 7 Mitgliedern bilden. Unter diesen

1) Auf dem Kongreß von Amiens, 1906, erzählte Griffuelhes: Anarchisten, Guesdisten, Blanquisten, Allemanisten und andere Elemente koalierten sich, um die Gewerkschaften von der Regierung abzudrängen. (Vgl. „Le mouvement socialiste" vom Januar 1907.

sind die wichtigsten die beiden Sektionssekretäre, von denen derjenige der Federationssektion den Titel eines „Sekretärs der C. G. T.“ führt. Das Verbandsbureau ist also das eigentlich permanent leitende Organ, das die Sitzungen des Verbandskomitees vorbereitet und die Durchführung der von ihm gefaßten Beschlüsse überwacht. Jedes zweite Jahr findet ein Nationalkongreß statt, dessen Tagesordnung durch das Verbandskomitee nach Anhörung der verbandsangehörigen Organisationen festgestellt wird. Auf diesen Kongreß folgt die Sondertagung der Börsenfederation.

VI.[1]

Von 1902 an datieren die großen Fortschritte der C. G. T.; von da auch die Streitigkeiten in ihrem Schoß. Alle in ihr zusammengeschlossenen Gruppen sind darin einig, daß die Gewerkschaften ihre Angelegenheiten selbst zu besorgen, Politik und Berufspolitiker auszuschalten und eine soziale Umwälzung anzustreben haben. Über die zu befolgende Taktik aber gehen die Meinungen auseinander. So bekämpfen sich denn der „revolutionäre“ und der „reformistische“ Syndikalismus.

Dieser steht programmatisch ungefähr auf demselben Boden wie die englischen Trade-Unions und die deutschen Gewerkschaften. Sein Ziel sind durch Mitgliederzahl und finanziell mächtige Berufsvereine, die autoritativ im Namen des ganzen Berufszweiges zu sprechen vermögen. Als Mittel zur Gewinnung von Mitgliedern, die pünktlich ihre Beiträge leisten, sollen wertvolle materielle Vorteile dienen: unentgeltliche Arbeitsvermittelung, Kranken- und Reise- sowie, wenn tunlich, auch Arbeitslosenunterstützung. Vornehmlich aber gelte es, die Kraft zur Durchführung eines Ausstandes zu erlangen. Ein solcher wird übrigens nur als Notbehelf angesehen. Ein mächtiger Gewerkverein wird ihn häufig vermeiden können:

---

1) Vgl. zum folgenden „La voix du peuple“; „Le mouvement socialiste; (seit 1904 Organ des revolutionären Syndikalismus); „La Revue syndicaliste“, die 1905 als Organ des reformistischen Syndikalismus begründet wurde und im Januar 1910 sich mit „La Revue socialiste“ vereinigt hat. Vgl. ferner das ausgezeichnete Buch von Challaye, Syndicalisme révolutionaire et syndicalisme réformiste, 1908; Franck, Les bourses du Travail et la C. G. T., 1910; Festy, Chronique des questions ouvrières in „Annales des sciences politiques“ (seit 1902 jährlich).

auf dem Wege von Verhandlungen mit den Unternehmern. Erst wenn dieser Weg erfolglos beschritten ist und die wirtschaftlichen Verhältnisse günstig liegen, und nur dann erst ist ein Ausstand zulässig; je weniger leichtherzig begonnen, um so wirksamer wird er sich gestalten. Daneben wollen die Reformisten auch die politische Betätigung nicht vernachlässigt wissen. Da der Nutzen von Arbeiterschutzgesetzen unbestreitbar sei, so müßten die Arbeiter auch für das Zustandekommen derselben sorgen, indem sie den Wahlen ihr Augenmerk zuwenden, und für ihre tatsächliche Funktionierung, wenn sie erst bestehen.

Der reformistische Geist beherrscht einige der wichtigsten und bestorganisierten Nationalfederationen. So die der Typographen (Fédération du Livre), die dank den langjährigen Bemühungen ihres Generalsekretärs KEÜFER unter Vermeidung unnützer Streiks zu großer Blüte gelangt ist. Nicht minder den Bergarbeiterverband, der sich erst nach langem Zögern der C. G. T. angeschlossen hat. Insbesondere große Fortschritte haben in den letzten 15 Jahren aufzuweisen die großen Syndikate der Bergarbeiter in den Departements Nord und Pas-de-Calais, deren Leiter BASLY und LAMENDIN als Abgeordnete mehrfache, speziell auf die Interessen ihrer Syndikate zugeschnittene Gesetze erwirkt haben. Auch der Eisenbahnerverband hat sich seit seinem Mißerfolg im Jahre 1898 (s. S. 162) unter dem Einflusse GUÉRANDS, der bis 1909 ihr Sekretär war, dem Reformismus zugewandt.[1]

Ganz entgegengesetzt sind die Gesichtspunkte des revolutionären Syndikalismus.[2] Er zieht aus dem Prinzip des Klassenkampfes die äußersten Konsequenzen. Die Arbeiter, erklärt er, müssen sich zur Bekämpfung aller von den Bourgeois geschaffenen Einrichtungen einigen, insbesondere der gefährlichsten derselben: des Staates, der lediglich die Aufgabe hat, die Ordnung, d. h. die Privilegien der Kapitalisten aufrecht zu erhalten. Der Bourgeois liebt das Vaterland, das seine Kasse und Ländereien schützt, der Proletarier, der nichts besitzt, hat auch kein Vaterland. Er ist Antipatriot und eben dadurch auch Antimilitarist. Denn die Armee

---

1) Vgl. über die jüngste Geschichte der Berg- und Eisenbahnarbeiter: Le mouvement socialiste vom Okt.-Novbr. 1908 und Febr.-Juni 1909. 2) Vgl. besonders die Darlegungen von GRIFFUELHES und KEÜFER (ebd. Januar 1905).

ist heute nur ein Werkzeug zum Schutz des Kapitals, zur Bekämpfung Ausständiger und zur Führung von Kriegen, an denen die Arbeiterschaft keinerdings interessiert ist. Die Rekruten müssen also belehrt werden, nicht auf Streikende zu schießen und im Kriegsfall selbst zu streiken. — Was nun die Betätigung des Syndikalismus anbelangt, so bezielt sie gleichermaßen Teilreformen wie den gänzlichen Umsturz. Jene — Lohnvermehrung und Herabsetzung der Arbeitszeit — stärken die Arbeiterklasse materiell und moralisch. Sie sind aber nicht auf politischem Wege erreichbar, der zu verwerfen ist, weil er in Wahlkomitees und in der Kammer eine Annäherung der Arbeiter an die Bourgeois bewirkt, sondern nur durch gewerkvereinliche Wirksamkeit, vor allem also durch Streiks. Dieser ist immer von Vorteil —, möge er wie immer ausfallen. Denn er erzieht das Proletariat, indem er ihm den Gegensatz zwischen seinen und den Unternehmerinteressen aufzeigt. Auch braucht man sich nicht auf Streiks beschränken, die in einer Niederlegung der Arbeit bestehen. Man muß sie ergänzen durch, direkte Aktion, die je nach den Umständen auch in Gewaltanwendung gegen böswillige Unternehmer besteht, wie Fenstereinschlagen in entgeltlichen Plazierungsbüreaus oder lärmende Demonstrationen in Läden, in denen dem Personal die Sonntagsruhe versagt wird, passive Resistenz (Sabotage) und Boykott. Auch zur Erzwingung der Schaffung von Arbeiterschutzgesetzen und deren regelmäßiger Funktionierung soll direkt gegen Regierung, gesetzgebende Körperschaften und Unternehmerschaft vorgegangen werden. Zur Erfüllung derartiger Aufgaben brauchen die Gewerkvereine auch gar nicht zahlreich zu sein und volle Kassen zu haben. Allein wesentlich ist ihre Zusammensetzung aus energischen und furchtlosen Männern. Diese werden dann ausreichen, um die „amorphe Masse", die Herdenmehrheit, mitzureißen. — Schließlich will der revolutionäre Syndikalismus bei all dem auch nie das letzte Ziel, den Generalausstand, aus den Augen verlieren. Alle Teilstreiks sind ihm nur Vorbereitung, „große Manöverübung" zum Entscheidungskampf.

Dies sind die hauptsächlichsten Ideen des revolutionären Syndikalismus, wie sie namentlich entwickelt worden sind durch den anarchistischen Schriftsteller Pouget, der lange Zeit Chefredakteur der „Voix du peuple" war, den Sekretär des Arbeitsbörsenverbandes

YVETOT und GRIFFUELHES, der bis 1909 Sekretär der C. G. T gewesen ist. Einige der bedeutendsten Nationalverbände waren bis 1902 dem Reformismus zugeneigt, doch herrschten die Revolutionären im Bundeskomitee, gestützt auf das ihnen günstige Kongreßreglement. Denn danach hatte jeder selbständige Berufsverein ohne Rücksicht auf seine Mitgliederzahl Anspruch auf eine Stimme, sodaß die in sehr vielen Städten bestehenden revolutionären Syndikate mit häufig nur sehr wenigen Mitgliedern den großen reformistischen Verbänden gegenüber die Mehrheit auf den Kongressen besaßen.

1902 war beschlossen worden, daß die C. G. T. jedes zweite Jahr einen Kongreß abhalten werde. Auf dem 1904 in Bourges zusammengetretenen Kongreß nun standen Revolutionäre und Reformisten kampfgerüstet gegeneinander. Diese forderten, daß die Kongreßvertretung künftig nach der Mitgliederzahl der vertretenen Syndikate abgestuft werde. Jene bekämpften diese „demokratischen Vorurteile" und beriefen sich dem Mehrheitsrecht gegenüber auf das höhere tatkräftiger Minderheiten. Sie siegten auch vollständig. [1]) Der Kongreß billigte ihre Kampfesmethoden und beschloß die Einleitung einer Kampagne zugunsten des Achtstundentages, die die für den 1. Mai 1906 festgesetzte allgemeine Kundgebung vorbereiten sollte. Das Verbandskomitee führte diesen Beschluß durch, veröffentlichte zwei Brochuren, hielt zahlreiche öffentliche Versammlungen ab und ließ überall Zettel mit Kundgebungen zugunsten des Achtstundentages affichieren. Die Bewegung innerhalb der Arbeiterschaft wurde immer heftiger; die nationalistische Presse äußerte sich höchst beunruhigt, die Besorgnis innerhalb der Bourgeoisie nahm größten Umfang an. So ward der 1. Mai 1906 für Paris zu einem Tag des Schreckens. Man zählte in der Hauptstadt etwa 115000 Ausständige, die übrigens durch ein bedeutendes militärisches Aufgebot überwacht wurden. Materieller Nutzen erwuchs den Arbeitern aus dieser Agitation keinerdings. Aber die syndikalistischen Führer erblickten in dem Schrecken, den diese erste Mobilisation verbreitet hatte, ein glückliches Vorzeichen für den Tag des kommenden Generalstrikes.

Sie fanden auf dem Gewerkschaftskongreß von Amiens, 1906,

---

1) Vgl. Le mouvement socialiste vom November 1904.

volle Zustimmung. Diesem oblag auch die Prüfung eines neuen Problems, nach den Beziehungen nämlich zwischen der geeinigten sozialistischen Partei und der C. G. T. Der Verband der Textilarbeiter beantragte auf guesdistische Anregung die Einsetzung einer ständigen oder für Einzelfälle bestellten Delegation als Vermittlungsorgan zwischen der C. G. T. und dem Nationalrat der sozialistischen Partei, und zwar mit der Motivierung, daß die Gewerkschaften alles Interesse an der Ausgestaltung der Gesetzgebung zugunsten der Arbeiterschaft hätten. Dieser Antrag stieß jedoch auf Widerspruch bei den leitenden Köpfen des — revolutionären wie reformistischen — Syndikalismus und wurde auch unter Hinweis auf die notwendige Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung abgelehnt.[1]) Der Syndikalismus blieb also eine unabhängige Macht, und wir haben bereits gesehen, wie sehr sich die sozialistische Partei um die Sympathien der großen Arbeiterorganisation bemüht hat.

Diese setzte indessen ihre Agitation fort, mit geringerer Intensität zwar wie vor dem 1. Mai 1906, aber in einer noch immer für die öffentliche Gewalt beunruhigenden Weise. Der revolutionäre Geist kam zum Ausdruck in den immer häufigeren Strikes, vor allem aber in der heftigen antimilitaristischen Propaganda der Arbeitsbörsen. Das Ministerium Clémenceau bekämpfte diese Tendenzen und rief dadurch gegen sich die Feindschaft der sozialistischen Partei und der C. G. T. wach. Im Juli 1908 kam es in Villeneuve-Saint-Georges bei Paris zu einer förmlichen Schlacht zwischen den Truppen und manifestierenden Arbeitern. Blut floß, und die leitenden Mitglieder des Verbandskomitees wurden verhaftet. Zum Zeichen des Protestes hiergegen erneuerte denn auch der Kongreß der C. G. T. von Marseille im Oktober 1908 mit starker Mehrheit die revolutionären Beschlüsse.[2])

Seither scheint die syndikalistische Bewegung zu stagnieren, und zwar infolge der neuerdings sehr lebhaften Zwistigkeiten zwischen Reformisten und Revolutionären. Jene erzielten 1909 inso-

---

1) Vgl. Le mouvement socialiste vom Oktober u. Dezember 1906, Januar 1907, sowie den Verhandlungsbericht des Kongresses von Amiens. 2) Nach den Berichten an den Kongreß umfaßte damals die Sektion der Federationen 68 Nationalverbände und 2 Nationalsyndikate mit rund 295000 Mitgliedern; die Sektion der Börsen 157 Arbeitsbörsen.

fern einen Erfolg, als nach dem Rücktritt von GRIFFUELHES eines ihrer bedeutendsten Häupter, NIEL, zum Sekretär der C. G. T. gewählt wurde. Er mußte jedoch bald dem Vorwurf weichen, er habe durch seine Schwäche den zweiten Ausstand der Postangestellten zum Scheitern gebracht, und wurde durch einen Revolutionären ersetzt. [1])

Der in der C. G. T. herrschende Geist hat ihre Beziehungen zu den großen Arbeiterorganisationen der anderen Länder, in denen der Reformismus überwiegt, sehr schwierig gestaltet. Seit 1900 pflegen internationale Konferenzen der nationalen Sekretariate stattzufinden, bei denen die C. G. T. Frankreich vertrat. Nun legte sie der Konferenz von Dublin, 1903, einen Bericht über den Antimilitarismus und den Generalstreik vor. Die nichtfranzösischen Organisationen ließen ihn jedoch nicht zur Erörterung zu und beschlossen mit starker Mehrheit, diese Probleme der Tagesordnung fernzuhalten. Die C. G. T. hat daraufhin an den Konferenzen von Amsterdam (1905) und Christiania (1907) nicht mehr teilgenommen. Inzwischen hat sich aber eine Wiederannäherung vollzogen, und die letzte Konferenz hat 1909 in Paris stattgefunden. Auf dieser haben die fremden Sekretäre, namentlich der deutsche Sekretär LEGIEN, größere Vorsicht und Mäßigung gezeigt als die C. G. T. Diese ihrerseits aber hat in der Billigung der revolutionären Haltung der spanischen und schwedischen Arbeiter durch die Konferenz einen Erfolg ihrer Ideen erblickt.

Betrachten wir nunmehr die letzten amtlichen Angaben [2]) über den Stand der gewerkschaftlichen Bewegung in Frankreich am 1. Januar 1909, so bietet sich uns nachstehendes Bild. Es existierten (unter Einrechnung auch einer gewissen Zahl von Landarbeitern und Beamten) 5354 Syndikate mit 944761 Mitgliedern — darunter 606 Syndikate mit 347806 Mitgliedern im Seinedepartement — die sich folgendermaßen verteilten:

---

1) Zur Bekämpfung der Revolutionären haben die Reformisten im Oktober 1909 das zweimal monatlich erscheinende Blatt „L'action ouvrière“ begründet; jene ihrerseits „La vie ouvrière“. Seit dem November 1909 veröffentlicht „Le mouvement socialiste“ das Ergebnis einer Umfrage über die „Krise im Syndikalismus“. 2) Vgl. Bulletin de l'Office du Travail vom Januar 1910 und über die finanziellen Verhältnisse der bedeutendsten Arbeitervereinigungen ebd. vom Mai u. September 1908, Oktober 1909.

Berufsgruppe	Mitglieder-zahl	In Proz. aller Berufs-angehörigen
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei und Viehzucht	54 346	1,86
Bergbau	67 958	37,54
Steinbrüche	10 930	18,16
Nahrungsmittelerzeugung und Handel	53 685	8,75
Chemische Produktion	40 306	35,50
Papiererzeugung usw.	27 416	22,10
Lederfabrikation	27 625	18,65
Eigentliche Textilindustrie	79 653	13,35
Kleidererzeugung	24 052	5,40
Holz- und Möbelindustrie	35 500	15,02
Metallindustrie	98 851	17,80
Erd- und Steinverarbeitung	17 847	11,88
Bauarbeit	92 623	17,37
Transport und Handel	272 832	24,47
Hausgesinde- und persönlicher Dienst	17 381	1,70
Freie Berufe, Ärzte und Apotheker	23 756	14,58

Diese Syndikate waren — ungerechnet die 143 Arbeitsbörsen[1]) — in 184 National- oder Regionalverbänden gruppiert. Die Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung zeigen folgende Ziffern. Es betrug die Zahl der Gewerkvereinsmitglieder[2]):

1893	402 125	1898	437 793	1902	614 173	1906	836 134
1894	403 440	1899	419 761	1903	643 757	1907	896 012
1895	419 781	1900	491 647	1904	715 576	1908	957 102
1896	422 777	1901	588 832	1905	781 344	1909	944 761[3])

1) Die Chronologie der Gründung der Nationalverbände zeigt die fortschreitende gewerkschaftliche Konzentration. Es wurden solche begründet:

1876	1	1891	1	1898	1	1904	6
1881	1	1892	1	1900	11	1905	3
1884	3	1893	3	1901	7	1906	4
1885	1	1894	4	1902	6	1907	5
1890	1	1896	1	1903	6		

Bulletin vom Juni 1909. Vgl. auch ebd. die Liste der Verbände mit mehr als 10000 Mitgliedern.

2) Vgl. Annuaire des syndicats professionels, XVI (1909), S. XXXII. Die von den Syndikaten dem Ministerium bekanntgegebenen Ziffern werden von diesem nicht weiter überprüft. 3) Die Ziffern am 1. Januar 1909 zeigen zum erstenmal seit 10 Jahren einen Rückgang — was ebenfalls auf eine Krise in der Bewegung hindeutet.

VII.

Nun noch einige Worte über gewisse Gruppen, die entweder mit der sozialistischen Partei oder mit der C. G. T. in Verbindung stehen.

Vor allem dürfen die Konsumvereine nicht übergangen werden. Der französische Sozialismus erblickte in ihnen lange eine bürgerliche Erfindung zur Schwächung der Gewerkschaften. Diese Auffassung wandelte sich erst durch das Beispiel Belgiens, wo die Arbeiterpartei über große Konsumgenossenschaften und mit ihnen über wahre Reichtums- und Kraftquellen verfügt. Die Politiker der französischen Partei meinten nun ebenfalls, daß sie eine gute Schule abgäben zur Gewöhnung der Proletarier an praktische Verwaltungsaufgaben. So entstand eine gewisse Zahl sozialistischer Konsumvereine, die sich von der „Union coopérative“, dem großen Verband der französischen Genossenschaften, trennten und 1895 einen Sonderverband schufen, die B(ourse des) C(oopératives) S(ocialistes). Diese hielt 1900 ihren Kongreß ab, auf dem 70 Genossenschaften vertreten waren. Nach mehrjähriger Krise wurde 1905 mit der Gründung einer Großeinkaufsgenossenschaft ein ernsthafter Schritt nach vorwärts gemacht, und seither hat die B. C. S. ihren Geschäftsumfang bedeutend erweitert. Sie hat sich der C. G. T. angeschlossen. Am 1. Juli 1909 waren ihr affiliiert: 257 Konsumvereine, 51 Produktivgenossenschaften und eine wechselseitige Arbeiterversicherungsgesellschaft. Der Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft hat im Geschäftsjahr 1908/09 einen Wert von 5404044 Frs. gegenüber 3789323 Frs. im Vorjahre erreicht.[1])

Außerdem sind die sozialistisch oder syndikalistisch gerichteten Verbände, die sich außerhalb der städtischen Arbeiterklasse rekrutieren, zu nennen. Auf dem platten Land sind sie der Zahl nach geringfügig. Nichtsdestoweniger bestehen ihrer einige aus landlosen Tagelöhnern dank der Propaganda der Arbeitsbörsen. Die-

---

1) Vgl. Bulletin de l'Office du travail vom September 1909 und über die Geschichte des sozialistischen Genossenschaftswesens: die Berichte des Begründers der B. C. S., GUILLEMIN, in „La Revue socialiste“ (Juni 1908, Juni 1909), ferner GIDE, Les sociétés coopératives de consommation, II. Aufl. 1909. Gegenwärtig ist von Einigungsverhandlungen zwischen der B. C. S. und der — 400 nichtsozialistische Genossenschaften umfassenden — Union coopérative die Rede.

jenige von Montpellier hat mit derselben bereits 1891 eingesetzt. Das durch Fall der Weinpreise hervorgerufene Elend führte ihr in wenigen Jahren viele Anhänger zu, und so entstand 1902 der Verband der landwirtschaftlichen Syndikate von Béziers. Zahlreiche, fast insgesamt erfolgreiche Ausstände von Landarbeitern in dieser Region während der Jahre 1903/04 verstärkten die Bewegung. Wohl ward sie durch die 1907 begonnene Agitation eingedämmt, die alle Klassen zu gemeinsamen Kampf gegen die Weinfälschungen zusammenschweißen wollte. Immerhin aber besteht der „Verband der Landarbeiter des Südens“ (Fédération des Travailleurs agricoles du Midi) fort, der streng syndikalistisch und revolutionär gerichtet ist, obschon seine Mitgliederzahl von 15000 auf 3400 zurückgegangen ist. — Größere Ausdehnung hat die Bewegung gewonnen bei den Holzarbeitern in Mittelfrankreich. Auf Initiative der Arbeitsbörse von Bourges haben sie einen Nationalverband gebildet, dessen 104 Syndikate Ende 1908 den Großteil der Berufsangehörigen umfaßten. — In der Umgebung von Paris ist ein Verband der Gartenarbeiter ins Leben getreten. Die großen erfolgreichen Ausstände im Seine- und Marnedepartement von 1906 haben ebenfalls zur Begründung vieler Syndikate geführt. In demselben Jahre setzte eine langdauernde und heftige Agitation unter den Weinbergsarbeitern in dem Lande ein. Im Bourbonais organisierte ein durch seine schönen Romane bekannter schriftstellender Landwirt, Émile Guillaumin, die Teilbauern. — So sind etwa 8 syndikalistisch gesinnte Verbände entstanden, deren einige der C. G. T. angeschlossen sind. Doch ist die Masse der von dieser Bewegung Erfaßten zwar absolut nicht unbedeutend, jedoch gering im Vergleich mit den landwirtschaftlichen Syndikaten (Syndicats agricoles), d. h. den im allgemeinen konservativen und antisozialistischen Verbänden der Kleinwirte.[1])

Syndikalismus und Sozialismus sind aber auf Eroberungen auch innerhalb des Kleinbürgertums ausgegangen. So unter den Handelsgehilfen, die eine Mittelschicht ausmachen, welche der Bourgoisie durch Gewohnheit, Sprache, Tracht nahesteht, dem

1) Vgl. Matillon, Les syndicats ouvriers dans l'agriculture, 1908 (mit ausführlicher Bibliographie); ferner „Le mouvement socialiste“ vom Oktober —November 1908. Einige Verbände haben eine Union fédérative terriene gegründet, über deren Aussichten noch kein Urteil möglich ist.

Proletariat aber dadurch, daß sie auf Lohnbezug angewiesen ist. Sie haben sich denn auch in den letzten Jahren vielfach zu Nationalverbänden zusammengetan, die teils jedes politischen Charakters entbehren, teils der C. G. T. affiliiert sind.

Noch mehr Aufsehen haben seit vier Jahren die Staatsbeamtensyndikate hervorgerufen. Die Staatsarbeiter haben bereits längst die Anerkennung ihres Koalitionsrechts durchgesetzt — so in den Arsenalen, Waffenfabriken, Zündhölzchenmanufakturen usw. — und ihre Gruppen zu dem großen Staatsarbeiterverband (Union fédérative des Travailleurs de l'État) zusammengeschlossen, der am 1. Januar 1908: 7 Federationen und Syndikate mit zusammen 27380 Mitgliedern zählte. Ähnliches strebten auch die Staatsbeamten an. Seit etwa einem Jahrzehnt schon haben sie, ohne daß ihnen Schwierigkeiten gemacht worden wären, Friendly societies gebildet. Nun wollen sich einige derselben in Gewerkschaften nach Muster der Arbeitersyndikate umgestalten. Soll ihnen nun auch wie jenen das Streikrecht zustehen? Sämtliche politische Parteien, die sozialistische ausgenommen, haben diese Frage bisher ebenso verneint wie die meisten Juristen.[1])

In besonders ausgesprochener Weise ist diese Bewegung unter den Postangestellten und Lehrern zutage getreten. Die Mehrheit dieser wie jener sind in moderaten Unterstützungsgenossenschaften gruppiert und lehnen den Streik ab. Sie haben in der Stärke von 19 Genossenschaften im November 1909 einen Nationalverband der Staatsbeamten (Fédération nationale des fonctionnaires) ins Leben gerufen.[2]) Eine Minderheit jedoch drängt nach Syndikatsgründungen im Zusammenhang mit der C. G. T. Jedenfalls ist das Problem gewerkschaftlicher Organisation der Staatsbeamten noch weit von seiner Lösung.

* * *

In der vorstehenden geschichtlichen Skizze des französischen Syndikalismus habe ich mich auf die bedeutsamsten Tatsachen des politischen und wissenschaftlichen Lebens beschränkt und die Theorien unberücksichtigt gelassen. Übrigens hat auch der politische Sozialismus seit 1893 keine Theorie hervorgebracht, die wesentlich

1) Vgl. vornehmlich JEANNENEY, Associations und syndicats de fonctionnaires, 1908, und MAXIME LEROY, Syndicats et services publics, 1909.
2) Vgl. „Le Temps" vom 3. Dezember 1909.

vom Marxismus abwiche. Zu nennen wäre in dieser Beziehung nur Eugène Fournière, der einen gemäßigten und fortschrittlichen Sozialismus verteidigt. Als Theoretiker des revolutionären Syndikalismus sind hervorgetreten Georges Sorel sowie dessen Schüler Paul Berth und Hubert Lagardelle. Auch wäre noch die jüngst erfolgte Gründung einer „École socialiste" zu nennen, in der Professoren der Sorbonne und der großen wissenschaftlichen Institute Vorlesungen halten.

Was die nächste Zukunft anbelangt, so enthalte ich mich jeder Voraussage. Zweifellos ist jedenfalls, daß Sozialismus und Syndikalismus seit 1893 parallel große Fortschritte gemacht haben. Doch darf man nicht allein nach dem äußeren Anschein urteilen. Bei den Wahlen stimmen vielfach auch Nichtsozialisten für sozialistische Kandidaten; sei es Royalisten und Klerikale — aus Gegnerschaft gegen die Regierung, sei es Radikale, die ihren alten Bundesgenossen treu geblieben sind — gegen die Parteien der Rechten. Die Zahl der beitragenden Mitglieder der sozialistischen Partei bezifferte sich denn auch 1906 mit 43,000, 1907 mit 48,000, 1908 mit 49,000 und 1909 mit 51,000. — Der revolutionäre Syndikalismus wieder ist sehr lärmend und entfaltet große Tätigkeit; doch scheint der Reformismus die gefestigtesten Gruppen für sich zu haben. Beide haben mit der Gegnerschaft der gelben Gewerkschaften[1]) zu rechnen. Endlich machen die gewerkschaftlich Organisierten überhaupt nur eine Minderheit der städtischen Arbeiterbevölkerung aus, während auf dem platten Lande antisozialistische Genossenschaften dominieren. Neue Kräfte sammeln sich zudem gegen den Sozialismus. Die in Frankreich so zahlreichen Kleinkaufleute begründen neuerdings große antikollektivistische Verbände. Nicht minder beginnen die Großindustriellen dem Beispiel ihrer amerikanischen und deutschen Bundesgenossen zu folgen, organisieren sich ihrerseits und gehen mit Aussperrungen vor. Kurzum, der französische Sozialismus ist sehr stark. Niemand aber darf wohl behaupten, daß der revolutionäre Kollektivismus den Sieg davontragen werde über den reformatorischen Radikalismus, der gegenwärtig die politischen Geschicke Frankreichs leitet.[2])

---

1) Vgl. über diese die Schriften ihres Führers Biétry und dessen Blatt „Le Jaune", an dessen Stelle Ende 1909 „La voix française" getreten ist.
2) Aus dem französischen Manuskript übersetzt von H. G.

Lassalleana.

Unbekannte Briefe Lassalles, herausgegeben und kommentiert von Gustav Mayer.

Inhaltsübersicht:

I. Lassalle und die Fichte-Feier der Berliner Philosophischen Gesellschaft.

Theurer!

1) Anbei ein Brief von Märcker [1]). Meines Erachtens ist es ganz unzweifelhaft, daß eine achtfache Besetzung stattfinden muß. Das Gegenteil wäre doch gar zu ruppig. Wenn die Beteiligung eine rege ist, wie ich ja gestern Abend wieder hörte, so kommt es ja auch nicht im geringsten auf diese sehr unbedeutenden Mehrkosten an und Sie würden sich dann gerade am meisten ärgern, es an dieser Kleinigkeit fehlen gelassen zu haben.

2) In der National-Ztg. — die doch sehr gelesen wird — habe ich noch kein einziges Inserat (nur neulich eine Zeitungsnotiz) über das Fest gefunden, wohl aber heut schon die 2te des Nationalvereins. Unter diesen Umständen erfahren freilich Tausende gar nichts davon.

3) Dringend aber muß ich bitten durch ein Inserate in der National-Ztg. 2c. 2c., das morgen oder Sonntag darin erscheinen muß, das Publikum nachmals darauf aufmerksam zu machen, daß das Fest um 2 Uhr, nicht um 3 Uhr, beginnt. Diejenigen, welche infolge des ersten Umlaufs unterschrieben (und das sind gerade die am meisten in Betracht kommenden Leute) und die ersten Karten empfangen haben, wissen sonst garnichts von dieser Anordnung, da die neuliche Notiz in der Nat.-Ztg. wie ich mich überzeugt habe, meist unbeachtet geblieben ist.

---

1) Friedr. August MAERCKER, Privatdozent und Titularprofessor an der Universität starb erst 1889 im Alter von 85 Jahren, er spielte in der Philosophischen Gesellschaft eine beträchtliche Rolle. Bei dem Festessen am 19. Mai toastete er statt Diesterweg, der ursprünglich dafür ausersehen war, auf das Vaterland. Den Toast auf FICHTE mußte an BOECKHS Stelle, den wohl der akademische Festakt fernhielt, MICHELET übernehmen.

Dieses Inserate finde ich so notwendig, daß ich Ihnen, falls Sie wieder Sparsamkeitsbedenken haben, die nötigen Fonds dafür im Notfall selbst zur Disposition stelle. Ich habe nämlich ein sehr natürliches, gedoppeltes Interesse daran:

a) ist es unangenehm, vor 60—70 Leuten vor einem halbleeren Saal zu sprechen.

b) bin ich um 3 Uhr keinesfalls fertig. Die um 3 Uhr Ankommenden würden also noch dazu eine große Störung in dem Vortrag verursachen.

Ich bitte aber in diesem Berichtigungs-Inserate den Vortrag gar nicht besonders zu erwähnen und nur zu sagen, das Fest beginnt um 2 Uhr statt 2c., oder aber ihm jedenfalls nicht den Schein des Eingeflicktseins zu geben, der nämlich aus einer Zeitungsnotiz — ich glaube der Reform — leicht entstehen konnte.

4) Nun, theurer Freund, noch eine Anheimgebung, die nicht aus Persönlichkeit, sondern im Gegenteil, aus vollkommenster Unpersönlichkeit entspringt. Es schien mir gestern aus einer Äußerung von Ihnen („Sie müssen um 3 Uhr fertig sein, denn da kommen die Professoren und die wollen essen"), als ob der Vortrag Sie irgendwie incommodiert, oder jedenfalls, wie aus der Äußerung folgt, Ihnen nicht mehr eine pars integra des Festes zu sein schiene. Nun wissen Sie ja sehr gut, wie es damit herging. Ich erhielt, ohne meinerseits irgend danach gestrebt zu haben, von Ihnen den Auftrag zu der Rede als einer pars integra des Festes. Ist sie eine solche, so gestaltet sie sich von selbst zu einer pars praecipua desselben, da der Schwerpunkt bei einer Fichte-Feier unmöglich im Essen, Trinken und Toasten, so geistvoll diese sein mögen, liegen kann.

Incommodirt Sie aber jetzt, infolge vielleicht der äußeren Arrangements, der Universitätsfeier und ihrer Trennung von uns 2c., der Vortrag im geringsten, oder erscheint er Ihnen nicht mehr als eine pars integra des Festes, so bleibt er am besten ganz weg. Glauben Sie durchaus nicht, daß ich Ihnen dies übel nehmen würde. Ganz und garnicht! Ich würde mich am Feste um so besser amüsieren, wenn ich nichts dabei zu tun habe; für die kleine Arbeitsmühe würde mich die dadurch erlangte Klarheit über den bestimmten Hervorgang Fichtes aus Kant und Hegels aus Fichte vollkommen entschädigen und auch nach außenhin, wie die Änderung des Programms zu erklären, wird ein so erfinderischer Ulysseskopf wie der Ihrige nicht um einen guten Vorwand in Verlegenheit sein.

Also ganz wie es Ihnen lieber ist. —

Sonntag wollen wir jedenfalls uns bei einem guten Glase Rheinwein und Sekt für die Strapazen des folgenden Tages entschädigen.

Freitag Ganz Ihr F. Lassalle.[1])

Der an Professor C. L. MICHELET, den Vorsitzenden der Berliner Philosophischen Gesellschaft gerichtete Brief beschäftigt sich mit der Feier von FICHTES hundertstem Geburtstage, die drei Tage darauf von dieser wissenschaftlichen Vereinigung in Arnims Hotel, Unter den Linden, abgehalten wurde. LASSALLE war im April 1857 von Düsseldorf nach Berlin übersiedelt und im November jenes Jahres als Mitglied der Philosophischen Gesellschaft beigetreten, die damals den Sammelpunkt für die noch im Bannkreise HEGELS stehenden

1) Das Original dieses und des folgenden Briefes befindet sich in meinem Besitz.

Gelehrten abgab. Der Verfasser des „Heraklit“ wurde hier mit offenen Armen empfangen, und nach dem Erscheinen des „Systems der erworbenen Rechte“ im Jahre 1861 ergab es sich ganz von selbst, daß die Gesellschaft ihr glänzendes junges Mitglied zu ihrem Sprecher bei dem FICHTEjubiläum bestimmte. Aber der hundertste Geburtstag des Redners „an die deutsche Nation“, des großen Philosophen, des ersten Rektors der Universität wurde in Berlin als ein allgemeiner Festtag begangen: Schon am Morgen huldigten ihm an seinem Grabe die Turner unter MASSMANNS Führung. Am Vormittage fand in der Universität ein Festakt statt, wobei der Rektor magnificus ADOLPH TRENDELENBURG die philosophische und nationale Bedeutung seines Vorgängers umschrieb. Des Abends um sieben veranstaltete dann im Viktoria-Theater der Nationalverein eine großartige Feier, bei der BERTHOLD AUERBACH und nach ihm LÖWE-CALBE die Festreden hielten, im Komitee saßen neben AUERBACH, STAHR, RODENBERG u. a. die Führer der Fortschrittspartei: SCHULZE-DELITZSCH, TWESTEN, UNRUH, VIRCHOW, DUNCKER. Zwischen diese Veranstaltungen hatte nun die Philosophische Gesellschaft ihre Festsitzung anberaumt. Auf den Einladungskarten war der Beginn der Feier für 2 Uhr angesetzt worden, und die Rede sollte merkwürdigerweise ursprünglich nach dem Festessen stattfinden[1]). Aber auf LASSALLES Betreiben beschloß eine Komiteesitzung, die — wohl am Sonntag den 11. Mai — in seiner Wohnung stattfand, das Fest statt um 3 schon um 2 Uhr pünktlich und zwar nach einer Kantate sofort mit dem Vortrage anheben zu lassen. Aus dieser Situation begreift man LASSALLES vorstehenden Brief an MICHELET. Der Nationalverein hatte in den gelesensten Berliner Tageszeitungen mit großgedruckten Annoncen mehrere Male zu seiner Feier eingeladen, der Festakt in der Universität war seines Publikums sicher; dagegen konnte es sehr gut eintreffen, daß bei dem Redenüberfluß des Tages LASSALLE vor einem halb leeren Saale sprach. Durchaus begreiflich war daher seine Bitte, man solle wenigstens Mitteilungen über die beschlossene Programmänderung in den Zeitungen veröffentlichen. Doch weder in der Nationalzeitung noch in der Volkszeitung und der Berliner Reform habe ich die von ihm gewünschte Annonce gefunden. Aus welchem Grunde MICHELET der Aufforderung LASSALLES nicht Folge leistete, ließ sich nicht mehr feststellen. Der Verlauf der Feier sollte zeigen, wie berechtigt LASSALLES Befürchtung gewesen war. Die Mehrzahl der Teilnehmer hatte offenbar von der Programmänderung keine Kenntnis mehr erhalten, LASSALLE konnte deshalb seine Rede nicht vor drei Uhr beginnen, und die Professoren, die sich um diese Stunde mit hungrigem Magen einfanden, durften sich erst um 4½ zu Tische setzen. Nun lag der Speisesaal dicht neben dem Festsaal, und derjenige Teil des Publikums, der LASSALLES gedankenreiche aber schwere Rede nicht anhören wollte, störte von dort aus durch Anklingen der Gläser und lautes, oft wütendes Anklopfen an die Verbindungstür den Redner derart, daß dieser im Laufe seiner Ausführungen die Frage stellen mußte, ob er seinen Vortrag

1) Dies scheint sich deutlich aus einem nicht ausreichend datierten Brief LASSALLES an HANS VON BÜLOW zu ergeben. Vgl. Briefe LASSALLES an H. VON BÜLOW. Dresden 1893. S. 14—15.

lieber abbrechen solle. Diese Vorkommnisse beeinträchtigten den harmonischen Verlauf der Feier und fanden einen Nachhall in der liberalen Presse, die damals einmütig für LASSALLE Partei ergriff. So hieß es in dem Bericht der National-Zeitung, der „F" gezeichnet ist und wohl von KARL FRENZEL stammt, u. a.: „Es gab einen westlichen und einen östlichen Divan in dem kleinen und dem großen Arnimschen Saal; jener hatte die Metaphysiker um den Festredner vereinigt, in diesem tumultierten die eßbegierigen Physiker wegen der langen Dauer der Festrede". Und der Berichterstatter der Berliner Reform gestand, daß er niemals geglaubt haben würde, daß derartige Szenen inmitten einer philosophischen Gesellschaft und bei einer solchen Feier sich zutragen könnten: „W o i s t j e t z t d i e B i l d u n g, w o i s t A c h t u n g v o r d e m h e i l i g e n E r n s t d e r W i s s e n s c h a f t? Dr. (sic!) LASSALLE, dessen streng wissenschaftliche Vorträge, wie man uns sagt, von Handwerker- und Arbeitervereinen stundenlang mit der größten Aufmerksamkeit angehört werden, wird im stande sein, nach praktischen Erfahrungen diese Frage zu beantworten".

Schon wenige Tage später veröffentlichte LASSALLE in Broschürenform seine Rede über „Die Philosophie FICHTES und die Bedeutung des deutschen Volksgeistes". Und es ist anzunehmen, daß die allgemeine Anerkennung, die sie post festum bei der Kritik fand, ihn für das Fiasko, das ihm die hungernden Philosophen bereitet hatten, reichlich entschädigte. Die Deutschen Jahrbücher für Politik und Literatur nannten damals in einem ausführlichen Überblick über die Literatur des Fichtefestes LASSALLES Rede „das Bedeutendste und inhaltsreichste, was bei dieser Gelegenheit über FICHTE gesagt worden ist".

II. Lassalle über die Arbeiterversammlung im Saale „Sanssouci" in Elberfeld vom 20. September 1863.

Liebe Agnes! Ihr Brief kommt doppelt gelegen. Denn er lenkt in einsamer, melancholischer Stimmung meine Gedanken auf einen lieben Gegenstand!

Da sitze ich krank und verdrießlich! Krank gerade jetzt, wo ich es durchaus nicht brauchen kann! Und wenn ich blos krank wäre! Aber ich bin viel weniger und doch viel schlimmer als krank, ich bin — todtheiser!

Ich wurde hier sehr herzlich empfangen. Gestern ging es nach Elberfeld. Trotz des strömenden Regens — ein halber Wolkenbruch — wurde ich schon an der Eisenbahn von vielen hundert Arbeitern empfangen; trotz des strömenden Regens füllten 3000 Menschen den riesigen Saal in Barmen, wo ich sprach. Die Versammlung zeichnete sich durch ein eigentümliches ergötzliches Detail aus. Bourgeois — Barmer und Elberfelder Fabrikanten — waren erschienen, um zu stören. Als sie das zweite oder dritte mal hierzu ansetzten, ereignete sich das Seltsame, daß die Fabrikanten — wohl über 200 — von ihren eigenen Arbeitern zur Türe hinaus geworfen wurden. Aber mit einer solchen R u h e und B l i t z e s s c h n e l l e, daß ich am obern Ende des Saales nichts davon h ö r t e und nichts davon gemerkt hätte, wenn ich nicht g e s e h e n hätte, wie plötzlich Stühle geschwungen und ihnen auf den Kopf geschlagen wurden. Die Sache war wegen der erstaunlichen Stille und Präzision mit der sie ablief — kein Laut — sehr ergötzlich! Es war im Nu besorgt!

Weniger ergötzlich aber war der furchtbare Regen! Er prasselte so stark auf das Zinkdach unseres Saales, daß man kein Wort hätte verstehen können, wenn ich nicht die Stimme bis zu einem unerhörten Fortissimo angestrengt hätte.

So übertönte ich das Geräusch des Jupiter pluvius, machte 2½ Stunde hintereinander donnernd, während er regnete. Aber die Folgen zeigten sich heute früh. Diese Überforcirung und nasse Füße zogen mir eine heftige Erkältung und vollständige Halsgeschwulst und Heiserkeit zu.

Für heute Abend ist in Cöln Versammlung anberaumt. Von weit her kommen die Arbeiter. Und ich muß eben abtelegraphieren! Es ist scheußlich. Hier sitze ich einsam. Denn ich soll nicht sprechen.

Malen Sie sich ein wenig das Unerquickliche dieser Lage aus!

Das ganze Leben ist nichts als eine Reihe von Verdrüßlichkeiten mit wenigen Lichtblicken! Wahrscheinlich Mittwoch werde ich in Cöln, Sonntag in Solingen (vor 5—6000 Arbeitern), Montag in Düsseldorf sprechen, dann nach Hamburg, um immer dieselbe Rede zu halten. O wie langweilig! Und wenn ich dann endlich in Berlin ankomme, trete ich — — doch wozu diese mißmütigen Reflexionen? Ich fühle mich ennuyirt — von allen Übeln das größte! Aber noch nie ist ennui durch Betrachtungen desselben amüsanter geworden. Also genug davon! Es war viel schöner als wir damals in Düss. lebten. Adieu, Agnes!

Ihr F. L.

Dieser Brief LASSALLES ist undatiert, doch der Zusammenhang ergibt, daß er am Montag den 21. September 1863 in Barmen geschrieben wurde, am Tage nachdem LASSALLE dort die berühmte Rede „Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag" gehalten hatte, jene Rede, durch die er seine taktische Wendung, den endgültigen Bruch mit der Fortschrittspartei und die Annäherung an BISMARCK, offensichtlich machte. Am folgenden Abend wollte er diese Rede auch in Köln halten, aber sein Halsleiden zwang ihn, an MOSES HESS, den Bevollmächtigten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins für diese Stadt, in letzter Stunde abzutelegraphieren. Gegenüber den Angaben des vorliegenden Briefes über diesen Punkt läßt sich die Behauptung BERNHARD BECKERS, daß LASSALLE Köln aus Furcht vor seinen Gegnern gemieden hätte, um so weniger aufrecht erhalten[1]), als er noch hier, nach Absagung der ersten Versammlung, eine Versammlung in Köln für den übernächsten Tag als bevorstehend annimmt. Bekanntlich sprach aber LASSALLE auf dieser Agitationsreise nur noch am 27. September in Solingen und am 28. in Düsseldorf. Auch die Reise nach Hamburg mußte er der anhaltenden Heiserkeit wegen aufgeben. Der Familiennamen der Adressatin ließ sich leider nicht mehr feststellen.

---

1) Vgl. BERNHARD BECKER, Geschichte der Arbeiteragitation LASSALLES usw. Braunschweig 1874, S. 100 f. BERNHARD HARMS läßt in seinem an tatsächlichen Ungenauigkeiten reichen Schriftchen „FERDINAND LASSALLE und seine Bedeutung für die Deutsche Sozialdemokratie" (Jena 1909) diesen schon am 17. September nach Berlin zurückkehren, also vor den Tagen, an denen er in Barmen, Solingen und Düsseldorf sprach.

Wie der Schluß des Briefes zeigt, handelt es sich um ein weibliches Wesen, das LASSALLE in Düsseldorf vor seinem Wegzuge häufiger gesehen haben muß, das aber damals nicht mehr dort wohnte, denn sonst hätte er wohl von einem Wiedersehen in einigen Tagen gesprochen. Die Anrede mit dem bloßen Vornamen läßt auf ein vertrauliches, aber der allgemeine Ton des Briefes mehr auf ein kameradschaftliches als auf ein intimes Verhältnis schließen. Man möchte annehmen, daß die Adressatin vielleicht die Frau oder Schwester eines jener ihm treu anhängenden Arbeiter war, mit denen er in Düsseldorf während der Reaktionszeit verkehrte. Das Interesse, das er bei ihr für die Arbeiterversammlung voraussetzt, bestärkt diesen Schluß. Mir erzählte vor Jahren eine alte Düsseldorferin und Bekannte LASSALLES, die in Brüssel lebt, daß dieser sich dort für die Frau seines treuen Anhänger KICHNIAWY lebhaft interessiert hätte. Doch konnte ich nicht in Erfahrung bringen, ob diese Agnes hieß.[1]) Ein politisch interessanter Brief LASSALLES an KICHNIAWY kam vor einigen Jahren in Berlin bei LIEPMANNSOHN zur Versteigerung.

Der Vorgang, der in dem Brief erzählt wird, ist im wesentlichen bekannt, denn LASSALLE hat der Broschüre, welche seine Rede enthielt, eine Beschreibung der Elberfelder Versammlung beigefügt. Aber die Art, wie er selbst hier unter dem frischen Eindruck des Erlebnisses den Hergang schildert, nicht zuletzt die Parallele, in die er mit naiver Selbstvergötterung sich zu Jupiter pluvius setzt, ist von biographischem Reiz. Auf die düstere Stimmung, die im Schluß des Briefes zum Ausdruck kommt, darf kein übertriebener Nachdruck gelegt werden, da sie sich bei LASSALLES impulsiver Natur restlos aus der unbehaglichen Situation des Moments ableiten läßt. Interessanter ist die Klage des Agitators darüber, daß er von Stadt zu Stadt fahren und immer die gleiche Rede halten müsse! Sie ist eine Bestätigung mehr für die bekannte Tatsache, daß dem großen Tribunen jene Geduld und Zähigkeit abgingen, die für eine dauernde Organisierung der Massen notwendig waren, Eigenschaften, über die hernach SCHWEIZER und besonders BEBEL in hohem Maße verfügten.

III. V. A. Huber, Lassalle und die Monarchie.

In seinem „Offenen Antwortschreiben“ beruft sich LASSALLE dort, wo er die relative Bedeutungslosigkeit von Spar-, Hilfs- und Krankenkassen für die Besserung der allgemeinen Lage der Arbeiter darzutun sucht, auf das Zeugnis „des streng konservativen, streng royalistischen Professors HUBER“, der gleichfalls der sozialen Frage und der Entwicklung der Arbeiterbewegung seine Studien gewidmet habe. Dabei betont LASSALLE ausdrücklich, daß HUBER ihm und dem von ihm dort bekämpften Liberalismus in politischer und ökonomischer Hinsicht gleich fern stünde.

Gegen diese kurze Charakteristik von HUBERS politisch-sozialem Standpunkt läßt sich sachlich nichts einwenden: ein ebenso überzeugter Gegner

1) Auch die Herren Dr. PAUL LINDAU und REINHOLD SCHLINGMANN in Berlin, die es vielleicht hätten wissen können, vermochten mir über die Persönlichkeit der Adressatin keine Auskunft zu geben.

des Parlamentarismus mit seinem Majoritätskultus wie des religiösen Rationalismus hatte sich dieser nach der Revolution von der konservativen Partei, zu deren Gründern man ihn zählen darf, losgesagt, weil sie in eine „formale Teilung der höchsten Staatsgewalt gewilligt", das Königtum nicht in seiner Uneingeschränktheit beschützt und nicht anders als die Liberalen und Demokraten eine Mitherrschaft gefordert hätte. Eine Mitregierung der Junker vertrug sich aber mit dem altpreußischen Königtum, wie er es auffaßte, ebenso wenig wie eine der Demokratie[1]). Wie NIKOLAUS I., auf den er sich beruft, erschien auch ihm theoretisch eine Republik begreiflicher als eine Monarchie mit parlamentarischem Vetorecht. HUBER war überzeugt, daß ein ausreichendes Maß von Freiheit mit der „ehrlichen, wahren Monarchie" vereinbar gewesen wäre und daß die Verantwortung für die Schäden des Vormärz nicht den Träger der Krone, der von den besten Intentionen erfüllt war, sondern das Übermaß bureaukratischer Bevormundung traf. Er verzieh es den Konservativen nicht, daß auch sie von ihrer Seite „am Königsmantel gezerrt" hätten und im geheimen hoffte er, daß einmal der Tag kommen möge, an dem das Königtum „aus jenem verfassungsmäßigen Bann" heraustreten würde. Keinen Bonapartistischen Coup d'etat wünschte HUBER, Gott bewahre, obgleich er den Napoleonischen Staatsstreich in seinen Reisebriefen als ein „Meisterstück" politischer Technik gefeiert hatte[2]). Aber es bedürfte ja auch nur einer Berufung des Königs an Gott und sein ererbtes göttliches Recht, an die noch in seinen Händen liegende tatsächliche Macht und an das Land unmittelbar „mit Umgehung seiner formell berechtigten aber sachlich gefälschten Vertretung"! Freilich dürfe eine solche Krisis nicht willkürlich herbeigeführt werden, sondern sie müsse das unabweisliche Resultat der dringendsten Not und der schwersten Erfahrungen sein. Der „Kampf um Preußens Kriegsbereitschaft" — der Verfassungskonflikt — erschien HUBER geeignet als Ausgangspunkt für eine solche royalistische Restauration, die dem Ministerialismus ein Ende machen und Preußen dauernd vor einer Schatten- und Scheinmonarchie in französischer und englischer Art bewahren konnte!

Aber diese politisch reaktionäre Gesinnung des für die Zeichen der Zeit in anderer Hinsicht so feinfühligen Mannes klärt sich erst, wenn man erkennt, daß der Schwerpunkt seines Interesses völlig auf ethisch-sozialem Gebiete lag.

1) HUBER sprach überdies den „Junkern" die „reale Qualifikation", die „volkswirtschaftliche, soziale, sittliche und intellektuelle Ausstattung", die dazu gehörten, ausdrücklich ab. Vgl. V. A. HUBER, Bruch mit der Revolution und Ritterschaft, Berlin 1852; V. A. H., Die Machtfülle des altpreußischen Königtums und die konservative Partei, 1862. Man vergleiche dort S. 20/21 seine Unterscheidung von Aristokratie und Junkertum. 2) Dort lobt er „die Art, wie er vorbereitet, angelegt und ausgeführt" wurde etc. etc., und findet, daß „abgesehen von der politischen Rechtsfrage auch kein entscheidendes sittliches Bedenken" gegen jenen Staatsstreich vorläge. Höchst charakteristisch fügt er hinzu: „Möchten besser berechtigte Mächte vorkommenden Falls die Lehre benutzen!" (Reisebriefe usw. I. S. 328 f.)

Die Bedeutung des sozialen Gesichtspunkts hatte ein frühzeitiger Aufenthalt im Ausland ihn schon zu einer Zeit würdigen gelehrt, als bei uns weder im liberalen noch im konservativen Lager irgend ein Verständnis dafür bestand. Aus eigener Anschauung besaß HUBER wirkliche Kenntnisse von den Zuständen der industriell vorgeschritteneren Länder und von den Wegen, auf denen man dort die soziale Not im einzelnen zu bannen suchte. Dann hatte er in den vierziger und fünfziger Jahren wiederholt Frankreich, Belgien und England mit der ausgesprochenen Absicht bereist, das Arbeitergenossenschaftswesen zu studieren, und seine noch heute lehrreichen Reisebriefe vermittelten damals bekanntlich eine große Fülle neuer Tatsachen und Gesichtspunkte jenem verhältnismäßig kleinen Teil des deutschen Publikums, welcher sich bereits für diese Probleme interessierte[1]). Ohne vordrängende Machtinstinkte, ein ethischer Idealist von unbestechlicher Ehrlichkeit verabscheute HUBER, um des Tageserfolges willen seine Anschauungen und Erkenntnisse in jener vergröbernden Art zu popularisieren, die es vielleicht ermöglicht hätte, die Massen schnell für sie zu erobern. Er war überzeugt, daß gegen die soziale Not kein in kurzer Frist wirkendes Allheilmittel vorhanden war, und er lehnte grundsätzlich die Männer ab, die das Volk „mit dem Wahn betörten", das Ziel „ließe sich gleichsam mit einem Sprunge erreichen." Da er aber zugeben mußte, daß in Preußen weder der Staat noch die höheren Klassen, die der Unermüdliche seit zwei Jahrzehnten vergebens an ihre hohen sozialen Pflichten mahnte, sich ihrer Mission bei Zeiten erinnert hätten, so stand er nicht an, die „relativ große Berechtigung der Arbeiterbewegung" anzuerkennen. Nur bestritt er, daß die Arbeiter selbst fähig wären, ihre eigene Sache zu führen. Natürlich verabscheute dieser Mann des Friedens den Klassenkampf, sein Ideal war der Zusammenschluß der „gesellschaftlichen Atome" zu genossenschaftlicher Arbeit. Die „politische Agitation in sozialen Dingen" war ihm noch unsympathischer als die Streiks. Diese hatte er bei den englischen Trades-Unions studiert, über welche er in seinen Reisebriefen wohl als der erste deutsche Schriftsteller eingehend berichtet. Mit rührender Beredsamkeit predigte HUBER der konservativen Partei, mit der er sich auch nach der Trennung über die Notwendigkeit des religiösen und kirchlichen Unterbaus für alles politische und soziale Leben eins wußte, die Unhaltbarkeit ihrer Antithese von dem konservativen Charakter der zünftlerischen Korporationen und der revolutionären Natur des Genossenschaftswesens. Immer von neuem setzte er ihr auseinander, daß die große Masse des Proletariats nie zünftig gewesen wäre und es nie werden würde, daß diese allein durch die Assoziation vor einem Versinken in den „arbeitslosen Pauperismus" bewahrt werden könne! Aber auch die bedeutende Entwicklung des Arbeitergenossenschaftswesens, der all sein Hoffen galt, erschien ihm aus sittlich-religiösen Erwägungen nur wünschenswert mit der Initiative, Unterstützung, Leitung und Vermittlung der von ihm so genannten „aristokratischen Elemente", zu denen er auch die städtischen, gewerblichen, kirchlichen Korporationen sowie den Staat rechnete.[2])

1) Reisebriefe aus Belgien, Frankreich und England im Sommer 1854. Hamburg 1855. 2) Vgl. u. a. Reisebriefe, Vorwort zu Bd. I p. XXXV f.

Nicht im Zweifel über die Aufgaben, welche die industrielle Umgestaltung stellte, und wohl vertraut mit OWEN, ST. SIMON, FOURIER, BLANC und CABET, warnte er während der fünfziger Jahre unaufhörlich die konservativen Mächte Deutschlands davor, das soziale Gebiet solange zu vernachlässigen, bis es von revolutionärer und kommunistischer Seite in Besitz genommen wäre. Das altpreußische Königtum in seiner überkommenen, urwüchsigen und von keiner Bureaukratie überwucherten Natur erschien ihm dabei als der Rocher de Bronce, den die Stürme der Zeiten niemals erschüttern dürften, weil es für die Masse des Volks das Symbol des Vertrauens in die sittlichen Lebensmächte und die eigene wohlgeschützte Kraft bedeutete! —

In seinen Reisebriefen bekennt sich HUBER einmal zu dem „tiefsinnigen Paradoxon", daß ein jeder eigentlich nur mit seinen Freunden streiten sollte. Ihm war es nicht geheuer, daß ein Mann wie LASSALLE, der auf nichts weniger als auf christlicher Grundlage stand und mit dem er sich über Fragen der Weltanschauung, der sittlichen Wertungen und der Politik niemals einigen zu können glaubte, in sozialen Dingen seine Autorität anrief. Da aber andererseits seine „besten Feinde", die Konservativen, ihn mit beharrlichem Totschweigen bedachten, so mußte dem vereinsamten Manne bei dem Aufsehen, das die LASSALLEsche Bewegung erregte, ein Anlaß willkommen sein, der ihn zwang, sich vor der Öffentlichkeit mit jenen beiden sozialpolitischen Richtungen auseinander zu setzen, die einander damals so geräuschvoll bekämpften.

Zuerst ergriff er das Wort — wenige Tage nach dem Erscheinen des Offenen Antwortschreibens in einem Brief an den Redakteur der Deutschen Gemeinde-Zeitung in Berlin, und dabei verschlägt es heute nichts mehr, daß HUBER nachträglich über den wörtlichen Abdruck seiner flüchtig hingeworfenen Ausführungen ungehalten war. Am wenigsten hatte er wohl damit gerechnet, daß LASSALLE in seinem ungleichen Kampfe gegen die herrschende Volkswirtschaftslehre selbst mit einer sehr verklausulierten Zustimmung zufrieden, diesen Brief aus dem Dunkel des kleinen Fachblatts an das grelle Licht der großen Berliner Tagespresse ziehen würde[1]. HUBER urteilte hier sowohl über die sozialen Leistungen von SCHULZE-Delitzsch wie über die Vorschläge LASSALLES. In der sachlichen Kritik von SCHULZES Wirksamkeit sagte er ungefähr das gleiche wie das Offene Antwortschreiben, er sprach ihr große Verdienste um das Handwerk zu, bestritt aber, daß sie für die Arbeiterklasse etwas leiste. Das erklärte er zum Teil aus SCHULZES „politischen Beziehungen zu dem großen Fabrikkapital (Reichenheim etc.)" LASSALLE hatte in seiner warmen Würdigung der Verdienste des „Vaters und Stifters des deutschen Genossenschaftswesens" dies Motiv nicht erwähnt. Den Unterschied zwischen seinem und LASSALLES sozialen Standpunkt charakterisierte HUBER dahin, daß er den Arbeitern rate, sich unter Leitung „wahrer Freunde des Volks" auf dem langsamen Wege des Genossenschaftswesens nach englischem Vorbilde selbst zu helfen und nicht zu warten, bis ihnen „die gebratenen

1) Vgl. Eduard BERNSTEIN, LASSALLES Reden und Schriften, Bd. II S. 496. LASSALLE und Professor V. A. HUBER.

Subventions-Tauben" irgendwoher in den Mund flögen. Hätten sie erst einmal selbst etwas für sich getan, so erhielte die Forderung nach Hilfe von außen und oben, die er nicht prinzipiell auschloß [1]), einen ganz anderen Sinn und Nachdruck, und die Gefahr, die Subvention mit einer drückenden Kontrolle bezahlen zu müssen, würde geringer. Bei der Publikation des HUBERschen Briefes betonte LASSALLE in einer Anmerkung, daß diese Gefahr beseitigt würde durch die vollkommene Demokratisierung der Staatsgewalt, die sein Plan voraussetze. Bis hierher ließ sich HUBERS Abweichung von LASSALLE allenfalls als eine nur quantitative auffassen. Von dem folgenden galt das nicht mehr: „LASSALLE führt die Leute von der sozialen und volkswirtschaftlichen Arbeit zur Selbsthilfe auf den Weg der politischen Agitation, dessen Ziel die Staatssubvention in großartigem Maßstabe ist, dessen Verwirklichung die vollkommene Demokratisierung der Staatsgewalt voraussetzt oder deren ebenso vollkommene Bonapartisierung". Wege und Ziele von solcher Art lagen in diametral entgegengesetzter Richtung zu den Idealen HUBERS!

Aber LASSALLE, der ihn nun einmal als Eideshelfer gegen die liberale Presse benutzen wollte, konstatierte vorläufig ihr Einverständnis hinsichtlich der Produktivassoziationen und der Staatshilfe für dieselben. Er fügte freilich hinzu, daß HUBER in bezug auf den Weg zu diesem Ziele — Agitation der öffentlichen Meinung — von ihm abweiche, eine Differenz, die sich aus der Verschiedenheit ihrer politischen Ansichten erkläre. Mit Recht bemerkt BERNSTEIN, daß HUBER zu ehrlich war, um so die Regierungspresse aus bloßer Sozialdemagogie mit LASSALLE zu kokettieren. Schon am 9. Mai verwahrte er sich in einer öffentlichen Erklärung gegen LASSALLES Interpretation, als bestünde zwischen ihren Ansichten von Staatshülfe „eine gänzliche oder auch nur wesentliche Übereinstimmung" und gleichzeitig kündigte er einen „offenen Brief" an, der demnächst erscheinen und „gewissensehrlichen Mißverständnissen" keinen Raum mehr lassen würde. Dieser „offene Brief" kam zu Anfang Juni in Berlin heraus, es war die bekannte Broschüre „Die Arbeiter und ihre Ratgeber", die HUBER mit Recht eine „jeder popularitätsüchtigen Lockung entbehrende Erörterung" nannte.

Der allgemeine Gedankengehalt dieser Schrift wurde schon bei der Skizzierung von HUBERS politisch-sozialen Grundanschauungen herangezogen. Hier braucht nur beachtet zu werden, inwieweit er darin seinen Standpunkt gegenüber SCHULZE und LASSALLE anders oder deutlicher und ausführlicher darlegte als in dem Schreiben an den Redakteur der Gemeindezeitung. HUBER bedauerte, daß er durch den schroffen Ton des ohne sein Wissen veröffentlichten Briefes SCHULZE verletzt hatte. Er kannte ihn persönlich, war in Delitzsch von ihm freundlich bewirtet worden, und die Lauterkeit seines Wollens zweifelte er nicht an, während er gegen LASSALLES Charakter, wie er diesem hernach bekannte, damals noch von Mißtrauen erfüllt war. So bezeugt HUBER jetzt dem „hauptsächlichen jedenfalls praktischen Gründer und Führer

1) Er fand sie ebenso berechtigt wie Staatssubventionen für Eisenbahnen und andere Unternehmungen des „großen Mammonismus".

des deutschen Genossenschaftswesens" die „gebührende Hochachtung" und findet Worte warmer Anerkennung für dessen „außerordentliche Begabung" und „sittlichen Kräfte". Schwieg er auch keineswegs über SCHULZES praktische Vernachlässigung der Lohnarbeiter, für die er wiederum dessen politische Wahlverwandschaft mit dem „liberalen Kapital" verantwortlich macht, so fand er es doch geradezu verwerflich und verderblich, „einem Manne, der soviel Gutes und Nützliches getan und geschaffen", immer wieder vorzuwerfen, „daß er nicht Alles getan hat, was not tut". Freilich betonte der ehrliche HUBER, daß seine Verteidigung SCHULZES gegen LASSALLE sich auf das soziale Gebiet beschränken müsse, denn im politischen Streit zwischen beiden könnte er nur die Streiche bedauern, die von der einen oder anderen Seite nicht träfen.

Gegen den Verfasser des Offenen Antwortschreibens schlägt der christlich-konservative Vorkämpfer der genossenschaftlichen Selbsthilfe einen weniger achtungsvollen Ton an. „Geist und Geistreichigkeit einer gewissen Art, Scharfsinn, Gewandtheit" und vor allem Zuversicht und Kühnheit gesteht er ihm zu, aber neben solchen Vorzügen ständen die ihnen verwandten Fehler: Leichtfertigkeit, Flüchtigkeit, Einseitigkeit und selbstgefällige Befangenheit. LASSALLE benutze die Prinzipien und Tatsachen nur so und soweit er sie gebrauchen könne: „Wem es mit der Sache wirklich ernst ist, der gibt sich auch die Mühe, sich gründlich darüber zu unterrichten, und wer seine wirklichen Kenntnisse in der Sache nicht ehrlich zur Erörterung derselben verwertet, der macht den Eindruck, als läge ihm entweder nichts an der Sache oder als wäre er nicht recht fähig, eine gute ernste Sache würdig zu führen." LASSALLES Bewertung des Genossenschaftswesens wurde bekanntlich von seiner Formulierung des „ehernen Lohngesetzes" bedingt, aus dem er folgerte, daß den Arbeitern auf diesem Wege nur als Produzenten und nicht als Konsumenten eine großzügige Hilfe kommen könne. HUBER stand in dieser Frage mit beiden Füßen auf dem Boden der Erfahrung, und deshalb war es ihm nicht schwer, an LASSALLES dogmatischer Formulierung des Lohngesetzes die schwache Stelle aufzuspähen und damit auch die sachliche Unhaltbarkeit seiner Beurteilung des Genossenschaftswesens bloßzulegen. Charakteristisch für ihn ist hierbei seine Anrufung der „nicht materiellen Faktoren" unter dem Gesichtspunkt einer ethischen Nationalökonomie und seine ausdrückliche Bezugnahme auf RUSKIN! Das schließliche Resultat, so drückt er es aus, entstehe aus einem Komplex und Wechsel sich gegenseitig beschränkender und bedingender Zusammen- und Gegenwirkungen, die sich schon deshalb keineswegs, wie man in allzu bequemer Wissensseligkeit wähne, in eine oder ein paar logische oder gar algebraische Formeln fassen ließen, weil jene mitwirkenden Faktoren wesentlich sittlicher und in der Praxis individueller Natur — imponderabilia und incommensurabilia wären!

Aber auch über den Weg, auf dem die Zukunft für das Genossenschaftswesen erobert werden konnte, war HUBER mit LASSALLE ganz und gar nicht einverstanden, obgleich er, ein Feind „korrekter Prinzipienreiterei und Consequenzenmacherei", nicht prinzipiell **jede** Staatshilfe verwarf. Schon

der Kraft und Einsicht des bestehenden „Beamtenstaats“ und seiner Staatsmänner traute er nicht und. obgleich kein Manchestermann, hegte er Mißtrauen gegen das „Viel- oder Allregieren.“ Noch weniger glaubte er, daß in einem den Wünschen Lassalles entsprechenden Staat die individuellen Kräfte und Begabungen hohen Aufgaben gewachsen sein würden, wobei er noch ganz davon absehen wollte, daß die von Lassalle geforderte Art der Staatsunterstützung zu einer radikalen Umwandlung aller sozialen Verhältnisse führen mußte. Als Gegner der Bureaukratie verwarf Huber sogar schon alle Zwangsbeiträge der Fabrikherren zu den Hilfskassen der Arbeiter!

Weit mehr aber noch graute dem kirchlich und königstreu gesinnten Manne vor jener Verquickung der politischen und sozialen Agitation, die Lassalle als seine besondere Force betrachtete. Hubers sittlich-soziale Wertungsweise ankerte in dem Kultus des Christentums und der unverantwortlichen, historisch gewurzelten Monarchie. Eine tumultuarische, leidenschaftliche, ja „schon jede massenhafte Behandlung“ sozialer Probleme in lärmenden Versammlungen mußte, wie er voraussah, die Arbeiter zur Unterschätzung kleiner Fortschritte, zur Ungeduld und zum Klassenhaß verleiten. Deutlich erkannte er an Lassalles Agitation, mochte jener ihn auch noch verstecken, den republikanischen und sozialistischen Pferdefuß! Mit solchen Bestrebungen konnte und wollte er keine Gemeinschaft pflegen!

Berücksichtigt man alle diese ungeheuren Gegensätze ihrer Naturen, ihrer Anschauungen und ihres politischen Milieus und denkt man obendrein an Hubers Mißtrauen gegen Lassalles Antezedentien, dem er in seinem „Offenen Brief“ einen ziemlich unverhüllten Ausdruck gegeben hatte, so wird es vielleicht verständlich, daß kein Biograph Lassalles und kein Historiker des Sozialismus bisher danach geforscht hat, ob es denn niemals zu einem persönlichen Meinungsaustausch zwischen beiden Männern gekommen ist. Ein einziger Blick in die vor über einem Menschenalter erschienene vortreffliche Biographie Hubers von Rudolf Elvers hätte hingereicht, eine Antwort und zwar eine bejahende auf diese Frage zu geben.

Lassalle war nicht der Mensch, der Angriffe schweigend einsteckte. Unmittelbar nach der Lektüre der kleinen Schrift seines Gegners, noch im Monat ihres Erscheinens, hat denn auch Huber nicht öffentlich, sondern in einem privaten Brief — der Grund wird angegeben — seine Antwort erhalten. Nicht ganz vollständig aber in seinem „weitaus wichtigsten“ Teil wird dieses Schreiben, dessen Verbleib ich nicht nachweisen kann, von Elvers abgedruckt. Es lautet:

Geehrtester Herr Professor! Ich habe soeben Ihre neueste Schrift, „die Arbeiter und ihre Ratgeber,“ gelesen, und bei der sympathischen Hochachtung, die ich stets für Sie gehegt habe, drängt es mich, mich gleichsam bei Ihnen selbst zu beschweren, daß Sie mich so ungerecht behandelt haben.

Ungerecht in hohem Grade!

Wenn Sie Zweifel ausdrücken, ob ich in der ökonomischen Materie hinreichend bewandert sei, — so mag dies den liberalen Zeitungsschreibern gestattet sein, Ihnen ist es dies aber eigentlich nicht. Abgesehen davon, daß ein Mann der Wissenschaft

schwerlich die Voraussetzung wird machen können, daß ich nach meinen anderweitigen wissenschaftlichen Werken (Heraklit, System d. Rechte usw.) auf einem andern Gebiet das Wort ergreifen würde, wenn ich auf demselben nicht ebenso zu Hause wäre, so müßte, glaube ich, gerade mein „Antwortschreiben" trotz seiner Kürze und zum Teil gerade durch dieselbe sehr deutlich zeigen, wie nachdrücklich dies der Fall ist. Noch schlimmer ist die Alternative, die Sie setzen: ignoriren oder ignoriren wollen! Gewiß sehr unverdient. Ich glaube, daß mein „Antwortschreiben", wie alle meine Schriften, jedenfalls der höchste Beweis von bonne foi ist. (Der Brief wendet sich dann gegen einzelne Stellen der Huberschen Schrift, in welchen dieser Lassalle, nach seiner Meinung, unrichtig zitiert oder mißverstanden hätte. Dabei verwahrt sich der Schreiber auch dagegen, daß er das eherne Lohngesetz als ein Naturgesetz bezeichne:

„Ich halte es für so unvermeidlich, wie ein Naturgesetz, so lange die heutigen historischen Produktionszustände bestehen. Ich halte es also für ein historisches Gesetz, eben so wohl der Veränderung fähig, wie alle historischen Zustände, und nur so lange „ehern, notwendig", als seine Bedingungen, die heutigen bestimmten Produktionsverhältnisse, walten." Nachdem er noch andere von Elvers leider nicht abgedruckte Beschwerden vorgebracht hat, fährt er fort:)

„Kurz, nicht ich bin „flüchtig", geehrter Herr Professor, sondern es scheint mir, daß ich von Ihnen ziemlich flüchtig gelesen und behandelt worden bin.

Was mich aber am meisten überrascht hat, ist ein Ton bitterer und feindlicher Polemik, der durch Ihre Schrift überall hindurchgeht, wo Sie mich erwähnen, nnd zu dem ich Ihnen keinerlei Anlaß gegeben zu haben glaube. Es schmerzt mich Ihre Ungerechtigkeit eben deshalb, weil ich sie bei Ihnen treffe, dem ich, wie Ihnen manche meiner Schriften zeigen können, stets eine große Hochachtung gewidmet hatte. Käme sie von einem Andern — sie sollte mich wenig kümmern, und am wenigsten zu einem Brief veranlassen! Es ist richtig: Sie mögen meine politische Richtung nicht. Das begreife und achte ich. Aber meine politische Richtung ist der Ihrigen nicht stärker entgegengesetzt, als die Ihrige der meinigen. Und warum hat mich das nie abgehalten, stets billig und gerecht gegen Sie zu sein? Warum hält es Sie ab, der Sie sonst billig gegen Alles und gegen Jedermann sind und sich gerade dadurch meine warme Sympathie und Hochachtung erworben haben?

Sie hassen meinen Weg, die Massenagitation. Aber warum wollen Sie gerade mich nicht auf meinem Weg versuchen lassen, was Sie auf dem Ihrigen verfolgen?

Und sind wir denn wirklich in bezug auf den Weg principiell verschieden? Sie sagen in der Vorrede: „Übrigens haben wir schon öfters erklärt: wenn die aristokratischen Elemente des Volkslebens in der Verkennung oder Vernachlässigung Ihres sozialen Berufs verharren, und wenn die Arbeiter selbst sich unfähig zeigen, sich im größeren Maße selbst zu helfen, so würden Sie auch für weitgehende Staatsinitiative sein! Nun, verehrter Herr, wir unterscheiden uns nur dadurch, daß für mich diese „Wenns" seit lange keine „Wenns" mehr sind, sondern nach meiner gesammten wissenschaftlichen Geschichtsauffassung unbedingte Tatsachen!

Sie hassen meinen Weg, den der Massenagitation! Ich möchte sagen: Sie haben

hierzu ein gewisses subjektives Recht! Wenn nämlich auch nur ein Dritteil oder ein Zehntel oder ein Zwanzigstel der Besitzenden wäre wie Sie, so voll von Liebe und ehrlichem Wohlwollen für die Sache der Arbeiter und der unteren Klassen überhaupt, so uneigennützig und aufopferungsfähig — ja dann wäre mein Weg der Massenagitation sehr unnötig, und dann würde ich auch nie zu demselben gegriffen haben. Aber schauen Sie doch um sich! Sehen Sie doch, wie vereinzelt Sie dastehen im conservativen Lager! Wenn diese Ihre Vereinzelung ein Grund ist, Ihnen eine ganze ausnahmsweis hohe Achtung zu widmen, so ist dieselbe Vereinsamung aber auch ein Grund, der mich berechtigt, den Weg der Massenagitation zu beschreiten.

Kurz, ich mag auch irren, ich mag einen sehr verderblichen Weg ergriffen haben, aber ich bitte Sie, an meine tiefe Überzeugung zu glauben, daß es eben schlechterdings nur auf diesem Wege der Massenagitation geht!

Sie sind ungerecht gegen mich gewesen, und ich müßte eigentlich mit Härte antworten. Aber bewahre mich der Himmel, wegen einer momentanen Ungerechtigkeit gegen mich Jemandem mit Härte zu antworten, den ich seit so manchem Jahre und aus so vielen Schriften liebe und achte. Und so antwortete ich Ihnen lieber gar nicht öffentlich und sende Ihnen statt dessen beiliegend mein neuestes kleines Opus[1]), welches Sie vielleicht etwas gerechter gegen mich macht.

Jedenfalls bitte ich in diesem Briefe nur einen Beweis der vorzüglichen Hochachtung zu sehen, mit der ich die Ehre habe zu zeichnen

Ew. Hochwohlgeboren ergebenster

28. Juni 1863. F. Lassalle.

Hubers Antwort ließ nicht lange auf sich warten, da Lassalle sie noch in der Schweiz erhielt; über ihren Inhalt kann man sich nur Vermutungen hingeben, denn der ganze Briefbesitz Lassalles lagert, bis heute uneröffnet, in verstaubten Kisten bei der Familie Hatzfeld. Aber noch ein zweites, biographisch wie historisch gleich aufschlußreiches Schreiben Lassalles an Huber ist vorhanden. Sein Original befindet sich in der Autographensammlung des belgischen Großindustriellen Herrn Raoul Warocqué, der mir eine Abschrift zur Verfügung gestellt hat, die von dem bisher unbeachtet gebliebenen Abdruck bei Elvers in einzelnen Worten abweicht[2]). Bei dem atemlosen Tempo seiner Geschäfte hatte Lassalle die Antwort an Huber von Monat zu Monat hinausgeschoben. Da erschien im Januar 1864 in dem ersten Heft einer neuen konservativen Zeitschrift[3]) ein umfangreicher Artikel über „die Arbeiterfrage in Zunftreaktion, Arbeiter-Bewegung und -Genossenschaft", worin jener die von ihm mißbilligten Richtungen mit der ihm eigenen Entschiedenheit schonungslos kritisierte. Aber die aufrichtige Verehrung, die aus Lassalles Worten

1) Wahrscheinlich war es das Arbeiterlesebuch. 2) Der Brief wurde vor etwa zwei Jahren vom Peuple in Brüssel in einer fehlerhaften französischen Übersetzung abgedruckt und gelangte von dort in einer völlig verstümmelten und teilweise ganz unsinnigen Zurückübersetzung in deutsche Blätter. 3) Jahrbücher für Gesellschafts- und Staatswissenschaft, herausgegeben von Dr. Glaser.

gesprochen hatte, scheint dem einsamen Manne trotzdem wohlgetan zu haben: jetzt, vielleicht auch erst nach LASSALLES zweitem Brief, schrieb er einem Freunde, daß er LASSALLE nicht mehr zurückweisen wolle, sondern ihn wirklich „in Affektion nehmen“ müsse[1]). So erklärt es sich, daß HUBER hier grimmig „das absurde und perfide Tagesgeschwätz“ geißelt, welches einen LASSALLE als ein Werkzeug der „Feudalreaktion“ denunziere. Aber in der Sache gab es für seine Bekennernatur ein liebenswürdiges Entgegenkommen nicht. LASSALLES Ziel und Weg: den demokratischen Staat, das allgemeine Stimmrecht und die Produktivgenossenschaften mit der Kredithilfe eines demokratischen Staats, verwirft er jetzt wie zuvor; das würde „unfehlbar durch Chaos zur Erstarrung, d. h. zu der Alternative eines reinen Soldaten- und Arbeiterstaats unter einem durch den Säbel temperierten Peitschenregiment (oder umgekehrt) führen“. Eine Tyrannis wie die Napoléons III. wollte er sich höchstens vorübergehend „als unvermeidliches und relativ geringeres Übel“ gefallen lassen. Freiwillig dürfte man dieses Mittel nicht ergreifen, solange noch Aussicht vorhanden wäre, auf anderen Wegen zu einem guten Ziele zu kommen. Davon aber, daß dies unmöglich sei, hätte ihn LASSALLES „geistreiche und in vielen Punkten sehr begründete Polemik sowohl gegen die Reaktion als gegen den Fortschritt und den status quo“ nicht zu überzeugen vermocht. Doch auch abgesehen davon; schon allein die Art der Gefahren, die mit dem von LASSALLE eingeschlagenen Wege verbunden waren, zwangen ihn zu entschiedener Gegnerschaft. Wenn die Massen jemals auf dem Wege der politisch-sozialen Agitation des allgemeinen Stimmrechts und mit dessen Hilfe der demokratischen Staatsgewalt teilhaftig werden sollten, so würden sie dieses Ziel alsdann in einem solchem Zustande sittlicher, geistiger und sozialer Verwilderung erreichen, daß sie die Fähigkeit zu jeder anderen sozialen oder politischen Ordnung außer eben jenem Doppeldespotismus des Säbels und der Peitsche verloren haben dürften! —

In seinen zweiten Brief an HUBER geht LASSALLE auf dessen Einwände gegen seine Person, seine Richtung und seine Agitationsweise ausführlich ein und nur den einen schweren Vorwurf läßt er unbeantwortet, daß Art und Inhalt seiner Agitation das Volk für den Cäsarismus reif mache.

„Geehrter Herr Professor. Seit lange bin ich Ihnen eine Antwort schuldig auf Ihren Brief, den ich in der Schweiz erhielt. Aber dort verschob ich es aus einem später anzuführenden Grunde bis zu meiner Rückkehr nach Berlin, und kaum in Berlin angelangt, war ich so Hals über Kopf mit meinem die Presse verlassenden nationalökonomischen Werke[2]), das ich ihnen beiliegend zu überreichen mich beehre, beschäftigt, daß es mir schlechthin unmöglich war, zu schreiben.

Hier also die Antwort!

Daß Sie mich, wie Sie schreiben, nach meinen früheren Antecedentien, nach den Hatzfeld schen Prozessen beurtheilten, weil jede Trennung des politischen und des

1) ELVERS II, S. 360. 2) Herr Bastiat-SCHULZE von Delitzsch, der ökonomische Julian oder Kapital und Arbeit, Berl. 1864.

Privat-Menschen[1]) doch nur ein anderes Zopftum sei, finde ich — ganz in der Ordnung! —

Ich finde es um so mehr in der Ordnung als, was ich auch seitdem getan habe, und was mir noch etwa in der Zukunft zu tun vergönnt sein möchte, doch jene meine Intervention für die Gräfin von Hatzfeld stets dasjenige Factum in meinem Leben sein wird, auf welches allein ich stolz bleiben werde!

Daß Sie, wie Sie selbst sagen, als ein „Atom des Publikums" über jene Affaire nicht gut unterrichtet waren, kann ich Ihnen ebensowenig verdenken. Eben deshalb wollte ich in Berlin zurück sein, um Ihnen darauf zu antworten — um Ihnen nämlich, wie beifolgend geschieht, meine Kölner Assisenrede[2]) einsenden zu können. Sie werden jedenfalls daraus ersehen, daß ich bei jener Angelegenheit von **nichts weiter** entfernt war, als von Frivolität! Daß ich vielmehr durch und durch religiös — in meinem ethischen[3]) Sinne — dabei war! Es ist die liebste Erinnerung meines Lebens, die mich — welche Reihen von Jahren seitdem auch verflossen — mit der reinsten Befriedigung erfüllt. Acht Jahre lang habe ich jenen Kampf geführt und die Waffen nicht aus der Hand gelegt, bis ich der Gräfin Recht und Sieg verschafft hatte! Und ich würde den Kampf auch bis heute geführt haben, wenn ich ihn nicht eben schon 1854 siegreich beendet hätte[4]).

Lesen Sie die Rede, so werden Sie einen Beleg mehr dafür haben, daß kein Unterschied zwischen dem politischen und dem Privat-Menschen, nämlich bei ganzen Charakteren.

Jene Intervention für die Gräfin war nichts Anderes als eine Insurrektion, eine Insurrektion auf eigene Faust, in einem Falle, welcher als der reinste Mikrokosmus unsere ganze soziale Misère in sich enthält. Mein ganzer Mensch liegt in jener Handlung. —

So viel hierüber!

Ihrem Ausspruch, daß Sie die von Ihnen in Ihrem Brief wie in der Vorrede zum zweiten Teil Ihrer Reisebriefe citierten Worte des Kaisers Nikolaus: „ich begreife die absolute Monarchie, ich begreife die Republik, aber ich begreife nicht den Konstitutionalismus" — unterschreiben, pflichte ich wieder aus ganzer Seele bei. — Republikaner von Kindesbeinen an, habe ich nie etwas für lächerlicher, corrumpirter und auf die Dauer unmöglicher gefunden als den Konstitutionalismus. Es ist die organisierte[5]) Sichselbstzerstörung.

Wie gesagt, von Kindesbeinen an bin ich Republikaner.

---

1) Diese Ansicht vertrat HUBER auch sonst. Er hatte Napoleon III., als jener noch ein Knabe war, persönlich kennen gelernt und Sympathie für ihn gefaßt. Auch den Kaiser und typischen Vertreter jenes Cäsarismus, vor dem er Deutschland bewahren wollte, beurteilte er danach mit einem erstaunlichem persönlichen Wohlwollen. Vgl. Reisebriefe I bes. S. S. 300f., 330ff. 2) Meine Verteidigungsrede wider die Anklage zum Kassettendiebstahl, gehalten am 11. August 1848 vor dem königlichen Assisenhofe zu Köln und den Geschworenen, Köln 1848. 3) ELVERS druckt fälschlich: „politischen". 4) Über die Motive seines Eintretens für die Gräfin Hatzfeld äußert sich LASSALLE ganz ähnlich wie hier in dem berühmten an Sophie Sontzeff gerichteten autobiographischen Dokument vom Oktober 1860. 5) ELVERS schreibt fälschlich: „organische".

Und trotzdem, oder vielleicht gerade dadurch bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß nichts eine größere Zukunft und eine segensvollere Rolle haben könnte, als das Königtum, wenn es sich nur eben entschließen könnte, soziales Königthum zu werden. Mit Leidenschaft würde ich dann sein Banner tragen, und die konstitutionellen Theorien würden schnell genug in die Rumpelkammer geworfen werden. Aber wo gäbe es ein Königthum, das den Mut und die Einsicht hat, sich zum sozialen Königthum herzugeben? Sie werden selbst zugeben, daß sich dasselbe kaum finden dürfte. Und somit que faire?

„In den Glaserschen Jahrbüchern sind Sie schon wieder ungerecht gegen mich gewesen! Sie sagen, wir hätten beide — ich und Schulze — große Worte genug gemacht, aber Taten u. s. w. Erstens ist es fast naiv ungerecht, mich mit Schulze in einen Topf zu werfen! Zweitens nennen Sie die Verbreitung von theoretischer Erkenntniß — und dies werden Sie mir ja doch nicht abstreiten können — ein „Wortemachen"? Drittens wollen Sie absolut nicht einsehen, daß ich durch meinen ganzen Standpunkt — und es muß doch jeder von seinem Boden aus beurtheilt werden — grundsätzlich an jedem „Handeln" im Kleinen gehindert bin. In meinem beifolgenden Werk habe ich hinreichend ausführlich auseinandergesetzt, warum ich in dem Mantschen im Kleinen nichts wirklich Nützliches und Praktisches erblicken kann. Ich kann also nichts anders tun, als Massenerkenntnis hervorrufen und freilich damit auch Massen-Aufregung. Das ist aber auf die Länge ganz eminent praktisch! Ja gerade, wenn Sie uns beide — mich und sich — vergleichen, können Sie schon an den jetzigen Resultaten sehen, wie praktisch dies ist! In der That, wie lange machen Sie nicht schon mit der rührendsten Liebe, dem größten Eifer den Prediger in der Wüste in Ihrer Partei? Was hat das genützt? Ich und noch ein paar Dutzend Menschen, für die Sie gerade nicht schreiben, haben Sie aus Ihren Schriften lieben gelernt, — das war Alles: Sonst hat kein Mensch Notiz davon genommen, und die Organe Ihrer eigenen Partei haben Sie todtgeschwiegen. Sie beklagen sich darüber ja selbst so oft, so wahr, so rührend in Ihren Werken[1].

Nun, sehen Sie mich an, meine Agitation dauert erst neun Monate, und rechts und links und hüben und drüben ist die Sache zur allgemeinen Tagesfrage gemacht, und alle Welt hat sich mindestens bis zu einem gewissen Punkte darum bekümmert, und ist es auch noch nicht bis in die Gehirne, so ist es doch schon bis an die Trommelfelle aller Menschen gedrungen — was doch der erste Schritt ist — und jedes Blatt Ihrer eigenen Partei hat siebenundsiebzigmal mehr Notiz von meiner Agitation genommen in den 9 Monaten, als alle Blätter zusammen von der Ihrigen in den vielen Jahren. Und warum? — Nun ganz einfach, weil ich auftrat, Zorn im Blick und Drohung in der Geberde; weil man mir die feindseligsten Absichten lieh und leiht und nur für solche empfänglich und aufmerksam ist. Ich werde mich daher auch hüten, die Leute darüber zu enttäuschen! Der beste

1) Auch in dem oben erwähnten Aufsatz für GLASERS Jahrbücher klagte HUBER, daß seine zwanzigjährigen Bemühungen fast erfolglos geblieben wären, weil seine politisch-sozial-religiöse Überzeugung es mit sich gebracht hätte, daß er seinen Samen „auf das unfruchtbare, sumpfige und steinigte Erdreich der sog. konservativen Parteien und Kreise streuen" mußte.

Teil der Expansionskraft liegt darin! Freilich ist es für mich gar oft unbequem. Aus den feindseligen Absichten, die man mir leiht, blühen mir Hochverratsprozesse — deren ich jetzt einen habe — und andere Kriminalprozesse, deren ich fünf habe, empor. Aber für die Sache ist es sehr gut! Die Welt im Ganzen genommen ist für Furcht viel empfänglicher als für Einsicht und Liebe!

Nun vielleicht finden Sie, daß auch mein jetziges nationalökonomisches Werk bloße „Worte" sind!

Es scheint, daß ich schon einmal Ihr betê noire bleiben soll. Sie, gerecht bis zum Exceß gegen alle Welt, (gegen Schulze bis zum Unrecht gerecht sogar[1]) sind nun einmal constant ungerecht gegen mich. Sie brauchen einmal einen Sündenbock!

Nun, nehmen Sie mich dazu. Ich habe einen breiten Buckel! Und schon seit Ihren spanischen Skizzen, wie dann noch mehr seit den Reisebriefen schätze ich Sie so innig, daß ich mir dadurch meine Gerechtigkeit gegen Sie nicht verbittern lassen werde.

Das Einzige, worum ich bitte, ist, daß Sie, wenn Sie einmal nach Berlin[2]) kommen zu mir kommen, um mir das Vergnügen Ihrer persönlichen Bekanntschaft zu gewähren. Sie sollen mit offenen Armen empfangen werden von Ihrem

Berlin, 24. 2. 64. F. Lassalle.

Diese beiden von der Wissenschaft bisher ungenutzten Briefe an HUBER bieten einen besonders guten Anhalt, um LASSALLES Stellung zur Monarchie einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Deutsche Sozialpolitiker älterer und jüngster Zeit haben gegenüber dem revolutionären Republikaner MARX unzählige Male LASSALLE als einen Herold des sozialen Königtums hingestellt, wogegen HUBER und die unentwegten Demokraten von LIEBKNECHT bis VENEDEY ihn als Schrittmacher des Cäsarismus beargwöhnten. Nun wird niemand bestreiten, daß LASSALLE, wenn er überhaupt für die Monarchie optierte, für sie nur in einer dieser beiden Formen eintreten konnte, da nur sie den Ansprüchen der Arbeiterklasse damals in weitem Maße entgegen zu kommen schienen. „Ein Louis-philippistisches Königtum, ein Königtum von der Schöpfung der Bourgeosie konnte nicht „das Volk auf die Bühne rufen und sich auf es stützen"[3]). Nun ergeben sich alle Unterschiede zwischen jenem cäsaristischen Kaisertum, wie es in Frankreich bestand, und dem sozialen Königtum, das einem HUBER und RODBERTUS vorschwebte, daraus, daß das erstere eine mit Gewalt eroberte Tyrannis darstellte, während das letztere sich auf die alte Hohenzollernsche Tradition berufen konnte, die es stets als ihr nobile officium betrachtet hätte, sich der Unterdrückten anzunehmen. Beiden Formen der

1) LASSALLES Eitelkeit fühlte sich dadurch verletzt, daß HUBER ihn und SCHULZE neben einander stellte. Da aber HUBER mehr als an den Menschen an den Richtungen, mehr als an den individuellen Begabungen an den praktischen Leistungen liegen mußte, so war er, zumal vom Boden des Genossenschaftswesens aus, das ihm doch am nächsten lag, dazu durchaus berechtigt. 2) HUBER lebte seit 1852 ohne amtliche Stellung in Wernigerode. 3) LASSALLE im Hochverratsprozeß vom 12. März 1864.

Teil der Expansionskraft liegt darin! Freilich ist es für mich gar oft unbequem. Aus den feindseligen Absichten, die man mir leiht, blühen mir Hochverratsprozesse — deren ich jetzt einen habe — und andere Kriminalprozesse, deren ich fünf habe, empor. Aber für die Sache ist es sehr gut! Die Welt im Ganzen genommen ist für Furcht viel empfänglicher als für Einsicht und Liebe!

Nun vielleicht finden Sie, daß auch mein jetziges nationalökonomisches Werk bloße „Worte" sind!

Es scheint, daß ich schon einmal Ihr betê noire bleiben soll. Sie, gerecht bis zum Exceß gegen alle Welt, (gegen Schulze bis zum Unrecht gerecht sogar[1]) sind nun einmal constant ungerecht gegen mich. Sie brauchen einmal einen Sündenbock!

Nun, nehmen Sie mich dazu. Ich habe einen breiten Buckel! Und schon seit Ihren spanischen Skizzen, wie dann noch mehr seit den Reisebriefen schätze ich Sie so innig, daß ich mir dadurch meine Gerechtigkeit gegen Sie nicht verbittern lassen werde.

Das Einzige, worum ich bitte, ist, daß Sie, wenn Sie einmal nach Berlin[2]) kommen zu mir kommen, um mir das Vergnügen Ihrer persönlichen Bekanntschaft zu gewähren. Sie sollen mit offenen Armen empfangen werden von Ihrem

Berlin, 24. 2. 64. F. Lassalle.

Diese beiden von der Wissenschaft bisher ungenutzten Briefe an Huber bieten einen besonders guten Anhalt, um Lassalles Stellung zur Monarchie einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Deutsche Sozialpolitiker älterer und jüngster Zeit haben gegenüber dem revolutionären Republikaner Marx unzählige Male Lassalle als einen Herold des sozialen Königtums hingestellt, wogegen Huber und die unentwegten Demokraten von Liebknecht bis Venedey ihn als Schrittmacher des Cäsarismus beargwöhnten. Nun wird niemand bestreiten, daß Lassalle, wenn er überhaupt für die Monarchie optierte, für sie nur in einer dieser beiden Formen eintreten konnte, da nur sie den Ansprüchen der Arbeiterklasse damals in weitem Maße entgegen zu kommen schienen. „Ein Louis-philippistisches Königtum, ein Königtum von der Schöpfung der Bourgeosie konnte nicht „das Volk auf die Bühne rufen und sich auf es stützen"[3]). Nun ergeben sich alle Unterschiede zwischen jenem cäsaristischen Kaisertum, wie es in Frankreich bestand, und dem sozialen Königtum, das einem Huber und Rodbertus vorschwebte, daraus, daß das erstere eine mit Gewalt eroberte Tyrannis darstellte, während das letztere sich auf die alte Hohenzollernsche Tradition berufen konnte, die es stets als ihr nobile officium betrachtet hätte, sich der Unterdrückten anzunehmen. Beiden Formen der

1) Lassalles Eitelkeit fühlte sich dadurch verletzt, daß Huber ihn und Schulze neben einander stellte. Da aber Huber mehr als an den Menschen an den Richtungen, mehr als an den individuellen Begabungen an den praktischen Leistungen liegen mußte, so war er, zumal vom Boden des Genossenschaftswesens aus, das ihm doch am nächsten lag, dazu durchaus berechtigt. 2) Huber lebte seit 1852 ohne amtliche Stellung in Wernigerode. 3) Lassalle im Hochverratsprozeß vom 12. März 1864.

Monarchie gemeinsam war ihr Gegensatz gegen das liberale Bürgertum und dessen Ansprüche auf Teilnahme an der Regierungsgewalt, die sich naturgemäß besonders auf parlamentarischen Gebiet geltend machten. Von einem cäsaristischen Regiment ist ein strammer Zentralismus untrennbar, während ein soziales Königtum auch in Verbindung mit gewissen ständischen Institutionen denkbar wäre. Der Natur LASSALLES entsprach, wie sich noch zeigen wird, an sich mehr eine cäsaristische Tyrannis, aber höchstens ein soziales Königtum mit cäsaristischem Einschlag war in Preußen denkbar, und als praktischer Politiker rechnete er mit den vorhandenen Kräften und sichtbaren Möglichkeiten! —

* * *

Im Anfang der Konfliktszeit hatte LASSALLE in Berlin mit dem fortschrittlichen Abgeordneten Dr. JULIUS FRESE verkehrt, der später, nach Königgrätz, als Herausgeber der Demokratischen Korrespondenz Wortführer der grimmigen preußenfresserischen Demokratie des Schwabenlandes wurde. Als dann im Juli 1869 die Konstituierung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach bevorstand und der Gegensatz zwischen der LIEBKNECHTschen und der SCHWEITZERschen Richtung der Arbeiterbewegung den höchstmöglichen Grad von Erbitterung erreicht hatte, äußerte sich der damals selbstredend auf der Seite LIEBKNECHTS und BEBELS stehende und den von SCHWEITZER geführten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein bekämpfende Frese über LASSALLE in einer bemerkenswerten Weise. Ich ziehe diese Auslassung hier um so lieber heran, als sie gegenüber einem neuerlichen Versuch, LASSALLES Gesinnungen a posteriori aus politischen Wünschen der Gegenwart heraus umzumodeln, als Beweis gelten kann, daß selbst seine zeitgenössischen Gegner, wenn sie gerecht und intelligent waren, diese merkwürdige Persönlichkeit allein auf psychologischem Wege zu erklären suchten. „Das letzte Stadium von LASSALLES politischer Tätigkeit“, schreibt FRESE, „hatte seinen Ausgang von einem ausgesprochenen Gegensatz gegen die preußische Fortschrittspartei. Das papierne Treiben dieses Parlamentarismus mit seinen Kommissionsberichten und Resolutionen, diese Juristenpolitik, für welche die „Akten des Hauses“ die Akten der Weltgeschichte waren, diese Vogel-Strauß-Praxis, der die gesammte Außenwelt nicht vorhanden war, weil man den Kopf in den Fraktionsbusch steckte — all' das hat er früher durchschaut (soweit wir wissen) als jemand anders; seinem Scharfsinn entging die Torheit nicht, die darin lag; seiner Energie widerstand die selbstgefällige Schwachheit, die sich darin breit machte.“ (Nach einer Analyse von LASSALLES bekannten Reden über den Verfassungskonflikt heißt es weiter:) „Das war nur einseitig — denn ein Verfassungsstaat muß eben und will die realen Machtverhältnisse gesetzlich regeln und gliedern — aber jener papierenen Wirtschaft gegenüber war es höchst berechtigt, war es eine gesunde Mahnung an die Machtseite der Politik“. Man beachte, der Redakteur des offiziellen Organs der deutschen Volkspartei äußert sich unter Bezugnahme auf LASSALLE hier nicht weniger abfällig über den Parlamentarismus, als LASSALLE

in dem zweiten Briefe an HUBER. Das damals in vielen demokratischen Kreisen herrschende Mißtrauen gegen die Überschätzung des ganzen konstitutionellen Apparats resultierte aus der anfänglichen Stagnation und schließlichen Erfolglosigkeit des parlamentarischen Vorgehens der liberalen preußischen Kammermehrheit. Nun stammt freilich FRESES Urteil aus dem Jahre 1869 und LASSALLES aus 1864, aber das ändert an der Sache nichts, ebensowenig wie es hier einen Sinn haben könnte, darauf zu bestehen, daß LASSALLE zu HUBER nur vom Konstitutionalismus und nicht vom Parlamentarismus spricht. Selbstredend konnte der Vorkämpfer des allgemeinen Stimmrechts kein prinzipieller Gegner des Repräsentativsystems sein, auch wenn er sich dem fanatischen Majoritätenfeind HUBER gegenüber auf Nikolaus I beruft und den Konstitutionalismus eine organisierte Sichselbstzerstörung nennt! Nun soll freilich LASSALLE, wie Bernhard HARMS kürzlich „entdeckt“ hat, von seiner Sommerreise im Jahre 1863, nachdem er vorher eigentlich nur räsonniert und theoritisiert hatte, plötzlich als der „Realpolitiker“ heimgekehrt sein, der bereit war, seine demokratische Vergangenheit an den Nagel zu hängen und der Fahnenträger eines sozialen Königtums zu werden! Nichts erscheint mir unhistorischer und unpsychologischer, als eine solche Auffassung!

LASSALLE war von Natur leidenschaftlich gern offen. Mochte er immer mit Bismarck „listen“, dem mit seiner eigenen Partei seit lange zerfallenen HUBER gegenüber, der fern vom Schauplatz der Ereignisse im stillen Harz lebte, hatte er das nicht nötig. Wollte er diesem starren Royalisten eine möglichst weitgehende Ideenübereinstimmung vortäuschen, so konnte er ihm schreiben: „Von Kindesbeinen an war ich Republikaner, aber ich habe mich überzeugt, daß eine unmittelbare und weitgreifende Hilfe den Arbeitern in Preußen nur vom sozialen Königtum kommen kann. So habe ich mich entschlossen, dessen Fahnenträger zu werden!“ Und hätte er wirklich damals so gedacht, HUBER am ehesten würde LASSALLE diesen Gesinnungswechsel eingestanden haben. Denn eine große, wenn auch längst nicht die einzige Schranke zwischen ihren Auffassungen wäre dann fortgefallen!

Nun begleitete diesen Brief an HUBER der „Bastiat-Schulze“, von dem LASSALLE erst einige Tage zuvor zwei Exemplare an Bismarck gesandt hatte, das eine davon war für König Wilhelm bestimmt. Dieser sollte daraus erkennen, so hieß es in dem Begleitschreiben an den Minister, „welches Königtum noch eine Zukunft hat, und klar ersehen, wo seine Freunde, wo seine wirklichen Feinde sind“. An HUBER aber schreibt LASSALLE gleichzeitig: „wo gäbe es ein Königtum, das den Mut und die Einsicht hat, sich zum sozialen Königtum herzugeben? Sie werden selbst zugeben, daß sich dasselbe kaum finden dürfte.“ Es wäre Silbenstecherei, wollte man auf dieses „kaum“ Nachdruck legen. Der ganze Zusammenhang läßt nicht in Zweifel, daß LASSALLE, sollte er jemals ernsthaft an ein sozialistisches Hohenzollern-Königtum geglaubt haben, was ich bezweifle, im Februar 1864 einen solchen Wahn aufgegeben hatte. Die Unterhandlungen mit Bismarck, die gerade in diesen Tagen ihr

Ende nahm[1]), mußten ihm bewiesen haben, daß vielleicht soziale Reformen nach bonapartistischem Muster, unter dem Druck auswärtiger Not auch das allgemeine Stimmrecht, niemals aber eine freiheitliche und demokratische Gestaltung des öffentlichen Lebens auf diesem Wege zu erreichen war.

Noch im Mai 1863 hatte LASSALLE in einem Briefe an RODBERTUS alles für verloren erklärt, wenn die signatura temporis wirklich auf Cäsarismus stünde. Sieben Monate später konnte es zeitweise scheinen, als ob er diesen als ein ultimum refugium für die Verwirklichung seiner Absichten ansähe! Dies erklärt sich aber restlos aus der bekannten und hier nicht nochmals zu schildernden politischen Konstellation. Seiner Natur war der Cäsarismus viel gemäßer als das soziale Königtum. Dies besagen auch Bismarcks Worte. „Ob das deutsche Kaisertum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie LASSALLE abschließen solle, das war ihm vielleicht zweifelhaft." FRESE urteilt sehr treffend: „LASSALLE war eine gewaltsame Natur, seine Anschauungen waren demokratisch, seine ganze Art war cäsarisch, in einer Republik wie der Schweiz hätte er sich den Kopf zerschellt." Da LASSALLE nicht auf dem Throne geboren war, so entsprach seinen Bedürfnissen nicht ein historisches Königtum, sondern jene straff zentralistische Diktatur, die er dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gab, und die dort unter seinem Nachfolger SCHWEITZER einen ausgesprochen cäsaristisch-bonapartistischen Charakter annahm[2]). Auch sein Glauben an die Allmacht des Staats entsprang großenteils aus seinen Machtinstinkten. Wenn FRESE ihm öfters einwarf, er mute dem Staate unmögliches zu, so soll er ihm ernsthaft erwidert haben: „Was wollen Sie? Der Staat ist Gott!"[3]) Ein seltsames Schauspiel nennt es FRESE, daß der Freigeist, Pantheist, Atheist — wenn's zum äußersten kam, einen Gott brauchte, sich einen Gott machte! „Und warum machte er den Staat zum Gott? Weil er eine despotische, eine cäsaristische Natur war, ein Freiheitsmann in seinen Begriffen, ein Gewaltmensch in seinem mächtigen Willen, ein Todfeind alles Individualismus und Föderalismus, ein Herrschgewaltiger von oben, das Gegenteil eines Angelsachsen, Nordamerikaners, Schweizers." —

Es gibt zwei Haupttypen von Politikern: die einen werden beherrscht von absoluten Idealen, die sie nun in die Wirklichkeit zu überführen wünschen, die anderen stehen unter dem Bann eines schöpferischen Drangs, dessen Stoff die historische Wirklichkeit ist, die sie zu gestalten und zu bestimmen suchen. Aber diese beiden Typen verkörpern sich selten in völliger Reinheit, in den meisten Fällen mischen sich der idealistische Inhalt mit dem Machtinstinkt; und erst ihre Dosierung ergibt die politische Physiognomie. Ein starkes Überwiegen fest krystallisierter Überzeugungen führt leicht zum Doktrinarismus, dem Tatendrang à tout prix droht die Gefahr des Opportunismus. Die politische Schuld des Doktrinarismus heißt: verpaßte Gelegenheit, die des Opportunismus Irrtum über die Fahrtrichtung. In den Persönlichkeiten

1) Oncken, LASSALLE. Stuttgart 1904 S. 350f. 2) Vgl. Gustav MAYER, Joh. Bapt. von SCHWEITZER und die Sozialdemokratie. Jena 1909. S. 320 u. a. a. O. 3) Democratische Correspondenz 29. März 1870 „Zur Frage von der Staatshilfe".

SCHWEITZERS und LIEBKNECHTS habe ich jüngst diese beiden politischen Haupttypen in verhältnismäßiger Reinheit zu schildern gesucht. Aber selbst LIEBKNECHT, der jahrelang sein sozialistisches Fühlhorn einziehen konnte, um mit der bürgerlichen Demokratie zu paktieren, der dann in Gotha dem Lassalleanismus auf programmatischem Gebiet sehr weit entgegenkam, um erst einmal dessen Organisation zu vernichten, war nicht entfernt ein absoluter Doktrinär wie etwa JOHANN JACOBY. Und auch SCHWEITZER bewertete trotz seines Condottiereebluts die tatsächliche Macht der Ideen zu hoch, um gänzlich dem Opportunismus anheimzufallen. Noch viel feiner muß man sich nun bei einem so großzügigen Politiker wie LASSALLE Überzeugungsgehalt und Gestaltungsverlangen mit einander verwachsen vorstellen. Gerade das politische Genie wird der Beweglichkeit, die der Beruf erfordert, ohne Furcht für seine Überzeugungen, sehr weit nachgeben können, da bei ihm der Instinkt den komplizierten Mechanismus reguliert, durch den Inhalt und Form der politischen Betätigung aufeinander wirken.

HARMS glaubt, daß LASSALLE zu früh für seine historische Mission gestorben sei, daß er im neuen Reich als parlamentarischer Leader der Sozialdemokratie diese in eine Art Schutztruppe des Vereins für Sozialpolitik verwandelt hätte. Mit HERMANN ONCKEN bin ich der entgegengesetzten Ansicht: „Er hatte die seinem Wesen entsprechende historische Mission schon bei seinem Hingange erfüllt“[1]). Auch keine Bekehrung vom Republikaner zum Monarchisten fand plötzlich bei ihm statt, als ihn die Situation in Preußen zu einer Annäherung an die Regierung drängte. Wie wenig entmonarchisiert Ostelbien war, hatte er schon damals beklagt, als er von Düsseldorf nach Berlin übergesiedelt war. Man besitzt von LASSALLE das Geständnis, daß er sich weder für parlamentarische, noch für organisatorische Kleinarbeit eignete. Und so sieht der Historiker im Norddeutschen Bunde und im neuen Deutschen Reiche keinen Wirkungskreis für den Mann, der schon als Knabe gestand, daß er sich „nicht damit begnügt hätte, Genuas erster Bürger zu sein“, sondern daß er wie FIESKO nach dem Diadem seine Hand ausgestreckt hätte![2])

HUBER und LASSALLE waren zu wesensverschiedene Persönlichkeiten, als daß eine dauernde menschliche Annäherung zwischen ihnen möglich gewesen wäre. Ob HUBER LASSALLES letzten Brief noch beantwortet hat, wissen wir nicht. Als im August des Jahres der Agitator der Kugel Racowitzas erlag, fand HUBER dieses Ende „allzu charakteristisch für den Mann“, der, wie er behauptete, niemals einen Beweis wirklicher Liebe für das Volk gegeben hätte: „Denn die Agitationsrhetorik genügt dazu wahrlich nicht“[3]).

---

1) Für eine nähere Begründung dieser Auffassung, die sich auf die ganze Entwicklung nach 1866 stützt, ist hier nicht der Ort. Ich verweise auf ONCKEN, BERNSTEIN und mein Buch über SCHWEITZER. 2) Tagebuch S. 180. 3) ELVERS III S. 360/361.

Literaturbericht.

BERNHARD HARMS, Professor der Staatswissenschaften an der Universität Kiel. Ferdinand Lassalle und seine Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie. Jena, Gustav Fischer 1909. 128 S.

Eine Persönlichkeit wie LASSALLE, deren vulkanische Energie so mächtige Anstöße gegeben hat, deren Dialektik und deren Ehrgeiz in dem kurzen Laufe ihrer Betätigung so verschiedenartige Entwicklungsmöglichkeiten in sich bargen, wird auch späterhin von mehr als einer Richtung als Gewährsmann aufgerufen werden. Was läßt sich nicht alles aus einzelnen Aussprüchen LASSALLES ableiten und beweisen! Der nachlebende Politiker wird immer wieder der Verlockung unterliegen, aus dem buntschillernden Gewebe dieses Geistes den einen oder den andern Faden herauszugreifen, um ihn allein weiterzuspinnen. Die Aufgabe des Historikers bleibt darum doch, das scheinbar Unvereinbare in einer biographischen Synthese zu sammeln und die Persönlichkeit in der ganzen Weite ihrer geistigen und politischen Zusammenhänge zu begreifen.

Die vorliegende Broschüre, deren Titel sich nicht völlig mit ihrem Inhalt deckt, zerfällt in eine historische Einleitung (S. 1—80), die ein Bild von LASSALLES Leben und Wirken gibt, und eine mehr praktisch-politisch gerichtete Beweisführung, ein Programm, wie es sein sollte, wenn die deutsche Sozialdemokratie LASSALLE und sich selbst besser verstünde (S. 81—124). Der erste Teil, der also nur als Auftakt zu der eigentlichen Bestimmung der Broschüre gedacht ist, ist mit frischem Temperament geschrieben, nicht gerade innerlich und tief in der Auffassung, nicht frei von historischen Verzeichnungen (z. B. wurde die Neue Ära nicht „parlamentarisch von der Fortschrittspartei beherrscht“, sondern ist eher infolge des Aufkommens dieser Partei zugrundegegangen): ohne Ansprüche, aber keineswegs ohne Wirkung.

Die einzige neue Nuance, die H. in die Entwicklungsgeschichte LASSALLES hineinträgt, vermag ich nicht als einen Fortschritt anzuerkennen. Er versucht den Nachweis, daß die Wendung LASSALLES zu BISMARCK im Herbste 1863 nicht aus äußerlich taktischen Motiven erfolgt sei, sondern auf einer inneren Umwandlung, einer Art von Bekehrung zum sozialen Königstum beruhe. Schon früher hat der Bismarck-Offiziosus LUDWIG HAHN, übrigens ein Mitschüler LASSALLES in Breslau, etwas ähnliches versucht (Das soziale Königtum. Ein Ausspruch LASSALLES und die soziale Praxis Kaiser Wilhelms I. 1884); jetzt wird LASSALLE in seiner letzten Periode zu einem Verherrlicher des sozialen Königtums etwa im Sinne Naumanns umgedeutet. Was in der älteren sozial-

demokratischen Geschichtsschreibung als der Sündenfall beklagt ward, wird jetzt als das Damaskus gepriesen, das den Saulus zum Paulus machte. Ich möchte dagegen zweierlei einwenden. Was bei H. als ein plötzlicher, fast unvermittelter Umschlag erscheint, beruht tatsächlich auf der organischen Fortbildung von Ansätzen, die viel weiter zurückreichen und Schritt für Schritt in ihrer Entwicklung zu verfolgen sind. Aber auch seit dem September 1863 greift die vollzogene Umbildung nicht so tief, daß man sagen dürfte, LASSALLE sei „in Wirklichkeit ein Anderer geworden, habe seiner innersten Überzeugung nach neue Bahnen eingeschlagen."

Die Argumente H. sind nicht neu: wie etwa die bekannte Wendung in LASSALLES Rede vom März 1864, ein louis-philippistisches Königtum, ein Königtum von der Schöpfung der Bourgeoisie könne den neuen Weg nicht gehen, wohl aber ein Königtum wie das der Hohenzollern, das noch aus seinem ursprünglichen Teige geknetet dastehe, auf den Knauf des Schwertes gestützt; oder etwa die Tatsache, daß LASSALLE sich Bismarck gegenüber als Monarchist gegeben habe. Von der ersten Wendung mag man immerhin abziehen, daß sie auf die Richter des Staatsgerichtshofes in einem Hochverratsprozeß berechnet war, und das andere Wort, auf das H. soviel Wert legt, scheint mir nicht viel schwerer zu wiegen, als die — auch häufig von Gegnern aufgegriffene — Renommisterei zu der Dönniges, er hoffe noch einmal als volkserwählter Präsident, die Geliebte zur Seite, mit sechs Schimmeln in Berlin einzuziehen. Wertvoller scheint mir ein Zeugniß, das von H. nicht berücksichtigt ist und auch mir in meiner Biographie entgangen war. Am 24. Februar 1864 schrieb LASSALLE an den christlich-konservativen Sozialpolitiker V. A. HUBER: „Republikaner von Kindesbeinen an, habe ich nie etwas für lächerlicher, korrumpierter und auf die Dauer unmöglicher gefunden als den Konstitutionalismus. Es ist die organisierte Sichselbstzerstörung. Wie gesagt, von Kindesbeinen an bin ich Republikaner. Und trotzdem, oder vielleicht gerade dadurch bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß nichts eine größere Zukunft und eine segensreichere Rolle haben könnte als das Königtum, wenn es sich nur eben entschließen könnte, soziales Königtum zu werden. Mit Leidenschaft würde ich dann sein Banner tragen, und die konstitutionellen Theorien würden schnell genug in die Rumpelkammer geworfen werden. Aber wo gäbe es ein Königtum, das den Mut und die Einsicht hat, sich zum sozialen Königtum herzugeben? Sie werden selbst zugeben, daß sich dasselbe kaum finden dürfte. Und somit que faire?" (R. ELVERS, Victor Aimé Huber, Bremen 1884, S. 358).

Man fühlt sich an die geistvollen Diatriben DISRAELIS in seinen Romanen „Coningsby" und „Sybil" erinnert; selbst dessen Bekämpfung des „venetianischen" Verfassungsideales der großen Whigfamilien kehrt in den Ausfällen LASSALLES gegen den liberalen Konstitutionalismus wieder. Wie aber sind diese Wendungen zu werten? In der demnächst erscheinenden zweiten Auflage meines Buches werde ich näher darauf eingehen, hier sei nur so viel gesagt: der LASSALLE von 1864, der mit Leidenschaft das Banner des sozialen Königtums ergreifen will, hat überraschende Ähnlichkeit mit dem LASSALLE von 1859

der (in seiner Schrift über den italienischen Krieg und die Aufgabe Preußens) der Bannerträger einer nationalen und demokratische Eroberungspolitik treibenden hohenzollernschen Monarchie sein wollte. Das Königstum, das er haben wollte, war jedoch weder 1859 noch 1864 vorhanden, er zeigte lockende Ziele), drängte auf neue Wege, auf denen er zugleich sich selbst und seine Ideen in die Höhe bringen wollte. Ich gebe zu, daß auch die Wendungen von 1864 nicht allein als taktische Spiegelfechterei zu deuten sind, daß Lassalle auch innerlich einen weiteren Schritt vorwärts zu einem realpolitischen Einschätzen der Kräfte des Staatslebens getan und sich überzeugt hatte, daß man mit der Monarchie rechnen müsse: sein Denken und sein Wollen war eben für Tendenzen empfänglich, für die Marx einfach verschlossen gewesen wäre. Aber man sollte darum nicht seine „monarchische Überzeugung“ in den Mittelpunkt stellen. H. macht sich die Entscheidung sehr leicht, indem er die massive Alternative stellt: entweder müssen wir seine Sprache Ernst nehmen und auf einen inzwischen eingetretenen Gesinnungswechsel Lassalles schließen oder aber er spielt ein falsches Spiel, indem er Überzeugungen heuchelt, die er gar nicht hat — in welchem Falle er moralisch gerichtet wäre. Ein drittes gibt es nicht“. . . . „Wenn er geheuchelt hat, so sind die Akten über ihn zu schließen.“ Es würden viele Akten zu schließen sein. Wie man auch über Lassalle urteilt, verkehrter kann man ihn nicht nehmen. In dem handelnden Politiker — und in keinem mehr als in Lassalle — verschlingen sich Antriebe, Motive, Überzeugungen viel feiner und komplizierter, als daß sie in eine so einfache Formel gespannt werden könnten. Man hat neuerdings, in einer m. E. viel zu weit gehenden Weise, Lassalle zu einem schlechthin skrupellosen Machtpolitiker machen wollen, für den die sozialistischen Endziele gar nichts bedeuten. H. geht von dem umgekehrten Extrem einer „ideal angelegten, Idealen nachjagenden Natur“ aus, um darüber den politischen Nerv in Lassalles Art völlig aus den Augen zu verlieren. Das Problem liegt gerade in der Verschlingung des einen mit dem andern, der idealistischen Elemente seines Wesens — in denen seine philosophischen und sozialistischen Theorien leben — mit dem, was Bismarck seinen Ehrgeiz großen Stiles nannte, der demokratisch fundierten Machtpolitik. Vor die letzte Entscheidung ist er nicht gestellt worden, weil er schon aus den Anfängen seiner politischen Aktion herausgerissen wurde.

Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit dem Nachweise, daß wesentliche Bestandteile der Lassalleschen Lehre und Agitation noch heute ihren eigentümlichen Wert besitzen, ja daß deshalb die moderne Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie, nicht in der von Marx angegebenen Richtung sich weiterentwickeln, sondern an Lassalle anknüpfen werde. Das erste ist richtig, insbesondere auch die Tatsache, daß das, was als berechtigter Kern in dem in seiner ehernen Gestalt unhaltbaren Lohngesetze verborgen ist, infolge der Tendenzen der neueren weltwirtschaftlichen Entwicklung von neuem an Geltung gewinnt. Das zweite wird darum, weil es so sein sollte, doch nicht wahrscheinlicher.

Heidelberg. Hermann Oncken.

Otto Schilling (Repetent am Wilhelmsstift in Tübingen), Reichtum und Eigentum in der altkirchlichen Literatur. Ein Beitrag zur sozialen Frage. Freiburg i. Br., Herder 1908. 8°, XIV u. 223 S. (4 M.).

Der Verf. sagt im Vorwort: „In den Schriften der Kirchenväter ruht eine Fülle von fruchtbaren sozialen Ideen, von Ideen, die zum Teil erst jetzt wieder in ihrer ganzen Bedeutung erkannt worden sind. So ist es erklärlich, wenn man neuerdings dem in Frage stehenden Gebiete besonderes Interesse zugewendet und dasselbe eingehend und systematisch zu untersuchen begonnen hat. Unser Bestreben war, von den Anschauungen und Theorien der bedeutenderen kirchlichen Schriftsteller ein klares und übersichtliches Bild zu entwerfen unter Hervorhebung der jedesmaligen zugrunde liegenden Ideen. Doch durfte die Verfolgung dieses Zieles nicht dazu verleiten, die von der Grundauffassung etwa abweichenden oder gar damit in Widerspruch stehenden Äußerungen zu ignorieren oder abzuschwächen; vielmehr waren die letzteren ohne Vorurteil sachlich zu prüfen".

Gegenüber den Schriften seiner Vorgänger (Sommerlad, Das Wirtschaftsprogramm der Kirche des Mittelalters. 1903, und Seipel, Die wirtschaftsethischen Lehren der Kirchenväter. 1907), die ebenfalls auf gründlicher Quellenforschung beruhen, zeigt das Buch von Sch. manche Vorzüge; es ist vollständiger, klarer und übersichtlicher. Auch ist der Verf. zweifellos bemüht, der Wahrheit, so gut er sie erkennt, die Ehre zu geben. Aber „ohne Vorurteil" ist er doch nicht an die Sache herangegangen. Er ignoriert und verschweigt zwar absichtlich nichts, „abzuschwächen" aber versucht er häufig. Er kann nicht leugnen und leugnet nicht, daß sich bei Basilius, Ambrosius, Hieronymus, Johannes Chrysostomus usw. sozialistische und kommunistische Ideen finden. Wenn nun aber jemand allen Sozialismus und Kommunismus ebenso perhorresziert, wie er die Kirchenväter hochschätzt und verehrt, dann wird er natürlich versuchen, diese „Verirrungen" der Väter möglichst zu entschuldigen und abzuschwächen als nicht buchstäblich zu nehmende rhetorische Redewendungen, zweideutige Auslassungen, rigorose Übertreibungen, zufällige momentane Entgleisungen eines sanguinisch-stürmischen Temperamentes oder gelegentliche, nur sporadisch auftauchende idealistische Träumereien, die angeblich in Widerspruch stehen zu ihrer sonstigen Grundanschauung. So verfährt denn auch Sch. (S. 121 f. 161 f. u. ö.).

Eine wirklich vorurteilslose und unbefangene Forschung kommt zu einem anderen Resultate; sie sagt mit Brentano (Die wirtschaftl. Lehren des christl. Altertums. 1902. S. 149, 158): „Die Kirchenväter sahen im Eigentum keineswegs eine naturrechtliche Einrichtung. Das Natürliche ist ihnen der Kommunismus." „Die Auffassung der Kirchenväter vom Eigentum steht im schärfsten Gegensatz zu der des gleichzeitig geltenden weltlichen Rechts." Das letztere muß auch Sch. zugeben. Auch ihm steht „der Eigentumsbegriff der Kirchenväter in direktem Gegensatz zu dem des römischen Rechts, der ein individualistischer und absolutistischer ist" (S. 208). Der Eigentumsbegriff des römischen Rechts aber ist der der modernen Welt; er herrscht in den Köpfen der Gelehrten und Ungelehrten, er bestimmt die Meinungen und Hand-

lungen der heutigen zivilisierten Nationen und ruft mit Recht die Kritik des wissenschaftlichen Sozialismus heraus. Mit vollstem Recht hebt ferner Brentano (a. a. O. S. 192) hervor, daß „wenn die Bemühungen mancher Autoren dahin gehen, den Sinn umzudeuten, welcher der Lehre der Vergangenheit innewohnt, sie mit der Wahrheit in Widerspruch treten. Und nicht nur mit der Wahrheit, sondern auch mit dem erhabensten Inhalt der alten christlichen Lehre. Denn wie unzureichend immer die Predigt der Nächstenliebe war, um die von den Kirchenvätern erstrebte Gerechtigkeit im Wirtschaftsleben zu verwirklichen, dieses ihr Ziel wird nicht vergehen, solange es Menschen gibt; und die unerschütterliche Charakterstärke und das unvergleichliche Talent, womit sie ihre Zeitgenossen dafür zu begeistern gesucht haben, wird stets die Bewunderung derer finden, welche dem Zauber ihres Ideales verfallen sind."

Von dem Vorwurf der Umdeutung des Sinnes, der der Lehre der Väter innewohnt, ist auch Sch. nicht ganz frei zu sprechen; es ist das der Hauptmangel der sonst verdienstlichen und wertvollen Arbeit.

Paderborn. W. Hohoff.

Karl Kautsky. Der Ursprung des Christentums. Eine historische Untersuchung. Stuttgart, Dietz Nachf. 1908. 8. XVI u. 608 S. (geb. 5,75 M.).

Der Verf. will uns das Christentum vom Standpunkt der sozialistisch-materialistischen Geschichtsauffassung verständlich machen, nach der das Christentum nicht aus einer religiösen, sondern lediglich aus einer sozialen Bewegung hervorgegangen ist. Das Religiöse ist nach Kautsky nur die ideologische Umhüllung des ökonomischen d. h. kommunistischen Sinnes dieser Klassenbewegung des jüdischen Proletariates. Das Evangelium ist nur ein proletarianisches Programm, das die „Grundsätze der neuen proletarischen Organisation" verkündete, und die Apostel, sind die „besitzlos umherwandernden Agitatoren der neuen Organisation", wandernde „Schnorrer und Verschwörer". Daher ist auch der Zukunftsstaat dieses Evangeliums, das „Reich Gottes", nur der Ausdruck eines echt proletarischen Massenempfindens, d. h. „es wird fast nur das gemeinsame Speisen für ihn in Betracht gezogen (!). Es ist die einzige (!) Seligkeit, die erwartet wird." Daher kennen diese Christen auch nur einen „sozialen" Messias, und „die messianische Erwartung läuft für sie auf die Erlösung der Armen hinaus." Der Tag des Gerichtes ist für sie lediglich ein Tag der Rache an allen Mächtigen und Reichen. Die Drohung, die das Lucasevangelium Jesus gegen die Städte aussprechen läßt, die sich gegen seine Sendboten ablehnend verhalten würden, die Bedrohung mit einem Schicksal schlimmer als dem Sodomas soll nur der bezeichnende Ausdruck der Rachsucht des Bettlers sein, der „sich in seiner Erwartung auf ein Almosen betrogen sieht!"

Kein geschichtlich Denkender wird angesichts des Massenelendes der römischen Kaiserzeit in Abrede stellen, daß in den niederen Volksschichten, aus denen das Christentum hervorging, das Gefühl des Klassenhasses stark verbreitet war. Und die „bürgerliche" Wissenschaft hat wahrlich nicht erst auf die materialistische Geschichtsauffassung zu warten gebraucht, um die Zusammenhänge religiöser Bewegungen mit dem sozialen Massenempfinden

und Massenelend zu erkennen. Aber auf der andern Seite weiß auch jeder einigermaßen religionsgeschichtllch Gebildete, daß die religiöse Vorstellungswelt bei aller Verflechtung des Geistigen mit dem sozialökonomischen Dasein des Menschen auch ein eigenes Leben hat. Sie ist keineswegs nur eine Spiegelung sozialer Verhältnisse ins Transzendente, sondern will aus ihren selbständigen Entstehungsmotiven erklärt sein. Freilich muß man, um den Werdegang einer großen religiösen Bewegung zu verstehen, eine authentische Kenntnis der Quellen besitzen, während KAUTSKY offenbar meist aus zweiter Hand schöpft und dem Leser die seltsame Zumutung macht, ein Werk, das sich im wesentlichen darauf beschränkt, das von der „bürgerlichen" Wissenschaft erarbeitete Material umzuredigieren und tendenziös umzudeuten, als eine „historische Untersuchung" hinzunehmen.

Wie wenig diese sozialistische Wissenschaft ein inneres Verhältnis zu den Quellen hat, zeigt schon KAUTSKYS Behandlung der Frage nach dem „Kommunismus" der christlichen Urgemeinde. Die Widersprüche, die der Bericht der Apostelgeschichte enthält, die Schwierigkeiten, die er der historischen Kritik bereitet, sind für KAUTSKY nicht vorhanden. Er sieht nicht, daß wir hier ein Gemisch von Wahrheit und Dichtung und die panegyrische Schilderung eines Idealzustandes vor uns haben, wie er dem Verfasser des betr. Teiles der Apostelgeschichte und Redaktor des Lukasevangeliums vom Standpunkt seines religiösen Sozialismus als Mustertypus einer vollkommenen Christengemeinde vor Augen stand.

Aber wozu bedarf es derartiger quellenkritischer Gesichtspunkte, wenn doch alles, was die Phantasie des Verf. in das Leben der Urgemeinde hineinträgt, der „proletarische Charakter der Gemeinde von vornherein erwarten läßt", wenn es „nur das Werk einer gesetzmäßigen Entwicklung ist"? Die „bürgerliche" Wissenschaft, die diese „Gesetzmäßigkeit" nicht sieht, besitzt eben nicht die „Einblicke in das Wesen des Urchristentums", die Verf. durch intensive Beschäftigung mit dem Klassenkampf des Proletariats gewonnen zu haben glaubt.

Was es mit dieser angeblichen Überlegenheit der proletarisch-materialistischen Geschichtsauffassung für eine Bewandtnis hat, dafür genügt eigentlich schon der Hinweis auf die Erörterung KAUTSKYS über die Gütergemeinschaft der Urgemeinde. Ein anderes drastisches Beispiel ist die Behandlung, die dem berühmten Brief des Plinius d. J. an Trajan zuteil wird, den der Verf. auf die Autorität von SEMMLER und BRUNO BAUER hin als eine für die Christen „schmeichelhafte" Fälschung erklärt und in einer Weise interpretiert, die deutlich zeigt, daß er dieses wichtige Schriftstück nur aus ungenauen Zitaten kennt, ferner die Verwertung desselben Briefwechsels zu Schlußfolgerungen auf das Vereinswesen der Kaiserzeit, die den bekanntesten Tatsachen ins Gesicht schlagen. Darnach sollen die Cäsaren selbst den harmlosesten Vereinigungen, wie Fachvereinen, Unterstützungskassen, freiwilligen Feuerwehren, ja bloßen Geselligkeitsvereinen den Garaus gemacht haben! Der Organisationsdrang soll auf die mit Todesstrafe bedrohte Geheimbündelei angewiesen gewesen sein, sodaß „nur der revolutionärste oder idealste Schwung

damals einer Organisation Lebenskraft verleihen konnte". Eine Auffassung, für welche die durch zahllose Inschriften bezeugte und für das Verständnis der christlichen Gemeindebildung so wichtige Entwicklung des Vereinswesens der Kaiserzeit einfach nicht vorhanden ist!

Was hätten wohl die Friseure, Weinwirte, Bäcker, Maultiertreiber, Geflügelhändler, Sackträger, der Synodos der Athleten und die ungezählten Genossen anderer gewerblicher, geselliger und Unterstützungsvereine für erstaunte Gesichter gemacht, wenn man ihnen die moderne proletarische Weisheit verkündet hätte, daß ihr „Organisationsdrang nur auf Geheimbündelei angewiesen war, daß sie den Tod des Hochverräters riskierten". Wie hätten die Genossen der in den pompejanischen Wahlaufrufen als seribibi universi (Nachtrinker), furunculi (kleine Spitzbuben), dormientes (Schlafmützen) charakterisierten Vereine gelacht, wenn sie gehört hätten, daß sie in „moralisierendem Mystizismus" ein „hohes ideales" Ziel verfolgten, daß nur „der revolutionärste Schwung ihrer Organisation Lebenskraft verleihen konnte"!

Angesichts dieser Proben der „wissenschaftlichen Methode" des Verf.s dürfen wir wohl darauf verzichten, auf die sonstigen „Ergebnisse" einzugehen, zu denen hier das „Studium des geschichtlichen Prozesses an der Hand der materialistischen Geschichtsauffassung" geführt hat.

München. Robert Pöhlmann.

Schlüter, Hermann, Brauindustrie und Brauarbeiterbewegung in Amerika. Herausg. v. Internat. Verband d. Vereinigt. Brauereiarbeiter v. Amerika. Cincinnati 1910. 8°. 327 S. (1,50 Doll.).

Der Verband der Brauarbeiter gehört zu den regsten Gewerkschaften in Amerika und unterscheidet sich von der Mehrzahl der anderen durch sein Bekenntnis zum Sozialismus. Es erklärt sich dies daraus, daß die Brauer vorwiegend Eingewanderte und nicht die wenigsten Deutsche und Deutsch-Amerikaner sind. In dem angezeigten Buche hat die Geschichte der Brauarbeiterbewegung im II. Abschnitt (S. 89—273) Platz gefunden; doch auch der I. Abschnitt über die Entwicklung der Brauindustrie und der III. über die Entwicklungshemmnisse (Prohibition u. dgl.) bringen manches Interessante über frühere und gegenwärtige Zustände. Der Verf. betont, daß seine Schrift, im Gegensatz zu der schon vorhandenen Literatur über die amerikanische Brauindustrie, den Zweck hat, die Rolle der Arbeiter besonders hervorzuheben, und zwar vom Standpunkte der Arbeiter aus. „Es ist also keine ‚unparteiische' Untersuchung, die hier geboten wird, sondern eine Schrift, die die Interessen der Arbeiter zu wahren sucht." Die Darstellung ist dennoch durchaus objektiv und muß als ein wertvoller Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten gelten.

Die Brauer gingen verhältnismäßig spät an die Schaffung beruflicher Organisationen zur Einflußnahme auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen, denn der erste derartige Lokalverein wurde Ende 1879 in Cincinnati gegründet und ein anderer 1881 in New York, der noch im selben Jahre zugrunde ging. Eine 1884 in New York als Zweig der Knights of Labor ins Leben getretene

Organisation war aber von Dauer, und sie kann als der Grundstock des Internationalen Verbandes der Vereinigten Brauereiarbeiter von Amerika gelten. Eine weitere Ausbreitung gewann die Brauerbewegung 1886, als Lokalvereine in fast allen bedeutenden Braustädten entstanden, von denen sich im Herbst 10 zu einem Verbande zusammenschlossen. Bis 1888 waren schon ansehnliche Errungenschaften zu verzeichnen, und die Mitgliederzahl betrug etwa 6000; in manchen Orten gehörten alle im Gewerbe tätigen Arbeiter dem Verbande an. Die Arbeitskämpfe von 1888 führten jedoch zu einer argen Schwächung der Organisation, welche die Mehrzahl der Mitglieder wieder verlor. Eine Wendung zum besseren trat anfangs der 90er Jahre ein; in der Folgezeit stieg der Verband fortwährend auf und setzte beträchtliche Verbesserungen der vorher äußerst ungünstigen Arbeitsverhältnisse durch. Mit rund 40000 Mitgliedern gehört er jetzt zu den stärksten amerikanischen Gewerkschaften.

Die Schilderung des Entwicklungsganges der Organisation ergänzt Sch. durch Kapitel über die Arbeitsritter, die „American Federation of Labor“, die gewerkschaftliche und politische Organisation, die Gesundheitsverhältnisse der Brauarbeiter sowie die Errungenschaften und Aussichten des Verbandes. Dem anfänglich geheimen Orden der Arbeitsritter gehörten bis 1896 Ortsvereine der Brauer als sog. „Assemblies“ an; der Verband als solcher war den Arbeitsrittern nie angeschlossen. Als 1896 die Brauer vom Arbeiterbund gezwungen wurden, die Verbindung mit den Arbeitsrittern zu lösen, war deren Macht ohnehin schon gebrochen, und es kam ihr rascher Niedergang, der durch den Konflikt mit dem Arbeiterbund und durch den verlorenen Südwestbahnstreik verursacht wurde. Als 1881 der Arbeiterbund entstand, waren die leitenden Personen bestrebt, gewöhnliche Gewerkschaften wie auch Zweige der Arbeitsritter aufzunehmen, die jedoch ein gemeinsames Vorgehen ablehnten. — Mit dem Arbeiterbund hatte der Brauerverband wiederholt Konflikte infolge von „Grenzstreitigkeiten“. Diese „und die schädliche Art, in denen sie öfters durchgeführt werden, füllen eines der häßlichsten Blätter in der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung“. Die Ursache dieser Streitigkeiten besteht darin, daß der Arbeiterbund die Berufsorganisationen bevorzugt, wogegen die Brauer den Industrieverband anstreben. Ein nicht offen bekannter Grund der gegenseitigen Abneigung war und ist die Gegensätzlichkeit der beiderseitigen politischen Anschauungen.

München. H. Fehlinger.

Dr. George E. Barnett, The Printers. A Study in American Trade Unionism. Cambridge (Mass.) 1909. The American Economic Association. 387 S. (1.50 Doll.).

Prof. B. ist durch seine Studien über die amerikanischen Gewerkschaften bekannt. Seinen älteren kleineren Arbeiten auf diesem Gebiet ließ er nun die vorliegende Monographie über die International Typographical Union, die Organisation der Schriftsetzer, folgen. Es wird durchweg die Bezeichnung Buchdrucker (Printers) angewendet, doch umfaßt die I. T. U. jetzt nur mehr die Setzer, Setzmaschinenmechaniker, Korrektoren, Expeditoren und Zeitungs-

schreiber. Ehedem gehörten ihr auch Maschinenmeister und Drucker, Buchbinder, Schriftgießer, Stereotypeure, Galvaniseure und Chemigraphen an, die nun selbständig organisiert sind. Die Schriftsetzer wurden gewählt, weil sich ihre Geschichte auf einen langen Zeitraum erstreckt, was ermöglicht, Regeln und Methoden auf ihren Ursprung zu verfolgen, die von zahlreichen Verbänden übernommen wurden. Zudem haben die Schriftsetzer örtliche und nationale Dokumente besser bewahrt, als irgend eine andere Gewerkschaft. Das Buch zerfällt in drei Teile, deren erster die Entstehung selbständiger Ortsvereine, die Gründung der jetzigen I. T. U., die Beziehungen zwischen Ortsverein und Zentralverband, die „Jurisdiktions"- oder Zuständigkeitsfragen, die Verwaltung und die Finanzgebarung in ihrer historischen Entwicklung schildert. Der zweite Teil behandelt die Versicherungseinrichtungen und die Regelung der gewerblichen Zustände, der dritte Teil die Mittel zur Durchführung dieser Regelung. Den Schluß bilden Anhänge, eine Bibliographie und ein Sachverzeichnis. Bei der Abfassung des Buches fand B. die Unterstützung gegenwärtiger und früherer Beamten der I. T. U. Dies und seine Kenntnis des Buchdruckergewerbes trugen viel zum Gelingen des Werkes bei. Die Darstellungsweise ist sachlich und anregend.

Aus dem Inhalt des Buches selbst sei hervorgehoben, daß gewerkschaftliche Bestrebungen unter den typographischen Arbeitern Amerikas schon im letzten Viertel des 18. Jahrh. einsetzten, als sie 1776 in New York und 1786 in Philadelphia Versammlungen abhielten, in welchen sie ihre Forderungen formulierten und Ausschüsse zur Verhandlung mit den Arbeitsanwendern einsetzten. Das waren aber nur zeitweise Vereinigungen, zu denen es in Zeiten allgemeiner Unzufriedenheit kam. Organisationen, die länger Bestand hatten, wurden zu Ende des 18. und zu Anfang des 19. Jahrh. in New York, Philadelphia, Baltimore und Boston gegründet. Die New York Typographical Society, die 1809 ins Leben trat, existiert als Glied der I. T. U. heute noch. Im ersten Drittel des vorigen Jahrhunderts gab es schon eine namhafte Zahl von Ortsvereinen. Ein in den Jahren 1836 und 1837 unternommener Versuch zur Bildung eines Zentralverbandes war nicht erfolgreich. Die damals gebildete National Typographical Society hörte gleich wieder zu existieren auf; schon der zweite Verbandstag, der 1838 hätte stattfinden solllen, wurde nicht mehr abgehalten. Eine dauernde Zentralorganisation ist seit 1850 vorhanden; damals fand zu New York die erste Nationalkonvention der typographischen Arbeiter statt. Die förmliche Gründung einer „National Typographical Union" erfolgte erst 1852 auf der dritten Konvention. Der Titel wurde 1869 in den jetzigen umgewandelt. Ob als Gründungsjahr 1850 oder 1852 angenommen wird, ändert nichts daran, daß diese Gewerkschaft der erste amerikanische Zentralverband war. Einige andere entstanden 1854. Die Zentralisation war lange Zeit eine sehr lose. Die Verbandszentrale hatte bis 1884 als einzige Aufgabe, es den Arbeitsanwendern durch Weckung des Gemeingeistes unter den Arbeitern unmöglich zu machen, Gehilfen von auswärts heranzuziehen. Das wichtigste Mittel zur Kontrolle der Ab- und Zureisenden und zur Verhütung des Streikbruches war die von der Zentrale an alle Ortsvereine ausgegebene Mitgliedskarte, ohne deren Vorweisung keinem Zugereisten das Arbeitsuchen

erlaubt wurde. Von den allgemeinen Vorschriften waren bis 1884 auch bloß die auf die Reisekarten bezüglichen mandatorisch. Die Entscheidungen der Konventionen über gewerbliche Fragen hatten wohl eine gewisse Einheitlichkeit der Taktik und Ziele der Ortsvereine zur Folge, aber sie waren für sie nicht bindend. Das Verlangen, die Wirksamkeit des Zentralverbandes zu erweitern, wurde immer lauter. Vorerst wurde deshalb 1884 die Anstellung eines Hauptorganisators und 1885 die versuchsweise Einführung der Streikunterstützung vorgenommen, womit die unbeschränkte Autonomie der Ortsvereine dahin war und die beständige Ausgestaltung der Funktionen der Zentrale begann, die sich in der Hauptsache auf folgende Dinge erstreckten: 1. Unterstützung der Streiks und Kontrolle gewerblicher Bewegungen; 2. zentrale Verhandlungen mit den Verbänden der Arbeitsanwender (über bestimmte Gegenstände); 3. Ersetzung lokaler durch nationale Gewerberegeln; 4. Betreibung der Ausbreitung der Organisation; 5. Pflege von Hilfskasseneinrichtungen. Die zentralisierte Sterbefallsunterstützung führte die I. T. U. 1891 ein und die Altersunterstützung 1908. Die meisten amerikanischen Gewerkschaften kamen erst eine Reihe von Jahren nach ihrer Gründung zur Pflege von Unterstützungen; bis zu Beginn der neunziger Jahre waren sie fast ausschließlich wirtschaftliche Kampfvereine und manche sind das bis heute noch geblieben, so sehr sich auch ihre Gegner bemühen mögen, diese Tatsache hinwegzuleugnen. Selbst bei den Verbänden, die andere Unterstützungen als Streikunterstützung gewähren, tritt die Hilfskassenfunktion den gewerkschaftlichen Funktionen gegenüber sehr zurück.

Die Gewerberegeln der I. T. U. bezogen sich vornehmlich auf den Normallohn, die Arbeitszeit, die Lehrlingshaltung, die arbeitsparenden Methoden und Maschinen, die Aufnahme, das Vorrücken und die Entlassung von Arbeitern und auf das ausschließliche Recht praktischer Typographen zur Beschäftigung im Gewerbe.

Die einzige Regel, deren Einhaltung von den Lokalvereinen anfänglich erzwungen wurde, war das Verbot, unter dem tariflichen Lohn zu arbeiten. Auch nach der Gründung des Verbandes blieb die Festsetzung der Löhne den Ortsvereinen überlassen, und erst in neuerer Zeit brachte sich die I. T. U. hier zur Geltung, indem sie die Verwendung der Gewerkschaftsmarke (Union Label) in solchen Ortsvereinen untersagte, wo der Mindestlohn unter einer gewissen Höhe bleibt; als Grenze wurde 1902 der Betrag von 10 und 1907 von 12 Doll. angesetzt.

Nach dem Bürgerkrieg begann bei den Typographen die Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit; die Verbandstage von 1869 und 1872 forderten die Ortsvereine auf, die Erlangung des Achtstundentages anzustreben. Der Verbandstag von 1881 bekannte sich zu dem Grundsatz, daß mit der Verkürzung der Arbeitszeit die Beschäftigungslosigkeit vermindert wird, aber dennoch wurde 1885 der Vorschlag zur Einleitung einer Achtstundenbewegung aller Arbeiter abgelehnt; er war vom Amerikanischen Arbeiterbund ausgegangen, der auch ursprünglich den 1. Mai als Achtstundenfeiertag proklamierte. Seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurde die Arbeitszeit in

den Druckereien nach und nach verkürzt. Bis 1904 hatte jedoch kaum ein Zehntel der Mitglieder der I. T. U. den Achtstundentag erreicht. Die in diesem und dem nächsten Jahre wegen des allgemeinen Achtstundentages mit den organisierten Arbeitsanwendern gepflogenen Verhandlungen waren ergebnislos, sodaß 1905 der Streik um den Achtstundentag begann, der etwa zwei Jahre dauerte und mit einem Sieg der Gewerkschaft endete. Während des langwierigen Kampfes fielen zwar viele Ortsvereine ab, aber meist nur solche von sehr kleiner Mitgliederzahl. Die Macht des Verbandes wurde hierdurch wenig beeinträchtigt, und damals verlorenes Gebiet ist schon wieder gewonnen worden. B. beweist überhaupt trefflich, welch bedeutenden wirtschaftlichen Einfluß eine Gewerkschaft auszuüben vermag, die einem erreichbaren Ziele unentwegt zustrebt. Der Einfluß der Gewerkschaft muß freilich nicht unbedingt ein guter sein, was die Geschichte der I. T. U. ebenfalls bezeugt. Ein Beispiel dafür ist das seit 1890 in Kraft befindliche „Priority Law", demzufolge Arbeiter, die dem Verband angehören, nur wegen Unfähigkeit, Vertragsbruch, Pflichtvernachlässigung und Reduzierung des Personals entlassen werden dürfen. Aushilfsarbeiter („Subs", von Substitutes) müssen bei Bedarf der Reihe nach, wie sie eintraten, als ständige Arbeiter angenommen werden. Diese Aushelfer werden aber von den Arbeitern selbst aufgenommen und recht häufig nicht unter Berücksichtigung ihres gewerblichen Könnens. Die Folge ist, daß tatsächlich unfähige Leute dauernde Posten bekommen und dank der Auslegbarkeit des Begriffes „unfähig" behalten, während gute Arbeiter am Ende der „Subliste" anfangen müssen und keinen vor ihnen stehenden Mann überspringen dürfen — sie mögen noch so leistungsfähig sein. Damit schwindet das Streben nach besserer technischer Ausbildung, denn es ist im Daseinskampf kein Vorteil mehr. Alle haben die gleichen Möglichkeiten vor sich umsomehr als in Amerika, wie anderwärts, der Minimal- rasch zum Normallohn wird. Infolge dieses Nivellismus macht sich eine Mittelmäßigkeit breit, die wirtschaftlich nur verderblich sein kann. Ein Antrag, das „Prioritätsgesetz" abzuschaffen, wurde erst in jüngster Zeit von den Mitgliedern der I. T. U. mit geringer Mehrheit verworfen.

München. H. Fehlinger.

Marc Aucuy, Les systèmes socialistes d'échange Avant-propos de A. Deschamps, Professeur à la Faculté de droit à Paris. Paris, Félix Alcan 1908. 12°. VII — 372 S. (3 Fr. 50 c).

Der Verf. geht in seiner Darstellung aus von der Neueinteilung des so vieldeutigen Begriffes Sozialismus in S. der Produktion und S. des Austausches. Unter jenem versteht er den auf der Marxischen Entwicklungstheorie aufgebauten Sozialismus: also die mit wirtschaftsgesetzlicher Notwendigkeit eintretende Verdrängung der kapitalistischen durch eine kollektivistische Gesellschaft, des Sondereigentums an den Produktionsmitteln durch deren Vergesellschaftung. Der S des Austausches dagegen hat, wie Deschamps treffend hervorhebt, das Problem zum Ausgangspunkt, ob man sich nicht des Geldes als eines verkehrswirtschaftlichen Faktors entledigen könnte. Denn

anders als MARX erklärt er die Ungerechtigkeit der Güterverteilung nicht durch den Widerspruch zwischen der Kooperation im Produktionsprozeß und dem Individualismus in der Aneignung, sondern durch die Möglichkeit, die das Geld seinen Besitzern gibt, alle auszubeuten, die es brauchen, um produzieren, kaufen und sogar verkaufen zu können (da man ja auch hierbei auf zahlungsfähige Käufer angewiesen ist, weshalb denn auch die Notwendigkeit, Waren an Käufer hinzugeben, die zu deren sofortiger Baarzahlung außer Stande sind, den Eskompte hervorgerufen hat).

So aufgefaßt, zählt der Sozialismus des Austausches viele Vertreter, aus deren Reihen uns A. die charakteristischesten und bedeutendsten vorführt.

Vor allem OWEN und PROUDHON mit seinen 1848er Projekten, die beide aus dem Grundgedanken: die Arbeit allein sei wertschaffend, folgern, daß das Münzgeld als Tauschmittel auszuschalten sei. Man drücke, schlagen sie vor, den Wert in Arbeitsquantitäten aus und ersetze das Münzgeld durch Bons, so daß die in den Waren verkörperte Arbeit selbst Münzzwecken dienstbar werde. — Dieses System bietet anscheinend den Vorteil voller Anpassungsfähigkeit an die freie Verkehrswirtschaft. Tatsächlich jedoch würde seine Durchführung unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen. Was den Wert ausmacht, ist nämlich nicht die Arbeit selbst, sondern deren Ergebnis und die mit Angebot und Nachfrage schwankende Nützlichkeit desselben, sodaß man entweder auf die Anpassung der Produktion an die Bedarfsgestaltung oder auf die reine Verwirklichung des Prinzips verzichten müßte, indem man nicht nur dem Arbeitsaufwand, sondern auch seiner wechselnden gesellschaftlichen Wichtigkeit Rechnung trüge. Der Mißerfolg der OWENschen Labour Exchange von 1832 hat dies klar gezeigt.

Man kann auch noch weiter gehen und entsprechend den Vorschlägen Proudhons aus dem Jahr 1855 dem Münzgeld die Funktion als Wertmesser entziehen. Eine mit Monopol ausgestattete, die Masse der Produzenten und Konsumenten umfassende Tauschbank wäre in der Tat begrifflich imstande, die Wertbildung einheitlich zu regeln. Wie aber sollte sie praktisch die einzelnen Waren bewerten, wenn sie nicht vorher und a priori genau die Schwankungen in Angebot und Nachfrage kennte? Sie wäre also gezwungen Produktion und Konsumtion despotisch zu organisieren, d. h. sie würde ihrem eigenen Wesen zuwider zum Sozialismus der Produktion gelangen.

Andere Sozialisten schlagen andere Wege ein. VIDAL und HAECK insbesondere, beide theoretisch Anhänger des Papiergeldels, begnügen sich praktisch damit, die Funktionierung des Tauschverkehrs durch Kredit auf Arbeit zu verbessern, der entweder vom Staat (Vidal) oder im Wege der Wechselseitigkeit (Haeck) zu organisieren wäre. Zweifellos würden hierdurch Verbesserungen ohne Alterierung der heutigen Produktionsweise möglich, obschon Vidal vornehmlich in merkwürdige Irrtümer über die Voraussetzungen verfällt, unter denen eine solche Emissionsbank normal funktionieren könnte. Allein die so erzielte Verbesserung wäre höchst unbedeutend und würde die Forderungen der sozialistischen Reformatoren in kaum nennenswertem Maße blos befriedigen.

Erwähnt sei noch der soziale Komptabilismus Solvays, dessen Wesensähnlichkeit mit dem proudhonistischen Mutualismus der Verf. ungemein geistvoll nachweist (obgleich Solvay selbst sich in einer (S. 349—354) mit abgedruckten Note ausdrücklich gegen eine solche Analogisierung verwahrt), und der auf die gleichen Schwierigkeiten stößt wie jener.

Auf Grund seiner sorfältigen Prüfung der Systeme des Sozialismus des Austausches gelangt der Verf. zum Schlusse, daß ein solcher innerlich unmöglich sei und mit logischer Notwendigkeit in die Forderung vorausgehender Vergesellschaftung der Produktion münde.

Diese Wahrheit hat denn auch Marx schon klar formuliert, indem er in der Misére de la philosophie feststellte, daß „im allgemeinen die Form des Warenaustausches der der Produktion entspricht." Doch soll damit nicht gesagt sein, daß in einer künftigen kollektivistischen Ordnung die Schwierigkeiten entfallen würden, die einer sozialistischen Organisation des Güteraustausches anhaften. Vielmehr zeigt A. an der Hand sinnreich gewählter Beispiele die praktische Unvereinbarkeit des kollektivistischen Ideals der Arbeit als alleinigen Wertmessers mit der Notwendigkeit — um der Anpassung der Produktion an den gesellschaftlichen Bedarf willen — auch andere Eigenschaften der Waren zu berücksichtigen als die zu ihrer Erzeugung gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit.

Das klar geschriebene und ebenso durch solide Gelehrsamkeit wie durch eindringende Kritik hervorragende Buch ist jedem, der sich mit dem Studium der sozialistischen Theorien befaßt, als wertvoller Behelf zu empfehlen.

Lille. Albert Schatz.

Franck, Les Bourses du Travail et la Confédération générale du travail. Paris, Giard u. Brière 1910. 8°. (10 Frs.).

Auguste Pawlowsky, La Confédération générale du travail. Paris, Alcan 1910. 12°. VII u. 152 S. (2,50 Frs.).

Paul Delesalle, Les Bourses du travail et la C. G. T. Paris, Marcel Rivière s. d. (1909). 12°. 64 S. (60 c.)

Paul Louis, Le syndicalisme contre l'état. Paris, Alcan 1910. 12°. 276 S. (2.50 Frs.)

Der revolutionäre Syndikalismus beschäftigt zur Zeit die öffentliche Meinung Frankreichs in hohem Maße. Seine Fortschritte seit einigen Jahren, die Bewegung vom 1. Mai 1906, die Kämpfe zwischen Revolutionären und Reformisten erregen den Wunsch nach genauerer Kenntnis dieser neuen Bewegung. So erklärt sich denn die rasche Aufeinanderfolge mehrerer Werke, die über Wesen und Ziele der Confédération générale du Travail ausführlicher und zuverlässiger unterrichten als bisher.

Das sehr umfangreiche Buch von F. zeigt große Vertrautheit mit dem Untersuchungsgegenstand. Der Verf. hat das vorliegende, gedruckte Material voll ausgenützt, die „Voix du peuple", das seit 1900 offizielle Organ der Confédération, und nicht minder die Verhandlungsberichte der syndikalistischen Kongresse. Mündliche Auskünfte vonseiten der Beteiligten scheint er dagegen

nicht eingeholt zu haben. Obschon Gegner des Syndikalismus, schildert er denselben doch objektiv und zutreffend. Da das so wichtige Buch von PELLOUTIER, des Begründers dieser großen Bewegung, nur bis 1901 reicht, so ist das F.sche gegenwärtig das vollständigste und dasjenige, das zumeist wissenschaftlichen Charakter aufweist.

Im Gegensatz zu F. hat P., der nicht Historiker, sondern Journalist ist und nur rasch und lebendig den Syndikalismus skizzieren will, dessen bedeutendste Führer aufgesucht. Die Vorführung ihrer Persönlichkeiten und die biographischen Daten über sie werden denn auch hauptsächlich an seiner Darstellung interessieren.

Die Broschüre D.s ist in der „Bibliothèque du mouvement prolétaire" erschienen, einer Sammlung von Schriftchen der bedeutendsten Theoretiker des revolutionären Syndikalismus. D. gehört der Leitung der C. G. T. als Secrétaire-adjoint der Sektion der Arbeitbörsen an. Er erscheint also zur Schilderung der Organisation dieser letzteren, der Dienste, die sie leisten und ihrer Beziehungen zum Zentralorganismus besonders berufen.

Das Buch von L. endlich bringt nicht wie die früher genannten eine Analyse von speziell französischen Einrichtungen und Tatsachen. Es stellt sich vielmehr als Versuch einer allgemeinen Betrachtung dar, mit Ausdehnung auf die gesamte Kulturwelt. Ihm zufolge ist der Staat allüberall der Mandatar der herrschenden Klasse und von dieser mit der Niederhaltung die Arbeiterklasse betraut, der Syndikalismus dagegen der Vertreter der Emanzipationsbestrebungen dieser letzteren. Sein Ziel ist also notwendig die Zerstörung des Staates. Im ersten Teil seines Buches behandelt der Verf. den Staat und dessen Wirksamkeit auf den Gebieten der Politik, der Finanzen, des Heerwesens, des Unterrichts und der Polizei. Im zweiten schildert er die Entstehung des Syndikalismus, dessen Beziehung zum Sozialismus, die Rolle der „action directe", des Ausstandes. In einem Schlußkapitel stellt er die beiden feindlichen Gewalten einander gegenüber und zwar mit ausgesprochener Sympathie für den Syndikalismus. L.s Schrift ist interessant und gedankenreich. Sie beruht aber auf unzureichendem Tatsachenmaterial und ermangelt der Unparteilichkeit.

Caen. GEORGES WEILL.

A. ANGIOLINI, 50 anni di socialismo in Italia. 3ª edizione. Firenze. Nerbini 1908. gr. 8°. 520 (2 spalt.) S.

Ein Nachschlagebuch und kein Werk der Kritik; ein erschöpfender Bericht über alle sozialistischen Parteitage seit dem von Reggio Emilia — 1893 —, der die erste Etappe in der Organisation und im Aufstieg des Sozialismus auf italienischem Boden bezeichnet, bis zu dem 1908 in Florenz stattgefundenen, der zur Verschmelzung des sozialistischen Programms mit dem radikalen führte; eine zuverlässige Chronik aller Geschehnisse von der revolutionären Erhebung CARLO PISACANEs an bis zu dem Tumulte von 1898, von dem Gemetzel von Candella bis zum Ausstand von Parma.

Eingeleitet wird das Buch durch eine sehr summarische Skizze der Vorläufer des italienischen Sozialismus. In rascher Folge erscheinen vor uns:

Tommaso Campanella, der Apostel des Kommunismus an der Wende zwischen dem 16. und 17. Jahrh.; Filippo Buonarotti und Mario Pagano aus der zweiten Hälfte des 18.; die Philosophen Cesare Beccaria, Giuseppe Filangieri, Giuseppe Montavelli und der wirtschaftlich-sittliche Erneuerer Pisacane.

Das nächste Kapitel ist der Internationale gewidmet und deren durch Bakunin vermittelten Wirksamkeit von 1865—1873. Sie setzte erstmals mit der Agitation Enrico Bignanis in Norditalien ein, fand dank feuriger Propaganda Andrea Costas in der Emilia und Romagna ihre Fortsetzung und verbreitete sich zuletzt durch Carlo Cafiero über Neapel und Sizilien. Beunruhigt durch ihr Eindringen in die Arbeiterbünde (fasci), begann die Regierung 1873 diese aufzulösen und deren Häupter einzukerkern. Das reizte aber nnr die Propagandisten ihrerseits zu Gewalttätigkeit, und vielerorten entstanden Blätter, deren Tendenz schon ihr Titel genügend kennzeichnet: „Petrolio“ in Ferrara, „Comunardo“ zu Fano, „Canaglia“ in Genua, „Favilla“ in Mantua, „Grido del popolo“ in Cosenza, „Povero“ in Palermo. In vielen Städten brachen Unruhen und Streiks aus. Am 2. VIII. 1874 fand in Villa Ruffi bei Rimini eine Zusammenkunft behufs Herbeiführung einer Einigung zwischen Internationalisten und Mazzinisten statt, an der 28 Republikaner teilnahmen, die insgesamt verhaftet und gerichtlicher Aburteilung zugeführt wurden, darunter Alessandro Fortis, der spätere Ministerpräsident, und Costa, der wegen Arbeitsscheu und Vagabondage unter Polizeiaufsicht gestellt wurde, was nicht gehindert hat, daß er mit allen offiziellen Ehren zu Grabe getragen wurde, als er kürzlich als Vizepräsident der Kammer aus dem Leben schied. — Eine andere Phase der Internationale bildeten die 1877 von Cafiero und Malatesta in Benevent organisierten „Banden“; nach einem blutigen Zusammenstoß mit der Gendarmerie zogen sie sich in die Berge zurück, besetzten mit Waffengewalt Letino, wurden aber bald darauf insgesamt verhaftet und vor die Geschworenen gestellt, die sie freisprachen. Drei Monate nachher, am 17. XI. 1877, verübte ein Wahnsinniger, Passanante, ein Attentat auf Humbert I., und Tags darauf wurde in Florenz während einer monarchistischen Freudenkundgebung aus Anlaß der Errettung des Königs eine Bombe geschleudert, durch die 4 Menschen getötet und 10 verwundet wurden. Um so heftiger ward nun die staatliche Repression. Viele Revolutionäre mußten vor ihr ins Ausland flüchten und damit fand die Internationale ihr Ende.

Auf ihren Trümmern aber erwuchs die italienische Arbeiterpartei (partito operaio italiano) mit einem das ganze nationale Leben umfassenden Programm, in dem gefordert wurden: Recht und Freiheit des Streikes, allgemeines Stimmrecht, Freiheit des Unterrichts, Milizheer, Gemeindeautonomie, progressive Einsteuer, Abschaffung der Kultausgaben, allgemeine Verbrüderung. Dieses Programm erweckte große Sympathien und eine neue Weltanschauung, der Sozialismus, begann sich auszubreiten und zu vertiefen; erst in der Lombardei und in Ligurien, bald darauf auch in der Emilia und Romagna. Die Arbeiterpartei begriff die Notwendigkeit einer Anteilnahme am öffentlichen Leben: 1886 wurde Costa zum Abgeordneten gewählt; Camillo Prampolini begrün-

dete in Reggio Emilia das Wochenblatt „La giustizia“; zwei Jahre darauf schuf TURATI „La critica sociale“, die bald das wissenschaftliche Organ des Sozialismus wurde.

Der Kongreß zu Genua von 1892, an dem 400 Delegierte teilnahmen, bezeichnet die Scheidung der Sozialisten von den Anarchisten. Seither vollzieht sich die Organisation der Arbeiterschaft unter Leitung der sozialistischen Partei, die rasch zu großer Bedeutung gelangt. Zahlreiche Intellektuelle schließen sich ihr an: so ENRICO FERRI, dessen Bekenntnis zum Sozialismus auf dem Kongreß von Reggio Emilia, 1893, nicht minderen Eindruck machte als jene von EDMONDO DE AMICIS; ferner ARTURO GRAF, CESARE LOMBROSO, GUGLIELMO FERRERO, UGO OJETTI, ADA NEGRI.

Der italienische Sozialismus hat übrigens in der Zeit des Aufstieges ebenfalls die Bluttaufe empfangen. An der Hand der zeitgenössischen Blätter schildert A. die Bewegungen in Sizilien und in Massa-Carrara im Jahre 1894, die Proklamation des Belagerungszustandes, die Massenverhaftungen und das Walten der Militärgerichte, die DE FELICE, BARBATO BOSSO, VERRO u. a. zu 10—20 jährigem Kerker verurteilten — um freilich hierdurch dem Sozialismus nur noch mehr eifrige Anhänger zuzuführen. Dies trat nicht bloß 1895 auf dem Kongreß von Padua zutage, sondern auch durch die Wahl von 13 sozialistischen Abgeordneten; und ebenso in der ein Jahr danach erfolgten Gründung eines Parteitageblattes, des „Avanti“. — 1898 gab es neue Unruhen und neuerliche staatliche Repressivmaßregeln, die A. genau darstellt. Im Verlaufe dieser Unruhen, die infolge der Brotteuerung im Frühjahr in vielen Städten ausbrachen und im Mai in Mailand ihren Höhepunkt erreichten, wütete das Kabinett PELLOUX gegen das Vereins- und Versammlungsrecht sowie gegen die Preßfreiheit, zahlreiche Zeitungen wurden unterdrückt, TURATI, ROMUSSI, DE ANDREIS, DON ALBERTARIO u. a. verhaftet. Gegen dieses freiheitsmörderische Beginnen nahm wenige Monate später die äußerste Linke, unterstützt von den verfassungstreuen Liberalen (ZANARDELLI, GIOLITTI), den Kampf im Parlament auf, griff schließlich, weil der ministeriellen Mehrheit gegenüber zu schwach, zur Obstruktion und erzwang so die Kammerauflösung. Bei den darauffolgenden Wahlen im Juni 1900 wurden 32 Sozialisten, 30 Republikaner und 30 Radikale in die Kammer entsendet. Am 29. Juli 1900 ermordete der Anarchist BRESCI in Monza den König Humbert I. Sein Nachfolger Victor Emanuel III. zeigte sich sofort als moderner und mit den Bedürfnissen und Bestrebungen des Volkes vertrauter Mann. Er berief ZANARDELLI und GIOLITTI ans Staatsruder bei und leitete hierdurch eine in den italienischen Annalen ganz neue freiheitliche Periode ein, während deren allüberall Organisationen und Genossenschaften sich ungehindert entfalten können.

Diese ruhige Entwicklung hat jedoch nicht lange gedauert. Schon 1902 beginnt auf dem Kongreß von Imola der Kampf zwischen Revolutionären und Reformisten, und in den nächstfolgenden Jahren zwischen Integralisten und Syndikalisten — Zwistigkeiten, hinter denen sich persönliche Gegnerschaften und ehrgeizige Bestrebungen einzelner verbergen. Sie haben zu Spaltungen in der Partei geführt und eine bedauerliche Begriffsverwirrung gezeitigt. —

Die tieferen Gründe dieser Erscheinung zeigt A. nicht auf — vielleicht, weil er zu Propagandazwecken schreibt und es ihm daher zu schmerzlich war, diese Jämmerlichkeiten innerhalb der Partei zu erörtern, die auf deren bevorstehende Auflösung und auf tiefgehende Verschiedenheiten in der Auffassung des politischen Lebens hindeuten, wie sie auch in dem jüngsten Fall Ferri zutage treten.

Siena. Filippo Virgilii.

Ettore Zoccoli, L'anarchia. Gli agitatori — le idee — i fatti. Saggio di una revisione critica e sistematica e di una valutazione etica. Torino, Fratelli Bocca 1907. gr. 8⁰. XXIV—528 S. (10 Lire).

Das angezeigte Werk bringt eine Darstellung und Kritik der anarchistischen Theorien. Angesichts der entschiedenen Gegnerschaft Z.s gegen die letzteren ist die Treue und wissenschaftliche Unbefangenheit seiner Schilderung doppelt anerkennenswert. Das Buch zerfällt — abgesehen von einer kurzen bibliographischen Einleitung — in drei Teile, in denen nacheinander die Agitatoren, die Ideen und die Betätigung untersucht werden, und die in ihrer Gesamtheit einen vollständigen Überblick über den Anarchismus gewähren.

Bei der Vorführung des Lebens und der Gedankenwelt der Agitatoren zeigt Z. auch den Ausgangspunkt ihrer an der bürgerlichen Welt geübten Kritik auf: den metaphysischen bei Stirner, den ökonomischen bei Proudhon, den politischen bei Bakunin, den soziologischen bei Kropotkin, den invidualistischen bei Tucker. — Stirner knüpft an die gewagtesten Schlußfolgerungen der linksstehenden Hegelianer, vor allem an Feuerbach an, die er noch überspannt und durch noch kühnere und von noch größerer zerstörender Kraft ergänzt. Sein Hauptwerk „Der Einzige und sein Eigentum" klingt denn auch in die Doppelverneinung von Gott und Staat aus. — Nicht minder lehnt sich auch Proudhon an die Hegelianische Linke an. Denn mag er auch, wie er erklärt, Hegels Schriften nie gelesen haben, so kannte er doch ihre Grundgedanken aus Gesprächen mit Grün, Bakunin und Marx. — Bakunin, dessen Lebensgang und schriftstellerische Wirksamkeit wir genau kennen lernen, geht mit seiner ganzen Persönlichkeit in Agitation auf. Er will erweisen, daß vor jeder großen politischen und sozialen Umgestaltung oder gleichzeitig mit ihr stets auch eine analoge Bewegung der philosophischen und religiösen Ideen, welche das Gewissen der Einzelnen und der Gesellschaft bestimmen, sich vollzogen habe. — Gleich ausführlich würdigt Z. sämtliche Schriften Kropotkins, der — wie er selbst sich ausdrückt — nach Festlegung der wissenschaftlichen Grundlagen des Anarchismus und nach kritischer Wertung der herrschenden Gesellschaftsordnung sich Voraussagen über deren künftige Gestaltung hingibt. — Die Reihe der Agitatoren schließt der Amerikaner Tucker, der die Auffassung verficht: die wahre Ursache aller Unordnung, alles Elends und aller Verbrechen sei der Staat, und der die volle wirtschaftliche Freiheit im Wege einerseits der Abschaffung jeder Form des Wuchers (Zins, Grundrente, Unternehmergewinn) und anderseits der Schrankenlosigkeit des Individuums verwirklicht wissen will.

Im zweiten Abschnitt werden uns die Anschauungen des Anarchismus über Recht und Pflicht, Religion und Familie, Erziehung, Unterricht, Kunst und Revolution vorgeführt und gezeigt: wie die anarchistischen Theorien jeder Erörterung über die grundlegenden Begriffe von Recht und Pflicht aus dem Wege gehen; sich dem religiösen Gefühl gegenüber auf bloße Verneinung jeglicher natürlichen und positiven Religion beschränken; mit bezug auf die Familie sich mit der Forderung freier Liebe begnügen, ohne deren moralische und rechtliche Konsequenzen ins Auge zu fassen; die auf Disziplin, feste Programme und Klassifikation aufgebaute Unterrichtsorganisation durch rationalistischen, libertären, für beide Geschlechter gemeinsamen Einheitsunterricht ersetzt wissen wollen; der Kunst einen sozialen Inhalt geben und sie wirtschaftlich, d. h. allen zugänglich machen möchten; die Revolution schließlich, die ihr Lieblingsthema bildet, als unentbehrliches Element jeder Vollentwicklung betrachten.

Im driten Abschnitt untersucht Z. die Organisationen der Anarchisten: ihre Presse, Kongresse und Gruppenbildungen, sowie die „Propaganda der Tat“ durch Einzeln- und Kollektivhandlungen. Von jenen werden die Verbrechen von Ravachol, Vaillant, Pauwels, Henry, Caserio und Bresci erzählt, von diesen die Aufstandsbewegungen in Chicago, Xeres und in der Lunigiana.

Z. schließt mit wenigen gedankenreichen Seiten, in denen er nach der gewissenhaften Analyse eine straffe Synthese aller Grundgedanken des Anarchismus bietet, dieselben ethisch wertet und ihre Konsequenzen darlegt. Er gelangt hierbei zu dem Urteil, daß der Anarchismus außerhalb aller gesellschaftlichen Wirklichkeit steht, daß er ein Gewebe von Widersprüchen und durchaus unsittlichen Gepräges ist und daß die Anarchisten insgesamt — die Agitatoren und Verbreiter der Doktrinen ebensowohl wie die Masse in ihrem Gefolge —, obschon nicht in gleichem Umfange, für die Folgen ihres Tuns verantwortlich zu machen sind.

Das Z.sche Werk zeichnet sich gleichermaßen durch Gelehrsamkeit, Klarheit und — bisher größte — Vollständigkeit aus und verdient die Aufmerksamkeit aller, die sich mit sozialen Problemen befassen.

Siena. Filippo Virgilii.

Robert Michels, Storia del marxismo in Italia. Compendio critico con annessa bibliografia. Traduzione del tedesco del Dr. Giulio C. Fenoglio, Riveduta ed ampliata dall' autore. Roma, Luigi Mongini 1910. 8°. 159 und LIX S. (3 L. 25c.)

M. lebt und wirkt seit Jahren in Italien. Er hat sich hier volle Zugehörigkeit erworben, ohne sich dadurch seiner deutschen Heimat zu entfremden. So ist er denn, der Bürger zweier Volksgemeinschaften, so recht befähigt an der Aufgabe geistiger Vermittlung zwischen ihnen mitzuwirken. Er unterzieht sich ihr auch mit anerkennenswertem Eifer und um so größerem Erfolg, als ihn hierbei ausgebreitete Bildung, die Gabe rascher Auffassung

sowie Eleganz und lichtvolle Klarheit der Darstellung in hohem Maße unterstützen.

Auch die vorliegende — erstmals 1907 im „Archiv für Sozialwissenschaft“ erschienene und von meinem einstigen Schüler Dr. Fenoglio vortrefflich ins Italienische übertragene Schrift will das deutsche Publikum mit einer Episode aus der deutsch-italienischen Geistesbewegung bekanntmachen, die zu den interessantesten und denkwürdigsten gehört, nämlich mit den Schicksalen des Marxismus auf italienischem Boden: der impulsiven Aufnahme gleich nach seinem Bekanntwerden und der späteren sorgsamen Prüfung, den Abneigungen und der Begeisterung, die er auslöste, den Sektenbildungen und sozialpolitischen Reflexwirkungen in seinem Gefolge. M. zeigt, wie Marx anfänglich durch das autoritäre Gepräge seiner Lehre die italienischen Arbeiter abstieß. Den Weg zu ihnen öffnete ihm erst der Revolutionär Cafiero, der — abgesehen von einem kurzen bakunistischen Zwischenfall — dem Trierer Propheten unentwegt treu anhing und 1879 ein Kompendium des „Kapital“ veröffentlichte. Nicht minder war es Bakunin, der ungeachtet seiner persönlichen Gegensätze zu Marx demselben Anhänger und Bewunderer in Italien warb. In gleichem Sinn wirkte die Beschäftigung der italienischen Economisten mit der in Deutschland aufgekommenen volkswirtschaftlichen Lehre und daß dieselben nach kurzem Verweilen im Halbdunkel des Kathedersozialismus zum eigentlichen und wahren Sozialismus vordrangen, wobei sie Marx' Theorien in einer Weise erklärten und ergänzten, die unter dem Anschein kühler Kritik glühende Bewunderung barg. Zugleich mit dem Eindringen des Marxismus vollzog sich in Italien der Übergang von der handwerklichen zur kapitalistischen Produktion, und die traurigen Begleiterscheinungen dieser gesellschaftlichen Krise förderten ebenfalls mächtig das neue Dogma. Als dann schließlich Turati und Anna Kulischoff 1886 dieses in ihren Zeitschriften zu vertreten begannen, ward es sofort zum Leitstern einer Plejade von Philosophen, Historikern, Volkswirtschaftslehrern und schöngeistigen Schriftstellern in allen Teilen der Halbinsel und entflammte auch die Universitätsjugend zu glühender Begeisterung. Allerdings konnte der Marxismus dabei seine ursprüngliche Struktur nicht rein bewahren. Brachten doch all die Intellektuellen, denen er sein siegreiches Vordringen verdankte, eigene selbständige Vorstellungen, Beobachtungen und kritische Urteile mit. Doch erscheint diese seine „Trübung“ keineswegs, wie M. meint, als Mangel. Ihre Feststellung bedeutet vielmehr ein Lob des italienischen Geistes, der die marxistischen Lehren nicht unbesehen übernahm, sondern sie unabhängiger Prüfung unterzog und ihnen das unvergängliche Siegel eigener Originalität aufdrückte. Ebendeshalb muß auch die mittelalterliche Methode des „ipse dixit“, das Streben, den Maxismus auf das starre Wort des Meisters zurückzuführen, entschieden verurteilt werden.

Bis zum Jahre 1900 behält allerdings der italienische Marxismus trotz innerlicher „Trübung“ wesentlich orthodoxen Charakter und bleibt von tieferen Rissen und drohenden Spaltungen verschont. Seither aber findet der in Deutschland einsetzende Revisionismus auch bei uns Widerhall. Einerseits

unterwirft der rechte Flügel des Sozialismus, der Reformismus, die Theorie und Praxis zersetzender Kritik; anderseits wirft der linke Flügel, der Syndicalismus, unter Berufung auf den unverfälschten Marx dessen Dogmen über den Haufen. So scheint es mir denn unzweifelhaft, daß, wenn der Maxismus früher in Italien existiert hat, dies heute nicht mehr der Fall ist — trotz der außerordentlichen Volkstümlichkeit des Propheten in den Kreisen der Industrie- und Landarbeiter, die freilich oft von der Persönlichkeit, den Ursprüngen und den Lehrmeinungen des von ihnen so hoch verehrten Meisters eine nur sehr rohe Vorstellung haben. Zu bedauern ist nur, daß die italienischen Sozialisten in unfruchtbarem Streit über Programm und Taktik befangen, das ungeheure, von dem Arbeits- und Landwirtschaftsamte aufgestapelte statistische Material über die Verhältnisse der Arbeiter, die Industrie, das Anwachsen des Kapitalismus usw. in den Archiven und amtlichen Publikationen modern lassen, statt es zur Nachprüfung der marxistischen Thesen auszunützen. Trotz aller dieser Lücken hat aber der Marxismus, durch seine über die eigentlich sozialistischen Kreise hinausreichende Verbreitung auf die italienischen Intellektuellen unbestritten günstigen Einfluß geübt: seine unbeugsame logische Schärfe hat sich als wirksames Gegengift gegen jenen schwächlichen Eklektizismus erwiesen, der in Italien den schwersten Fehler der Wissenschaft im allgemeinen und der Volkswirtschaftslehre inbesondere ausmacht.

Die vorstehende flüchtige Skizze der Ausführungen Ms. genügt wohl, um dem Leser eine Vorstellung von deren Wert zu geben: sie erinnern durch ihre in liebenswürdigster Form auftretende Gelehrsamkeit, den hochsinnigen Geist, der sie beseelt, und den Glanz der Sprache an die schönsten Blätter aus Heines „Über Deutschland“. Das schließt natürlich Widerspruch gegen so manche tatsächliche Angaben und Werturteile des Verf. nicht aus. So muß ich, bei aller Dankbarkeit für seine freundliche Würdigung meines Anteils an der geschilderten großen Geistesbewegung, die Behauptung auf S. 110 richtig stellen: ich hätte 1902 in der II. Ausgabe meiner 1883 erschienenen Schrift über Marx die in dieselbe eingeschlichenen Irrtümer über Marx' Lebensgang nicht ausgemerzt. In Wahrheit habe ich diese II. Ausgabe, wie jeder sich durch ihren Vergleich mit der I. leicht zu überzeugen vermag, sorgfältig durchgesehen und gerade in dem von M. beanstandeten Punkt verbessert. Ferner glaube ich im Gegensatz zu M. nicht, daß Marx' Lehrgebäude durch den jüngsten Zuwachs an Erben wesentlich gewonnen hat, und noch weniger, daß Marx den Reformismus ausschließt oder verdammt, da dieser ganz im Gegenteil gleich von Anfang an aus jenen berühmten Darlegungen im „Kapital“ über die englische Fabrikgesetzgebung Anregung erhält. Wie leicht ersichtlich, handelt es sich jedoch hierbei um Vorbehalte, die das günstige Urteil über das angezeigte Buch nicht beeinträchtigen. Dessen Lektüre kann vielmehr nur lebhaft allen jenen empfohlen werden, die allüberall gespannten Interesses den unaufhaltsamen Fortschritt der Ideen der Gerechtigkeit und Erlösung verfolgen.

Turin. Achille Loria.

ERWIN SZABÓ, Marx és Engels válogatott müvei (Marx und Engels ausgewählte Werke). 2 Bde. gr. 8° XV u. 400, resp. VI u. 432 S. Budapest, S. Politzer u. Sohn 1905/1909.

Der bescheidene Titel des angezeigten Werkes verrät durchaus nicht die große Bedeutung, die ihm einerseits von speziell ungarischem zeitgeschichtlichem und andererseits von wissenschaftlichem Standpunkt aus zukommt. Daß es in größerer Auflage erschienen ist als je ein anderes ungarisch geschriebenes Buch von wissenschaftlichem Charakter, beweist offenbar, daß sozialwissenschaftliche und speziell sozialistische Arbeiten in Ungarn schon auf ein ausgedehntes Publikum zählen können. Nicht minder bedeutungsvoll aber ist die Tatsache, daß Sz., der dies Buch „redigiert, mit Einleitung und Noten versehen und die Übersetzungen revidiert hat“, der gründlichste Kenner des Sozialismus auf ungarischem Boden ist. Dies bürgt auch dafür, daß Sz. als Herausgeber der Werke von MARX und ENGELS nicht nur die gebotene Pietät nicht verletzt, sondern auch gewissenhaft all die wissenschaftlichen und praktischen Anforderungen in Betracht gezogen hat, die einer derartigen Anthologie gegenüber erhoben werden können.

Sein Hauptziel war, den Marxismus an der Hand ausgewählter und charakteristischer Aufsätze von MARX und ENGELS darzustellen. Dabei hatte er aber dem Umstande Rechnung zu tragen, daß der Leserkreis der Sammlung meistenteils aus Leuten in ungünstigen Lebensverhältnissen sich zusammensetzt. D. h. es mußten möglichst solche Abhandlungen gewählt werden, die ein Minimum an Vorkenntnissen erfordern. So erklärt es sich, daß in die Sammlung ebensowohl der „Anti-Dühring“; wie die Arbeiten vor dem „Kommunistischen Manifest“ und einige wichtige Kapitel aus dem „Kapital“ nicht aufgenommen wurden, d. h. einerseits die in literaturgeschichtlicher Hinsicht so wertvollen Schriften, die die Entstehung und Entwicklung des Marxismus darstellen, und anderseits jene Teile des großen Werkes von MARX, in denen dieser zweifellos seine grundlegenden wirtschaftlichen Ansichten endgültig formuliert hat. Die Enzyklopädie der marxischen Soziologie, Philosophie und Ökonomie ist also unvollständig; und zwar notwendig unvollständig: sei es mit Rücksicht auf den polemischen Charakter der Weglassungen, sei es weil Sz. nicht willkürlich einige Teile aus dem Zusammenhange herausreißen wollte. Gerade deshalb aber erwuchs ihm natürlich die schwere Aufgabe, die unvermeidlichen Lücken im System des Marxismus durch die Einleitungen, die jedem einzelnen aufgenommenen Stück vorangehen, auszufüllen.

Was nun das MARXsche System betrifft, so enthält der I. Band tatsächlich nur das „Kommunistische Manifest“ und den „18. Brumaire“; der II. die „Kritik der politischen Ökonomie“, die „Inauguraladresse“ und die erst 1891 veröffentlichte „Kritik des Gothaer Programms“ von MARX, sowie die beiden Aufsätze „Freihandel und Schutzzoll“ von MARX und ENGELS. (Es wird noch ein dritter Band folgen, dessen Inhalt bisher nicht angezeigt ist.) Außerdem bringen aber die beiden Bände noch einige sehr interessante Aufsätze, die uns die Kenntnis von dem ersten Herumtappen der großen Meister um die Frage der Revolutionen im XIX. und XVI. Jahrhundert vermitteln: die „Ungarische

Revolution" von ENGELS, „KOSSUTH und KLAPKA" von MARX, den „demokratischen Panslavismus" von ENGELS, „Revolution und Contrerevolution" von MARX, schließlich den „Deutschen Bauernkrieg" von ENGELS. Von streng wissenschaftlichem Standpunkte aus mag die integrale Aufnahme dieser Stücke, die ja nur von geringerer Bedeutung sind, in eine Sammlung, die kaum ein Zehntel der MARX-ENGELschen Schriften umfassen will, unmotiviert erscheinen. Sie ist aber durch praktisch-opportunistische Erwägungen gerechtfertigt. Denn die genannten Schriften sind geeignet, gerade das ungarische Publikum, in dem die Traditionen der Revolution — wenngleich entstellt — noch immer lebendig sind, dem Verständnis der fremderen und schweren Werke der beiden Meister näherzubringen.

Es war zweifellos eine schwere Aufgabe, die erwähnten Lücken im System des Marxismus durch Einleitungen auszufüllen. Sz. hat sie gelöst. Jede Einleitung ist eine selbständige Studie, ideenreich und geistvoll, ohne Übertreibung und Pose; jede für sich eine gründliche Abhandlung. Diese Abhandlungen erheben das angezeigte Sammelwerk — wie mit Recht von der ungarischen Kritik betont worden ist — weit über alles, was bisher in Ungarn von marxistischer Seite zur Veröffentlichung gelangt ist, und machen es zum Hauptwerk des ungarischen Marxismus. Nicht minder wertvoll aber sind auch die tiefgründigen Noten und Kommentare, die dem Leser viel mehr bieten, als ihre bescheidene Bezeichnung durch den Verf. als „Noten" erwarten läßt.

Die Anerkennung, die Sz. für dieses Werk — allerdings nicht vonseiten der offiziellen Wissenschaft — bereits bisher zuteil geworden ist und gewiß in der Zukunft in noch höherem Maße zuteil werden wird, beruht außer auf den erwähnten Vorzügen auch darauf, daß er als erster den Versuch gewagt hat, die ungarische Revolution in ganz neuer Beleuchtung zu schildern, nämlich vom Standpunkte des Klassenkampfes aus. Während er einerseits die Irrtümer von ENGELS und MARX in der Frage der ungarischen Revolution richtig stellt, führt er andererseits die Auffassung konsequent durch, daß dieselbe nur die Endphase des Klassenkampfes des mittleren Adels gegen die Großgrundbesitzerklasse war. Hier macht sich der Einfluß des so früh verstorbenen BÉLA GRÜNWALD geltend, der in seiner berühmten Schrift „Das Alte Ungarn" für die Zustände vor 1825 schon ähnliches unternommen hat. Im II. Bande setzt Sz. seinen Versuch fort: ENGELS Arbeit bietet ihm Gelegenheit, die ungarischen Bauernkriege von 1437 und 1514 wieder vom erwähnten Standpunkte aus zu beleuchten. Aber die seit dem Erscheinen des I. Bandes verstrichenen vier Jahre sind nicht ohne Einfluß auf seine geistige Entwicklung geblieben. Während er im I. Bande gegen den offiziellen Marxismus noch — sozusagen — keine Einwände erhoben hat, zieht er in der Einleitung zum „Bauernkrieg" — hauptsächlich wo er über den Mißerfolg der Bauernkriege spricht — schon von den „offiziellen" abweichende Folgerungen. Und dieser Gegensatz tritt immer schärfer in den letzten im II. Bande enthaltenen Einleitungen hervor, die aus den Jahren 1908 und 1909 stammen, aus einer Zeit also, in der er sich der neuen Richtung des Marxismus angeschlossen hat. Sein 1908 im „Le

mouvement socialiste“ und im Budapester „Huszadik Század“ (Das XX. Jahrhundert) erschienener Artikel „Syndikalismus und Sozialdemokratie“ zeigt schon offenbar die Umgestaltung seiner Ansichten. Sz. syndikalistische Auffassung, die im II. Bande von Seite zu Seite immer stärker hervortritt, mag vielleicht der Grund sein, warum die Besprechung dieses Bandes vonseiten der ungarischen Marxisten noch immer auf sich warten läßt. Denn Sz. ist mit seiner Auffassung — wennschon er sich für dieselbe immer auf Marx beruft — ziemlich isoliert, und die Mehrheit der ungarischen Soziologen und Sozialisten hält die politische Organisation des Proletariats mit der wirtschaftlichen für gleichwertig. Sie übergeht also dies Buch einfach mit Stillschweigen.

Nichtsdestoweniger wird jedoch jeder Leser, auch wenn seine Ansichten von denen Sz.s abweichen, mit Freude erkennen müssen, daß dieser mit der Veröffentlichung der beiden Bände und mit den Einleitungen eine sehr wertvolle wissenschaftliche Arbeit geleistet hat.

Debrecen. G. Kovács.

Dr. Boleslaw Limanowski, Stanisław Worcell, życiorys. (Stanisław Worcell. Eine Lebensbeschreibung. Krakau, Verlagsgesellschaft „Książka“ (1909). 8°. X und 417 S. (10 Kr.).

Soweit die bisher veröffentlichten historischen Forschungen reichen, war die früheste Schule des polnischen Sozialismus diejenige, deren Ausgangspunkt (seit 1835) die von der englischen Regierung in Portsmouth angesiedelte Schar ehemaliger Soldaten des polnischen Heeres bildete. Diese Soldaten, über 200 an der Zahl, fronpflichtigen oder zinspflichtigen Bauernfamilien entstammend, nannten ihre Propagandagesellschaft „Lud Polski“ („Das polnische Volk“), die einzelnen Ortsgruppen „Gromady“ („Gemeinden“) und sich selbst „Gromadzianie“ („Gemeindegenossen“); Zu ihren Lehrern und Führern wurden einige der ehemaligen Offiziere eben jenes 1831 geschlagenen und zersprengten polnischen Heeres, darunter in erster Reihe Graf Stanislaw Worcell. Von jeher Demokrat, seit seinen Studentenjahren Freimaurer und im polnischen Landtag Verfechter einer energischen Agrarreform, hatte sich Worcell als Emigrant unter französchem Einfluß zum Sozialismus bekehrt. Von Bedeutung für diese seine Entwicklung waren die Saint-Simonisten, ferner Philippe Buonarotti, den Worcell persönlich kennen und verehren lernte, vor allem aber Buchez. Die Lehre, welche Worcell als Wortführer der Flüchtlingsgemeinde von Portsmouth in einer Reihe von Flugschriften und Broschüren propagierte, war in ökonomischer Hinsicht ein strenger, konsequenter Kollektivismus, in politischer demokratisch revolutionär, in religiöser von ausgesprochen christlicher Färbung. In dieser Phase erscheint Worcell von sektiererischem Fanatismus beseelt; mit schroffer Heftigkeit bekämpfte er jene Verbände polnischer Emigranten, welche, wie die „Demokratische Gesellschaft“ und das „Junge Polen“, zwar die demokratische Republik und die Aufhebung aller Feudallasten predigten, am Privateigentum aber zunächst noch festhielten. Manches in dieser Polemik gemahnt an den „unversöhnlichen Klassenstandpunkt“ etwa der Guesdisten oder der Bolschewiki unserer Zeit.

Während aber Worcell dem ökonomischen Ideal des Sozialismus grundsätzlich bis ans Ende treu blieb, nahmen seine taktischen Ideen mit den Jahren eine andere Richtung. Teils unter dem Einfluß des Historikers Lelewel, teils auf Grund eigener bitterer Erfahrungen reifte in ihm die Überzeugung, daß die polnischen Sozialisten nirgends anderswo als auf polnischem Boden, auch dort aber nur nach Beseitigung der Fremdherrschaft eine fruchtbare Tätigkeit entfalten könnten, daß somit die Herstellung eines unabhängigen demokratischen Polens das nächste Ziel sei, dem sich in taktischer Hinsicht alles andere unterordnen müsse. Die Voraussetzung eines solchen Strebens aber war die Einigung aller demokratischen Elemente der polnischen Emigration. Anfang der vierziger Jahre, als die veränderte europäische Lage einen neuen polnischen Aufstand als aussichtsreich erscheinen ließ, sehen wir Worcell in der Tat mit aller Kraft bemüht, seine sozialistischen Anhänger zum Zusammenschluß mit der „Demokratischen Gesellschaft" und dem „Jungen Polen", dem polnischen Flügel des von Mazzini inspirirten „Jungen Europa", zu bewegen. Es gelang ihm nicht. Er kehrte ihnen daher den Rücken und schloß sich dem „Jungen Polen" an. Als dieser Verband wenige Jahre später zusammenbrach, trat Worcell zur „Demokratischen Gesellschaft" über. Ende 1848 wählte ihn diese trotz aller inzwischen erlittenen Niederlagen noch einflußreiche Organisation in ihren Zentralvorstand; mit diesem suchte dann Worcell 1849 das Londoner Asyl auf. Da der Tod immer neue Lücken in den Zentralvorstand riß, wurde Worcell bald die Hauptperson. Trotz wachsender Kränklichkeit blieb er rastlos tätig. Mancher energische sozialrevolutionäre Akzent in den Kundgebungend es Zentralvorstandes ist ihm zuzuschreiben. Zur Zeit des Krimkrieges widersetzte er sich der Bildung polnischer Legionen bei der französischen und türkischen Armee, da er die Hervorrufung eines Aufstandes in Polen selbst für fruchtbarer hielt. Auch diese Hoffnung schlug fehl. Den Aufstand von 1863 aber hat Worcell nicht mehr erlebt. Er starb in London am 3. Februar 1857, von Mazzini, Ledru-Rollin, Alexander Herzen, Ludwig Kossuth herzlich betrauert.

Das vorliegende Buch, das den Lebenslauf dieses seltenen Mannes schildert, ist eine durchaus ernste, gewissenhafte historische Studie, wie dies von L., dem verdienstvollen Nestor des polnischen Sozialismus, nicht anders zu erwarten war. Der geschichtliche Hintergrund, von dem sich die Tätigkeit Worcells abhebt, erfährt eine eingehende Beleuchtung. Der Nationalitätenfrage ist ein besonderes Kapitel gewidmet. Im Anhang sind zwei Abhandlungen Worcells wörtlich abgedruckt.

Zakopane. Wladyslaw Gumplowicz.

Das zweite Heft erscheint im Januar 1911 und wird voraussichtlich — außer **urkundlichem Material** und einem **Literaturbericht** — folgende **Abhandlungen** enthalten:

J. R. COMMONS, Professor an der University of Wisconsin, Zur Geschichte der Internationale in den Vereinigten Staaten. — K. DIEHL, Professor an der Universität Freiburg i. Br., Der ältere Agrarsozialismus und die neue Bodenreformbewegung in Amerika, England und Deutschland. — C. HORACEK, Professor an der böhmischen Universität Prag, Über Bolzanos Werk „Vom besten Staat". — Dr. GUST. MAYER, Berlin-Zehlendorf, Der Bruch zwischen der bürgerlichen und proletarischen Demokratie in Deutschland. — R. MICHELS, Professor an der Universität Turin, Die exklusive Arbeiterpartei in Norditalien. 1882 bis 1892. — Dr. MAX NETTLAU, London, Ernest Coeurderoy. — EDW. R. PEASE, Secret. d. Fab. Soc. u. Vice-Chairman of the Labour Party Executive, London, Die Geschichte und die Theorien der Fabian-Gesellschaft.

* * *

Ferner seien von den Abhandlungen, die sich bereits in den Händen des Herausgebers befinden oder für den ersten Jahrgang fest zugesagt worden sind, hervorgehoben: †GEORG ADLER, Zwei Abhandlungen aus seinem Nachlasse. — J. F. ANKERSMIT, Die Entwicklungsgeschichte der Sozialdemokratie in Holland. — L. v. BORTKIEWICZ, Die Rodbertussche Grundrententheorie und die Marxsche Lehre von der absoluten Grundrente. II. Artikel. — G. BOURGIN, Der Staat und die Arbeitskonflikte in Frankreich unter der Restauration (1815—1830); Die korporative Organisation der Arbeiter in der französischen Papierfabrikation während des 18. Jahrhunderts und bis 1830. — J. BUNZEL, Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Steiermark. — V. DAVE, Die Bestrebungen in Belgien zur Schaffung einer Vertretung der Arbeit. — J. DENZ, Wilh. Weitling als Theoretiker des deutschen Kommunismus. — E. DEPITRE, François Villegardelle. F. DOMELA-NIEUWENHUIS, Die Entwicklung des Anarchismus in Holland. — E. DOLLÉANS, Der chartistische Konvent von 1839 und der Generalausstand. — E. FOURNIÈRE, Die Meinungskämpfe innerhalb des französischen Sozialismus von 1830—1848. — A. HEPNER, Der Anarchistenprozeß von Chicago 1886/1887. — D. KOIGEN, Zur Geschichte und Kritik des sozialistischen Menschenideals. — B. KRITSCHEWSKY, Die Entwicklung der französischen Gewerkschaften unter der dritten Republik. — M. KUPERBERG. Über die Entwicklung des anarchistischen Gedankens in der griechischen Philosophie. — H. LINDEMANN, Restif de la Bretonne. — A. LORIA, Bemerkungen zum III. Band von Marx' Mehrwerttheorien. — GISELA MICHELS-LINDNER, Die Produktiv- und Arbeitergenossenschaftsbewegung in Italien. — R. MICHELS, Carlo Pisacane. — F. OPPENHEIMER, William Thompson. — R. PICARD, Die Theorie des Klassenkampfes am Vorabend der großen Revolution in Frankreich. — CHRIST. RACOVSKI, Die Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung in Rumänien. — G. RENARD, Die Verteidigung der Arbeiterinnen in geschichtlicher Entwicklung. — H. SIMON, Nietzsche und der Sozialismus. — B. SMERAL, Die Entwicklung der tschechischen sozialdemokratischen Bewegung. — G. UCHIDA, Staatssozialistische Theorien im alten China. — E. ZWEIG, Studien zum Prozeß gegen Gracchus Babeuf und Genossen.

Der ältere Agrarsozialismus und die neuere Bodenreformbewegung in Amerika, England und Deutschland.

Von

Karl Diehl.

Inhaltsübersicht:

Welche Rolle das Schlagwort in der Politik spielt, trat wieder einmal in besonders augenfälliger Weise bei der öffentlichen Diskussion der jüngsten Finanzreform in England und Deutschland hervor. In beiden Ländern sollten nach den Plänen der Regierung die Erbschaften und der sogenannte unverdiente Wertzuwachs am Boden zu den neuen Steuerlasten herangezogen werden, und in beiden Ländern wurden diese Reformvorschläge mit Vorliebe dadurch bekämpft, daß sie als „sozialistisch“ oder „kommunistisch“ bezeichnet wurden. Namentlich die sogenannte Wertzuwachssteuer wurde in England und Deutschland als eine alte Forderung der Bodenreformer und als eine sozialistische oder agrarsozialistische Maßregel charakterisiert. Ich will im folgenden untersuchen, inwieweit die neue Bodenreformbewegung überhaupt sozialistischen oder agrarsozialistischen Charakter an sich trägt. Ich hoffe damit auch einen Beitrag zur Terminologie des Sozialismus zu liefern, und diese Zeitschrift wird zweifellos eine wichtige Aufgabe

auch darin erblicken müssen, Aufklärung über die Begriffe von Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus zu geben und damit die Verwirrung, die auf diesem Gebiete noch herrscht, beseitigen zu helfen.

Man faßt heute unter dem Namen „Bodenreformer" Vertreter der verschiedensten Richtungen zusammen, die alle vermittelst einer mehr oder minder einschneidenden Reform unseres Agrarrechts oder vermittelst einer radikalen Steuerreform eine völlige Umänderung unserer heutigen Bodenbesitzverhältnisse in Land und Stadt herbeiführen wollen. Die von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen sind grundsätzlich so verschieden, daß man unter derselben Rubrik „Bodenreformer" die extremsten Agrarsozialisten wie die gemäßigsten Steuerreformer zusammenfaßt. Um hier Klarheit herbeizuführen, wird es notwendig sein, zunächst zwei verschiedene Gruppen von Bodenreformern gänzlich von einander zu trennen.

Die eine Gruppe ist einfach zu den Sozialisten zu rechnen, weil sie die ganze privatwirtschaftliche Produktionsweise für grundsätzlich verkehrt ansehen und eine Beseitigung des Privateigentums überhaupt anstreben. Die Aufhebung des privaten Grundeigentums ist ihnen nur der erste Schritt auf dem Wege zu völliger Expropriation alles Eigentums, das Rente, Zins oder Gewinn abwirft. Sie sehen das Grundeigentum nur als einen besonders krassen Fall der Ungleichheit an und wollen als Vertreter der Gleichheitsidee zunächst allen Menschen einen gleichen Bodenanteil verschaffen. Die Angehörigen der andern Gruppe der Bodenreformer sind nicht sozialistisch in dem Sinne, daß sie das Privateigentum von Produktionsmitteln überhaupt bekämpfen, sondern meinen, daß in der Hauptsache das privatkapitalistische System anzuerkennen und beizubehalten sei. Sie finden aber, daß diese privatwirtschaftliche Ordnung gestört wird durch das private Grundeigentum, und sie wollen als Bodenreformer nur das private Bodenbesitzrecht angreifen. Auch hier sind wieder zwei Richtungen auseinander zu halten. Die eine möchte ich als agrarsozialistische Bodenreformer bezeichnen. Sie wollen das private Grundeigentum beseitigen und in irgend welcher Form dem Staate oder der Gemeinschaft übertragen, sodaß einzelne Privatpersonen nur ein Nutzungsrecht an Grund und Boden haben sollen. Die andere Richtung,

die ich als Bodenreformer im engeren Sinne bezeichnen möchte, will grundsätzlich das private Grundeigentum beibehalten und nur das daraus zu ziehende arbeitslose Einkommen, die sogenannte Grundrente, durch Steuer- und andere Maßregeln beseitigen.

Wir hätten demnach drei Gruppen von Bodenreformern zu unterscheiden: 1. sozialistische, 2. agrarsozialistische und 3. eigentliche Bodenreformer oder Bodenreformer im engeren Sinne.

Ich will zunächst einige typische Vertreter dieser verschiedenen Richtungen kurz charakterisieren und dann in einer Übersicht über die Bodenreformbewegung in Amerika, England und Deutschland zu zeigen versuchen, welche dieser Richtungen heutzutage dort maßgebend ist.

I.

Als Typen der sozialistischen Lehren möchte ich hier die von THOMAS SPENCE und O'BRIEN skizzieren.

SPENCE, der überhaupt wohl als der erste Bodenreformer aus neuerer Zeit angesehen werden kann, war der Sohn eines armen Schuhmachers in Newcastle und Schullehrer dortselbst. Er hielt 1775 in der philososophischen Gesellschaft zu Newcastle einen Vortrag, der im Jahre 1796 unter dem Titel „The meridian sun of liberty“ [1]) veröffentlicht worden ist.

Gleich der Beginn desselben zeigt den naturrechtlich-egalitären Ausgangspunkt des Verfassers: „Es ist klar, daß der Boden oder die Erde in jedem Lande mit allem, was darum oder darauf ist, oder was dazu gehört, zu allen Zeiten den lebenden Einwohnern des betreffenden Landes in gleichem Maße zugehört. Denn es gibt keine Möglichkeit, zu leben außer vom Boden und seinen Erzeugnissen. Folglich haben wir an dem, ohne das wir nicht leben können, dasselbe Eigentumsrecht wie an unserem Leben.“ (S. 9).

1) Dieser Vortrag wurde 1882 neu von HYNDMAN herausgegeben unter dem Titel: The nationalisation of the land in 1775 and 1882. London 1882. (Deutsch v. E. v. EICHMANN in G. Adlers Sammlung der „Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik“ u. d. T.: Das Gemeineigentum am Boden. Leipzig 1904.) — Die Seitenangabe der folgenden Textzitate nach der Ed. HYNDMAN.

Das private Grundeigentum stehe aber diesem gleichen Rechtsanspruch entgegen. Es müsse also durch Aufhebung des privaten Grundeigentums jedem Menschen sein gleicher Anspruch gewährleistet werden. — Spence macht dann folgende Reformvorschläge: „Das Land mit allem Zubehör soll in jeder Gemeinde das Eigentum der Gemeinde werden, mit derselben Macht, es zu verpachten, zu verbessern oder zu verändern im ganzen oder in einzelnen oder in einzelnen Teilen, wie es heute dem Grundherrn über seine Ländereien, Häuser usw. zusteht. Aber die Macht, auch nur das kleinste Stück in irgend welcher Weise aus dem Gemeindebesitz jetzt oder zu irgend einer Zeit zu veräußern, wird verneint, denn es wird feierlich von der ganzen Nation vereinbart, daß eine Gemeinde, die irgend einen Teil ihres Grundbesitzes entweder verkaufen oder verschenken wollte, mit demselben Abscheu und derselben Verachtung betrachtet werden solle, als hätte sie die eigenen Kinder in die Sklaverei verkauft oder mit eigenen Händen niedergemetzelt. So gibt es denn keinen anderen Grundbesitzer mehr im ganzen Land als die Gemeinde, und jede Gemeinde ist oberster Grundherr über ihre eigenen Besitzungen.“ — Wie nun der Ertrag des Grund und Bodens an die einzelnen Mitglieder zu verteilen sei, darüber hat Spence in dieser Rede nur knappe Andeutungen gemacht. Dagegen finden sich in anderen Veröffentlichungen, besonders in seiner Wochenschrift „Pigs' Meat“ etwas nähere Angaben. Darnach [1]) sollten die einzelnen Grundstücke in der Gemeinde an die Meistbietenden zu lebenslänglicher Pacht verpachtet werden. Die den Gemeinden auf diese Weise zufließenden Pachtrenten sollten zunächst benutzt werden, um alle öffentlichen Ausgaben zu bestreiten. Der Rest soll zu gleichen Anteilen an alle Gemeindeglieder verteilt werden.

Nach dem bisherigen hätte man Spence als Agrarsozialisten zu bezeichnen, da er ausschließlich die Aufhebung des privaten Grundeigentums, nicht aber des Eigentums überhaupt, anstrebt. Daß er jedoch nicht in diesem Sinne Agrarsozialist ist, sondern vielmehr sozialistischer Bodenreformer, bei dem diese agrarsozialistische Maßregel nur den Ausgangspunkt einer sozialistischen Neuordnung der Gesellschaft darstellt, zeigen klar seine übrigen Publikationen. Es ergibt sich aus ihnen, daß er zu der Gruppe

1) Pig's Meat Vol. I, II ed. S. 266.

von utopistischen Sozialisten gehört, die, von der englischen und französischen Naturrechtsphilosophie ausgehend, die Doktrin von der natürlichen Gleichheit der Menschen auch auf das ökonomische Gebiet ausdehnen wollen. Das Grundeigentum erscheint ihm nur als das ungerechteste Privileg, das zunächst abgeschafft werden müsse, aber sein eigentliches Endziel war weiter gesteckt. Es lief auf eine radikale politische Umwälzung hinaus, durch welche die völlige abstrakte Gleichheit der Menschen verwirklicht werden sollte. So war SPENCE politisch radikaler Republikaner, ökonomisch utopistischer Sozialist. Besonders klar gehen diese seine Anschauungen aus seiner Wochenschrift „Pigs' Meat“ hervor, deren Titelblatt schon für ihren Inhalt charakteristisch ist. Es lautet:

PIGS' MEAT
or,
Lessons
for the
SWINISH MULTITUDE.
Published in weekly Penny numbers,
Collected by the Poor Man's Advocate (an old Veteran in the Cause of Freedom) in the Course of his Reading for more than Twenty Years.
Intended
To promote among the Labouring Part of Mankind proper ideas of their Situation, of their Importance and of their Rights.
And to convince Them.
That their forlorn Condition has not been entirely overlooked and forgotten, nor their juste Cause unpleaded, neither by their Maker nor by the best and most enlightened of Men in ali Ages.

For the oppression of the poor, for the Sighing of the needy, more, will I arise, saith the Lord, I will set him in safety from him that puffeth at him. Psalm XII. ver. 5.

And the Lord faid, I have surely seen the affliction of my people, which are in Egypt, and have heard their cry by reason of their task-masters: for I know their sorrors. Exodus III. ver. 7.

Die Wochenschrift selbst enthält zahlreiche Bibelsprüche, aus denen hervorgehen soll, daß der Unterschied von arm und reich gegen Gottes Gebot verstoße. Sie bringt ferner lange Zitate aus LOCKE, PUFFENDORF, VOLTAIRE, D'ALEMBERT und anderen Naturrechtsphilosophen, die allerlei Gedanken über die Gleichheit der Menschen enthalten, ferner aber auch Auszüge aus sozialistischen und utopistischen Schriften, wie z. B. aus HARRINGTONS Oceana und aus GODWIN.

In einem von ihm selbst verfaßten Aufsatz „The glorious Prospect of better Times, which are fast approaching“ sagt er: „Die Rechte der Menschen, welche die Natur in unauslöschlichen Buchstaben in ihre Herzen eingegraben hat, müssen in ihrer ursprünglichen Vollkommenheit wieder hergestellt werden . . .“ „Jene ursprüngliche Gleichheit, in der alle geschaffen wurden, muß an Stelle der künstlichen Ungleichheit treten, die durch den selbstgeschaffenen Adel erzeugt wurde . . .“ „Reichtum und Eigentum müssen aus den Händen der Habsucht und der Faulheit entrissen werden und unter die Menschheit verteilt werden nach dem Maßstabe, als sie es verdient.“ In einem andern Aufsatz „The Rights of Man“ (S. 264) wirft er die Frage auf: „Zwingt der Mensch jemals andere seiner Mitmenschen, für ihn zu arbeiten, indem sie ihm Nahrung und Kleider und alle überflüssigen Dinge, die er begehrt, verschaffen müssen?“ Und er antwortet darauf: „Ja, er war noch nicht lange in der Welt, als er seine Mitmenschen zur Sklaverei zwang. Bis heute fährt er fort, dieses zu tun, und solange die Welt besteht, wird er diese Ungerechtigkeit fortsetzen, wenn nicht die Menschheit mehr Mut erlangt, um den Bedrückungen der anderen zu widerstehen. Wenn kein allgemeiner und individueller Mut vorhanden ist, um die allgemeine und individuelle Vermessenheit und Habsucht auszurotten, muß immer ein großer Teil der Menschen in Abhängigkeit von den wenigen Anmaßenden leben.“

Auch der von den Anhängern Spences, dem Bunde der Spenceschen Menschenfreunde, 1816 unternommene Versuch, durch eine revolutionäre Erhebung die Regierung zu stürzen, zeugt von dem radikalen, revolutionären Charakter dieser Richtung.[1])

Als einen zweiten typischen Vertreter der sozialistischen Bodenreformer nenne ich den bekannten Chartistenführer O'Brien. Er war, wie die meisten Chartisten, stark durch Owen beeinflußt und durch ihn zu seinen sozialistischen Anschauungen gekommen, wie auch seine praktischen Reformvorschläge im einzelnen viel Ähnlichkeit mit den Owenschen Projekten aufweisen. Was O'Briens Stellung zur Bodenreform anlangt, so ist hierüber folgendes zu

1) Vgl. über Spence wie überhaupt über die englischen Bodenreformer das neuerdings erschienene gründliche Buch von Heinrich Niehuus, Geschichte der englischen Bodenreformtheorien. Leipzig 1910.

bemerken. Auch bei ihm war die Beseitigung des privaten Grundeigentums nur ein Stück eines umfassenden sozialistischen Reformprogrammes. Auch er erblickte im Grundbesitz diejenige Eigentumsform, die zunächst und zuerst beseitigt werden müsse. Aber er sah keineswegs nur im Grundbesitz, sondern auch im Kapital- und Geldbesitz eine Ungerechtigkeit und ein Mittel zur Ausbeutung des Volkes, und darum sollte auch neben der Landreform eine umfassende Geld- und Kreditreform die vorhandenen Übelstände beseitigen. Seine Grundanschauungen können am besten aus dem Buche ersehen werden, das 1885, lange nach seinem 1864 erfolgten Tode, aus seinem Nachlaß herausgegeben worden ist, „The rise, progress and phases of human slavery“ [1]).

Immer von neuem bekämpft er darin die zwei Übelstände, aus denen er alle übrigen sozialen Mißstände ableitete: das Grundeigentum, das Rente abwirft, und das Geldkapital, das seinem Besitzer neues Geld einbringt, in beiden Fällen, ohne daß der Eigentümer irgend etwas leiste, um Rente oder Zins zu verdienen. Schon der Titel seines Werkes ist für seine Grundauffassung bezeichnend; die Human Slavery soll die Lohnsklaverei bedeuten, unter der die Arbeiter im kapitalistischen System zu leben gezwungen seien, „jenes trostlose System, das sich über die ganze zivilisierte Welt verbreitet hat, und das drei Viertel der Christenheit in verkommenere und unglücklichere Geschöpfe verwandelt hat, als die alten heidnischen Sklaven oder die Negersklaven in den amerikanischen Südstaaten“ (S. 85). — An anderer Stelle sagt er: „In einem gerechten und vernünftigen Zustand der Gesellschaft könnte alles Geld in der Welt nicht einen Acre Land kaufen, noch würde es seinen Besitzer in den Stand setzen, ein Pfund mehr seinem Besitz hinzuzufügen, wenn er es nicht dadurch verdiente, daß er für den Wert eines Pfundes mehr Güter schafft oder für ein Pfund Wert Dienste der Gesellschaft leistet; um deutlich zu sprechen: Grundherren und Geldwechsler haben überhaupt kein Recht, auf der Welt zu sein“ (S. 133). Auch die sozialistische Mehrwertlehre findet sich bei ihm. So sagt er einmal: „Die Differenz zwischen dem, was die Arbeiter tatsächlich an Wert produzieren, und dem

1) Der volle Titel lautet: The Rise, Progress, and Phases of Human Slavery: How it came into the World, And how it shall be made to go out. by James Bronterre O'Brien. London 1885.

elenden Bischen, was ihnen gewährt wird, ist die Diebesbeute, aus welcher die nutzlosen Gesellschaftsklassen, die sie unterjochen und ausplündern, in Wohlhabenheit und Luxus erhalten werden, ja die ganze und einzige Sicherheit für alle besteht in der Fähigkeit des Arbeiters, einen Überschuß (Surplus) über das hinaus zu prozieren, was er während seiner Produktionsperiode konsumiert" (S. 130).

Betrachten wir die praktischen Vorschläge O'BRIENS, so sehen wir, daß die Bodenverstaatlichung nur einen Teil eines umfassenden sozialen Reformprogramms bildet. Er schlägt nämlich (S. 100ff.) folgende hauptsächliche Reformen vor: 1. Die Landreform. Die Regierung soll ihr überschüssiges Einkommen und ihren Besitz zum Ankauf von Grund und Boden benutzen, und auf diesem sollen Arbeitslose angesiedelt werden. Die Renten, die ihr dann aus diesem Grund und Boden zufließen, sollen benutzt werden, um neues Land anzukaufen, solange, bis alle, die Land besitzen wollen, solches erhalten können. Allmählich soll der Staat auf diesem Wege sämtliches Land, alle Bergwerke, Fischereien usw. in seinen Besitz bekommen und dauernd zugunsten des ganzen Volkes bewahren. „Weil das Land als ein Geschenk des Schöpfers an Alle niemals das ausschließliche Eigentum von Individuen werden kann, weil das Landmonopol ein Eingriff in die Rechte der davon Ausgeschlossenen ist, der sie mehr oder minder zu Sklaven der Grundherren und Kapitalisten macht." Die Verstaatlichung des Bodens soll zu weiteren Reformen den Anlaß geben. Vor allen Dingen würde sich auf Grund dieses großen Landbesitzes des Staates ein großes nationales Kreditsystem errichten lassen, sodaß der Staat in der Lage wäre, allen, die zur Bebauung von Land oder zu anderen nützlichen Industriezweigen Kapital brauchen, diesen Kredit zu bewilligen und dieselben dadurch zu befreien [1]).

Zu dieser Kreditreform soll eine Geldreform hinzutreten. An Stelle des Metallgeldes soll ein staatliches Papiergeld treten, und der Staat soll an allen Orten öffentliche Warenmagazine einrichten, wo alle Waren aufgestapelt werden. Die dort befindlichen Waren sollen nach der in ihnen enthaltenen Arbeit bewertet werden und auf Grund dieses Wertes gegen Staatsnoten ausgetauscht werden.

---

1) „... injustice and tyranny of wages-slavery, through which capitalists and profitmongers are enabled to defraud him of his fair recompense".

— Es soll hier nicht in die näheren Details der O'BRIENschen Reformvorschläge eingegangen werden, es soll nur gezeigt werden, daß O'BRIEN kein Bodenreformer im engeren Sinne des Wortes ist, sondern ein Sozialist, bei dem die Bodenreform ein Stück seines sozialistischen Programms darstellt.

* * *

Die zur agrarsozialistischen Gruppe gehörigen Bodenreformer wollen nichts von sozialistischer oder kommunistischer Gesellschaftsordnung wissen; sie sind Anhänger der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung, die sie grundsätzlich beibehalten wollen. Dagegen sind sie Gegner des privaten Grundeigentums, das ihrer Meinung nach ein für die ganze Volkswirtschaft schädliches Monopol darstellt und lähmend auf alle Bevölkerungsklassen wirkt. Feinde aller Gleichheitsbestrebungen nach Art der Spenceisten oder Chartisten, kennen sie nur eine Gleichheit, die allen Menschen garantiert werden müsse, nämlich den gleichen Anteil am nationalen Boden. Nur durch eine wirkliche agrarsozialistische Maßregel, nämlich durch Verstaatlichung des gesamten Bodens, meinen sie, diesem Monopol ein Ende bereiten zu können; damit würden aber gleichzeitig auch die schlimmsten Übelstände des Kapitalmonopols beseitigt, da dann die Hindernisse wegfielen, die unter der Herrschaft des privaten Bodeneigentums der freien Betätigung der Arbeitskraft vieler Menschen enrgegenstünden. — Als typischen Vertreter dieser Richtung erwähne ich hier den bekannten englischen Naturforscher und Reisenden ALFRED RUSSEL WALLACE.

WALLACE hat in seinem 1882 in London erschienenen Werke „Land nationalisation, its necessity and its aims" seine Anschauungen über Bodenreform eingehend dargelegt. Er geht von der Frage aus, woher es komme, daß trotz immer größerer wirtschaftlicher und technischer Fortschritte die Armut des Volkes stetig zunehme, und er findet die Wurzel dieses Übels im privaten Grundeigentum. Er sucht durch eine historische Darstellung der Entwicklung der Grundeigentumsverhältnisse in verschiedenen Ländern, namentlich in Irland, Schottland und England, nachzuweisen, daß mit Notwendigkeit überall das Privateigentum zur Bereicherung einzelner und zur Armut der großen Masse führen

müsse. Nebenher gehen auch bei ihm naturrechtliche Erwägungen: das angeborene Recht jedes einzelnen Menschen auf ein Stück Land werde durch das private Grundeigentum verletzt.[1]) Um aber jedem Bürger ein Stück Land zu verschaffen, gibt es nach ihm nur ein Mittel, die Verstaatlichung von Grund und Boden. Zweifellos, wie er selbst sagt, eine radikale, wenn nicht revolutionäre Maßregel. Aber die Übelstände seien so große und so tief eingewurzelte, daß mit kleinen Palliativmitteln nichts dagegen auszurichten sei. Unter Bodenverstaatlichung will aber WALLACE nicht verstanden wissen, daß der Staat etwa den ganzen Boden in sein Eigentum und in seinen Betrieb übernehme — er hält dies für ausgeschlossen wegen der Schwerfälligkeit und des Bureaukratismus, die mit staatlichen Betrieben verbunden seien —, sondern daß der Staat ein Obereigentum an Grund und Boden haben, und daß der Boden dann von Pächtern bewirtschaftet werden solle.

Sechs Hauptgrundsätze seien es vor allem, in denen das Landproblem gipfle: 1. sei es klar, daß das Grundherrentum ersetzt werden müsse durch das „occupying ownership“; 2. es müßten Vorkehrungen getroffen werden, daß der Besitz des Landinhabers sicher und dauernd sei, und daß ihn nichts im freien Gebrauch des Bodens störe oder in der Sicherheit, alle Früchte zu genießen, die er durch seine Arbeit oder durch seine Auslagen gewinnt; 3. seien Einrichtungen zu schaffen, wodurch jedem britischen Untertan ein Stück Land für seinen persönlichen Besitz zu seinem richtigen landwirtschaftlichen Wert zugesichert werde; 4. müßten alle Stücke wüsten und unangebauten Landes für den Anbau durch occupying owners bereit gestellt werden; 5. wäre der freie Verkauf und die Übertragung seines Besitzes dem Inhaber zu garantieren; endlich solle 6., damit dieses geschehen könne, Afterpacht absolut verboten und die Hypothekenbelastung streng eingeschränkt werden.

Occupying ownership unter dem Obereigentum des Staates soll also heißen, daß die Besitzer oder Pächter der staatlichen Grundstücke sich als „holders“ und nicht als „owners“ betätigen

---

1) „Every person has a natural right to a permanent home in his native land and how can we expect patriotism if this cannot be obtained? Moreover, the acquisition of a bit of land is the only thing that will raise a man from serfdom to comparative independance“ a. a. O. S. 218.

sollen, d. h. solange sie den Boden bewirtschaften, sollen sie freie Eigentümer sein. Dem Staat soll nur das Eigentum am nackten Boden zukommen, nicht aber an den mit dem Boden vorgenommenen Verbesserungen.

WALLACE unterscheidet die „Quit-Rent“ und das „Tenant-Right“. — Für den reinen Bodenwert zahlt der Pächter dauernd dem Staat die sogenannte quit-rent. Dagegen gehen alle Bodenverbesserungen, die Gebäude, die Wege, die Anpflanzungen, die Zäune, Gräben usw., das sogenannte tenant-right, in das Eigentum des Staatspächters über. Eine sehr genaue Schätzung müsse der Bodenverstaatlichung vorangehen. In fünf bis zehn Jahren nach Erlaß und vor Inkrafttreten der Reform sollten alle Grundstücke nach ihrem Gesamtwert geschätzt werden und dann noch einmal getrennt nach dem Wert des nackten Bodens zur Festsetzung der Quit-Rent und der Verbesserungen zur Festsetzung des Tenant-Right. Der kapitalisierte Wert des letzteren muß dann als Entschädigung vom Pächter dem Grundherrn bezahlt werden. Aber diese Grundherren sollen noch eine weitere Entschädigung erhalten für die Aufhebung ihres Privateigentums am Boden selbst. WALLACE erkennt entschieden eine Entschädigungspflicht des Staates für den expropriierten Grundherrn an. Die Entschädigung für die dem Grundherrn entgehende Quit-Rent soll darin bestehen, daß der Staat immer mehrere Generationen hindurch dem Grundherrn die früher für den Boden bezogene Pachtrente weiter bezahlt. Sobald der Pächter dem Grundherrn entweder direkt oder durch Vermittlung des Staates — der Staat soll unbemittelten Pächtern das nötige Geld vorstrecken — das Tenant-Right bezahlt hat, wird er freier Eigentümer des Grundstückes, aber unter staatlichem Obereigentum. Damit kein neues Grundherrentum entstehen kann, ist Afterpacht verboten; ebenso darf der Staatspächter, um drückende Abhängigkeit vom Kapitalisten zu vermeiden, nur Amortisationsschulden auf sein Gut aufnehmen und auch diese nur mit Genehmigung des Staates.

Noch ist die Frage aufzuwerfen: soll den Staatspächtern in bezug auf die Größe ihrer Pacht eine Beschränkung auferlegt werden? Eine direkte Beschränkung der einzelnen Pachtungen wünscht WALLACE nicht; mögen einige Leute ein Gut von 100 000 Acres und mehr wünschen, andere nur eines von 10 bis 20,

das soll den Einzelnen überlassen bleiben, wenn sie nur die Pflicht der eigenen Bewirtschaftung ihres Grundstückes erfüllen. — Eine indirekte Beschränkung findet allerdings durch das Recht statt, das jeder Bürger gegen Zahlung der Quit-Rent auf ein Stück Land hat. Dieses Stück soll auf ein Minimum von 1 Acre und auf ein Maximum von 5 Acres beschränkt sein. Der Staat hat die Pflicht, jedem Einzelnen innerhalb dieser Grenzen ein Stück Land zu verschaffen.

Nach der Verstaatlichung des landwirtschaftlichen Bodens soll auch eine Kommunalisierung des städtischen Bodens eintreten. Allerdings erwartet WALLACE von seiner Landreform, daß zahlreiche städtische Einwohner auf das Land ziehen, und daß dadurch schon eine bedeutende Ermäßigung der städtischen Haus- und Mietpreise eintreten werde. Aber das genüge noch nicht. Es soll eine Schätzung des Wertes alles Hausbesitzes vorgenommen werden, wobei der Wert des Bodens und der des Hauses zu trennen seien. Jeder Mieter eines Hauses müsse dann berechtigt sein, zu dem so festgesetzten Preise das von ihm bewohnte Haus zu kaufen. Diejenigen, die das Haus nicht kaufen wollen, können es gegen eine bestimmte Rente mieten, zahlen dann aber die Rente an die Stadt, die ihrerseits das Haus erwirbt. Auf diese Weise würde die Stadt allmählich Eigentümerin von vielen Häusern, die sie zu sehr billigen Preisen an Kauflustige verkaufen würde. Außerdem soll ihr ein weitgehendes Enteignungsrecht für alle Häuser zustehen, deren Besitz aus öffentlichen, namentlich aus gesundheitlichen Gründen erwünscht ist, und zwar zu dem amtlich geschätzten Werte. WALLACE hatte bei Abfassung seines Werkes das Buch von HENRY GEORGE, das unten von mir eingehend zu charakterisieren ist, noch nicht gekannt; erst kurz vor Abschluß seines Manuskriptes lernte er es kennen. Bei mancher Übereinstimmung zwischen GEORGE und WALLACE sind auch große Differenzpunkte vorhanden, worauf ich später eingehe. Viel mehr Ähnlichkeit als mit GEORGE weist WALLACE mit den Lehren eines älteren schottischen Bodenreformers auf, mit OGILVIE, die dieser bereits 1782 in seinem Buch „An essay on the right of property in land“ niedergelegt hatte.[1] Auch

1) Deutsch von FREUND u. d. T.: Das Recht auf Grundeigentum, in den „Hauptwerken d. Sozialism. u. d. Sozialpolit.“ Leipzig 1906.

Ogilvie hatte bereits verlangt, daß jeder, der Ackerbau zu seinem eigenen Unterhalte und dem seiner Familie betreiben wolle, berechtigt sein müsse, einen Teil vom Boden des Landes, und zwar im Maximum 40 Acres, zu vollem Eigentum zu erhalten. Was aber die Rechte der Grundherren an ihrem Eigentum anlange, so müßten bei dessen Bewertung dreierlei Teile unterschieden werden: 1. der ursprüngliche Wert des Bodens oder der, den er in seinem natürlichen unkultivierten Zustande besessen hatte; 2. der erhöhte und verbesserte Wert, d. h. der, den der Boden durch die Verbesserungen und durch die Bearbeituug des letzten Inhabers oder eines seiner Vorgänger empfangen hat; 3. der voraussichtliche oder kulturfähige Wert, d. i. der fernere Wert, den der Boden von zukünftiger Kultivierung und Verbesserung nach Deckung der für diese Verbesserungen aufgewandten Kosten noch erlangen kann — oder, um es anders auszudrücken, der Wert des ausschließlichen Rechts, diese Verbesserungen vorzunehmen. — Das private Anrecht des Grundherrn ginge allein auf den vollen Wert seines Besitztums, soweit dieses bei einer gleichen Teilung des ganzen staatlichen Bodens auf ihn entfallen würde; was aber den darüber hinausgehenden Teil seines Grundbesitzes anlangt, so habe er nur ein Anrecht auf den verbesserten Wert, und nicht auch auf den ursprünglichen kulturfähigen Wert des Bodens: das Recht hieran gehöre unumschränkt dem Gemeinwesen.

* * *

Im Gegensatz zu den bisher charakterisierten Gruppen wollen die eigentlichen Bodenreformer das private Grundeigentum als juristische Institution überhaupt nicht antasten, es vielmehr konservieren, ja es sogar noch verstärken und vermehren, aber unter gewissen Kautelen, welche eine sozial gerechte und volkswirtschaftlich zweckmäßige Bearbeitung des Bodens garantieren. Nicht das Grundeigentum an sich sei zu verwerfen, sondern nur eine bestimmte Art von Einkommen, die aus demselben gewonnen werden könne. Das natürliche Recht der Menschen ginge nicht auf gleichen Anteil am Boden, wohl aber auf die Früchte eigener Arbeit; nicht mehr und auch nicht weniger, m. a. W.: nur was jemand mit seiner Tätigkeit und mit seinem Kapital aus seinem Grundeigentum erwirtschaften könne, dürfe ihm zu eigen gehören, nicht aber, was er nur dem nackten

Bodenwert zu verdanken habe. — Man kann diese Richtung also auch als Antirentenrichtung bezeichnen. Sie greift vor allen Dingen nur die lediglich von mühelosem Rentenbezug lebenden Grundeigentümer an, hat aber nichts gegen die selbstwirtschaftenden Grundeigentümer einzuwenden, vorausgesetzt immer, daß auch diese den ganzen Betrag ihres Einkommens, der Rente ist, an den Staat abgeben. Diese Richtung stellt eine praktische Nutzanwendung aus der RICARDOschen Grundrententheorie dar, nach der die Grundrente kein allgemeines Einkommen alles Grundbesitzes ist, sondern nur ein Extraprofit solcher Grundbesitzer, die über besonders fruchtbaren oder besonders günstig gelegenen Boden verfügen. Bei wachsender Bevölkerung und dadurch verstärkter Nachfrage nach Brotgetreide müsse immer unfruchtbareres, d. h. mit höheren Produktionskosten zu bearbeitendes Land herangezogen werden. Dies bewirke ein dauerndes Steigen der Getreidepreise und damit ein dauerndes Steigen der Rente für die Besitzer der besseren Bodenarten. Die Rente sei ein unverdientes Monopoleinkommen, das gewissen natürlichen Umständen, nämlich der Knappheit des Bodens, nicht aber Arbeitsleistungen oder Kapitalverwendungen entstamme. Die Rente war ein störendes Element für eine nationalökonomische Schule, bei der im Mittelpunkt die Lehre stand, daß der Wert aller Güter in der Arbeit seinen Ursprung und seinen Maßstab hat, und die das Privateigentum deshalb als segensreiche Institution pries, weil dadurch die wertschaffende Arbeit zu größter Produktivität gelangt. Schon die Erscheinung des Zinses war mit dieser Lehre nicht leicht zu vereinigen. Die klassische Nationalökonomie hatte die Lösung darin gefunden, daß sie Zins und Unternehmergewinn unter dem Namen „Profit" zusammenfaßte und ihn damit motivierte, daß ohne diesen die kapitalistischen Unternehmer kein Interesse daran hätten, Kapital in ihren Unternehmungen anzulegen. Auch wurde das Kapital von dieser Schule als ein aus Arbeit entstandenes Produkt erklärt, und so ließ sich auch der Zins, wenigstens indirekt, wieder auf Arbeit zurückführen. Aber wie stand es mit der Rente? Die Rente konnte doch unmöglich mit der Arbeitswerttheorie vereinigt werden. Denn sie war ausdrücklich von dieser Schule als arbeitsloses Einkommen charakterisiert. RICARDO selbst hatte aus seiner Rententheorie keine bodenreformerischen Konsequenzen gezogen.

Er meinte, daß bei internationalem Freihandel in Getreide ein so großes Angebot von Getreide für alle Länder entstünde, daß die Möglichkeit, durch die Knappheit des Bodens eines Landes zu steigenden Rentenbezügen zu gelangen, stark beeinträchtigt würde. Er begnügte sich daher mit der Empfehlung freihändlerischer Handels- und speziell Getreidehandelspolitik. — Andere Vertreter der klassischen Nationalökonomie gingen aber weiter. Sie zogen bodenreformerische Konsequenzen aus der Rententheorie und wurden dadurch die eigentlichen Begründer der modernen Bodenreformbewegung. Sie lehrten, daß, wenn wirklich ein Einkommen, das nicht auf Arbeit beruht, vorliegt, es der Allgemeinheit, nicht aber einzelnen zugehöre. Da sie aber andererseits unbedingte Vertreter des Individualismus und überzeugte Anhänger des Privateigentums waren, wollten sie unter Beibehaltung des letzteren durch eine Steuer den Anteil der Bodenbesitzer, der eigentliche Rente war, dem Staate zuführen.

Als Typus dieser dritten Richtung möchte ich die Theorie von John Stuart Mill kurz darlegen. Bereits 1848 hat er in dem Teil seines damals erschienenen „Principles“, der von den Steuern handelt, bodenreformerische Ideen entwickelt. Er führt dort aus, daß es im Steuerwesen einzelne Fälle gäbe, wo unbeschadet der gleichmäßigen Gerechtigkeit, die die Grundlage der Steuerpolitik bilden müsse, neben einer gleichmäßigen Besteuerung des Einkommens eine Extrasteuer auf gewisse Vermögensbestandtelie berechtigt sein könne. Dies sei dann der Fall, wenn z. B. eine Art von Einkommen die Tendenz hätte, sich beständig zu vermehren ohne Zutun oder Anstrengung irgend einer Art von seiten der Eigentümer, die dadurch zu einer Klasse der Gesellschaft würden, die bei völliger Passivität ihrerseits durch den natürlichen Lauf der Dinge fortwährend bereichert würde. In einem solchen Falle wäre es keine Verletzung der Grundsätze, auf denen das Privateigentum beruhe, wenn der Staat diesen Zuwachs des Reichtums oder einen Teil davon gleich bei seinem Entstehen für sich beanspruche. Es würde hierdurch niemanden etwas genommen, es wäre nur eine gemeinnützige Verwendung einer Vermehrung des Vermögens, die durch die Umstände herbeigeführt sei, und die sonst nur eine unverdiente Zunahme der Reichtümer einer besonderen Klasse wäre. — Dieser Fall, meint Mill, läge

bei der Grundrente vor, und darum hält er eine besondere Grundrentensteuer für angebracht [1]).

Viel ausführlicher behandelt er dieses Problem in seinen 1871/73 erschienenen „fünf Aufsätzen“ zur Landfrage, die u. d. T. „Papers on Land Tenure“ im IV. Band seiner „Dissertations, Discussions“ abgedruckt sind. — Ich will die leitenden theoretischen

1) Seine Ausführungen hierüber sind für die spätere Bodenreformbewegung von grundlegender Bedeutung geworden, so daß ich sie wörtlich und in extenso zitiere: „Der regelmäßige Fortschritt einer an Reichtum zunehmenden Nation führt zu allen Zeiten notwendig eine Vermehrung des Einkommens der Grundeigentümer herbei und erhöht nicht allein den Belauf desselben, sondern gibt ihnen einen stärkeren Anteil im Verhältnis zu dem übrigen Nationalvermögen, unabhängig von irgend welchen Auslagen oder Bemühungen von ihrer Seite. Sie werden gleichsam im Schlaf, ohne Arbeit, ohne Risiko, ohne Ersparnis reicher. Welchen Anspruch haben sie nach den allgemeinen Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit auf diesen Vermögenszuwachs? Welches Unrecht wäre ihnen widerfahren, wenn die Gesellschaft von Anfang an sich das Recht vorbehalten hätte, diesen von selbst geschehenden Zuwachs der Bodenwerte so hoch zu besteuern, wie es die Finanzbedürfnisse irgend verlangen mögen? Ich gebe zu, es würde ungerecht sein, wenn jetzt nachträglich jedes einzelne Grundstück in Anspruch genommen würde und soviel entrichten sollte, wie sich als eine Vermehrung seiner Rente herausstellt, da es unmöglich wäre, in den einzelnen Fällen zu unterscheiden, inwieweit diese Vermehrung nur durch die allgemeinen Umstände der Gesellschaft oder auch durch die Geschicklichkeit und Auslagen des Eigentümers bewirkt worden ist. Die einzig zulässige Weise des Verfahrens bestände in einer allgemeinen Maßregel. Der erste Schritt müßte sein, alles Grundeigentum des Landes zu schätzen; sein gegenwärtiger Wert müßte von der Steuer frei bleiben; aber nach Verlauf einiger Zeit, während dessen die Bevölkerung und das Kapital zugenommen haben, könnte ein allgemeiner Überschlag der von selbst entstandenen Vermehrung der Rente seit jener früheren Schätzung vorgenommen werden. Hierfür würde der durchschnittliche Preis der Produkte einen Maßstab abgeben; wenn dieser gestiegen ist, könnte man mit Sicherheit schließen, daß die Rente sich vermehrt hat, und zwar (wie schon früher gezeigt wurde) in einem stärkeren Verhältnis als dem der Preissteigerung. Durch diese und andere Merkmale ließe sich annähernd schätzen, wieviel die Grundstücke infolge natürlicher Ursachen an Wert zugenommen haben, und wenn man danach eine allgemeine Grundsteuer auflegte, die in Rücksicht auf etwaige Versehen in der Schätzung beträchtlich hinter dem so ermittelten Betrage zurückbleiben müßte, würde man die Sicherheit haben, diejenige Vermehrung des Einkommens aus Grundstücken nicht zu treffen, welche durch verbesserte Bewirtschaftung oder Kapitalauslagen seitens der Eigentümer bewirkt worden ist.“ (Buch V, S. 127 Ed. Soetbeer).

Gedanken aus diesen Aufsätzen, in denen sich viele Wiederholungen finden, kurz zusammenfassen. MILLS Ausgangspunkt ist die Frage nach den Ursachen, weshalb man den Grund und Boden, trotzdem er doch ein ursprüngliches Erbtum der ganzen Menschheit sei, einzelnen Privateigentümern zur Ausnutzung überlassen habe. Das beste Argument für die Aneignung des Bodens sei es, daß das Privateigentum den stärksten Anreiz gäbe, dem Boden möglichst viele Früchte abzuringen, d. h. ihn am produktivsten zu bearbeiten; dieses Argument könne man aber doch nur gelten lassen, um dem Eigentümer das Recht auf jeden Wert zu geben, den er selbst dem Boden hinzugefügt habe, nicht aber auch zugunsten einer Überlassung des Wertzuwachses, auf den der Eigentümer gar keinen Einfluß habe. Grund und Boden seien aber ein natürliches Monopol. Die Nachfrage danach sei in jedem Lande fortwährend steigend, während der Boden selbst unvermehrbar sei. Alle solchen Dinge aber, wenn sie zur menschlichen Existenz notwendig seien, hätten die unvermeidliche Tendenz, im Preise zu steigen mit dem Steigen des Wohlstandes und der Bevölkerungszahl. — Die Bodenwertsteigerung im 19. Jahrhundert sei enorm gewesen. Ein Teil derselben sei zweifellos landwirtschaftlichen Verbesserungen und Kapitalaufwendungen zu verdanken; ein großer Teil sei aber zweifellos nur das Resultat der vermehrten Nachfrage nach Landwirtschaftsprodukten und wäre auch eingetreten, wenn gar kein Kapital ausgegeben worden wäre, um die produktiven Kräfte des Bodens zu vermehren. Vielfach sei auch das Kapital vom Pächter und nicht vom Grundherrn hergegeben worden, und wenn auch eine Zeit lang der Pächter von diesen Kapitalverwendungen einen Profit gehabt habe, so käme diese doch zuletzt in einer erhöhten Grundrente für den Grundherrn zum Ausdruck. Wenn hier somit also ein unverdienter Wertzuwachs konstatiert würde, so könnte die Frage aufgeworfen werden, warum wir gerade beim Land und sonst nicht den unverdienten Wertzuwachs konstatieren?

„Geht nicht alles Eigentum mit steigendem Wohlstande in die Höhe?" MILL antwortet darauf (S. 262): „Nein, alles andere Eigentum schwankt im Werte, geht in die Höhe und wieder herunter!" „Ich bestreite, daß mir jemand irgend eine Art von Eigentum zeigen kann, das nicht mit dem Boden zusammenhängt,

und das überhaupt wert ist, beachtet zu werden, das fortwährend die Tendenz hat, zu steigen, ohne daß die Besitzer irgend etwas tun, um einen vermehrten Wert herbeizuführen. Im Gegenteil, die andere Haupteinkommensart, das Kapital, hat die offensichtliche Tendenz, im Wert zu sinken bei fortschreitender Gesellschaft. Je weiter zurück wir in der Geschichte gehen, umso höher sind die Zinserträgnisse des Kapitals." — Was soll nach MILLS Meinung geschehen, um diesen unverdienten Wertzuwachs der Gesellschaft zuzuführen? Er will nicht etwa die dem Grundeigentümer bereits von früher her zukommende Rente konfiszieren. Das einzige, was er verlangt, ist dies: es sollen künftig entstehende Rentenvermehrungen durch eine Grundrentensteuer dem Staate zugeführt werden; also nur die künftigen Rentensteigerungen, nicht die bereits bestehenden Rentenbeträge sollen konfisziert werden. Der unverdiente Rentenzuwachs soll von Zeit zu Zeit durch eine staatliche Kommission geschätzt und sodann besteuert werden. — Aber MILL geht noch weiter in der Schonung der Interessen der Grundbesitzer. Damit dieselben durch diese Steuerreform in keiner Weise eine Schädigung erfahren, will er den Grundbesitzern, falls sie mit dieser Steuermaßregel nicht einverstanden seien, das Recht wahren, ihren Grundbesitz dem Staate zum vollen Schätzwert zu verkaufen.

Nachdem wir so die Hauptrichtungen in der Theorie der Bodenreform dargelegt haben, wollen wir jetzt untersuchen, welche Tendenzen in der Bodenreformbewegung der einzelnen Hauptkulturländer hervorgetreten sind.

II.

Die amerikanische Bewegung steht ganz unter dem Einflusse der Ideen von HENRY GEORGE. Er ist der ausschließliche Theoretiker und war bis zu seinem Tode der praktische Führer der amerikanischen Bewegung. Eine neue von den bisher erörterten abweichende Theorie hat er nicht geschaffen. Wenn er die weitaus berühmteste und meist genannte Persönlichkeit in der ganzen Bodenreformbewegung ist, so hat er dies nicht etwa einer originellen theoretischen Leistung zu verdanken. Sein weitverbreitetes Hauptwerk „Fortschritt und Armut" enthält nur Gedanken, die

bereits von seinen Vorgängern ausgesprochen waren. Sowohl seine naturechtlichen wie seine nationalökonomischen Betrachtungen sind alle in nuce schon bei diesen vorhanden; er hat nur in einer gewissen eklektischen Manier alle die Argumente, die in alter und neuer Zeit gegen das Bodenmonopol ausgesprochen worden sind, zusammengefaßt. In seinen wichtigsten und grundlegenden Ideen ist er den eigentlichen Bodenreformern zuzurechnen. Sein Ruhm und sein großer Einfluß beruht auf seiner glänzenden Agitationsgabe. Sein Buch verdankt seine große Verbreitung dem bilderreichen Stil, der klaren eindringlichen Sprache und der überzeugenden Kraft, die es durch die Art der Beweisführung auf alle nationalökonomisch nicht sehr Gebildeten ausüben muß. Dazu kommt noch ein weiteres: für ihn ist die Bodenreform nicht eine Angelegenheit neben anderen wie für Mill. Schon der Umstand, daß dieser den Vorschlag der Grundrentensteuer in seiner Steuerlehre macht, zeigt, daß er dieser Frage keine zentrale Bedeutung zuerkennt. Auch als er in seinen späteren Jahren sich viel mehr mit der Agitation beschäftigte, betrachtete er die ganze Sache doch mehr als eine Angelegenheit der Steuerpolitik und der Agrarpolitik. Ganz anders George. Für ihn war die Bodenreform der Mittelpunkt seiner ganzen nationalökonomischen Anschauung. Nur aus diesem Punkt heraus hielt er eine Heilung aller sozialen Übel für möglich. Sein ganzes Leben widmete er der Bodenreform, und auch, als er gleichzeitig für den Freihandel Propaganda machte, geschah dies nur, um vermittelst der Freihandelsagitation noch mehr Anhänger für seine Bodenreform zu gewinnen. Er trieb das bodenreformerische Prinzip auf die Spitze; in einseitigster Weise übertrieb er die Bedeutung des „unearned increment", und nach Art eines fanatischen Sektengründers glaubte er, durch die Einführung des Single-Tax-Systems eine Versöhnung des Individualismus und Sozialismus herbeiführen zu können. Dies alles, unterstützt von unermüdlicher Agitationstätigkeit und getragen von einer absolut integren, idealistischen Persönlichkeit, hat ihm den großen Ruhm verschafft. Vor allem die zahlreichen Anhänger aus allen Schichten der bürgerlichen Klassen, die zwar die vielen Mißstände des heutigen Wirtschaftssystems beklagen, aber doch von den Einrichtungen des sozialistischen Zukunftsstaates nichts wissen wollen, folgten gern der Fahne eines Mannes, der Erlösung von allen

sozialen Übeln versprach, ohne doch das Privateigentum antasten zu wollen.

Zu den sozialistischen Bodenreformern ist GEORGE keineswegs zu rechnen. Vielmehr hat er sich in seinem Hauptwerk mehrfach gegen den Sozialismus ausgesprochen: „Klar ist, daß alles, was nach Verordnung und Zwang schmeckt, an und für sich schlecht ist und nicht in Betracht kommen soll, solange ein anderer Weg sich bietet .... Die Gesellschaft ist ein Organismus und keine Maschine; sie lebt nur im individuellen Leben ihrer Teile, und in deren freier und natürlicher Entwicklung wird sich die Harmonie des Ganzen bilden. Alles, was für die soziale Regeneration nötig ist, umfaßt das Losungswort jener russischen Patrioten, die zuweilen Nihilisten genannt werden: „Boden und Freiheit!“[1]) Und in einer ausführlichen Diskussion mit dem Führer der englischen Sozialdemokratie HYNDMANN in einer im Jahr 1889 abgehaltenen Versammlung in London zeigt sich seine Abneigung gegen alle sozialistischen Ideen auf das deutlichste.[2])

GEORGE erklärte dort, daß alle großen Errungenschaften Englands der freien Konkurrenz zu verdanken wären. Die Wahrung der Freiheit der einzelnen erschien ihm so wichtig, daß er bei anderer Gelegenheit einmal sagte: „Die Single tax ist nicht das Heilmittel für alle sozialen Übel, die Freiheit ist es“. Aber er ist auch gegen die agrarsozialistischen Pläne. Er hält die Idee einer gleichen Verteilung des Grundbesitzes durch den Staat und die Einführung eines Staatspächtersystems für ebenso verfehlt, weil er überhaupt vom staatlichen Wirtschaftsbetrieb oder staatlicher Wirtschaftsbevormundung nichts wissen will. Es bedürfe gar keiner Argumente, meint er, um zu zeigen, zu welchen Mißbräuchen und zu welcher Demoralisation die Bewilligung öffentlichen Geldes oder Kredits führen würde.[3]) Wenn der Staat die Verpachtung der Grundstücke selbst übernähme, so führe dies leicht zu Begünstigung der Schwindeleien und Korruptionen.[4])

Wenn er mit MILL die Grundrente als ein arbeitsloses und daher ungerechtes Einkommen auffaßt, das von rechtswegen dem Staate gehören müsse, so geht er doch in der sozialökonomischen

1) Progress and poverty. London 1884, S. 247. 2) Vgl. The single tax versus Social Democraty. Verbatim report of the debate in St. James' Hall. July 1889, London 1906, S. 26. 3) a. a. O. S. 248. 4) Ebenda S. 314.

Schätzung der Wirkungen der Grundrente weit über MILL hinaus. Der Unterschied beruht auf ihrer Stellung zur MALTHUSschen Bevölkerungslehre. MILL als Anhänger dieser Theorie führt die niedrigen Einkommensbezüge der arbeitenden Klassen auf Bevölkerungsprinzipien zurück. Durch die Grundrente würde nur die Verteilung des Volkseinkommens nach gewisser Richtung hin ungünstig beeinflußt. GEORGE dagegen hielt die ganze Lehre MALTHUS' für falsch. Für ihn war die Grundrente schlechthin die alleinige Ursache der ungünstigen Verteilung des Volkseinkommens. Es könnten in jedem gegebenen Zustande der Zivilisation eine größere Anzahl Menschen als Gesamtheit besser versorgt werden als eine kleinere. Die Ungerechtigkeit der Gesellschaft und nicht die Kargheit der Natur sei die Ursache des Mangels und des Elends, das die herrschende Lehre der Bevölkerung zuschreibe. — Aus der Existenz der Bodenrente zieht GEORGE wichtige Schlüsse für die Höhe von Lohn und Zins. Da Lohn und Zins nicht vom Produkt der Arbeit und des Kapitals abhängig seien, sondern von dem, was nach der Entnahme der Bodenrente übrig bleibe, so folge, daß, wie groß auch die Vermehrung der produktiven Kräfte sei, weder Lohn noch Zins sich vermehren könnten, wenn die Vermehrung der Bodenrente gleichen Schritt halte. Die Bodenrente sauge allen Gewinn auf, und der Pauperismus müsse den Fortschritt begleiten. — Auch die Handels- und Absatzkrisen führt er in erster Linie auf die Bodenrente zurück. Denn tausend und abertausend Menschen, die jetzt in der Industrie keine Arbeit fänden, könnten Beschäftigung erhalten, und alle Waren, die in Zeiten der Krisen unverkauft liegen blieben, könnten Absatz finden, wenn die Ausnutzung des Bodens durch die Rente nicht so sehr erschwert wäre. — Auch in seinen praktischen Vorschlägen geht GEORGE weit über MILL hinaus. Vor allem will er nichts wissen von irgend einer Entschädigung an die Grundbesitzer und ebenso nichts davon, daß nur die künftige Rentenvermehrung dem Staate zufallen soll: „Daß ein Mann wie JOHN STUART MILL soviel Wichtigkeit auf die Entschädigung der Grundbesitzer gelegt hat, daß er nur die Konfiskation der künftigen Vermehrung der Rente fordert, ist nur durch seinen Glauben an die herrschende Lehre zu erklären, daß die Löhne dem Kapital entnommen werden, und daß die Bevölkerung fortwährend einen Druck auf die Unterhalts-

Schätzung der Wirkungen der Grundrente weit über MILL hinaus. Der Unterschied beruht auf ihrer Stellung zur MALTHUSschen Bevölkerungslehre. MILL als Anhänger dieser Theorie führt die niedrigen Einkommensbezüge der arbeitenden Klassen auf Bevölkerungsprinzipien zurück. Durch die Grundrente würde nur die Verteilung des Volkseinkommens nach gewisser Richtung hin ungünstig beeinflußt. GEORGE dagegen hielt die ganze Lehre MALTHUS' für falsch. Für ihn war die Grundrente schlechthin die alleinige Ursache der ungünstigen Verteilung des Volkseinkommens. Es könnten in jedem gegebenen Zustande der Zivilisation eine größere Anzahl Menschen als Gesamtheit besser versorgt werden als eine kleinere. Die Ungerechtigkeit der Gesellschaft und nicht die Kargheit der Natur sei die Ursache des Mangels und des Elends, das die herrschende Lehre der Bevölkerung zuschreibe. — Aus der Existenz der Bodenrente zieht GEORGE wichtige Schlüsse für die Höhe von Lohn und Zins. Da Lohn und Zins nicht vom Produkt der Arbeit und des Kapitals abhängig seien, sondern von dem, was nach der Entnahme der Bodenrente übrig bleibe, so folge, daß, wie groß auch die Vermehrung der produktiven Kräfte sei, weder Lohn noch Zins sich vermehren könnten, wenn die Vermehrung der Bodenrente gleichen Schritt halte. Die Bodenrente sauge allen Gewinn auf, und der Pauperismus müsse den Fortschritt begleiten. — Auch die Handels- und Absatzkrisen führt er in erster Linie auf die Bodenrente zurück. Denn tausend und abertausend Menschen, die jetzt in der Industrie keine Arbeit fänden, könnten Beschäftigung erhalten, und alle Waren, die in Zeiten der Krisen unverkauft liegen blieben, könnten Absatz finden, wenn die Ausnutzung des Bodens durch die Rente nicht so sehr erschwert wäre. — Auch in seinen praktischen Vorschlägen geht GEORGE weit über MILL hinaus. Vor allem will er nichts wissen von irgend einer Entschädigung an die Grundbesitzer und ebenso nichts davon, daß nur die künftige Rentenvermehrung dem Staate zufallen soll: „Daß ein Mann wie JOHN STUART MILL soviel Wichtigkeit auf die Entschädigung der Grundbesitzer gelegt hat, daß er nur die Konfiskation der künftigen Vermehrung der Rente fordert, ist nur durch seinen Glauben an die herrschende Lehre zu erklären, daß die Löhne dem Kapital entnommen werden, und daß die Bevölkerung fortwährend einen Druck auf die Unterhalts-

mittel ausübe. Dies täuschte ihn über die vollen Wirkungen des Privateigentums".[1])

George will die ganze Rente, sowohl die bereits bestehende als die künftige Rentenvermehrung, dem Staate durch eine einzige Steuer zukommen lassen. So könne ohne Antastung des privaten Grundeigentums doch die ganze Grundrente verstaatlicht werden. Am besten wäre es, wenn durch eine jährliche Steuer die Rente konfisziert würde. Unter dieser Voraussetzung sei dann das freie Eigentum und die freie Bewirtschaftung der Grundstücke zulässig: „Lassen wir die Personen, die jetzt den Boden besitzen, im Besitz dessen bleiben, was sie ihren Boden nennen, mögen sie fortfahren, ihn ihren Boden zu nennen, mögen sie ihn kaufen und verkaufen, schenken und vererben, wir können ihnen ruhig die Schale überlassen, wenn wir nur den Kern nehmen; es ist nicht nötig, den Boden zu konfiszieren, es ist nur nötig, die Rente zu konfiszieren".[2])

Da die Besteuerung der Rente oder des Bodenwertes um so viel erhöht werden müßte, als die anderen Abgaben verringert würden, könnte man auch seinen praktischen Vorschlag in die Formel bringen, alle Steuern mit Ausnahme der vom Bodenwert erhobenen sollen abgeschafft werden. Und welche großen Wirkungen verspricht sich George von seiner Reform! „Die Löhne werden steigen, der Ertrag des Kapitals wird sich vermehren, Armut und Not wird abgeschafft, lohnende Beschäftigung jedem gegeben, der sie wünscht; allen Menschenkräften wird freier Spielraum gewährt, die Verbrechen werden vermindert, die Moral, der Geschmack und die Intelligenz erhöht, die Regierung wird gereinigt und die Zivilisation auf noch höhere Stufen gebracht."[3]) Die größte Wirkung seines Heilmittels verspricht sich George von dem Umstand, daß die großen Grundbesitzer, wenn sie keine Rente mehr beziehen können, freiwillig auf ihre Besitzungen verzichten und daß dann eine große Menge Boden frei wird für die, die den Boden mit Arbeit und Kapital bewirtschaften wollen.

Wenn zweifellos kein anderes Werk in dem Maße wie das von George auf die Bodenreformbewegung aller Länder und Weltteile Einfluß ausgeübt hat, so hat doch gerade im Vaterlande Georges die

1) Ebenda S. 281. 2) Ebenda S. 317. 3) Ebenda S. 314.

Bewegung niemals eine große Bedeutung gewonnen. Ja, man kann sogar sagen, in keinem der Länder, wo überhaupt eine Bodenreformbewegung besteht, ist sie so schwach entwickelt wie in den Vereinigten Staaten von Amerika. Eine eigentliche umfassende, der Ausbreitung bodenreformerischer Ideen dienende Organistion fehlt dort gänzlich und hat überhaupt dort nie bestanden. Nur in kleinen Zirkeln und Klubs sind die Single-Taxe-Ideen vertreten worden. Umfassendere Propaganda für die bodenreformerischen Ideen hat immer nur in der Form stattgefunden, daß die Anhänger von Henry George im Zusammenhang mit anderen Parteiorganisationen ihre Pläne zu verbreiten suchten. Arbeiterverbände, sozialistische Organisationen und die demokratische Partei suchte man dafür zu gewinnen, die Vorschläge von George als Teile ihres Programms aufzunehmen. Wo dies gelungen ist, mußten natürlich die Wirkungen der Agitation darunter leiden, da dann die bodenreformerischen Ideen nur im Zusammenhang mit anderen umfassenderen Parteibestrebungen vertreten wurden. Die große amerikanische Arbeiterorganisation der Knights of Labour hatte sich bereits 1887 für die Pläne Georges erklärt. In ihrem Programm (in der Fassung von 1891) heißt es: „Zu den höheren in jeder Arbeitsloge zu lehrenden Pflichten gehört des Menschen unveräußerliches Erbteil und Recht auf seinen Anteil am Boden zu seinem Gebrauch“ [1]).

In dem Jahresbericht von 1891 wird als einer der Haupterfolge der „Ritter der Arbeit“ hervorgehoben, daß er der Verschleuderung der öffentlichen Ländereien und großer Landstrecken durch Fremde Einhalt geboten hat. [2]) — Mitte der achtziger Jahre wurden unter starker Beteiligung deutscher Gewerkschafter und Sozialisten die verschiedenen Gewerkschaftsräte der Neuyorker Arbeiter, vereinigt in der New York Central Labour Union, in welcher sich amerikanische, deutsche und irische Gewerkschafter, Arbeitsritter und Sozialisten zusammenfanden.

In dem Programm dieser Central Labour Union haben die Ideen von George ebenfalls Aufnahme gefunden. Einer der Artikel in den Statuten lautet: „Wir erklären, daß der enorme Wert, welchen die Anwesenheit von eineinhalb Millionen Menschen dem

1) Vgl. Sorge, Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten, i. „Neue Zeit“ 1896, I S. 133. 2) Ebenda S. 139.

Grund und Boden dieser Stadt gibt, von rechtswegen der ganzen Gemeinde gehört, daß derselbe nicht zur Bereicherung von Individuen und Korporationen, sondern in Form von Steuern zur Verbesserung und Verschönerung der Stadt, zur Förderung der Gesundheit, Bequemlichkeit, Erziehung und Erhaltung der Bürger dienen sollte, ebenso zur Herstellung von Verbindungslinien, wie sie den Bedürfnissen der großen Metropole angemessen sind".[1])

Von dieser Partei wurde GEORGE auch als Kandidat zum Bürgermeisteramt von Newyork aufgestellt und erhielt 70000 Stimmen, während der demokratische Kandidat 90000 auf sich vereinigte.

Agitatorisch wirkte namentlich für die HENRY GEORGEschen Ideen auch der katholische Geistliche MC GLYN, der besonders auch in seinen Kirchenreden für die Bodenreform Propaganda machte. Er gründete zusammen mit GEORGE die Anti-Poverty-Society, welche durch Einführung der alleinigen Grundsteuer alle Armut beseitigen wollte. Trotz der großen Erfolge, die GEORGE seinen Beziehungen zu der Newyorker Arbeiterpartei zu verdanken hatte, kam es 1887 zu einem Bruch mit ihr. GEORGE näherte sich immer mehr der demokratischen Partei, die er auch besonders in seinem Kampfe für die Freihandelsprinzipien benutzen wollte. Der Mißerfolg der bodenreformerischen Bestrebungen in Amerika ist zweifellos auch auf den Umstand zurückzuführen, daß GEORGE gleichzeitig für seine freihändlerischen Ideen agitatorisch wirkte. Da die Bodenreform, wie bereits gesagt, gar keine eigene Parteiorganisation hatte, suchte dann GEORGE in der demokratischen Partei für seine Ideen Propaganda zu machen, womit natürlich keineswegs gesagt sein soll, daß etwa die demokratische Partei als solche die Single-Tax-Prinzipien angenommen hätte. Andererseits finden sich auch in der republikanischen Partei Anhänger von GEORGE. Die Vertreter der GEORGEschen Lehren verfechten in der demokratischen Partei nicht nur die bodenreformerischen, sondern auch gleichzeitig die Freihandelsideen und die Verstaatlichung bzw. Kommunalisierung bestimmter Betriebe.

Die Anhänger der Single-Tax stellten am 3. September 1890 auf einem in Newyork abgehaltenen Kongreß eine Platform auf,

1) A. SARTORIUS VON WALTERSHAUSEN, Der moderne Sozialismus in den Vereinigten Staaten von Amerika. Berlin 1890, S. 346.

die ihre Prinzipien enthielt. Ich teile diese „Prinzipienerklärung“ mit. Sie ist nach langen Beratungen zustande gekommen und stellt die auch heute noch geltenden Prinzipien der amerikanischen Bodenreformer dar. Sie lautet:

Wir stehen auf dem Boden des in der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten niedergelegten fundamentalen Grundsatzes, daß alle Menschen gleich geschaffen und vom Schöpfer mit bestimmten unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind.

Wir sind der Ansicht, daß die Menschen ein gleiches Anrecht haben auf Gebrauch und Genuß aller von Gott erschaffenen Dinge und auf alles, was gewonnen wird durch das allgemeine Wachsen und Gedeihen der Gemeinwesen, zu denen sie gehören.

Es sollte daher niemand gestattet sein, natürliche Vorteile für sich in Anspruch zu nehmen, ohne eine angemessene Entschädigung an seine Mitbürger für das ihm gewährte Privileg zu leisten; der Wert, den das Land durch das Wachsen und Gedeihen der Allgemeinheit erhält, ist zugunsten der Allgemeinheit zu verwenden.

Wir sind der Ansicht, daß jeder Mensch ein Recht hat auf alles, was er durch seine Arbeit hervorbringt. Daher dürfte keine Steuer von den Produkten dieser Arbeit erhoben werden.

Um diese Prinzipien durchzuführen, befürworten wir, alle öffentlichen Einkünfte für staatliche, ländliche und kommunale Zwecke durch eine einzige Steuer („single tax“) auf Landwerte, unabhängig von jedwelcher Verbesserung, zu erheben und alle anderen Formen direkter oder indirekter Besteuerung abzuschaffen.

Da in allen unseren Staaten heute schon in irgend einer Form eine Steuer auf den Grundwert besteht, so läßt sich die „single tax“ leicht und einfach dadurch einführen, daß nach und nach die anderen Steuern herabgesetzt und die Grundwertsteuern entsprechend erhöht werden, bis sämtliche Einkünfte daraus bestritten werden können. Gemeinden, Staaten und Zentralregierung sollen in ähnlicher Weise beteiligt werden wie heute, die Einkünfte aus direkter Besteuerung zwischen ihnen geteilt werden.

Es könnte auch eine direkte Einschätzung durch die Zentralregierung stattfinden, während die Staaten die Steuern erhöhen und verteilten.

Die Single Tax, die wir befürworten, ist nicht eine Steuer auf Land und wird daher auch nicht die treffen, die das Land benutzen, wodurch sie ja eine Steuer auf Arbeit werden würde.

Sie ist eine Steuer nicht auf Land, sondern auf den Wert des Landes. Somit fällt sie nicht auf alles Land, sondern nur auf wertvollen Boden und auch auf diesen nicht in dem Maße seiner Ausnutzung, sondern im Verhältnis zu seinem Wert. Sie entspricht also der Höhe, die der Bodenbenutzer heute dem Eigentümer entweder im Kaufgeld oder als Grundpacht zu zahlen hat. Sie würde somit keine Steuer auf die Benutzung des Landes und seine Verbesserungen sein, sondern auf das bloße Eigentumsrecht am nackten Grund und Boden.

Sie würde nichts aus dem Arbeitsertrag nehmen, sondern nur den Wert hinwegsteuern, den der Eigentümer lediglich als Eigentümer an sich nehmen würde.

Bei der Einschätzung zu dieser „Rentensteuer“ werden daher alle Grundwerte, die von dem einzelnen durch seine Verwertung, Bebauung oder Verbesserung geschaffen wurden, ausgeschlossen sein. Der hier allein in Betracht kommende Wert ist jener Rentenwert, den der nackte Grund und Boden infolge seiner Lage, seiner natürlichen Eigenschaften und seiner von der Gesellschaft geschaffenen Vorzüge besitzt. Er muß durch unparteiische, periodische Einschätzung festgestellt werden.

Ein Bauer, der seine Scholle selbst beackert, hat alsdann nicht mehr Steuer zu bezahlen, wie ein Großgrundbesitzer, der — zum Nachteil der Gesellschaft — ein ähnliches Stück Land brach liegen läßt; und ein Städter, der auf seinem Baugrund ein wertvolles Gebäude errichtet, wird nicht höher besteuert sein, wie ein Bodenspekulant, der — zum Nachteil aller — ein ähnliches Grundstück der Bebauung vorenthält.

Kurz, die „single tax“ würde die Menschen zwingen, zu den öffentlichen Lasten beizutragen, nicht im Verhältnis zu dem, was sie sich erarbeiten, sondern im Verhältnis zu dem Wert der natürlichen Hilfsquellen, die sie ausnützen. Sie würden ebensoviel zu zahlen haben für das Land, das sie unbenutzt liegen lassen wie für das, das im vollsten Umfange ausgenützt wird.

Die „single tax“ wird folgendes bewirken:

1. Sie wird die Steuerlasten von den ackerbautreibenden Landesteilen, wo der Boden — jede Bebauung und Verbesserung abgerechnet — wenig oder gar keinen Wert hat, nach den Städten hin abwälzen, wo für leeren Baugrund zuweilen Verkaufspreise von Millionen Mark für den Acre erzielt werden.

2. Sie wird die zahllosen anderen Steuern überflüssig machen, das Heer der Steuereinnehmer verringern, die Staats- und Gemeindeverwaltung vereinfachen und deren Unkosten bedeutend vermindern.

3. Sie wird den Betrug, die Korruption und die großen Ungleichheiten, — die bei allen gegenwärtigen Steuersystemen vorkommen — unmöglich machen, sodaß es reichen Bürgern nicht mehr gelingt, gerechter Besteuerung zu entgehen, infolgedessen die Armen seither um so mehr bedrückt waren.

Da der Grund und Boden weder verborgen gehalten noch weggetragen werden kann, so läßt sich sein Wert mit größerer Leichtigkeit und Gewißheit feststellen, als der Wert aller anderen Güter und Einkommen. Die Steuer kann deshalb genau und sicher eingezogen werden.

4. Die „Rentensteuer“ wird uns einen wahren Freihandel mit der ganzen Welt — wie er jetzt schon zwischen den Einzelstaaten der Union, zum Vorteil aller, besteht — geben und wird unser Volk in die glückliche Lage versetzen, durch einen freien Austausch der Güter, aus den von der Natur gegebenen Vorzügen anderer Länder und aus den besonderen Geschicklichkeiten und Fähigkeiten anderer Völker Vorteil zu ziehen.

Sie wird alle Trusts, Monopole und Korruption zerstören, welche die Folge des Tarifs sind.

Sie würde die Abgaben und Geldstrafen beseitigen, die heute auf jeden gelegt werden, der eine Farm verbessert, ein Haus baut, eine Maschine aufstellt oder überhaupt zur Vermehrung des Volksvermögens beiträgt. Sie würde es jedem gestatten, seine Arbeit und sein Kapital in Produktion und Handel zu betätigen, ohne durch Abgaben behindert zu sein, und würde jedem den vollen Lohn für seine Arbeit lassen.

5. Sie würde andererseits dadurch, daß sie für öffentliche Zwecke die Werte nutzbar macht, die durch das Wachstum und Gedeihen der Allgemeinheit entstehen, den Landbesitz unprofitabel für den bloßen Eigentümer machen und profitabel nur für den, der das Land selbst benutzt. Sie würde es somit den Spekulanten und Monopolisten unmöglich machen, natürliche Hilfsquellen unbenutzt oder nur halb benutzt liegen zu lassen, und würde der Arbeit das unerschöpfliche Feld erschließen, das die Erde den Menschen bietet.

Sie würde so die Arbeiterfrage lösen, die unfreiwillige Armut beseitigen, auf allen Gebieten die Löhne auf die volle Höhe des Arbeitsertrages heben, Überproduktion solange unmöglich machen, bis alle Bedürfnisse befriedigt wären, die arbeitsparenden Maschinen zu einem Segen für alle machen und eine solche Zunahme der Produktion mit gleichzeitig gerechter Verteilung der Güter hervorrufen, daß alle gleichmäßig an den Vorteilen zunehmender Zivilisation teilhaben würden.

6. In bezug auf andere Monopole, abgesehen vom Landmonopol, sind wir der Meinung, daß, wo freie Konkurrenz unmöglich wird, wie z. B. im Telegraphen- und Eisenbahnwesen, bei der Wasser- und Gasversorgung usw. solche Betriebe eine soziale Funktion werden sollen, welche verwaltet und ausgeführt und für das ganze Volk ausgenutzt werden sollen durch die dazu geeignete öffentliche Behörde, sei es Lokal-, Staats- oder Nationalbehörde.

Auf dem darauf folgenden Single-Tax-Kongreß in Chicago wurde diese ganze Platform am 30. August 1893 von neuem genehmigt mit Ausnahme des letzten Punktes 6, der durch folgenden Satz ersetzt wurde:

Indem das gleiche Recht auf die Benutzung des Bodens und seinen Schutz gewährleistet wird, ist es gleichfalls die Aufgabe der Gesellschaft, alle öffentlichen Verkehrsmittel, sowie den öffentlichen Nachrichtendienst (Telegraphen, Telephon) zu unterhalten und zu kontrollieren, ebenso die Versorgung mit Gas, Wasser und allen solchen Dingen, die notwendigerweise die Benutzung öffentlicher Anlagen erfordern.

Die Änderung hängt mit einer Meinungsverschiedenheit innerhalb der Single-Tax-Anhänger zusammen. Die Fassung von 1890 war von Henry George selbst redigiert und entsprach seiner Meinung, daß überall dort, wo ein faktisches Monopol existiert, also nicht freie Konkurrenz herrschen könne, der Staats- oder Kommunalbetrieb eintreten müsse. Die einzelnen Fälle, wie Eisen-

bahn, Gas, Wasser etc. sollten nur als Beispiele dienen; keineswegs sollte aber die Verstaatlichung sich auf diese Betriebe allein beschränken. Die streng individualistisch gesinnten Bodenreformer nahmen aber an diesem Satze Anstoß und wollten ihn ganz streichen. Man gelangte schließlich 1893 im Kompromißwege zu einer Einschränkung des öffentlich-rechtlichen Prinzips. GEORGE selbst war aber hiermit niemals einverstanden; seine strengen Anhänger hielten auch an der älteren Fassung immer fest. Die Anhänger dieser Platform aber sind nicht etwa in einer einheitlichen Organisation vereinigt, sondern in verschiedenen Klubs zerstreut. Es hängt mit der sehr geringen Entwicklung, welche die Bodenreform in Amerika genommen hat, zusammen, daß es an einer nennenswerten bodenreformerischen Broschüren- und Zeitschriftenliteratur fehlt und an jedem zusammenfassenden Werke über die ganze Bewegung. Ich verdanke die meisten Angaben dem jetzigen Hauptführer der Bewegung, LOUIS POST, der auch die einzige bodenreformerische Zeitschrift „The Public" herausgibt, und neben dem noch zu erwähnen sind: L. JOHNSON aus Ohio, Bürgermeister von Cleveland, Richter JAMES MAGUIRE aus Californien, EDWARD BROWN aus Illinois, Appellationsrichter in Chicago.

* * *

Im Gegensatze zu Amerika ist in England eine lebhafte Bodenreformbewegung vorhanden. Ihren Anfang bildet die von JOHN STUART MILL im Juli 1870 zusammen mit HENRY FAWCETT, CHARLES DILKE, TAYLOR u. A. begründete „**L**(and) **T**(enure) **R**(eform)-**A**(ssociation)", deren Bestrebungen am besten aus ihrem Programm hervorgehen. Dasselbe lautet folgendermaßen:

1. Alle gesetzlichen und fiskalischen Hindernisse der Übertragung von Grundstücken müssen beseitigt werden.

2. Das Gesetz über die Primogenitur muß abgeschaft werden.

3. Die Verfügungsbeschränkungen über Grundbesitz müssen in die engsten Grenzen eingeschränkt werden.

4. Durch Besteuerung muß zugunsten des Staates in Anspruch genommen werden: der künftige unverdiente Zuwachs (Future inearned Increase) der Landrente (soweit derselbe bestimmt werden kann) oder ein großer Teil dieses Zuwachses, welcher fortwährend statt hat infolge des Wachstums der Bevölkerung und des Reichtums, wobei dem Eigentümer die Wahl gelassen werden soll, sein Eigentum an den Staat zu dem Marktwert zu verkaufen, den es zur Zeit des Eintritts der Gesetzeskraft hat.

5. Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften müssen ermutigt werden durch zeitweiligen Ankauf von verkäuflichen Gütern seitens des Staates, die dieser dann unter geeigneten Bedingungen an landwirtschaftliche Genossenschaften verpachtet, soweit sie genügende Garantie der Freiwilligkeit und des Erfolges bieten.

6. Ebenso Ankauf von Land in ähnlicher Weise zum Zweck der Verpachtung an kleine Bauern unter Bedingungen, die eine geeignete Bewirtschaftung des Bodens garantieren und dem Bauern ein dauerndes Interesse am Boden gewähren.

7. Ländereien, die der Krone, öffentlichen Körperschaften oder Wohltätigkeitsstiftungen gehören, sollen denselben Zwecken nutzbar gemacht werden, soweit günstige Bedingungen dafür vorhanden sind, und ebenso zum Zweck der Verbesserung der Wohnungen der arbeitenden Klassen. Der Übergang solcher Ländereien in private Hände (außer für die erwähnten Zwecke oder aus besonderen Ausnahmegründen) soll nicht erlaubt sein.

8. Alles jetzt unangebaute Land, oder das eines Parlamentsakts zu seiner Einhegung bedarf, soll für nationalen Gebrauch zurückgehalten werden, wobei Entschädigung für gutsherrliche oder gemeinheitliche Rechte zu gewähren ist.

9. Während es zweckmäßig ist, einen großen Teil des gegenwärtig wüst liegenden Landes in Kultur zu bringen für die Zwecke und unter den Bedingungen, die in den vorhergehenden Artikeln angegeben sind, ist es wünschenswert, daß die weniger fruchtbaren Gebiete, besonders solche, die in bevölkerten Gegenden liegen, in wilder natürlicher Schönheit erhalten werden, zum alleinigen Genusse des Volkes und zur Verbreitung gesunden ländlichen Sinnes und Vergnügens für alle Bevölkerungsklassen, auch damit künftigen Generationen die Entscheidung für ihre letzte Bestimmung offen steht.

10. Dem Staat ist die Macht einzuräumen, von allen natürlichen Objekten oder künstlichen Einrichtungen Besitz zu ergreifen, die mit dem Boden verknüpft sind und, die historisches, wissenschaftliches oder künstlerisches Interesse haben zusammen mit dem nötigen dazu gehörigen Boden zum Zweck, diesen dauernd zu erhalten. Die Eigentümer müssen für den ihnen auf diese Weise abgenommenen Boden entschädgt werden.

Wie man sieht, enthält dieses Programm bodenreformerische Grundsätze nur in Artikel 4. Die ersten drei Artikel betreffen Beseitigung aller feudaler Überreste und müssen, wie Mill selbst sagt, „by all real Liberals“ vertreten werden (a. a. O. S. 142). Auch die Punkte 5—10 können von allen möglichen Agrarpolitikern, die keineswegs auf sog. bodenreformerischem Standpunkt stehen, Zustimmung finden. Von Bedeutung ist aber Artikel 4, weil er tatsächlich einen tiefgehenden Eingriff in das herrschende Bodenbesitzrecht darstellt.

Mill gibt in den früher von mir schon erwähnten Aufsätzen

und Reden über Land Tenure auführliche Erläuterungen und nationalökonomische Betrachtungen über die von ihm vorgeschlagene Reform. Diese Aufsätze enthalten m. E. das beste, was überhaupt vom nationalökonomisch-theoretischen Standpunkt zur Vertretung der neueren eigentlichen Bodenreformtheorie gesagt werden kann. Wie man aus dem ganzen Programm ersieht, will MILL bei seiner Reform unter möglichster Schonung der Interessen der Grundbesitzer vorgehen. Er verwahrt sich ausdrücklich gegen jeden Versuch, das private Grundeigentum abzuschaffen. Zwar nennt er jene Länder des Ostens glücklich, — oder sie könnten glücklich sein, wenn sie gut regiert wären, — in denen niemals der Grund und Boden in private Hände übergegangen ist, und wo er immer dem Staat gehört hat (a. a. O. S. 274). Aber solches Gemeineigentum scheint ihm für englische Verhältnisse absolut unbrauchbar; er wendet sich gegen einen zweiten in England gegründeten Verein, die „Land and Labour League", die den gesamten Boden verstaatlichen und die Pachtrenten dem Staate zuführen will. Die Land Tenure Reform-Gesellschaft sei in ihrer großen Majorität gegen diesen Vorschlag. Er persönlich hält diese Verstaatlichungsidee für die Gegenwart für unpraktisch: „Ich habe eine so geringe Meinung vom staatlichen oder vom Gemeindebetrieb, daß ich fürchte, viele Jahre würden vergehen, bevor das dem Staat zufließende Einkommen genügend wäre, um die Entschädigung zu bezahlen, die gerechterweise den expropriierten Grundbesitzern gegeben werden müßte. Es erfordert, fürchte ich, einen größeren Grad öffentlicher Tugend und öffentlichen Verständnisses, als bisher erreicht ist, um den gesamten Boden eines Landes wie England in öffentlicher Verwaltung zu bewirtschaften" (a.a.O.S.256). Vor allem betont er auch, daß nur die künftige Rentensteigerung vom Staat konfisziert werden sollte und nicht die früher bereits erworbene Rente. Ebenso hält er auch unbedingt an der Entschädigungspflicht für die Grundbesitzer fest in der Weise, daß ihnen freigestellt bleiben soll, ihr Grundstück dem Staat zum Marktwert zu verkaufen. MILL hat aber in seinen verschiedenen Aufsätzen auch wiederholt selbst auf den wichtigen Einwand hingewiesen, den man mit Recht den reinen Bodenreformern machen muß, den er sich selbst auch macht und zu widerlegen sucht, daß es nämlich überhaupt unmöglich sei, bei der Schätzung des Bodenwertes die eigentliche Grundrente, den sogenannten un-

verdienten Bodenwert, von dem verdienten zu trennen. Er schlägt vor, alle 10 oder 20 Jahre von neuem eine Schätzung vorzunehmen und dann den unverdienten Wertzuwachs als Steuer einzuziehen, wobei es aber dem Eigentümer freistehen soll, auch eine jährliche feste Summe an den Staat zu zahlen. Die Schwierigkeit der Festsetzung dieses inearned increment ist MILL so klar daß er zu allen möglichen Konzessionen bereit ist. Dies geht schon aus dem Programm selbst hervov, wo von dem Wertzuwachs die Rede ist, insoweit er festgestellt werden kann; oder an anderer Stelle, daß nur ein großer Teil des Wertzuwachses dem Staat zufallen soll. So spricht er denn auch wiederholt von der Notwendigkeit, a large margin for possible miscalculation zu lassen. Ferner meint er, es sei auch nicht notwendig, daß der Staat alles bis auf den letzten Heller erhalte.

Noch in anderer Hinsicht sind die Aufsätze von MILL über die Landfrage wichtig. Es geht aus ihnen klar hervor, daß MILL seine ganze Bodenreform nicht so sehr auf allgemeinen Deduktionen aus dem Wesen der Rente aufbaut, sondern daß er ganz speziell an die englischen Bodenverhältnisse anknüpft. Immer wieder wiederholt er, daß das Grundeigentum ihm als die denkbar beste ökonomische Einrichtung erscheine, soweit sie ein Mittel sei, den Eigentümer anzuspornen, sein Kapital und seine Arbeitskraft möglichst produktiv zu verwerten. Aber, so meint er, tatsächlich seien die englischen Grundbesitzverhältnisse so geartet, daß zum weitaus überwiegenden Teil der Boden gar nicht von den Eigentümern bewirtschaftet werde, sondern von Pächtern, die ihre Rente an den Grundherrn bezahlen, der oft Absentist sei. Aus all dem geht klar hervor, daß MILLS Bodenreform die müßigen Grundrentenbezieher treffen soll, und daß er für Länder mit anderer Grundbesitzverteilung und Bewirtschaftung wie in England die von ihm vorgeschlagenen Maßregeln kaum empfehlen würde.

MILL hat bis zu seinem Tode (1873) für die **L. T. R. A.** gearbeitet; er war die treibende Kraft in ihr; mit seinem Tode hörte ihre Wirksamkeit auf. Aber die Bodenreform wurde von anderen großen englischen Vereinen weiter betrieben, vor allem von der **L**(and) **N**(ationalisation) **S**(ociety), auf deren Prinzipien ich jetzt zu sprechen komme.

* * *

Diese Bodenverstaatlichungsgesellschaft basiert auf den oben von mir mitgeteilten Ideen von ALFRED RUSSEL WALLACE. Ihr Programm zeigt dies aufs deutlichste. Es lautet

I. Privates Grundeigentum ist ein Unrecht:

a. weil es auf wenige Individuen die Macht überträgt, Werte, die die Gemeinschaft geschaffen hat, sich anzueignen; b. weil es den Grundherren eine despotische Macht über die Freiheit, das Glück und das Eigentum aller der Mitbürger gibt, die nicht Grundherren sind; c. weil die widerstreitenden Interessen, die es an dem Boden schafft, dessen Produktivität sehr vermindern; d. weil es in einem hohen Maße Armut hervorgerufen und dauernd gemacht hat, indem es den Arbeiter seiner Rechte am Boden beraubt hat; e. weil es die Aneigung von brach liegendem Land für den ausschließlichen Vorteil der Grundherren erlaubt; f. weil es gegen die Freiheit verstößt, die jeder Bürger eines freien Landes hat, eine seinen Mitteln entsprechende gesunde Behausung zu besitzen; g. weil es die bedrückende Vermehrung der Grund- und Hausrente verursacht; h. weil es dem Grundherrn die Macht gibt, auch alle unter dem Boden befindlichen Mineralien in Besitz zu nehmen.

II. Die hauptsächlichsten Grundsätze für den Landbesitz sind:

a) Grund und Boden ist, weil von niemandem erarbeitet, das gemeinschaftliche Erbtum der ganzen menschlichen Rasse. Jede politische Gemeinschaft übt über den Teil des Bodens, auf dem sie lebt, die Kontrolle aus, aber sie kann niemals das Grundrecht jedes Menschen auf das gemeinsame Erbtum antasten; b) niemand ist zu Genuß und Ausnutzung eines größeren Stückes Landes als andere berechtigt, außer mit Genehmigung der Gemeinschaft und unter der Bedingung eines vollen Äquivalents für das Privileg, das er genießt; c) dieses Privileg muß durch Zahlung einer Rente an den Staat ausgeglichen werden; d) jeder Einwohner des Staates ist berechtigt, soviel Land zu besitzen, als er und seine Familie persönlich gebrauchen kann; e) Die Besitzer haben aber das volle Anrecht auf alle Verbesserungen, die sie an dem Boden vornehmen, und an dem Mehrwert, den sie dadurch dem Boden gegeben haben. Solange daher der Boden vom Staate nicht für öffentliche Zwecke gebraucht wird, sind sie völlig berechtigt zur ausschließlichen Nutzung ihres Landes, solange sie die Rente an den Staat bezahlen, aber sie können auch anderen diesen Bodenwert und damit dieses ausschließliche Nutzungsrecht übertragen.

III. Bodenverstaatlichung.

Die Art und Weise, wie diese Bodenverstaatlichung in die Wege geleitet werden soll, ist folgende: a) Das heute noch bestehende nominelle Besitzrecht der Krone am gesamten Grund und Boden wird auf einen Trust übertragen, der durch die Zentralregierung zugunsten des ganzen Volkes verwaltet wird; b) jeder Einwohner, der es wünscht, muß ein Stück Land für

seinen persönlichen Gebrauch erhalten; c) die an den Staat zu zahlende Rente muß von Zeit zu Zeit revidiert werden, so daß sie immer genau dem Wert des Bodens unabhängig von allen Verbesserungen entspricht; d) alle Rechte an Mineralien sollen dem Staate reserviert bleiben; e) die Entschädigung an die enteigneten Grundherren soll niemals das Nettoeinkommen übersteigen, das sie aus dem Lande bezogen haben.

IV. Die wohltätigen Wirkungen der Bodenverstaatlichung.

Als solche werden im Programm namentlich angeführt: Steigen der Löhne und des Kapitalzinses, vermehrte Produktion, Beseitigung des chronischen Pauperismns und die Möglichkeit, alle Steuern abzuschaffen.

Durch zahlreiche Broschüren, die sogenannten L. N. S. Tracts, treibt die Gesellschaft eifrige Propaganda. Neben WALLACE sind in dieser besonders HYDER und OGILVY tätig. — Aus diesen Propagandabroschüren hebe ich die Schrift „State Land Purchase“ von HYDER hervor. Er verteidigt darin besonders die Entschädigungspflicht des Staates an die Grundherren und meint, es sei ein schweres Unrecht, daß man die gegenwärtigen Grundbesitzer, die gar keine Schuld an dem System trügen, für dasselbe mit dem Verlust ihres Eigentums bestrafe. Gegen das Single-Tax-System wendet er ein, daß, wenn man auch nach dem Vorschlage der Anhänger GEORGES mit einer Steuer von 4 Schilling pro Pfund beginnen und dieselbe immer mehr erhöhen wollte, eine endlose Zeit verstreichen würde, bis die Reform endlich durchgeführt wäre. Das System hätte auch den Nachteil, die Anzahl der Grundherren zu vermehren, da viele ihre Besitzungen wegen dieser Steuer zu verkaufen suchten, sodaß hierdurch auch die Zahl der Reformgegner wüchse. — Zum Schlusse wird vor allem eine genaue Wertschätzung des gesamten englischen Bodens gefordert, um die Entschädigung für die Grundherren feststellen zu können. Auf den Einwand, daß der Staat nicht genug Kapital besäße, um diese Entschädigung vorzunehmen, erwidert HYDER, daß nicht mit barem Gelde, sondern mit Staatspapieren entschädigt werden sollte. Auf den ferneren Einwand, daß dadurch die Staatsschulden ins ungemessene stiegen, erwidert er, daß andererseits auch der Staatsbesitz außerordentlich zunehme. — OGILVY, einer der Vizepräsidenten der L. N. S., ist selbst Großgrundbesitzer in Tasmania und hat dort einen Zweigverein der L. N. S. begründet.

In Verbindung mit der parlamentarischen Gruppe, die sich im Unterhause gebildet hat, dem Public Landownership Parliamentary Council, sucht die Gesellschaft auch Einfluß auf das Parlament zu gewinnen. Vor allem hat sie wiederholt durch die Vermittlung dieser Gruppe einen Gesetzentwurf eingebracht, die „Tax and Buy Land Bill“. Darnach sollen alle Grundherren eine Erklärung abgeben über den Wert ihres Grundbesitzes und alle Verbesserungen. — Die lokalen Behörden sollen dann das Recht haben, eine jährliche Steuer auf diesen so erklärten Kapitalwert von höchstens 1 Penny pro Pfund zu legen; ferner zu dem so festgesetzten Werte einen gewissen Teil dieses Besitzes zu erwerben und für öffentliche Zwecke zu benutzen. Pächter, welche dieses öffentliche Land pachten, sollen dann das volle Anrecht haben auf die von ihnen vorgenommenen Verbesserungen und die Sicherheit, im Besitze ihrer Pacht zu bleiben, wenn sie einen dem reinen Bodenwert entsprechenden Pachtschilling an den Staat entrichten. —

* * *

Eine Anzahl von Freunden und Anhängern HENRY GEORGES hatten sich 1883 in London zu einer Gesellschaft: „The Land Reform Union“ zusammengeschlossen zum Zweck gemeinsamer Lektüre und Besprechung des Werkes „Progress and poverty“ und zur weiteren Verbreitung seiner Ideen. Von dieser Union erging die Einladung an GEORGE, nach England zu kommen und dort für seine Ideen propagandistisch zu wirken. GEORGE folgte 1883 und 1884 der Einladung und veranstaltete Vortragstourneen in England. Durch diese Vorträge wurde das Interesse für die bodenreformerischen Bestrebungen sehr verstärkt. Bereits 1884 wurde die Land Reform Union in die E(nglisch) L(and) R(estauration) L(eague) umgewandelt, die von vornherein den Zweck verfolgte, Propaganda für die Ideen von GEORGE zu machen. — Im selben Jahr wurde in Schottland, wo GEORGE ebenfalls eine Vortragstournee veranstaltete, die Scottish Land Restauration League gegründet, später trat noch die Irish League hinzu. Alle diese Vereinigungen standen auf dem Boden der Ideen von GEORGE und vertraten vor allem in ihrer Agitation die Forderungen der Single-Tax. Ihr Programm war sehr kurz: die Beseitigung des Grundherrentums (abolition of landlordism). Als ihre Methode erklärten sie:

die Aufhebung aller Steuern auf Arbeit und deren Produkte und Erträgnisse sowie die Vermehrung der Steuern auf die Landwerte, bis der ganze jährliche Wert des Landes für öffentliche Zwecke zur Besteuerung herangezogen sei. Hier haben wir also in programmatischer Kürze die ganze Doktrin von HENRY GEORGE vor uns.

Die **E. L. R. L.** wandelte 1902 ihren Namen in English League for the Taxation of Land values um. Aber diese Namensänderung hatte in keiner Weise eine Prinzipienänderung im Gefolge. Alle Grundtendenzen blieben dieselben, und bis zum heutigen Tage hat diese League for the Taxation of Land values an dem alten GEORGESCHEN Programm festgehalten. Zum Zweck eifriger Propaganda schlossen sich die drei Leagues 1901 zu dem United Committee for the taxation of Land values zusammen. Ihr Organ ist die Monatsschrift „Land Values". Die Bestrebungen der English League for Taxation of Land values gehen am besten aus ihrem Programm hervor, welches lautet, wie folgt:

Zweck des Bundes.

Der Zweck des Bundes ist, die Besteuerung der Landwerte herbeizuführen.

Was sind Landwerte?

Unter Landwerten verstehen wir die Werte, welche die Grundstücke haben, abgesehen von irgendwelchen Bauten auf denselben. Mit anderen Worten, Landwert bezeichnet den unverbesserten Wert des Bodens selbst, im Gegensatz zu jedem weiteren Wert, den es durch Aufwendung von Arbeit oder Kapital erhält. — Landwerte sind daher nicht durch die Arbeit oder das Kapital der einzelnen Landbesitzer als solcher auf ihre Grundstücke hervorgebracht. Landwerte entspringen aus dem allgemeinen Bedarf der Menschheit, die freien Gaben der Natur zu benutzen: das Land und die Schätze, die es enthält. Sie sind verschieden je nach den natürlichen Vorteilen, die die verschiedenen Grundstücke bieten, und je nach dem Bedarf und der Fähigkeit der Bevölkerung, diese Vorteile auszunutzen. — Noch genauer: der unverbesserte Wert irgend eines Grundstücks — ob städtisch oder ländlich, ob es Bergwerksschätze oder Steine darunter oder Wasser darüber hat — hängt ab 1. von dem Grade seiner Überlegenheit über das schlechteste, im Gebrauch befindliche Land, und 2. von der Zahl, Energie und Geschicklichkeit des Gemeinwesens.

Die Besteuerung der Landwerte würde gerecht sein.

Da die Landwerte ihre Entstehung dem Dasein und der Energie der Gemeinschaft verdanken, so würden wir durch ihre Einziehung für öffentliche

Zwecke das nehmen, was wesentlich ein öffentlicher Fonds ist. Durch die Landwertsteuer würde niemand des gerechten Lohnes für seine Arbeit oder Auslagen beraubt werden, aber jeder würde im genauen Verhältnis zu den natürlichen Vorteilen, die ihm von der Allgemeinheit anvertraut sind, d. h. im Verhältnis zum Werte des Landes, das er besitzt, zu den öffentlichen Ausgaben beisteuern müssen.

Die Besteuerung der Landwerte würde allgemeinen Wohlstand herbeiführen und die sozialen Übel beseitigen.

Die Landwertsteuer, durch die alle im Verhältnis zum Werte der Vorrechte, die sie unter dem Schutze des Staates genießen, beisteuern, würde gerecht und billig sein. Dieses System der Besteuerung würde auch den allgemeinen Wohlstand befördern und dahin führen, die Ursachen der schlimmsten sozialen Übel zu beseitigen. — Es ist ungerecht, daß der unverbesserte Wert des Bodens, der von der Gemeinschaft geschaffen ist und für öffentliche Zwecke gekauft wird, von einzelnen angeeignet werden kann. Aus dieser Ungerechtigkeit fließen zahlreiche Übel, die verschwinden würden, wenn die Steuern gemäß dem unverbesserten Wert des Landes erhoben würden. Die öffentlichen Bedürfnisse müssen jetzt durch Steuern auf die Produkte und die Erträgnisse der Arbeit bestritten werden. Durch solche Steuern werden die Industrieen gelähmt, die Erträge gemindert und alle Waren seltener und teurer. Zum Beispiel: Die gegenwärtigen Gemeindesteuern, soweit sie auf den Wert der Gebäude gelegt sind, beschränken die Zahl der Gebäude und erhöhen ihre Kosten. — Unter dem gegenwärtigen System der Besteuerung wird der Gebrauch des Bodens besteuert. Der Boden selbst jedoch, welcher nicht benutzt wird, wird nicht besteuert, mag er auch noch so wertvoll sein. Die Folge davon ist, daß Grundeigentümer es oft vorteilhafter finden, Land der Benutzung vorzuenthalten, zu der es sonst zum Vorteil der Gemeinschaft verwendet werden würde. Die Entwicklung neuer Landesteile, sowie die volle Ausnutzung der alten, die von ausschlaggebender Wichtigkeit für eine wachsende Bevölkerung ist, wird aufgehalten und gehindert. Im besonderen ist das herrschende Steuersystem, welches wertvolles Land von der Steuer befreit, wenn es unbenutzt liegt, und schwere Lasten auf neue Grundstücke legt, sobald sie in Angriff genommen werden, die Hauptursache des Mangels an Wohnhäusern mit allen üblen Folgen überfüllter Räume und hoher Mieten. — Ganz allgemein: solange die Steuern nicht nach dem Werte des Landes erhoben werden, sind die Grundeigentümer in der Lage, eine Art Bodenmonopol aufrecht zu erhalten, das die gesunde Entwicklung der Gemeinde hindert. Der Preis, der für die Benutzung von Land jeder Art gezahlt werden muß, ist künstlich in die Höhe getrieben. Eine einflußreiche bevorrechtigte Klasse wird gezüchtet, deren Hauptinteresse es ist, auf Kosten des Restes der Gemeinde sich Vorteile zu sichern. Die natürlichen Gelegenheiten für Arbeit und Produktion werden beschränkt, und der Lohn bleibt trotz aller Vermehrung der produktiven Kräfte auf der Höhe der bloßen Existenzmöglichkeit.

Die Besteuerung der Landwerte würde die nationalen Hilfsquellen für die Arbeit freier verfügbar machen.

Wenn wir Land nach seinem unverbesserten Werte besteuern würden, so würde der natürliche Markt für die Betätigung an Arbeit und Kapital freier verfügbar sein. Grundeigentümer würden nicht länger ermutigt sein, einen Teil des Bodens vom Gebrauch zurückzuhalten, um für den Rest einen um so höheren Preis zu erpressen. Die Erzeugung von Reichtum — von Gebäuden und allen anderen Waren — würde angeregt werden. Wenn städtisches und vorstädtisches Land gemäß seinem wahren unverbesserten Werte besteuert würde, gleichgültig ob es benutzt oder nicht benutzt wird, so würde der eiserne Gürtel des Landmonopols, der jetzt jede große Stadt, jedes Industriezentrum, jedes Dorf und jeden Weiler in Banden hält, gesprengt werden, und wir würden zahlreichere und billigere Wohnhäuser und Läden, Bureaus, Speicher und Werkstätten haben. — Wenn ländlicher Boden nach seinem wahren, unverbesserten Werte besteuert würde, so würde den Bebauern große Erleichterung gegeben werden. Landwirtschaftlicher Kleinbesitz würde viel zahlreicher werden, und das Land würde in einer Weise bebaut werden, die viel vorteilhafter für die Arbeiter wäre. — Wenn Erz und Stein bergendes Land nach seinem wahren unverbesserten Werte besteuert würde, ob es zufällig abgebaut würde oder nicht, so würden die Bergwerksindustrie und ihre Erzeugnisse verbilligt werden. — Einen weiteren Ansporn würde die Industrie durch die gleichzeitige Abschaffung der Staats- und Gemeindesteuern erhalten die jetzt auf die Arbeitserzeugnisse gelegt werden. — Wenn wir die Freiheit von Handel und Industrie genießen sollen, müssen wir nicht nur den Einfuhrzoll abschaffen, sondern wir müssen auch aufhören, Staats- und Gemeindesteuern auf Gebäude, landwirtschaftliche Verbesserungen, Bergwerke, Fabriken, Betriebsanlagen und allerhand Maschinen zu legen, wie wir dies jetzt tun. Durch die Übertragung der Steuerlast auf Landwerte würde die Produktion vermehrt und würden die Preise der Waren erniedrigt werden. — Die Lage der Arbeitenden aller Klassen würde verbessert werden. Der Lohn würde steigen und die Beschäftigung regelmäßiger sein und der Grundstein gelegt zu gerechten Beziehungen zwischen Mensch und Mensch.

Der dringende und fundamentale Charakter der Reform.

Solange die Steuern nicht im Verhältnis zum Landwerte erhoben werden, muß die große Masse des Volkes arm bleiben. Je mehr es ringt, um so fester werden seine Bande. Je weiter es auf dem Pfade menschlichen Fortschrittes vordringt, um so größer wird die ihm vom Monopol auferlegte Last. Je mehr es seine gütererzeugende Kraft erhöht, um so größer wird der von ihm verlangte Tribut für die erste Notwendigkeit des Lebens — für das Land. — Jede Erfindung, jede Zunahme an Bevölkerung, jede Verbesserung in der allgemeinen Lage der Gesellschaft treibt die Landwerte in die Höhe. Was sonst auch immer durch andere Reformen bewirkt werden möge, die Grundlage für Gerechtigkeit und Wohlstand kann in Wahrheit nur durch die Besteuerung der Landwerte gelegt werden. — Mit der Besteuerung der Landwerte fordern

wir eine einfache und doch grundlegende weitreichende Reform, und wir rufen die Hilfe aller derer an, welchen der Fortschritt der Menschheit am Herzen liegt, unsere Bestrebungen zu unterstützen und unserem Bunde beizutreten. —

Wenn diese Bodenreformligen in neuerer Zeit aus realpolitischen und taktischen Erwägungen besonders die Agitation für gesetzliche Einführung einer Bodenwertschätzung und der Bodenwertsteuer an Stelle der Bodenertragssteuer in den Vordergrund gestellt haben, so haben sie doch niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß sie in allen diesen Forderungen nur den ersten Schritt zur Erreichung des eigentlichen Endzieles erblicken: der Single-Tax im Sinne von George. Diese Taktik hängt aber vor allem mit gewissen politischen Vorgängen zusammen, besonders mit dem Einvernehmen, in dem sie teilweise mit der liberalen Partei stehen. Zahlreiche Mitglieder der Ligen sind gleichzeitig liberale Abgeordnete im Unterhause. Die liberale Partei hatte aber in den letzten Jahren selbst wichtige Änderungen in der Bodenbesteuerung in ihr Programm aufgenommen, zwar nicht in bodenreformerischem Sinne, aber in Anknüpfung an alte Ideen, die sich schon bei Cobden finden. Weil zur vollen Erfüllung des liberalen Wirtschaftsprogramms, vor allem auch der Freihandelspolitik, eine schärfere Heranziehung des Grundeigentums zu den öffentlichen Lasten gehöre, hat sie besonders in den letzten Jahren, als dringende Finanzreformen nötig waren, als unbedingt notwendigen Teil derselben auch eine Reform der Grundsteuer bezeichnet. Hier war also ein Punkt gegeben, wo ein gewisses Zusammengehen der Bodenreformer und der liberalen Partei möglich war. Tatsächlich liegt die Grundbesteuerung in England sehr im argen. Eine eigentliche Grundsteuer gibt es überhaupt nicht, sondern der Grund und Boden wird dort im Rahmen der Einkommensteuer allein besteuert. Die sog. Land Tax von 1692 war keine eigentliche Grundsteuer, sondern sollte eine allgemeine Einkommen- und Vermögenssteuer sein „for granting to their Majesties an aid of 4s in the pound for one year for carrying on a vigorous war against France". — Sie wurde erst allmählich eine rohe Grundsteuer; im Jahre 1798 wurde sie für ablösbar erklärt und sie ist heute bis auf kleine Reste ganz verschwunden. Heute wird der Grund und Boden nur noch im Rahmen der Einkommensteuer und zwar nach dem Ertrage, nicht

nach dem Kapitalwert des Bodens besteuert, ebenso bei den lokalen Grundsteuern. Da es eine Forderung weiter Kreise des Liberalismus ist, daß an Stelle der Boden*ertrags*steuer eine Boden*wert*steuer trete, d. h. eine Steuer auf den reinen Bodenwert und nicht auf die mit Hilfe des Bodens und der in den Boden gesteckten Kapitalien zu gewinnenden Erträge, und da zu diesem Zwecke eine neue Einschätzung des gesamten Bodenwertes in England nötig ist, so wurde auch von vielen Liberalen diese Bodenwertschätzung gefordert. Weil aber diese für die Bodenreformer ebenfalls die unbedingt notwendige Voraussetzung ihrer eigentlichen Hauptforderung, der Single-Tax, ist, so konnten Bodenreformer und Liberale in der Agitation für diese Bodenwertschätzung zusammengehen.

Für die Bodenreformer bedeutete diese Sympathie der Liberalen auch eine weitgehende materielle Unterstützung. Damit wollen natürlich die Liberalen in keiner Weise zu den Ideen der Bodenreformer ihre Zustimmung geben, im Gegenteil, sie hatten darüber nie Zweifel gelassen, daß sie mit den Ideen GEORGES nichts zu tun haben wollten. Was sie anstrebten, ist nur eine gerechtere und zweckmäßigere Grundbesteuerung, keineswegs aber Wegsteuerung der ganzen Grundrente.

In geschickter Weise haben die Bodenreformer für ihre Ideen auch insofern gewirkt, als sie gewisse politische Fragen, die in neuerer Zeit in England besonders wichtig waren, mit ihrer Bewegung verquickt haben. So vor allen Dingen das Problem des Freihandels. — Gegenüber der in England aufkommenden Schutzzollagitation erweisen sie sich besonders auch als Vorkämpfer des Freihandels; nicht nur insofern, als GEORGE ein Hauptbefürworter desselben war, sondern auch in dem sachlichen Zusammenhang, indem sie sagen: wer den Schutzzoll bekämpft und damit das Privileg gewisser industrieller Rentner, müsse auch das Privileg gewisser Bodenrentner bekämpfen. Ferner die Frage der Arbeitslosen. Auch dieses Problem beschäftigt in den letzten Jahren die Öffentlichkeit in England in großem Maße. Die Bodenreformer weisen in geschickter Weise darauf hin, daß auch diese Frage durch die Bodenreform zu lösen sei. In zahllosen Propagandabroschüren wird die Lehre GEORGES verkündet, daß die Beseitigung der Grundrente eine solch große Menge von Land, die heute im

Besitz müßiger Grundherren sei, freimache, daß alle Arbeitslosen Beschäftigung finden könnten.

Außer mit den Liberalen hatten die Bodenreformer auch mit anderen Parteiorganisationen Verbindungen angeknüpft und versucht, sie für ihre Ideen zu gewinnen, vor allen Dingen mit sozialistischen und Arbeiterparteien. Allerdings die marxistische Partei, die Social Democratic Federation, verhält sich der Bodenreformbewegung gegenüber vollkommen ablehnend. Ich habe oben schon auf die Diskussion zwischen dem Führer der englischen Marxisten, Hyndman und George hingewiesen, welche die Grundverschiedenheit ihrer Anschauungen klar erkennen lassen. — Die Fabier-Gesellschaft dagegen hat zwar nicht offiziell die Bodenreform in ihr Programm aufgenommen, wohl aber hat sie eine Anzahl Mitglieder, die eifrigst auf Gewinnung der Gesellschaft für die bodenreformerischen Ideen bedacht sind. Ihrem Programm gemäß ist die Fabier-Gesellschaft eine sozialistische Gesellschaft und ihr Endziel die Kollektivierung des Grund- und Kapitaleigentums. Da sie aber andererseits keine ausgesprochene politische Partei ist, sondern vielmehr eine Propagandagesellschaft für sozialistische Ideen, die ihre Mitglieder nicht auf bestimmte Dogmen festlegt, so hat eine gewisse Agitation auch für Bodenreform in ihren Kreisen Eingang gefunden. Namentlich hat Headlam [1]) versucht, sie für die Bodenreform zu gewinnen. Er wirft ihr direkt vor [2]), daß sie dadurch, daß sie sich nicht entschieden für die Bodenreform und speziell für die „Taxation of Land values" ausgesprochen habe, den Fortschritt des Sozialismus gehindert habe. Er meint ferner, daß erst die Sozialisierung des Landes stattgefunden haben müsse [3]), ehe man daran denken könne, auch die anderen Produktionsmittel zu expropriieren. Andererseits findet sich in der von der Fabier-Gesellschaft herausgegebenen Broschürensammlung eine, die die Landfrage behandelt [4]), worin die Georgesche Unterscheidung von Kapital und Land als irreführend bezeichnet wird, weil sie übersehe, daß Kapital unter alle Klassen der Bevölkerung verteilt sei.

Mehr Unterstützung als von der Fabier-Gesellschaft erhält die Bodenreformbewegung von der J(ndependent) L(abour) P(arty).

1) Fabianism and Land Values. London 1908. 2) A. a. O. S. 6. 3) A. a. O. S. 10. 4) Tract Nr. 7 „Capital and Land".

Wie überhaupt der Grundcharakter dieser sozialistischen Partei ein opportunistischer ist, weil sie durch alle möglichen, in der Gegenwart durchführbaren sozialreformerischen Maßnahmen wirken will, so ist in dem weiten Rahmen dieser sozialen Reformmaßregeln auch Platz für bodenreformerische Bestrebungen. — Diese Partei, die nach den Worten ihres Führers KEIR HARDIE[1]) das Wesen des Sozialismus in der Entwicklung des Geistes gegenseitiger Hilfe und der Kooperation erblickt und erklärt, das heutige industrielle System könne nicht mit einem Schlag beseitigt werden, sagt über die Bodenreform[2]): „Die **J. L. P.** schärft immer wieder den öffentlichen Autoritäten die Notwendigkeit ein, Land anzukaufen zur Schaffung kleinerer Güter und für andere öffentliche Zwecke. Weiterhin unterstützen wir die Besteuerung der Landwerte nicht als Endziel, sondern als ein Mittel, um Land für die Kultur zu öffnen, um die Kosten des Ankaufs von Land zu verringern und auch um Geld für dringende soziale Reformen zu gewinnen".

Auch die Kongresse der Trades Unions haben wiederholt Resolutionen zugunsten der Bodenreform angenommen, so z. B. neuerdings wieder 1908 auf dem Kongreß in Nottingham.[3]) Die Resolution lautete: „Nach der Meinung dieses Kongresses und im Interesse des ganzen Volkes ist die Zeit jetzt gekommen, daß der Grund und Boden das Eigentum der Nation werden muß und dadurch aufhört, von wenigen Menschen monopolisiert zu werden".

Auch die neuste englische Arbeiterorganisation, die Labour Party, hat auf dem Kongreß in Portsmouth 1909 die Resolution angenommen[4]): „Die Regierung ist entschieden verpflichtet, etwas in betreff der ‚Taxation of Land values' zu tun. . . . Es ist wichtig, daß sie energisch vorgehe, soll ein bemerkbarer Vorteil daraus entstehen. Hier ist zweifellos die Gelegenheit gegeben, nicht nur ein gesundes System der Besteuerung einzuführen, sondern auch das Problem der Schaffung eines nationalen Einkommens zu lösen, genügend, um die Reform durchzuführen".

---

1) The Independent Labour party: All About it. 2) J. L. P.: All About it, S. 10. 3) Forthy first Annual Report 1908, S. 197. 4) Report of the Ninth Annual Conference of the Labour party, S. 104.

Wie sehr die Ideen von GEORGE die Basis der Bestrebungen der englischen Bodenreformliga bilden, geht vor allen Dingen aus ihrem Agitationsmaterial hervor. Sowohl durch die Zeitschrift „Land Values" als durch Broschüren, die in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet werden, suchen sie in möglichst populärer Weise die GEORGEsche Bodenreformtheorie zu verbreiten.

Wie verhält sich die English League for the Taxation of Land Values zu dem neuen englischen Bodensteuergesetz? Stimmt sie mit den dort eingeführten Neuerungen überein und wie ist ihr Verhalten nach dieser wichtigen Steuerreform? Dies will ich noch kurz zu erklären suchen.

* * *

Das heiß umstrittene englische Finanzgesetz von 1910 hat auch eine Reform der Bodenbesteuerung gebracht. KÖPPE spricht direkt von einem durchaus bodenreformerischen System.[1] Die englischen Bodenreformer selbst scheinen in keiner Weise diese Auffassung zu teilen. Wir wollen zuerst kurz den wichtigsten Inhalt dieses Gesetzes mitteilen: Es bringt: 1. Eine neue Bodenwertschätzung und 2. eine neue Bodenwertbesteuerung.[2]

Zu 1. Sie soll so vor sich gehen (Art. 26), daß der ganze Boden des Vereinigten Königreiches abgeschätzt wird, und zwar nach dem sog. total-value und nach dem sog. site-value. Unter dem „Totalwert" soll verstanden sein der volle Verkaufswert nach Abzug des Betrages an öffentlichen Lasten, wie Wegerechte etc. — Unter „site-value" ist der reine Bodenwert zu verstehen, d. h. der Wert, losgelöst von allen Bestandteilen, wie z. B. Gebäuden, Maschinen und allem, was auf dem Boden wächst. Bei landwirtschaftlichem Boden soll noch dessen Wert für landwirtschaftliche Zwecke geschätzt werden, wenn dieser vom „reinen Bodenwert" abweicht. Der Wert soll nach dem Zeitpunkt des 30. April 1909 geschätzt werden. Der „versteuerbare reine Bodenwert" ergibt sich dann, wenn vom Totalwert nicht nur die genannten

1) Die englische Bodensteuerreform, i. Jahrb. d. Bodenreform, 1910, S. 1. 2) Finance Act 1910, Chapiter 8, An Act to grant certain Duties of Customs and Inland Revenue (including Excise), to alter other Duties, and to amend the Law relating to Customs and Inland Revenue (including Excise), and to make other financial provisions. 29 th April 1910.

Beträge, die ihn zum reinen Bodenwert machen, abgezogen werden, sondern auch noch jede Bodenwerterhöhung, die irgend welchen Arbeiten oder Kapitalauslagen oder Unkosten des Besitzers zuzuschreiben ist. Dazu kommt noch eine im Jahre 1914 zum erstenmal vorzunehmende Schätzung des sogenannten „undeveloped land“, d. h. desjenigen Landes, welches weder durch die Errichtung von Wohnhäusern oder irgend welchen Gebäuden zum Zweck eines Gewerbes oder Geschäfts außer der Landwirtschaft nutzbar gemacht ist. Die Schätzung soll den reinen Bodenwert dieses „unentwickelten Landes“ nachweisen und alle fünf Jahre stattfinden.

Zu 2. Die neuen Bodensteuern sind viererlei: a. Eine Wertzuwachssteuer wird erhoben im Betrag von 20 Proz. des Wertzuwachses des Bodens, wenn dieser verkauft wird oder in Form einer mehr als 14jährigen Lease oder Erbschaft an einen andern übergeht. Als Wertzuwachs gilt der Zuwachs des reinen Bodenwertes im Zeitpunkt des Verkaufs bzw. Überganges, verglichen mit dem bei der Einschätzung ermittelten Werte. Dazu tritt noch eine periodische Zuwachssteuer, die alle 15 Jahre von dem Boden zu entrichten ist, der sich im Besitz einer korporierten oder nichtkorporierten juristischen Person befindet. Von diesem Boden ist aber, abgesehen von einigen andern Ausnahmen, aller landwirtschaftlich benutzte ausgenommen, d. h. landwirtschaftlich benutzter Boden, der keinen höheren Wert hat, als solcher für landwirtschaftliche Zwecke; aber auch Boden, der für Sport und ähnliche Zwecke dient, ist nur dann steuerpflichtig, wenn die Nutzung für solche Zwecke einen höheren Wert hat als zu landwirtschaftlichen. — b. Die Heimfallsteuer. Beim Ablauf einer Bodenleihe (Lease) werden 10 Proz. vom Gewinn, den der Verleiher dadurch erhält, daß der Boden an ihn zurückfällt, erhoben. — c. Die Steuer vom unentwickelten Boden, das ist eine spezielle Steuer auf baureifes Land und beträgt ½ Penny für 20 Schilling des reinen Bodenwertes. Landwirtschaftlicher Boden, der an sich darunter fällt, wird praktisch kaum davon betroffen. Die Steuer wird nämlich nicht erhoben vom Boden, dessen reiner Wert 50 Pfd. Sterl. pro Acre nicht übersteigt, aber auch auf landwirtschaftlich genutztem Boden, dessen reiner Wert diese Grenzen übersteigt, wird die Steuer nur von dem Betrag erhoben, um den

der reine Wert dieses Bodens seinen Wert für landwirtschaftliche Zwecke übersteigt.[1]) — d. Steuer auf Bergwerksrechte, die für unsere Frage nicht in Betracht kommt.

Überblickt man den Inhalt des Gesetzes, so wird man zugeben müssen, daß es eine wichtige Reform der englischen Bodenbesteuerung darstellt, und zwar auch vom fiskalischen Standpunkt aus, jedoch in keiner Weise ein „bodenreformerisches Gesetz" darstellt. Wenn KÖPPE meint: „Wichtige Grundgedanken der Bodenreform haben in dieser englischen Gesetzesvorlage gesetzgeberische Verkörperung und damit festere Struktur erhalten"[2]), so meine ich im Gegenteil, jeder wirkliche Bodenreformer im engeren Sinne des Wortes, also etwa MILL oder GEORGE, würde dieses Gesetz niemals auch nur als eine teilweise Erfüllung des bodenreformerischen Programms betrachten können. Denn, was die eigentliche Bodensteuer anlangt, die doch immer das Endziel der Bodenreformer war, so ist die Steuer auf landwirtschaftlichen Boden, die den Ausgangs- und Mittelpunkt der bodenreformerischen Bestrebungen bildete, ganz fortgelassen. Gerade aber das Steigen der Getreidepreise und damit auch der landwirtschaftlichen Grundrente war die Wurzel des Übels, die durch die Single-Tax beseitigt werden soll. Auch der nicht landwirtschaftlich benutzte Boden, auf den sich das englische Bodensteuergesetz fast allein bezieht, wird in keiner Weise nach seinem reinen Bodenwert besteuert, und ebensowenig wird die sogenannte reine Grundrente weggesteuert. Die Wertzuwachssteuer knüpft an den zufälligen Verkauf der Grundstücke an, ist also eine Steuer auf Unternehmer- und Spekulationsgewinn, nicht aber eine Grundrentensteuer. Nur bei Boden, der im Besitz von juristischen Personen ist, findet eine periodische Besteuerung des Wertzuwachses statt. An die schwierige Aufgabe, den sog. unverdienten Wertzuwachs herauszurechnen, hat sich das englische Gesetz gar nicht gewagt.

Aus diesem Grunde verhalten sich die englischen Bodenreformparteien demselben gegenüber auch völlig ablehnend; was sie allein anerkennen, ist der Teil, der sich auf die Bodenschätzung erstreckt. Diese erscheint ihnen als ein sehr wichtiger Akt, weil er die Voraussetzung für die bodenreformerischen Bestrebungen

1) Artikel 17, S. 15. 2) A. a. O. S. 3.

darstellen kann, die durch eine ganz andere Gesetzgebung wie die vorliegende erst zu erfüllen wäre.

Mit dieser Behauptung steht es nicht im Widerspruch, daß die Bodenreformer bei ihrer Agitationstätigkeit mit Vorliebe auch Flugblätter mit Auszügen aus den Reden der liberalen Parteiführer und Staatsmänner verbreiten. Aus dem Zusammenhang genommen und ihrem Wortlaut nach klingen diese Aussprüche „bodenreformerisch". Tatsächlich sind sie dem altliberalen Ideenkreis entnommen. So sagte ASQUITH in einer Rede im Februar 1904[1]): „Es gibt keinen gerechteren und billigeren Anspruch vonseiten der Gemeinschaft als den, zu ihrem eigenen Nutzen, für öffentliche Zwecke einen gewissen Teil des Mehrwertes zu nehmen, der dem Lande automatisch ohne menschliche Anstrengung zufließt, der das Resultat des allgemeinen und wachsenden Wohlstandes der Gemeinschaft ist. Auf diesen Grundlagen glauben wir Liberalen wenigstens einige der schlimmsten und schwersten Gefahren zu bekämpfen, die unsern nationalen Wohlstand und unsere nationale Macht bedrohen". Und ein anderes Mal[2]): „In erster Linie sollte man der Behörde jeder Stadt viel größere Macht geben, als sie heute besitzt, Grundbesitz zu expropriieren unter Bedingungen, die es der Gemeinde möglich machen, das so erworbene Land vorteilhaft im eigenen Interesse auszunutzen, in zweiter Linie Taxation of Land Values und in dritter Linie die Anwendung des Betterment-Prinzips bei öffentlichen Verbesserungen". — CAMPBELL-BANNERMANN erklärte im Dezember 1905 in der Albert Hall[3]): „Wir wollen ein Heim und einen Beruf dem Arbeiter schaffen, der jetzt oft vom Boden abgeschnitten ist. Wir wollen das Land weniger zu einem „pleasure-ground" für die Reichen und mehr zu einem treasurehouse" für die Nation machen. Wir können die Macht der Gemeinde stärken, indem wir das Landsystem und das Steuersystem reformieren, wobei ich die Erhebung einer Steuer auf die Landwerte einschließe". Der Schatzkanzler LLOYD GEORGE endlich äußerte sich in Liverpool im Dezember 1908[4]): „Ich will die

1) Land Values and the Budget. Manifesto by the United Comittee for the Taxation of Land Values. London 1909, S 3. 2) The Case for Land Nationalisation by Joseph Hyder with Opinions of Leading Thinkers and A Parliamentary Debate, London 1910. 3) Land Values and the Budget, S. 5. 4) A. a. O. S. 3.

Steuer derart erhöhen, daß sie in gar keiner Weise die produktive Arbeit in diesem Lande hindert. Wir wollen das Land etwas mehr in die Verfügungsgewalt des Volkes bringen (within the grasp of the people). Die Hilfsquellen des Landes sind durch das alte feudale System erstarrt. Ich hoffe auf einen Frühling, in dem das Volk und die Kinder des Volkes die Erbschaft von dem antreten werden, was ihnen von Gott gegeben ist". Und im Juli 1909 sprach er in einer Rede über das neue Budget in Limehouse [1]) davon, daß öfters Marschland zu einem Wert von noch nicht 2—3 Pfd. Sterl. pro Acre allmählich, wenn es zu Bauland umgewandelt wird, einen Wert von 6—800 Pfd. Sterl. pro Acre erlangen kann, und er frug: „Wer hat diesen Mehrwert geschaffen, wer hat diesen goldenen Schwamm hervorgebracht, war es der Grundherr, war es seine Energie, war es sein Verstand oder seine Spekulation? Es war allein die vereinigte Anstrengung des ganzen Volkes, die in dem Handel und Verkehr jenes Teils von London sich betätigt, des Kaufmanns, des Händlers, des Reeders, des Dockarbeiters, des Tagelöhners, von jedermann mit Ausnahme des Grundherrn . . . Wer ist denn der Grundherr? Der Grundherr ist ein Herr, der seinen Reichtum nicht verdient. Er nimmt sich nicht einmal die Mühe, ihn in Empfang zu nehmen; er hat ein Heer von Agenten und Mittelspersonen, die das für ihn besorgen. Seine einzige Funktion, sein Hauptstolz ist, den Reichtum zu verzehren, den andere produziert haben."

Sind aber alle diese Äußerungen, und man könnte sie aus den Reden dieser und vieler anderer Staatsmänner verhundertfachen, irgendwie bodenreformerisch? Sicherlich nicht in dem Sinne, wie wir hier in dieser Abhandlung immer von Bodenreform gesprochen haben, also im Sinne der MILL-GEORGEschen Theorie, welche die Grundrente als solche für einen Einkommensfaktor ansieht, der beseitigt werden müsse, weil er die ganze Verteilung des nationalen Einkommens auf das schädlichste beeinflusse. Die genannten Staatsmänner ebenso wie die liberale Partei würden es ablehnen, in dieser Weise mit den Bodenreformern zusammen geworfen zu werden. Sie knüpfen vielmehr an die alten liberalen Traditionen von COBDEN und anderer Vertreter des Freihandels

1) Land Tax Cartoons, Mr. LLOYD GEORGE great speech at Limehouse.

an, die den Standpunkt vertreten haben, daß die Freihandelspolitik nur ein Teil einer allgemeinen Reformpolitik sei, die überhaupt mit allen Privilegien aufräumen müsse, die auf den erwerbenden Klassen lasteten. Als ein solches Privileg betrachten sie auch das Privileg der Grundherren. Wohlverstanden, nicht etwa wollten sie die Grundrente selbst antasten, sondern sie wollten die Grundrente nur insoweit durch eine scharfe Steuer vermindern, als sie bezogen wird von den gerade in England so häufigen Grundherren, die gar nichts persönlich mit ihrem Grundbesitz verbindet, sondern die als müßige Rentenbezieher fungieren. Es ist also vielmehr ein Antirentner- als ein Antirenten-Standpunkt. Die Grundrente selbst, soweit sie vom Bauer oder vom Pächter bezogen wird, soll bestehen bleiben, und die subtile Unterscheidung von unverdientem und verdientem Einkommen bei den Reinerträgen des gesamten Grundbesitzes vorzunehmen, lag ihnen fern. Sie traten ferner für eine gerechtere Grundbesteuerung ein in der Richtung, daß an Stelle der Grundsteuer nach dem Ertrag eine solche nach dem wirklichen Bodenwert tritt. So ist es gemeint, wenn COBDEN einmal 1864 in Rochdale sagte[1]): „Wenn ich 25 oder 30 Jahre wäre, statt doppelt so alt, so würde ich mit ADAM SMITH in der Hand eine Liga für Free Trade in Land gründen, gerade so, wie wir eine Liga für Free Trade in Corn hatten. . . . . ADAM SMITH ist ebenso Autorität für das eine wie für das andere. Wenn wir Free Trade auf das Land und auf die Arbeit gleichzeitig anwenden können, indem wir diese schädlichen Beschränkungen im Landbesitz beseitigen, dann werden wir für England wahrscheinlich noch mehr getan haben, als durch Einführung des freien Getreidehandels". — Und schon 1841 hatte er in Derby gesagt: „Ich hoffe, daß sich Gesellschaften bilden, welche die Regierung auffordern, das Land neu zu schätzen und eine ähnliche Steuer auf das Land zu legen, wie sie anderwärts besteht und im Verhältnis zu den Bedürfnissen des Staates. Ich hoffe, ich werde Petitionen sehen, die zu dieser Neuschätzung des Landes auffordern, und daß diese Agitation parallel gehen wird mit der für völlige Aufhebung der Getreidezölle, und ich werde selbst mein Scherflein für diesen Zweck beitragen. Es muß eine völlige Abschaffung aller Steuern auf die Nahrungsmittel eintreten,

1) Free Trade and Land Values. London 1910, S. 13.

und wir könnten wenigstens 20 Millionen Pfund durch eine Steuer auf das Land erhalten". — Also in diesem gegen die Grundprivilegien, gegen die feudalen Vorrechte der Primogenitur etc., gegen gewisse Steuervorrechte gerichteten Gedankengange bewegen sich die Ausführungen der liberalen Parteiführer, die aber in keiner Weise die GEORGEschen Theorien unterstützen. Es ist daher auch erklärlich, daß die Bodenreformer ihrerseits, trotzdem sie bei ihrer Agitation die Reden der liberalen Parteiführer stark verwertet haben, doch, nachdem das Gesetzeswerk vollendet ist, energisch erklären, daß diese Art von Gesetzgebung in keiner Weise ihren Prinzipien entspricht. Sie begrüßen nur die neue Grundschätzung, die neue Grundsteuer halten sie für keineswegs gelungen. Das neue Finanzgesetz begrüßen sie lediglich von dem Standpunkt, daß es vielleicht der erste Schritt sein könnte, um zu ihren Zielen zu gelangen.

So erklärt der Führer der **L. N. S.**, HYDER, im Februar 1910 in seinem Vereinsorgan „Land and Labour": „Ich habe lange gepredigt, daß das Volk niemals frei sein wird, wenn nicht das private Grundeigentum beseitigt wird, das im Widerspruch steht zur göttlichen und menschlichen Gerechtigkeit. Die Bodenverstaatlichung ist das einzig mögliche Mittel, um zu verhindern, daß das Lebensblut dem Volke abgenommen werde in Form einer Rente, die bezahlt werden muß für die Benutzung der dringendsten Daseinsnotwendigkeit. Dieses Budget gibt uns zum erstenmal in der Geschichte eine Hoffnung und muß daher angenommen werden". Und ein andermal führt er aus: „Wenn alles Land geschätzt ist, wie es die Regierung beabsichtigt, dann werden wir erstmals die geeignete Finanzbasis für die Bodenverstaatlichung haben". [1]) Ebenso übten aber auch die Führer der anderen Bodenreformpartei, der English League for the Taxation of Land Values, scharfe Kritik an dem neuen Gesetz, so z. B. in dem Memorandum zum Finanzgesetz von 1909. [2]) Dort heißt es: „Die völlige Schätzung des Bodens ist die notwendige Grundlage für die Taxation of Land Values, aber die „duties of Land Values", welche von diesem Gesetz auferlegt werden, sind nicht dasselbe wie die Taxation of Land Values. Darunter verstehen wir und haben wir

1) Daily News Year Book 1910, S. 215. 2) Second Annual Report 1909.

immer nur verstanden eine allgemeine und gleiche Steuer auf alle Landwerte, losgelöst von den Verbesserungen, und außerdem die lokale Besteuerung ebenfalls auf dieser Basis". Es werden sodann die Mängel des Gesetzes im einzelnen nachgewiesen und geschlossen: so erhobene Steuern könnten nicht die wirtschaftlichen Wirkungen haben, die man von der Taxation of Land Values erwartete. Besonders aber wird die Freilassung des landwirtschaftlichen Bodens getadelt. Denn sie „beraubt nicht nur die landwirtschaftlichen Arbeiter der dringend notwendigen Gelegenheit zur Vermehrung von Land für kleine Wirtschaften und der Ermutigung, die sie zur Vornahme von Verbesserungen hätten infolge der Erleichterung, die diesen Verbesserungen in der Steuer gegeben würde, sondern sie beraubt auch die städtischen Distrikte der Wohltaten, die sie direkt und indirekt haben könnten, wenn der Boden außerhalb ihrer Grenzen besteuert würde". Schon 1906 hatte dieser Führer der Bodenreformbewegung über die Bestrebungen seiner Liga gesagt[1]: „Es ist von allergrößter Wichtigkeit, daß die ländlichen Vertretungen sich rühren, damit das ganze Land Vorteil zieht von einer Reform, die ebenso dringend für die ländlichen wie für die städtischen Distrikte ist. Die Städte selbst können nicht den vollen Nutzen der Besteuerung der Landwerte haben, wenn sie auf ihre Grenzen beschränkt wird". — Auch die neuere Agrarreformgesetzgebung der letzten Jahrzehnte in England, welche auf die Vermehrung der kleinen Grundstücke vermittelst Staatshilfe abzielt, und die ihren neusten und wichtigsten gesetzgeberischen Ausdruck gefunden hat in der Small Holdings and Allotments Act von 1907, findet um deswillen nicht den Beifall der Bodenreformer, weil sie sagen: Was hilft es, wenn dieses Gesetz auch das Recht des zwangsweisen Kaufes und der zwangsweisen Abpachtung von Grundstücken gibt, wenn nach wie vor der Grundeigentümer das Recht auf seine Rente behält. „Im Gegenteil", meinen sie, „es würde dadurch nur der Wert des Landes erhöht, und zwar zum Vorteil der Grundherren".[2])

Was nach wie vor die englischen Bodenreformer anstreben, ist die Erfüllung des GEORGEschen Programms. So sagt WEDGWOOD[3]):

---

1) Land Values, March 1906, S. 188. 2) Land Values and the Budget, S. 8. 3) Real Land Reform. London 1904, S. 4.

„Was wir unter Landreform verstehen, ist nicht Räuberei, es folgt genau und vollkommen den Doktrinen von HENRY GEORGE. Wir wollen, daß die Steuern bezahlt werden nach dem Marktwert des Landes und nicht nach dem Wert des Landes und Hauses oder des Landes und der Werkstätte oder des Landes und der Verbesserung ... Nur wenn wir alle lokalen Steuern allein und ausschließlich auf den Landwert legen, dann werden wir, was die lokalen Steuern anlangt, die Doktrin von HENRY GEORGE befolgen". — Und LESTER[1]) erklärt direkt die Single-Tax als die logische Folge der Taxation of Land Values: „Wenn man zunächst einen Teil, sagen wir etwa 2 Schilling pro Pfund als Steuer nimmt, dann ist ein Beginn mit der Taxation of Land Values gemacht. Wenn man weiter geht und den Grundwert soweit besteuert, um die ganzen öffentlichen Ausgaben daraus zu bestreiten, und gleichzeitig alle andern Steuern abschafft, dann haben wir die Single-Tax".

Nach all dem ist es erklärlich, daß die Bodenreformpartei, u. zw. besonders die mächtigste und einflußreichste, die League for the Taxation of Land Values erklärt, daß jetzt nach diesem neuen Bodensteuergesetz erst recht der Kampf für ihre Ziele beginnen könne; was bis jetzt vorliege, sei ein Torso, und ihre Bestrebungen hätten in dieser Gesetzgebung noch keinen Ausdruck gefunden. In dem neuesten Jahresbericht[2]) findet sich am Schluß eine Parteierklärung, überschrieben „Unser Programm", worin aufgefordert wird, einen Fonds von 300 000 Mark zu sammeln, um den Kampf für die bodenreformerischen Ziele aufzunehmen: „Wir haben", heißt es dort, „in dem Budget die nötigen Vorkehrungen für eine vollständige Bewertung des Bodens, aber wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, daß die Bodensteuern klein sind und nicht die Grundsätze erfüllen, für die wir tätig sind ... Es ist jetzt noch hundertmal mehr Boden zu gewinnen und es sind hundertmal mehr Siege zu erringen, bevor unser Ziel erreicht werden kann".

* * *

1) The Taxation of Land Values. 2) Third Annual Report 1910, S. 9—10.

In der deutschen Bodenreformbewegung sind zwei Perioden zu unterscheiden: Die Zeit bis 1898 und die Zeit von 1898 bis zur Gegenwart.

In dem ersten Abschnitt bis 1898, wann DAMASCHKE Vorsitzender des Bundes der deutschen Bodenreformer wurde, hatte die deutsche Bewegung durchaus agrarsozialistischen Charakter. Die Mehrzahl der Männer, die für Bodenreform eintraten, verfolgten mehr oder minder radikale Bodenverstaatlichungspläne. Auch als die GEORGE schen Ideen nach Deutschland herüberkamen, wurden sie hier in einer Weise vertreten, die von der Grundauffassung des Urhebers abwich bzw. weit über ihn hinausging. Damals trug auch die deutsche Bewegung stellenweise direkt utopischen Charakter. Durch alle möglichen Gemeinschaftsgründungen auf agrarkommunistischer Basis wollte man praktisch die Bodenverstaatlichung durchführen. Neben dem utopischen Charakter ist noch das sektenartige Wesen der damaligen Bewegung hervorzuheben. Meist waren es kleine Gruppen, einzelne Führer mit wenigen begeisterten Anhängern, welche die ganze Propaganda betrieben.

Zuerst hat in Deutschland HERMANN HEINRICH GOSSEN die Ideen der Bodenbesitzreform vertreten in seiner 1852 erschienenen Schrift: „Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln". Er empfiehlt die Methode des Ankaufs alles Bodens durch den Staat als die „einzig richtige Methode, welche dem Menschen mit ursprünglicher Sicherheit die Bahn bezeichnet, welche er zu wandeln hat, um seinen Lebenszweck in vollkommenster Weise zu erreichen."

Die erste Bodenreform o r g a n i s a t i o n in Deutschland wurde begründet durch FRIEDRICH HELD, geboren 1813[1]). Er richtete im Jahre 1860 eine Eingabe an den preußischen Landtag, worin er die Einführung einer einzigen Steuer und zwar einer Grundrentensteuer fordert. Als heilsame Folgen seines Systems bezeichnet er: „die Befreiung des Volkes von allen heutigen Steuern und Abgaben: die Beschränkung des jetzigen so verwickelten Ver-

1) Vgl. DAMASCHKE, Zur Geschichte der deutschen Bodenreformbewegung. Erinnerungen und Erfahrungen. Berlin 1906, S. 2.

fahrens der Steuererhebung, die Amortisation aller Staatsschulden, die Erlösung der arbeitenden Klassen von der Tyrannei des Kapitals; die Abschaffung des Wuchers der nichts leistenden Rentiers; die Vermehrung des baren (disponiblen) Geldes; und vor allem den bedeutenden Fortschritt des Ackerbaues und ebenso der Industrie und des Handels". Er sammelte seine Anhänger in einem von ihm gegründeten Verein, der zuletzt den Namen „Radikaler Reformverein" führte. Bald nach seinem Tode (1872) löste sich der Verein auf.

Ein Mitglied desselben, der praktische Arzt Dr. THEODOR STAMM, führte die Agitation weiter. Er befürwortete in seinem 1870 erschienenen Buche „Die Erlösung der darbenden Menschheit", die Verstaatlichung des Bodeneigentums oder der Grundzinsen. Der einzelne sei nur berechtigt, die Erträge seiner auf den Erdboden verwandten Arbeit für sich als unbeschränkte Nutznießung zu beanspruchen, habe aber nicht das Recht auf das unbeschränkte Eigentum am Erdboden, weil diesen mit den ihm anhaftenden Kräften nicht die Menschenarbeit, sondern die Natur erzeugt habe, und ebensowenig habe er ein Recht auf diejenigen Wertsteigerungen des Privateigentums, die nicht durch die Arbeit des Eigentümers, sondern durch die Gesamtarbeit der Bevölkerung sich ergäben. Er gründete eine neue Bodenreformorganisation (1874) in dem „Verein für Humanismus". Nachdem STAMM auf Grund des Sozialistengesetzes [1]) aus Berlin ausgewiesen war, ging der Verein auseinander. — Eine neue Organisation wurde 1886 in der sogenannten Landliga geschaffen, deren Ehrenpräsident STAMM wurde. Nach kurzer Zeit ging auch diese Organisation ein, worauf im Juli 1888 STAMM den „Allwohlsbund" als Bund für wirtschaftlich sittliches Gesamtwohl auf Grundlage der Grundzinsgemeinschaft ins Leben rief. Für das Programm des Allwohlbundes ist der folgende Satz kennzeichnend: „Die Eigentumsobrigkeit über den Erdboden muß an die Gemeinschaft (Gemeinde, Kreis, Provinz Staat) zurückfallen, sodaß der mit der wachsenden Zivilisation sich stets mehrende, nicht auf die Arbeit des einzelnen Inhabers zurückzuführende Grundzins nach und nach wieder in den gemeinsamen Nießbrauch übergehe. [2]) Bald nach dem Tode STAMMS

1) Vgl. DAMASCHKE, ebenda S. 4. 2) Vgl. DAMASCHKE, Geschichte der Nationalökonomie, 4. Aufl. Jena 1910, S. 504.

(1892) ging der Allwohlbund, der niemals einen nennenswerten Einfluß ausgeübt hatte, ein.

Um diese Zeit trat aber in den Vordergrund der bodenreformerischen Agitation eine Persönlichkeit, die in viel energischerer Weise als die Vorgänger für die Bodenreform Propaganda zu machen verstand. Es war MICHAEL FLÜRSCHEIM. Dieser frühere Besitzer der Gaggenauer Eisenwerke las, nachdem er sich ins Privatleben zurückgezogen hatte, das Buch von GEORGE „Fortschritt und Armut“ und wurde dadurch für die Bodenreform gewonnen. Er selbst verfaßte mehrere bodenreformerische Schriften, darunter besonders „Der einzige Rettungsweg“. Er unterscheidet sich von GEORGE insofern, als er nicht nur die Rente, sondern auch den Zins beseitigen will. Er meint, daß dieser nur eine Folge des privaten Grundeigentums sei, und daß durch eine richtig vorgenommene Bodenverstaatlichung Rente und Zins zugleich verschwinden könnten. Der Weg zu diesem Ziele soll in verschiedenen Ländern ein verschiedener sein. Für England und Amerika hielt es FLÜRSCHEIM für das einfachste, die Grundrente teils wegzusteuern, teils abzukaufen. Anders in Deutschland. Hier solle die Grundrente nicht „weggesteuert“, sondern „weggepachtet“ werden. Zunächst soll der Staat eine Abschätzung des gesamten Bodens zum heutigen Werte vornehmen und ihm das ewige Verkaufsrecht zukommen, bis allmählich aller Boden im Besitz des Staates sei. Der Staat soll dann den Boden so verpachten, daß dem einzelnen Pächter nur die Vergütung für seine Arbeit bleibt (Arbeitslohn) und die Verfügung über die vom Boden trennbaren Objekte. Die eigentliche Grundrente aber soll an den Staat fallen. Für diese bodenreformerischen Ideen machte FLÜRSCHEIM auch in seiner Monatsschrift „Deutschland“, die er seit 1887 herausgab, Propaganda. Er gründete im Jahre 1888 in Frankfurt a. M. den deutschen Bund für Bodenbesitzreform, dessen Sitz 1890 nach Berlin verlegt wurde, wo kurz vorher der Fabrikant HEINRICH FREESE den Verein für Bodenbesitzreform ins Leben gerufen hatte. Auf der Berliner Versammlung wurden neue Satzungen entworfen und in den Vorstand als Vorsitzender FREESE, als Schriftführer FLÜRSCHEIM gewählt. Damit waren zwei Männer zur Leitung eines Vereins berufen, die ihrem ganzen Naturell nach auf die Dauer nicht zusammenwirken konnten. FREESE, ein auf konkrete Detail-

arbeit gerichteter Mann, FLÜRSCHEIM immer auf radikale, umwälzende Ziele bedacht. Neben diesem Bund wurde in Berlin noch ein HENRY GEORGE-Klub gegründet, dessen Tätigkeit aber nur von ganz kurzer Dauer war.

Die folgende Zeit war besonders ausgefüllt mit kolonisatorisch-utopischen Plänen aller Art. Für deren Aufkommen war besonders THEODOR HERTZKA verantwortlich, der in seiner 1889 erschienenen Utopie „Freiland ein soziales Zukunftsbild" das phantastische Bild eines idealen Gemeinwesens gezeichnet hatte, in dem aller Boden frei und jedem zugänglich sein soll. Um diese Ideen praktisch durchzuführen, wurden unter HERTZKAS Führung zahlreiche Freilandvereine gegründet, und im Jahre 1894 ging eine von ihm geleitete Expedition in See, um in Afrika die Kolonie Freiland zu gründen. Dieselbe scheiterte aber bereits an der Küste. Ebenso wie HERTZKA wollte auch FLÜRSCHEIM einen praktischen Versuch mit seiner Bodenreform machen und propagierte eine in dem mexikanischen Staate Sinaloa am Golf von Kalifornien bei Topolobampo zu begründende Bodenreformkolonie. „Jetzt, Freunde", sagte er, „gilt es mit der Tat zu zeigen, daß es uns mit der Befreiung der arbeitenden Menschheit aus den Fesseln des Monopols und mit der Errichtung eines wirklichen Freilandes ernst ist; wer hilft mit [1])?" Mit 144 erwachsenen Mitgliedern wurde im Juni 1893 die Kolonie auf der Basis der Bodengemeinschaft begründet. Nach ganz kurzer Zeit war auch dieser Versuch zusammengebrochen. Zuletzt mußten 1895 mexikanische Truppen die Reste der Ansiedler auseinandertreiben. Außer diesem exotischen Versuch wurde auch in Deutschland selbst ein Kolonisationsversuch unternommen. Auf dem Bundestag 1891 war folgender Antrag angenommen worden: Es ist wünschenswert, daß die von dem deutschen Bund für Bodenbesitzreform vertretenen Prinzipien nicht bloß theoretisch erörtert, sondern daß auch praktische Versuche unternommen werden, Gemeinwesen, die nach unseren Prinzipien gestaltet worden sind, ins Leben zu rufen und zu fördern. Demgemäß wurde 1893 die Heimatkolonie Friedrich-Wilhelmsdorf bei Bremerhaven begründet und zwar auf der Grundlage des gemeinsamen Bodeneigentums. Wie DAMASCHKE berichtet, mußte

1) Vgl DAMASCHKE, Zur Geschichte usw., S. 44.

auch dieser Versuch aufgegeben werden: „Die Ansiedler, die aus tiefster Not durch diese Kolonie erhoben wurden, haben zuletzt verlangt, daß man ihnen „freies“ Eigentum einräume; sie wollten es auch verkaufen können wie die Nachbarn. Es ist endlich nichts anderes übrig geblieben, als ihrem Drängen nachzugeben.“

* * *

Genau das entgegengesetzte Bild zeigt uns die Bodenreformbewegung, seitdem DAMASCHKE zum Vorsitzenden des Bundes deutscher Bodenreformer, wie er sich jetzt nannte, gewählt wurde. Die früheren agrarsozialistischen und utopistischen Ziele wurden jetzt aufgegeben; man kann sogar sagen, mit ihnen wurden auch alle bodenreformerischen Prinzipien aufgegehen. Der Verein hat sich seither im wesentlichen darauf beschränkt, auf die Schäden die mit dem Bodenprivileg zusammenhängen, aufmerksam zu machen und vor allem durch verschiedene Maßregeln kommunaler Steuer- und Wirtschaftspolitik die städtische Wohnungsnot zu bekämpfen. Auf Grund dieser seiner Tätigkeit könnte man ihn richtiger als Verein für Steuer- und Wohnungsreform bezeichnen. Sein neues 1898 formuliertes Programm ist so weit und unbestimmt wie möglich. Es heißt darin: „Der Bund tritt dafür ein, daß der Grund und Boden, diese Grundlage aller nationalen Existenz, unter ein Recht gestellt werde, das seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte befördert, das jeden Mißbrauch mit ihm ausschließt, und das die Wertsteigerung, die er ohne die Arbeit des einzelnen erhält, möglichst dem Volksganzen nutzbar macht.“ Das ist ein Programm, das natürlich auch jedem, der z. B. für gemeinnützige Baugenossenschaften, für Erbbaurecht u. a. eintritt, den Zutritt zu dem Verein erlaubt. War vorher die Bodenreform beschränkt auf ganz kleine Gruppen, so ist jetzt der Bund der Bodenreformer eine der größten Vereinsorganisationen Deutschlands geworden und zählt 700000 Mitglieder. Aber gerade dieses enorme Wachstum hat der Verein zum Teil dem Umstand zu verdanken, daß er die früher von mir als sogenannte eigentliche Bodenreform bezeichneten Prinzipien völlig aufgegeben hat und sich fast allein auf konkrete Detailarbeit beschränkt. Niemand wird leugnen, daß der Bund deutscher Bodenreformer durch seine agitatorische Tätigkeit — einerseits für Bekämpfung der Wohnungsnot, durch Vermehrung des Gemeinde-

grundeigentums, Schaffung von Baugenossenschaften, Einführung des Erbbaurechts, andererseits zugunsten einer Reform der kommunalen Steuerpolitik, besonders der Einführung der Grundsteuer nach gemeinem Wert, der Umsatzsteuer und der kommunalen Wertzuwachssteuer — sich sehr große Verdienste erworben hat. Aber ebenso muß man zugeben, daß gegenwärtig von eigentlicher bodenreformerischer Wirksamkeit nichts mehr zu spüren ist. Zwar ist DAMASCHKE selbst nach wie vor in der Theorie Bodenreformer, etwa in der Hauptsache nach den Lehren von GEORGE. Dies geht aus seinem weit verbreiteten Buch „Die Bodenreform“ hervor, wo er die Unterscheidung von Grund und Boden und Kapital im Sinne von GEORGE vornimmt und dann erklärt: „Das ist die Bodenreformlehre. Diese Grundrente soll soziales Eigentum werden; diese Grundrente soll durch irgendwelche Reformarbeit für die Gesamtheit, die die Grundrente allein erzeugt, auch zurückerrungen werden. Jedem das Seine! Dem einzelnen, was er erarbeitet, unbedingt, möglichst frei von jeder Belastung auch für die Zwecke der Gesamtheit. Aber auf der anderen Seite soll auch der Gemeinschaft gehören, was sie allein hervorbringt. Was alle zusammen erarbeiten, daß soll kein einzelner ohne Gegenleistung für sich mit Beschlag belegen dürfen. Das ist der Friede zwischen Sozialismus und Individualismus: die Grundrente s o z i a l e s Eigentum, Kapital und Arbeit aber der freien i n d i v i d u e l l e n Betätigung anheim gegeben. Das soziale Eigentum, das in der Grundrente natürlich gegeben ist, es wäre groß genug um Arbeit und Kapital von den oft drückenden und lästigen Abgaben zu befreien, die es heute beschweren“ (S. 52).

Aber ist die praktische Vereinstätigkeit unter DAMASCHKES Leitung wirklich diesem Ziele nachgegangen? DAMASCHKE selbst hatte den Vorsitz nur unter der Bedingung übernommen, daß aus dem Programm alles herausfalle, was wie Forderung einer Bodenverstaatlichung mit daraus folgendem alleinherrschenden Pachtbetrieb aussehen könne, und zwar deshalb, weil er die große Errungenschaft der liberalen Wirtschaftsperiode, die Freiheit der Persönlichkeit, nicht antasten wollte. Dies konnte er auch, ohne den Prinzipien von GEORGE untreu zu werden, der ja denselben Standpunkt vertrat. Allein GEORGE wollte unter Beibehaltung des Privateigentums die G r u n d r e n t e als Einkommenszweig ganz

ausmerzen, und nur diese Lehre ist als bodenreformerisch zu bezeichnen, wenn man eben nicht jeden, der irgendwie Einkommen oder Gewinn der Grundbesitzer schmälern will als Bodenreformer charakterisieren will. Die Grundrente bleibt aber bei allen Reformvorschlägen, die der Bund deutscher Bodenreformer vertritt, unangetastet. Zunächst ist für die deutsche Bewegung charakteristisch, daß sie überhaupt den ganzen landwirtschaftlichen Boden so gut wie völlig außer acht läßt. In seinem Werke über Bodenreform fordert zwar DAMASCHKE persönlich eine landwirtschaftliche Entschuldungsaktion und eine Hypothekenreform, mit der zugleich eine allmähliche Konfiskation der ländlichen Grundrente verbunden sein soll. Aber in der praktischen Agitation hat der Verein diesen Gedanken nie weiter verfolgt, sondern sich so gut wie ausschließlich auf städtische Bodenverhältnisse beschränkt. Aber auch hier hat er stets die Kommunalisierung des städtischen Grund- und Hausbesitzes abgelehnt. DAMASCHKE selbst äußert sich hierüber in seiner Schrift „Aufgaben der Gemeindepolitik“: Es liegt auf der Hand, daß die Zuwachsrente am vollständigsten und sichersten für die Gesamtheit gewonnen wird, wenn sich der Grund und Boden selbst im Eigentum der Gemeinde befindet. Eine Überführung des gesamten städtischen Bodens in unmittelbares Gemeindeeigentum zu erstreben, liegt aber für die nächste Gegenwart außerhalb des Rahmens einer praktischen Sozialpolitik. Ja, es steht dahin ob ein solches Ziel, zumal in einer Form, die auch die Verwaltung des gesamten Bodens durch die Stadt in sich schlösse, an sich heute als erstrebenswert gelten kann. Wie die Dinge nun einmal liegen, würde die Macht der Gemeindebureaukratie dadurch eine außerordentliche Stärkung erfahren, die wirkliche oder auch eingebildete Abhängigkeit weiter Kreise von der jeweilig herrschenden Richtung im Rathaus würde wachsen, ganz gewiß Erscheinungen, die nach vielen Seiten hin ernste Bedenken erwecken müssen“.

Wenn auch einzelne Mitglieder hierin weitergehen und eine Kommunalisierung anstreben, so hat der Bund als solcher immer nur kleine Mittel, wie Wertzuwachssteuer usw. vorgeschlagen, und namentlich hat die letztere, und zwar bis vor kurzem in Form der kommunalen Wertzuwachssteuer, im Vordergrund und Mittelpunkt der Bestrebungen des Vereins gestanden.

Betrachten wir aber das Wesen dieser Wertzuwachssteuer etwas näher, so finden wir, daß sie mit dem eigentlichen bodenreformerischen Ziele nichts zu tun hat. Nicht nur will sie zugegebenermaßen die ganze bereits bestehende Grundrente beibehalten und auch keineswegs das Wachstum der Grundrente organisch und dauernd hemmen, sondern sie vermag ihrer ganzen Natur nach nur einzelne Gewinne zu treffen, die im Grundstücksverkehr vom Grundbesitzer realisiert werden können. Da sie in allen den Fällen, in denen sie bisher praktisch wurde, und die vom Organ der Bodenreformer, der „Deutschen Volksstimme", immer von neuem als besonderer Erfolg ihrer Agitationstätigkeit gepriesen werden, keine periodische ist und nicht etwa dauernd die Grundrente besteuert, sondern nur anknüpft an die rein zufälligen Verkaufsakte, verliert sie jede Bedeutung als Mittel zu ernstlichem Angriff auf die Grundrente. Es sind reine Konjunkturengewinne, die besteuert werden und Damaschke selbst spricht einmal von der Zuwachs- oder Konjunktursteuer. Die einzelnen Gewinne, die beim Verkauf eines Hauses oder Grundstückes realisiert werden, zeigen keinesfalls genau den sogenannten unverdienten Gewinn an, den die Bodenreformer treffen wollen. Bei günstigen Konjunkturen des Grundstücksmarktes kann der Gewinn des Verkäufers weit über die kapitalisierte Grundrente hinausgehen, und umgekehrt bei ungünstigen Konjunkturen weit dahinter zurückbleiben. Jedenfalls bleibt der jeweilige Haus- oder Grundstückseigentümer, solange er Besitzer ist, in ungestörtem Bezug seiner Grundrente. Somit ist das, was gerade der Ausgangspunkt der Bodenreformer war, nämlich die Lehre, daß infolge der Getreidepreise der Wert des landwirtschaftlichen Bodens immer steigen würde, und daß diese unverdiente Steigerung dem Staat anheimfallen müsse, völlig preisgegeben.

Auch die neue Reichswertzuwachssteuer ist in der Art, wie sie von der Regierung geplant ist, hauptsächlich auf den städtischen Boden zugeschnitten. Allerdings sagen die Bodenreformer, daß sie mit der Reichswertzuwachssteuer, namentlich in ihrer neusten Ausgestaltung durch die Kommissionsbeschlüsse, nichts zu tun haben wollen, daß sie selbst für eine energischere Besteuerung und zwar in erster Linie für eine Grundwertsteuer eingetreten seien. Damaschke hatte vorgeschlagen, die Grundwertsteuer für Reichszwecke zunächst mit 1 Promille des reinen Bodenwerts, abzüg-

lich des Wertes aller Baulichkeiten und Meliorationen, zu erheben, und dann sollte nur ergänzend und regulierend zu dieser Grundsteuer eine Zuwachssteuer treten.[1] Allein wie fern ab liegt eine solche minimale Grundwertsteuer und vollends der ganze Gedanke der Zuwachssteuer von all dem, was George gelehrt hatte! Was bestenfalls durch die ganze von den Bodenreformern vorgeschlagene Wertzuwachssteuer erreicht werden könnte, wäre, daß ein minimaler Bruchteil des im Grundstückshandel eventuell zu erzielenden Spekulationsgewinnes in die Kassen der Gemeiden bzw. des Reiches flösse. Also eine finanzpolitische, aber keine bodenreformerische Errungenschaft! Und wenn eingewendet werden sollte: dieser Weg sei der allein praktische, denn die von George angestrebte Herausrechnung und Wegsteuerung der reinen Grundrente sei unmöglich, weil man die letztere nicht herausrechnen könne, so wäre das eine Selbstkritik etwa in dem Sinne, wie sie Mill sich selbst gemacht. Vom Standpunkt dieser Kritik aus müßte man dann aber entweder dazu gelangen, die Grundrentensteuer trotz dieser Schwierigkeiten und Mängel, wie es Mill wollte, dennoch durchzuführen oder aber durch volle Verstaatlichnng des Bodens das Ziel zu erreichen. Damaschke und seine Anhänger schlagen diese beiden Wege nicht ein. Sie verkünden immer wieder, daß sie die sozialen Übelstände beseitigen sowie Sozialismus und Individualismus versöhnen wollen und den Grundsätzen Henry Georges treu geblieben wären[2], trotzdem doch ganz zweifellos ihre Vorschläge keinerdings jene umwälzenden Veränderungen hervorrufen können, welche sie als Bodenreformer verfechten.

Ausdrücklich erklärt Damaschke, das neue Programm sei absichtlich so weit gefaßt, um alle möglichen Bestrebungen aufzunehmen, vorausgesetzt nur, „daß sie wirklich bodenreformerisch sind, d. h. die Rückgewinnung der Grundrente für die Gesamtheit zum Ziele haben".[3] Das ist es aber gerade, was wir bestreiten, und darum bezeichnen wir die neue deutsche Bodenreformbewegung trotz aller ihrer äußeren Erfolge als eine Halbheit, weil durch ihre ganze Betätigung irgendwelche Übertragung der Grundrente auf

1) Vgl. Bodenreform vom 20. Okt. 1910, S. 638. 2) Die Bodenreform. S. 297. 3) Zur Geschichte usw. S. 26.

die Gemeinschaft gar nicht durchführbar ist. Sie leidet daran, daß sie sich auf der einen Seite als Bodenreformpartei erklärt und doch auf der anderen mit ihrer ganzen praktischen Tätigkeit bestenfalls Verbesserungen der städtischen Wohnungszustände herbeiführt, und zwar auf Wegen, wie sie in annähernd gleicher Weise früher schon von Wohnungs- und Sozialpolitikern aller Schattierungen empfohlen worden sind. Darum hat der energische Vertreter der Bodenreform, FLÜRSCHEIM, nicht ganz unrecht, wenn er die gemäßigte Richtung seiner Partei mit den scharfen Worten kritisiert: „Die Sonne wollen wir der Welt bieten, und da sie nicht schnell genug aufgeht, so zünden wir eine Talgkerze an." [1])

1) ebenda S. 50.

Die exklusive Arbeiterpartei in Norditalien (1882—1892).

Von

Robert Michels.

Inhaltsübersicht:

Die Internationale und die Arbeiterschaft der norditalienischen Industriebezirke. Sinken des Einflusses auf die Arbeiter. Mißmut der Arbeiter über das Bourgeois-Element in der Internationale. Die bürgerlichen Arbeiterfreunde in der Demokratie. Allgemeine Gegnerschaft gegen die Intellektuellen unter den Mailänder Arbeitern. Erweiterung des Wahlrechts 1882. Anfänge einer Nur-Arbeiterpartei mit prinzipieller Anerkennung des Klassenkampfes. Befriedigung bei der Regierung und den Konservativen über diese Neubildung. Verhalten der bürgerlichen Demokraten. Die erste Probe der neuen Partei bei den Wahlen von 1882. Freundschaft mit den Demokraten, Kampf gegen die Sozialisten. Sieg und Débâcle. Neugründung. Neues Programm, aber alter Geist. Propaganda unter den Arbeitern. Die zweite Probe bei den Wahlen von 1884: Prinzipientreue und Niederlage. Der Partito Operajo schafft sich eine Organisation. Die Regierung beginnt den Kampf. Sie behandelt die Arbeiterführer wie diese die sozialistischen Intellektuellen: als Nichtarbeiter. Die Wahlen von 1886: Die Sozialisten beschließen, die Arbeiter zu unterstützen. Filippo Turati. Anklagen seitens der bürgerlichen Demokratie ob der vermutlichen Regierungsfreundlichkeit der Arbeiter. Fuori le spie! Die Sozialisten verteidigen die Arbeiter in Parlament und Presse. Antwort der Regierung auf die Anklagen der Demokraten gegen die Nur-Arbeiter. Wesensunterschiede zwischen dem Partito Operajo und den Sozialisten. Colletto ritto e Panciotto bianco. Die Verdienste der Intellektuellen. Allmähliches Eindringen der Akademiker in die Nur-Handarbeiterpartei. Endliche Fusion beider Gruppen. Notwendigkeit und Funktion der Intellektuellen in der Arbeiterbewegung. Sie übernehmen die gesamte Führung in der neuen Partei. Bruch mit den Anarchisten. Rückblick: Wesenszüge des alten Partito Operajo; Berührungspunkte und Unterscheidungslinien des alten Partito Operajo mit dem Syndikalismus (1904).

Der italienische Sozialismus ist — historisch betrachtet — in den ersten 15 Jahren seines Bestehens eine Bewegung von Intellektuellen und Kleinbürgern gewesen. Akademiker aller Grade und Fakultäten, Idealisten und enttäuschte Patrioten hatten sich

zusammengefunden, um 1868 die ersten italienischen Sektionen der Internationalen Arbeiterassoziation zu gründen.[1]) Wenn in dieser ersten Periode des italienischen Sozialismus die Arbeiter auch keineswegs fehlten, so war doch von einem Massenbeitritt dieser Bevölkerungsschicht zur Partei damals noch keine Rede. Besonders im fortgeschrittenen Norden, wo die ökonomische Entwicklung des Kapitalismus mit all ihren durch die Revolution des neuen Produktionsinstrumentes hervorgerufenen Folgen nach der Reichsgründung 1870 mächtig einsetzte, waren die Arbeiterbataillone der Internationale ferngeblieben und hatten sich damit begnügt, einen integrierenden Bestandteil der allerdings scharf oppositionellen bürgerlichen Demokratie zu bilden.

Die aus den Fortschritten der neuen Technik resultierende allmähliche Entwicklung eines modernen Großstadtproletariats in der Lombardei hatte das Entstehen großer moderner Wirtschaftskämpfe zur Folge, welche der intellektuellen und sensitiven Oberschicht der Arbeiterschaft mit Macht den Gedanken von der Notwendigkeit einer dem wirtschaftlichen Gegensatz entsprechenden politischen Loslösung des Proletariats aus der Gefolgschaft der radikalen Bourgeoisie eingaben. Aber der Widerwillen gegen ein weiteres Zusammenarbeiten mit dem politisch radikalen Unternehmertum vermochte die Arbeiter Norditaliens doch nicht ohne weiteres den bestehenden sozialistischen Gruppen zuzuführen. Die altrevolutionäre Taktik der Internationalisten hatte im Kampfe mit der Regierung eine gründliche Niederlage erlitten. Die Partei selbst war in der Auflösung begriffen. Im Norden hatte sich eine Richtung gebildet, die das Schwergewicht der Arbeiterbewegung auf die gesetzliche, politisch-parlamentarische Bahn zu lenken bestrebt war, ohne jedoch mit ihrem Leitgedanken durchzudringen. Die heftigen Kämpfe zwischen den beiden Strömungen hatten im Kongreß von Chiasso 1880 mit dem vorläufigen Siege der älteren, intransigenten Richtung gesiegt.

Die Mailänder Arbeiterscharen waren zweifellos den realpolitischen Elementen zuzuzählen. Wie alle eben erwachten Arbeitermassen war es ihnen zunächst nur um die Hebung ihrer wirt-

---

1) Näheres hierüber in meinem Werk: Proletariato e borghesia nel movimento socialista italiano. Torino 1908 (deutsch z. T. im „Archiv f. Sozialwiss. 1906/7).

schaftlichen Lage zu tun. Jeder revolutionären Taktik waren sie durchaus abhold. Selbst die revolutionäre Phraseologie, sogar das Wort Sozialismus fand bei ihnen nur geringen Anklang. Sie wollten alles vermeiden, was geeignet gewesen wäre, praktische Erfolge zu verhindern oder doch zu erschweren.

Gleichzeitig aber machte sich bei ihnen starkes Klassenbewußtsein geltend, das zu sehr intransigenten Formen in der Auffassung vom Wesen einer proletarischen Partei führte. Die Notwendigkeit, sich von den Bourgeois zu emanzipieren, die einem alten italienischen Brauch gemäß in den Arbeitervereinen, insbesondere den weitverzweigten Arbeiterversicherungsgesellschaften (Società di mutuo soccorso) als Berater, Beschützer, Patrone und Präsidenten Sitz und Stimme hatten[1]), sowie die Beobachtung, daß die von so vielen Mißerfolgen heimgesuchten, beständig hadernden feindlichen Brüder der Internationale ausnahmslos von bürgerlichen Intellektuellen geführt wurden, wirkten zusammen, um in den Mailänder Proletariern eine Stimmung zu erzeugen, die sich am besten in den Satz fassen läßt, der binnen kurzem tatsächlich zu ihrer Parole werden sollte: die Emanzipation des Arbeiters für den Arbeiter und durch den Arbeiter, durch den Arbeiter allein![2])

1) Vgl. auch Sombart, Der gegenwärtige Stand der italienischen Arbeiterbewegung. Sozialpolit. Centralblatt, I, Nr. 39. 2) Zum besseren Verständnis des hier Angedeuteten seien aus meiner Einleitung zu Enrico Ferri, Die revolutionäre Methode: „Die Entwicklung der Theorien im modernen Sozialismus Italiens" (Leipzig 1908) folgende Ausführungen wiedergegeben: „Diesen Streit sahen die Arbeiter von Mailand, die sich bisher vom Sozialismus fast überhaupt ferngehalten hatten, aber doch schon begannen, Klassengefühl zu entwickeln, mit Wut und Ekel im Herzen an. Ihre historisch-politische Bildung reichte nicht aus, das Schauspiel, das sich ihnen bot, in seiner Substanz zu fassen und zu analysieren. Sie, die Proletarier der Metropole der italienischen Industrie, sahen nur eins: daß die Männer, die sich als die berufenen Führer der Arbeiterschaft geriert hatten, zuerst ein jämmerliches Fiasko erlitten hatten und dann sich in die Haare geraten waren. Gleichzeitig aber drängte sich ihnen die Tatsache auf, daß beide Richtungen, obgleich theoretisch bereits ziemlich scharf von einander unterschieden, in gleicher Weise von bürgerlichen Sozialisten und Idealisten geführt wurden. Was lag da für sie, die Geschichtsunkundigen, näher als der deduktive Trugschluß, daß es die Teilnahme sozialistischer Bourgeois an der Bewegung sei, welche die Arbeiterbewegung bisher steril gemacht hätte, und daß die Arbeiterschaft von nun an endlich ihr eigenes Schicksal selbst in die Hand nehmen müsse?"

So kam allmählich die eigenartige Parteibildung der Nur-Handarbeiter, später Partito Operajo, zustande (1882), welche das politische Leben der Lombardei fast ein Jahrzehnt lang beherrschen sollte.[1]) Die Anhänger dieser Partei gingen von dem Grundsatz aus, der in Italien bereits seit PISACANE theoretische und seit BAKUNIN praktische Bedeutung erlangt hatte, daß nämlich die Interessen der Arbeiter von denen aller anderen Gesellschaftsklassen völlig verschieden seien. Aber sie gaben diesem Axiom die Interpretation, daß nur solche Männer den Klassenkampf zu führen vermöchten, die in ihrer Eigenschaft als Angehörige einer bestimmten Klasse direkt an ihm interessiert seien, und schlossen deshalb jeden Akademiker von vornherein von der Mitarbeit aus. Dieses ökonomisch wie psychologisch entstandene Mißtrauen gegen jeden Bourgeois schien ihnen aber auch noch gerechtfertigt durch die Annahme, daß sie sich nur dann vor der bürgerlichen Welt den gebührenden Respekt verschaffen könnten, wenn sie zeigten, daß sie den Willen und das Können besäßen, alle ihre Klasse betreffenden Fragen allein zu behandeln und zu lösen. Sie wollten eine Arbeiterpartei in stolzer Unabhängigkeit von allen anderen Parteien — auch sozialistischen — und allen anderen Klassen bilden. Als solche waren sie verbissene Gegner aller Doktrinen und bauten ihre Aktion einzig und allein auf dem gesunden Instinkt auf.

Bisher hatte der sozialistischen Bewegung Italiens jedes Nur-Arbeitertum ferngelegen. Höchstens daß gelegentlich ein Proletarier seinen Klassencharakter als „elender Prolet" gegenüber den „erbärmlichen Schauspielern der parlamentarischen Komödie" geltend gemacht hatte.[2]) In der Bewegung selbst fehlte jeder Gegensatz zwischen ehemaligen Bourgeois und authentischen Proletariern. Jetzt aber erinnerte man sich plötzlich daran, daß auch in der Internationale vor 15 Jahren einmal das Bestreben von gewisser Seite vorhanden gewesen war, die Bourgeois aus der Partei auszuschließen, ja

---

1) In der sonst verdienstvollen Monographie von RERUM SCRIPTOR (G. SALVEMINI): I Partiti Politici Milanesi nel Secolo XIX. Milano 1899, finden wir das Wirken des Partito Operajo mit keinem Wort erwähnt! Ihm beginnt merkwürdigerweise die Sozialdemokratie erst mit dem Auftreten FIL. TURATIS. 2) So ANGELO DALMASSO LOBETTI: Economia Politica e Socialismo. Macerata 1874. (Neudruck u. d. T.: Politica o Socialismo? Turin 1876).

daß von den französischen Delegierten Tolain und Fribourg auf dem Kongreß zu Genf 1866 diesem Bestreben sogar die Form eines Zusatzantrages, welcher bezwecken sollte, daß in die internationale Arbeiterassoziation nur Handarbeiter aufgenommen werden könnten, gegeben worden war. Dieser Zusatzantrag war nach einer ziemlich heftigen Aussprache zwar gefallen. Aber der noch ungeübte Leseeifer der Mailänder Arbeiter glaubte auch in Schriften hervorragender sozialistischer Gelehrter eine Rechtfertigung ihrer Auffassung von der Schädlichkeit ehemaliger Bourgeois in der proletarischen Bewegung zu entdecken. Aus Karl Marx, dessen Lehren eben jetzt anfingen, in Italien populär zu werden, und dessen kleinere Schriften in den Kompendien, die von ihnen vorlagen, von der Mailänder Arbeiterschaft geradezu verschlungen wurden, erlas man sich, daß das Proletariat seine Emanzipation nur durch sich selbst erringen könne. Bénoît Malon, der damals in Italien viel Gefeierte, der als das damalige Haupt der neueren, transigenten Richtung im italienischen Sozialismus zu betrachten ist, seinerseits hatte ebenfalls gesagt, wenn die italienischen Arbeiter nicht selbst an sich dächten, würden sie niemals befreit werden, ein Ausspruch, der später von einer der Mailänder Nur-Arbeiterzeitungen, dem Fascio Operajo, zum Motto ausersehen wurde. Der unkritische Sinn der Mailänder Proletarier gab diesen und ähnlichen aus dem Zusammenhang gerissenen Sentenzen und Dikten nun eine ganz einseitige, von den Verfassern keineswegs gewünschte Auslegung: in die Arbeiterpartei gehören keine „Bourgeois" hinein.

Um diesem Gedanken politische Wirksamkeit zu verleihen, war das Jahr 1882 besonders geeignet. Die in diesem Jahre vollzogene Änderung des Wahlgesetzes hatte über Nacht eine große Anzahl von Arbeitern zu Wahlberechtigten gemacht. Damit trat plötzlich eine, wenn auch durch die Ausschließung der Analphabeten vom Wahlrecht noch beschränkte, Möglichkeit politischer Betätigung im engeren Sinne durch das Proletariat in die Erscheinung. Die damit verknüpfte Hebung der politischen Bedeutung der Arbeiter und ihres Einflusses, wenn auch nicht direkt auf die Geschicke des Landes, so doch auf die Zusammensetzung der Deputiertenkammer, hatte einen bemerkenswerten moralischen Aufschwung der ärmeren Volksklassen zur Folge. Zumal in Mailand

machte sich ein mit fast fieberhaftem Eifer einsetzendes Bestreben unter der Arbeiterschaft geltend, sich zu bilden und zu wahrhaften ζῶα πολιτικά zu werden.

Das neue Wahlrecht, wenn auch erweitert, schloß alle Analphabeten von politischer Betätigung aus. Gut. Die Mailänder Arbeiter lernten eben Schreiben und Lesen. Überall wuchsen die scuole serali, die Arbeiterabendschulen, wie Pilze aus dem Boden. Arbeiter, die des Schreibens und Lesens bereits kundig waren, und Volksfreunde belehrten ihre analphabetischen Genossen über die Anfangsgründe menschlicher Gelehrsamkeit. Nach getaner durchschnittlich elfstündiger Tagesarbeit im Dienste des Kapitals konnte man da selbst „alte Graubärte ihre müden Knochen und ihren zermarterten Kopf mit Begeisterung dem Dienste der Bildung und des Wissens weihen sehen“. Konservative Beobachter konnten sich nicht genug darüber wundern, daß das Endziel all dieses Wissensdurstes, der sich ja nicht allein auf die elementarsten Lehrgegenstände erstreckte, sondern, wenn diese erst überwunden, sich höheren Materien, insbesondere geschichtlichen und volkswirtschaftlichen Stoffen, zuwandte, nicht die Erlangung etwa von Kunstverständnis war oder ästhetische Leidenschaft zur Triebfeder hatte, sondern daß der „Stimulus zur Arbeit immer in dem Wunsche bestand, der Organisation unserer heutigen Gesellschaft auf den Grund zu gehen.“[1]) Diese neue Bildung der Mailänder Arbeiter lief nach dem Urteil ihrer Gegner auf einen „leichtfertigen, aus dem nahen Frankreich übernommenen Doktrinarismus“ hinaus. Auf gut deutsch gesagt, je mehr die Proletarier lernten, desto mehr näherten sie sich dem Sozialismus. Aber ihre praktische Natur, die geschichtsphilosophischen Spekulationen wie dem temperamentvollen Revolutionismus gleich ablehnend gegenüberstand, trieb sie, wie erwähnt, mehr dem rechten wie dem linken Flügel der Internationale zu.

Die Malonisten legten sich sofort nach der amtlichen Bekanntgabe der Wahlrechtserweiterung, wenn auch zunächst nur in sehr verschämter Form, für die Teilnahme der Partei am Parlamentarismus, die sie schon jahrelang vorausgesehen, ins Zeug. Der neue Weg sollte nicht proletarische Gesetzmacher, sondern lediglich

1) F. CUCCHI BOASSO, La classe lavoratrice di Milano e delle campagne circostanti. Rassegna Nazionale, T. XVII (1884), S. 427.

proletarische Agenten ins Parlament schaffen, das als reine Agitationstribüne angesehen wurde, von der aus sie ihr Werk der Zerstörung der bürgerlichen Welt fortsetzen könnten, müßten und sollten. Es galt Einfluß zu gewinnen und die Bourgeoisie in ihrer eigensten Rüstkammer noch einmal vor dem Zorn des Proletariats zu warnen und an ihr Herz und ihre Vernunft zu appellieren. Einen ähnlichen Weg schlugen auch die Nur-Handarbeiter ein. Der große Circolo Operajo Milanese (Mailänder Arbeiterverein), eine ursprünglich auf reinbürgerlichem Boden stehende, völlig unpolitische, nur mit den Mitteln des Materialismus arbeitende Unterstützungsgesellschaft, nahm die Sache in die Hand.[1]) Er bildete eine Kommission „zum Studium der Arbeiterfrage vom Arbeiterstandpunkt aus“. Gleichzeitig sollte sie das Terrain daraufhin sondieren, ob die etwaige Gründung einer spezifischen Arbeiterpartei Aussicht auf Erfolg habe. Am 17. Mai 1882 gab sie folgende Proklamation in die Öffentlichkeit:

„Arbeiter von Stadt und Land!

Der Circolo Operajo Milanese hat soeben eine Kommission ins Leben gerufen, welche beauftragt ist, die Arbeiterfrage zu studieren und zu behandeln, und zwar im Zusammenhang mit den politischen und administrativen Wahlen, und auf die Gründung einer von allen anderen Parteien unabhängigen Arbeiterpartei hinzuwirken.

Arbeiter! Unsere Interessen sind von denen aller anderen Klassen von Grund aus verschieden. Darum können das Komitee sowie die Partei natürlich auch nur aus Männern bestehen, welche direkt an ihnen (den Interessen) interessiert sind, also aus Arbeitern. Die Arbeiter — das wollen wir uns stets vor Augen halten, Genossen — werden sich niemals den ihnen gebührenden Respekt verschaffen können, wenn sie nicht der Welt zeigen, daß sie den Willen und das Können haben, alle sie direkt betreffenden Fragen allein zu behandeln und zu studieren.

Bis jetzt haben wir Arbeiter unsere Interessen bereitwilligst anderen Parteien übertragen. Aber wir haben zu unserem Nachteil noch jedesmal merken müssen, daß wir teils in guter Absicht, teils aber aus Bosheit stets getäuscht und hintergangen worden sind und leider fast immer nur als Sprungbrett für alle möglichen Ehrgeizigen gedient haben, welche das Volk für ihre eigenen Zwecke ausnutzten.

Darum ist es an der Zeit, ihr Arbeiter, daß wir von nun an unsere Angelegen-

1) Ich folge hier vorzugsweise den Angaben von A. Angiolini: 50 anni di socialismo in Italia. 1900. S. 211ff.; F. Turati: Il I° Processo del Partito Operajo Italiano (i. d. Rivista Italiana del Socialismo, II, 4); O. Gnocchi-Viani: Il Partito Operajo Italiano 1882—1885. Milano 1885.

heiten einmal selbst in die Hand nehmen und unsere besondere Pflicht der Kultur und der Zukunft gegenüber selbst erfüllen.

Unser Ruf richtet sich an alle Arbeiter in Stadt und Land. Mögen sie in ihren jeweiligen Ortschaften Wahlvereinssektionen einer Arbeiterpartei bilden und dem Mailänder (Zentral-) Wahlverein mit ihren Ratschlägen, ihren Vorschlägen und ihrer Unterstützung beistehen!

Zum Schluß! Unser Ziel ist die materielle und moralische Besserung der arbeitenden Massen auf dem Wege der Selbsthilfe mittelst einer von allen übrigen Parteien unabhängigen besonderen Arbeiterpartei.

Mit Geduld erwarten wir euren stärkenden Beitritt und eure Ratschläge. Das provisorische Komitee: EDOARDO POZZI, Ebenholzschnitzer. AMBROGIO GALLI, Buchdrucker. GIUSEPPE CROCE, Handschuhmacher. ALFREDO GUARNASCHELLI, Goldarbeiter. ERNESTO DOSSI, Friseur."

Zwei Monate nach dieser Geburtsanzeige ließ die besondere Arbeiterpartei auch ein Programm erscheinen, das sie als Programma della Sezione Milanese eines (nicht existierenden) Partito Operajo Italiano bezeichnete. Es kann hier nicht unsere Aufgabe sein, auf seinen taktischen und prinzipiellen Inhalt ausführlich einzugehen. Hier nur soviel, daß dasselbe zwar sozialistische Andeutungen in Hülle und Fülle enthielt, sich dem Grundgedanken des Sozialismus gegenüber aber noch recht spröde zeigte. Das Programm zerfiel in zwei Teile. Der „Azione di fronte allo Stato" genannte Teil verlangte folgende Garantien: Recht auf Streiks und Nichteinmischung der Behörden in dieselben, allgemeines Wahlrecht, Unterrichtsfreiheit, vollständige Gemeindeautonomie, Abschaffung der stehenden Heere, aller Steuern, des Kultusbudgets, der die Prostitution betreffenden Überwachungsbestimmungen, der Untersuchungshaft, der Polizeistrafen, der Staatslotterie und jedweder Bureaukratie, sowie Einführung des Volksheeres und einer einheitlichen Progressivsteuer, Besetzung der Beamtenstellen durch Volkswahl, endlich Proklamation der allgemeinen Völkerverbrüderung und Völkerfreiheit. Der zweite Teil des Programms, Azione di fronte al Capitale überschrieben, bestimmte die Gründung von lokalen, föderativ, aber auf autonomer Grundbasis miteinander verbundenen Gewerkschaften, die einen großen allgemeinen Arbeitergewerkschaftsverband bilden sollten — was als letzter Endzweck der Partei bezeichnet wurde —, verlangte Gewinnbeteiligung der Arbeiter in den Fabriken, befürwortete die Errichtung von Kredit-, Konsum- und Produktivgenossenschaften und die obligatorische Verwendung der letzteren bei öffentlichen Arbeiten, ferner die Errichtung von Arbeitsvermittlungs-

ämtern zur Beschränkung der Arbeitslosigkeit sowie endlich den Bau von Arbeiterhäusern durch die Gemeinden.[1])

Das war das Programm einer radikalen Arbeiterpartei mit ausgesprochenem Klassenkampfcharakter — auf gewerkschaftlicher Grundlage —, mit dem noch in phrasenreicher Unklarheit gelassenen vagen Endziel einer „Souveränität der Macht der Arbeiterklasse". Von allen ähnlichen Erscheinungen in der Geschichte der Arbeiterparteien Europas stand der Partito Operajo Milanese dem späteren Independant Labour Party Englands (1893) am nächsten.

An dieser Stelle interessiert uns an dieser Neubildung hauptsächlich die hervorstechendste Eigentümlichkeit: ihre proletarische Exklusivität. Das Programm führte zur Begründung der politischen Neugründung vor allen Dingen an, daß alle anderen Parteien sofort nach den Wahlen wieder einschliefen, eine ausgesprochene Arbeiterpartei aber stets wachsam sein würde, „weil sie ja in jedem einzelnen ihrer Mitglieder ausgebeutet und gedemütigt" werde. Selbst durch das Prinzip der steten Kampfbereitschaft sollte also ihre Eigenbrödelei begründet werden. Die Arbeiterpartei dürfe, so hieß es in der Einleitung zum Programm weiter, weder „zudringliche Eindringlinge" dulden noch „bei irgend jemand um Hilfe betteln".

Als folgerichtige Konsequenz seiner Theorie stellte der Partito Operajo, der bald eine recht beträchtliche Anzahl von Mitgliedern, zumal — dem entsprachen auch die Namen ihrer Gründer — aus den besser situierten Arbeiterschichten, der proletarischen Aristokratie, vereinigt haben soll (20000),[2]) bei den Wahlen 1882 neben und gegen die Kandidatur des evolutionistischen Sozialisten Dr. Osvaldo Gnocchi Viani in Mailand eine Arbeiterkandidatur, wie des Buchstabengießers Antonio Maffi, auf, um zu zeigen, daß „auch ein Arbeiter genau wie jeder andere Bürger an der Staatsverwaltung (al governo della pubblica cosa) teilnehmen" könne.

Schon in diesem Stadium der Geschichte des Partito Operajo machten sich alle einer derartigen Parteibildung inhärenten Fehler

---

1) Angelo Bertolini, Cenno sul Socialismo in Italia, S. CXXXVIII ff. (Vorwort zur II. ital. Aufl. von J. Rae, Contemporary Socialism). Firenze 1895.

2) Giuseppe Croce, A. Ferla, Costantino Lazzari e Carlo dell' Avalle, Rapporto al Congresso Internazionale di Zurigo (1893) sulla Costituzione e sull' Azione del Partito dei Lavoratori Italiani. Milano 1893. Uff. della Critica sociale, p. 7.

in bösartigen Phantomen geltend. Die Regierung war über die neue Partei hocherfreut. Über alle flammenden Protestworte der Arbeiter hinweg sah sie in ihnen nur die Befreier von der Internationale, diesem Alpdruck, der ihr über 10 Jahre lang das Leben sauer gemacht hatte. Die Gegnerschaft zu den ausgesprochenen Sozialisten, welche die Mailänder Arbeiter so ostentativ zur Schau trugen, wurde von der Regierung und mit ihr von den konservativen und liberalen Parteien für ein erfreuliches Zeichen intellektueller Gesundung der Arbeiterkreise gehalten. Die Exklusioität den bourgeoisen „Eindringlingen" gegenüber machte ebenfalls nach oben einen ausgezeichneten Eindruck und schien für eine Arbeiterpolitik der Halbbildung und des Miniaturstils Bürge zu stehen. Außerdem brauchte man, bei der Kleinheit der Partei, keine ernsthafte Opposition von ihrer Seite zu befürchten. Dagegen war sie imstande, die unbequeme bürgerliche Opposition der lombardischen Demokratie, die gerade damals der Regierung schwere Sorge bereitete[1]), lahmzulegen und auf diese Weise dem herrschenden System einen Doppeldienst nach rechts und nach links gleichzeitig zu leisten. Auch die Konservativen empfingen die Arbeiter mit offenen Armen. Es wehte ein „demokratischer Wind im Jahre 1882", sagt ANGIOLINI, „ihren Marchese- und Grafen-Titeln zogen die Junker das Wort Arbeiter vor. Die Herren von der Bourgeoisie selbst bezeichneten sich als Arbeiter. Das Experiment war natürlich auf eine grobe Täuschung der Wählermassen berechnet"[2]).

Die bürgerliche Demokratie, von der man hätte erwarten sollen, daß sie ihre ganze Kraft daran gesetzt hätte, eine Arbeiterpartei, die ihren Klassencharakter bei jeder Gelegenheit bis ins Extrem hinein prononzierte, auf das heftigste zu bekämpfen und ihr die Arbeitermassen, die sie ihr entzog, durch eine energische Gegen-

1) Vgl. G. SALVÉMINI, a. a. O., S. 183. 2) Auch diese Erscheinung ist keine ungewöhnliche. Sie wiederholt sich bei jedem ersten Auftreten großer Arbeitermassen auf dem Felde der Volkswahlen. Als nach der Februarrevolution 1848 das Gouvernement Provisoire die Volkswahlen zum Parlament ausschrieb, bezeichnete sich über die Hälfte der aufgestellten Kandidaten, wie ein Blick auf die im Moniteur Officiel veröffentlichten Listen überzeugend bestätigt, zu Recht oder zu Unrecht als Arbeiter. Auch im gegenwärtigen Frankreich sieht man auf den Wahlmanifesten sehr häufig selbst Monarchisten und gemäßigte Republikaner sich dem geehrten Arbeiterpublikum, dessen Stimmen sie bedürfen, um gewählt zu werden, als „Socialiste" vorstellen.

aktion wieder abspenstig zu machen, trat dem Partito Operajo ebenfalls mit zuvorkommender Liebenswürdigkeit entgegen. Der Partito Operajo hatte stolz erklärt, jede bürgerliche Hilfe von sich abzuweisen, einen Sieg nur eigener Kraft verdanken zu wollen. Die bürgerlichen Demokraten aber nahmen Antonio Maffi freundschaftlichst auf ihre Kandidatenliste, und die Arbeiter ließen sich diese Unterstützung gern gefallen. So wurde denn, während der Sozialist Gnocchi Viani durchfiel, der Arbeiterkandidat mit den Stimmen der Demokraten wirklich ins Parlament gewählt. Der Deputierte der ultraklassenkämpferischen Arbeiterkaste des Partito Operajo betrat die Kammer von Gnaden der Bourgeoisie.

Der Rückschlag blieb nicht aus. Die Demokraten hatten richtig gerechnet. Antonio Maffi, kaum im Parlament, trat der republikanischen Fraktion bei und unterzeichnete später, zusammen mit Aurelio Saffi, Matteo Renato Imbriani, Giovanni Bovio Ernesto Nathan und anderen Radikalen, Republikanern und Freimaurern das bürgerliche oppositionelle Programm von Bologna. Für die Arbeitersache war er verloren. — Der Partito Operajo selbst schien sich durch die Kraftanstrengung bei den Wahlen erschöpft zu haben. Entgegen der gegebenen stolzen Begründung von der politischen Notwendigkeit einer Arbeiterpartei als einer durch die wirtschaftliche Ausbeutung jedes einzelnen ihrer Mitglieder mit logischem Zwang zusammengehaltenen unsterblichen Kampfgemeinschaft löste sich aus innerem Hader und Mangel an Beteiligung Wahlverein auf Wahlverein auf. Die junge Schöpfung der Arbeiterpartei schien totgeboren.

Bald aber zeigte sich, daß der Partito Operajo durch die neuen Ideen, die er gebracht, doch so viel Ferment in die Massen hineingeworfen hatte, daß er nicht ohne weiteres wieder von der politischen Bildfläche verschwinden konnte. Hinter einem Scheintot verbarg sich nicht nur ein kräftiges, sondern gar ein unsterbliches Leben.

Schon 1883 begannen sich die Mailänder Arbeiter nach kurzer Unterbrechung wieder zu regen. Die neue Regsamkeit offenbarte sich in einem neuen Verein, der Lega dei Figli del Lavoro (Bund der Söhne der Arbeit) — einer Art Gewerkschaft, die dem Kampf gegen die Unternehmer galt und Arbeiter aller Berufsklassen in sich umfaßte — und einer neuen Zeitungsgründung, dem Fascio

aktion wieder abspenstig zu machen, trat dem Partito Operajo ebenfalls mit zuvorkommender Liebenswürdigkeit entgegen. Der Partito Operajo hatte stolz erklärt, jede bürgerliche Hilfe von sich abzuweisen, einen Sieg nur eigener Kraft verdanken zu wollen. Die bürgerlichen Demokraten aber nahmen ANTONIO MAFFI freundschaftlichst auf ihre Kandidatenliste, und die Arbeiter ließen sich diese Unterstützung gern gefallen. So wurde denn, während der Sozialist GNOCCHI VIANI durchfiel, der Arbeiterkandidat mit den Stimmen der Demokraten wirklich ins Parlament gewählt. Der Deputierte der ultraklassenkämpferischen Arbeiterkaste des Partito Operajo betrat die Kammer von Gnaden der Bourgeoisie.

Der Rückschlag blieb nicht aus. Die Demokraten hatten richtig gerechnet. ANTONIO MAFFI, kaum im Parlament, trat der republikanischen Fraktion bei und unterzeichnete später, zusammen mit AURELIO SAFFI, MATTEO RENATO IMBRIANI, GIOVANNI BOVIO ERNESTO NATHAN und anderen Radikalen, Republikanern und Freimaurern das bürgerliche oppositionelle Programm von Bologna. Für die Arbeitersache war er verloren. — Der Partito Operajo selbst schien sich durch die Kraftanstrengung bei den Wahlen erschöpft zu haben. Entgegen der gegebenen stolzen Begründung von der politischen Notwendigkeit einer Arbeiterpartei als einer durch die wirtschaftliche Ausbeutung jedes einzelnen ihrer Mitglieder mit logischem Zwang zusammengehaltenen unsterblichen Kampfgemeinschaft löste sich aus innerem Hader und Mangel an Beteiligung Wahlverein auf Wahlverein auf. Die junge Schöpfung der Arbeiterpartei schien totgeboren.

Bald aber zeigte sich, daß der Partito Operajo durch die neuen Ideen, die er gebracht, doch so viel Ferment in die Massen hineingeworfen hatte, daß er nicht ohne weiteres wieder von der politischen Bildfläche verschwinden konnte. Hinter einem Scheintot verbarg sich nicht nur ein kräftiges, sondern gar ein unsterbliches Leben.

Schon 1883 begannen sich die Mailänder Arbeiter nach kurzer Unterbrechung wieder zu regen. Die neue Regsamkeit offenbarte sich in einem neuen Verein, der Lega dei Figli del Lavoro (Bund der Söhne der Arbeit) — einer Art Gewerkschaft, die dem Kampf gegen die Unternehmer galt und Arbeiter aller Berufsklassen in sich umfaßte — und einer neuen Zeitungsgründung, dem Fascio

Operajo, Voce dei Figli del Lavoro (Arbeiterbund, Stimme der Söhne der Arbeit), deren Redakteur der Handlungsgehilfe COSTANTINO LAZZARI wurde.[1]) Das unvermeidliche Programm, das unter der Überschrift: „Was wir sind, und was wir wollen", dem Text der ersten Nummer vorausgeschickt wurde, stand fast genau auf demselben Standpunkt wie das der Arbeiter in den Wahlen von 1882. Man war der Ansicht geblieben, daß die Arbeiter sich selbst helfen müßten und es auch sehr wohl könnten, und daß sie deshalb niemanden anders dazu brauchten, ihre Interessen zu schützen und zu wahren, wenn sie nur jenes große und wahre Wort in die Wirklichkeit übertrügen, das da laute: „Die Emanzipation der Arbeiterklasse wird nur durch die Arbeiter selbst vollbracht werden können". So benutzten, zur Rechtfertigung ihres beschränkten Arbeiterstandpunktes, die Mailänder Arbeiter von 1883 in fast wörtlicher Übersetzung den in ganz anderem Sinne ausgesprochenen ersten Absatz aus den auf dem Genfer Kongreß von 1866 sanktionierten Generalstatuten der Internationale. Im übrigen betonte das Programm, daß die Arbeiter zwar in rein politischer Hinsicht persönlich von einander divergieren könnten, daß aber die schlechte wirtschaftliche Lage noch so lange bestehen bleiben würde, als bis ihre Ursachen nicht aus dem Wege geschafft worden seien, und proklamierte deshalb die „vollständige Befreiung des Arbeiters von der Bedrückung des Kapitals und die allgemeine Verbrüderung zwischen allen Arbeitern der Welt", nicht ohne gleichzeitig „allen unausführbaren Ideen der Parteidogmenwirtschaft" (chiesuole di partito) sowie allen „unvernünftigen Mitteln" den Krieg erklärt zu haben, zu ihrem eisernen Ideenbestand.

Wenn aber die Mailänder Arbeiter von 1883 theoretisch sich noch nicht über ihre Ansichten des Vorjahres beträchtlich hinausentwickelt hatten, praktisch hatten sie aus den Mißerfolgen viel gelernt. Ein Stab begabter, belesener und energischer Arbeiter, allen voran Männer wie COSTANTINO LAZZARI, der Handschuhmacher GIUSEPPE CROCE, der Bronzist ALFREDO CASATI, der Uhrmachergehilfe PAOLO SACCO und andere, machten sich mit allem Eifer an die Arbeit. Jeden Abend wurden Versammlungen abgehalten und jede Gelegenheit wahrgenommen, die Arbeiter gewerkschaft-

1) Vgl. auch meinen Aufsatz: Eine exklusiv proletarische Bewegung in Italien im Jahre 1883, in den Dokumenten des Sozialismus. IV, S. 64—69.

lich zusammenzuschließen. In Busto Arsizio und Gallarate wurden neue Sektionen der Figli del Lavoro gegründet. Schon nach Verlauf von zwei Monaten gelang es, einen Arbeiterkongreß zustande zu bringen, dessen Teilnehmer lediglich aus klassenbewusten Arbeitern bestanden. Derselbe wurde am 16. und 17. September in Varese abgehalten. Die Abgeordneten der Figli del Lavoro, insbesondere CROCE, verfehlten auch auf ihm nicht zu betonen, daß in Arbeiterfragen die Arbeiter selbst die einzigen natürlichen und kompetenten Richter seien. Wurde auf dem Kongreß, an welchem auch demokratische und politisch indifferente sowie antiparlamentarisch gesinnte Arbeiter teilnahmen, auch kein konkretes Band geknüpft, so stärkte die Zusammenkunft doch in hervorragendem Maße das bereits vorhandene ideelle Band proletarischen Solidaritätsgefühls.

Auch die partiellen Neuwahlen von 1884 lenkten die Figli del Lavoro nicht mehr von ihrer Bahn ab. In Mailand wurde der Arbeiter VALENTINO ARMIROTTI aufgestellt und den Arbeitsgenossen in Bologna gab man den Rat, für den Arbeiter VENTURINI zu stimmen, wennschon er Anhänger der republikanischen Partei sei, allerdings mit dem bezeichnenden Zusatz, daß eine Arbeiterkandidatur im Grunde nur dann Wert besitze, wenn sie sich von den bereits bestehenden Parteien durch „etwas Neues" abhebe. Die Wahlen brachten nun zwar den Figli del Lavoro keine Erfolge, aber sie trugen doch zur Ausbreitung ihrer Ideen mächtig bei. So wurden damals nicht nur in den Industriestädten der Lombardei neue Sektionen gegründet, sondern selbst in Rom und Neapel bildeten sich feste Anhängerschaften. In Rom wurde sogar eine Zeitung mit dem Namen Jl Partito Operajo ins Leben gerufen.

Endlich taten die Figli del Lavoro jetzt auch den entscheidenden Schritt zu einer, nicht mehr nur in Worten ausgedrückten, sondern zur Tatsache werdenden Loslösung von der bürgerlichen Demokratie, deren Zauberbann politischen Heldentums noch immer die große Mehrzahl der Arbeiterschaft gefangen hielt. In Mailand platzten die radikalen Parteiführer GIUSEPPE MUSSI und GIUSEPPE MARCORA mit dem Arbeiterführer LAZZARI zum erstenmale heftig aufeinander. Die parteipolitische Emanzipation der Figli del Lavoro äußerte sich dadurch, daß sie ihre einzelnen Sektionen in Mailand mit denen von Busto Arsizio, Sacconago und Legnano zu einer Federazione delle Società dei Figli del Lavoro organisatorisch zu-

sammenschlossen und dieser den Namen eines Partito Operajo Italiano gaben, der wiederum mit einem neuen Programm auf die Szene trat. Dieses Programm erhielt seine endgültige Fassung auf einem in Mailand (12. April 1885) abgehaltenen Kongreß, an welchem außer Arbeiterdelegierten aus den bereits genannten Städten auch solche aus Monza, Brescia, Gallarate und Como, sowie Vertreter eines sozialdemokratischen Vereins deutscher Arbeiter in Mailand teilnahmen. Der wichtigste Passus des Programms ist folgender (Artikel 7): Dem P. O. I. können alle Arbeitervereine beitreten, welche eine wirtschaftliche und soziale Besserstellung der Arbeiterklasse erstreben, auch diejenigen unter ihnen, die in Gestalt von Versicherungskassen gegründet wurden. Bedingung ist nur, daß sie bloß aus einfachen Lohnarbeitern, seien es Männer oder Frauen, Industrie- oder Landproletarier, soweit sie in direkter Abhängigkeit von Soldherren, Unternehmern oder Kapitalisten befindlich sind, bestehen.[1]) Im Zentralkomitee der neuen Partei saßen 7 Arbeiter, darunter CROCE und CASATI. Von ANTONIO MAFFI, der von einem Arbeiterdeputierten zu einem „politischen" Deputierten geworden sei, hatte man sich losgesagt. Die Hauptaufgabe war nun die Eroberung der noch indifferenten Arbeitervereine, insbesondere der kleinbürgerlichen Unterstützungs-, Sparkassen- und Versicherungsvereine, der „Zufluchtsstätten des demokratischen Geistes", wie sie LAZZARI taufte. Auf einem allgemeinen, 1885 in Mantua abgehaltenen Arbeiterkongreß gelang es nach harten Redekämpfen in der Tat, die auf ihm anwesenden Arbeitervereine zu einer Fusion mit dem Partito Operajo zu bewegen und zwar auf Grund einer bedingungslosen Annahme der Parteistatuten. Der Sieg war ungeheuer. Im Herbst des Jahres zählte die Partei 30 000 zahlende Mitglieder.

Das rapide Wachstum und die ehrlich durchgeführte Intransigenz den Bourgeoisparteien gegenüber machte den Partito Operajo binnen kurzem zu einem gefährlichen Gegner. Die ursprünglichen Sympathien der Bourgeoisie schlugen bald in das Gegenteil um. Ein Zusammenstoß war unvermeidlich. Die ersten Angreifer waren die Organe des Klassenstaates. Angeklagt, zum Streik und zum Klassenhaß aufgehetzt zu haben, mußten 1885 sieben Angehörige des Partito Operajo, darunter das Parteivorstandsmitglied CROCE,

1) ANGIOLINI, a. a. O., S. 181.

vor den Assisen in Mailand erscheinen und wurden sämtlich zu Freiheitsstrafen von 1—2 Monaten verurteilt. Die Stunde der Verfolgungen hatte also geschlagen. Die Arbeiter begannen endlich, auch darin den sozialistischen „Bourgeois" von der Internationale gleichgestellt zu werden! Bisher hatten sie, die so überhebend auf die sozialistischen Bourgeois herabsahen, noch nicht, wie jene, die via crucis gekannt. Nun wollte es eine Ironie des Schicksals, daß ihnen von den Behörden die gleiche Behandlung zu Teil wurde, die sie selber Männern wie GNOCCHI VIANI und BIGNAMI hatten angedeihen lassen. Während des Prozesses sprach ihnen der Staatsanwalt mit vieler Vehemenz das Recht ab, sich Arbeiterführer zu nennen. Er schrie ihnen ins Gesicht, sie seien falsche Arbeiter, Aufhetzer der echten Arbeiter. Einer der Angeklagten, FRANCESCO GIAMPIERI, hatte eine schöne Geste. Er streifte seinen Ärmel in die Höhe und zeigte seinen Gegnern den narbenbedeckten Arm: „Ihr könnt auf unserer ganzen Haut kaum einen Fleck entdecken, auf dem die Arbeit nicht Wunden gerissen hat, und wagt es, uns falsche Arbeiter zu nennen?" Die Lektion im Gerichtssaal war aber dennoch nicht unverdient. Auch die „Socialisti" hatten, selbst wenn sie aus bürgerlichen Kreisen hervorgegangen waren, für die Sache der Arbeit genug Wunden erhalten, wenn sie auch nicht auf ihren Armen zu sehen waren, und die Arbeiterparteien hatten ihnen ja trotzdem das Recht abgesprochen, mit den Arbeitern zusammenzuarbeiten!

Dem Konflikt mit der Regierung folgte der völlige Bruch mit der radikalen Bourgeoisie Mailands, den übermächtigen Secolini (so genannt nach dem ihre Richtung vertretenden bekannten Blatt Il Secolo) auf dem Fuße. Der Partito Operajo hatte, wie wir gesehen haben, gleich einer Springflut alle Arbeitervereine mit sich gerissen. Nur ein Fels stand noch unerreichbar in der Brandung: das Mailänder Consolato Operajo, eine großartige Arbeiterassoziation, in welcher nicht weniger als 51 Versicherungskassen vereinigt waren. Dieses Consolato Operajo, in dem auch Bourgeois Mitglieder waren, und welches bisher zu den Radikalen hinneigte, wurde nun zum Zankapfel zwischen diesen und den Arbeiterparteilern. Der Streit wurde akut, als es 1886 an die Neuwahlen ging.

Das Consolato Operajo war mit den Radikalen ein Wahlbündnis eingegangen. Die Ideen des Partito Operajo hatten das Consolato also nicht gewinnen können. Aber sie hatten es immerhin

schon infiziert. Das Consolato Operajo gab ein Wahlmanifest heraus, in welchem es sein Zusammengehen mit den Secolini rechtfertigte, aber gleichzeitig anerkannte, daß es für die Arbeiter von Nutzen sei, auch Leute aus ihren eigenen Reihen ins Parlament zu entsenden. Neben den Wortführern des bürgerlichen Radikalismus, Felice Cavallotti, Mussi und Marcora wurde dementsprechend der Arbeiter Antonio Maffi, der Kandidat des Partito Operajo von 1885, als Kandidat des Kartells aufgestellt. Der Partito Operajo jedoch blieb der schlechten Erfahrungen von 1882 eingedenk. Auch er warf ein Wahlprogramm in die Massen, aber dieses Wahlprogramm verwarf jede Bündnispolitik. Er erklärte mit festem Willen, in den Wahlkampf nur mit eigenen Arbeiterkandidaturen eintreten zu wollen, da diese eines der Mittel seien, um die Entwicklung der Arbeiterorganisationen, welche die vollständige Emanzipation des Proletariats in die Wege zu leiten imstande sei, zu beschleunigen. In einer großen Volksversammlung, zu welcher alle Arbeiter, welcher Partei sie angehören mochten, Zutritt hatten, wurde nach kurzem Strauß mit den Anhängern Maffis und den Secolini, der soeben zum Stationsvorsteher an der elektrischen Bahn nach Monza aufgerückte Trambahnkutscher Giuseppe Beretta — ein ehemaliger Arbeiter in einer Monzareser Hutfabrik, der gemaßregelt worden war — zum Kandidaten des Partito Operajo proklamiert. In 13 anderen Kreisen, in welchen die Partei Anhänger hatte, darunter auch Turin und Neapel III, wurden ebenfalls Arbeiterkandidaten aufgestellt. So Gius. Croce in Monza, Intra und Busto Arsizio, Costantino Lazzari in Cremona und Alessandria, der Lithograph Augusto Dante in Pavia und der Bronzist Alfredo Casati in Vercelli. In dieser Wahlzeit nun war es, daß zum erstenmal eine Annäherung zwischen den Socialisti und dem Partito Operajo stattfand. Zu verdanken war sie freilich ausschließlich dem Verhalten der ersteren. In der Versammlung der „bürgerlichen“ Sozialisten, welche über die Wahl der Kandidaten zu entscheiden hatte, wurde beschlossen, als eigenen Kandidaten wieder Dr. Gnocchi Viani aufzustellen, außerdem aber ihrer Sympathie für den Partito Operajo durch Anerkennung und Unterstützung der Kandidatur Giuseppe Berettas Ausdruck zu verleihen. Dieser Beschluß war auf Grund der Annahme einer Resolution gefaßt worden, welche den Namen eines jungen Mannes

trug, der berufen war, in der Geschichte des italienischen Sozialismus eine bedeutende, auch heute noch keineswegs ausgespielte Rolle zu spielen, FILIPPO TURATI.

FILIPPO TURATI entstammt einer hervorragenden und vornehmen höheren Beamtenfamilie. Sein Vater war königlicher Präfekt der Provinz Cuneo, gleichzeitig eifriger konservativer Parteigänger. Trotz dieser der Bildung sozialistischer Innenwelt so hinderlichen Umwelt fühlte sich der junge FILIPPO schon als Rechtsstudent an der Universität Bologna, wo er mit Kommilitonen Umgang pflog, die, wie ENRICO FERRI, ACHILLE LORIA und CAMILLO PRAMPOLINI, später seine Gesinnungsgenossen werden sollten, als demokratischer Sozialist. Was TURATI vor allen Dingen zum Sozialismus hinzog, das war das bei ihm abnorm stark, gleich einem sechsten Sinne entwickelte Bedürfnis schonungsloser Kritik und, damit verknüpft, seine unbändige Spottlust und sein Gefallen an geistreichem Schönreden, Eigenschaften, die ihn bereits zu einem tüchtigen Rechtsanwalt und guten Dichter gemacht hatten, deren Kraftfülle aber noch nach weiter und tiefer gehender Betätigung verlangte. Diese Betätigung gab ihm die Politik. Der Franzose PAUL BOURGET wirft einmal seinen Landsleuten vor, daß sie mit ihrer Beobachtung immer just so tief in die Dinge ihrer Umgebung eindrängen, um deren schwache und komische Seite zu entdecken[1]. Zu so gearteten Menschen gehört ohne Zweifel auch TURATI. Ohne wissenschaftlichen Erkenntnisdrang, ohne Tiefe, ohne — trotz einer das Niveau seiner Standesgenossen weit überragenden Bildung — gediegenes Wissen, besitzt er ein wahres Feldherrntalent in der Erkundung gegnerischer Schäden und das Genie eines Gedankenakrobaten, die Gegner vor den Augen aller Welt im Sumpfe der Lächerlichkeit versinken zu lassen, Talente, deren Wirksamkeit er, auch Parteigenossen gegenüber, durch eine nicht geringe Dosis Rücksichtslosigkeit und Leidenschaftlichkeit sowie durch einen sonderbaren Mangel an Scheu vor polemischen Inkonsequenzen und Illogicitäten noch erhöht. Indes, ein gewaltiger, imposanter Volksredner voll innerlich revolutionären Schwunges und ehrlich in dem Sinne, daß ihm jede Schauspielerkunst fehlt, dazu unerschöpflich geistreich und mit weitester Menschenkenntnis ausgestattet, hat man ihm nicht mit Unrecht nachgerühmt, er gleiche, wenn er spreche, einem Ver-

1) PAUL BOURGET: Voyageuses. Paris 1897, S. 96.

schwender, der aus seiner magischen Tasche wertvolle Edelsteine mit vornehmer Geste unter das Publikum werfe [1]). Ein leidlicher Kenner der deutschen Sozialdemokratie und ein eifriger Vulgarisator des Marxismus in Italien, dazu seit 1891 im Besitz einer bedeutenden Zeitschrift, der Critica Sociale, die er mit besonderem Geschick leitete, wußte sich TURATI bald zum Mittelpunkt eines begeisterten Kreises junger Intellektueller zu machen und zu einem politischen Faktor Mailands zu werden.

Der Partito Operajo ließ sich die Wahlhilfe der Mailänder Sozialisten gefallen, wie seine Vorgänger sich 1882 die Wahlhilfe der bürgerlichen Demokratie hatten gefallen lassen. Aber die Annäherung war im Grunde einseitig. Die Figli del Lavoro weigerten sich, ihrerseits auch für die Sozialisten einzutreten. Die Kandidatur GNOCCHI VIANIS blieb isoliert.

Gegen beide errangen die Radikalen glänzenden Sieg. FELICE CAVALLOTTI vereinigte nicht weniger als 10 252 Stimmen auf sich. Neben ihm wurden die Radikalen GIUSEPPE MUSSI, ANTONIO MAFFI und GIUSEPPE MARCORA sowie der Konservative GIUSEPPE COLOMBO gewählt. Nicht anders ging es in den übrigen Wahlkreisen. Die Wahlen verhalfen also zwar keinem der Kandidaten des Partito Operajo zum Ziel, wohl aber belegten sie seine Ausdehnung und werbende Kraft mit untrüglichen, zahlenmäßigen Beweisen. In Mailand erhielt der von den Sozialisten unterstützte BERETTA 943 Stimmen, während die vom Partito Operajo nicht unterstützte sozialistische Kandidatur GNOCCHI VIANI 670 Stimmen zählen konnte. Außerdem waren für den Partito Operajo Stimmen abgegeben worden: in Cremona 3359, Busto Arsizio 1558, Monza 2950, Pavia 544, Como 466, Intra 244, Vercelli 601, Alessandria 824, Casal Monferrato 1495, Turin 1649, San Remo 411 S. Giovanni Valdarno 38 und Neapel III 2083 Stimmen, sodaß man die Gesamtzahl der für den Partito Operajo abgegebenen Stimmen auf etwa 20 000 berechnen konnte. [2])

* * *

Die nächste Periode ist gekennzeichnet durch das fortwährende Liebeswerben der Sozialisten um die Gunst der politisch organisierten Nur-Arbeiter.

---

1) Giornale del Popolo. 3. II. 1902. Genova. 2) ANGIOLINI, a. a. O., S. 135.

Der Kampf des Partito Operajo mit den Radikalen hatte sich immer mehr zu einem Kampf bis aufs Messer zugespitzt. Wie bereits erwähnt, waren die klassenbewußten Arbeiter zwar zu einem respektablen Gegner der Regierung geworden, aber für die reale, insbesondere die parlamentarische Politik bedeuteten sie vorderhand erst eine Gefahr der Zukunft und vielleicht sogar nur eine sehr weite. Die bürgerliche Demokratie hingegen, die teils ausgesprochen republikanisch, teils republikanisierend, militärfeindlich und steuerreformatorisch, damals die Gestalt einer drohenden bourgeoisen oder doch kleinbourgeoisen Revolutionspartei, der es Ernst war mit dem, was sie sagte, angenommen hatte, stellte für die konservativen Cliquen und die Regierung die gegenwärtige und greifbare Gefahr dar, deren Unschädlichmachung mit allen Mitteln als ein Recht der Selbsterhaltung erschien. Der Partito Operajo hingegen, der in der bürgerlichen Demokratie ebenso die Vertreterin feindlicher Klasseninteressen sah wie in der feudalliberalen Regierungsmaschine und sie deshalb beide mit der gleichen prinzipiellen Schärfe behandelte, schwächte — das war unleugbare Tatsache —, indem er ihr in den Rücken fiel, die Wucht des demokratischen Anpralls gegen die Zentralgewalt. So war es denn nicht zu verwundern, daß in dem kampfeserhitzten Hirn demokratischer Fanatiker der Gedanke sich Bahn brechen konnte, bei dieser Taktik des Partito Operajo könne es nicht mit rechten Dingen zugehen. Die Arbeiter, nahmen sie an, führten ihren Wahlkampf mit Hilfe der Gelder aus dem Geheimfonds der Ministerien. Die Proletarier hätten sich der Regierung verkauft, ihre Führer seien besoldete Polizeiagenten und Spitzel. Es muß zugegeben werden, so gehässig sich die Regierungsorgane auch in der Regel gegen die Arbeiterpartei gezeigt hatten, in Wahlzeiten wurde allerdings von dieser Regel eine Ausnahme gemacht, und selbst heimliche Geldunterstützung durch Polizeimittel zum Zweck der Schwächung der bürgerlichen Demokratie hat allerdings, mündlicher Parteiüberlieferung nach, ohne daß die Arbeiterführer selbst die Urheberschaft dieser ihnen auf anonymem oder pseudonymem Wege zugehenden Hilfe zunächst gewahr wurden, tatsächlich stattgefunden. Der Verdacht, den die Demokraten den Arbeiterparteilern gegenüber hegten, war also ein sehr berechtigter. Felice Cavallotti, der Führer der bürgerlichen Radikalen und Vorkämpfer im Kampfe gegen die Korruption der

herrschenden Kreise, der Vernichter CRISPIS und Moralisator der politischen Sitten seines Vaterlandes, hatte in der Hand des Ministers des Innern, Baron GIOVANNI NICOTERA, eine Empfangsbescheinigung von über 500 Lire gesehen, welche die Unterschrift des Arbeiterführers COSTANTINO LAZZARI trug. Das war ein äußerst schwerwiegendes Verdachtsmoment, und CAVALLOTTI hat bis an sein Lebensende — er fand bekanntlich im Jahre 1898 in einem Duell mit dem konservativen Politiker CONTE FERRUCCIO MACOLA seinen Tod — felsenfest daran geglaubt, daß der Partito Operajo, und LAZZARI im besonderen, von der Regierung sich zur Bekämpfung der bürgerlichen Demokratie habe kaufen lassen. In Wahrheit erklärt sich der Sachverhalt durch die geringe politische Erfahrung und die Naivität LAZZARIS selber. Er hatte das Geld empfangen — für die Partei in einem Moment fieberhafter Tätigkeit und vielleicht großer Geldnot — und sich ohne weiteres auf den Standpunkt gestellt, daß die ihm unbekannte Herkunft desselben umso gleichgültiger sein könne, als es rücksichtslos im Dienste der Arbeiter gegen alle ihre Gegner, den eventuellen Spender mit eingeschlossen, Verwendung finden würde. Ein derartiger Gebrauch der Summe nehme der Summe auf alle Fälle ihr Olet.[1]) Die Folgen dieser Nonkuranz aber waren sehr ernst. FELICE CAVALLOTTI hielt 1886 im Salone dei Giardini Pubblici eine große Wahlrede. In der Diskussion bat auch COSTANTINO LAZZARI ums Wort. Da ertönte von allen Seiten ein lautes: Fuori le spie! Hinaus mit den Spionen!, das den in seiner Ehre auf das empfindlichste gekränkten nicht zu Worte kommen ließ. Die Mailänder Arbeiterbewegung war im Augenblick auf das schwerste diskreditiert.[2])

1) Vgl. auch ANGIOLINI a. a. O., S. 135. 2) Die Unterstützung der Sozialisten durch konservative Kräfte zum Zwecke der Bekämpfung bürgerlicher Radikaler und Liberaler steht in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung keineswegs vereinzelt da. Es sei nur an das Verhalten LASSALLES und mehr noch das seiner Epigonen zu den Fortschrittsmännern auf der einen und den Konservativen und Bismarck auf der anderen Seite erinnert. Noch mehr an den im Text erwähnten Fall LAZZARI erinnert aber das bekannte Verhalten der Leiter der englischen Social Democratic Federation 1885, die mit vollem Bewußtsein zur Deckung der durch die Aufstellung eigener Parteikandidaten in zwei Londoner Wahlkreisen verursachten Kosten von der Tory-Partei, welche auf eine Zersplitterung der gegnerischen Stimmen und dadurch herbeigeführte Niederlage der Liberalen hoffte, angebotene Gelder angenommen hatte.

In den überaus heftigen Zusammenstößen der Arbeiter des Fascio mit ihren demokratischen Arbeiterkollegen und deren Führern nun waren es wiederum die „bürgerlichen“ Sozialisten, die den Vorwurf des Verrats, welcher jenen gemacht wurde, auf das allerentschiedenste zurückwiesen. Im Parlament, in das es bei den Wahlen von 1886 den Sozialisten gelungen war, zwei der ihrigen hineinzubringen, brach ANDREA COSTA, in dessen Heimatprovinz, der Romagna, die Zweiteilung der sozialistischen Parteien in Arbeiter und Bürgerliche nie bestanden hatte — vielleicht weil das überwiegende Element dort das Kleinbürgertum war —, und welcher die Entstehung des Partito Operajo in der Lombardei von Anfang an mit herzlichem Willkommen gutgeheißen hatte, in seiner warmherzigen Art für die Verleumdeten eine kräftige Lanze. Er gab zu, daß die Konservativen und die Regierung von dem heftigen Zwiespalt zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie — einem Zwiespalt, den er übrigens bedauere — profitiert haben möchten, erklärte es aber für absurd, von geheimen Abmachungen der Arbeiterparteien, Sozialisten und Anarchisten mit der Regierung zu reden. „Derartige Anklagen“ sagte COSTA, „werden von den Tatsachen selber widerlegt. Die Regierung hat sicher keinen anderen Berührungspunkt mit jenen Männern als die Prozesse und Verurteilungen!“ Auch die Mailänder Sozialisten nahmen sich trotz der vielfachen persönlichen und politischen Beziehungen, die sie noch zu den Radikalen unterhielten, der verleumdeten Arbeiter an. Im Fascio proklamierten sie gemeinsam mit COSTA ihre Überzeugung von der Ehrenhaftigkeit LAZZARIS. Unter den Unterschriften befand sich auch diejenige TURATIS und des Rechtsanwalts LEONIDA BISSOLATI.

Inzwischen war die Regierung selber, die eben noch bei den Wahlen den Partito Operajo heimlich subventioniert hatte, gegen die Arbeiter vorgegangen. Am 2. Juni 1886 erschien in Mailand ein höherer Polizeibeamter und erklärte im Namen des Gesetzes und „aus Gründen der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ den Partito Operajo für aufgelöst. In der Kammer spottete FELICE CAVALLOTTI, der Ministerpräsident DEPRETIS täte diesen Schritt allein aus dem Grunde, um den Verdacht, mit den sozialistischen Arbeitern im Einvernehmen zu stehen, von sich abzuwälzen. An Rede- und Preßfreiheit werde diesen Freunden der Regierung

ohnehin mehr gewährt als den bürgerlichen Demokraten. Die Regierung antwortete auf diese Anschuldigung mit einem langen Prozeß gegen die Führer des Partito Operajo, die mit der Verurteilung fast aller ihrer Führer, darunter auch Cost. Lazzari und Giuseppe Croce, endete (1887). In diesem Prozeß wurde den Arbeitern von Turati beigestanden. Die historische Wahrheit verlangt es, hier der Tatsache zu gedenken, daß auch die Demokraten sich nunmehr der Arbeiter annahmen. Neben dem Sozialisten Turati plädierte der Radikale Ettore Sacchi für die Angeklagten. Aus dem Zeugenverhör aber ist die Aussage Croces bemerkenswert, der Partito Operajo sei zwar an und für sich nicht subversiv, nehme aber doch auch Vereine der „Internazionalisti" auf, insofern diese sein Programm akzeptierten.[1]) Das war die theoretische Anerkennung von der Notwendigkeit einer weitergesteckten sozialistischen Partei.

Die beiden Richtungen der Sozialdemokratie in Italien waren sich im Laufe der Jahre unmerklich immer näher gerückt. Theoretisch unterschied sich der rechte Flügel der Internationale, die sogenannten „Socialisti", in Norditalien von den Arbeiterparteilern — der Partito Operajo war inzwischen selber auch kollektivistisch geworden — eigentlich nur noch durch den Grad der Wärme und des Gefühls, den sie in ihre Worte zu legen pflegten. Der Partito Operajo hatte, wie Angiolini richtig bemerkt[1]), etwas Frostiges in seinem Wesen. Er war kein Freund von Idealismus und Sentimentalitäten. Es war der nüchterne Geist des sein Leben innerhalb der kahlen, liebeleeren Wände der Fabrik und der Armenmietskaserne verbringenden Proletariats, der aus seinen Kundgebungen sprach. Die Socialisti hingegen waren die Bourgeois, die großmütigen und großgedankigen, deren Herz überquoll von Liebe zum Volke, die Idealisten und Revolutionäre, die des Tagesvorteils nicht achteten und nur dem Ziel, dem unverkümmerten Ziel zustrebten.

Schon die Persönlichkeiten der beiden Richtungen zeigten deren psychologische Verschiedenheiten an. Neben Costantino Lazzari, dem kalten nordischen Charakter, der sich immer mehr zu einem Anhänger des Marxismus, dessen verstandesmäßige Seite ihn mächtig

1) Vgl. Angiolini, a. a. O., II. Aufl., S. 155.

anzog, entwickelte; der wohl große Ziele kannte und sich ihnen in uneigennütziger Weise weihte, aber doch in allem, was er schrieb und sagte, stark ins Materielle und Praktische schillerte und den Altruismus nur für eine verschleierte höhere Form des Eigennutzes hielt; neben GIUSEPPE CROCE, dem geschäftigen und beweglichen Tagespolitiker und Arbeiterdiplomaten sehe man nur die Gestalten der Sozialisten bürgerlicher Herkunft: OSVALDO GNOCCHI VIANI, die verkörperte Herzensgüte und Milde, der Urtypus des Idealisten, dem jeder Kampf abscheulich, jedes harte Wort eine Beleidigung der Menschheit dünkt, der Ethiker und Erzieher[1]; ANDREA COSTA, der zur Romantik hinneigende Gefühlsmensch von überschäumender Lebenskraft, stets im Superlativ, damals zudem noch utopistischer Kommunist; die Russin ANNA KULISCHOFF, die soeben erst die Eierschalen blutrünstigsten Anarchismus abgestreift hatte, aber noch revolutionär bis auf die Knochen war, leidenschaftlich bis zum Exzeß und mit einem leisen Anflug weiblicher Sentimentalität; und endlich FILIPPO TURATI, als Schriftsteller ein Aristokrat mit all seinen Tugenden und Untugenden, mit weitem, vorwiegend klassischem Wissen, gewiß in allem das Gegenstück zu GNOCCHI-VIANI und doch ihm immer noch näher verwandt als den nüchternen Männern aus der Werkstatt.

Das einzige was die beiden Parteien theoretisch noch trennte, war der unglückselige Kastengedanke des Partito Operajo. Die Socialisti nahmen alle Männer in ihre Reihen auf, die in sie eintreten wollten. Auch sie bestanden der überwiegenden Mehrzahl nach aus Proletariern. Aber sie betrachteten ohne Unterschied der Person, des Geschlechtes und des Standes alle diejenigen als Kampf- und Parteigenossen, welche ihr Programm anerkannten und ehrlich gewillt waren, ihm zum Siege zu verhelfen. Den Männern vom Partito Operajo hingegen galten nur die für willkommen, welche die blusa trugen. Die Gesinnung allein war ihnen nicht Gewähr. Der Colletto ritto (Träger von Stehkragen) oder gar der Panciotto bianco (Träger weißer Westen) galten ihnen als Bourgeois, als unheilbare Gegner des Proletariats, als wahrscheinliche Betrüger der Arbeiter, im besten Falle als Irrlichter. Mit dieser Theorie von der absoluten Untauglichkeit sozialistischer

1) Vgl. das Werk des nunmehr 75 jährigen GNOCCHI VIANI: Coscienza Nuova. Milano 1909.

Bourgeois für den Befreiungskampf des Proletariats hat der Partito Operajo, so falsch sie auch offenbar war, dem italienischen Sozialismus viele wertvolle Dienste geleistet. Nicht nur, daß es dieser Theorie zu verdanken war, daß die von den Mißerfolgen und inneren Zwistigkeiten der Internationale vor den Kopf gestoßenen Arbeiter sich überhaupt wieder am politischen Leben selbsttätig beteiligten. Nicht nur, daß die autochthone Bewegung tief aufrüttelnd, erzieherisch, organisatorisch, auf die Arbeiter als Kollektivität wirkte. Sie hatte es auch, weit mehr als es unter einem Regime der Zulassung ehemaliger Bourgeois wahrscheinlich möglich gewesen wäre, zu Wege gebracht, daß aus der unendlichen Schar derer, die sie anregte, ein tüchtiges Häuflein sich zu vorbildlichen Mustern proletarischer Energie und Intelligenz herausbildete.

Es ist schwer zu vermeiden, daß in einem Verbande, in welchem Menschen zusammenarbeiten, die auf verschiedenen kulturellen Entwicklungsstufen stehen, zumal dort, wo die Reibungsflächen mit wachsamen Gegnern starke sind, die Gebildeten den weniger Gebildeten Führer im Kampfe sein werden. So war es auch in der Internationale gewesen, und so war es in den Vereinen ihrer Epigonen. Nicht anders stand es aber letzten Grundes auch im exklusiven Partito Operajo. Aber die Arbeiter, die ihm beitraten, weil sie sich in der Partei „unter sich" proletarischer und sinngemäßer, zweckentsprechender vorkamen, und auch weil mancher von ihnen sich mit der ehrsüchtigen Hoffnung schmeicheln durfte, hier, von keiner Konkurrenz bürgerlicher Intellektuellen gestört, auch einmal Führer werden zu können — trug er als Arbeiter unter Arbeitern nicht einen Marschallstab im Tornister? —, empfand das Walten dieses Gesetzes der Auslese hier nicht so peinlich. Wird in einer Arbeitersektion ein Doktor, ein Professor, ein Graf zum Führer, dann macht sich, auch wenn derselbe ein noch so erprobter Parteigenosse ist, bei den diese Sektion bildenden Arbeitern, zumal wenn ihre politische Schulung noch jung ist, leicht ein Gefühl des Mißtrauens merkbar. Schwingt sich aber ein Arbeiter unter Arbeitern zum Führer auf, so übersehen es diese über dem Ihresgleichen, mit dessen Führerschaft sich im Geiste jeder Einzelne von ihnen selbst identifiziert, fast stets, daß auch er, trotz seiner blusa, zumeist eine, und sei es auch auf noch so autodidaktische

Weise erworbene höhere Kulturstufe repräsentiert, und l[illegible]sten seiner Führerschaft geringen oder gar keinen Widerstand.

Unleugbar hatte der Partito Operajo eine ganze Reihe tüchtiger Kräfte aus den Kreisen der Arbeiterschaft zur Entwicklung gebracht. Aber sein Dogma von der Schädlichkeit der bourgeoisen Sozialisten und dem Monopol der schwieligen Faust als dem allein patentierten Retter aus der Not hatte in der Praxis doch vielfach gefährliche Risse erhalten. Gewiß hatte er einige Männer herangezogen, die, wie Costantino Lazzari in der Arbeitersache aufgegangen waren, und von denen man erwarten konnte, daß sie bis zu ihrem letzten Atemzuge Sozialisten bleiben würden. Aber das sofortige Abschwenken des Deputierten Maffi nach seiner Wahl hatte doch gezeigt, wie schwer es unter den obwaltenden Umständen gerade einem Arbeiter wurde, inmitten der theoretischen Verwirrung um ihn herum auf dem schmalen Pfade der Prinzipientreue zu wandeln. Als die Truppen des Landes in dem kolonialen Raubkriege gegen Abessinien die Niederlage von Dogali erlitten, und das ganze „klassenbewußte" italienische Proletariat, der Partito Operajo mit inbegriffen, die sofortige Rückberufung der Truppen aus Afrika und den Abbruch des Kriegs forderte, da waren es nicht die beiden Arbeiterdeputierten, die beiden „authentischen Proletarier" in der Kammer, der Buchstabengießer Antonio Maffi, Exdeputierter der Arbeiterpartei, sowie der Republikaner Armirotti aus Bologna, welche diesem Wunsche auch im Parlamente Ausdruck verliehen, sondern der „bürgerliche" Sozialist und ehemalige Philologiestudent Andrea Costa, dem statt der genannten Kollegen aus dem Arbeiterstande nur drei radikale Intellektuelle zustimmten (1887). Dieser Umstand gab zu denken.

Zudem machte sich in den Reihen des Partito Operajo allmählich selbst auch ein fühlbarer Mangel an Kräften bemerkbar. Zu vielen Lebensäußerungen der rasch gewachsenen Partei auf den verschiedensten Gebieten reichten die vorhandenen Führer schon numerisch nicht aus. Zu anderen besaßen sie nicht die Fähigkeit oder nicht die Kompetenz oder nicht die Mittel. Die Partei benötigte mehr Organisatoren, Propagandisten, Agitatoren als sie zur Verfügung hatte. Sie bedurfte Redner zur Abhaltung wissenschaftlicher, insbesondere medizinischer und nationalökonomischer Kurse, und sie duldete keine Studierten. Sie brauchte

eigene Rechtsanwälte zur Führung ihrer eigenen Rechtsgeschäfte, und sie duldete keine Advokaten. Sie bemühte sich um Mandate im Parlament, und sie brauchte deshalb Männer, die (in Ermangelung der in der italienischen Kammer nicht gezahlten Diäten) soviel eigenes Vermögen besäßen, um die Kosten der Deputation aus eigener Tasche decken zu können, und sie duldete keine Bourgeois. Alle diese Tatsachen wiesen den Partito Operajo sozusagen mit dem Zaunpfahle auf eine Versöhnung mit den Socialisti, die ihm alles das, wessen er bedurfte, und noch viel Intelligenz und Enthusiasmus dazu, zu bieten vermochten. Auch hatten die Socialisti in der Tat alles getan, was in ihren Kräften lag, um den Partito Operajo zu fördern. Sie hatten mit größter Selbstbeherrschung jede Polemik mit ihm vermieden. Sie hatten ihn unterstützt, auch wenn sie von ihm nicht wiederunterstützt wurden. Sie hatten sich spontan zu seinen Verteidigern gegen Regierung und Demokratie, Staatsanwaltschaft und Presse aufgeworfen. Nur das falsche Vorurteil lag noch einer völligen Verschmelzung im Wege.

Indes, auch dieses Vorurteil kam nach 1886 doch bedenklich ins Schwanken. Die Exklusivität des — bald nach seiner Auflösung wieder auflebenden — Partito Operajo als Kastenpartei stand zwar immer nach wie vor auf dem Papier, aber sie stand eben fast nur noch auf dem Papier. Die Socialisti drangen immer mehr in seine Reihen ein, ohne daß ihnen die Aufnahme verweigert wurde. Natürlich schwand das alte Mißtrauen noch nicht sofort. Noch im Februar 1888 sandte die Parteidirektion (Comitato Centrale) ein Zirkular an die Genossen, in dem es unter anderem hieß, nur mit Schmerz gewahre sie die neuerlichen Versuche, das ursprüngliche Wesen und den eigensten Lebenszweck des Partito Operajo zu verfälschen. Egoisten seien am Werk, diesen zu zerstören. Man sei dabei, aus dem Partito Operajo eine wahre Kirche für doktrinäre Sozialisten, wenn nicht gar — und das sei noch wahrscheinlicher — ein ekles Mischmasch sozialistischen Politikastertums, d. h. Strebertums, zu machen. Das Zirkular schloß mit den Worten: L'Operajo deve far da se![1]) (Der Arbeiter muß allein fertig werden). Aber dieser Appell an die Tradition war nur als vorübergehender Rückfall zu betrachten. Schon drei Monate später

1) ANGIOLINI, a. a. O. 2. Aufl. S. 206.

gab das offizielle Mailänder Parteiorgan des Partito Operajo, der „Fascio", eine Sondernummer heraus, welche die stolze Überschrift führte: I Socialisti e il Partito Operajo ai Milanesi (Die S. und der P. O. an die Mailänder Arbeiter). In ihr wurde eine förmliche Verbrüderung beider Gruppen gefeiert. Gleichzeitig zerschnitt FILIPPO TURATI das letzte Band, das ihn noch mit der Demokratie verband, indem er aus der Associazione Democratica austrat, und schrieb CAMILLO PRAMPOLINI, seiner Meinung nach seien die Arbeiterparteiler nichts anderes als Sozialisten. Man müsse schon die Bedeutung des Wortes Sozialismus willkürlich verändern, wenn man das bestreiten wolle.[1]) Zwar fand auch jetzt noch keine völlige Verschmelzung statt. Neben der Lega Socialista bestand der Fascio Operajo weiter. Doch trat COSTANTINO LAZZARI auch in die Lega Socialista ein und erklärte andererseits FILIPPO TURATI, daß er mit den Ideen des Fascio vollständig übereinstimme. Bei den provinzialen und kommunalen Wahlen 1889 stellten beide Richtungen eine gemeinsame Kandidatenliste auf, die folgende Namen umfaßte: für die Kommunalwahlen CROCE, den Bäcker ARDIGÒ, den Maurer S. CATTANEO, den Buchdrucker VINCENZO CORNEO, den Schriftsteller Dr. OSVALDO GNOCCHI VIANI, für den Provinziallandtag den Rechtsanwalt F. TURATI, also neben vier Proletariern zwei sozialistische Bourgeois. Nur CORNEO und TURATI kamen, beide mit Beihilfe der Radikalen, gegen Konservative und Klerikale durch.[2])

In demselben Jahre griffen auf dem VI. allgemeinen Arbeiterkongreß in Neapel die vereinigten Arbeiterparteiler und Sozialisten — die sich jetzt also schon ungestraft in die Arbeiterorganisationen mengen durften — die demokratischen Arbeiter an. Dem sozialistischen Baron Dr. ERRICO DE MARINIS gelang es aber noch nicht, den Arbeiter ANTONIO MAFFI mit einer Resolution, in welcher der Kongreß sich grundsätzlich für den Kollektivismus als Endziel aussprach, zu schlagen, aber alles ließ erkennen, daß der Sieg nahe war.[3]) Zum internationalen Kongreß in Brüssel wurden CROCE und TURATI entsandt, ein Proletarier und ein Intellektueller.[4])

---

1) Ebenda, S. 215. 2) Ebenda S. 216. 3) ERRICO DE MARINIS: Il Cellettivismo. Discorso. 3a edizione. Palo del Colle, 1895, Tip. F. lli Binetti e Liantrino, S. 8. 4) Ebenda S. 222.

So gingen die beiden Richtungen immer mehr in einander über. Die alten Schranken waren Ende der achtziger Jahre bis auf den letzten Rest gefallen. Trotzdem läßt sich weder sagen, welche der beiden Organisationen in der anderen aufging, noch gar ist es möglich, den Termin ihrer endgültigen Verbindung anzugeben. Je nach den Landstrichen war der Grad der Freundschaft, in welchem die proletarischen und die bürgerlichen Sozialisten zu einander standen, ein verschiedener. In den meisten Gegenden, wie in der Romagna, der Emilia, dem Veneto, hatte der Gegensatz überhaupt nie rechte Wurzel fassen können. Hier waren die Sozialisten schon längst geeint. Anderwärts wiederum, wie zumal in Ligurien, hatten sich beide, sozialistische Arbeiter wie sozialistische Intellektuelle, aus dem Halbdunkel einer unterscheidungsschweren Mischung mit den Demokraten noch nicht loslösen können. In der Lombardei aber und besonders in Mailand hielt das Mißtrauen der Arbeiter eine restlose Verschmelzung immer noch auf.

Es war erst im Jahre 1892, auf dem Kongreß von Genua, daß die völlige Verschmelzung des Partito Operajo mit den sozialistischen Gruppen ihr parteioffizielles Siegel erhielt, indem beide sich zu einer großen Neuschöpfung, dem Partito dei Lavoratori Italiani, der heutigen sozialistischen Partei, vereinigten. Hier endlich schloß nach ungezählten vorhergegangenen Waffenstillständen und Friedenspräliminarien die Bluse mit den Colletti ritti den endgültigen Brüderlichkeitspakt.

Aber der Kampfpreis dieser endlichen Einigung bestand in der Besiegelung einer neuen Zweiteilung im italienischen Sozialismus. Auf demselben Kongreß von Genua, auf welchem die bürgerlichen und proletarischen Sozialisten sich die Hand zum Bunde gereicht hatten, wurde die definitive Trennung beider von den Anarchisten beschlossen. Die Zweiteilung der Sozialisten in Proletarier und bürgerliche Überläufer hatte einer Zweiteilung derselben in Proletarier und bürgerliche Überläufer, die den Parlamentarismus als ein Hilfsmittel zur Erreichung ihrer Ziele anerkannten, einerseits und ebensolche Proletarier und bürgerliche Überläufer, die ihn nicht anerkannten, anderseits Platz gemacht. Auf die künstliche Scheidung der Sozialisten nach ihrer Geburt folgte die nach ihren Ansichten über die Bedeutung des Stimmzettels. Der Partito Operajo hat sich mit der Internationale erst vereint,

nachdem er sie gespalten. Das, was neben dem exklusivproletarischen Gedanken einst (1882) implicite das Hauptargument zu ihrer Parteigründung gewesen war, hatten die Mailänder Arbeiter damit erreicht: die Anerkennung der Evolution im Klassenkampf.

* * *

Nach der Vereinigung des Partito Operajo mit den Socialisti zu einer parlamentarisch-sozialistischen Einheitspartei geschah das Unausbleibliche: die Führerschaft im Vorkampf ging auf die bürgerlichen Elemente in der Partei über oder, wenn man will, wieder über. Die Episode einer besonderen Arbeiterpartei schloß in Italien mit dem sieghaften Eindringen bürgerlicher Sozialisten in ihre Reihen. FILIPPO TURATI, der Rücksichtslose, sprach witzig von einer vorgenommenen inoculazione del virus socialista nell' anemica arteria operaja und meinte, eine sozialistische Partei ohne Bourgeoisintelligenzen werde stets nur eine Partei von Analphabeten sein.[1]) Das war vielleicht übertrieben. Aber Eins ist nicht zu leugnen: der Umstand, daß die exklusive Arbeiterpartei, kaum daß ihre Verschmelzung mit den sozialistischen Gruppen vollzogen war, sich ihre Führer aus den Reihen der ehemaligen Bourgeois holte, bewies sonnenklar die vorläufige Unfähigkeit des italienischen Proletariats zu eigenklassiger politischer Leitung. Zusammenfassend können wir sagen, daß die Bedeutung der Nur-Arbeiterpartei auf die Entwicklung des italienischen Proletariats sich auf folgende wichtige Punkte erstreckt:

1. Die exklusive Mailänder Nur-Arbeiterpartei verlieh zuerst dem italienischen Sozialismus einen ausgeprägten Klassencharakter. Ihr proletarisches Prinzip des far da sè brachte, wie wir sahen, eine Scheidung zwischen den eigentlichen Proletariern und den aus bürgerlichen Kreisen stammenden Sozialisten hervor. Aber diese Scheidung war nur vorübergehend. Dagegen bewirkte das gleiche proletarische Prinzip die Scheidung der Arbeiterschaft von der — ja ebenfalls in bürgerlichen Händen befindlichen — Demokratie. Und diese Scheidung war eine dauernde. Insofern hat der Partito Operajo in Norditalien die Entwicklung vollendet, welche die Inter-

1) F. TURATI, i. d. Rivista Ital. del Socialismo, a. a. O.

nationalisten unter BAKUNIN und CAFIERO in Süd- und Mittelitalien begonnen hatten, und welche zwei Jahrzehnte früher als das bleibende Resultat der Lassalleschen Agitation in Deutschland gelten konnte: die Losreißung der Arbeiterschaft vom Schlepptau der bürgerlichen Linken und ihre pateipolitische Emanzipation.

2. Das Eindringen der Arbeitermassen Norditaliens in die sozialistische Organisation entschied auf lange Jahre hinaus — und im letzten Grunde bis auf den heutigen Tag — den alten Streit antiparlamentarischer und parlamentarischer Taktik zugunsten der letzteren, indem die Arbeiter ihr Schwergewicht im Sinne der Wahlbeteiligung und der Ausnutzung der Vorzüge des Parlamentarismus in die Wagschale warfen. Seit jener Zeit ist die italienische sozialistische Bewegung für den Anarchismus verloren geblieben.

3. Die Idee des auch politisch zu führenden, aber doch vorzugsweise wirtschaftlich begründeten Klassenkampfes ist durch den Partito Operajo so sehr in die italienische Volksseele übergeführt worden, daß er im Unterbewußtsein auch heute noch schlummert. Man hat deshalb häufig den Partito Operajo für den legitimen Vorläufer des Syndikalismus erklärt. Zweifellos hat diese neue Kampfesform, als sie 1904 zuerst in Italien auftrat, mit der alten Nur-Arbeiterpartei mehr als einen Kontakt aufzuweisen. Es war mehr als ein Zufall, daß sich die altbewährtesten Führer des ehemaligen Partito Operajo, insbesondere GIUSEPPE CROCE und COSTANTINO LAZZARI, der sogar eine Zeitlang das Zentralorgan der neuen Richtung, die Mailänder Avanguardia Socialista, leitete, dem Syndikalismus der LABRIOLA und LEONE anschlossen. — War doch beiden neben dem Mißtrauen gegen jede, auch unter dem Namen des Sozialismus auftretende, Advokatenpolitik sowie dem proletarischen Radikalismus in der Kampfesführung auch die Grundidee gemeinsam, daß der Zentralpunkt der Arbeiterkraft und infolgedessen auch der Arbeiterpolitik im gewerkschaftlichen Kampfe liege bzw. liegen müsse.[1] Aber die Abneigung der alten Arbeiterparteiler[2] gegen das Berufspolitikertum bedeutete weder eine Ablehnung der Intellektuellen, deren Notwendigkeit

---

1) Vgl. C. LAZZARI, Uno Spauracchio inutile. Avanguardia Socialista IV, 181.
2) Vgl. C. LAZZARI, La necessità della Politica Socialista in Italia. II. Aufl. Milano 1902. S. 43.

und Bedeutung sie inzwischen erkannt hatten, noch gar eine Ablehnung der Politik im engeren Sinne, insbesondere der Wahlbeteiligung. Hatte LAZZARI schon 1883 wenigstens theoretisch die Ruhmestitel der bürgerlichen Überläufer anerkannt [1]), so erklärte er 1906, daß nur die Prinzipien, nicht aber die Art des Anzugs die Zugehörigkeit zu den einzelnen Parteien bestimme.[2]) Als daher der Syndikalismus immer mehr zu einer rein kritischen Theorie wurde, welcher die soziale Gesetzgebung als für das Interesse der Arbeiter völlig irrelevant erklärte und sich praktisch, von einzelnen Ausnahmefällen abgesehen, auch für die Wahlen nicht mehr interessierte, kurz sich in Gegensatz zu einigen der fundamentalsten Grundsätze des alten Partito Operajo stellte, schwenkten die Veteranen dieser Partei ab und schlossen sich, da sie auch die reformerischen, wahlopportunistischen und revisionistischen Tendenzen der offiziellen Sozialistenpartei nicht zu teilen vermochten, in starrer, dem deutschen Marxismus in mancher Hinsicht verwandter Ideologie, aber mit größerer logischer Intransigenz als jene in sich selbst ab, nur ab und zu noch einmal mit altem Feuer den Versuch wagend, die Genossen, denen sie so vieles gegeben, auf den „rechten Weg" zurückzuführen.

---

1) In einem von LAZZARI verfaßten Rapporto al Congresso di Buffalo (erschienen in der Rivista Italiana del Socialismo, I, 281) finden wir folgende Sätze: Nel 1871 si trovavano degli uomini intelligenti e coraggiosi della borghesia, mentre la massa restava inerte, ancora indebolita dalle guerre per l'indipendenza e sedotta dalle tradizioni patriotiche. 2) C. LAZZARO, Uno Spauracchio, a. a. O.

Ernest Coeurderoy.

Von

Max Nettlau.

I.

ERNEST COEURDEROY, der infolge der außerordentlichen Seltenheit seiner Schriften auch Kennern der älteren sozialistischen und anarchistischen Literatur kaum dem Namen nach bekannt ist, gilt seit Jahren einem sehr engen Kreis als einer der glänzendsten Schriftsteller, einer der wenigen wirklichen Künstler, welche die eigentliche sozialistische Literatur besitzt. Diese Literatur ist ja in ihrem Hauptumfang Gelegenheits-, Gelehrten- und professionelle Arbeit, bei der literarisches Talent nur eine zufällige Zugabe ist. Ich spreche nicht von den mit sozialistischen und anarchistischen Ideen durchtränkten Kunstwerken, deren es viele gibt, die aber, wollen sie sich nicht von der Kunst entfernen, diese Ideen nur in indirekter, angewandter Form zum Ausdruck bringen können. Auch nicht von Männern wie SHELLEY, WILLIAM MORRIS, MACKAY u. a., die ihren Gefühlen dichterischen Ausdruck zu geben wußten. Aber Denker, die ihren Ideen eine solche Form zu geben vermochten, wie etwa NIETZSCHE sie seinen Gedanken zu geben imstande war, und die dadurch in die Weltliteratur Eingang fanden, sind wahrlich selten und zu diesen gehört nach meiner Meinung COEURDEROY, über den nach Erscheinen des Neudrucks seines — erstmals im Mai oder Juni 1854 und Dezember 1855 in zwei Teilen veröffentlichten — Hauptwerks „Jours d'Exil“, das ich in Paris im Oktober 1910 und Februar 1911 herausgab[1]), die Öffentlichkeit sich ihr eigenes Urteil bilden mag.

COEURDEROY, der Nachkomme einer seit Ende des 14. Jahrhunderts nachweisbaren, kernburgundischen, seit Ende des 16.

1) Vgl. den Literaturbericht des Herausgebers.

Jahrhunderts spezieller im alten Auxois zu lokalisierenden Familie wurde in Avallon (Yonne) 1825 geboren und wuchs in Tonnerre auf. Er war dem Ende seiner medizinischen Studien nahe (interne des hôpitaux seit 1846), als ihn der 13. Juni 1849 ins Exil warf, zunächst nach Lausanne, dann nach London, Spanien, Italien . . . In Paris hatte er im Comité des Écoles und in dem die Wahlen vorbereitenden Comité démocratique socialiste des Élections 1848—49 ernste Arbeit geleistet, die durch das Vertrauen beleuchtet wird, das ihn in die Commission des Vingt-cinq wählen ließ, welche der Bewegung des 13. Juni einen revolutionären Charakter zu geben suchte. Von Lausanne und London aus schrieb er für die vorgeschrittenste Zeitung seiner engeren Heimat, die Union républicaine von Auxerre, die Pariser PROUDHONschen Voix du Peuple und Peuple de 1850 (mit L. AVRIL), den Exilé, Almanach pour 1851 (eine Kollektivarbeit der Schweizer Flüchtlinge) und die Voix du Proscrit (Richtung LEDRU ROLLIN — DELESCLUZE) eine Anzahl Artikel und Aufsätze (1849—51), die zu dem aufrichtigsten gehören, das die 1848er Literatur besitzt, wenn sie auch für sich allein nicht genügen würden, ihm ein dauerndes Andenken zu sichern. Während fast alle anderen nur für ihre engere Richtung und deren Führer eintraten und auch die nächststehenden Nuancen bereits intim haßten, spricht aus COEURDEROY der tiefste Wunsch eines ehrlichen Zusammengehens aller sozialistischen Richtungen von PROUDHON bis BARBÈS, mit der die meisten sozialistischen Gegenwartsforderungen vertretenden sozialen Demokratie, der Montagne. Diese Artikel enthalten den Beweis seiner Loyalität gegenüber allen Nuancen der vorgeschrittenen Parteien — deren kraftvoller Zusammenschluß gegen den Bonapartismus damals noch nicht ganz unmöglich schien —, den Beweis seiner eigenen Wunschlosigkeit nach einer Führerrolle und wohl auch einige Spuren beginnender Einsicht in die Wertlosigkeit sektenhafter Einseitigkeit und Herrschsucht und nur äußerlicher Zugehörigkeit zu den demokratischen Parteien. Aber kein scharfes Wort entschlüpfte ihm, bis ihn die Ereignisse nach dem Staatsstreich und was er selbst in London sehen mußte, veranlaßten, seine Zurückhaltung aufzugeben. Nun erschienen, vom Juni 1852 bis Dezember 1855, sechs Schriften COEURDEROYS, die von einer Kritik der Demagogie und des Führertums ausgehend, zunächst

teils der Beginn größerer systematischer Arbeiten, teils Verfechtungen einer im folgenden zu erwähnenden eigentümlichen Hypothese sind. Bald aber weiß er sich in wunderbarer Weise, in stetiger Entwicklung, von dem Beiwerk der Polemik und der Hypothesen zu befreien und seine Schriften geben uns Gesellschaftskritik, Ausblicke in die Zukunft, Naturbetrachtungen, Diskussion vieler Probleme der Freiheit und der Revolution und eine Fülle anderer Erörterungen in immer anderer Form. Den besten Rahmen fand er in den Jours d'Exil, die seine Eindrücke aus den Jahren 1849—55 in der Schweiz, in Spanien, in Italien und in Savoyen wiedergeben; die Londoner Kapitel, die einen dritten Teil hätten bilden sollen, sind wohl als verloren zu betrachten. In diesen Büchern, besonders im zweiten Teil (da seine Begabung förmlich vor unseren Augen wächst), wandelt man wie in einem prachtvollen Naturpark und findet hier die anmutigsten Blumen, dort die schönsten Ausblicke in die nähere und weitere Ferne. Der traurigen Gegenwart wird man dabei nicht entrückt. Denn man sieht in die tiefsten Abgründe, auf deren Grund sich die heutige Menschheit bewegt, die Opfer aller Formen von Autorität und Ausbeutung. Niemand hat flammendere Worte der Empörung über jede Art von Unterdrückung geschrieben als COEURDEROY; niemand der Freiheit, der Schönheit und der Menschwerdung durch die Rebellion schönere Lieder gesungen. Wenn ihm aber seine Phantasie weiten Ausflug gestattete, ist sein Blick, schon durch seine in den Pariser Spitälern im Kontakt mit den Leiden der Armen verbrachte Jugend geschärft, von Falkenschärfe für alle Krankheitserscheinungen der Gegenwart, die Bourgeoisie, die Staaten und ihre jetzigen und künftigen Leiter, die Führer aller autoritären Parteien, auch der vorgeschrittensten republikanischen und sozialistischen. Seine Schriften enthalten viele Beiträge zur Charakteristik der Personen und Ereignisse von 1848—51 und der sozialistischen Systeme jener Zeit. Sie zeigen ferner, wie die Natur die Lebensweise, die Menschen des Auslands, der Schweiz, Englands, Spaniens, Italiens auf einen jungen Franzosen wirkten, der ihnen mit brüderlichster Sympathie und vollstem Internationalitätssinn entgegenkam, wie er ja selbst seine glänzende Zukunft dem Protest gegen die Erwürgung der römischen Republik durch die französische Armee — dieser Protest führte bekanntlich zum 13. Juni 1849 — zum Opfer gebracht hatte.

Das Schicksal seiner sechs Schriften ist charakteristisch. In der ersten derselben, der mit Octave Vauthier zusammen verfaßten Barrrière du Combat, hatte er den autoritären Sozialisten und Republikanern, Mazzini, Ledru Rollin, Louis Blanc, Cabet, Pierre Leroux u. a. kecke Wahrheiten gesagt: die strikteste conspiration du silence war die Antwort. Nur Alfred Talandier (1854) und später Joseph Déjacque (1859) setzten sich in freundlicher Weise mit ihm auseinander. Seine Werke blieben unbekannt und wurden überdies später in beträchtlichem Umfang auf eine in seiner Biographie näher besprochene Weise zerstört, verbrannt. Nach 20jähriger Aufmerksamkeit auf Coeurderoy kann ich von den sechs Schriften nur sechsundfünfzig Exemplare nachweisen, davon drei zerstört oder verschollen.[1])

Die Titel dieser Schriften sind: La Barrière du Combat (von E. Coeurderoy und O. Vauthier). Bruxelles 1852, 28 pp.; De la Révolution dans l'Homme et dans la Société. Bruxelles 1852, 240 pp.; Jours d'Exil, première partie. London 1854, 297,2 pp; Trois Lettres au journal „L'Homme". London 1854, 28 pp.; Hurrah!!! ou la Révolution par les Cosaques. London, Octobre 1854, 437 pp.; Jours d'Exil, deuxième partie. London, Décembre 1855, 574, 2 pp.

Die noch angekündigten Werke: Jours d'Exil, troisième partie und De l'Harmonie dans l'Homme et dans la Société (um von der Erwähnung anderer literarischer Pläne ganz abzusehen) sind wahrscheinlich nie erschienen — oder total verschollen, vernichtet? Die plötzliche Unterbrechung der Tätigkeit Coeurderoys, der erst 1862 in Fossaz bei Genf starb, bildet eines der noch ungelösten Probleme seiner Biographie.

* * *

Wenn das bisher zur Charakteristik Coeurderoys und zur Orientierung über ihn Gesagte vielleicht nur bei Liebhabern von literarischen Kunstwerken und Seltenheiten Interesse für ihn erwecken mag, so wird seine Besprechung an dieser Stelle m. E.

1) Ich selbst fand 19 der 53 (56), von denen ich 12 besitze. Die Pariser Bibliothèque nationale (5) und drei Sammler besitzen den überwiegenden Teil der anderen Exemplare.

durch die Rolle gerechtfertigt, die er durch seine Schriften in der Geschichte einer der Richtungen des Sozialismus, nämlich des Anarchismus, einnimmt. Wenn man einwenden würde, daß seine eben geschilderte Isoliertheit eine solche Rolle ausschließe, so möchte ich erwidern, daß seine Rolle vielleicht jetzt erst beginnt, wo seine in der Nacht der fünfziger Jahre verhallenden Worte von tausenden verstanden werden, wie er schon einem kleinen Kreis seit Jahren, man könnte fast sagen, neue Lebensfreude, Lust am eigenen Denken, das Glück des Selbständigkeitsgefühls gab. Ferner ist zu bedenken, daß eigentlich jede größere Leistung das Werk Isolierter ist, d. h. nicht solcher, die dem geistigen Leben ihrer Zeit fernstehen — und COEURDEROY war eins mit allen Sozialisten, allen Revolutionären seiner Zeit, die er neidlos und bewundernd anerkannte —, sondern solcher, die sich von Parteigetriebe, Tagespolitik und Koteriewesen fernhielten. Fast jeder sozialistische Schriftsteller macht eine COEURDEROY gerade entgegengesetzte Entwicklung durch: als unabhängiger Denker beginnend, wird er bald einer Partei angegliedert oder bildet seine eigene Partei, und gerade wenn seine Kräfte reifen, hindern ihn allerlei Bande und praktische Bedenken, sie wirklich zu freier Forschung zu gebrauchen. COEURDEROY dagegen, der eine Zeit lang die gebahnten korrekten Wege nicht verlassen hatte, sprengte seine Fesseln, und was ihm sein wachsendes Talent zu sagen ermöglichte, das sprach er mit unbedingtester Aufrichtigkeit aus. Er hatte seine Freiheit gewonnen — andere pflegen sie zu verlieren. Wir sehen also das seltene Bild eines Mannes, der sich unter den ungünstigsten äußeren Umständen, von Land zu Land getrieben, von den eigenen früheren Genossen proskribiert, in den Jahren der stärksten Reaktion, 1852—1855, in seinen Büchern eine Oase des freien Gedankens schafft. Denn er fühlte, daß er etwas zu sagen hatte.

Selbst PROUDHON, der zu Beginn der 40er Jahre so kühn die Anarchie konzipiert hatte und ihr auch in seinem innersten Wesen treu blieb, sucht in den folgenden Jahren, statt die kaum angedeutete fruchtbare Idee nach allen Richtungen zu erweitern, sie auf eine praktische, nüchterne, ökonomische Formel zu reduzieren, was revolutionär fühlende ebensowenig befriedigen konnte wie der Experimentalsozialismus FOURIERS proletarisch denkende

befriedigt hatte. Fourier, Owen u. a. wollten zunächst, daß sich der Sozialismus aus eigenen Mitteln neben der kapitalistischen Gesellschaft aufbaue, diese allmählich ersetzend. Proudhon wollte in gleicher Weise, durch direkten Austausch und gegenseitige Kontraktbeziehungen, Staat und Gesellschaft ignorieren und der Erschöpfung und Auszehrung überlassen. Ob man auf diese Ideen noch einmal zurückgreifen wird, ist eine andere Frage. Damals und bis heute waren Ausbeutung und Staatsdruck so groß, daß dieser freiwillige, aus Eigenem schaffende Sozialismus und Anarchismus den meisten unerreichbar schien, und es bildeten sich naturgemäß die Ideen der Expropriation der Besitzenden (besonders seit Blanqui in den 30er Jahren den Babouvismus wieder aufnahm, worin ihm Marx später folgte) und der Zerstörung des Staates (Bakunin, seit den 40er, in öffentlicher Propaganda seit den 60er Jahren). Man glaubte nichts ohne vorherige Zerstörung des alten aufbauen zu können. Nach dem Siege fielen die gesamten Produktionsmittel etc. dem Proletariat zu, das dann die freie Gesellschaft auf kollektivistischer oder kommunistischer Grundlage staatlich (Sozialismus) oder frei (Anarchismus) organisierte.

In der Linie der Entwicklung von Proudhon zu Bakunin sozusagen liegen nun mehrere isolierte anarchistische Schriftsteller der 50er Jahre, die eine ähnliche Entwicklung durchmachten wie Bakunin selbst, und es ist interessant zu beobachten, wie sich diese Entwicklung über Proudhon hinaus in den Einzelnen vollzog. Ihrer Tätigkeit folgten immerhin manche Revolutionäre, meist französische Flüchtlinge, mit Interesse, ohne selbst viel schriftliche Spuren zu hinterlassen: ich erinnere an den Club de la libre discussion in London. Manches ließe sich hier aus mündlicher Überlieferung mitteilen. Ein Stück Vorgeschichte der Internationale spielt sich schon damals ab, wie ja überhaupt bald darauf, in den 60er Jahren, der Zeit des Erwachens, viele der überlebenden 48er allerorts wieder die Hand ans Werk legten.

Viel aus diesen einsamen Jahren ist vergessen, verloren. Manches läßt sich wiederfinden. Neben Personen, die für mich noch nicht klare Konsistenz gewonnen haben, ragen Coeurderoy, Joseph Déjacque und Anselme Bellegarrigue hervor, deren meist überaus seltene Schriften und Hauptzüge ihrer Tätigkeit mir doch allmählich bekannt geworden sind. Bellegarrigues

Zeitschriften, La Civilisation (1849) und L'Anarchie (1850), Broschüren der Association des libres penseurs von Meulan usw. DÉJACQUES Broschüren, Gedichte, Utopie und seine Zeitschrift Le Libertaire (New York 1858—61) usw. ermöglichen ebenso wie die Werke COEURDEROYS das volle Studium ihrer Ideen. Seltsamerweise verliert sich das Leben aller drei in ein noch wenig gelichtetes Dunkel. Krankheit mag die Kraft wenigstens von zwei unter ihnen gebrochen haben. BELLEGARRIGUE, dessen Ideen durch einen früheren Aufenthalt in Nordamerika vielfach angeregt waren, kehrt nach Amerika zurück, und sein Schicksal in San Salvador ist noch unbekannt; DÉJACQUE, 1861 oder 1862 aus New York nach Europa zurückgekehrt, stirbt nach mehreren Jahren in Paris; COEURDEROYS letzte sechs Lebensjahre sind uns beinahe ein weißes Blatt. Alle drei, zum mindesten COEURDEROY und DÉJACQUE, waren so sehr ihrer Zeit vorangeeilt, hatten ein so intensives Gedanken- und Phantasieleben geführt, waren in solchem Grade der Feindseligkeit auch derjenigen, von denen sie doch ein bischen Verständnis hätten erwarten dürfen, ausgesetzt, daß ihre Kräfte schließlich erlahmen mochten und Ermüdung, Erschöpfung sie ergriff. Bald setzte BAKUNIN, der diese Jahre im Kerker und in Sibirien zugebracht hatte, nach Europa zurückgekehrt, das von diesen heute verschollenen Vorläufern begonnene Werk fort; ein Zusammenhang zwischen ihm und jenen ist weder nachweisbar noch irgendwie wahrscheinlich.

II.

Ich würde COEURDEROY nie gerecht werden, wenn ich seine Ideen in Systemform aneinanderreihen würde; wenn auch gewisse Gedankengänge alle seine Schriften durchziehen und er manche Hypothesen mit äußerster Hartnäckigkeit verfocht, liegt doch einer seiner Hauptreize darin, daß wir die Gedanken noch im Fluß sehen, der Gedankenarbeit und dem Spiel der Phantasie beiwohnen und dadurch zahllose Anregungen und Ausblicke erhalten. Mag er später dem Systematiker verfallen, — vorläufig möchte ich nur den gänzlich unbekannten durch Anführung charakteristischer Stellen aus seinen Schriften dem Leser etwas näherbringen.[1])

---

1) Abkürzungen: R = De la Révolution; H = Hurrah!!; L = Trois Lettres); I, II = Jours d'Exil, I, II.

Vorauszuschicken wäre, daß die Idee zahlreicher Analogien zwischen dem Menschen und dem Gesellschaftskörper COEURDEROY früh beherrschte und den Ausgangspunkt eines größeren Werkes bilden sollte.

Elles n'ont pas été perdues pour moi, les heures passées dans les amphithéâtres . . . . J'observais le théâtre des dernières luttes que la vie et la mort se livrent sur notre organisation fragile; j'admirais les travaux de défense de l'une et les plans d'attaque de l'autre, lorsque toutes deux, pour remporter la victoire, déploient leurs efforts suprêmes. Et c'est en étudiant le travail de composition et de décomposition d'un organe que je pénétrai les mystères de destruction et de renaissance d'une société.“ . . . . (H 237—238). — La loi de vie est transformation universelle (R 38). — Dans l'univers, les transformations s'opèrent par cataclysmes, dans la société par révolutions, dans l'homme par crises (R 43).

Diesen Ausführungen ist die erste Hälfte von De la Révolution gewidmet, bis er mit dem Kapitel: La Révolution démocratique et sociale und dem Epilog L'Exil einen höheren Schwung nimmt. Sein erster Blick in die Zukunft findet sich R 142—146. Doch will ich, da ich nur wenige Auszüge als Proben geben kann, hierüber einiges aus späteren Stellen anführen:

Une civilisation de décadence contient, dans son sein, tous les matériaux d'une société en enfance; les désespérantes négations des époques destructives nécessitent les affirmations solides sur lesquelles l'humanité reconstruit. Quiconque voudra bien observer aujourd'hui la dissociation des éléments du monopole, pourra prévoir le mode d'après lequel se produira la prochaine unification socialiste.

Les nations d'Occident font des révolutions chaque jour; chaque jour elles essaient, tâtonnent et trébuchent, créant gouvernements, dictatures, assemblées, conventions, majorités et minorités à tous degrés, de toutes formes; . . . Et cependant elles ne réussissent ainsi à rien fonder de durable. Elles s'aperçoivent que tous les gouvernements sont impuissants à sauvegarder des intérêts injustes, incapables de faire droit à des revendications légitimes, lourds aux minorités, aux majorités même, en dehors du mouvement social, hostiles à tous, condamnés à périr dans la plus épouvantable anarchie. Et plus cette vérité est démontrée aux hommes, plus les hommes s'obstinent à la nier. Ils sont las de l'autorité; mais, ne sachant encore comment la remplacer, ils l'exagèrent dans les faits jusqu'à la bouffonnerie la plus prétentieuse, en même temps qu'ils la détruisent à tout jamais dans son prestige et dans l'opinion publique . . . Le régime de la force armée et gouvermentale ne peut tenir longtemps dans un siècle dont la minorité pensante et la philosophie libre sont liguées contre lui . . . Divine ou terrestre, l'autorité est morte au coeur des hommes!

Toute tentative de revendication pour la Liberté et la Justice est étranglée

sans pitié dans la gorge des hommes de coeur. On rédige des listes de suspects, on proscrit, on dépossède, on emprisonne, on raccourcit à tort et à travers. Les plus grands scélérats se saisissent des pouvoir; les hommes les plus honorés subissent des peines infamantes: preuve est donc faite que le Pouvoir est chose méprisable et que les jugements des hommes ne souillent et ne purifient personne. Les vengeances d'un parti sont effacées par celles d'un autre; la terreur n'est plus guère qu'un vieux mot qui fait sourire; . . . Ainsi notre jugement trembleur s'accoutume à voir les hommes nus comme notre premier père, et nous comprenons à peu près maintenant que l'accord général de l'Humanité naîtra de la division des individus poussée à l'infini. Les hommes commencent à soupçonner avec étonnement qu'ils peuvent vivre libres et sans directeurs, chacun suivant le cri de ses passions, l'impulsion de ses intérêts et de ses instincts. Déjà toutes les notions de moralité conventionelle sont interverties, tous les préjugés déracinés. On ne sait plus ce qu'il faut entendre par ces mots: Droit, Devoir, Morale, Crime, Vertu, Juste et Injuste. L'homme refuse de s'abaisser sous toute autre main que celle du Sort. — Ainsi passent — sic transeunt — la Gloire, la Justice et la Morale fausses imposées aux hommes par ceux qui les dominent.

Les lois tombent en désuétude. On les amende, commente, augmente et diminue; on les corrige, on les reficelle; on en fait de nouvelles qui retirent toute force aux anciennes. De sorte que toutes ces dispositions légales s'annulent les unes par les autres, de sorte qu'en discutant la loi, les hommes la détruisent . . . Mais le monde futur est dans l'âme des hommes rebelles et justes, dans l'âme des condamnés que fait la Civilisation. Le germe de la société nouvelle est sous la terre, et la terre sera déchirée en l'enfantant!

Chaque année les bornes de la propriété sont marquées des noms nouveaux. Les banqueroutes et les revers de fortune se succèdent sans interruption . . . La Misère, plus cruelle que le fouet, contraint au labeur quotidien la population hâve des ouvriers. — Mais comme le principe sur lequel repose le Privilège est faux, les modifications qu'on lui fait subir affaiblissent le Privilège, peu élastique de sa nature. L'extrême opulence et l'extrême pauvreté, subies autrefois sans plainte par le petit nombre, disparaissent et peu à peu se confondent dans une médiocrité de gêne qui pèse sur tous et devient insupportable à tous . . . Il résulte de cet état de douleur que les négations les plus hardies du droit d'aubaine s'imposent aux consciences; il en résulte que le Crédit se substitue à l'Intérêt, la Jouissance communicative à l'Epargne frileuse, l'Echange aux couleurs vives à la Usure amaigrie, le Bonheur qui rayonne à la Privation pâlie. L'homme découvre enfin qu'il vivra plus heureux sans la lèpre de la Propriété, et que l'attaquer, c'est faire de l'ordre.

Par la force des choses, l'intérêt de l'argent est progressivement abaissé le papier-monnaie prend cours; beaucoup plus de billets de banque sont émis que ne le permet le capital social; on dégrève peu à peu les petites taxes, on fonde des instutions de crédit foncier, on commandite le travail; la concurrence, en s'étendant, réduit à rien la prélibation du commissionaire parasite. — En sorte que la valeur réelle du Travail se substitue peu à peu à la valeur

fictive du Capital. En sorte qu'on finit par arriver à la gratuité du crédit, à la généralisation de l'Echange et à la suppression de tout ce qui leur fait obstacle.“ (H. 285—88.)

* * *

Ein Ausblick auf die kommende Gesellschaft:

Au contraire, dès que tous les biens de la terre seront convertis en instruments de travail et de reproduction générale, dès que l'activité de l'homme pourra se déverser, s'épancher sur toutes choses, la production et la consommation n'auront plus de bornes; une distribution haletante, équitable, les équilibrera, les excitera, les provoquera sans cesse. Alors tous les hommes concourront, suivant leurs aptitudes, à un marché sans limites qu'ils exploiteront au moyen de signes d'échange et d'ateliers innombrables, — instruments de fabrication appartenant à l'humanité. Alors tous les hommes seront des ouvriers qui exécuteront pour la masse sociale des travaux attrayants et spéciaux, tout en conservant leur liberté d'action. Alors les lois de la production et de la consommation, ainsi que les taux de valeurs, seront établis par le fait même d'une circulation incessante de tous les biens de la terre entre tous les membres de la société. Or nous savons, à n'en pas douter, que la justice est impartiale quand elle repose dans les mains de tous, quand chacun est gardien de son bon droit. Nous savons grâce à l'observation de la nature humaine, positivement supérieure à toutes les doctrines de l'illustre demi-Dieu Comte, que l'égoisme est le mobile de toutes les actions de l'homme libre, et que l'intérêt de chacun ne peut nuire à personne dans une société juste, dépossédée de moyens d'accaparement et de violence (II, 468).

. . . ces sociétés dont la production et la consommation devenues immenses s'équilibreront par un échange toujours libre, toujours équitable . . . (II, 145).

En effet il n'y a plus qu'on mot pour désigner le travail et le plaisir confondus. Toutes les occupations de la vie sont devenues attrayantes pour l'homme. Les plus rudes labeurs s'exécutent au milieu des concerts d'allégresse. L'humanité ne conçoit plus de divertissement qui ne s'accompagne d'utilité, plus d'entreprise utile qui s'accomplisse avec peine (II, 258).

Letztere Stelle ist der weitgehendsten Utopie entnommen, die man bei Coeurderoy und, wenn man von Déjacques „Humanisphère“ absieht, vielleicht irgendwo findet: Une Fête universelle à Lisbonne. Triomphe de Vénus (II, 249—288). Wir sehen die Richtung, in der sich das anarchistische Weiterdenken über Proudhon hinaus bewegte; der philiströse Kommunismus Cabets und die staatliche Organisation der Arbeit Louis Blancs konnten nur abstoßen, aber Fourier, der wirkliche Fourier, nicht

die verwässerten Ideen seiner Schule, behielt seinen Reiz („Comme les bourgeois phalanstériens auraient peur du bonhomme Fourier, s'ils savaient le lire!" (H 159).

Eine Art Synthese der Ideen Proudhons und Fouriers war der nächste Schritt, der zu Ideen führte, die dem kollektivistischen Anarchismus einer späteren Zeit nahe stehen: allgemeine Zugänglichkeit der Arbeitsmittel und freies Verfügen eines jeden über sein Arbeitsprodukt.

Daß es sich für Coeurderoy nicht um die Ausarbeitung eines exklusiven Systems handelte, sondern um eine Grundlage, auf der sich jeder seinen Neigungen entsprechend entwickeln könne, zeige folgende Stelle, die von den geschlechtlichen Verhältnissen ausgeht:

> . . . On reste ensemble tant que l'on se convient, éternellement si l'on veut; on a plusieurs hommes on plusieurs femmes, si l'on s'en sent le courage; on alterne, on varie, on cultive l'amour de sa pensée et l'amour de sa chair. On comprend enfin le rôle de la Bacchante et celui de Mme Roland. Quant au sort des enfants, il est assuré par l'organisation même des sociétés qui ne reconaissent plus d'autre valeur que le travail et qui peuvent en livrer les ments à quiconque leur donne des produits en retour.
>
> Il faut que ceux-là même qui voudront soient libres de s'enfermer dans des couvents de travailleurs. La vie monacale est dans la nature de beaucoup de gens; bien comprise, elle sera fort utile à certaines fonctions, par exemple, celles de conservation et d'érudition dans l'intérêt de tous.
>
> Tout est dans le vrai, dans le juste et le bien dès qu'il n'ya plus loi rente, héritage, intérêts opposés aux voeux de la nature. Aujourd'hui notre bonheur est encadré dans nos tristes moyens d'existence. C'est tout le contraire qui devrait être. Que l'homme donc règle sa vie sur ses désirs de félicité!
>
> Telle sera la Patrie de l'Amour attrayant et libre dans l'Avenir. (II, 144—5).

Bei dem erwähnten Fest der Menschheit werden die allgemeinen Interessen im „Palais des conseils publics" auf einer Anzahl von Fachkongressen zwanglos besprochen:

> Ces assemblées n'ont pour but que de se communiquer des idées, des expériences, des observations, des résultats et des découvertes, en un mot de traiter toutes les questions dont l'humanité s'occupe. Aucune opinion n'est sanctionnée par un vote; le suffrage universel n'existant pas et ne prouvant rien, aucune majorité n'est constatée. La Loi, l'Autorité sont à jamais détruites. De ce qu'il entend, de ce qu'il voit, chacun prend ce qui lui convient dans toute la liberté de sa raison, ne subissant d'autres influences que celles qu'il recherche. La Centralisation gouvernementale, celle qui opprime les personnes

n'est plus pratiquée, n'est plus possible. Tous les citoyens sont fonctionnaires [1]), et toutes les fonctions sont reliées par l'Echange. Aucune autre solidarité ne peut s'établir; elle a été reconnue nuisible à la liberté de l'individu, nuisible à l'organisme social. (II, 281).

So bemerkt er auch:

Et je suis aussi franchement an-archiste qu'homme puisse l'être. (L 6, Anm. 1). Révolutionnaires anarchistes . . . (H 20); l'Anarchie de l'Avenir (H 145) etc. und:

„Nous qui ne voyons de Révolution sociale, universelle et vraie que dans l'abolition de la Propriété, du Gouvernement et de l'Intérêt, que dans l'absolue liberté de la Pensée, de l'Amour, du Travail et de la Raison, que dans l'universelle anarchie en un mot . . . (H 154).

L'Avenir dissoudra le gouvernement civilisé! — La clef de voûte de tous les intérêts injustes, le lien qui les resserre en un faisceau, les étrangle et les déchire pour les conserver mieux au risque de les rompre! La machine à broyer le pauvre, à écorcher le riche, à les éterniser l'un et l'autre, lépreuses, souffreteuses espèces que rien ne peut guérir! La verge fleurie de la violence que les peuples remettent aux plus audacieux, aux plus scélérats des hommes, aux descendants d'Aaron pour nous fouetter jusqu'au sang! La Méduse moderne, ouvrant les mille bouches inassouvies de ses fonctionnaires sur les épaules des majorités patientes.

La bande privilégiée des brigands officiels comfortablement établie tout le long des grandes routes, dans les rues larges, aux portes des cités, dans les palais et les chaumières, sur les bords des fleuves et les cimes des montagnes! Celle qui dévalise, blesse, assassine impunément, sûrement l'humanité qui chante en passant son chemin!

Le Gouvernement provoque le désordre, l'entretient, le renouvelle sans cesse parce qu'il en boit et en mange, parce qu'il ne vit qu'à la condition de conserver l'inégalité parmi les hommes: parce qu'il gouverne enfin!

Le Gouvernement, l'épine inflammatoire des sociétés! . . . (II, 549).

Letzteres Zitat zeigt Coeurderoys warmen, plastischen Stil, der in den früheren Zitaten nicht zu vollem Ausdruck kam, weil ich möglichst theoretische Stellen aussuchte. Darin liegt ja eben die künstlerische Tat, die seine Werke darstellen, daß er auf diesen vielen hundert Seiten, die von allen erdenklichen Gegenständen handeln, von der schärfstbeobachteten Schilderung des materiellen Elends des Proletariats, des geistigen Elends der Bourgeoisie, zur enthusiastischsten Hingabe an die Natur und dem phantasievollsten Flug in die freie und schöne Zukunft, all dies in bunter Reihe an uns vorüberziehende mit seinen glühenden Wünschen nach Freiheit

---

1) Coeurderoy hatte sich das Recht erworben, sich so auszudrücken; man wird dieses Wort nicht mißverstehen.

und Schönheit und dem aus diesen folgenden Glück eines jeden und aller zu durchtränken, auf ein höheres Niveau zu heben wußte.

Il n'yaura place au soleil pour tuos les peuples et pour tous les individus que lorsque les gouvernements et les circonscriptions territoriales auront disparu. Dans les âges futurs, il n'y aura plus qu'une seule nation, l'Humanité, et qu'un seul citoyen, l'homme, libre de s'associer avec tel ou tel groupe de ses semblables, sans y être contraint par la naissance, le hasard des batailles on le bon plaisir de ceux qui commandent. Toute autre division de l'espèce humaine crée une société dans une société, oppose les races et les intérêts, éternise la guerre, l'autorité et la discorde„ . . . (I, 187).

Ist es nötig, noch den Nachweis zu führen, wiefern COEURDEROY, dem Beobachter und Kritiker, Denker und Träumer, das Systemmachen lag? Man lese I, 42, wo es u. a. heißt:

. . . „C'est qu'il n'est qu'une chose au pouvoir de celui qui s'occupe de science sociale: marquer au crayon rouge tous les édifices qui doivent disparaître. L'homme est trop borné pour saisir l'ensemble des objets et des siècles qui concourent à la reconstruction des sociétés. L'humanité tout entière peut reconstruire, éternelle qu'elle est et maîtresse de son action dans tous les milieux.

L'homme qui cherche à élever ne fait rien que créer, contre la société, des sectes temporaires.

. . . Je ne suis pas avec les révoluti-on-naires, la Révolution. Je ne suis pas avec les systématiques, je suis avec la science.

Gloire à toi, liberté!

* * *

Wie dachte sich COEUREDEROY die Möglichkeit der sozialen Revolution? Er hatte von den Pariser Junitagen 1848, deren Opfer er in nächster Nähe als Arzt im Hôtel Dieu zu pflegen hatte, einen unauslöschlichen Eindruck erhalten: die Macht des französischen Proletariats schien ihm dadurch für unabsehbare Zeit gebrochen zu sein.

„D'où viendra cette force? Question redoutable. Hélas! jamais le prolétariat ne se relevera si désespéré, si géant, si glorieux, si ferme dans ses principes, si absolu dans son programme, qu'aux jours de juin 1848. Ne l'espérons plus; ce fut son effort suprême . . . "

Avec son dernier soupir, la France révolutionnaire a légué aux nations la solution du problème social; elle est morte, vaincue par les douleurs de l'enfantement. . . . La France est morte à la Révolution. . . . (I, 59).

Daß von der französischen Bourgeoisie, die durch den Staatsstreich und frühere Verfolgungen in solchen Mengen in die schärfste politische Opposition gedrängt, ins Exil getrieben wurde, trotz ihrer

damals vielfach geäußerten sozialistischen Sympathien nichts für die wirtschaftliche soziale Revolution zu erwarten sei, zeigte Coeurderoy in dem mit glänzender Verve geschriebenen Kapitel „La Révolution démocratique“ des Buchs De la Révolution (135—218). Die Ereignisse vom 4. Septemcer 1870 bis zur Maiwoche der Kommune, 1871, waren ja in ihren Hauptzügen eine Wiederholung der Monate Februar bis Juni 1848, zum Teil mit denselben Personen, die die alten Kämpfe wieder durchkämpften. Wenige durchschauten all diese Verhältnisse so klar wie Coeurderoy und man muß diese Schärfe des Blicks, da wo er selbst gesehen, nicht vergessen, wenn man zu einem ruhigen Urteil über seine Kosaken-Idee kommen will, die seinen Zeitgenossen zum Vorwand diente, ihn als exzentrischen Menschen total zu ignorieren. Ein bequemer Vorwand, der seine vernichtende Kritik aller autoritären Richtungen nach Möglichkeit unterdrückte.

En chimie, c'est par l'intervention d'un réactif puissant que les corps en dissolution se précipitent sous une forme nouvelle; il ne saurait en être autrement dans le creuset social.

Les élements de la civilisation sont dissociés; une force immense et nouvelle doit intervenir pour produire l'ordre que nous attendons.

Le socialisme s'est élevé du sein des nations civilisées. Le christianisme avait pris naissance dans une étable du monde païen.

Dans la société païenne qui le persécutait, le christianisme n'eût jamais grandi. Il fallait qne le monde romain fût bouleversé par l'invasion des Barbares. Dans la société civilisée qui lui est hostile, le socialisme périrait, et il ne peut périr . . .

S'il appartient à la France savante de propager les idées de la Révolution, il faut une nation inculte pour les réaliser. (Barrière du Combat, 26—27).

Er schließt also:

Il n'y aura plus de Révolution tant que les Cosaques ne deseendront pas. (R 213). . . . Quant ils seront déchaînés sur les champs de bataille, quand un mot de justice et de liberté aura résonné à leurs oreilles, ces millions de paysans barbares auront plus facilement raison d'une poignée de boyards que le prolétariat français de la masse des intérêts bourgeois qui s'opposent à son émancipation. C'est alors que l'asservissement des siècles se rachètera par des représailles d'une cruauté inouie; c'est alors que les idées, les tendances si longtemps comprimées et muettes, éclateront avec fracas dans la Babel moderne, et que le cynisme de la servitude opulente fera place à une soif inextinguible de liberté.

C'est alors que la barbarie et la civilisation, ces deux filles de Satan s'étoufferont dans une dernière et mortelle étreinte, et que la tempête dé

chirera sur mille points à la fois la surface de cette mer de peuples, si unie, si calme en apparence, sous la tyrannie....

Puis, quand les vents auront balayé les cendres de plusieurs générations; quand la tradition aura été perdue et retrouvée encore; quand la civilisation aura été exécutée, ... la barbarie conquérante, préparée à la conversion par son déplacement, se mêlera aux nations conquises, leur infusera son sang neuf, en échange de leur science mûrie par le temps et la méditation....

Et tous, barbares et civilisés, gagneront à cette transplantation universelle; cette transformation immense sera pour tous une résurrection véritable, et le principe qui se tiendra debout sur les ruines de tant de révolutions s'appelera.... Socialisme. (R 215—17).

Je conçois que les réformes obtenues par ces émeutes superficielles [des cinquante dernières années] puissent satisfaire ceux qui définissent la révolution: Liberté de la presse, formation de la garde bourgeoise, suppression des couvents, proclamation d'une constitution, suffrage universel. Mais ceux qui demandent l'abolition de la propriété, la suppression de l'intérêt, la destruction du monopole, la liberté de la circulation, l'équité de l'échange, le règne du travail, l'empire des passions et du bonheur; que ceux-là cessent de s'épuiser contre le milieu civilisé. On n'imprime aux cadavres que de secousses forcées: l'Occident est sans âme.

... de par leur imperceptible minorité, il est defendu aux anarchistes d'avoir une influence décisive sur le résultat des évenements révolutionnaires. Et cependant la révolution de l'anarchie, c'est la révolution de la justice, la vraie révolution. Comment briser le collier d'or qui nous étrangle?

Révolutionnaires anarchistes, disons-le hautement: nous n'avons d'espoir que dans le déluge humain; nous n'avons d'avenir que dans le chaos; nous n'avons de ressource que dans une guerre générale qui, mêlant toutes les races et brisant tous les rapports établis, retirera des mains des classes dominantes les instruments d'oppression avec lesquels elles violent les libertés acquises au prix du sang.

... Et puisque vous n'êtes pas assez nombreux dans l'Europe occidentale pour que votre désespoir fasse brêche, cherchez en dehors de l'Europe occidentale.

... Vous trouverez au Nord un peuple entièrement déshérité, entièrement homogène etc. (Vous trouverez les Russes), H 19—21.

Dies möge genügen auf, die eigentümliche Hypothese aufmerksam zu machen, die COEURDEROY in vielfachster Weise vertrat. Ihre Wurzeln liegen in seiner Verzweiflung an der Möglichkeit einer proletarischen Revolution, in seiner Vorliebe für Analogien (Völkerwanderung — Slaveninvasion), in seinem Enthusiasmus für das neue, frische, natürliche, das ihm die slavischen Völker, die er für jung hielt, während sie eher greisenhafte Reste des byzantinischen Mittelalters sind, zu enthalten schienen; auch in seinem

Trotz und seiner Erbitterung, mit dem er der Reaktion, die so sehr mit den Russen drohte, diese letzte Zuflucht, sie gegen die Reaktion kehrend, zu zerstören suchte.

* * *

Man kann den furchtbaren Eindruck der Niederlagen, die die Jahre 1848—51 den revolutionären Parteien beibrachten, nicht besser ermessen als durch die Betrachtung, daß COEURDEROY der mit jedem Atemzug der Freiheit anhing, nichts anders zu finden wußte als diesen, auf nichts Realem basierenden Verzweiflungsweg. In der Form des Weltkriegs und seiner Folgen sind ja ähnliche Ideen seitdem manchmal diskutiert worden; aber niemand gewann dem Gegenstand solche Perspektiven ab, wie COEURDEROY in den „Visions“ und „Prédictions“ seines Buches: „La Révolution par les Cosaques“ (Okt. 1854). Man begegnete ihm natürlich mit Hohn und Spott. Nur TALANDIER (im Homme und in A propos d'une polémique récente. London, Juni 1854) und später DÉJACQUE im Humanisphère (Libertaire, 18 août 1859) diskutierten freundlich mit ihm, und DÉJACQUE fand den Weg zur Hoffnung zurück, indem er ausführte, die Barbaren der Invasion würden die Proletarier und Bauern Europas selbst sein — Worte in denen schon die Ahnung des Aufschwungs lag, den die sechziger Jahre brachten, während COEURDEROY noch in der vollen Nacht der ersten fünfziger gedacht und geschrieben hatte. Ein Versuch COEURDEROYS, den Gegenstand mit ALEXANDER HERZEN zu diskutieren (Brief an diesen, Santander, 27 Mai 1854) führte zu keiner Anknüpfung zwischen beiden.

Übrigens fehlt uns das Werk, in welchem COEURDEROY seinem zerstörenden Kosakenbuch die rekonstruierende Ergänzung geben wollte:

„J'y développerai le rôle de la liberté achevant l'œuvre de la Force. J'y montrerai l'homme socialiste libre et révolutionnaire pour de bon, reconstruisant au milieu de l'anarchie, pièce à pièce, l'édifice social démoli par des hordes esclaves et belliqueuses“.

Dies Buch sollte heißen:

Les Braconniers, ou la Révolution par l'Individu.

Ein drittes Werk sollte die neue Gesellschaft in ihrer strahlenden Schönheit schildern.

(„Alors moi, l'anarch ste, j'entreprendrai de décrire la Reconstruction socialiste dont je n'ai rien dit encore") (H 431—2.)

Vieles von dem, was diese Werke enthalten haben würden, findet sich in den vorhandenen Schriften hier und da angedeutet, besonders in dem unerschöpflichen zweiten Teil der Jours d'Exil, mit dessen Herausgabe aber COEURDEROYS literarische Tätigkeit jäh abbricht. Das Rätsel seines Schweigens (Krankheit?) ist noch nicht gelöst. Jedenfalls zeigte der Brief vom 28. August 1859, durch den er die Amnestie NAPOLEON III. ablehnt, daß seine Energie ungebrochen war. Er starb unter tragischen Verhältnissen, am 21. Oktober 1862 in Fossaz im Kanton Genf.

Wenige Schriftsteller faszinieren manchen Leser in solchem Grade wie dieser verschollene Mann, der von sich sagte:

„Je n'ignore pas que je porte en moi tous les signes des existences éphémères. J'aime la femme et l'enfant, deux êtres qui promettent la vie dans l'avenir, mais qui n'en jouissent pas dans le présent. Je m'épuise dans des songes de bonheur infini, dans l'immensité des contemplations futures. Tandis que les jouissances civilisées me laissent froid et que je ne me baisserais pas pour les ramasser, si elles étaient mises à mes pieds. Je n'appartiens pas à ce siècle; je vis au milieu de lui, mais je ne suis mêlé à aucun de ses intérêts bornés; je rêve l'amour plus beau, les femmes plus aimantes, les hommes plus libres. Ma vie d'ostracisme et de solitude n'est pas aussi pénible pour moi qu'elle le serait pour tout autre. Je suis mort civilement, mort à la joie, mort au bonheur; mais je vis de cette mort" (I 240).

Doch führt jedes Zitat zu weiteren, und ich muß ein Ende finden. Wer ermessen will, wie weit wir alle von wirklicher Freiheit, der Grundlage aller Güte und Schönheit, entfernt sind, der lese COEURDEROY, der auf dem Weg zur Freiheit weiter blickte, weiter dachte, als vielleicht irgend ein in der Literatur hervorgetretener Sozialist und Anarchist.

Die Fabian Society.[1][2]

Von

Edward R. Pease.

Inhaltsübersicht.

Das Wort Sozialismus wurde erstmals von ROBERT OWEN gebraucht, und war auch England nicht die Geburtsstätte der grundlegenden sozialistischen Ideen, so fanden diese doch hier jedenfalls frühzeitig günstigen Boden. Dies erscheint auch durchaus natürlich, wenn man festhält, daß in England einerseits nicht nur von jeher eine gewisse politische Freiheit bestanden, sondern auch seit 1832 wirksame Ausdehnung auf einen bedeutenden Teil der Bevölkerung erfahren und anderseits früher als irgendwo sonst die kapitalistische Produktionsweise eingesetzt hatte, unter deren unheilvollen Begleiterscheinungen kein anderes Land so grausam gelitten hat.

OWENS Sozialismus war utopistisch, und keinem seiner Vorschläge ward jener, wenngleich nur zeitweilige und partielle Erfolg, der gleichartigen Projekten in minder dicht bevölkerten Ländern, z. B. in Amerika, beschieden gewesen ist. Auf seine Ideen stützt sich ohne Zweifel die distributive Kooperation; aber die besondere Methode, der sie ihren so erstaunlichen Erfolg verdankt, hat nicht er gefunden.

---

1) Aus dem englischen Manuskript übersetzt von A. Sz. 2) Im nachfolgenden sind folgende Abkürzungen gebraucht; **F. S.** = Fabian Society; **D. F.** = Democratic Federation; **S. D. F.** = Socialdemocratic Federation; **S. D. P.** = Social Democratic Party; **S. L.** = Socialist League; **J. L. P.** = Independent Labour Party; **L. P.** = Labour Party; **L. R. C.** = Labour Representation Committee. Vgl. zu dieser Abhandlung auch die beiden Referate in diesem Heft S. 385ff.

Als „Sozialisten“ bezeichnete sich auch eine spätere Gruppe von Denkern: die „christlichen Sozialisten“ (1850—1870), unter Führung von CHARLES KINGSLEY und F. D. MAURICE. So bewunderungswürdig die Ethik dieser Männer nun aber auch war: ihre Vorschläge liefen lediglich auf die Forderung von Produktivgenossenschaften hinaus, die sich stets als undurchführbar erwiesen hat, und die, im Gegensatz zur Konsumvereinsbildung, den wahren Grundsätzen des Sozialismus geradezu widerspricht.

Mit dem Verschwinden des christlichen Sozialismus endete die erste Periode des englischen Sozialismus. Für mindestens ein Jahrzehnt verschwinden sodann sein Name und seine Gedankenreihen aus der Geschichte der englischen Staatswissenschaft. Die moderne sozialistische Bewegung in England hat sich denn auch ohne Zusammenhang mit der ältern entwickelt: ihr Ausgangspunkt ist ein selbständiger, und ihre Führer haben nichts aus älteren englischen Quellen geschöpft.

I.

Sie setzt ein mit der Gründung der F. S. im Herbst 1883. Ein amerikanischer Professor, der aus Schottland gebürtige THOMAS DAVIDSON, kam nach London und versammelte eine kleine Gruppe junger Leute um sich, denen er den Plan zur Gründung einer „Bruderschaft des Neuen Lebens“ oder der „Vita Nuova“, wie er sie nannte, vorlegte, zu der er durch das Studium der Schriften ROSMINIS oder aus einer andern italienischen Quelle angeregt worden sein mag. Die Diskussionen in diesem Kreise wurden auch fortgesetzt, nachdem DAVIDSON London verlassen hatte, um nach Italien zu gehen. Man kam fortan zu diesem Zwecke jeden zweiten Freitag in meiner Wohnung in der Nähe von Regents Park zusammen — eine Einrichtung, die seither von der F. S. jederzeit festgehalten worden ist.

Nach wenigen Monaten gelangte die Mehrheit der Teilnehmer zu dem weisen Schluß, daß es nicht so sehr darauf ankomme, in Gemeinschaft an der Erhöhung des eigenen Lebens zu arbeiten, als darauf, das Leben anderer Menschen zu verbessern. Dies führte zu einer freundschaftlichen Spaltung. Die einen hielten an dem ursprünglichen Gedanken der Vita nuova fest, begründeten die „Bruderschaft des Neuen Lebens“, die durch ein Jahrzehnt

sich erhielt und ein Blatt herausgab, jedoch keinen irgendwie bemerkenswerten Einfluß übte. Die Mehrheit aber entschloß sich, in Erkenntnis der eigenen Unwissenheit in ökonomischen und sozialen Fragen, zunächst zu lernen, zu prüfen und dann erst zu handeln. Und zum Leitspruch wählten sie folgende, sachlich freilich nicht zutreffende Sentenz über Fabius Cunctator: „Auf den rechten Augenblick mußt du warten, wie Fabius geduldig wartete, als er gegen Hannibal im Felde lag, obgleich viele sein Zaudern tadelten; doch wenn die Stunde kommt, dann mußt du zuschlagen, wie Fabius tat, soll nicht dein Zögern vergebens und fruchtlos sein".

Am 4. Januar 1884 wurde die Gesellschaft ins Leben gerufen. Von etwa einem Dutzend junger Leute, deren keiner durch Reichtum, hohe Geburt oder irgendwie sonst hervorragte. Das eine, wodurch sie unter sozialen Fanatikern hervorstachen, war lediglich dies, daß sie sich ihrer eigenen Unwissenheit bewußt waren. Von Anbeginn an war die Gesellschaft entschieden und bewußt sozialistisch. Aus welcher Wurzel ihre Ansichten vom Sozialismus entsprungen waren, ist freilich nicht leicht zu sagen. DAVIDSON war ethischer Kommunist vom ältern englischen Typus. Sozialist im modernen Sinn war er nie und gab auch nie vor, es zu sein. Jedenfalls begann man bald vom Marxismus zu sprechen, und einer der ersten Beschlüsse der neuen Gesellschaft ging dahin: es sei eine Kommission zum Studium der D. F. einzusetzen.

Diese Vereinigung, die Wiege der S. D. F. oder, wie sie jetzt heißt, der S. D. P. war ein oder zwei Jahre vorher von H. M. HYNDMAN u. a. geschaffen worden. Anfänglich nicht sozialistisch, geriet sie bald in sozialistisches Fahrwasser. HYNDMAN stand schon von vornherein auf marxistischem Boden, und seinem treibenden Einfluß ist es zuzuschreiben, daß die D. F. bereits im Herbst 1884 in ihren Titel das Wort „sozialistisch" aufnahm. Die nicht sozialistischen Elemente schieden hierauf aus dem Verband aus.

Nicht minder wichtige Förderung erfuhr die Zielsetzung der F. S. durch HENRY GEORGE, dessen berühmtes Buch „Progress and Poverty" eben in England bekannt geworden war. GEORGE lehnte nun allerdings wiederholt den Sozialismus ab. Mit MARX aber hielt er an dem Gedanken fest, daß Armut die Folge außerordentlichen Reichtums und wirtschaftlicher Übermacht eines Teiles der Gesellschaft sei, und daß sie gesetzgeberisch durch die Verstaat-

lichung einer bestimmten Vermögenskategorie, nämlich von Grund und Boden, bekämpft werden müsse.

Gegen Ende der 80er Jahre gestaltete sich die Lage des englischen Handels sehr ungünstig. Die Arbeitslosigkeit wuchs in einem Maße an, das man bis dahin nicht vorausgesehen hatte: einerseits weil in früherer Zeit das soziale Empfinden gegenüber den Leiden der arbeitenden Klassen minder lebhaft gewesen war, und andererseits weil bei der Seltenheit sozialstatistischer Aufnahmen die tatsächliche Tragweite dieser Leiden nicht genügend erkannt worden war. Die S. D. F. gedieh angesichts dieser Sachlage rasch zu einer tätigen Organisation, die umsomehr die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich lenkte, als sich ihr auch der glanzvolle Name des großen Dichters und Künstlers WILLIAM MORRIS gesellte. Langsam und geräuschlos wuchs indessen die Fabiangesellschaft. Von dem Einfluß, den sie später üben sollte, war noch kaum etwas zu spüren. Es sollte aber nicht allzulange dauern, bis dieser sich offenbarte.

Zwei Umstände haben hierbei konstitutiv mitgewirkt. Vor allem die Art, wie die Gesellschaft entstanden war. Jede sozialistische Bewegung ist eine in der Hauptsache notwendig proletarische. Ihre Führer mögen immerhin der Mittelklasse angehören. Die Masse ihrer Anhänger jedoch wird sich natürlich aus jenen Klassen rekrutieren, denen der Sozialismus vornehmlich Hilfe bringen will. Nun wird eine im Wesen proletarische Bewegung selbstverständlich sich mißtrauisch verhalten gegen Angehörige anderer „höher stehender“ Klassen, die es sich herausnehmen, ihren Gang ratend und zuweilen auch mahnend zu bestimmen. Heutigentags in Deutschland oder Frankreich eine Fabiangesellschaft zu gründen und deren vorbehaltlose Anerkennung durch die anderen sozialistischen Verbände zu erlangen, wäre deshalb äußerst schwer, wenn nicht unmöglich. Anders dagegen liegen die Dinge in England. Hier ist die F. S. tatsächlich die älteste sozialistische Vereinigung. Sie hat die ganze Zeit her gewirkt und demgemäß auch stets unbestritten einen Bestandteil der sozialistischen Gesamtbewegung ausgemacht. — Nicht minder aber wurde ihre Bedeutung durch die Tatsache gesteigert, daß sie unter ihren ältesten Mitgliedern eine Gruppe von Männern zählte, die zur Zeit, da sie sich ihr anschlossen, jung und gänzlich unbekannt, in der Folge sich als

außergewöhnlich begabt erwiesen haben, und von denen zwei gegenwärtig in der ersten Reihe der anerkannten Führer englischen Geisteslebens stehen: GEORGE BERNARD SHAW und SIDNEY WEBB.

Jener gesellte sich der F. S., als sie erst einige Monate alt war, und hat seitdem ununterbrochen ihrem leitenden Ausschuß angehört. Damals ein junger Mensch, der nichts sein eigen nannte, als seine Zukunft, kaum eine Beschäftigung hatte und über fast gar kein Einkommen verfügte, gehört er heute zu den meistgelesenen Schriftstellern, dessen Gedanken in der Welt eine Verbreitung gefunden haben, wie kaum eines andern der zeitgenössischen englischen Literaten. WEBB, der der F. S. ein Jahr später beitrat, war damals ein kleiner Beamter im Kolonialamt und viel zu jung, als daß er selbst auf seinem besonderen Arbeitsgebiet sich bereits irgendwie hätte hervortun können. Sein politisches Talent und seine ungewöhnlichen volkswirtschaftlichen Kenntnisse standen der F. S. ebenso uneingeschränkt zur Verfügung wie SHAWS literarische Schlagfertigkeit und witzige Zunge. Seine Schriften sind in der ganzen Welt bekannt. Aber selbst in England wissen wenige, wie groß durch viele Jahre sein Anteil an der Formulierung unserer Gesetze als unoffizieller Ratgeber jeder Regierung ohne Unterschied ihrer Parteistellung gewesen ist.

Neben SHAW und WEBB trugen auch noch mehrere andere hervorragende, tüchtige Mitglieder zu den Erfolgen der Gesellschaft bei. So ein zweiter Kolonialbeamter, der gegenwärtige Gouverneur von Jamaika, Sir SIDNEY OLIVIER, der einige Jahre hindurch als Sekretär der Gesellschaft gewirkt und erst dann aufgehört hat, an ihren Geschäften tätigen Anteil zu nehmen, als sein Amt ihm die Pflicht langer Abwesenheit von London auferlegte. — Ferner, während der Jahre 1885—1890, die seither als Führerin der Theosophisten bekannt gewordene, durch ungewöhnliche Redebegabung ausgezeichnete Frau ANNIE BESANT. Ihr Anschluß war wichtig, weil sie dank ihrer freidenkerischen Agitation und als Genossin des berühmten Atheisten und Demagogen CHARLES BRADLAUGH über ungeheuren Einfluß in radikalen Arbeiterkreisen verfügte. — Endlich GRAHAM WALLAS, erst Schullehrer, dann Mitglied der London School Board and County Council, Biograph von FRANCIS PLACE und Universitätslehrer; der glänzende Journalist und Kritiker HUBERT BLAND, der seit dem Bestand der Gesellschaft das

Ehrenamt ihres Schatzmeisters versieht; der vor zehn Jahren verstorbene, als Journalist und Vortragender gleich wirkungssichere WILLIAM CLARKE. All die genannten und mit ihnen viele andere, die aufzuzählen zu weit führen würde, machten die Gesellschaft selbst zu der Zeit zu einem bedeutenden Faktor, als die Mitgliederzahl nicht einmal 100 betrug und die Versammlungen in Privatwohnungen abgehalten wurden.

II.

Nur wer sich an die sozialistische Bewegung der 80er Jahre in England erinnert, kann ganz das Milieu verstehen, in dem sich die Ideen der Fabians entwickelten. Durch die eifrige Propaganda der S. D. F. und der S. L., die sich von derselben unter Führung von WILLIAM MORRIS und des Schwiegersohnes von MARX, EDWARD AVELING, abgezweigt hatte, war zwar der Sozialismus, soweit er durch diese beiden Organisationen repräsentiert wurde, nicht populär, aber doch im ganzen Lande bekannt geworden. Hyde Park-Demonstrationen, Konflikte mit der Polizei wegen des Rechtes, auf offener Straße Versammlungen abzuhalten, die Organisierung der ungelernten Arbeiter, oft erst nach längeren Streiks, wie z. B. dem der Dockarbeiter, hielten die öffentliche Meinung in steter Spannung, und ein nicht geringer Teil des Publikums glaubte zuversichtlich, daß der Tag nicht ferne sei, an dem versucht werden würde, nach dem Muster der Pariser auch in London eine Kommune aufzurichten, u. z. unter der Führerschaft von JOHN BURNS, „des Mannes mit der roten Fahne", der sich seither aus einem lungenkräftigen sozialdemokratischen Redner in den hyperkonservativen Präsidenten des Local Governement Board gewandelt hat.

An all diesen Agitationen hatte die F. S. wohl einigen Anteil. Dabei lag sie jedoch mit den Ideen, von welchen dieselben hauptsächlich getragen wurden, in beständigem Widerstreit.

Die volkstümliche Anschauung über den Sozialismus entsprang, wie behauptet wurde, direkt dem ersten Band von MARX' „Kapital" und anderen Schriften deutscher Sozialisten. Eine richtige Auffassung des Wertgesetzes im Sinne von MARX galt als erste Voraussetzung des Heils, und nicht ohne Grund konnten in jenen Tagen Ekonomisten, die auf die Irrtümer der MARXschen Analyse hinweisen, meinen: sie hätten den Sozialismus „widerlegt".

Nun hatten aber die Führer der Fabians MARX niemals als ein über jede Kritik erhabenes Wesen angesehen, und dem marxistischen Wertgesetz zogen sie das JEVONsche vor. Außerdem huldigten sie der Auffassung, daß der Sozialismus keinerdings von irgend einer volkswirtschaftlichen Wertanalyse abhänge, und daß für den sozialistischen Arbeiter das Studium der etwas abstrusen Darlegungen des „Kapital" unnötig sei. Und um dieser Anschauung mehr Nachdruck zu verleihen, veröffentlichten die Fabians 1887 „Facts for Socialists", eine Schrift, in der an der Hand — durchaus orthodoxer — Ekonomisten und Statistiker die schätzungsweise Höhe des Nationaleinkommens sowie dessen Verteilung auf Grundbesitz, Kapital, Arbeit und Unternehmertätigkeit dargestellt erschien. Eine Schrift, die sich als so zugkräftig erwies, daß sie 11 Auflagen erlebte und noch immer ihren festen Absatz findet.

Mehr noch aber als durch seine seltsamen Doktrinen schädigte der populäre Sozialismus sich durch sein Festhalten an revolutionären Methoden.

Den kontinentalen Sozialisten, die die Pariser Kommune im Gedächtnis trugen, deren Führer als Jünglinge an den Ereignissen von 1848 teilgenommen hatten, die Zeugen der Befreiung Italiens gewesen waren, erschien es vernünftig und wahrscheinlich, daß die soziale Umwälzung durch Barrikaden herbeizuführen sei. Anders hingegen in England. Hier hatte man in den anderthalb Jahrhunderten seit Vertreibung der Stuarts nichts einer Revolution Ähnliches gesehen, nichts Schlimmeres als einen gelegentlichen Aufruhr erlebt. Von Revolution sprechen, wie das die Sozialdemokraten taten, hieß daher nur, dem Sozialismus Gegnerschaft erwecken. Den Fabians ihrerseits jedoch war es vom Anfang an klar, daß die Revolution in einem freien Lande eine unnötige Komplikation darstelle. Hätten wir erst Macht genug, um die Heeresgewalt zu bekämpfen, so sollten wir auch Stimmen genug haben, um der Heeresgewalt zu gebieten. War aber der Sozialismus nicht jene Ordnung der Dinge, die man erst am Morgen nach einer siegreichen Revolution einzuführen hätte, so war es klar, daß er im Wege der Gesetzgebung ins Werk zu setzen sei.

Welcher Gesetzgebung? Diese Frage führte auf zweierlei Feststellungen. Erstens ist der Sozialismus keineswegs so international, als man oft glaubt. Er ist sogar im Gegenteil in ge-

wissem Sinne streng national. Jede Nation muß ihren eigenen Sozialismus auf Grundlage ihres besonderen, in geschichtlicher Entwicklung gewordenen sozialen Zustandes aufbauen, jede ihn ihrem eigenen Genius gemäß gestalten. Wir brauchen einen deutschen, einen französischen, einen englischen Sozialismus, und für Irland wieder werden wir keinen solchen fordern dürfen, der mit dem in England einzuführenden identisch wäre. Zweitens ist, wenn man daran geht, Gesetze zu formulieren, durch die der Sozialismus verwirklicht werden soll, leicht zu erkennen, daß derselbe auch in der bestehenden Gesetzgebung schon zum guten Teil verwirklicht ist. Der Staat verwaltet sein Heer-, sein Flotten-, sein Postwesen. Unsere Lokalbehörden besitzen eine Anzahl von Produktionsanstalten: Gaswerke, Wasserwerke, Tramways usw. Sozialismus besteht so in diesen Beziehungen bereits, und deshalb begannen die Fabians weiterer Ausdehnung der Munizipalisierung als einer Ausdehnung zugleich des Sozialismus das Wort zu reden.

Haben wir aber schon ein gewisses Maß von Sozialismus, so ist es klar, daß Sozialismus auch von denen herkommen kann, die sich nicht Sozialisten nennen. Nun durften die Fabians mit ihren 50—100 Mitgliedern nicht hoffen, jemals die Majorität der britischen Wähler zu gewinnen. Nichts aber auch rechtfertigte die Erwartung, daß derartiges je den anderen sozialistischen Vereinigungen, die dieses Ziel anstrebten, gelingen werde. Wir hatten sehr bald entdeckt, daß das neue Evangelium, so verlockend es klang, die Mehrheit der Arbeiter nicht ansprach, da diese von konservativen Instinkten erfüllt sind und infolge dieser Unwissenheit jeder Neuerung mit Furcht gegenüberstehen. Allein wir waren überzeugt, daß Sozialismus gesunder Menschenverstand ist, daß er die nächste Stufe der industriellen und politischen Entwicklung bedeutet, und daß es notwendig sei, den Fortschritt zu beschleunigen.

Dementsprechend wählte die F. S. die ihr eigentümliche Taktik. Sie suchte nicht jedermann zum Fabian zu machen, aber sie bemühte sich, den bestehenden politischen und sozialen Organisationen fabianische Ideen einzuflößen. Die Aufgabe, eine sozialistische Partei zu gründen, erschien allzu groß. Aber jede Partei kann veranlaßt werden, sozialistische Arbeit zu verrichten. Politiker sind stets auf der Suche nach Ideen, und wir hatten Ideen

zu vergeben. Wir wollten das Werk getan haben, sie wollten den Ruhm vollbrachter Reformen. So besteht eine breite Grundlage zu einer beiden Teilen heilsamen Partnerschaft. Die Fabian Society sagte zu ihren Mitgliedern: Scheidet nicht aus den alten politischen Parteien aus, im Gegenteil, schließt euch ihnen an! Tretet einer politischen Partei, einem politischen oder Debattierklub, einer Gewerkschaft, einer Kooperativgenossenschaft bei! Findet euch überall dort, wo immer Organisationen bestehen, die zur Verbreitung unserer Ideen benützt werden können, leitet ihre Beschlußfassungen, helft ihnen ihr Werk vollbringen, aber macht, daß sie auch das unsere tun! Wo immer 2 oder 3 versammelt sind, laßt einen Fabian in ihrer Mitte sein!

Ich habe mit Bedacht erklärt, daß dies die Gedankengänge der Fabians waren. Denn die Gesellschaft hatte von ihren frühesten Tagen an ein System gemeinsamer Gedanken entwickelt. Dieselben entsprangen wohl den Köpfen nur einiger weniger, vor allem SYDNEY WEBBS. Immer jedoch wurden sie von den anderen Mitgliedern erörtert und kritisiert und in der ersten Zeit fast immer im Namen der Gesellschaft veröffentlicht. Und diese freie Kritik hauptsächlich war es, die die Tätigkeit der Gesellschaft gesund erhielt.

Die Gesellschaftswissenschaft ist etwas für den einzelnen Denker zu Kompliziertes. Sie ist nur durch Gruppen von Menschen erfaßbar, von denen jeder bereit ist, Kritik zu üben und über sich ergehen zu lassen, und von denen wenigstens einige jenen erlösenden Sinn für Humor besitzen, der das trefflichste Gegengift gegen Extravaganz und Absurdität ist. Das beste Ergebnis solchen Zusammenwirkens in der F. S. war eine Reihe von Vorträgen, welche die sieben früher genannten Führer im Herbst 1898 hielten, und die — nachdem sie im Ausschuß geprüft und von der ganzen Gruppe gebilligt worden waren — ein Jahr später als „Fabian Essays in Socialism“ zur Veröffentlichung gelangten.

Das Buch, das einen vollständigen Überblick über die Theorie des Sozialismus gibt, hatte einen erstaunlichen Erfolg. Mit ihm wurde dem englischen Publikum die erste Formulierung des englischen Sozialismus geboten. Obgleich durch die Gesellschaft selbst herausgegeben und in der Privatwohnung ihres Sekretärs zum Verkauf gebracht, war die erste Auflage in wenigen Wochen vergriffen,

und eine billige, einige Monate später von einem Verleger veranstaltete Ausgabe ging so reißend ab, wie nur das Werk eines populären Romanschriftstellers. Und obgleich die „Fabian Essays" aus einer so frühen Phase der sozialistischen Bewegung kommen, bilden sie auch heute noch die beste theorethische Darstellung des Sozialismus in seiner spezifisch englischen Erscheinungsform und finden noch immer so zahlreiche Leser, daß erst vor einem Jahre eine Neuauflage von 10000 Exemplaren in einem Zeitraum von wenigen Monaten ausverkauft wurde.

Die Wirkung dieser Publikation war eine augenblickliche. Die Gesellschaft war bis dahin in ihrer Wirksamkeit auf London beschränkt gewesen. Nun aber gelang es ihr, in den nördlichen Arbeiterdistrikten Eingang zu finden. Ihre bedeutendsten Redner veranstalteten Vorträge in Kooperativgenossenschaften, Arbeiterklubs und anderen Vereinen von Lancashire und Yorkshire. Die Institution volkstümlich belehrender Vorlesungen wurde geschaffen, die auch heute noch funktioniert. Bald entstanden in allen wichtigeren Provinzstädten Fabiangesellschaften, und auch eine Nationalorganisation wurde gegründet.

Der Provinzfabianismus deckte sich jedoch keineswegs mit dem der Muttergesellschaft. Die ersten Fabians gehörten der Mittelklasse an; es waren meist Menschen mit akademischer Bildung und mit genügendem Selbstvertrauen und geistigem Übergewicht ausgestattet, um die Wirksamkeit der liberalen Assoziationen, denen sie beitraten, in jene Richtung lenken zu können, die sie für die beste hielten. Der Fabian in der Provinz hingegen gehörte gewöhnlich den Arbeiterkreisen an und war unfähig, ein so schwieriges Spiel zu spielen. Dieser Umstand machte denn auch aus den provinziellen Fabiangesellschaften die eigentlichen Vorläufer der J. L. P., und als diese 1894 unter KEIR HARDIES Führung ins Leben trat, zog sie rasch die Fabian Societies außerhalb Londons an sich. Dieser neue Machtfaktor in der sozialistischen Bewegung erscheint demnach als Sprößling des Fabianismus in neuer Anwendung.

Die J. L. P. kennt die marxistischen Lehren nicht und verwirft jede Erörterung gewaltsamen Umsturzes. Sie maßt sich nicht an, Trade Unions und sonstige Selbsthilfeorganisationen der Arbeiter unnötig zu machen, sondern bemüht sich, sie zu versöhnen

und sie wirklich zu „erobern“. Von der F. S. unterscheidet sie sich nur darin, daß ihre Methoden die der Arbeiter und nicht die der Mittelklassen waren, und daß sie darauf ausging, eine neue politische Partei zu gründen, statt sich damit zu begnügen, schon bestehende Parteien mit ihren Gedanken zu durchdringen. Man hat . S. getadelt, weil sie sich nicht mit der J. L. P. vereinigte. Darauf ist zu erwidern, daß jedermann tun muß, was er zu tun fähig ist. Die Fabians haben viele Denker hervorgebracht, aber keinen einzigen populären Redner. Keiner ihrer Führer hat es auch nur versucht, ins Parlament zu gelangen. Und gerade darin lag viel von ihrer Stärke. Sie hatten es nie nötig, Wähler zu berücksichtigen oder politische Parteien zu versöhnen. Sie unterstützten die Konservativen, wenn sie deren Politik für richtig erkannten, wie anläßlich der Schulgesetzgebung von 1902 und 1903, ungeachtet des Widerstandes aller Liberalen und vieler Sozialisten; dann wieder waren sie an der Seite der Liberalen gegen die Konservativen zu finden, wie bei den Wahlen von 1910, wo die Freihandels-, die Oberhaus- und die Budgetfragen zur Entscheidung standen.

An dieser Stelle sei es mir gestattet, kurz den Unterschied zwischen der J. L. P. und der L. P. zu kennzeichnen. Es erscheint dies um so nötiger, als die unglücklicherweise so ähnlichen Namen dieser beiden deutlich von einander geschiedenen Organisationen endlose Verwirrung in der englischen Presse und wahrscheinlich noch mehr im Ausland veranlaßt haben —, eine Verwirrung, die um so erklärlicher ist, als die führenden Männer der J. L. P. auch Führer der L. P. sind und es oft nicht leicht festzustellen ist, ob sie für die eine oder für die andere Organisation sprechen und handeln.

Die J. L. P. ist — wie wir bereits wissen (S. 342) — eine 1894 zur Förderung des Sozialismus begründete, rein sozialistische Vereinigung, die etwa 30 000 beitragende Mitglieder zählt. Die L. P. hingegen, von deren Gründung wir noch später sprechen wollen (S. 346), ist eine Föderativorganisation einerseits von Gewerkschafts- und andererseits von zwei sozialistischen Verbänden, nämlich der J. L. P. und der F. S. Sie hat gegen 1 400 000 Mitglieder und zählt in ihrer Mitte 40 Parlamentsmitglieder.

Die Beziehungen zwischen der J. L. P. und der F. S. waren

immer freundlicher Art. Es ist wahrscheinlich, daß zu jeder Zeit die Hälfte der Mitglieder der F. S. auch der J. L. P. angehört haben, und die meisten Führer dieser wieder sind oder waren Fabians. Doch in der Regel widmen die hervorragenden Mitglieder ihre Tätigkeit nur der einen oder anderen Organisation und nicht beiden zugleich.

Im Gefolge der Veröffentlichung der „Fabian Essays“ wuchs die Mitgliederzahl der F. S. zu solcher Höhe, daß sie den Wohnzimmerstatus überschritt. Bis dahin waren ihre Ämter lauter Ehrenämter gewesen und ihr Bureau die Privatwohnung eines ihrer Mitglieder. Zu Beginn der 90er Jahre aber hörte dieser Zustand auf. Ich wurde zum bezahlten Sekretär ernannt, ein Bureau gemietet und eine Monatsschrift „Fabian News“ herausgegeben. In dieser Zeit war die Vortragstätigkeit eine außerordentlich große. London besitzt ein weites Netz von liberalen Klubs, die sich aus der Arbeiterklasse rekrutieren. Sie alle waren begierig, das neue Evangelium des Sozialismus zu hören, das dem Liberalismus nicht notwendig feindlich entgegenstand, sofort ausführbare Reformen vorschlug, die von dem Streben nach einem letzten idealen Ziel eingegeben waren und von begabten und gebildeten Männern verkündigt wurden, deren Auffassung von allem abwich, was je vorher dargeboten worden war. Zu hunderten wurden während des Winters — gewöhnlich an Sonntag Abenden — Kurse von 4—6 Vorlesungen über die Grundlagen des Sozialismus, eine Arbeiterpolitik für London, Verstaatlichung von Monopolen in derartigen Klubs und ähnlichen Gesellschaften sowohl in London als in der Provinz abgehalten. So wurden die Londoner Arbeiter für die Fabianpolitik gewonnen und der Londoner COUNTY COUNCIL, den sie wählten, stand von seiner Begründung im Jahre 1889 an bis 1906 unter ständiger Kontrolle durch eine fortschrittliche Majorität, die den Arbeitern ungemein günstig war und die Verstaatlichung aller lokalen Monopole anstrebte.

1892 lief die 6jährige Herrschaft der Konservativen ab, die von den ersten Tagen abgesehen, während der ganzen Dauer der sozialistischen Bewegung an der Macht gewesen waren. Die liberale Partei gewann nun die Mehrheit. Allein diese war zu gering und etwas zu unsicher, als daß sie hätte an eine gesetzgeberische Verwirklichung des weitreichenden „Newcastle-Programms“ denken

können, das in gewissem Maaße unter dem Einfluß der Fabians formuliert worden war. Offiziell fand dies in der Opposition des Oberhauses seinen Ausdruck. Daraufhin erhoben die Fabians im Jahre 1896 eine scharfe Anklage gegen die Verwaltungspolitik der Regierung. Sie wiesen darauf hin, was jedes Mitglied des Kabinets in seinem besonderen Ressort hätte tun können, um die Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern und um jene arbeiterfreundliche Politik, deren die liberale Partei sich berühmte, ins Werk zu setzen, ohne erst die Einwilligung des Unterhauses oder gar der Lords einzuholen.

Dieses von Männern mit staatsmännischer Erfahrung und Einsicht herrührende Manifest erschien erstmals in der „Fortnightly Review" und wurde dann neuerdings von der Gesellschaft veröffentlicht. Es fordert die Arbeiter auf, den Liberalen als falschen Freunden die Unterstützung zu versagen und aus eigener Kraft mit Hilfe ihrer Gewerkschaftsorganisationen und deren Kommissionen eine neue Partei zu bilden. Doch fand der Gedanke nicht sofortige Verwirklichung. Erst auf dem Gewerkschaftskongreß von 1899 wurde eine Resolution angenommen, durch die der leitende Ausschuß angewiesen wurde, eine Konferenz der Trade Unions und sozialistischen Organisationen einzuberufen, um Schritte zur Erzielung einer stärkeren Arbeitervertretung im Parlament zu beraten.

Diese Konferenz fand denn auch zu Beginn des Jahres 1900 statt. Sie bestand aus Delegierten von 117 Gewerkschaften und 12 Delegierten der drei nationalen sozialistischen Organisationen: der J. L. P., der S. D. F. und der F. S. Auf demselben versuchten natürlich die extremen Sozialisten die neu zu schaffende Organisation auf ein sozialistisches Programm festzulegen. Sie wurden aber überstimmt. Eher der Erörterung bedürftig erschien die Frage nach der Unabhängigkeit. Sollte die neue Organisation eine politische Partei sein oder nur eine Gruppe innerhalb einer solchen? Sollten die Kandidaten eine Nominierung durch die Liberalen ablehnen oder sich als Individuen jeder beliebigen Partei mit dem Vorbehalt anschließen dürfen, daß sie in Arbeiterfragen zusammen gehen würden? Nach erregter Debatte siegte die moderate Politik, und die neue Vereinigung begann ihre Laufbahn nicht als Partei- sondern als eine Gruppe (L. R. C.).

können, das in gewissem Maaße unter dem Einfluß der Fabians formuliert worden war. Offiziell fand dies in der Opposition des Oberhauses seinen Ausdruck. Daraufhin erhoben die Fabians im Jahre 1896 eine scharfe Anklage gegen die Verwaltungspolitik der Regierung. Sie wiesen darauf hin, was jedes Mitglied des Kabinets in seinem besonderen Ressort hätte tun können, um die Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern und um jene arbeiterfreundliche Politik, deren die liberale Partei sich berühmte, ins Werk zu setzen, ohne erst die Einwilligung des Unterhauses oder gar der Lords einzuholen.

Dieses von Männern mit staatsmännischer Erfahrung und Einsicht herrührende Manifest erschien erstmals in der „Fortnightly Review“ und wurde dann neuerdings von der Gesellschaft veröffentlicht. Es fordert die Arbeiter auf, den Liberalen als falschen Freunden die Unterstützung zu versagen und aus eigener Kraft mit Hilfe ihrer Gewerkschaftsorganisationen und deren Kommissionen eine neue Partei zu bilden. Doch fand der Gedanke nicht sofortige Verwirklichung. Erst auf dem Gewerkschaftskongreß von 1899 wurde eine Resolution angenommen, durch die der leitende Ausschuß angewiesen wurde, eine Konferenz der Trade Unions und sozialistischen Organisationen einzuberufen, um Schritte zur Erzielung einer stärkeren Arbeitervertretung im Parlament zu beraten.

Diese Konferenz fand denn auch zu Beginn des Jahres 1900 statt. Sie bestand aus Delegierten von 117 Gewerkschaften und 12 Delegierten der drei nationalen sozialistischen Organisationen: der J. L. P., der S. D. F. und der F. S. Auf demselben versuchten natürlich die extremen Sozialisten die neu zu schaffende Organisation auf ein sozialistisches Programm festzulegen. Sie wurden aber überstimmt. Eher der Erörterung bedürftig erschien die Frage nach der Unabhängigkeit. Sollte die neue Organisation eine politische Partei sein oder nur eine Gruppe innerhalb einer solchen? Sollten die Kandidaten eine Nominierung durch die Liberalen ablehnen oder sich als Individuen jeder beliebigen Partei mit dem Vorbehalt anschließen dürfen, daß sie in Arbeiterfragen zusammen gehen würden? Nach erregter Debatte siegte die moderate Politik, und die neue Vereinigung begann ihre Laufbahn nicht als Partei- sondern als eine Gruppe (L. R. C.).

Das neugeschaffene Komitee zur Vertretung der Arbeiterinteressen, wie es damals hieß, war auf föderativer Basis aufgebaut. Die beiden größeren sozialistischen Verbände wählten je 2 Mitglieder in die Exekutive, die F. S. 1 und die Trade Unions znnächst 7. Nach wenigen Jahren aber zog sich die S. D. F. zurück, und die Vertretung der Gewerkschaften wurde verstärkt. Noch immer jedoch haben die Sozialisten eine im Verhältnis zu ihrer Zahl größere Vertretung — ein Tribut, den die Tradeunionisten ihren Leistungen für die gemeinsame Sache zollen. — Der Exekutivausschuß wird auf der jährlichen Konferenz gewählt, zu der jede zugehörige Organisation Delegierte entsendet, u. z. 1 für je 1000 Mitglieder. Es pflegte auf dieser Konferenz stets Heiterkeit zu erregen, daß ich als — durch mehrere Jahre einziger — Delegierter der damals 700 Mitglieder zählenden F. S. mich selbst für das Exekutivkomitee nominierte und wählte, während die 300 — 400 Gewerkschaftsdelegierten eine verwickelte Abstimmung durchführen mußten, um ihre Komiteevertreter zu entsenden, von denen jeder vielleicht 100000 zahlende Mitglieder repräsentierte. 1904 ist die Verfassung des Komitees in dem Sinn abgeändert worden, daß aus der Gruppe eine Partei mit der Aufgabe wurde, ihre Unabhängigkeit von allen anderen politischen Parteien vollständig durchzuführen.

Bis dahin hatte die F. S. als Ganzes wenig mehr als wohlwollendes Interesse an den Arbeiten des L. R. C. genommen. Die allgemeinen Wahlen des Jahres 1906 änderten jedoch die Lage des Sozialismus im Lande. Die Agitation der letzten 20 Jahre hatte angefangen, Früchte zu tragen. Der Durchschnittswähler von 1906 hatte seit seiner Kindheit vom Sozialismus reden gehört und betrachtete ihn nicht mehr als eine verrückte Lehre. Das Land war des konservativen Regiments im höchsten Maße überdrüssig und jeder Whig, Radikale oder Arbeiter, der das Regime BALFOUR nicht unterstützte, wurde jubelnd gewählt. Von den 50 Kandidaten der Arbeiterpartei drangen 29 durch. Das L. R. C. nahm nach den Wahlen die Bezeichnung L. P. an, und KEIR HARDIE, der Führer der J. L. P., aber auch Mitglied der Fabians, wurde zum ersten Führer der neugeschaffenen Partei gewählt.

England kam auf einmal zum Bewußtsein, daß Sozialismus nicht länger das Erzeugnis der wilden Phantasien einiger weniger Fanatiker bedeute, sondern die politische Überzeugung eines wesent-

lichen Teiles der Wählerschaft. Jedermann begann zu fragen, worin dieser Sozialismus bestehe, und rasch wuchs die Mitgliederzahl der sozialistischen Gesellschaften. Die F. S. insbesondere wurde zu gleicher Zeit durch einen neuen Faktor aufgewühlt.

H. G. WELLS, der als Verfasser wissenschaftlicher Romane berühmt geworden war, trat ihr bei und wandte seinen fruchtbaren Geist dem Studium des Sozialismus und den Methoden der Propaganda zu. In die Welt seiner eigenen Phantasie eingesponnen, glaubte er besser als sonst jemand zu wissen, wie Agitationen zu organisieren und wie der Sozialismus zu popularisieren sei. Einige Jahre hindurch zogen seine ungewöhnliche Energie und seine lebendige Persönlichkeit die beständige Aufmerksamkeit auf die Fabians und ihre Tätigkeit. Seine Bücher über Sozialismus fanden reißenden Absatz und sind zweifellos die wertvollsten Beiträge zur sozialistischen Literatur der letzten Jahrzehnte. Allein das Leben ist für WELLS nur eine Reihe von Episoden, und er verbraucht seine Freunde sogar schneller als seine Erfahrungen. Nach 3 bis 4 Jahren wurde er des Experimentierens mit politischen Methoden und des Versuchs, ein Plattformredner zu werden, müde und wandte sich von Sozialismus und Politik ab, um jetzt nur noch gelegentlich eine knatternde, beißende Kritik über diejenigen seiner einstigen Genossen vernehmen zu lassen, denen er augenblicklich grollt. — Als Verfasser von „New Worlds for Old“ und „A Modern Utopia“ sowie als Verbreiter des Namens und der Ideen des Sozialismus durch seine vielgelesenen Romane wird er in der Geschichte der Bewegung eine bedeutende Spur hinterlassen, wenn erst seine unglückliche Exkursion in die praktische Politik in Vergessenheit geraten sein wird.

Die einzige dauernde Änderung in der Taktik der Fabians, die WELLS veranlaßte, obgleich er ihrer Verwirklichung opponierte, war der Beschluß: an der parlamentarischen Politik korporativ teilzunehmen. Bis dahin hatten die Fabians sich niemals in gemeinsame parteipolitische Aktionen eingelassen. Wohl waren sie der L. P. angegliedert. Das hindert jedoch keinen unter ihnen, liberal oder konservativ zu sein und für irgend eine Partei eigenem Ermessen nach zu stimmen und zu wirken. So ergab sich der — Fremden notwendig unverständliche — Widerspruch, daß die F. S.

von 1906 — 09 im Parlament 6 Mitglieder zählte, die der L. P., und 5, die der liberalen Partei angehörten, und daß einer der letzteren L. G. Chiozza Money, Verfasser einer der besten Darlegungen des modernen englischen Sozialismus, „Richess and Poverty“ gleichzeitig Mitglied des Exekutivausschusses der F. S. war. Gerade deshalb fand die Gesellschaft, daß die Zeit gekommen sei, wo sie als Körperschaft ihre Kandidaten für das Parlament aufstellen und Fonds für deren Wahl vorbereiten müßte. Seit diesem Beschluß haben die Fabians ihren Teil an der Aufstellung und finanziellen Unterstützung von Parlamentskandidaten getragen, u. z. in jedem einzelnen Fall für Mitglieder der L. P.

Diese ist, wie oben dargelegt, ein Bund von Gewerkschafts- und sozialistischen Vereinigungen. Nur eine kleine Gruppe von Parteimitgliedern besteht aus entschiedenen Sozialisten, aber tatsächlich gehört die Mehrzahl der Führer unter den Trade-Unionisten zu den Mitgliedern der J. L. P. oder der F. S. oder beider Gesellschaften; und die L. P. ist, obgleich dem Namen nach nicht sozialistisch, tatsächlich das bei weitem mächtigste Werkzeug zur Förderung des Sozialismus, das bis jetzt in England geschaffen worden ist.

Die allgemeinen Wahlen von 1910 waren das letzte Ereignis in der Geschichte des englischen Sozialismus. Die L. P. gewann tatsächlich an Macht. Denn sie gewann zu ihren alten 33 Parlamentssitzen 7 neue dazu. Trotzdem verlor sie in gewissem Sinne an Boden. Der Bergarbeiterverband (Miners Federation) mit seiner halben Million Mitglieder und seinem Dutzend Parlamentsvertretern hatte nämlich darein gewilligt, bei seiner Auflösung der L. P. beizutreten. Die Partei hätte also, wenn sie weder gewonnen noch verloren hätte, deren nun 45 zählen müssen. Dennoch kann ein Fortschritt angenommen werden. Zum erstenmal nämlich schließt die L. P. praktisch alle Trade Unions des Landes in sich, und die Repräsentanten der Arbeit treten in politischen Dingen als geschlossene Macht auf.

Mittlerweile hat sich die F. S. nach verschiedenen Richtungen hin ausgebreitet. Lokale Fabianvereine, welche ganz autonom, aber mit der Londoner Muttergesellschaft lose verbunden sind, wurden in 40 Städten gegründet. Sie bestehen hauptsächlich aus Leuten der Mittelklasse, deren Gewohnheiten und Sitten die Orga-

nisationsweise der Fabians besser zusagt als jene der J. L. P. Doch besteht weder Antagonismus noch Rivalität zwischen dieser und jenen, und die harmonischen Beziehungen zwischen den Londoner Organisationen erstrecken sich auch auf die Provinz. Beide arbeiten durch die L. P., und ihre Verbindung ist so innig, daß alle bisher von den Fabians finanzierten Parlamentskandidaten auch Mitglieder der J. L. P. waren und zwei von den drei durch die letztern nominierten von den Fabians übernommen worden sind.

Oft ist gesagt worden: die Arbeit der F. S. sei die Summe der Arbeit ihrer Mitglieder. In diesem Sinne nun waren die neueste und vielleicht die größte Leistung der Fabians die Vorschläge von Frau BEATRICE WEBB zur Austilgung des Elends.

Frau WEBB, die vor ihrer im Jahre 1892 erfolgten Vermählung mit SIDNEY WEBB den Mädchennamen POTTER führte, ist die Tochter eines großen Eisenbahnunternehmers und war als Mädchen die Schülerin und Freundin HERBERT SPENCERS. Sie beteiligte sich an CHARLES BOOTHS großer Untersuchung über „Leben und Arbeit des Volkes in London“ und veröffentlichte noch in ihrer Mädchenzeit die erste Darlegung einer eigentlichen Theorie der Gewerkvereinsbewegung. 1892 schloß sie sich den Fabians an, nahm aber zunächst an deren Arbeiten keinen aktiven Anteil, da sie und ihr Gatte in der Regel nicht beide dasselbe Gebiet öffentlicher Betätigung wählten. 1906 in die königliche Kommission für die Armengesetzreform berufen, publizierte sie nach 3jähriger emsiger Arbeit gemeinsam mit ihrem Gatten einen Minoritätsbericht, der auch von dem zweiten in der Kommission sitzenden Fabian, GEORGE LANDSBURY, sowie von zwei weiteren Kommissären mit unterzeichnet war, und der einen vollständigen Plan entwirft: zu einer wirksamen Reform der englischen Armengesetzgebung, zur Organisierung der unterentlohnten sowie der ungelernten Arbeiter, sowie zur Ausrottung aller Arbeitslosigkeit und alles Elends. Die Aufmerksamkeit, die er erregte, kennzeichnet sich am besten dadurch, daß von seiner durch die F. S. veranstalteten billigen Ausgabe in wenigen Wochen 3000 Exemplare abgesetzt wurden.

Im Anschluß hieran haben die WEBBS eine Nationalorganisation zu dem Zweck der Agitation für die gesetzgeberische Verwirklichung ihrer Vorschläge begründet. Die L. P., die J. L. P., das Parlamentskomitee des Trade-Union-Kongresses, wie überhaupt

sämtliche Vertreter der Arbeit und des sozialistischen Gedankens haben sich dieselben offiziell und enthusiastisch zu eigen gemacht. Der Unterhausdebatte über den betreffenden Gesetzentwurf haben gleichermaßen der Premierminister, wie der Führer der Opposition beigewohnt — eine seltene Auszeichnung für einen privater Initiative entsprungenen legislativen Vorschlag, der zu bloß akademischer Erörterung für einen Nachmittag angesetzt ward. Und mehr noch: BALFOUR lobte das Projekt herzlich, und der Premierminister äußerte sich mit kaum geringerer Anerkennung über dasselbe. Widerspruch erhob einzig der Chef des betreffenden Regierungsdepartements, JOHN BURNS, dereinst das stolze Haupt der Sozialdemokratie.

Dieser große Plan ist der erste Versuch auf englischem Boden, den härtesten Übeln unseres industriellen Systems beizukommen und sie zu überwinden. Er bedeutet eine Lösung des — stets für unlösbar gehaltenen — Problems der Arbeitslosigkeit und der nicht ausreichenden Arbeit.

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, daß die Tätigkeit der F. S. hauptsächlich eine erzieherische war; vor allem in dem Sinne, daß sie bestrebt war, sich selbst und das Publikum über die bestehenden Gesetze und sozialen Einrichtungen zu informieren. Genaue Kenntnis dessen, was ist, ist zum Verständnis dessen nötig, was sein kann. Deshalb hat die Gesellschaft eine Anzahl von Darstellungen der regulären Kompetenzen der lokalen Verwaltungskörperschaften herausgegeben. Sie hat ferner Zusammenstellungen der Spezialgesetze, z. B. über das Wohnungs-Erziehungs-, Armenwesen usw., publiziert, damit jeder zu bestmöglicher Ausnützung der geltenden Gesetze schon in den Stand gesetzt werde. Ebenso veranstaltet sie Vortragskurse belehrenden Charakters und besitzt eine große Wanderbücherei sozialistischen und volkswirtschaftlichen Inhalts, die sozialistischen Gesellschaften, gewerkvereinlichen Organisationen, Arbeiterklubs und sonstigen Vereinen auf deren Wunsch gegen geringes Entgelt geliehen wird.

Aber noch wichtiger ist ihre ständige Arbeit in der Richtung eines Ausbaues der Theorie des Sozialismus und seiner Anwendung auf bestehende soziale Probleme. Immer hat sie daran festgehalten, daß der Sozialismus ein lebendig wachsender Organismus von Lehrsätzen ist, die sich mit der Zeit wandeln und neuen Be-

dingungen anpassen müssen. — Sie begann mit einem Protest gegen die fanatische Überschätzung des „Kapital“. Loyalität gegen einen lebenden Führer ist eine Tugend, die in sozialistischen Kreisen selten übertrieben wird; blinde Verehrung aber für das geschriebene Wort eines Toten ist ein Fehler, an dem der Sozialismus gelitten hat und noch leidet.

Denn der Sozialismus ist kein abstraktes Prinzip, das ein Philosoph — und sei seine Begabung noch so groß, sein Wissen noch so umfassend — im Studierzimmer auszudenken vermöchte. Ein einzelner Mann, wie befähigt er immer sei, kann nicht mehr als wenige aufklärende Ideen zum Ganzen der sozialen Erkenntnis beitragen. Was vor 10, 20 oder 30 Jahren gesagt, gedacht, erwartet worden ist, hat keine Bedeutung mehr. Kein Mensch, wie groß er auch war, konnte voraussehen, was eine Generation später sich ereignen würde. Die Fabians gehen deshalb an soziale Fragen mit absolut offenem Sinn heran. Nie hatten sie einen Propheten, an dem zu zweifeln ein Sakrileg war, nie Jünger, deren Vorurteile oder deren Mangel an Verständnis hätten berücksichtigt werden müssen. Stets waren sie entschlossen, selbst zu denken und ihre Gedanken ohne Rücksicht auf die Folgen auch auszusprechen.

Sie gehörten der Mittelklasse an und vertraten daher ebensowenig ausschließlich die Ansprüche der Proletarier wie die besonderen Bedürfnisse sonst einer Gesellschaftsklasse. Vielmehr betrachteten sie den Sozialismus als Prinzip, das für die Gesamtheit Anwendung zu finden habe, und deshalb ist ein großer Teil ihrer Tätigkeit der Ausarbeitung von Detailvorschlägen zur Anwendung sozialistischer Grundsätze auf irgend ein besonderes Gebiet unserer sozialen Zustände gewidmet gewesen.

So enthält ihre letztveröffentlichte Abhandlung den von einem sachkundigen Mitglied ausgearbeiteten Plan zur Verstaatlichung des — für ein solches Experiment besonders geeigneten — südlichen und südöstlichen Bahnnetzes bei London. — Vorher schon ließen sie ein Projekt über staatlichen Mutterschutz erscheinen, der im Hinblick auf den Rückgang der Geburtenziffer und die übergroße Kindersterblichkeit erhöhte Aufmerksamkeit verdient. — Weitere Materien, die in den Fabian Essays behandelt werden, sind die Probleme der Schulpflegestätten, der Kinder- und Heimarbeit,

der Belebung der Landwirtschaft, der staatlichen Überwachung der Trusts und des städtischen Getränkehandels. Andere Vorschläge der Gesellschaft in bezug auf Altersversorgung, gesetzliche Fixierung von Mindestlöhnen, Ausdehnung der Staatsaufsicht auf das gesamte Volksschulwesen sind bereits Gesetz geworden. — Mitunter freilich wird auch viel Zeit zur Ausarbeitung von Projekten aufgewendet, die sich schließlich als in der vorgeschlagenen Form unausführbar erweisen. Das gilt z. B. von dem unlängst gemachten Versuch, den Plan einer Munizipalisierung der Kohlenversorgung Londons zu entwerfen — ein Versuch, von dem man absehen mußte, weil eine sorgfältige Prüfung aller Umstände die Überzeugung zeitigte, daß er so lange unpraktikabel sei, als die Kohlenproduktion sich in privaten Händen befinde.

Derartige Untersuchungen werden auf verschiedene Weise durchgeführt. Zumeist im Wege der Überweisung an eine Sonderkommission, die sodann einen Bericht vorzulegen hat, der nach weiterer Erörterung im Plenum zur Veröffentlichung gelangt. — Die F. S. zerfällt in Fachgruppen, die aus solchen Mitgliedern bestehen, die sich besonders für einzelne Gebiete — z. B. für das Verhältnis des Sozialismus zur Erziehung, für Biologie, für die Probleme der Lokalverwaltung, für die wirtschaftliche Lage der Frauen — interessieren. Diese Gruppen halten ihre eigenen Versammlungen ab und leiten ihre eigenen Angelegenheiten. Von Zeit zu Zeit wird das Ergebnis ihrer Arbeit dem Gesellschaftsvorstand zur Veröffentlichung übergeben. Hier und da auch ist ein Reformplan das Werk eines einzelnen Forschers.

Die Ausarbeitung der Theorie des Sozialismus ist eine schwierige Aufgabe, zu deren Vollbringung nur wenige befähigt erscheinen. Eben deshalb können Gedanken auf diesem Gebiete lediglich als Arbeiten eines Einzelnen auftreten, die notwendigerweise der Kritik der Fachgenossen und der Modifizierung durch sie unterliegen. In der Praxis vermag nur ein Genie oder ein ihm nahekommendes Talent der Summe unserer gesellschaftswissenschaftlichen Vorstellungen etwas Neues hinzuzufügen. So können denn auch Fleiß und Talent lediglich die Wege zur Anwendung des Sozialismus auf besondere Probleme weisen. Zur Erweiterung und Formulierung der sozialistischen Lehre selbst aber ist mehr erforderlich. Die F. S. hat nun das Glück gehabt,

einige Männer zu den ihren zu zählen, denen diese schöpferische Kraft in geringerem, und zwei, denen sie in hohem Maße eignete. Diesen beiden letzteren: WEBB und SHAW, dankt sie aber auch nahezu alle jene Zusätze zur Theorie des Sozialismus, deren Ausbildung an ihre Existenz geknüpft ist.

* * *

Halten wir Rückschau über die Jahre, die seit der Gründung der Gesellschaft verflossen sind, so dürfen wir wohl einige Genugtuung empfinden über den Weg, den die von ihr erstmals ausgesprochenen Ideen nicht nur in England, sondern in der ganzen Welt zurückgelegt haben. — In England ist der alte dogmatische Sozialismus beinahe verschwunden. Sogar die S. D. P. hat ihre Lehren stark modifiziert, und gerade weil sie dies nicht rasch oder nicht gründlich genug getan hat, hat sich ihre Anhängerschaft gelichtet und behaupten ihr gegenüber die J. L. P., deren Gründung auf Basis der von der F. S. verfochtenen Anschauungen erfolgt ist, sowie die L. P. in Gemeinschaft mit der F. S. als politische sowohl wie als intellektuelle Mächte das Feld. — Inwieweit die Ideen unserer Gesellschaft auch das Festland erobert haben, bin ich zu beurteilen nicht kompetent. Eines aber ist sicher: die revisionistische Bewegung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie ist durch EDUARD BERNSTEIN eingeleitet worden, nachdem er nach langjährigem Exil aus London heimgekehrt war, aus London, wo er aus persönlichen Gesprächen und politischen Betrachtungen alles gelernt hatte, was die Fabians lehren konnten.

Die Aufgabe der F. S. ist noch nicht erfüllt. Eine neue Fabiangeneration wächst heran, zu deren Füßen wir Älteren gerne sitzen werden. Denn wissen wir mehr, als unsere Väter wußten, so erwarten wir, daß unsere Kinder mehr wissen werden als wir. Uns, den Begründern der Gesellschaft, bleibt so nur mehr die Aufgabe, pietätvoll historische Erinnerungen zu schreiben.

Ein Brief von Friedrich Engels an Johann Jacoby.

Mitgeteilt und erläutert von

Gustav Mayer (Zehlendorf).

Brüssel, den 22. Oktober 1847.

Ich benutze, bester Jacoby, eine sich mir soeben darbietende, günstige Gelegenheit, einige Zeilen von mir von Köln aus (also auf unverdächtigem Wege) an Sie gelangen zu lassen. Hoffentlich sind meine früheren Briefe sowie mehrere Pakete richtig in Ihre Hände gekommen. Da Sie mir leider auf jene Briefe nicht geantwortet haben, komme ich diesmal auf eine Frage zurück, die eben jetzt sehr ernst ist und von der ich, wenn ich nicht irre, bereits zweimal in meinen Briefen zu Ihnen gesprochen. Es ist nämlich die der bedrohten Existenz der Deutsch. Br. Z. Die Hilfe, welche dieselbe bisher aus Deutschland erhalten, ist so wenig zulänglich, daß das Blatt ein wahres Proletarierdasein fristet. Die Mittel des Redakteurs, sowie die meinigen und mehrerer anderer, die dem Blatte Opfer, schwere Opfer gebracht, sind erschöpft. Ich müßte Ihnen zehn Bogen voll schreiben, wenn ich Ihnen ausführlicher erzählen wollte, unter welchen Mühsalen jede nächste Nummer zur Öffentlichkeit gebracht wird. Das Blatt kostet viel Geld, und obgleich täglich neue Abonnements kommen, sind doch die Kosten vom Blatte selbst noch lange nicht gedeckt. Dazu kommen nun noch die unregelmäßigen Einzahlungen, mannigfache Verluste usw. Dies pekuniäre Misere ist jedoch nicht das einzige: in seinem Gefolge hat es eine Menge andere Mißstände, deren Bekämpfung und stete Abwehr allein schon hinreichen, die ganze Tätigkeit der Redaktion in Anspruch zu nehmen. Nun rechnen Sie noch dazu die unausgesetzten Verfolgungen, welche den beteiligten Personen sowie dem Blatte vom liberalen Ministerium, von feindlichen Parteien usw. zuteil werden, und Sie werden sich leicht die ganze Schwierigkeit unserer Lage vorstellen können.

Vor allen Dingen indes ist Geld nötig — mit allem übrigen wollen wir schon fertig werden. Ich beschwöre Sie nochmals, das Ihrige zu tun und auch die Bürger Königsbergs dazu aufzufordern. Kann z. B. ein Herr Ballo, ein Herr Dr. Meyerowitz und andere liberale Geldsäcke, die den Mund von Freiheit, Bürgerehre und anderen Phrasen beständig voll haben, können diese Menschen, wenn sie einmal zur Herrschaft gelangen wollen, (die — freilich vorübergehende — Bourgeoisherrschaft ist doch unvermeidlich), zu diesem Zweck nicht auch kleine Opfer bringen? So lange sie das nicht tun, nicht regelmäßig und immer von neuem

tun, ist ihre Unzufriedenheit mit der Bureaukratie entweder eitel Heuchelei und Lüge, oder die impotenteste Sklavenergebenheit, und sind die Fußtritte, die dem deutschen Bürgertum so reichlich zuteil werden, noch eine viel zu geringe Strafe für diese Herren. — Bester Doktor — ich weiß, an Ihnen liegt es nicht, daß die Deutsch. Br. Z. von Königsberg aus gar keine Unterstützung bisher gefunden — ich kann mir wenigstens nicht vorstellen, daß Sie einer dringenden Aufforderung so gar keine Beachtung geschenkt hätten — aber die Servilität und Niedrigkeit der reichen sich bei jeder Gelegenheit breit machenden und im Grunde tief servilen Bourgeoisie meiner[1]) [sic] lieben Vaterstadt verdient, daß sie auf das rücksichts[2]) [sic] vor der Öffentlichkeit gegeißelt wird, was ich mit Nennung der bekanntesten Schreier sicher zu meiner und aller ehrlichen Leute Vergnügen tun würde, wenn es nicht bedenklich wäre, die finanzielle Lage unseres Blattes, die Mittellosigkeit der hiesigen Partei dabei bloßzustellen.

Ich lege diesen Zeilen — als letzten Versuch — mehrere Aktien bei und hoffe daß es Ihren Bemühungen gelingen wird, dieselben zur Fortexistenz der Z. unterzubringen. Wie ich Ihnen schon früher gesagt, hat die Redaktion Wege genug, den Beteiligten das Blatt, wenn sie wollen und bezahlen — wir können bei dem besten Willen keine Gratisversendungen machen — en masse zuzusenden. —

Große Eile tut not. Schicken Sie das Geld, welches Sie für den genannten Zweck zu sammeln vermögen, unter der Adresse: Kaufmann Rappard, place des Martyrs Nr. 16, ein mit der Weisung, es Bornstedt zukommen zu lassen. In diesen Tagen sende ich Ihnen ein größeres Paket mit Nummern u. eig. Broschüren. Vergeben Sie meine Eile. Empfangen Sie meine besten Grüße und die Versicherung, daß ich Ihr aufrichtigster Fr. Engels.

Daß zwischen dem Verfasser der „Vier Fragen“, den Zeitgenossen die Hebamme des großen preußischen Verfassungskampfes nannten, und dem Miterwecker jener noch umfassenderen Bewegung, welche die Verfsssungskämpfe in Klassenkämpfe auflösen wollte, persönliche Beziehungen bestanden haben, ist bisher kaum bekannt geworden. Leider haben sich die anderen Briefe von Engels, deren im vorliegenden Schreiben Erwähnung getan wird, in Jacobys Nachlaß nicht mehr vorgefunden. Dagegen ist es möglich, daß aus den Engelsschen Papieren, deren Veröffentlichung bevorsteht, Jacobys Antworten auftauchen werden. Der ganze Ton des vorstehenden Briefes läßt kaum in Zweifel, daß die Bekanntschaft beider Männer nicht bloß eine schriftliche gewesen ist. Bei dem großen Altersunterschied, der zwischen ihnen bestand, hätte sonst wohl selbst ein Stürmer und Dränger wie der siebenundzwanzigjährige Barmer Fabrikantensohn, an das anerkannte oberste Haupt der vormärzlichen demokratischen Bewegung in Preußen ein wenig förmlicher geschrieben. Nun bewohnte aber, seßhaft durch Beruf und Neigung, Jacoby

1) Im Manuskript heißt es „meiner“ und nicht „Ihrer“, wie der Sinn es erheischte. Denn Engels meint hier doch offenbar Jacobys Vaterstadt Königsberg und nicht seine eigene Heimatstadt Barmen! 2) Es soll natürlich „rücksichtsloseste“ heißen.

den fernsten Osten Deutschlands, während ENGELS bis dahin einzig in seinem Dienstjahr bei der Garde auf altpreußischem Boden geweilt hatte. Wir haben also Grund zu der Annahme, daß die erste Begegnung der beiden (spätere Begegnungen könnten in den Revolutionsjahren stattgefunden haben, mir ist darüber nichts bekannt!) in Berlin erfolgte, als der Mitverfasser des Kommunistischen Manifests des Königs Rock trug. Der Assessor von FLOTTWELL, ein Sohn des bekannten preußischen Staatsmanns und ein Freund JACOBYS, verkehrte im Kreise der „Freien" damals mit ENGELS — einmal berichtet er JACOBY über eine spaßhafte Bierreise, die er mit ENGELS und mit STIRNER unternommen — und ich vermute, daß vielleicht bei „HIPPEL", im Kreise der „Freien" FLOTTWELL oder Dr. JULIUS WALDECK, JACOBYS Vetter, der ebenfalls mit diesem Kreise zusammenhing, dem durchreisenden Königsberger Freund den jungen Einjährigen vorgestellt hat.

In Wirklichkeit kommt es darauf nicht sehr an. Hier genügt es, darauf hinzuweisen, daß Ende 1847 noch zwischen allen Elementen der Opposition eine enge Interessengemeinschaft bestand, die erst im Spätfrühling und Sommer des folgenden Jahres ein schneller Differenzierungsprozeß gelockert oder gelöst hat. JOHANN JACOBY mußte selbst einem ENGELS als ein wertvoller und zuverlässiger Bundesgenosse gelten; und nicht allein, weil er seine Hilfe in Anspruch nimmt, zieht dieser einen scharfen Strich zwischen ihm und den „liberalen Geldsäcken" BALLO und MEYEROWITZ. Über JACOBYS Verhältnis zu dem Fabrikanten M. O. BALLO, der noch bei Beginn der neuen Ära zu den Führern der Königsberger Demokratie gehörte, ist mir nichts weiter bekannt. SIMON MEYEROWITZ war der hingebendste Freund, den JACOBY besaß, sein getreuer Eckardt. Er unterschied sich von dem jüngeren Gefährten durch eine mehr historisch gestimmte politische Auffassung, durch eine gewisse Skepsis. Vergebens suchte er in den für die Laufbahn des von ihm vergötterten Freundes verhängnisvoll gewordenen Revolutionsjahren den uferlosen Radikalismus des starren Doktinärs zu bremsen. Auf das soziale „Gespenst" wurde der in Königsberg als wohlhabender Privatgelehrter lebende MEYEROWITZ, wie so viele andere, erst durch die Junischlacht aufmerksam. Aber das neue Phaenomen konnte das Denken des hypochondrischen Mannes wohl unsicher machen, doch nicht mehr in neue Bahnen lenken!

Daß ENGELS wenige Wochen vor der Niederschrift des Kommunistischen Manifests die Eroberung der Macht durch die „Bourgeoisie" als „unvermeidlich" aber „vorübergehend" in Aussicht stellte, wird niemanden wunder nehmen, der seine und MARXENS Schriften aus jener Zeit kennt. JACOBY huldigte einer ausschließlich „ethischen" Auffassung der Politik, und seine auf den „Rechtsstaat" und die freie Selbstbestimmung der Bürger hinzielenden Bestrebungen waren mit einer materialistischen Geschichtsauffassung nicht vereinbar. RUGE oder ENGELS hatten ihn schon drei Jahre zuvor (1844) zur Mitarbeit an den Deutsch-französischen Jahrbüchern herangezogen, und man muß annehmen, daß er die Ausführungen über Gesellschaft und Staat gelesen hatte, mit denen dort MARX den ökonomischen Gesichtspunkt auf den Thron erhob. Überhaupt läßt sich annehmen, daß JACOBY über die tiefe Kluft damals

schon im klaren war [1]), die seine Anschauungen von denen dieses Freundespaars trennte. Wir sehen ja auch aus diesem Briefe, daß ENGELS Sorge trug, ihn mit seinen Geisteserzeugnissen bekannt zu machen. Indessen — es wurde schon oben bemerkt — seit mit der Zunahme der allgemeinen oppositionellen Bewegung sich die heiß ersehnte Aussicht auf Handeln zeigte, hatten theoretische Gegensätze innerhalb der Opposition von der Bedeutung eingebüßt, die sie später nach dem Siege der Reaktion schnell wiedererlangen sollten. MARX und ENGELS waren Ende 1847 überzeugt, daß ihre fernen Ziele einen Sieg der großen liberalen Bewegung zur Voraussetzung hatten, und sie scheuten nicht, wie manche ihrer Epigonen, ein vorübergehendes Bündnis mit dem Liberalismus gegen den gemeinsamen Gegner einzugehen. Auf der anderen Seite war JACOBY zwar Programmpolitiker, aber auch er wußte, wo der Feind stand und daß es einen starken Feind zu bekämpfen galt. Mit den Interessen der Bourgeoisie war er niemals verkuppelt, schon im folgenden Jahre geriet er in seiner Heimatstadt in den Verdacht, ein Kommunist zu sein. Ein anderes ist es, ob JACOBY just Neigung verspürt haben wird, die „Geldsäcke“ seiner reichen Freunde für die Unterstützung der Deutschen Brüsseler Zeitung in Anspruch zu nehmen. Daß er ENGELS' frühere Briefe in der gleichen Angelegenheit nicht beantwortet hatte, läßt vielleicht annehmen, daß er die Geldmittel, die er für politische Zwecke in Bewegung setzen konnte, lieber Bestrebungen zuwandte, die mit seinen Interessen und denen seiner Geldgeber vollkommener übereinstimmten.

Redakteur der seit Anfang des Jahres 1847 erscheinenden Deutschen Brüsseler Zeitung war ein ehemaliger preußischer Offizier, ADALBERT VON BORNSTEDT. Auf den hatten MARX und ENGELS, die seit 1845 in der belgischen Hauptstadt ihr Hauptquartier aufgeschlagen hatten, einen starken Einfluß gewonnen. Die Überwachung des Blattes vonseiten des doktinär-liberalen Ministeriums VAN DE WEYER geschah auf Veranlassung des preußischen Gesandten in Brüssel.

1) Zweifelsohne hatte JACOBY einen (bisher ungedruckten) Brief ARNOLD RUGES an MEYEROWITZ aus Paris vom 11. Februar 1845 gelesen, in dem dieser nach seinem Bruch mit MARX den Kommunismus eine „ökonomische Demagogie“ nennt, „die sofort den Menschen in wirkliche Gemeinheit stürzt“: „Die Individuen, die mit der Wissenschaft der Sittlichkeit, der Politik, kurz allen ideellen und allgemeinen Mächten zerfallen, über dem Traum des irdischen Paradises, haben ihre jesuitischen Prätexte für jede Nichtswürdigkeit und jeden Verrat . . . Die Kommunisten sind jetzt schon so weit, daß sie sich einen neuen Messias prophezeien, und die Hauptheldon streiten sich um die Stelle des ersten Propheten. So MARX und WEITLING . . . Die Geschichte wird die Macht der Gedanken und des Idealismus immer von neuem beweisen, und der materielle Zustand nie anders als akzessorisch durch die Weltbewegungen verändert und verbessert werden.“ JACOBY und RUGE standen seit 1841 in gelegentlichem Briefwechsel, kennen gelernt haben sie sich erst 1847, als das neue Schauspiel des Vereinigten Landtags alle hoffnungsseligen Politiker nach Berlin zog.

Literaturbericht.

Gisela Michels-Lindner, Geschichte der modernen Gemeindebetriebe in Italien (Schrift. d. Vereins f. Sozialpolit., Bd. 130/2). Leipzig, Duncker & Humblot 1908. 8⁰. VI — 255 S. (7 M.)

Das angezeigte Werk bildet einen Bestandteil der vorjährigen großen Untersuchung des Vereins für Sozialpolitik über die Gemeindebetriebe; und zwar einen von besonders hohem und bleibendem wissenschaftlichen Werte, weil im Gegensatz zu den meisten anderen, nur die modernen Zustände einzelner Städte behandelnden hier nicht nur eine umfassende Darstellung für ein ganzes großes Land versucht worden ist, sondern namentlich auch dogmatische und geschichtliche Ausführungen einen größeren Raum einnehmen. Dazu kommt das besondere Interesse, das gerade Italien für die wissenschaftliche Betrachtung des „Munizipalsozialismus“ gewährt. Während in den meisten anderen Ländern die Munizipalisierung wichtiger Betriebe den besonderen Bedürfnissen des Augenblicks und namentlich der städtischen Finanzen entsprungen ist und meist nur zögernd und unter dem Druck der Verhältnisse, geradezu im Gegensatz zu herrschenden Theorien — wie in England —, ein Gebiet nach dem andern ergriffen hat, ist man in Italien verhältnismäßig spät, dann aber von Anfang an aus theoretischen Erwägungen heraus und mit einem ganzen ausgearbeiteten Programm mit vollen Segeln in das Fahrwasser des Munizipalsozialismus hineingesteuert. Dies beruht vor allem auf dem großen Anteil, den hier der Sozialismus — der theoretische wie der praktische, den die zahlreichen sozialistisch regierten Gemeinden zu treiben suchten, — an dieser Entwicklung hat.

Demgemäß macht uns die Verf. ganz zweckmäßigerweise zunächst in der Einleitung mit den zahlreichen Theoretikern des Munizipalsozialismus bekannt, welche die „Hochflut der Munizipalisationspropaganda“ am Anfang dieses Jahrhunderts in Italien erzeugt hat, seinen begeisterten Anhängern, wie Montemartini, Portalupi, Bonomi, Schiavi u. a., sowie seinen Gegnern, wie Sensini und namentlich Geisser. Mangels genügender italienischer Erfahrungen haben ihre theoretischen Schriften hauptsächlich die englischen zugrunde gelegt. So hat Geisser das bekannte Werk von Lord Avebury übersetzt und daran seine auf die italienischen Verhältnisse bezüglichen Beobachtungen und Bemerkungen geknüpft. Ihm ist dann neuerdings Cabiati mit einer ausgezeichneten Abhandlung über den ebenfalls die englischen Verhältnisse und daneben die der Vereinigten Staaten behandelnden Bericht der amerikanischen Civic Federation entgegengetreten.

In diesen theoretischen Untersuchungen nehmen nun, so namentlich bei Schiavi, die Probleme der Lebensmittelversorgung in den Städten, hauptsächlich im Hinblick auf die Arbeiterklasse, großen Raum ein, indem die „Verteuerung der fundamentalen Elemente der physischen Existenz als ein alles überwucherndes Problem erscheint“, das nur durch Errichtung kommunaler Lebensmittelbetriebe zu lösen sei. Demgemäß finden wir denn auch, daß die tatsächliche Entwicklung des Munizipalsozialismus in Italien den umgekehrten Weg gegangen ist, wie in den anderen Ländern. Während sie hier in der Regel mit der Wasserbeschaffung einerseits und den Markt- und Schlachthäusern (Lebensmittelfürsorge, aber nicht Lebensmittelversorgung) andrerseits begonnen und dann bald zur Lichtbeschaffung durch Gas- und später Elektrizitätswerke sowie hierauf zur Kommunalisierung der Straßenbahnen fortgeschritten ist und erst an letzter Stelle in der jüngsten Zeit auch der Lebensmittelversorgung sich zugewandt hat, beginnt sie in Italien sogleich mit der letzteren, d. h. mit nichts geringerem als dem schwierigen und einschneidenden Problem der Ausschaltung des Zwischenhandels auf diesem Gebiete.

Dies hat aber neben jenen theoretischen Wurzeln auch historische: die kommunale Tätigkeit war in Italien auf dem Gebiet der Broterzeugung und der Mühlenindustrie seit dem Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert hinein sehr ausgebildet, und demgegenüber haben die durch die Gewerbefreiheit herbeigeführten Mißstände bei der Bedeutung, die in Italien mangels des Gebrauchs der Kartoffel die Brotfrage hat, sich sehr fühlbar gemacht und ein Anknüpfen an die alte Tradition nahegelegt. Von dieser früheren kommunalen Regelung der Brot- und Mehlerzeugung gibt die Verf. nun eine sehr eingehende und interessante Darstellung, die zweifellos den Rahmen der auf die Gegenwart gerichteten Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik ebenso überschritt, wie sie für die Geschichte des Munizipalsozialismus bleibenden Wert hat.

Wir verfolgen dann an ihrer Hand mit Interesse, wie nun wieder in der neueren Zeit zunächst als eine Art Sanitätspflege zur Bekämpfung der Pellagra in einer Reihe kleiner ländlicher Gemeinden im Friaul kommunale Backöfen zur Lieferung billigen Weizenbrotes mit Erfolg errichtet worden sind, und wie dann, während seit 1899 verschiedene große Stadtverwaltungen eingehende Studien und Projekte über die Beseitigung der Mißstände der privaten Brotindustrie — des zu hohen, nicht mit dem Getreidepreise sinkenden Brotpreises, der schlechten, vielfach verfälschten Qualität und der unhygienischen Zustände in den Bäckereien — machten, ohne zu einer Tat zu gelangen, im „dunkelsten Teil Italiens“, in Sizilien, die erste und zugleich großartigste moderne städtische Brotfabrik in Catania mit einem Schlag ins Leben trat und die ganze Brotproduktion dieser großen Hafen- und Handelsstadt mit 160000 Einwohnern übernahm, die private Brotfabrikation so gut wie vollständig ausschaltete. Es ist bekannt und von der Verf. auch schon an anderem Ort dargestellt, daß dieser große Versuch, wie er aus ganz besonderen, zum Teil persönlichen Momenten entsprang, auch durch solche scheiterte, ohne etwas gegen die Richtigkeit des Prinzips zu beweisen, da

diese Gemeindebäckerei billigeres Brot lieferte und die Lage der Bäckereiarbeiter erheblich verbesserte und die anfangs ungünstigen finanziellen Resultate sich im letzten Geschäftsjahr schon in einen Gewinn gewandelt hatten. Aber das Scheitern dieser Unternehmung machte doch der Periode des „unbegrenzten Enthusiasmus“ für die Brotmunizipalisation selbst bei den Sozialisten ein Ende. Und wenn sich seitdem die städtischen Bäckereien in Italien dennoch langsam, aber stetig vermehren, so bestehen sie überall nur neben der Privatindustrie, ohne sie gänzlich auszuschalten.

Während sodann auf dem Gebiet des Fleischereiwesens nur von weniger bedeutenden Experimenten in der Munizipalisierung des Metzgergewerbes berichtet wird, hat sich auf einem anderen bei dem italienischen Klima ebenfalls sehr wichtigen und vielfach der Bewucherung durch die private Spekulation ausgesetzten Gebiete die Kommunalisierung sehr bewährt: nämlich dem der Eisfabrikation. Ein Gleiches gilt von der Errichtung kommunaler Apotheken und Laboratorien für Lymphe und Heilserum. Eine sehr interessante Spezialität auf dem Gebiet der Lebensmittelindustrie ist endlich die Gemeindekellerei in Canneto-Pavese, einer kleinen sozialistischen Landgemeinde, — das erste Experiment kommunaler Betätigung auf dem Gebiet agrarischer Produktion in Italien, das den Einwohnern als Produzenten, nicht als Konsumenten dient.

Gegenüber dieser Reihe von interessanten Versuchen, welche die italienischen Gemeinden als erste auf dem Gebiet der kommunalen Lebensmittelbetriebe gemacht haben, finden wir nun umgekehrt gerade auf denjenigen Gebieten im Ganzen eine verhältnismäßige Zurückgebliebenheit, die in den anderen Ländern mit entwickelten Gemeindebetrieben zuerst und am meisten zur Ausbildung gekommen sind: der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung und den Straßenbahnen. Es ist daher in sachlicher Beziehung kein großer Mangel des M.-L.schen Buches, daß es — aus äußeren Gründen — diese Gebiete nicht mit gleicher Ausführlichkeit behandelt, wie die vorhergehenden, sondern nur einen kürzeren Überblick darüber gibt.

So zeigt die kommunale Regietätigkeit in Italien, im ganzen genommen, wie die Verf. ausführt, heute noch vollständig den Charakter des Experimentierens, der mit ihrem zum Teil theoretischen Ursprung zusammenhängt. Sie ist hier weniger Real- als Programmpolitik. Man will mit der Kommunalisierung hier in Wahrheit ein Stück Sozialismus verwirklichen, ähnlich wie es in den anderen, Ländern nur der ja anfangs auch in der Mehrheit sozialistische, Grafschaftsrat in London unternommen hat. Nur hier wie dort ist es daher eigentlich richtig, von „Munizipalsozialismus“ in einem engeren Sinne zu sprechen. So steht die Ausschaltung der Mißstände des kapitalistischen Zwischenhandels und das Interesse der arbeitenden Klassen hier wie dort im Vordergrund, es herrschen soziale Motive bei der Entwicklung der Gemeindebetriebe vor, gegenüber den hygienischen und finanziellen, die anderwärts in erster Linie die treibenden Ursachen waren. In ihrem durch maßvolle Objektivität ausgezeichneten Schlußworte hebt die Verf. dies ebenso hervor, wie sie offen eingesteht, daß bei diesen Experimenten auch eine

Reihe verfehlter und verunglückter Versuche vorgekommen sind, und neben den Mißständen, die den kommunalen Unternehmungen aller Länder anhaften, doch in Italien auch besondere Schwierigkeiten durch eine noch nicht genügend ausgebildete öffentliche Moral und durch die enge Verknüpfung der technischen Direktion der Betriebe mit der politischen Gemeindeverwaltung gegeben sind, indem die kommunalen Unternehmungen vielfach gerade gezwungen sind, „jedes Auf und Nieder im politischen Gemeinderat mitzumachen“. Diese mancherlei Fehlschläge und Mißgriffe haben die Begeisterung für den Munizipalsozialismus selbst unter den Sozialisten sehr abgekühlt, aber die italienische Munizipalisationsbewegung hat nach der Verf. doch gerade durch die Fülle ihrer Experimente auf denjenigen Gebieten, die viel direkter in das tägliche Leben der Einwohnerschaft eingreifen als Elektrizitäts- oder Gasversorgung, einen ungemein volkstümlichen und demokratischen Charakterund bringt die spezifischen Eigentümlichkeiten des Italienertums zum Ausdruck, die Fehler, wie die Vorzüge, welch' letztere nach den feinsinnigen Ausführungen am Schlusse gerade zu der deutschen Art eine so treffliche Ergänzung darstellen sollen und ihre „erwärmenden Strahlen“, wie die Verf. hofft, „auch auf die in anderer Hinsicht vielleicht weiter entwickelten Gefilde des Munizipalismus der nördlichen Nachbarländer werfen mögen“. So schließt diese interessante Studie mit einem geschmackvollen Ausblick von höherer Warte. Niemand, der sich für Geschichte und Theorie des Munizipalsozialismus interessiert, wird sie unberücksichtigt lassen können, jeder wird das frisch und anregend geschriebene Buch, obwohl es sein Thema — wie bei einem solchen ersten Wurf im Rahmen einer aktuellen, zu einem bestimmten Termin fertigzustellenden Untersuchung gar nicht anders möglich — nicht erschöpft und manche Frage unbeantwortet läßt, doch mit Befriedigung aus der Hand legen.

Tübingen, Dezember 1910. C. J. Fuchs.

W. Ed. Biermann, Privatdozent an der Universität Leipzig, Karl Georg Winkelblech (Karl Marlo). Sein Leben und sein Werk. 2 Bde. Leipzig, A. Deichertsche Verlagsbuchhandlung Nachf. 1909. (I. Bd. Leben und Wirken bis zum Jahre 1849. Mit Bildnis und Faksimile W.s. gr. 8°. XIV — 387 S.; II. Bd. Die deutsche Handwerker- und Arbeiterbewegung des Jahres 1848. W.s Leben und Wirken bis zu seinem Tode 1865. Mit Bildnis W.s 8°. VI — 511 S.). (7,80 M. u. 10 M.)

Winkelblech (11. IV. 1810—10. I. 1865) war Professor der Chemie und Technologie an der Höheren Gewerbeschule in Kassel. Durch Zurücksetzungen in seiner akademischen Laufbahn verbittert und seiner Fachwissenschaft entfremdet, wendete er sich 1843 sozialökonomischen Studien zu, als deren Frucht er unter dem Pseudonym Marlo in den Jahren 1849—1859 äußerst umfangreiche — 3 Bände in 4 Teilen mit über 2200 Druckseiten umfassende — „Untersuchungen über die Organisation der Arbeit oder System der Weltökonomie“ veröffentlichte, ein Werk, das übrigens nur Torso geblieben ist. Wie geringen Eindruck es machte, erhellt am besten daraus, daß Schäffle

fünf Jahre nach des Verfassers Tode feststellen konnte: es sei „bis auf den heutigen Tag fast ganz unbekannt geblieben". Seither ist es wohl 1884—86 neu aufgelegt worden. Aber mit wenig besserem Erfolge. Auch B. selbst gibt zu, sein Held gehöre zu den Persönlichkeiten, „deren Nachwirken in unserer Zeit ein teils nur bescheidenes, teils nicht einmal unbedingt segensreiches ist". In der Tat hat Marlo nach wie vor auf Theorie und Praxis kaum nennenswerten Einfluß geübt. Allein es sind schon weniger interessante Menschen und Schriftsteller zum Gegenstand monographischer Behandlung gemacht worden. So ist sie denn auch zu Ende der 90er Jahre zweimal Marlo zuteil geworden: durch Edgard Allix (L'oeuvre économique de Karl Marlo. Paris 1898) und Stanislaus Grabski (Karl Marlo als Sozialtheoretiker. Bern 1899), die beide — innerhalb angemessener räumlicher Grenzen — ein übersichtliches Bild von Marlos Gedankenreihen bieten. Ihnen gesellt sich nun B. mit dem vorstehend angezeigten zweibändigen Werke, das noch der Ergänzung durch einen dritten Band harrt, in dem erst er „eine zusammenhängende Darstellung der Nationalökonomie und Sozialphilosophie Marlos geben" will.

Der Autor empfindet es selbst: „drei Bände über den halbvergessenen Vater des zünftlerischen kleinbürgerlichen Sozialismus zu schreiben, das ist ein Unterfangen, das wohl einer Rechtfertigung bedarf". Zwei Gründe nun waren für ihn entscheidend. Der eine ist nur zu verstehen, wenn man weiß, daß er mit Dietzel in der Geschichtschreibung der Nationalökonomie und des Sozialismus die Vertreter des „Sozialprinzips" von denen des „Individualprinzips" gesondert wissen will. Gegen eine derartige — in der These freilich sehr verlockende — Kategorisierung, bei der um der ethischen Motivation willen das praktische Ziel der Gesellschafts- und Wirtschaftstheorien in den Hintergrund gerückt wird, spricht jedoch nicht allein die fast unüberwindliche Schwierigkeit ihrer Handhabung, sondern mehr noch der Umstand, daß keine Theorie des sozial und wirtschaftlich Seinsollens ausschließlich auf einem der genannten Prinzipien aufgebaut und streng folgerichtig zu Ende gedacht ist. In der Tat hat B., wie schon zu anderen Malen, auch im vorliegenden Falle gezweifelt, ob die „Subsumierung unter das eine oder andere Prinzip Dietzels" am Platze sei, um sich dann freilich zur Klarheit durchzuringen, daß „Winkelblech, namentlich wegen seiner Anschauung vom Gesamtwillen und vom Staat eher zu den Sozialisten als zu den Individualisten zu zählen sei". Aber immerhin haben diese Erwägungen in ihm die Absicht gezeitigt, „dem eigenartigen Mann und originellen Schriftsteller . . ein eigenes umfassendes Werk zu widmen". Hinzu trat noch, als zweiter Grund, B.s Liebe „zur alten Heimat seiner Familie . ., dem schönen Hessenland", in dem Marlo gelebt und gewirkt hat.

Erklärt sich so die liebevolle Hingabe B.s an seinen Stoff, so doch nicht auch, daß er sich von ihm ganz beherrschen läßt, statt ihn zu meistern. Alles an der Materie und was — oft nur losest — mit ihr zusammenhängt, erscheint ihm gleich interessant und gleich wichtig. Seine Darstellung leidet infolgedessen an übermäßiger und ermüdender Breite: es fehlt ihr im ganzen an Geschlossenheit und in den Details an Verhältnismäßigkeit.

Was diese Mängel hervorgerufen hat, begründet freilich auf der anderen Seite auch nicht geringe Vorzüge des besprochenen Buches und macht es für jeden wertvoll, der sich mit der Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands vor 1848 und während des Revolutionsjahres befaßt: der zweite Band ist zum weitaus größten Teil einer Schilderung der Handwerker- sowie der Arbeiterbewegung jener stürmischen Zeit gewidmet (S. 1—307 und Anhang I—II [Beschlüsse des allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Frankfurt a. M., S. 441—56, und Denkschrift über den Entwurf einer allgemeinen deutschen Gewerbeordnung des Handwerker- u. Gewerbekongresses, S. 457—74]). Natürlich überspannt sie weitaus den Rahmen künstlerischer Darstellung einer einzelnen Persönlichkeit. Auch gereicht es ihr gewiß nicht zum Vorteil, daß sie durch eine solche Darstellung veranlaßt und ihr äußerlich angeschlossen ist. An ihrer sachlichen Nützlichkeit ändert das jedoch nichts, und man darf sie dankbar begrüßen. CARL GRÜNBERG.

ELISABETH LUZZATTO, Entwicklung und Wesen des Sozialismus. I. Band.: Sozialistische Bewegungen und Systeme bis zum Jahre 1848. Wien, Volksbuchhandlung Ignaz & Brand & Co. 1910, 8°. VIII-144 S. (6 Kr.).

Die Verf. erhebt, wie sie selbst im Vorwort nachdrücklich betont, „in keiner Weise den Anspruch, der Geschichtsforschung neue Bahnen zu finden, der Philosophie neue Gedanken zuzuführen“. Sie verfolgt vielmehr ausschließlich Popularisierungszwecke. Eben deshalb auch gestaltet sich ihre Arbeit enzyklopädisch: nicht einzelne Epochen, nicht einzelne Seiten der sozialistischen Theorien und Bewegungen will sie darstellen, sondern in Anlehnung an die monographischen Leistungen anderer auf diesem Gebiete „eine schlichte und anspruchslose, aber zusammenfassende, gemeinverständliche und . . knappe Erzählung des Ursprunges, der Entwicklung und des Wesens des modernen wissenschaftlichen Sozialismus bieten“.

Begriffliche Schärfe ist nicht die starke Seite der Verf. So definiert sie den Sozialismus als „eine soziale Bewegung und politische Partei, eine Geschichtslehre und eine Philosophie, eine Kulturbewegung und eine Weltanschauung“ — ohne anzugeben, was denn den Inhalt von all dem ausmacht. Aus dieser Verschwommenheit resultieren dann nicht wenige Mißverständnisse und unrichtige oder schiefe Werturteile über Personen und Dinge. Auch eignet ihr — wenigstens soweit man nach dem Quellenverzeichnis schließen darf — nicht die genügende Literaturkenntnis: zahlreiche wichtige Werke (darunter LORENZ STEINS Arbeiten!) sind ihr unbekannt geblieben, andere minderwichtige oder wertlose der Darstellung zugrunde gelegt worden. Doch sollen über diesen zweifellosen und schweren Mängeln auch die Vorzüge des L.schen Buches nicht übersehen werden. Die Verf. ist vielfach mit Erfolg bemüht, dem Leser eine anregende Führerin durch die in Zeit und Raum so vielgestaltigen sozialistischen Strebungen su sein.

Sie gedenkt in einem II. Bd. „sich mit dem eigentlichen Marxismus, mit dem Leben und Schaffen seiner Begründer zu befassen“ und in einem III.

„die seitherige Weiterentwicklung in kurzen Strichen zu zeichnen". Hoffentlich gelingt es ihr, hierbei die Fehler des I. Bandes zu vermeiden und dessen Vorzüge schärfer herauszuarbeiten. CARL GRÜNBERG.

JOHN HENRY MACKAY, Max Stirner, sein Leben und sein Werk. II. durchges. u. verm. Aufl. Treptow bei Berlin, Bernhard Zack 1910. 8°. XIX — 298 S. (geb. 7 M.).

Die Vorzüge des angezeigten Werkes — liebevolle Versenkung des Verf. in den behandelten Stoff, vor keiner Mühe zurückscheuender Fleiß, äußerste Sorgfalt bei der Sichtung und Prüfung des Materials, aus dem die Schilderung von STIRNERS Lebenslauf aufgebaut ist — sind bereits vor zwölf Jahren, beim Erscheinen der ersten Auflage von allen Seiten anerkannt worden. In dieser Beziehung ist nur schon damals — mit vollem Recht — Gesagtes zu wiederholen, und es gilt gleichermaßen auch von den biographischen Einzelheiten, um welche die vorliegende Neuauflage vermehrt worden ist. Vermehrt übrigens in bloß mechanischer und nicht in organischer Weise; derart nämlich, daß die Forschungsergebnisse seit 1898 nicht in die alte Darstellung hineinverarbeitet sondern ihr in Form einer „Nachschrift" angegliedert worden sind, da M. „ein Niederreißen und Wiederaufbauen ganzer Teile, ohne die Gewähr, der Konstruktion des Gesamtbaues dadurch nicht zu schaden", scheute. Das mag noch hingehen. Nicht verständlich dahingegen erschien von vornherein und erscheint es umsoweniger heute, daß M. nicht einmal den Versuch gemacht hat, die Gedankenreihen seines Helden aus der Zeit heraus, in der sie entstanden sind, zu erklären, sie in ursächlichen Zusammenhang mit vorangegangener Denkarbeit gleich oder ähnlich gerichteter Geister zu bringen, ihre Nachwirkungen bis in die Gegenwart herein zu verfolgen. Er habe, meint er, „keine Geschichte der Philosophie des Egoismus, sondern eine Geschichte des Lebens MAX STIRNERS schreiben wollen". So erfahren wir denn auch von dessen Einfluß auf unsere Tage nur die eine Tatsache, daß seit 1900 von STIRNERS Hauptwerk „Der Einzige und sein Eigentum" je 2 französische, spanische und russische, ferner eine dänische, englische, italienische und holländische Übersetzung erschienen sind, Kurzum M.s Buch ist eine Geschichte des äußeren Lebenslaufes STIRNERS, wie man sie sich genauer und zuverlässiger gar nicht wünschen kann; ja, wie sie sich so genau und in unbedeutende Einzelheiten gehend, eigentlich gar niemand wünscht, der nicht mit dem Verf. in STIRNER ein Heiligtum, den „einzigen" wahrhaft lebendigen und lebenspendenden Geisteshelden erblickt. Diese Methode, Geschichte zu schreiben, ist ja nicht neu. Wie oft begegnen wir ihr in der Literaturhistorie! Und wie lange ist uns als Staatsgeschichte geboten worden und wird oft genug auch heute geboten die Schilderung der Taten einzelner: der Fürsten, der Minister, der Führer im Felde! M. hat wahrlich Recht, wenn er (S. 161—162) schreibt: „Wir glauben nicht mehr an Gott . . . Wir sind Atheisten geworden, aber wir sind ‚fromme Leute' geblieben. Wir beten nicht mehr vor dem Popanz der Kirche; wir knieen vor den Heiligtümern unseres Innern".

CARL GRÜNBERG.

Otto Warschauer, Professor der Staatswissenschaften in Berlin. Zur Entwicklungsgeschichte des Sozialismus. Berlin, Franz Vahlen 1909. 8°. XVI — 403 S. (6.50 M.).

In den Jahren 1892—96 veröffentlichte W. als Einzelabteilungen einer geplanten großangelegten „Geschichte des Sozialismus und neueren Kommunismus", in der „die hervorragendsten sozialistischen und kommunistischen Theorien und Reformvorschläge mitgeteilt und nach ihrem volkswirtschaftlichen Feingehalt geprüft werden sollten", Darstellungen des Lebens und Wirkens von Sant-Simon, Fourier und Louis Blanc. Zu einer Fortführung der Arbeit darüber hinaus ist er aber leider nicht gelangt, und auch das vorliegende Buch stellt sich nur als Zusammenfassung und im wesentlichen unveränderte Neuauflage jener drei Abhandlungen dar, vermehrt um ein Vorwort, in dem der Verf. ausführlicher und schärfer, als es früher geschehen, die Begriffe „Kommunismus" und „Sozialismus" zu formulieren versucht. M. E. jedoch in nicht einwandfreier Weise, wie ich überhaupt meine, daß man es bei der sprachgebräuchlichen Identifizierung der beiden Worte belassen sollte; und zwar umsomehr, als es bisher nicht gelungen ist, ihren Begriffsinhalt dogmatisch auseinander zu halten und zwischen ihnen eine deutliche Grenzlinie zu ziehen.

Was W.s Darstellung selbst anbelangt, so wäre es heute gar zu verspätet, sich zu ihr kritisch zu äußern. Dafür, daß sie Anklang gefunden hat, spricht der Umstand, daß sie neu aufgelegt werden mußte. Sie ist für die weitesten Kreise bestimmt und eignet sich auch hierfür durch ihre Klarheit, Übersichtlichkeit und ruhige Leidenschaftslosigkeit. Aber auch der Fachmann wird sie nicht ohne Vorteil zu Rate ziehen und aus ihr, auch wo er ihr inhaltlich nicht zuzustimmen vermag, vielfache Anregung ziehen. Carl Grünberg.

Dr. Gertrud Bäumer, Die soziale Idee in den Weltanschauungen des 19. Jahrhunderts. Grundzüge der modernen Sozialphilosophie. Heilbronn, Eugen Salzer 1910. 8° 375 S. (5.50 M).

Das Buch verfolgt nicht, wie der Untertitel vermuten lassen könnte, systematische, sondern ausschließlich historische Zwecke. Unter sozialer Idee versteht die Verf. „die Anschauung vom Werte der gesellschaftlichen Organisation", deren Kriterium in der Sphäre der Kultur liegt als der Zusammenfassung aller von der Gesellschaft geschaffener Werte. Deshalb steckt in der sozialen Idee ein Doppeltes, ein Urteil über die Bedeutung der Gesellschaft für die Kultur und das Programm des Seinsollenden in sozialer Hinsicht. Ihre letzte Klärung findet diese Idee in der Philosophie, im Zusammenhang einer einheitlichen Werttheorie (S. 1—20). Die nähere Begriffsbestimmung, die in die Grundfragen der Erkenntnistheorie einmünden würde, hat die Verf. unterlassen. Schon die Geschichte des Problems in der modernen Zeit bietet freilich eine Riesenaufgabe, und es ist dankbar zu begrüßen, daß eine Dame sich zuerst an ein solches Unternehmen gewagt hat. Dreierlei ist zu ihm erfordert: 1. Eine außerordentliche Belesenheit, 2. das Vermögen scharfer dogmatischer

Scheidung in den Typen der Lösung der sozialen Idee, 3. ein irgendwie kongenialer Spürsinn zum Auffinden der geheimsten Regungen der Weltauffassung.

Die erste Eigenschaft hat die Verf. angestrebt. Ihr Wissen ist in der Tat groß. Sehr zu bedauern ist freilich, daß sich in vielen Einzelheiten ein mangelndes oder oberflächliches Quellenstudium verrät. Ich führe die wichtigsten Verstöße an. Deswegen, weil KANT die Gerechtigkeit über alles schätzt, gelangt er zu den metaphysischen Postulaten der Unsterblichkeit und Gottes, keineswegs ist ihm aber deswegen das höchste Gut ein politisches, wie S. 143 behauptet wird. — FICHTES „Geschlossener Handelstaat" will prinzipiell gleiche Verteilung; die Idee der Organisation der wirtschaftlichen Verhältnisse spielt in keiner späteren Schrift und auch in der von 1812 nur andeutungsweise eine Rolle (vgl. dagegen S. 170f., 178). — In SAINT-SIMONS „Lettres d'un habitant de Genève" steht kein Wort vom Gravitationsgesetz und falsch ist sein Verhältnis zu COMTE dargestellt, als ob COMTES Mitarbeit am „Catéchisme industriel" von SAINT-SIMON verschwiegen worden und es deswegen zum Bruch gekommen sei. Gerade im Vorwort zu COMTES cahier hat sich der Lehrer über ihn ausgesprochen, der übrigens damals die Politik durchaus nicht als Wissenschaft der Produktion ansah (vgl. S. 224f.). — Bei COMTE werden seine beiden Phasen falsch bezogen, indem die Verherrlichung des Grand-être in die frühere Zeit gesetzt wird (vgl. bes. S. 234; die Vertauschung der Philosophie und Politique positive, S. 228, ist wohl ein Druckfehler). — COMTE bestreitet mehrfach, die Entwicklung der Gesellschaft mit der des Intellekts zu identifizieren, wie B. von ihm behauptet. — SPENCERS Begriffe der Integration und Desintegration sind geradezu auf den Kopf gestellt (S. 184f.). — HEGEL (der sich übrigens 1801 erst habilitierte) ist keineswegs der erste, der vom Begriff der Gemeinschaft ausgeht; vielmehr hat er gegenüber dem von B. selbst erwähnten Antiindividualismus des späteren FICHTE die Bedeutung des Individuums für die Entwicklung der Menschheit zurückgewonnen; daher seine häufige Polemik gegen den antiken Staatsgedanken und seine B. gleichfalls unbekannte Überordnung des absoluten über den objektiven Geist; sein System ist ebenso konservativ als revolutionär (vgl. bes. 216 u. 223). — Wo MARX im „Kapital" die Abhängigkeit religiöser Vorstellungen von der materiellen Produktionsweise „scharfsinnig" durchführt, wüßte ich nicht zu sagen; wieder einmal soll seine Wertlehre (anstatt wie richtig die Mehrwertlehre) ethischen Charakter haben (261, 266). — Der historischen Schule, mit der B. sich der endgültigen Niederlage des „esprit de système" freut (S. 346), sagt sie die fable convenue nach, als ob die klassischen Ökonomen dem Menschen — entgegen MARX — nur materiellen Egoismus zuerkannt hätten; der Sachverhalt ist gerade umgekehrt, indem die Klassiker absichtlich Einfachheit fingieren, die materialistische Geschichtsauffassung nur durch solche Psychologie begründet werden könnte (260). — TOENNIES wird sich bedanken, als Neukantianer gerechnet zu werden (S. 349).

Sind in dem ersten Erfordernis der Belesenheit erhebliche Mängel, so fehlt es auch an dem zur Scheidung erforderten Scharfsinn. Zwar hat die Verf. die

Haupteinteilung richtig gesehen: individualistische und sozialistische Theorien und die den Gegensatz überwindenden Synthesen. Aber die Subsumtionen zeigen eine verhängnisvolle Verwirrung, die besonders daher rührt, daß der Sinn der sozialistischen These sowohl als Sozialethik wie als wirtschaftlicher Kollektivismus gefaßt wird. Deshalb werden z. B. FOURIER, MARX und ENGELS als Sozialisten aufgezählt, obwohl sie ebenso wie MILL und FEUERBACH ethisch gewertet Individualisten sind, während ein so eigentümlicher Denker wie RODBERTUS, dessen bewußt und unbewußt wirkender Einfluß unermeßlich ist, überhaupt unerwähnt bleibt. Die individualistischen Theorien oder die Entwicklung der Persönlichkeitsidee werden zerlegt in den humanen (HERDER, GOETHE, SCHILLER, W. HUMBOLDT, ROMANTIK, SCHLEIERMACHER und NIETZSCHE), den ethischen (KANT, FICHTE) und den naturalistischen Individualismus (Liberalismus und SPENCER). Zu den sozialistischen Theorien oder zur Entwicklung der Idee der Gesellschaft werden außer den von mir bereits als Individualisten in Anspruch genommenen Männern HEGEL und COMTE aufgeführt. Als Synthesen oder Sozialaristokratie und Kultursozialismus bezeichnet B. CARLYLE, RUSKIN, RICHARD WAGNER, TOLSTOI und beleuchtet hier die Stellung des Katholizismus, den evangelisch-sozialen Kongreß, den Verein für Sozialpolitik den philosophischen Neuidealismus, um mit einer Apotheose NAUMANNS zu schließen.

Zunächst ist ethisch kein Gegensatz zu human und naturalistisch, weil die Vertreter dieser letzteren Anschauung sie eben für ethisch, als sein sollend ansehen. Humanismus und Naturalismus sind aus historischen Gründen nicht gegensätzlich zu fassen; denn auch der Liberalismus will die Beförderung der Wohlfahrt und Gesittung. Versteht man unter Individualismus die auf das Recht der Individuen, sie als Zielsetzung nehmende ethische Norm, so sind aus der von der Verf. genannten Liste m. E. zu streichen und mit HEGEL als Synthesen anzusehen mindestens GOETHE, SCHLEIERMACHER und NIETZSCHE. Denn sie überwinden den Gegensatz von Individuum und Gesellschaft durch den Begriff der Menschheit, der gerade die freieste Entfaltung der Individualität dient. Als Sozialisten sind dagegen diejenigen zu bezeichnen, die das Individuum der Gesellschaft opfern, es durch Zwang regulieren wollen; hierhin gehören der spätere FICHTE, COMTE und RODBERTUS.

Was aus einem Buch mit den gerügten auch durch die „populären“ (S. 5) Zwecke unentschuldbar bleibenden Mängeln zu machen ist, hat die Verf. allerdings musterhaft verstanden. Denn das dritte der obengenannten Erfordernisse, die Fähigkeit, fremde Persönlichkeiten nachzuerleben, eignet ihr durchaus, und unterstützt wird sie hierbei durch ausgezeichneten Sprachreichtum. Der Reiz des Buches besteht darin, daß nacheinander die großen Dichter und Denker des 19. Jahrh. auftreten und die einheitlich gefaßte Eigentümlichkeit eines jeden die Grenzen zum Verständnis der sozialen Idee erweitert. Im einzelnen mag hier kaum etwas neues gesagt sein, aber die Art, wie B. ihr Werk aufbaut, stets den Zusammenhang des Ganzen erblickend, beweist eine große künstlerische Begabung. Deshalb muß man das Buch, um es unter diesem Gesichtspunkt zu würdigen, selbst lesen; ein kurzer,

Bericht würde das Bedeutungsvolle aufheben. Erwähnt sei nur noch, daß die Darstellung des klassischen Humanismus mir am besten gelungen zu sein scheint; besonders lehrreich ist hier zu sehen, wie allenthalben aus dem Individualismus die überpersönliche Zielsetzung hervorbricht (vgl. Zusammenfassung S. 202). Am Schlusse formuliert B. ihr Ideal im Anschluß an NAUMANN: Kultur der Persönlichkeit und Gesellschaft als wechselseitigen Maßstabes, dazu Freiheit und Gerechtigkeit. Der sozialaristokratische Standpunkt erscheint auch mir als der beste, wenn ich auch die Begründung, die Verbindung von KANT und MARX — B. folgt hier den bekannten Behauptungen des Neukantianismus — nicht für richtig halte. Wäre die Verf. sorgfältiger und scharfsinniger vorgegangen, so hätte das Buch ein großer Wurf werden können.

Bonn. EMIL HAMMACHER.

EMIL HAMMACHER, Privatdozent der Philsosophie an der Universität Bonn. Das philosophisch-ökonomische System des Marxismus. Unter Berücksichtigung seiner Fortbildung und des Sozialismus überhaupt dargestellt und kritisch beleuchtet. Leipzig, Duncker & Humblot 1909. gr 8°. XI — 730 S. (17 M.).

Es ist keine einfache Sache, dem vorliegenden Werk gerecht zu werden. Man befindet sich nach seiner Lektüre nicht in jener gehobenen, lichten Stimmung, wie sie das Versenken in tiefe Geistesarbeit erquickend zeitigt, sondern man fühlt sich fast niedergedrückt von der Last des wirren Chores unharmonischer Stimmen, die betäubend uns umschwirren. Der Verf. hat sehr viel gelesen, er ist der geborene Professor, der nicht, wie der mehr künstlerisch veranlagte Mensch, erbarmungslos von sich weist, was seiner Neigung nicht wahlverwandt ist, sondern mit wahrer Gier erhascht, was auf dem bunten Markt des Wissens zu erhaschen ist, um nun mit einem gewissen Behagen selbst wenig bedeutende Geistesschöpfungen kritisch zu zerpflücken. Auch andere haben, oft mit bewunderungswürdiger Ausdauer, die Fülle unzähliger Denkerleistungen sich zu eigen gemacht, freilich nicht, um in erster Linie den Untergrund zu einer ins Weite verlaufenden und oft in der Weite verhallenden systemlosen Kritik zu gewinnen, sondern um in den Wirrwarr Licht zu bringen durch ein sinnvolles Zusammenketten seiner Grundbestandteile. So war uns die Lektüre von SOMBARTS Werk über den modernen Kapitalismus, das in seinem konstruktiven Aufbau wie ein — wenn auch nicht vollkommenes — Kunstwerk wirkt, hoher Genuß, die Lektüre von H.s Buch Mühsal, doch nicht ergebnislose Mühsal.

Die Aufgabe, die sich H. gestellt hat, birgt eine solche Menge Schwierigkeiten, sie erheischt, soll ihre Lösung eine wahrhaft befriedigende sein, Voraussetzungen wissenschaftlicher, vielleicht auch künstlerischer Art, daß es mir bald, noch ehe ich mich durch den dicken Band durchgearbeitet hatte, klar war, daß wir hier zwar weitere Ansätze zu ihrer Lösung, aber mit nichten diese selbst vorfinden. Will doch H. „eine kritische Gesamtdarstellung des

Marxismus" geben, ja noch mehr: auch den Marxismus in den Rahmen kulturellen Geschehens eingliedern. Grunderfordernis für die Erreichung des Ziels wäre nun gewesen: einmal ein liebevolles Versenken in die Tiefe der Persönlichkeit MARXens selbst, um sie, auch ohne die Einzelheiten ihres Lebensganges zu berühren, vor unseren Augen erstehen zu lassen in ihrer ganzen, überwältigenden Größe, in der fortreißenden Macht ihres von glühender Leidenschaft eingegebenen Wollens. Denn nie übersehe man: dieser Denker, der die sinnliche Wirklichkeit oft mit blutleer dünkenden Begriffen zu bemeistern unternommen, dieser namentlich in seinen letzten Werken ganze Welten von Begriffen heraufzaubernde Geist war in seinem tiefsten Kern alles andere als der am Leitfaden logischer Schlußreihen zu neuen Erkenntnissen schreitende Gelehrte. Sein Wesen war Glut, oft zu prächtigen Flammen aufschlagende Glut, er war durchdrungen von der anfeuernden Macht hoher Kulturziele, deren aufreizende Wirkung man zuweilen verspürt in dem Zug mächtiger Leidenschaft, der den wuchtig dahinrollenden Perioden des Denkers anhaftet, aber nicht allein in dieser Hinsicht. Denn auch der sachliche Gehalt des Gedankensystems ist zu einem Teil entquollen den verborgenen Abgründen der Persönlichkeit ist eingegeben — man denke z. B. an den das ganze Leben MARXens wie ein verheißungsvoller Stern erleuchtenden Revolutionsgedanken — von übermächtigen, unbändigen Willensregungen, die nach Methoden als Geburtshelferinnen gleichsam ihres ans Licht drängenden Inhalts greifen. Nicht, daß H. dies verborgen wäre. Aber der Versuch, die psychologischen Voraussetzungen des Begriffsgebäudes von MARX aufzuspüren, wird kaum unternommen, die freilich nicht einfache aber wichtige Aufgabe, den psychologischen — auch sozialpsychologischen! — Untergrund der scheinbar durch methodisches Forschen erzielten Ergebnisse bloßzulegen, wird beiseite geschoben. Und so erklärt es sich, daß namentlich auch die geschichtlichen Teile des H.schen Werkes alles Lebens ermangeln. Nichts verspürt man von dem schweren Ringen, das die Geburt des modernen sozialistischen Gedankens aus dem Geiste der deutschen Metaphysik darstellt. Der Verf. führt uns wohl ein buntes Spiel von Begriffen vor, aber nicht das geschichtliche Leben mit seiner Stimmungsgrundlage, dem diese entsprossen.

Aber selbst das verwickelte Gewebe jener Begriffe, dessen Chaos sich der Marxismus entwindet, und das aus seiner Verschlingung zu entwirren, Aufgabe der Dogmengeschichte ist, wird nur zu einem Teil zergliedert. Wenn der Marxismus „nicht nur eine Wiedergabe des französischen Sozialismus, sondern auch eine Synthese aus ihm und der deutschen Philosophie" ist, so hätte das Zustandekommen dieser Synthese in ganz anderer Weise aufgezeigt werden können, als es H. getan hat. In scharfer, eindringender Bestimmtheit, nicht mit flüchtigem Hinweis hätten die Kulturideen der deutschen Philosophie und doch wohl auch der klassischen Dichtkunst beleuchtet werden müssen, ihre Wendung von einem Individualismus hin zu einer Kulturanschauung ausgesprochen sozialistischer Art, oder im Sinne einer die Gesellschaft als den wahren kulturellen Lebensboden betrachtenden Auffassung. Namentlich über die gesellschaftlich gewandte Seite der Wirksamkeit HEGELS

erfahren wir zu wenig, ebenso über die großen Kulturströmungen, deren Schoß die neuen Ideale entsprungen. Auch die Würdigung des französischen Sozialismus vermag uns nicht ganz zu befriedigen. H. scheint lediglich PROUDHON aus den Quellen zu kennen, zudem herrschen über diesen Denker unrichtige Vorstellungen. Allen Ernstes verlangt H. eine Rückkehr zu der „wirklich freien Geistesverfassung PROUDHONS, dessen Antidogmatismus ihn selbst vor der Knechtschaft des eigenen Systems befreit hat". Wenn ein Mensch einem Dogmatismus verfallen war, so war es PROUDHON, und wenn eines Menschen Geistesverfassung unfrei war, so war es die PROUDHONS wiederum. Dieses Denkers kleinbürgerliche Kulturidee war Zeit seines Lebens ein und dieselbe. Und mit einem dogmatischen Starrsinn sondergleichen hat er sie verkündet, unbekümmert darum, daß die moderne kapitalistische Entwicklung, die zu seiner Zeit namentlich in England unerhörte Fortschritte zeitigte, alle kleinbürgerlichen Träume ihrer ganzen Nichtigkeit offenbarte. Seine „freie Geistesverfassung" bestand lediglich darin, daß er unter dem Druck beständiger Erfolglosigkeit wahllos, mit einer geradezu abstoßenden Kritiklosigkeit die verschiedensten Mächte zu Trägern der von ihm verkündeten gesellschaftlichen Umbildung erkor, sodaß sein System von Widersprüchen einfach durchsetzt ist. Sich auf PROUDHON als Vertreter einer freien Geistesrichtung zu berufen, halten wir deshalb für unangebracht. Freie Geistesverfassung ist zudem niemals den Großen eigen, sie schaffen unter dem Antrieb dämonischer Gewalten, und alle bewußte Geistesarbeit steht bei ihnen im Dienste jener den geheimnisvollen Tiefen ihres Genius entspringenden Regungen.

Doch sagen wir es nun: Das H.sche Buch stellt durchaus einen beachtenswerten Fortschritt dar, und gerade auch in seinen geschichtlichen Teilen gibt es manche Anregung. Als sein Hauptverdienst in dieser Hinsicht muß betrachtet werden der Erweis des nachhaltigen Einflusses HEGELS auf MARX, von dem man ja bisher wohl wußte, der aber in seiner ganzen Größe und tiefgehenden Bedeutung in dieser Weise noch nicht gewürdigt worden ist. In interessanten Ausführungen zeigt H., wie jene Neigung MARXENS, das Einzelne im geschichtlichen Leben einzutauchen ins Allgemeine, jener Glaube an die Allmacht des Gesetzes, der gegenüber das Einzelne zur Bedeutungslosigkeit versinkt, von HEGEL auf ihn übertragen worden. Freilich bekundet H. eine mangelhafte Kenntnis der Geschichtsphilosophie des deutschen Idealismus, wenn er meint, die dialektische Methode habe erstmals in Deutschland den fruchtbaren Gedanken verkündet, daß im geschichtlichen Leben Gesetze, Tendenzen sich durchsetzen mit einer das Individuelle bemeisternden Gewalt. Ich könnte darauf hinweisen, daß einer der Gebrüder SCHLEGEL CONDORCETS „Esquisse d'un tableau historique des progrès de l'espèce humain", jenes Werk, das den Gedanken geschichtlicher Gesetze mit großer Schärfe entwickelt, bald nach seinem Erscheinen besprochen hat; ich könnte namentlich auch auf HERDER, ja selbst auf FICHTE hinweisen, über welch' letzteren das entscheidende Wort freilich noch zu sagen ist.

Trefflich hat H. die Unterschiede der dialektischen Methode bei HEGEL

und MARX herausgestellt[1]) und dann gezeigt, in welch' starkem Maße letzterer von ihr zum Zwecke einer Bemeisterung der geschichtlichen und ökonomischen Wirklichkeit Gebrauch gemacht: wie er seine Zuflucht zu ihr genommen hat bei der Erörterung des Wertproblems, der Verelendungstheorie, des Revolutionsgedankens, des Erweises der ausschließlichen Gegensätzlichkeit der Klasseninteressen; wie MARX eine einmalige Dialektik der Geschichte annimmt, außerdem noch mehrfache dialektische Reihen.

Beachtenswert sind auch H.s Ausführungen über die Entwicklung der dialektischen Methode, zu deren Herausbildung den entscheidenden Anstoß KANT gegeben hat. Weiter sei noch auf die Würdigung HEGELS als eines Vorläufers der sozialistischen Kritik hingewiesen.

Selbstverständlich hätte ich vieles zu H.s Untersuchungen zu sagen, auch Versehen könnte man aufdecken. (So spricht MARX, wenn ich mich recht entsinne, nie von AUGUSTE COMTE, wie von H. behauptet wird, sondern nur ein einziges Mal von CHARLES COMTE.) Da ich aber selbst in einem größeren Werk die kulturellen Strömungen, von denen MARX getragen worden und die er in seinem System zusammengeleitet, schildern werde, so wüßte ich wahrhaftig nicht, wo anzufangen, wo aufzuhören. Doch sei hier betont: vermag auch das vorliegende Buch als Ganzes nicht zu befriedigen, so birgt es doch viele lehrreiche Einzelausführungen, und vor allem: es weckt ein besonderes Interesse für den geistreichen Verfasser.

Heidelberg. FR. MUCKLE.

GUSTAV MAYER, Johann Baptist von Schweitzer und die Sozialdemokratie. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Jena, Fischer 1909. 8. VII, 454 S. (8 M.).

Auf Grund von umfassenden, mit Spürsinn und Aufopferung betriebenen Studien, aus denen schon früher ein Ausschnitt (in der Festgabe für W. LEXIS) mitgeteilt wurde und auch der Artikel über SCHWEITZER in der Allgemeinen Deutschen Biographie hervorging, hat M. nunmehr ein eindringendes Buch verfaßt, das in seinem eigentlichen Hauptteile über das rein Biographische weit hinaus reicht und für die Jahre 1864/71 zu einer Geschichte der sozialdemokratischen Partei in ihren verschiedenen Gruppen sich auswächst. Es ist ein wertvoller Beitrag zur deutschen Parteigeschichte überhaupt, in den Jahren des deutschen Hegemoniekampfes und der verfassungs- und parteigeschichtlich überaus interessanten Übergangsperiode des Norddeutschen Bundes. Die breite und keine Einzelheiten verschmähende Anlage des Buches ist nicht nur darum zu begrüßen, weil manche Materialien sehr schwer zugänglich sind,

1) „Für HEGEL war das Absolute Geist, und so konnte er aus der Fülle seines lebendigen Innern nicht nur die Form, sondern auch den — eben geistigen — Inhalt deduzieren; für den Marxismus ist ausschließlich die Form, die dialektische Bewegung als Daseinsweise von Natur und Geschichte feststehend. Aller Inhalt kann dagegen nur empirisch abgeleitet werden; welches im konkreten Fall die Glieder des dialektischen Prozesses sind, das kann nur die (äußere) Erfahrung lehren".

sondern vor allem weil das Werturteil über diesen problematischen Charakter, „der die LASSALLEsche Partei in Wirklichkeit schuf“, bei den Größen der sozialdemokratischen Partei die längste Zeit unerhört geschwankt hat. LIEBKNECHT und auch wohl BEBEL haben ihn stets für einen Verräter, für den bestochenen Agenten der Regierungspolitik gehalten, und erst MEHRING hat ihn von dem Verdachte zu entlasten versucht, ohne damit völlig durchzudringen. Wenn auch die biographische Analyse M.s die Fäden des Zusammenhangs einzeln wohl zu fest knüpft, so wird das Ganze dieser Persönlichkeit und ihrer Leistung doch mit einsichtigem Verständnis von ihm begriffen. Erst nach seiner zuverlässigen Aufarbeitung des gesamten Materials darf man ein abschließendes Urteil über SCHWEITZER wagen.

Wie fast alle deutschen Arbeiterführer der ersten Generation war SCHWEITZER dem Stande, für dessen politische und soziale Emanzipation er kämpfte, nach Herkunft, Lebenshaltung und Empfindung viel fremder als manche der kleinbürgerlichen Liberalen. Unter den äußern Elementen seiner Persönlichkeit betont M. mit Vorliebe den Romanen, den Halbitaliener und daneben den Aristokraten. Und allerdings scheint in SCHWEITZER die Rasse mitgewirkt zu haben, einen unter deutschen Politikern seltenen Typus hervorzubringen und zu formen, während das andere Moment in seinem eigentlichen Sinne auf diese erst 1815 geadelte italienisch-frankfurtische Kaufmannsfamilie nur sehr bedingt zutrifft: es sind vielmehr Bourgeois auf dem Übergange zur sozialen Sphäre des Adels — der Vater ein „Kammerjunker“ des verjagten braunschweigischen Diamantenherzogs! — mit allen Aspirationen einer solchen Verschiebung der Klassenlage, in der zugleich die Gefahr einer Deklassierung sich einstellt. Auf diesem Untergrunde weist JOHANN BAPTIST jene Verbindung lebemännischer und ehrgeiziger Züge auf, die zu allen Zeiten der Nährboden spezifisch politischer Naturen war: ALKIBIADES war der dramatische Held des Fünfundzwanzigjährigen, und als persönliche Verfehlung ihn allen Klassen seiner Vaterstadt entfremdet hatte, trieb ihn der Instinkt geheimer und individuellster Wesensähnlichkeit zu dem Manne, der ihm von jetzt an seinen Weg vorschrieb, zu LASSALLE. Wohl mangelte ihm vieles, um nach dem Meister die Rolle eines Leiters der Arbeiterbewegung zu übernehmen; vor allem die theoretische ökonomische Einsicht und die praktische ökonomische Erfahrung gegenüber den Problemen des Sozialismus — wie bescheiden ist doch die Stellung, die dieser Führer der Arbeiterpartei in der Geschichte des Sozialismus einnimmt! Ihm eigneten nicht einmal die äußeren Qualitäten, das warme Herz für den vierten Stand, das Pathos des rechten Volksmannes und der Fanatismus revolutionären Feuers: man hat das Gefühl, daß ihn überhaupt nicht eine innere Notwendigkeit auf seinen Weg trieb — wie er denn ihn wieder verließ, um in den letzten vier Jahren seines Lebens ein erfolgreicher Lustspiel- und Possendichter zu werden. Aber er brachte die eigentümlichsten politischen Fähigkeiten für seine Aufgabe mit: neben der formalen Gabe klarer und prägnanter Formulierung den untrüglichen Instinkt eines Mannes, der seinen politischen Verstand an MACCHIAVELLI gebildet hatte und, ohne alle Hemmungen des Temperaments, ohne den Ballast angeborener oder aner-

zogener Vorurteile, alle Faktoren des öffentlichen Lebens gleichmäßig abwog, um aus jeder Situation mit völliger Verstandeskühle das Fazit zu ziehen.

In wenigen Jahren durchsprang seine politische Laufbahn alle Extreme. Er begann 1859, in den Traditionen seiner Vaterstadt und Familie, schwarzgelb, katholisch, konservativ: „Österreichs Sache ist Deutschlands Sache“ ist der Titel seiner ersten politischen Flugschrift. Im folgenden Jahre hatte er sich schon zum radikalen Demokraten fortgebildet, der sich nach der „für eine revolutionäre Lösung der deutschen Frage unentbehrlichen und von dem verhaßten Gothaertum noch unberührten Arbeiterklasse“ umsah. Auch für ihn wie für manchen andern, darüber täusche man sich nicht, lag der Reiz der „revolutionären Lösung“ in einer Lösung, die vor allem dem eigenen Ehrgeiz ein erfolgreiches Mitspielen verbürgte, in der einzigartigen Möglichkeit, im Laufe einer solchen Umwälzung sich als Führer demokratischer Massen zur Herrschaft aufzuschwingen. So trieb er an die Seite LASSALLES und blieb nach dessen Tode sechs Jahre lang schwarz-weiß und sozialistisch, ein Antipode seines eigenen Ausgangspunktes. Nicht ein durchgehender politischer Gedanke liefert die Einheit dieses Entwicklungsganges, sondern nur der hochentwickelte Sinn für die Macht und der Drang, für sich selbst einen Anteil an der Macht zu gewinnen.

Es ist nur eine angeborene Gabe, die dieser Macchiavellist hernach in seiner vielverleumdeten Taktik zur Geltung brachte. Wer schon gegen Ende des Jahres 1861 — noch vor LASSALES erstem Auftreten! — verächtlich den Liberalen zurief, daß sie „weder über Bajonette noch über Fäuste noch über das gewinnende Gepräge der Genialität verfügten, der bedurfte keines langen Weges, um die Artikelserie des „Sozialdemokrat“ über das Ministerium BISMARCK Anfang 1865 mit dem Ergebnis zu schließen: „Preußische Bajonette oder deutsche Proletarierfäuste — wir sehen kein Drittes“. Das „gewinnende Gepräge der Genialität“ hatte er inzwischen in der Persönlichkeit LASSALLES entdeckt und auf sich wirken lassen — und er spürte auch in sich selber etwas von dieser Göttergunst, um mit einer Synthese jener beiden Machtfaktoren Politik zu treiben. Wer längst gewöhnt war, das Verständnis der Kreuzzeitungspartei „für die materiellen Interessen der untersten Volksklassen“ (1860) unbefangen zu würdigen und mit dem Sachverständnis des Kenners die „geistvolle, männlich feste und konsequente Haltung der Kreuzzeitung“ (1861) zu genießen, der beging kaum eine Untreue gegen sich, wenn er später als Führer der Arbeiterpartei die Fühlung mit H. WAGENER nicht verschmähte.

Man hat den Eindruck, daß eine so beschaffene politische Individualität sich mit dem LASSALLE, der sich seit dem Herbst 1863 über seine neue Taktik zwischen BISMARCK und den Liberalen klar wurde, begegnen m u ß t e. Man ist gewöhnt, in LASSALLE die Feuerseele zu sehen, die diesen kalten und ehrgeizigen Rechner fortriß — und gewiß, er hat ihm alles gegeben, den ersten Anstoß und die Ideen, er hat ihn mit seinen Schriften erst zum Sozialisten gemacht, er, der Überlegene ist dem andern das Schicksal geworden. Aber dieses Verhältnis scheint mir nunmehr doch eine zweite Seite zu haben: diese

Vermutung drängt sich mir aus den auch bei M. durchschimmernden Zusammenhängen auf. Eine Natur wie SCHWEITZER mußte auch ihrerseits in LASSALLE, sobald sie auf ihn stieß, die schon lange vorbereitete taktische Wendung vollends in Fluß bringen. Wohl lieferte LASSALLE dem andern mit seinen Reden erst das Rohmaterial, mit dem er seinen Roman Lucinde füllte, aber die charakteristische taktische Ausnutzung der Situation zwischen Regierung, Liberalen und Arbeitermassen (S. 88) scheint doch SCHWEITZERS eigenstes Produkt zu sein und nimmt tatsächlich Situationen vorweg, die in dem persönlichen Verkehr zwischen LASSALLE und BISMARCK gleich darauf wirklich eintraten. Das Material ist noch viel zu lückenhaft und brüchig, um mit Sicherheit das letzte Wort über Geber oder Empfänger von Anregungen zu sprechen — ich werde an einer anderen Stelle darauf zurückkommen — aber ich glaube doch die Persönlichkeit SCHWEITZERS in dem Handeln LASSALLES fortan zu spüren. „Es sind Männer“ hatte schon 1860 SCHWEITZER von der Kreuzzeitung gerufen; als LASSALLE ihn kennen gelernt hatte, hat auch er alsbald in der Solinger Rede die bekannte Provokation gegen die „alten Weiber der Fortschrittspartei“ in den Worten gipfeln lassen: „Und wenn wir Flintenschüsse mit Herrn von BISMARCK wechselten . . ., er ist ein Mann“.

So war SCHWEITZER der gegebene Mann, um von 1865 bis 1870 die Taktik von LASSALLES letztem Lebensjahre fortzuführen, nicht als ein äußerlicher Nachahmer, sondern als ihr geborener Erbe, der im Geiste des Meisters und zugleich aus seiner eigenen Anlage heraus handelte. Um so verwunderlicher ist es, daß ihm diese Politik das Verdammungsurteil des Verräters nicht nur damals in der Hitze des Kampfes, sondern auch noch späterhin eingetragen hat. Auch über diese Frage läßt sich, wenngleich manches noch unsicher bleibt, nach den sorgfältigen und unbefangenen Feststellungen M.s (der auch die Akten des Berliner Polizeipräsidiums benutzt hat) Klarheit gewinnen. In Wirklichkeit ist die persönliche Fühlung, die LASSALLE eine Zeit lang mit BISMARCK pflog, seinem Epigonen garnicht zuteil geworden; wenn LASSALLE vor der Krisis, als noch alles schwankte, gewissermaßen auf gleichem Fuße mit dem Minister verkehrte, so bedeutete sein Nachfolger für den siegreich vorrückenden BISMARCK kaum so viel, daß er selbst zu ihm herabstieg. SCHWEITZER blieb vielmehr, wo er die geheimen Wege seines Meisters wandelte, in den unteren Instanzen stecken; er mochte sich der kleinen Vergünstigungen in der Haft erfreuen, die noch in BEBELS Erinnerungen übel vermerkt sind, oder mit WAGENER verhandeln, was schließlich das gute Recht des Politikers war. Freilich als die Krisis auf den Höhepunkt stieg und der deutsche Krieg nahte, erinnerte sich auch BISMARCK des Führers der Arbeiterpartei. In den heißen Tagen, als er den demokratischen Parlamentsantrag in das deutsche Volk schleuderte und sich nach neuen Bundesgenossen umsah, als er die DUNCKER, BERNHARDI, ROGGENBACH zu sich rief und auch auf die Führer des Nationalvereins, die BENNIGSEN und OETKER, einzuwirken suchte, in diesem einst von LASSALLE so inbrünstig ersehnten Augenblicke, erging am 9. Mai 1866 eine Verfügung, die SCHWEITZER, der gerade eine Gefängnisstrafe von einem Jahre und vier Monaten abbüßte, plötzlich freiließ. Es war unzweifelhaft BISMARCKS eigene

Hand, der jetzt „alle Hunde bellen ließ" und, im Rücken der zaudernden Liberalen, auch den Erben LASSALLES als Hetzhund im Kampfe um das allgemeine Wahlrecht wohl gebrauchen konnte. Es war ein Dienst, den BISMARCK seiner eigenen Politik, nicht einem angeblichen Verräter erwies: er würde ihn ohne Besinnen einem gerade gefangensitzenden LASSALLE auch erwiesen haben.

Auch das ganze von M. beigebrachte Material bestärkt nur die Auffassung, daß im massiven Sinne von einem Verräter im Regierungssolde, dem die Gefängnisstrafen nur zur Deckung eines lichtscheuen Treibens gedient hätten, überhaupt nicht die Rede sein kann. Mochte SCHWEITZERS Taktik und persönliches Verhalten im einzelnen manchmal die Grenze des Zulässigen streifen, er hat im ganzen seine Rolle — man greift immer wieder zu einem Worte, das auf seine Gegner LIEBKNECHT und BEBEL nicht anzuwenden ist — doch nicht unehrenhaft geführt. Allerdings bot seine Persönlickeit Angriffsflächen, die den klugen und kühlen Mann in den Herzen dieser ehrlichen und fanatischen Hitzköpfe als einen viel unsichereren Kantonisten erscheinen ließen, als er in Wahrheit war. Seine Finanzen waren in rettungsloser Unordnung und seine Lebensführung opulent; seine materielle Existenz, selbst der Kasse des Arbeitervereins gegenüber, entsprach nicht der schlichten Forderung an jeden Politiker, daß er unabhängig und unantastbar in seinen Privatverhältnissen sein müsse. Insofern verfügten LIEBKNECHT und BEBEL in dem mit maßloser Gehässigkeit betriebenen Kampfe über die höhere moralische Qualifikation, und es war immerhin ein untrüglicher Instinkt des Volksempfindens, der diesen Mann nach sieben Jahren der Aufopferung im Dienste der Partei trotzdem undankbar zu den Toten warf. Auch das taktische Element in SCHWEITZERS Handeln wirkte bedenklicher als bei LASSALLE, weil es nicht in dem unbeirrbaren Willen und der theoretischen Einsicht der Persönlichkeit ein Gegengewicht fand; und vor allem war, als er vom Redakteur des „Sozialdemokrat" zum einzigen Abgeordneten seiner Partei im Norddeutschen Reichstage und zum Diktator des Vereins aufgestiegen war, die Gunst der Stunde schon vorbei: er konnte die Macht nicht aufzeigen, um mit seiner Taktik BISMARCK wirkliche Erfolge abzuringen.

Seine Politik aber auf dem Boden des Norddeutschen Bundes war folgerichtig, weil sie die Lösung von 1866 als endgültig hinnahm, statt mit LIEBKNECHT in ohnmächtiger Wut und Verblendung für die verlorene Sache sich einzusetzen. Wenn er selbst seinen Gegnern als preußischer Regierungssozialist galt, so schalt er LIEBKNECHT und BEBEL österreichische Agenten. Das ist das Interessante an diesen Kämpfen der sozialdemokratischen Gruppen, die auf den ersten Anblick nur widerliche persönliche Katzbalgereien scheinen, daß ihre Spaltung vor allem durch das Ereignis von 1866, durch die deutsche Frage selbst, bedingt ist. Noch bei den Reichstagswahlen von 1871 entfielen von den 63000 Stimmen der LASSALLEaner allein 53500 Stimmen auf Preußen und die Hansestädte, und nur 9500 auf das übrige Deutschland, während die 39000 Stimmen der Eisenacher fast ausschließlich in außerpreußischen Gebieten, nur 2500 in Preußen, abgegeben wurden. Die Werbegebiete des Lassalleanismus und des Marxismus waren noch sieben Jahre nach dem Tode LASSALLES

je nach dem politischen Verhalten der Fraktionsführer zu der BISMARCKschen Lösung der deutschen Frage abgegrenzt.

Gerade SCHWEITZERS Laufbahn lehrt von neuem, wie stark der Einfluß des rein politischen Momentes auch in der Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus mitspielt. Der Fernstehende vergoldet sich gern diese Geschichte durch die Vorstellung, daß in ihr vorgeschrittene theoretische, nationalökonomische Einsicht und warmherziges idealistisches Empfinden die entscheidenden Komponenten darstellen, und gewiß beruht ihr besonderer Reiz darin, daß hier Zukunftsprobleme von Weitblickenden ergriffen werden, um die Herzen und Köpfe der lange Enterbten zu entzünden. Darüber aber soll man den Anteil nicht vergessen, den der Machtkampf der politischen Parteien und der Ehrgeiz der Einzelnen an der Entwicklung des Sozialismus hat, der Kampf der politischen Parteien, der Konservativen und Liberalen, der Klerikalen und Demokraten um die Eroberung der Arbeitermassen, ein Wettbewerb, in dem schließlich die Demokraten über die stärksten Kanonen verfügten. Diese Erkenntnis war es, die mit politischem Machtinstinkt begabte Naturen, wie LASSALLE und SCHWEITZER, zu ihrer Laufbahn lockte. Selbst LASSALLE hat, wie ich aus einem mir vorliegenden Briefwechsel mit DAMMER ersehe, die Leipziger Arbeiter schon früher vergeblich gesucht, bevor sie zu ihm kamen. SCHWEITZERS eigentümlichste Tat, die Begründung der Gewerkschaften, ist wesentlich von machtpolitischen Erwägungen diktiert. Auch der Nationalverein hat sich keineswegs so engherzig, wie die Legende von seinem bourgeoisen Charakter will, zu der Arbeitersache gestellt, sondern, wie ich an anderer Stelle noch zeigen werde, ernstliche Versuche gemacht, sich ihrer anzunehmen und sich ihrer zu bemächtigen. Daß man in diesem Lager zugleich Bedenken trug, zu den furchtbaren Spaltungen in unserer Nation, der konfessionellen und teritorialpolitischen, im Momente nationaler Konsolidierung auch noch die soziale Spaltung, den Klassenkampf, aufs tiefste aufzureißen, war nicht bloß Kurzsichtigkeit, sondern begreifliche patriotische Sorge.

Das Studium der Parteigeschichte, das nach langer Vernachlässigung jetzt bei uns lebhafter ergriffen wird, wird fruchtbar erst im Zusammenhange der Gesamtgeschichte. M's Verdienst ist, auch die Geschichte der sozialdemokratischen Partei stärker und innerlicher in den allgemeinen Gang der deutschen Geschichte gerade in den Jahren, wo das nationale Interesse allen andern vorangeht, eingeordnet und damit einem unbefangenen Verständnis vorgearbeitet zu haben. Gerade vom Ganzen ausgehend, möchte ich für meine Person die Tönung mancher Werturteile und Zusammenhänge doch noch anders gestimmt wissen. Ich möchte SCHWEITZER auch nicht für einen Augenblick parallelisieren mit dem eitlen und leeren Bramarbas HECKER, der 1866 aus Amerika nichts anders herüberzurufen wußte als „wenn erst alle Deutschen unter einem Hut wären, so möge auch der Tell nicht ausbleiben, der Hut und Stange zerschmettern würde". Die nationalen Liberalen der 60er Jahre sind nicht die „Bourgeoisie", zu der ihre Gegner sie stempeln; sie verkörpern ebensogut wie diese einen Kreis allgemein menschlicher und politischer Ideale, deren Gesamtinhalt man nicht auf „Klasseninteressen" reduzieren darf, ohne

den Personen und den Dingen Gewalt anzutun. Solche und andere Differenzen in der Auffassung hindern mich aber nicht, das wissenschaftliche Verdienst dieser Monographie auf das wärmste anzuerkennen.

Heidelberg. HERMANN ONCKEN.

Dr. HEINRICH NIEHUUS, Geschichte der englischen Bodenreformtheorien. Leipzig, C. L. Hirschfeld 1910. 8°. VIII — 223 S. (4.50 M.).

Die Arbeit, die auf Anregung des um die Geschichte des Sozialismus überaus hoch verdienten, leider jung verstorbenen GEORG ADLER in Kiel geschrieben ist, bringt nach einer Einleitung zunächst die naturrechtlichen Systeme, und zwar in fünf Abschnitten: 1. die rationalistische Richtung, vertreten durch THOMAS SPENCE, WILLIAM OGILVIE und THOMAS PAINE; 2. die physiokratische Richtung, vertreten durch JOHN GRAY, CHARLES HALL, PIERCY RAVENSTONE; 3. die chartistisch-ökonomische Bewegung, vertreten durch WILLIAM COBBETT, FEARGUS O'CONNOR und JAMES BRONTERRE O'BRIEN; 4. die naturrechtlich-revolutionistische Richtung, vertreten durch DOVE und HERBERT SPENCER. Der fünfte Abschnitt ist ALFRED RUSSEL WALLACE gewidmet.

Die zweite Hauptabteilung trägt den Titel: Die ricardianische Richtung und bringt nach einer allgemeinen Einleitung über die RICARDO sche Grundrententheorie, Besprechungen der Anschauungen von JAMES MILL, JOHN STUART MILL und HENRY GEORGE. Den Schluß bildet eine Darstellung der praktischen Ergebnisse der Bodenreformtheorien in England.

Die Darstellung der einzelnen Theorien ist im allgemeinen als geglückt zu bezeichnen; für die Entdeckung des bisher fast unbekannten RAVENSTONE, dessen Anschauungen überaus interessant zu sein scheinen, muß man ADLER und dem Verf. geradezu dankbar sein.

Was die kritische Beurteilung der einzelnen Lehren anlangt, so wären dazu sehr viele Bemerkungen zu machen. N. urteilt mit sehr großer Frische und Sicherheit, ohne daß man immer das Gefühl hätte, daß eine ebenso große theoretische Klarheit hinter den Urteilen steht. So kommt es zu mancher schiefen Anschauung. Wenn er z. B. den ziemlich langweiligen Naturrechtsdoktrinär OGILVIE über HALL stellt, so wird er wenige Gläubige dafür finden.

Es wäre dem Buch zustatten gekommen, wenn sich der Verf. nicht nur der englischen, sondern auch der übrigen Bodenreformbewegung und der entsprechenden Theorien angenommen hätte. Er hätte manchen bedenklichen Irrtum vermeiden können. Wenn er mich zu einem unbedingten Anhänger von HENRY GEORGE macht, was ich nie gewesen bin, so ist das nur darauf zurückzuführen, daß er von mir nichts gekannt hat, als einen Aufsatz in der „Neuen Freien Presse". Und wenn er meine Arbeit über RICARDOS Grundrententheorie gekannt hätte, so hätte er sich wahrscheinlich gehütet, DIEHLS Meinung beizutreten, der zufolge RICARDO die Monopoltheorie der Grundrente als in der Gegenwart möglich anerkannt hat. Ich habe DIEHL mit, wie ich glaube, unwiderleglicher Stringenz nachgewiesen, daß er in diesem Punkte RICARDO mißverstanden hat. Jedenfalls hat er in den fast zwei Jahren

seit Erscheinen meines Buches m. W. keinen Versuch gemacht, seinen Standpunkt zu halten.

Trotz aller dieser Mängel ist das fleißige und ansprechend geschriebene Büchlein als ein wichtiger Beitrag zu der Geschichte dieser überaus interessanten Theoretik dankbar zu begrüßen.

Berlin. FRANZ OPPENHEIMER.

Dr. ERNST GRÜNFELD, Lorenz von Stein und die Gesellschaftslehre (I. Band der v. H. WAENTIG hrsg. „Sozialwissenschaftlichen Studien") Jena, GUSTAV FISCHER, 1910. 8°. XI — 257 S. (4.50 M.)

Die Stellung STEINS in der Geschichte der Wirtschaftswissenschaften ist noch immer nicht völlig geklärt. Es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß sein sozialwissenschaftliches Erstlingswerk, das 1842 veröffentlichte Buch über den „Sozialismus und Kommunismus im heutigen Frankreich" bahnbrechend für die Erforschung der sozialistischen Bewegung und ihrer theoretischen Grundlage gewesen ist. Aber die Elemente seiner Gesellschaftslehre, die Beurteilung ihres Zusammenhangs mit den Ideen des Sozialismus einerseits, den älteren positivistischen Versuchen einer geschichtsphilosophischen Begründung der Gesellschaft andererseits entbehrten bisher ebenso genügender Klarstellung wie die Bestimmung seines Einflusses auf die Entwicklung der modernen Soziologie. Lediglich seine Beziehungen zur älteren „deutschen Gesellschaftswissenschaft" hat PHILIPPOVICH in den Festgaben für Schmoller treffend charakterisiert. G. hat sich in der angezeigten, mit anerkennenswertem Fleiß und wissenschaftlichem Ernst geschriebenen Arbeit jene größere Aufgabe gestellt, die schon angesichts der vielfachen Widersprüche in den einzelnen Werken des geistvollen und phantasiereichen Soziologen gewisse Schwierigkeiten bot. An eine eingehende Darstellung der Grundlage und des Aufbaues der STEINschen Gesellschaftslehre schließt der Verf. eine Übersicht über den Zustand der Gesellschaftslehre vor STEIN an, eine Untersuchung, die logisch ihren Platz wohl besser an der Spitze des Buches hätte finden sollen. Ein Schlußkapitel enthält eine kritische Würdigung der STEINschen Soziologie und eine Erörterung ihres Einflusses auf Zeitgenossen und Nachfolger. Im Mittelpunkte des Bildes, das STEIN von der modernen Gesellschaft entwirft, steht seine Lehre von den gesellschaftlichen Klassen, die sich im Verlaufe der geschichtlichen Entwicklung bildeten, sobald der Besitz das entscheidende Moment für den Gesellschaftsaufbau wurde. Damit wurden die Gesetze, welche über die wirtschaftliche Welt herrschen, zugleich zu den herrschenden Gesetzen der gesellschaftlichen Welt. Gegen MEHRING verteidigt G. die schon von STRUVE geäußerte Ansicht, daß diese Ideen nicht ohne Einfluß auf die Bildung der marixistischen Geschichtsauffassung geblieben sind. Als Ziel der sozialen Reform erscheint bei STEIN eine Verfassung der Gesellschaft, die ohne Antastung des Privateigentums jedem den Aufstieg in eine höhere Klasse ermöglicht und eine Hebung der niederen Klassen durch gesellschaftliche Verbände der höheren Klassen begünstigt.

So verdienstvoll die Studie G.s durch ihre sorgfältige Bestimmung der dem STEINschen Systeme wesentlichen Gedanken ist, so ist es dem Verf. doch nicht völlig gelungen, die Entwicklung dieser Gedanken aus dem geistigen Milieu nachzuweisen, das die an sozialphilosophischen Ideen so fruchtbare Periode der 40er und 50er Jahre des 19. Jahrh. zeigt. Die geringe Bedeutung, die STEIN für die moderne Soziologie besitzt, erklärt der Verf. aus den Mängeln, die dessen Gesellschaftslehre anhaften, der es vor allem an befriedigender Erfassung und Abgrenznng ihres Gegenstandes, der menschlichen Gesellschaft, gebrach.

Wien. KARL PŘIBRAM.

ALBERT MÉTIN, Le Socialisme sans doctrine. La question agraire et la question ouvrière en Australie et Nouvelle Zélande. IIe èdition revue et mise au jour. Paris, Felix Alcan 1910. 12o. 300 S. (6 Frs.)

Der Titel des angezeigten Buches charakterisiert vortrefflich die australische Sozialentwicklung. Diese geht in der Richtung zur sozialistischen Wirtschaftsordnung voran: die zur Monopolreife gelangenden Industrien werden verstaatlicht oder unter Staatseinfluß gestellt, das Recht auf Arbeit und auf Existenz anerkannt, der Grund und Boden zum Staatseigentum erklärt; all das, ohne daß die führenden Staatsmänner sich bewußt würden, sozialistische Programmsätze zu verwirklichen. Sie meinen vielmehr bloß Forderungen des gesunden Menschenverstandes zu genügen, offenbaren Mißständen im Wirtschaftsleben abzuhelfen.

Der frühere Ministerpräsident von Neuseeland, SEDDON, den ich kurz vor seinem Tode in Melbourne sprach, nannte sich einen Liberalen. Er, der zuerst unter den Staatsmännern Australasiens die obligatorischen gewerblichen Schiedsgerichte inauguriert und die Verstaatlichung der Bahnen, Bergwerke und des Grundes und Bodens durchgeführt hatte, stand den sozialistischen Theorien fremd gegenüber. Nur ein Mann kannte sie gar wohl, TREGEAR, der secretary of labour in Wellington, der in seiner stillen Studierstube die Entwürfe ausarbeitete, die SEDDON mit staatsmännischer Kraft verwirklichte, und die sich siegreich von Neuseeland nach Australien, von Australien nach England verbreitet haben. Er bekannte mir offen, daß er „Sozialist" und sich klar bewußt sei, in Neuseeland ein zum Sozialismus sich entwickelndes Staatswesen geschaffen zu haben. In die Öffentlichkeit aber wollte er diese seine Überzeugungen nicht gebracht wissen. Und als dies doch durch einen seiner Freunde geschah, ließ er erklären, seine Privatansichten hätten mit der Politik, deren Inspiration man auf ihn zurückführe, durchaus nichts zu tun. Und er war wohlberaten, wenn er so sich selbst im Hintergrund hielt. Denn nur weil die Bevölkerung Neuseelands und Australiens an den „common sens", an die praktische Selbstverständlichkeit all der sozialen Reformen glaubte, nahm sie dieselben an; ein Laboratorium für Zukunftsutopien der Menschheit zu sein, hätte sie weit von sich gewiesen.

Trotzdem konnte M. davon zeugen, daß alle großen Endgedanken des Sozialismus in Australien den Beginn ihrer Verwirklichung gefunden haben.

Seine Darlegungen gehen auf genaueste Beobachtungen während eines langen Aufenthaltes in Australien im Jahre 1899 zurück. Da ich sieben Jahre später, sein Buch in Händen, die Institutionen Australiens und Neuseelands zu begreifen suchte, konnte ich feststellen, wie zutreffend er nicht nur alles bereits von ihm Gesehene erfaßt, sondern auch die nächste Entwicklung vorausgesehen hatte —, mit einer Ausnahme, die jedoch zu entschuldigen ist, da sein Irrtum damals von der ganzen öffentlichen Meinung Australiens geteilt wurde. M. überschätzte nämlich das obligatorische Schiedsgericht für Streikfälle, das damals in rascher Reihenfolge von allen australischen Staaten eingeführt wurde. Mir erschien es schon 1906 als nicht wahrhaft lebensfähig. Tatsächlich hat es seither in einem Staate nach dem andern den — unscheinbareren, aber unvergleichlich praktischeren — Lohnkommissionen weichen müssen, die zur Zeit, als M. in Australien weilte, bloß in Viktoria bestanden und noch nicht völlig ausgebildet waren. Doch hat sich M. inzwischen gleich falls zum neuen System bekehrt, und die vorliegende Auflage enthält eine interessante Schilderung dieser wichtigsten Institution Australiens, aus der folgendes hervorgehoben sei.

Die Übelstände in der Hausindustrie (überlange Arbeitsstunden, unhygienische Raumverhältnisse, Hungerlöhne infolge gegenseitiger Unterbietung der Arbeiter und Arbeiterinnen) erzwangen zuerst die allgemeine Aufmerksamkeit in Viktoria. Eine Anti-sweating league ward begründet [1]) und sodann auf Vorschlag der über ihre Initiative eingesetzten Regierungskommission 1898 ein Gesetz erlassen, das für alle hausindustriell Tätigen Mindestlöhne festlegt. Ferner wurden eigene Kommissionen errichtet, die — je zur Hälfte von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern jeder Industrie gewählt und mit einem von der Regierung ernannten Präsidenten — die Höchstdauer der Arbeitszeit und den Mindestlohnsatz zu bestimmen haben. Der Erfolg war nach Meinung aller Beurteiler ein so ausgezeichneter, die schweren hygienischen und sozialen Gefahren der Heimarbeit, die Ausbeutung speziell der Arbeiterinnen wurden so rasch und gründlich beseitigt, daß Regierung und Parlament von Viktoria sich veranlaßt sahen, die neue Einrichtung in rascher Aufeinanderfolge auf sämtliche Industriezweige auszudehnen; und zwar nicht bloß auf Gewerbe mit vorwiegender Frauenarbeit und schwacher Gewerkschaftsentwicklung, sondern auch auf Industrien, in denen blühende Gewerkschaften stets den Beweis wirksamer Selbsthilfe abgelegt zu haben schienen. Man fand eben, daß die Lohnkommissionen die Stabilität der Arbeit und die Lebensnotdurft doch weit besser garantierten, als Gewerkschaft und Streik, und daß sich durch ihr von allgemeinen sozialen Gesichtspunkten geleitetes Walten jenseits von Leidenschaft und Kampfesstimmung alle die politischen und wirtschaftlichen Schäden stets wiederkehrender Streiks vermeiden ließen. — Die Lohnkommissionen sollen im Sinne des Gesetzes 1. ein Existenzminimum für die Arbeiter festlegen, 2. wenn ein solches erreicht ist, den Konkurrenzverhältnissen in den einzelnen Geschäftsbetrieben Rechnung tragen und die

1) Ihr Präsident, Oberst Reay, berichtete über ihre Tätigkeit in den „Dokumenten des Fortschritts" (Dezember 1907).

Löhne — je nach der Gestaltung der Geschäftsentwicklung — erhöhen, bzw. ermäßigen, die widerstreitenden Interessen in ihrer relativen Berechtigung rationell erfassen und hiernach die Löhne festsetzen, statt deren Gestaltung blindem ökonomischen Kampfe zu überlassen. M. weist darauf hin, daß die Lohnkommissionen, ebenso wie die allgemeinen staatlichen Alterspensionen, zuerst in Australien eingeführt, dann aber vom gegenwärtigen liberalen Ministerium nach England verpflanzt wurden, wodurch die australischen Erfahrungen für Europa doppelte experimentale Beweiskraft, doppelten Wert erhalten haben.

Ferner schildert M. die Agrarreformen Neuseelands mit ihrer progressiven Grundsteuer, die die Großgrundbesitzer zum Verkaufe ihrer Ländereien an den Staat zwingt; die australischen Versuche, das Problem der Arbeitslosigkeit durch Sammlung der Arbeitslosen in landwirtschaftlichen Genossenschaften zu lösen, und die staatlichen Alterspensionen an alle über 65 Jahre alten Bürger, ohne irgendwelche Beitragsleistung von ihrer Seite, sowie die Erfolge der Verstaatlichungspolitik.

Seit dem Erscheinen der vorliegenden Ausgabe des M.schen Buches ist ein neuer großer geschichtlicher Faktor in Erscheinung getreten, den der Verf. noch nicht berücksichtigen konnte: der entscheidende Erfolg der sozialistischen Arbeiterpartei bei den Wahlen zum Bundesparlament am 13. April 1910 und ihre Berufung zur Regierung. In ihrer Mitte sitzen nur Männer, denen, ungleich dem alten SEDDON, die sozialistischen Gedankengänge Europas innig vertraut sind. Mögen sie daher immerhin die experimentale Vorgangsweise ihres Landes auch weiter beibehalten und eine Politik des praktisch Möglichen treiben: der australische Sozialismus hat doch aufgehört, „ohne Theorie“ zu sein. Er ist von der Praxis ausgegangen. Diese aber ist selbst reich genug gewesen, um aus sich theoretische Gedankengänge und Schlußfolgerungen zu gebären, die sich mit der aprioristischen Theorie des europäischen Sozialismus decken. Die soziale Entwicklung Australiens tritt damit in ihre entscheidende Phase, der es überlassen bleibt, gleicherweise in Theorie und Praxis die letzten Bausteine zum Aufbau eines sozialistischen Wirtschaftssystems zusammenzutragen.

Jedem, der sich für die Anfänge dieser Entwicklung, da sie noch jenseits aller Theorie sich vollzog, interessiert, sei das M.sche Buch, das völlig vorurteilslos geschrieben ist und auf exakter Eigenbetrachtung sowie auf exakten Quellen beruht, lebhaft empfohlen.

Paris. RODOLPHE BRODA.

MARAT. La correspondance de, recueillie et annotée par CHARLES VELLAY. Paris, Eugène Fasquelle 1908. 12°. XXII—291 S. (3 Frs. 50c.).

SAINT-JUST. Oeuvres complètes. Avec une introduction et des notes par CHARLES VELLAY. 2 Bde., ebd. 1908. 12°. XXI—466; 544 S. (à 3 Frs. 50c.).

PHILIPP BUONAROTTI. Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit mit dem durch sie veranlaßten Prozeß und den Belegstücken. Übers. und

eingel. v. ANNA u. WILHELM BLOS. Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf. 1908. 8°. 336 S. (geb. 2.50 M.).

MICHEL BAKOUNINE, Oeuvres, t. II—IV. Avec une notice biographique, des avant propos, des avertissements et des notes par JAMES GUILLAUME. Paris P.—V. Stock 1907/10. 12°. LXIII—457; XII—407; XII—512 S. (à 3 Frs. 50 c.).

ADHÉMAR SCHWITZGUÉBEL, Quelques écrits. Ebd. 1908. 12°. VIII—172 S. (1 Fr. 50c.).

ERNEST COEURDEROY, Oeuvres, t. I—III. Jours d'exil. Prémière partie: 1849/1851; deuxième partie: 1853/1854; Troisiéme partie: 1851—1855; ebd. 1910. 12°. XXXIX—450; XXVI—432; XX—416 S. (à 3 Frs. 50 c.).

LOUIS ROSSEL, Mémoires et correspondance de, 1844—1871. Préface de M. Victor Margueritte; ebd. 1908. 12°. XLVI—519 S. (3 Frs. 50c.).

Sozialistische Neudrucke, hrsg. u. eingel. v. FR. MEHRING. Berlin, Buchhandlung Vorwärts: 1. FRIEDRICH ENGELS, Der deutsche Bauernkrieg. 1908. 124 S. (geb. 2 M.); 2. WILHELM WEITLING, Garantien der Harmonie und Freiheit. 1908. 268 S. (gebd. 3 M.); 3. F. A. LANGE, Die Arbeiterfrage. 1910. 176 S. (geb. 2.50 M.).

F. A. LANGE, Die Arbeiterfrage. Neubearbeitet u. hrsg. v. D. A. GRABOWSKY, Leipzig, ALFRD KRÖNER. o. J. (1910) gr. 8°. 92 S. (1 M.).

FERDINAND LASSALLE, Reden und Schriften, Tagebuch, Seelenbeichte. In Auswahl hrsg. nebst einer Darstellung seines Lebens und Wirkens v. HANS FEIGL, Wien, Karl Konegen 1911. 8°. 411 S. (3 M.).

R. C. K. ENSOR, Modern Socialism. As set forth by Socialists on their speeches writtings and programms. Third edition revised and enlarged. London und NewYork, Harper and Brothers 1910. 8°. XLVII—396 S. (1 sh.).

Das stetig wachsende Interesse an der Geschichte der modernen sozialen Bewegung und an den ihr unmittelbar vorausgehenden, sie ursächlich bedingenden gedanklichen und realen Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Recht und Philosophie zeitigt immer neue literarische Ausgrabungen sowie Neuausgaben von Schriften jener Männer, denen als Vorläufern des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, bei der theoretischen Fundamentierung dieser wie jenes oder im Kampfe um ihre Ausbreitung eine Rolle zugefallen ist. Sei es, weil diese Schriften nicht mehr oder nur schwer zugänglich sind, sei es zu Zwecken der Popularisierung oder der Propaganda.

Im folgenden sei auf eine Reihe derartiger Neuveröffentlichungen kurz hingewiesen.

Die unter 1–3 genannten beziehen sich auf die Französische Revolution. Eine Sammlung der Werke SAINT-JUSTS hat bisher gefehlt. Es ist daher dankbar zu begrüßen, daß der verdienstvolle Herausgeber der „Revue historique de la Rèvolution française“ sie uns bietet. Sie ist so vollständig, als dies heute überhaupt noch möglich ist, da so manche Manuskripte SAINT-JUSTS als endgültig verloren anzusehen oder doch unauffindbar sind; in gewisser Beziehung freilich auch zu vollständig. Denn es ist doch mindestens sehr fraglich, ob es nötig war, alle Verhaftsbefehle und ähnliche rein admi-

nistrative Geschäftserledigungen, die von SAINT-JUST allein oder auch nur mit gefertigt sind, abzudrucken. Zur Kennzeichnung der Persönlichkeit SAINT-JUSTS, seiner Anschauungen über Staat und Gesellschaft sowie der revolutionären Ereignisse tragen sie jedenfalls nichts bei. — Ohne diesen Vorbehalt dagegen kann man sich der Zusammenstellung der spärlich erhaltenen Reste von MARATS Korrespondenz freuen, die eine wertvolle Ergänzung zu VERMORELS „Oeuvres de J. P. Marat" (1869) bildet und namentlich auch über die vorrevolutionäre Epoche im Leben des Volksmannes Licht verbreitet. — Besonders willkommen zu heißen ist schließlich die — erstmalige — deutsche Übersetzung des BUONAROTTIschen Werkes über die „Conjuration pour l'égalité dite de Babeuf", da sie durch ihre Art, das Orginal wiederzugeben, volles Lob verdient und die Erstausgabe der Schrift von 1830 ebenso schwer zu erreichen ist, wie die beiden späteren französischen von 1850 und 1869 oder die englische, die 1836 vom Chartisenführer BRONTERRE veranstaltet worden ist.

Von BAKUNINS Werken (4), mit deren Herausgabe MAX NETTLAU im Jahre 1895 begonnen hat, liegen nun 3 weitere Bände vor, die von JAMES GUILLAUME redigiert worden sind. Von ihm rührt auch die biographische Skizze im II. Bande her, die im wesentlichen auf der großen BAKUNIN-Biographie von NETTLAU aufgebaut ist und durch die Einleitungen und Anmerkungen in den späteren Bänden manche Ausgestaltung erfährt. Niemand, der sich für den Menschen und Agitator BAKUNIN, für die Entwicklung der anarchistischen Bewegung und namentlich für die Geschichte der Internationale sowie der Kämpfe innerhalb derselben interessiert, wird die „Oeuvres", die auch eine Reihe bisher unedierter Stücke enthalten, missen können. Und Interesse nach der letztgenannten Richtung hin vornehmlich beanspruchen und erwecken auch die ebenfalls von GUILLAUME gesammelten Manifeste, Berichte und Artikel des Schweizers SCHWITZGUÉBEL (5), der bis 1880 in der Jurassischen Federation eine bedeutende Rolle gespielt hat.

Über des bisher gänzlich verschollen gewesenen ERNEST COEURDEROY Persönlichkeit und Lebenswerk berichtet in diesem Hefte (S. 316ff.) MAX NETTLAU, der Herausgeber der „Jours d'exil" (6). Hierauf sei vorläufig, unter Vorbehalt ausführlicherer Besprechung dieses Werkes, verwiesen.

Einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der Pariser Kommune und der Stimmungen, die bei ihrer Entstehung walteten, liefern die Memoiren und der Briefwechsel ROSSELS (7), der erst als einer der jüngsten Hauptleute der französischen Armee unter BAZAINE focht, sodann, in Metz mit eingeschlossen, vergeblich energische Versuche zur Sprengung der deutschen Umklammerung erstrebte, zuletzt als Oberst in der Hilfsarmee diente, nach dem Friedensschluß aber, den er nicht anerkennen mochte, demissionierte, um sich der Kommune anzuschließen, weil er von ihr eine Befreiung Frankreichs von der deutschen Invasion erhoffte — ein Beginnen, das er nach dem Siege der Versailler mit dem Tode büßte, trotzdem er sich schon vor dem Fall der Kommune enttäuscht von derselben zurückgezogen hatte. Dem von dem berühmten Romanschriftsteller MARGUERITTE bevorworteten Buche ist eine Biographie ROSSELS aus der Feder seiner Schwester vorangestellt.

Einen guten Gedanken verwirklichen die „Sozialistischen Neudrucke" (8), von denen bisher drei glücklich ausgewählte und schön ausgestattete Bände vorliegen. Die Einleitungen MEHRINGS zeigen alle bekannten Vorzüge dieses Schriftstellers: Formenschönheit, klare Übersichtlichkeit, fein zugespitzte, von einem einheitlichen Grundgedanken getragene Darstellung; Vorzüge, die freilich — fast notwendig — von Einseitigkeit der Auffassung begleitet sind. Mag man sich nun aber auch häufig an dieser stoßen, fruchtbar angeregt wird man durch MEHRING immer.

Wie gut die von ihm veranstalteten Neudrucke sind, sieht man erst recht, wenn man den III. Band derselben, die Erstauflage von LANGES Arbeiterfrage, mit der GRABOWSKYschen Bearbeitung (9) dieser Schrift vergleicht. So lesenswert die letztere auch heute noch ist, im allgemeinen kommt ihr doch nur mehr die Bedeutung eines Dokuments für die Entwicklungsgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu; und zwar, aus inneren und äußeren Gründen, in ihrer ursprünglichen Formulierung. Aber auch wenn man in diesem Punkt anderer Meinung sein sollte: so viel ist unter allen Umständen klar, daß die Wiederveröffentlichung einer älteren Schrift nur dann einen Sinn hat, wenn sie in der Gestalt erfolgt, die ihr ihr Schöpfer gegeben. Hat ja auch unter ausdrücklichem Hinweis hierauf der Verleger der „Arbeiterfrage" es vermieden, bei deren neuerer IV. Auflegung (1879) nach LANGES Tode irgend welche Änderungen oder Ergänzungen gegenüber der III. Auflage vornehmen zu lassen. GRABOWSKY aber will nicht nur „den Charakter der ersten Auflage retten und doch die Tiefe der folgenden Auflagen nicht preisgeben": er stellte sich darüber hinaus auch noch die Aufgabe, durch „Nachbesserungen und Zusätze das Werk im einzelnen mit den fortgeschrittenen Kenntnissen zu versöhnen". Wo und wie diese Purifizierung sich im einzelnen gestaltet hat, gibt G. ebensowenig an, wie: an welchen Stellen er seine „von der LANGES in manchen Punkten sehr verschiedene politische Ansicht . . . . nicht ganz habe unterdrücken können". Da nun der Leser nie weiß, wann LANGE und wann G. spricht, so ist es unverständlich, mit welchem Recht dieser seine Bearbeitung unter jenes Namen auf den Büchermarkt gebracht hat.

Lediglich Popularisierungszwecke verfolgen die beiden an letzter Stelle erwähnten Sammlungen. FEIGL will mit seiner — trotz des etwas lauten Titels gut getroffenen und ansprechend eingeleiteten — Auswahl aus LASSALLES Werken (10) vornehmlich auf bürgerliche Kreise wirken. ENSOR (11) bringt systematisch geordnete Auszüge aus den Reden und Schriften führender zeitgenössischer Sozialisten der Hauptkulturländer, sowie eine Reihe von Programmen der sozialistischen und Arbeiterparteien in denselben. Den deutschen Lesern werden am meisten die Programme der Sozialdemocratic Federation, der Independent Labour Party, der Fabian Society und das Statut der Labour Party interessieren. Abgesehen von der allgemeinen Einleitung gehen jedem der mitgeteilten Stücke kurze Notizen voraus, die über deren Provenienz und Verfasser verläßlich unterrichten. CARL GRÜNBERG.

BROUGHAM VILLIERS. The Socialist Movement in England. London u. Leipsic T. Fisher Unwin 1908. 8°. XVI — 340 S. (10 sh. 6 d.) Second edition With a new preface 1910. (2 sh. 6 d.)

Es gibt drei Werke über die Geschichte des englischen Sozialismus[1]: SYDNEY WEBBS „Socialism in England“, vortrefflich wie alle Schriften dieses Mannes, jedoch bereits überholt, weil es, 1892 erschienen, nur die ersten 8 von den 26 Jahren der modernen englischen Bewegung umfaßt. — Die „History of Socialism“ von THOMAS KIRKUP, der als Schriftsteller sympathisch, sorgfältig und gelehrt, in den von ihm geschilderten Kämpfen nie selbst Mitstreiter war, sondern von ihnen nur mittelbare Kenntnis besitzt — aus Büchern, Zeitungen und Interviews. — Schließlich das angezeigte Werk. Dessen Verfasser weiß, was er beschreibt, aus erster Hand — als Teilnehmer an der sozialistischen Bewegung. Als bescheidener Teilnehmer allerdings nur. Denn unter dem Pseudonym B. V. verbirgt sich keineswegs ein berühmter Führer, sondern ein Mann, der in einer nördlichen Stadt beschäftigt war und vermutlich aus persönlichen Gründen nicht unter seinem wahren Namen auftreten will.

B. V.s Bedeutung als Chronist des Sozialismus beruht darauf, daß er die Bewegung dort kennt, wo sie typisch englisch ist und zugleich literarischer Darstellung am meisten widerstrebt. Er schreibt als Mitglied der J. L. P. in einer großen Industriestadt, wo diese Partei jahrelang geblüht hat. Der F. S., der der Verfasser ebenfalls angehört hat, ist hauptsächlich und typisch der Londoner Stempel aufgeprägt. Das gleiche gilt von der S. D. P., deren Geschichte mit der Entwicklung der Londoner Bewegung, der Geschichte von WILLIAM MORRIS, H. M. HYNDMAN und JOHN BURNS, des Streiks der Dockarbeiter, des Aufruhrs am Trafalgar Square, der strafgerichtlichen Verfolgung und der Freisprechung der Redner zusammenfällt. Die J. L. P. hingegen ist auf dem Boden der Provinz entstanden und hat in London nie tiefe Wurzeln geschlagen. Ihr Begründer war ein Bergarbeiter in Airshire, ihre Geburtsstätte Bradford, ihr Hauptquartier ist in gewissem Sinne noch immer Manchester, und ihre Siege wurden nicht unter den Intellektuellen oder unter den ungeschulten Londoner Arbeitern erfochten, sondern unter den gut bezahlten Textil- und Eisenindustriearbeitern sowie den Bergleuten von Mittel- und Nordengland.

Die J. L. P. ist die typisch-englische Erscheinungsform des Sozialismus Im Gegensatz zur S. D. P., die ebenso wie die sozialistischen Parteien der anderen Länder nach deutschem Muster sich gebildet hat, d. h. auf marxistischer Grundlage, wie sie ja sogar meint, gegenwärtig diese reiner festzuhalten, als ihr deutsches Vorbild. Auch die F. S. ist spezifisch englisch Allein der Einfluß zweier oder dreier führender Geister hat an ihr zu tiefe Spuren hinterlassen, als daß man sie als sozialdemokratische Partei für irgend einen Ort oder irgend eine Zeit typisch bezeichnen könnte. Dagegen ist die J. L. P. mit ihrer Anlehnung an die volkstümliche Religion, dem gutmütig

1) Vgl. in betreff der gebrauchten Abkürzungen oben S 337.

gemächlichen Sichgehenlassen, der Abneigung gegen abstrakte Theorien und der Bevorzugung einer Politik des gesunden Menschenverstandes so recht der Ausdruck englischer, seit undenklichen Zeiten in der Selbstverwaltung so erfolgreicher Sinnesart.

B. V. unterschätzt einigermaßen die Wirksamkeit der S. D. P., von der ihm, wenn ich nicht irre, persönliche Kenntnis abgeht. — Der F. S. steht er sympathisch, wenn auch kritisch gegenüber. — Mit vollkommenem Verständnis und gerechter Wertung schildert er die Tätigkeit der J. L. P., an der er selbst teilgenommen hat. Und in der Tat! Gewiß ist die S. D. P. in oft genug bitterem Kampf gegen einen barbarischen Feind vorangegangen. Sicherlich hat die F. S. den richtigen Weg der Eroberung gezeigt und jedermann höchst klar und erschöpfend auseinandergesetzt, wie der Feldzug zu führen sei. Aber die J. L. P. war es, die diese Vorschläge ausführte, die Trade-Unions eroberte und den Weg für die L. P. frei machte, die endlich den Sozialismus zu einer realen Macht im britischen Parlament gemacht hat.

Die Schlußkapitel des besprochenen Buches, welche die Anwendung des Sozialismus auf verschiedene Probleme behandeln, sind von geringerem Wert. Ein so bewunderungswürdiger politischer Organismus die J. L. P. ist: als politische Denker treten ihre Mitglieder nicht oft hervor, wie es überhaupt eine merkwürdige Tatsache ist, daß gesundes sozialistisches Denken in England außerhalb Londons nicht zu gedeihen vermag. Isolierung, wenn auch in einer großen Provinzialstadt, Isolierung von andern über dieselben Probleme Nachdenkenden ist unvereinbar mit jenem beständigen Kritizismus, durch den allein die vollständige Gesundheit des Denkens gewährleistet wird. So dürfen denn die in diesen letzten Kapiteln ausgesprochenen Ansichten lediglich als solche eines Mitgliedes der sozialistischen Partei aufgefaßt werden, das zufällig ein Buch geschrieben hat. Und wenn es in diesem heißt: „der Sozialismus würde jeder verheirateten Frau als solcher ein eigenes Einkommen verschaffen“, so hat sich der fremde Leser darüber klar zu sein, daß „Sozialismus“ hier nichts anderes bedeutet als „Brougham Villiers“.

London. Edward R. Pease.

Memories of a Labour Leader. The Autobiography of John Wilson, J. P., M. P. With an introduction by the Dean of Durham and an appreciation by the Bishop of Durham. London u. Leipzig. T. Fisher Unwin 1910. 8°. XIV — 320. (5 sh.)

Aldermann John Wilson J. P., M. P., Sekretär der Bergarbeiter-Union von Durham, 1906 und 1910 als liberales Parlamentsmitglied ohne Widerspruch gewählt, seit 40 Jahren Laienprediger der Primitiven Methodisten, wohl der extremsten aller Dissentersekten, und dennoch Freund und Lobredner von Bischöfen und Dechanen: eine solche Erscheinung kann kein anderes Land der Welt hervorbringen als England. Die Autobiographie W.s verdient daher alles Interesse — sowohl durch das, was sie erzählt, als auch durch das, was sie übergeht.

W. ist keineswegs eine so bedeutende Persönlichkeit wie manch anderer Arbeiterführer. Er war kein Pionier der Trade-Unions im Parlament wie R. H. THOMAS BURT, der seit 1874 Morpeth vertrat, denn er wurde erst 1885 zum Abgeordneten gewählt und blieb 1886—90 außerhalb des Parlaments. Nie hat er ein Amt bekleidet, wie der erste Tradeunionist in der Treasury Bench, HENRY BROADHURST, oder JOHN BURNS, der erste und einzige Tradeunionist als Kabinetsmitglied. Ebensowenig ist je sein Name so berühmt geworden wie der von J. KEIR HARDIE, WILL CROOKS, DAVID SHACKLETON ARTHUR HENDERSON u. a., die jedem Zeitungsleser im Lande geläufig sind. Er ist durch 20 Jahre ununterbrochen im Parlament gesessen, ohne daß er dieses je durch eine seiner Reden beeinflußt oder irgend eine wesentliche Reform angeregt und durchgesetzt hätte. Er war und ist also kein Arbeiterführer ersten Ranges. Allein gerade deshalb verdient er besonderes Interesse. Denn in gewisser Hinsicht sind Laufbahn und Anschauung der großen und einflußreichen Masse der in zweiter Reihe Stehenden größerer Aufmerksamkeit wert, weil sie für ihre Zeit typischer sind als die wenigen, außergewöhnlich Begabten in überragender Stellung, deren Namen die Geschichte ihres Landes stets festhalten wird.

W.s Lebenslauf braucht hier nicht ausführlich beschrieben zu werden. 1837 als Sohn eines Eisenbahnarbeiters geboren, war er Bergarbeiter, Seemann, dann wieder Bergmann, wanderte hierauf in die Vereinigten Staaten us, um nach wenigen Jahren nach Durham zurückzukehren. Nun entsagte er dem Trunk und Spiel, wurde fromm und Prediger, beteiligte sich bei der Gründung eines Konsumvereins und half schließlich die Gewerkschaft der Durhamer Bergarbeiter ins Leben rufen. Die Verfolgungen der Unternehmer machten ihn zum professionellen Agitator. Jahre vergingen, und der entlassene Bergmann wurde Parlamentsmitglied, Grafschafts-Aldermann, Friedensrichter, der Gast und Freund des Bischofs von Durham. Ein erstaunlicher Aufstieg und für die Betrachtung weit reizvoller als die jenes tugendhaften Lehrlings, den SMILES vorzuführen liebt, wie er mit der sprichwörtlichen halben Krone beginnt und sein Leben als vielfacher Millionär beschließt.

Was dem Leser in dieser Autobiographie zunächst auffällt, ist der Geist gutartiger Toleranz, der aus ihr spricht. Wohl ist W. oben angelangt, hoch über den Köpfen der Aufseher und Bergbeamten, die ihn einst bedrückten und zu unterdrücken suchten. Aber er trägt ihnen nichts nach. Er versteht den Haß der Unternehmer und ihrer Agenten gegen die Neuerungssucht der Trade-Unions, und daß sie nahezu Engel hätten sein müssen, um sie in jenen fernen Tagen mit andern Augen zu betrachten. Seine innige Religiösität ist zwar von der Art, wie sie gewöhnlich zum Fanatismus führt. Allem Anschein nach hat sie jedoch sein Gemüt nicht gegen die mächtigen Vertreter der anerkannten Kirche vergiftet, unter denen der Bischof von Durham einen hohen Rang einnimmt. Und im ganzen kann dieser kraftvolle Bergmann im Alter von 73 Jahren auf eine große Laufbahn zurückblicken, die den Strom behaglicher Selbstzufriedenheit, mit der seine Erinnerungen Freund und Feind übergießen, durchaus rechtfertigt.

Andererseits freilich kann man auch nicht umhin festzustellen, wie außerordentlich beschränkt der Mann und sein Gesichtskreis sind. 1886 war es, als ich die erste öffentliche Ansprache über Sozialismns in Newcastle hielt, der Metropole des Kohlengebietes von Northumberland und Durham. Gerade 20 Jahre später ward von der dortigen zahlreichen Wählerschaft ein sozialistisch gesinnter Gewerkschafter mit größter Stimmenzahl unter den mehreren Ortsrepräsentanten, also als „Senior“, ins Parlament entsendet.

Da W. 1885 erstmals ins Parlament eintrat, galt der Sozialismus als Wahnwitz einiger Londoner Fanatiker. Nun aber, 1909, schloß W.s Gewerkschaft sich der Arbeiterpartei an und W. sah sich gezwungen, sich den Wünschen gerade jener Menschen zu widersetzen, die ihn beschäftigten und bezahlten, und die bestimmten, daß die von den Durhamer Bergarbeitern bezahlten Parlamentsmitglieder der Arbeiterpartei beitreten müßten. Von dieser ganzen großen Bewegung für die Emanzipation der Arbeiter erfährt man in seiner Autobiographie kein Wort. Er begnügt sich mit der Mitteilung: er sei stets gewesen und wolle bleiben ein gläubiger Anhänger der liberalen Partei. Und die Emphase dieser Erklärung ist der einzige Hinweis darauf, daß unter den Durhamer Bergarbeitern auch andere politische Überzeugungen und Parteien Anklang gefunden haben. Auch was er unter Liberalismus versteht, sagt er nicht; es sei denn, daß er persönlich Vertrauen zu Gladstone gehegt habe. Dieses kann aber doch, seitdem dieser glänzende Staatsmann vor 15 Jahren seine Laufbahn beschlossen hat, unmöglich der Leitstern W.s in politischen Dingen gewesen sein.

W. gehört zur alten Garde der Trade-Unionisten, die bald aussterben muß, die aber niemals ihre Überzeugung zugunsten einer neuen Anschauung aufgeben wird. Er hat ein großes Werk unter seinen Händen wachsen sehen. Als er die Durhamer Bergmannsunion mitbegründete, wurde er gleichermaßen von den Arbeitern und Unternehmern verachtet und zurückgewiesen, von Haus und Heimat verjagt, gezwungen, im freien Feld Versammlungen abzuhalten, weil kein Dach ihm Schutz gewähren wollte. Nun, als Generalsekretär dieser Arbeiter, vertritt er seinen Bezirk im Parlament, sitzt mit den Grafschaftsmagistraten auf einer Bank, ist der von den Magnaten des Grafschaftsrates gewählte Alderman, und sein Amt ist sowohl in der Tat als in der öffentlichen Schätzung so ehrenvoll und einflußreich wie irgend eines im Lande.

Nunc dimittis: Was kann der Arbeiter mehr wollen? Die neuen, weiter reichenden Ideale der Gegenwart werden tauben Ohren gepredigt. W. ist als heftiger Widersacher des Sozialismus und alles dessen, was demselben nahekommt, bekannt. Aber ich möchte wetten, daß er trotz seiner 20jährigen Wirksamkeit im Parlament nicht die blasseste Idee von dem hat, was der Sozialismus eigentlich ist.

London. Edward R. Pease.

Comte Joseph de Mailáth, La Hongrie rurale, sociale et politique. Paris, F. Alcan 1909. 8°. VIII — 356 S. (5 Frs.)

Wir tun dem Verf. wohl nicht Unrecht, wenn wir gleich vorausschicken, daß er selbst seine Kompetenz, über soziale und politische Fragen mitzusprechen, nicht so sehr auf methodische Schulung und Kenntnis der Tatsachen gründet, als viel eher auf den Umstand, daß er Graf und Großgrundbesitzer ist. Denn er schickt dem Buch im Vorwort seine Stammtafel voraus, eine — in der heutigen sozialwissenschaftlichen Literatur wenigstens — u. W. bisher selten geübte Art, sich Zutritt in die Welt der Wissenschaft zu verschaffen. Tatsächlich ist das ganze Buch nichts anderes, als ein dickes Pamphlet gegen Demokratie und Sozialismus, zum Schutz für Hochagrarismus und Feudalismus. Nun ist es gerade keine Schande, Pamphlete zu schreiben, und manche dieser Literaturerzeugnisse sind im Laufe der Zeit dem Bestande der Wissenschaft einverleibt worden. Wir glauben aber nicht, daß dies auch M.s Werk beschieden tst.

Die wenigen Kapitel, die uns hier interessieren, behandeln: die Geschichte des ungarischen Bauers und den Agrarsozialismus (S. 17—33) sowie die Geschichte des Sozialismus in Ungarn (S. 197—215).

Des Verf. historische Methode wird wohl genügend gekennzeichnet dadurch, daß der Übergang der Magyaren vom Nomadenleben zum Ackerbau damit erklärt wird, „daß sie sehr bald die Mission erkannten, die sie als Ackerbau treibendes Volk unter den Staaten von Europa zu erfüllen hatten" (S. 17). — Die Leibeigenschaft in Ungarn hat unzweifelhaft schon unter den ersten Christenkönigen, d. h. bereits im 11. Jahrh. zu Recht bestanden. M. aber erklärt: Die „Freiheitsliebe" der Magyaren habe die Bindung an die Scholle bis zum 16. Jahrh. unmöglich gemacht und übrigens auch „überflüssig", weil der Magyare das Fleckchen Erde liebe, auf dem er geboren ist (S. 18). — Dann wieder führt er aus: Die fürchterliche Bauerngesetzgebung von 1514 sei „notwendig und die Bindung der Bauern an die Scholle nicht zu vermeiden gewesen, selbst wenn der Bauernkrieg nicht erfolgt wäre", weil die mittlere Grundbesitzerklasse gerettet werden mußte", um sich dann sofort selbst zu widersprechen und den wahren Grund zur Verschlechterung des Loses der Bauern bis zur Unerträglichkeit nicht in dieser Gesetzgebung, sondern in der Türkenherrschaft zu finden, durch die „Tausende ungarischer Arbeiter zu Sklaven, ganze Gebiete entvölkert wurden" (S. 19). Demgegenüber ist auf Grund der Ergebnisse der ungarischen Geschichtsforschung festzustellen, daß überall in Ungarn, wo die Türkenherrschaft bereits konsolidiert war, das Los der Bauern schon deshalb ungleich besser war als im kaiserlichen oder national-königlichen Gebiet, weil sie nicht unter den Bekehrungsversuchen ihrer wechselnden Herren zu leiden hatten, und daß speziell die Bevölkerungszunahme gerade in den von den Türken beherrschten Landesteilen eine auffallende war. Und gegenüber dem Versuch M.s, die Verantwortung des ungarischen Adels für die traurige Lage der Bauern nach Maria Theresia durch den Hinweis darauf abzuschwächen, daß „die Verteidigung der Verfassung alle Kräfte der ungarischen Nation erschöpfte"

(S. 19), ist zu sagen, daß die — bekanntlich erfolgreiche — „Verteidigung der Verfassung" nichts anderes bezweckte, als die Abschaffung der von Joseph II. dekretierten Freizügigkeit.

Auf gleicher Stufe wie die geschichtliche Schilderung steht die Beobachtung der Gegenwart durch M. Der Grundton des Kapitels über den Sozialismus in Ungarn ist der gleiche, wie er uns aus allen — in französischer und englischer Sprache erscheinenden — Schriften der adeligen Gegner des Sozialismus in Ungarn entgegenschallt: der ausländische Sozialismus sei eine gute und schöne Sache, der ungarische aber ein Importartikel, bestimmt, den „jüdischen Führern zu Reichtum zu verhelfen", wobei M., um das zu beweisen, nicht vor offenkundigen Unwahrheiten und tendenziösen Entstellungen zurückschreckt. Ein paar Beispiele! Die Führer, behauptet M., nützten den „Mystizismus" der ungarischen Bauern aus, indem sie nächtliche Versammlungen abhielten (S. 31) — er verschweigt aber, daß Jahre hindurch kein einem sozialistischen Verein angehöriger Bauer oder Landarbeiter vor den Gendarmen sicher war, und daß also andere als geheime Versammlungen unmöglich waren. — Die sozialdemokratische Partei soll sich nach dem Sieg der Koalition (1905) nicht gerührt haben, bis ihr der „gesetzlose" Minister Kristóffy mit dem Schlagwort vom allgemeinen Wahlrecht und einigen 100 000 Kronen beisprungen sei (S. 205) — während doch M. ganz wohl weiß, daß die Partei seit 1880 eigentlich überhaupt keinen anderen Programmpunkt verfochten hat als eben das allgemeine Wahlrecht. — Zum Schluß ein Zitat, das mehr als alles andere die Denkweise und den Gesichtskreis M.s kennzeichnet: „Die Herren Redner sprechen von politischen Tagesfragen, die nichts mit der wahren Sozialdemokratie gemein haben, wie z. B. das Wahlrecht, die Fragen der Nationalbank und die Revision der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses. Das geht noch an. Was aber kümmern sie die Auszeichnungen der Minister, die Erhöhung der gemeinsamen Ausgaben der zwei Staaten, zu welchen sie keinen Heller beitragen" (S. 212)!

Eine Beurteilung der Kämpfe des modernen Proletariats aus solchen Gesichtspunkten braucht wohl nicht wissenschaftlich ernst genommen zu werden.

Budapest. Erwin Szabó.

Die Rodbertus'sche Grundrententheorie und die Marx'sche Lehre von der absoluten Grundrente.

Von

L. von Bortkiewicz.

Zweiter Artikel.

Die älteste Form des Mehrwerts stellt sich nach MARX als Überschuß von landwirtschaftlichen Produkten über den Lohn der sie erzeugenden Arbeit, somit als Grundrente dar.[1]) Hier eignet sich der Grundeigentümer den Mehrwert durch direkte Ausbeutung der unmittelbaren Produzenten an, sei es, daß er diese einige Tage der Woche für sich auf seinem Gute unentgeltlich arbeiten läßt, sei es, daß er ihnen, ohne solche handgreifliche Aussonderung der Mehrarbeit nach Zeit und Raum, einen Teil des Arbeitsproduktes in natura abverlangt, sei es schließlich, daß er ihnen für die Benutzung des ihm juristisch gehörenden Bodens Zahlungen in Geld auferlegt. Die „Arbeitsrente", die „Produktenrente" und die „Geldrente" entsprechen verschiedenen Stufen der wirtschaftlichen Entwicklung, fallen aber sämtlich in die vorkapitalistische Zeit, wo die Grundrente, ob in dieser oder jener Gestalt, als die herrschende und normale Form des Mehrwerts erscheint.[2])

Daneben tritt der Profit — sofern man, wie MARX sagt, „die kapitalistische Ausdrucksweise antizipierend", von einem solchen in bezug auf jene Zeit sprechen kann — als etwas rein Akzessorisches auf. Denn was die landwirtschaftliche Produktionssphäre anlangt, so hängt es ganz und gar von den Umständen ab, ob der unmittelbare Produzent fähig sein wird, nach Abzug der Grundrente noch einen Überschuß über die unentbehrlichen Sub-

1) Theorien über den Mehrwert II₂ S. 150. 2) Kapital III₂ S. 323—336.

sistenzmittel, d. h. über „seinen von ihm selbst produzierten Arbeitslohn“ zu erzeugen. „Dem Begriff nach“ absorbiert hier die Grundrente den Profit, und, wo ein solcher in der Wirklichkeit doch in die Erscheinung tritt, wächst er „hinter dem Rücken der Grundrente“ auf und findet an ihrem Umfang seine natürliche Grenze.[1]) Der Profit aber, der sich in jener Zeit in dem relativ engen Kreise des städtischen Handels und der Manufaktur bildet, verdankt sein Dasein nicht zuletzt der von der Stadt „am flachen Lande geübten Prellerei, der Aneignung eines Teiles der Rente des Grundeigentümers und des Einkommens seiner Untersassen“. Für das Mittelalter gelte es als Regel, daß die Stadt das Land „durch ihre Monopolpreise, ihr Steuersystem, ihr Zunftwesen, ihren direkten kaufmännischen Betrug und ihren Wucher“ ökonomisch ausbeutet. Überhaupt erscheint für Marx der Profit in der vorkapitalistischen Zeit gleichsam als eine irreguläre Form des Mehrwerts, die in der Hauptsache auf Übervorteilung des Käufers durch den Verkäufer, auf Ausbeutung des Schuldners durch den Gläubiger beruht. Daher gibt es auch für jene Zeit, wo den beiden „antediluvianischen“ Formen des Kapitals, nämlich dem kaufmännischen Kapital und dem Zins- oder Wucherkapital[2]) gegenüber das in der materiellen Produktion angelegte Kapital ganz zurücktritt, keine feste Norm des Profits, keine Gesetze des Profits im wissenschaftlichen Sinne. Seine Höhe ist vielmehr vom Zufall abhängig.[3])

Dieses Verhältnis zwischen Grundrente und Profit kehrt sich gewissermaßen in sein Gegenteil um mit dem Aufkommen der kapitalistischen Produktionsweise und ihrem Eindringen auch in die Landwirtschaft. Der Profit wird jetzt die herrschende Form des Mehrwerts, und die Grundrente „sinkt herab“ zu einem an den Grundeigentümer wegzugebenden überschüssigen Teil des Mehrwerts, der in seiner Totalität von dem kapitalistischen Pächter aus den Landarbeitern durch direkte Exploitation extrahiert wird.

Solch eine Degradation der Grundrente bedeutet aber nach Marx keineswegs, daß sie jetzt, wie der Profit in der vorkapita-

1) Kapital III$_2$ S. 326, 330, 332, 334. 2) Kapital I, 3. Aufl. S. 140. Vgl. S. 120. 3) Vgl. Kautsky, Karl Marx' Ökonomische Lehren, 8. Aufl. 1903, S. 61—62.

listischen Zeit, gleichsam etwas Zufälliges, wissenschaftlich nicht genau zu Erfassendes darstellen würde. Im Gegenteil: in der modernen, kapitalistischen Form erweist sich die Grundrente für Marx erst recht als ein würdiges Objekt der theoretischen Untersuchung. Zunächst tritt es bei der kapitalistischen Grundrente nicht so deutlich wie bei der vorkapitalistischen zutage, daß sie auf Aneignung des Produkts unbezahlter fremder Arbeit beruht, und es erwächst daher dem Theoretiker die Aufgabe, dieses darzutun, d. h. die Grundrente unter den Begriff des Mehrwerts zu subsumieren. Sodann bedarf es der Erklärung, wieso es kommt, daß in einem Zustand, wo das Kapital die Funktion erfüllt, alle Mehrarbeit zu erzwingen und allen Mehrwert in erster Hand sich selbst anzueignen, das Grundeigentum es fertig bringt, dem Kapital einen Teil dieses Mehrwerts wieder zu entziehen.[1])

Dieser Fragestellung entspreche es, meint Marx, in keiner Weise, wenn einige neuere Autoren, z. B. Daire und Passy, in Anlehnung an die Physiokraten, die Existenz der Grundrente daraus herleiten, daß die agrikole Arbeit mehr Lebensmittel erzeuge, als der unmittelbare Produzent zum Leben braucht. Freilich bilde das die natürliche Grundlage aller Produktion von Mehrwert, aber eben darum habe der Hinweis auf die in diesem Sinne verstandene „Produktivität der agrikolen Arbeit" nur solange zur Erklärung der Grundrente dienen können, als diese mit dem Mehrwert schlechthin so gut wie identisch war. Nachdem aber die Grundrente sich längst zu einer besonderen Form und einem spezifischen Teil des Mehrwerts entwickelt hat[2]), sei es mit einem Zurückgreifen auf jene ursprünglichsten Vorstellungen von den Naturbedingungen der Mehrarbeit und des Mehrwerts nicht getan. Glaubt man damit „etwas Neues und Schlagendes über die Grundrente vorzubringen", so charakterisiere das nur den Standpunkt der Vulgärökonomie, welche „das, was in einer bestimmten überlebten Entwicklungsstufe neu, originell, tief und berechtigt war, zu einer Zeit wiederholt, wo es platt, abgestanden

---

1) Kapital III₂ S. 317. 2) Der schroffe Gegensatz, den Marx zwischen der vorkapitalistischen und der kapitalistischen Grundrente konstruiert, gilt ihm übrigens nur in der Theorie. Die historische Betrachtung dagegen führt ihn dazu, gewisse Übergangsformen zu konstatieren, unter denen er besonders die Grundrente beim System der Teilpacht hervorhebt. Kapital III₂ S. 336 ff.

und falsch ist. Sie bekennt damit, daß sie auch nicht einmal eine Ahnung über die Probleme besitzt, die die klassische Ökonomie beschäftigt haben". [1])

Unter den Klassikern ist es selbstverständlich in erster Linie Ricardo, bei dem Marx eine Grundrententheorie vorfindet, die der vorhin formulierten, speziell auf die Verhältnisse der kapitalistischen Wirtschaft Bezug nehmenden Problemstellung entspricht. In der Auffassung der Grundrente als einer besonderen Form des Mehrwerts, nämlich eines Überschusses über den Profit, weiß sich Marx mit Ricardo eins; er ist aber weit davon entfernt, dessen Rententheorie in allen Einzelheiten zu akzeptieren. Ja, es handelt sich bei den breit angelegten Ausführungen von Marx über die Grundrente in der Hauptsache um eine Polemik gegen Ricardo, die, sei es, wie in den „Theorien über Mehrwert", als solche sich gibt, sei es in einer mehr verdeckten Form, wie im „Kapital", dem Leser geboten wird.

Die wesentlichsten Einwände von Marx gegen Ricardo laufen darauf hinaus, daß er 1) die Existenz der „absoluten Grundrente" neben der Differentialrente übersehen, 2) zwischen den beiden Arten der Differentialrente, von denen die eine durch eine ungleiche Fruchtbarkeit der verschiedenen Grundstücke und die andre durch eine ungleiche Ergiebigkeit der sukzessiven Kapitalanlagen bedingt ist, nicht scharf genug unterschieden und 3) die Gesetze der Grundrente unter gewissen willkürlichen Einschränkungen (steigender Preis der Bodenprodukte, Ausdehnung der Kultur in der Richtung von besserem zu schlechterem Boden sinkender Bodenertrag), also unvollständig untersucht hätte.

Für die vorliegende Studie kommt eigentlich nur der erste von diesen drei Punkten in Betracht. Auf die beiden anderen soll nur soweit eingegangen werden, als es um des Zusammenhangs willen notwendig sein wird.

Nach Marx hat Ricardo der absoluten Grundrente deshalb nicht auf die Spur kommen können, weil er die beiden Begriffe „Wert" und „Produktionspreis" nicht auseinandergehalten hat. Es möge hier daran erinnert werden, daß bei dieser Unterscheidung sowohl Wert als Produktionspreis Geldäquivalente der

---

1) Kapital III₂ S. 319. Vgl. S. 179.

Ware bedeuten oder anders bestimmte Goldquanten, gegen die sich die Ware austauscht. Dabei liegt dem Wert die Annahme zugrunde, daß sich die Produkte (daher auch eine beliebige Ware gegen Gold) genau im Verhältnis zu den in ihnen verkörperten Arbeitsmengen austauschen, während der Produktionspreis sich auf der Grundlage einer allgemeinen, d. h. für alle Produktionssphären gleichmäßig geltenden Profitrate bildet. Eine Diskrepanz zwischen Wert und Produktionspreis ergibt sich als Folge davon, daß die lebendige und die vorgetane Arbeit nicht in gleichen Proportionen in jede Warengattung eingehen, oder anders ausgedrückt, daß die Kapitalien, welche in verschiedenen Produktionssphären angelegt sind, nicht in der gleichen Weise aus den beiden Bestandteilen, die Marx als variables und konstantes Kapital bezeichnet, zusammengesetzt sind. Nur bei Waren, zu deren Produktion Kapitalien von durchschnittlicher Zusammensetzung gehören, stimmt nach Marx der Produktionspreis mit dem Wert überein. Sonst übertreffe der Produktionspreis den Wert oder bleibe hinter diesem zurück, je nachdem das konstante Kapital im Vergleich zum Durchschnitt einen größeren oder einen kleineren Anteil an dem zur Produktion der betreffenden Ware dienenden Gesamtkapital hat, oder, wie sich Marx ausdrückt, je nachdem die organische Zusammensetzung dieses Kapitals eine relativ hohe oder eine relativ niedrige ist.[1]) Für den Markt sind aber nicht die Werte, sondern die Produktionspreise maßgebend, und so kann man sagen, daß die Austauschverhältnisse, welche

1) Ich habe in meiner Abhandlung „Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System“ (2. Artikel, Archiv f. Sozialwiss. u. Sozialpol. Bd. 25 S. 39—42, vgl. S. 18—22) bewiesen, daß es von Marx irrig ist, das quantitative Verhalten des Produktionspreises zum Wert einer Ware davon abhängig zu machen, ob die organische Zusammensetzung des Kapitals in der in Frage stehenden Produktionssphäre nach dieser oder jener Richtung von der für alle Produktionssphären zusammengenommen sich ergebenden durchschnittlichen Zusammensetzung abweicht. Entscheidend sind vielmehr die Abweichungen von der Zusammensetzung desjenigen Kapitals, das in der Produktion des als Wert- und Preismaßstab dienenden Gutes angelegt ist. Jetzt will ich aber von diesem Irrtum absehen, weil er dadurch behoben werden kann, daß man sich — was für die Zwecke dieser Studie gestattet ist — das als Wert- und Preismaßstab dienende Gut als ein solches denkt, zu dessen Produktion ein Kapital von mittlerer organischer Zusammensetzung angewandt wird.

Ware bedeuten oder anders bestimmte Goldquanten, gegen die sich die Ware austauscht. Dabei liegt dem Wert die Annahme zugrunde, daß sich die Produkte (daher auch eine beliebige Ware gegen Gold) genau im Verhältnis zu den in ihnen verkörperten Arbeitsmengen austauschen, während der Produktionspreis sich auf der Grundlage einer allgemeinen, d. h. für alle Produktionssphären gleichmäßig geltenden Profitrate bildet. Eine Diskrepanz zwischen Wert und Produktionspreis ergibt sich als Folge davon, daß die lebendige und die vorgetane Arbeit nicht in gleichen Proportionen in jede Warengattung eingehen, oder anders ausgedrückt, daß die Kapitalien, welche in verschiedenen Produktionssphären angelegt sind, nicht in der gleichen Weise aus den beiden Bestandteilen, die MARX als variables und konstantes Kapital bezeichnet, zusammengesetzt sind. Nur bei Waren, zu deren Produktion Kapitalien von durchschnittlicher Zusammensetzung gehören, stimmt nach MARX der Produktionspreis mit dem Wert überein. Sonst übertreffe der Produktionspreis den Wert oder bleibe hinter diesem zurück, je nachdem das konstante Kapital im Vergleich zum Durchschnitt einen größeren oder einen kleineren Anteil an dem zur Produktion der betreffenden Ware dienenden Gesamtkapital hat, oder, wie sich MARX ausdrückt, je nachdem die organische Zusammensetzung dieses Kapitals eine relativ hohe oder eine relativ niedrige ist.[1]) Für den Markt sind aber nicht die Werte, sondern die Produktionspreise maßgebend, und so kann man sagen, daß die Austauschverhältnisse, welche

1) Ich habe in meiner Abhandlung „Wertrechnung und Preisrechnung im MARXschen System“ (2. Artikel, Archiv f. Sozialwiss. u. Sozialpol. Bd. 25 S. 39—42, vgl. S. 18—22) bewiesen, daß es von MARX irrig ist, das quantitative Verhalten des Produktionspreises zum Wert einer Ware davon abhängig zu machen, ob die organische Zusammensetzung des Kapitals in der in Frage stehenden Produktionssphäre nach dieser oder jener Richtung von der für alle Produktionssphären zusammengenommen sich ergebenden durchschnittlichen Zusammensetzung abweicht. Entscheidend sind vielmehr die Abweichungen von der Zusammensetzung desjenigen Kapitals, das in der Produktion des als Wert- und Preismaßstab dienenden Gutes angelegt ist. Jetzt will ich aber von diesem Irrtum absehen, weil er dadurch behoben werden kann, daß man sich — was für die Zwecke dieser Studie gestattet ist — das als Wert- und Preismaßstab dienende Gut als ein solches denkt, zu dessen Produktion ein Kapital von mittlerer organischer Zusammensetzung angewandt wird.

dem ursprünglichen Wertgesetz entsprechen, nicht unmittelbar in die Erscheinung treten, sondern daß vorerst eine Art „Preisregulierung" stattfindet, wodurch eine Neuverteilung des Mehrwerts unter die Kapitalisten erreicht wird und zwar auf der Grundlage einer gleichen Profitrate.

Gesetzt nun, es stehen sich zwei große Produktionssphären, die agrikole und die industrielle, gegenüber, in denen die organische Zusammensetzung des Kapitals eine verschiedene ist, so könnte die in Frage stehende Umwandlung der Werte in Produktionspreise durch folgendes Zahlenbeispiel illustriert werden. [1])

Produktionssphäre	C	c	v	m	W	P	P—W
Agrikole	100	60	40	20	120	115	—5
Industrielle	100	80	20	10	110	115	+5

Diese Zahlen können z. B. als Millionen Pfund Sterling gedacht werden. Dabei bedeutet C das gesamte in der Produktion angelegte, c das konstante und v das variable Kapital, m den Mehrwert, W den Wert und P den Produktionspreis des Jahresproduktes. Es ist, wie man sieht, angenommen, daß das konstante Kapital in seinem ganzen Umfang in den Wert des Produkts eingeht, oder m. a. W., daß die Umschlagsperiode für dieses Kapital wie auch für das variable Kapital, in den beiden Produktionssphären 1 Jahr beträgt. [2]) Die Rate des Mehrwerts, als Verhältnis

1) Dieses Beispiel findet sich bei Marx, Theorien über den Mehrwert, II_2 S. 65—66 u. 100 ff. 2) Dort, wo Marx die Frage der Verwandlung der Werte in Produktionspreise ex professo behandelt (Kapital III_1 S. 132—151), sind seine Darlegungen von dieser einschränkenden Annahme frei. Es wird vielmehr a. a. O. damit gerechnet, daß von dem konstanten Kapital jeweils nur eine bestimmte Quote im Wert des Prudukts wiedererscheint. Dadurch wird der Sachverhalt etwas verwickelter, und man tut gut daran, hier, wo die Frage der Umwandlung der Werte in Produktionspreise nur insofern berührt wird, als sie für die Theorie der Grundrente in Betracht kommt, von dieser Komplikation abzusehen. Es wird in der vorliegenden Studie, weil es für den Gegenstand derselben als nebensächlich erscheint, auch nicht weiter untersucht, ob Marx in korrekter Weise die Produktionspreise auf der Grundlage gegebener Warenwerte „berechnet". Solch eine Untersuchung findet sich in meiner vorhin erwähnten Artikelserie im Archiv f. Sozialw. und Sozialpol. und in einem Aufsatz zu demselben Thema in Conrads Jahrbüchern, 3. F. Bd. 34 (1907) S. 319 ff. Es wird dort in der in Frage stehenden Marxschen

des Mehrwerts zum vorgeschossenen variablen Kapital, stellt sich hier auf 50 Proz. Die Profitrate, als Verhältnis des Mehrwerts zum ganzen vorgeschossenen Kapital, würde, wenn die Waren zu ihren Werten verkauft würden, 20 Proz. in der agrikolen und 10 Proz. in der industriellen Produktionssphäre ausmachen. Soll aber eine Ausgleichung der Profitraten stattfinden, so geschieht das in der Weise, daß der gesamte Mehrwert (20 + 10 = 30) auf das in den beiden Produktionssphären zusammen vorgeschossene Kapital (100 + 100 = 200) bezogen wird, wodurch sich eine „Durchschnittsprofitrate" von 15 Proz. ergibt, und daß diesem Satz gemäß in jeder der beiden Produktionssphären ein Aufschlag von 15 auf die Produktionskosten, die hier mit dem ganzen vorgeschossenen Kapital identisch sind, gemacht wird. So ergibt sich ein Produktionspreis von je 115, der in der agri-

Konstruktion ein fundamentaler Fehler mathematischer Natur aufgedeckt, und es werden auf diesen Fehler gewisse schwerwiegende Irrtümer von MARX, welche die Gesetze des Profits betreffen, zurückgeführt. Ich habe zugleich durch Richtigstellung der MARXschen Ableitung sowie dadurch, daß ich seinem Schema ein anderes von dem russischen Nationalökonomen W. K. DMITRIEFF herrührendes und von mir den Zwecken der MARX-Kritik adaptiertes entgegengesetzte, dargetan, daß jene Irrtümer keineswegs eine unvermeidliche Konsequenz der MARXschen Auffassung vom Wert und von der Mehrarbeit als Quelle des Profits seien. Ich verwerfe daher auch nicht in Bausch und Bogen die MARXsche Profittheorie und unterscheide mich dadurch von der großen Mehrzahl der MARX-Kritiker, darunter auch von M. TUGAN-BARANOWSKY. So hatte ich auch, unter ausdrücklicher Anerkennung dessen, was in seiner MARX-Kritik brauchbar ist, gegen die von ihm vertretene Auffassung, daß „die gesamte Profittheorie von MARX in Trümmern zusammenfällt", und daß die Höhe der Profitrate durch ein Anwachsen des konstanten auf Kosten des variablen Kapitals nicht bedroht sei, entschieden Stellung genommen (Archiv Bd. 23, S. 48—50 und CONRADS Jahrb. Bd. 34, S. 334—335). Von seiner Seite ist bisher keine Antwort auf diese Kritiken erfolgt. Er zieht es vielmehr vor, die Sache so darzustellen, als ob ich in den zitierten Abhandlungen nur „versucht" hätte, seine „Methode der Umrechnung der Preise im Werte weiter zu entwickeln und sie mathematisch zu begründen" (Neue Zeit, 26. Jahrg. Bd. I, S. 642. Vgl. Grundlagen der politischen Ökonomie, russisch, St. Petersburg 1909, S. 660). Wie wenig TUGAN-BARANOWSKY mit dieser Charakterisierung des Inhalts und des Zweckes meiner Arbeiten über MARX den wirklichen Sachverhalt getroffen hat, das wird jedem, der dieselben gelesen hat, einleuchten, wenn er sich nur die Mühe gibt, das 7. Kapitel der Schrift TUGAN-BARANOWSKYS „Theoretische Grundlagen des Marxismus", Leipzig 1905, durchzusehen.

kolen Produktionssphäre um 5 unter dem Wert und in der industriellen um ebensoviel über dem Wert steht. Dies der Sinn obiger Tabelle.

Ihre Zahlen sind willkürlich und sollen im Sinne von Marx zur Charakterisierung der Eigenart der agrikolen im Vergleich zur industriellen Produktion nur insofern dienen, als erstere, wie in der Tabelle, so in der Wirklichkeit eine niedrigere organische Zusammensetzung des Kapitals als letztere aufweist. Das sei eine typische Erscheinung und rühre davon her, daß „in Ländern entwickelter Produktion die Agrikultur nicht in demselben Grade fortgeschritten ist, wie die verarbeitende Industrie". „Solche Tatsache", meint Marx weiter, „würde, von allen anderen und zum Teil entscheidenden ökonomischen Umständen abgesehen, sich schon aus der früheren und rascheren Entwicklung der mechanischen Wissenschaften und namentlich ihrer Anwendung, verglichen mit der späteren und zum Teil ganz jungen Entwicklung der Chemie, Geologie und Physiologie, und namentlich wieder ihrer Anwendung auf die Agrikultur erklären. Übrigens ist es eine unzweifelhafte und längst bekannte Tatsache, daß die Fortschritte der Agrikultur selbst sich stetig im relativen Wachsen des konstanten Kapitalteiles gegen den variablen ausdrücken." Marx betrachtet überhaupt jede Verschiebung in der organischen Zusammensetzung des Kapitals zugunsten des konstanten Kapitalteiles als ein Zeichen erhöhter Produktivität der Arbeit. Ist daher das Kapital in einer bestimmten Produktionssphäre niedriger zusammengesetzt als das gesellschaftliche Durchschnittskapital, so sei es nur ein anderer Ausdruck dafür, daß die Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit in dieser besonderen Produktionssphäre unter dem Durchschnittsniveau steht.[1])

Es würde zu weit führen, wollte man diesen Marxschen Maßstab der Produktivität der Arbeit auf seine Stichhaltigkeit hin näher untersuchen. Nur soviel sei hierzu bemerkt, daß dieser Maßstab, rein formell betrachtet, nur dann überhaupt anwendbar ist, wenn jeweils die Anteile des konstanten und variablen Kapitals an dem Gesamtkapital ihrem Werte nach bestimmt werden. Aber Marx sieht selbst ein, daß die Beurteilung des Grades der

1) Kapital III_2 S. 292—293. Vgl. III_1 S. 32 und 196; vgl. auch Theorien über den Mehrwert II_1 S. 171—174.

Produktivität der Arbeit an der Wertzusammensetzung des Kapitals zu den größten Ungereimtheiten führen würde [1]), und er empfiehlt daher, nicht auf den Wert der beiden Kapitalteile, sondern bei dem variablen Kapital auf die Masse Arbeit, die es in Bewegung setzt, und bei dem konstanten Kapital auf die Masse Rohstoff, Maschinerie usw., die es repräsentiert, zu sehen, oder anders den in Frage stehenden Vergleichen die „technische Zusammensetzung des Kapitals“ zugrunde zu legen. [2]) Daß dies kein Ausweg ist, insbesondere dort, wo verschiedene Produktionssphären einander gegenübergestellt werden, ist klar. Denn es fehlt hier für die konstanten Kapitalteile, wenn sie nicht aus den gleichen Produktionsmitteln bestehen, an einer gemeinsamen Maßeinheit.

Demnach läßt sich mit der Marxschen Behauptung, daß in der Landwirtschaft die Produktivität der Arbeit auf einem tieferen Niveau als in der Industrie steht [3]), überhaupt kein präziser Sinn verbinden. Man tut also am besten, in diesem Fall die Frage der Produktivität der Arbeit ganz auszuschalten. Dann verbleibt der an sich ganz klare Gedanke, daß die technische Rückständigkeit der Landwirtschaft die Ursache der relativ niedrigen Wertzusammensetzung des agrikolen Kapitals sei. Bis zu welchem Grade dieser Gedanke richtig ist, darauf braucht hier nicht weiter eingegangen zu werden.

Charakteristisch ist es aber für Marx, daß er die in Frage stehende Eigenschaft des agrikolen Kapitals historisch zu erklären sucht und sie nicht aus dem Wesen der landwirtschaftlichen Produktion als solcher herleitet. Dadurch stellt er sich in einen direkten

---

1) Wie wenig produktiv würde vom Standpunkt der Wertzusammensetzung aus die Arbeit des Eisenschmiedes im Vergleich zu derjenigen des Goldschmiedes erscheinen! 2) Theorien über den Mehrwert II_1 S. 242—243 und Kapital III_2 S. 299—300. Für die Unausgeglichenheit der Terminologie im 3. Band des „Kapital“ ist es bezeichnend, daß es hier heißt: „Kapitale gleicher organischer Zusammensetzung können eine verschiedene Wertzusammensetzung haben“, während III_1 S. 124 zu lesen ist: „Die Wertzusammensetzung des Kapitals, insofern sie durch seine technische Zusammensetzung bestimmt wird und diese widerspiegelt, nennen wir die organische Zusammensetzung des Kapitals“. Ähnlich Kapital I 3. Aufl., S. 628. 3) Theorien über den Mehrwert II_2 S. 65. Vgl. S. 68, wo von einer „relativ größeren Unproduktivität der Agrikultur“ die Rede ist.

Gegensatz zu RODBERTUS, der ja ebenfalls, marxistisch gesprochen, eine relativ niedrige organische Zusammensetzung des agrikolen Kapitals als gegeben annimmt, aber dieselbe durch den Umstand bedingt sein läßt, daß es in der Landwirtschaft an einem „Materialwert“ fehle.[1]

Möge auch, wendet dagegen MARX ein, der deutsche Bauer, wie RODBERTUS versichert, Samen, Futter usw. sich selbst nicht als Auslage in die Rechnung stellen, so sei damit nur bewiesen, daß der Bauer „falsch rechnet“.[2] Es sei „von dem eigentlichen Ackerbau lächerlich zu sagen, daß kein Rohstoff, und zwar Rohstoff als Ware in ihn eingeht, sei es nun, daß er ihn selbst reproduziert, oder als Ware einkauft, von außen bezieht“.[3] Je mehr sich die Agrikultur entwickelt, um so mehr kaufe sie Produkte, die sie als Produktionsmittel verwendet. Aber auch, wo die letzteren durch Eigenproduktion gewonnen werden, betrachtet sie der Landwirt, „sobald er überhaupt vom Verkauf seines Produkts abhängig wird“, als Auslage, die wie jede andere Auslage auf einen Geldausdruck gebracht wird. Wer, wie RODBERTUS, anders kalkuliert, sei eben in „deutschen Bauernvorstellungen“ befangen. Ja, was speziell das Saatkorn anlangt, welches als Produktionsmittel in erster Linie in Betracht kommt, so müßte es, meint MARX, „sogar in dem Kopfe des Bauern sonderbar zugehen, der das Quarter Weizen, das er verkauft, als Einnahme, das Quarter Weizen, das er dem Boden anvertraut, nicht als ‚Auslage‘ berechnete“. „Übrigens soll Herr RODBERTUS die ‚Produktion‘, z. B. von Flachs oder Seide irgendwo ohne ‚Produkte einer vorangehenden Produktion‘ überhaupt ‚beginnen‘. Es ist dieses reiner Blödsinn.“[4]

Den RODBERTUSschen Versuch, das Rohmaterial aus der Kostenrechnung des Landwirts „herauszubugsieren“[5], bezeichnet MARX gelegentlich ganz allgemein als „Blödsinn“[6] oder „Kohl“[7] und nennt den Unterschied, den RODBERTUS hinsichtlich des „Materialwertes“ zwischen Landwirtschaft und Industrie statuiert,

1) S. meinen ersten Artikel S. 3—7. 2) Theorien über den Mehrwert II_1, S. 208—209. 3) Ebenda S. 180. Vgl. Kapital III_2 S. 321. 4) Theorien II_1, S. 218. 5) S. 217. 6) S. 257. 7) S. 240. MARX verweist darauf, daß schon QUESNAY und ADAM SMITH gewußt hätten, es gebe sehr wohl einen Materialwert auch in der Landwirtschaft. Theorien II_1 S. 209, II_2 S. 124.

„imaginär“.[1]) Mit der „Entdeckung über das Fehlen des Materialwertes in der Agrikultur“[2]) sei es also, wo die relativ niedrige organische Zusammensetzung des agrikolen Kapitals in Frage steht, nicht getan.[3]) So kann es denn auch nach MARX deduktiv überhaupt nicht bewiesen werden, daß in einem bestimmten Land kapitalistischer Produktion, z. B. in England, die Zusammensetzung des in der Landwirtschaft angelegten Kapitals niedriger als die des gesellschaftlichen Durchschnittskapitals sei. Das wäre nur statistisch zu entscheiden.[4]) MARX gibt ausdrücklich die Möglichkeit zu, daß das Agrikulturkapital im Laufe der Zeit mit dem technischen Fortschritt dieselbe Höhe der Wertzusammensetzung erreicht, wie das industrielle Kapital. Es liege da zwischen Landwirtschaft und Industrie „ein historischer Unterschied“ vor, „der verschwinden kann“.[5]) Dementsprechend will auch

1) Theorien II_1 S. 226. 2) S. 234. 3) In diesem Punkt berührt sich MARX als Kritiker der RODBERTUSschen Grundrententheorie mit LEXIS. S. 1. Artikel S. 6. Auch der von ZUNS erhobene und von mir ergänzte Einwand gegen diese Theorie, der das stehende Kapital betrifft (ebenda S. 3—5), findet sich schon bei MARX. Theorien II_1 S. 241, 244—245 u. 257—258. 4) Kapital III_2 S. 293; Theorien II_1 S. 221—222 und II_2 S. 68. Im übrigen könne das nur für den Ackerbau, nicht aber für jeden Zweig der Urproduktion gelten, vor allem nicht für die Viehzucht. Kapital III_2 S. 300—301; Theorien II_2 S. 65—66; II_1 S. 228. Vgl. Kapital II S. 227 ff. Im Bergbau fällt das Rohmaterial als ein Element des konstanten Kapitals ganz weg, dafür aber spiele hier der andere Teil des konstanten Kapitals, das fixe Kapital, eine bedeutende Rolle. Kapital III_2 S. 292; Theorien II_1 S. 223. Vgl. Kapital II S. 174—175. 5) Theorien über den Mehrwert II_2 S. 175, 177 und II_1 S. 259 und 275. Daß die Ansichten von MARX und RODBERTUS in dieser Beziehung sehr verschieden sind, scheint E. HAMMACHER entgangen zu sein. Er sagt: „Die höhere Profitrate der Agrikultur existiert nicht. MARX leitet sie daraus ab, hier sei die Zusammensetzung des Kapitals niedriger, daher sei hier infolge des größeren variablen Kapitalteils die Produktivität größer“ (Das philosophisch-ökonomische System des Marxismus, Leipzig 1909, S. 578). In Wirklichkeit ist aber für MARX, wie im Text gezeigt worden ist, eine relativ niedrige organische Zusammensetzung des Kapitals gleichbedeutend nicht mit relativ hoher, sondern mit relativ niedriger Produktivität. Alsdann verweist HAMMACHER auf die RODBERTUSsche These von dem „fehlenden Materialwert“ in der Landwirtschaft und bemerkt, daß es sich bei MARX um denselben Punkt dreht. Das trifft notorisch nicht zu. Aber wo es auf etwas feinere Distinktionen ankommt, versagt dieser neueste MARX-Kritiker aus dem philosophischen Lager auch sonst. So führt er z. B. mir gegenüber aus, es sei „nicht wahr, daß die Theorie, welche Kapital- und Grundrente

Marx für seine Lehre von der absoluten Grundrente, welche sich, wie noch gezeigt werden soll, auf die Annahme einer relativ niedrigen Wertzusammensetzung des agrikolen Kapitals gründet, keine allgemeine Gültigkeit vindizieren. Wo diese Annahme oder „Hypothese", wie er sie nennt, wegfällt, falle auch die absolute Grundrente weg.[1])

Wie läßt sich nun aus dieser Hypothese die Existenz einer absoluten Grundrente, d. h. einer „Rente, die daraus entspringt, daß das Kapital in der Agrikultur statt in der Industrie angelegt ist, und die ganz unabhängig ist von der Differentialrente oder den Überprofiten, die das auf besserem Boden angelegte Kapital liefert"[2]), deduzieren?

Sehr einfach, wenn man berechtigt wäre, das ursprüngliche Wertgesetz, d. h. das Gesetz, demzufolge sich die Güter genau nach Maßgabe der in ihnen verkörperten Arbeitsmengen gegeneinander austauschen, der Deduktion zugrunde zu legen. Dann würde in obigem Zahlenbeispiel der Profit bei gleicher Größe des vorgeschossenen Kapitals in der agrikolen Produktion 20 und in der industriellen bloß 10, oder bei jener 20 Proz., bei dieser 10 Proz. betragen. Es erschiene als eine aus der relativ niedrigen Zusammensetzung des

als einen Abzug vom Arbeitsertrage ansieht, der Produktivitätstheorie widerspricht, da doch die Möglichkeit des Abzugs in der dem Eigentümer zugute kommenden erhöhten Produktivität der lebendigen Arbeit begründet liegt" (S. 583, vgl. S. 584). Als ob es einem Gegner der „Produktivitätstheorie" in dem spezifischen Sinn, den man diesem Terminus in der Systematik der Profittheorien beilegt, jemals eingefallen wäre, die Tatsache zu bestreiten, daß durch die Mitwirkung des Kapitals (als rein ökonomische Kategorie aufgefaßt) die Produktivität der Arbeit erhöht würde! In diesem Zusammenhang wendet sich Hammacher auch noch gegen meine Begründung und Verteidigung der These Ricardos, daß die Höhe der Profitrate unabhängig davon ist, wie sich die Produktionsverhältnisse bei denjenigen Waren gestalten, welche in den Arbeitslohn nicht eingehen. Diese These soll „noch etwas nach dem ehernen Lohngesetz schmecken" (S. 584). Das kann ich nicht einsehen. Es ist doch zweierlei, ob man die Konstanz des Reallohns in der Zeit behauptet, oder aber ob man, wie ich es bei jener Begründung der in Frage stehenden These getan habe, den Reallohn für eine gegebene Zeit einem Komplex gegebener Quanten bestimmter Waren gleichsetzt. Die polemische Bemerkung gegen mich auf S. 538—539 wäre wohl fortgefallen, wenn Hammacher die Fußnote 92 in meinem Artikel (Archiv, Bd. 23, S. 32) beachtet hätte. 1) Kapital III₂ S. 293. 2) Theorien über den Mehrwert II₁ S. 12.

agrikolen Kapitals notwendig sich ergebende Eigentümlichkeit der Agrikultur, daß sie einen verhältnismäßig höheren Gewinn als die Industrie abwirft. Dieser überschüssige Profit, der in unserem Beispiel gleich 10 bzw. 10 Proz. ist, wäre eben als absolute Grundrente anzusprechen. Wäre das agrikole Kapital nicht gleich 100, sondern gleich 150, und das industrielle nach wie vor gleich 100, so würde sich die Rechnung für die agrikole Produktionssphäre wie folgt stellen: konstantes Kapital 90, variables Kapital 60, Mehrwert 30, Wert des Produktes 180, Profit, berechnet auf der Grundlage der industriellen Profitrate, 15, daher Grundrente 15 oder wieder 10 Proz. des vorgeschossenen Kapitals. Die absolute Grundrente wäre demnach nichts anderes als ein besonderer Name für den Überschuß des Profits, der in der landwirtschaftlichen Produktion erzielt wird, über den Profit, der unter Zugrundelegung der für die Industrie maßgebenden Profitrate und entsprechend der Größe des agrikolen Kapitals diesem anzurechnen wäre.

Auf diese Weise hat Rodbertus die absolute Grundrente abzuleiten versucht. Marx wendet dagegen ein, daß es nicht statthaft sei, ohne weiteres die Herrschaft des ursprünglichen Wertgesetzes vorauszusetzen oder, wie er sich ausdrückt, anzunehmen, daß die Waren zu ihren „Werten" verkauft würden. Solange letzteres stattfindet, eignet sich jeder Kapitalist so viel Mehrwert an, als die von ihm beschäftigten Arbeiter erzeugen, und das hätte zur Folge, daß für die verschiedenen Produktionszweige, je nach der organischen Zusammensetzung der darin angelegten Kapitalien, ein bald größeres, bald kleineres Verhältnis des realisierten Mehrwerts zu dem gesamten in jedem Produktionszweig vorgeschossenen Kapital herauskommt. Dies widerspreche aber der Tendenz der Kapitalprofite, sich auszugleichen, und werde dadurch behoben, daß sich die Werte in Produktionspreise verwandeln und sich in Zusammenhang damit eine allgemeine Profitrate bildet.

Rodbertus hätte diesen Sachverhalt gar nicht begriffen. „Die Art", führt Marx aus, „wie sich ein ‚Kapitalgewinnsatz' (Profitrate) ergibt, entwickelt Herr Rodbertus bloß daraus, daß man jetzt am Gelde einen Maßstab des Gewinns hat, um das Verhältnis des Gewinns zum Kapital auszudrücken, womit ‚ein Richtmaß zur Gleichstellung der Kapitalgewinne abgegeben ist'. Er hat keine Ahnung davon, wie diese Gleichheit des Profits der Gleichheit der Rente

mit unbezahlter Arbeit in jedem Produktionszweig widerspricht, daß Werte der Waren und Produktionspreise daher auseinanderfallen müssen.[1]" Rodbertus wisse nicht, heißt es an einer anderen Stelle bei Marx, „was allgemeine Profitrate und Produktionspreis ist". Sonst könnte er nicht gleichzeitig voraussetzen, daß eine allgemeine Profitrate vorhanden ist, und daß die Waren sich zu ihren Werten, statt zu ihren Produktionspreisen, austauschen.[2] Die Annahme, daß die Austauschverhältnisse durch die Werte geregelt werden, hätte Rodbertus dazu führen müssen, nicht nur zwischen Landwirtschaft und Industrie, sondern ebensogut zwischen irgend welchen zwei besonderen Zweigen der Industrie mit verschiedener Kapitalzusammensetzung einen Unterschied in den Profitraten zu finden.[3]

1) Theorien über den Mehrwert II₁, S. 214. Die Worte „der Gleichheit der Rente mit" in dem angeführten Passus ersetzt Kautsky durch „der Ungleichheit der Rate". Diese Korrektur ist entschieden falsch. Marx gebraucht hier das Wort Rente im Anschluß an die Rodbertussche Terminologie im Sinne von Mehrwert, und an der Wendung „Gleicheit des Mehrwerts mit unbezahlter Arbeit" braucht man keinen Anstoß zu nehmen. Korrekter wäre es allerdings, von Proportionalität zwischen Mehrwert und unbezahlter Arbeit zu sprechen. Aber Marx drückt sich oft in ähnlicher Weise aus (vgl. z. B. Theorien II₁ S. 188—189, 219). Es entspricht durchaus dem Marxschen Standpunkt, daß die Gleichheit des Profits (genauer der Profitrate) der Proportionalität zwischen Mehrwert und unbezahlter Arbeit in jedem Produktionszweig widerspricht. Besteht doch die Herstellung einer Profitrate in einer Neuverteilung des Mehrwerts. Wenn aber Kautsky Marx sagen läßt, die Gleichheit des Profits widerspreche der Ungleichheit (sic!) der Rate unbezahlter Arbeit, so imputiert er ihm das Gegenteil von dem, was er, Marx, an dieser Stelle hat zum Ausdruck bringen wollen. Wenn nämlich der in jedem Produktionszweig erzeugte Mehrwert den darin tätigen Kapitalisten zufällt, und wenn zugleich ihre Kapitalien eine verschiedene organische Zusammensetzung aufweisen, wäre es nach Marx nicht die Ungleichheit, sondern die Gleichheit der Rate unbezahlter Arbeit (Mehrwertrate), die sich mit der Gleichheit der Profitrate nicht verträgt. Es hat damit nichts zu tun, wenn Marx im weiteren Verlaufe seiner kritischen Ausführungen darauf zu sprechen kommt, daß die Mehrwertrate nicht die gleiche in verschiedenen Produktionszweigen zu sein braucht. Daraus folgert er, daß es falsch sei von Rodbertus anzunehmen, das Industrieprodukt und das Agrikulturprodukt müßten, wenn sie sich nach ihren Werten austauschen, ihren Besitzern Mehrwerte abwerfen, die sich so wie diese Werte verhalten. Theorien II₁ S. 215—216 und 219; vgl. S. 250. Dieser Einwand gegen Rodbertus dürfte ungerechtfertigt sein, weil seine ganze Darstellung kaum einen Zweifel darüber läßt, daß er bei Ableitung der Grundrente eine gleiche Mehrwertrate in allen Produktionszweigen von vornherein postuliert.

2) Theorien über den Mehrwert II₁ S. 228 u. 220. 3) S. 226.

Diese Angriffe auf Rodbertus stimmen inhaltlich mit dem überein, was Zuns, Schippel u. a. gegen ihn vorbringen, als sie ihm vorwerfen, daß er den Tauschwert der Güter durch die Kostenarbeit bestimmt sein läßt, ohne dem Gesetz der Gewinnausgleichung Rechnung zu tragen.[1] Nur daß Marx seine Kritik in das Gewand einer ungewöhnlichen Terminologie kleidet.[2] Aber auch noch in folgendem begegnet sich Marx in seinem Verhältnis zur Rodbertusschen Grundrententheorie mit jener Autorengruppe: trotz der viel größeren Ausführlichkeit seiner polemischen Darlegungen ist er ebenso wenig wie jene Autoren darauf eingegangen, daß Rodbertus selbst sich des Widerspruchs bewußt war, in den er durch seine Ableitung der Grundrente zu dem Gesetz der Gewinnausgleichung geriet.[3] Darum bleibt auch die Marxsche Kritik der Rodbertusschen Grundrententheorie unvollständig, obschon ihm das Verdienst gebührt, ganz selbständig alle wesentlichen Fehler dieser Theorie aufgedeckt zu haben[4], während z. B. Lassalle in dieser Beziehung völlig versagt hat.[5]

---

1) Erster Artikel S. 7—10. 2) Gerade als kritische Waffe wirkt diese rein persönliche Terminologie eigenartig. Marx bezeichnet es z. B. als „Blödsinn", daß Rodbertus „die Produktionspreise der Waren mit ihren Werten verwechselt". Wo gibt es aber einen Theoretiker außer dem engen Kreise der orthodoxen Marxisten, der die Unterscheidung zwischen „Wert" und „Produktionspreis" akzeptiert hätte? Nach Marx soll nicht zuletzt gerade das „unverstandene Verhältnis zwischen Wert uud Produktionspreis" die Auflösung der Ricardo'schen Schule herbeigeführt haben. Theorien über den Mehrwert III S. 280. 3) Erster Artikel S. 10 ff. Es sei hier nachträglich noch von Böhm-Bawerk genannt, bei dem die Meinung, daß es genüge, auf den Widerspruch der Rodbertusschen Grundrententheorie mit dem Gesetz der Gewinnausgleichung hinzuweisen, um diese Theorie zu widerlegen, besonders kraß zum Ausdruck kommt. Er sagt in bezug auf diesen Widerspruch: „Die ganze Erklärung der Grundrente, die bei Rodbertus so innig mit der Erklärung des Kapitalzinses verbunden ist, beruht auf einer Inkonsequenz, die so auffällig ist, daß sie dem Autor nur durch eine fast unbegreifliche Unachtsamkeit (!) verborgen bleiben konnte." Kapital und Kapitalzins I, 1884, S. 413. 4) Der Zunssche Einwand, betreffend die Geschwindigkeit der Kapitalzirkulation (1. Artikel S. 5—6), wird von Marx wenigstens angedeutet. Siehe Theorien II₁ S. 216 und 223, wo auf „andere" (als die organische Zusammensetzung des Kapitals) „mit der Zirkulation und dem Produktionsprozeß zusammenhängende Umstände" und auf „die durch die Zirkulation hervorgebrachten Modifikationen" hingewiesen wird. Vgl. Kapital II S. 225 ff. 5) Erster Artikel S. 38—39.

Indessen bedeutet für Marx die Ablehnung der Rodbertusschen Grundrententheorie keineswegs dasselbe, wie für die vorhin genannten Theoretiker. Diese halten sich ohne weiteres für berechtigt, wo es sich um den Austausch des Agrikulturproduktes gegen das Industrieprodukt handelt, das ursprüngliche Wertgesetz dem Gesetz der gleichen Profitrate zu opfern, und bringen auf diese Weise die absolute Grundrente zum Verschwinden. Marxistisch gesprochen, bedeutet das die Substituierung der Produktionspreise an Stelle der Werte mit dem Erfolg, daß die Profitrate in der Landwirtschaft mit der industriellen Profitrate zusammenfällt.[1] So findet die These Ricardos, daß Grundrente immer Differentialrente sei, ihre Bestätigung. Von Ricardo sagt zwar Marx nicht, daß er das Gesetz, wonach sich die Waren nach Maßgabe der in ihnen enthaltenen Arbeitsmengen austauschen, preisgegeben hätte. Aber er hätte, ähnlich wie Rodbertus, Wert und Produktionspreis für identisch gehalten und wäre dadurch zu der falschen Ansicht gekommen, daß die Grundrente nur als Differentialrente existieren kann. „Der ganze Irrtum rührt hier aus der Verwechselung von Produktionspreis und Wert [her]."[2]

Ricardo gegenüber ist der Vorwurf einer Verwechslung von Wert und Produktionspreis sachlich völlig unbegründet, da er über die Abweichungen vom ursprünglichen Wertgesetz, die durch das Gesetz der Gewinnausgleichung bedingt sind, durchaus im klaren war.[3] Etwas anderes wäre es, wenn es, marxistisch gesprochen, heißen würde, Ricardo hätte ungerechtfertigterweise die gleiche Profitrate in der agrikolen wie in der industriellen Produktion angenommen oder hätte m. a. W. vorausgesetzt, daß die Bodenprodukte sich zu ihren Produktionspreisen verkaufen, und wäre von hier aus, allerdings konsequent, zur Leugnung der absoluten Grundrente gelangt. Erst auf diese Form gebracht, wird die Polemik von Marx gegen die von Ricardo und der Mehrzahl der nationalökonomischen Theoretiker vertretene Ansicht, daß die Grundrente immer Differentialrente sei, diskutabel. Gleichzeitig mit der Bekämpfung dieser Ansicht entwickelt Marx seine positive Auffassung von der absoluten Grundrente.

---

1) Vgl. oben S. 396—398 die Ausführungen im Anschluß an die Tabelle.
2) Theorien II_2 S. 16; vgl. S. 4 und 12. 3) Ich suche das in meinem Aufsatz „Wertrechnung usw." (2. Art., Arch. f. Sozialw. und Sozialpol. Bd. 25, S. 43—47) nachzuweisen. Vgl. auch dieses Archiv. 1. Heft S. 13—23.

Ihm zufolge besteht die Frage hier darin, ob der Prozeß der Profitausgleichung durch Umwandlung der Werte in Produktionspreise die landwirtschaftliche Produktionssphäre mit umfaßt (was RICARDO für selbstverständlich hält) oder aber vor dieser Produktionssphäre haltmacht (was RODBERTUS voraussetzt). Die Antwort, die MARX auf die so gestellte Frage gibt, lautet dahin, daß dieser Prozeß hier auf ein Hindernis, eine „Barrière" stößt, nämlich auf das Grundeigentum. Das ist so zu verstehen.

Die Ausgleichung der Profite setzt einen beständigen Fluß des Kapitals aus dem einen Produktionszweig in den anderen voraus, was nur möglich ist, wenn die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise etabliert ist, d. h. „wenn alle Produktionsbedingungen entweder Schöpfungen des Kapitals selbst sind oder ihm gleichmäßig — elementarisch — zur Verfügung stehen". „Dieses ist bei der Erde nicht der Fall", behauptet MARX, „weil Grundeigentum existiert und die kapitalistische Produktion unter der Voraussetzung des nicht aus ihr entsprungenen, sondern vor ihr vorhandenen Grundeigentums ihre Laufbahn eröffnet." [1]) Zu den Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion gehört die Verfügung über den Boden, und das gibt eben dem Grundeigentümer die Macht, „der ausschließlichen Regelung der Produktion durch das Kapital Schranken zu setzen" [2]), oder anders: zu inhibieren, daß die Bodenerzeugnisse mit in den Prozeß hineingezogen würden, vermöge dessen sich die Werte in Produktionspreise umwandeln. Hieraus entspringt eine Verteuerung der Bodenprodukte, weil sie infolge der relativ niedrigen organischen Zusammensetzung des agrikolen Kapitals zu derjenigen Klasse von Produkten gehören, bei denen der Wert über dem Produktionspreis steht.

Bewirkt aber die Macht des Grundeigentümers, daß der Preis, zu dem sich die Bodenprodukte auf dem Markt verkaufen, oder

1) Theorien über den Mehrwert II₂ S. 9 und 14. Vgl. Kapital III₂ S. 294 ff. 2) Theorien II₂ S. 116. Verkehrt wäre es, aus solchen Äußerungen zu schließen, MARX betrachte das Grundeigentum als „Fremdkörper" im System der kapitalistischen Verkehrswirtschaft, gleichsam als eine Normwidrigkeit. Nach MARX würden sich vielmehr „entwickelte kapitalistische Produktion" und „Nichtexistenz des Grundeigentums" widersprechen. „Wo sollen in diesem Falle [d. h. wenn beides gleichzeitig gegeben wäre] die Lohnarbeiter herkommen?" fragt er. Theorien über den Mehrwert II₂ S. 70.

kurz ihr „Verkaufspreis“[1]) nicht auf das Niveau ihres Produktionspreises gesenkt wird, sondern sich auf der Höhe ihres Wertes behauptet, so wird sich der Grundeigentümer auch den auf diese Weise zustande kommenden Überprofit anzueignen wissen. Er wird zu dem „fungierenden Kapitalisten“, als welcher hier der Pächter erscheint, sagen: „Her damit! Das einzige, was deine Brüder Kapitalisten tun können, ist, nicht mir, sondern dir Konkurrenz zu machen. Wenn du mir weniger Überprofit zahlst, als die Differenz zwischen der von dir gemachten Mehrarbeit und der dir nach dem Gesetz des Kapitals zukommenden Quote von Mehrarbeit beträgt, so werden deine Brüder Kapitalisten sich einfinden und durch ihre Konkurrenz dich zwingen, mir ehrlich den vollen Betrag herauszuzahlen, was ich dir auszupressen vermag.“[2])

Der Surplusprofit fällt also dem Grundeigentümer zu und wird zur Grundrente, und zwar handelt es sich dabei um die absolute Grundrente, da der in Frage stehende Überschuß des Wertes über den Produktionspreis in keiner Weise von irgend welchen Verschiedenheiten in der Bodenqualität abhängt. Die absolute Grundrente, nicht die Differentialrente, betont MARX, „ist der adäquate Ausdruck des Grundeigentums“.[3]) „Sofern sind die im Rechte“, meint MARX, „die die Grundrente aus dem Monopol herleiten; ganz wie das Monopol des Kapitals allein den Kapitalisten befähigt, vom Arbeiter Mehrarbeit abzupressen, befähigt das Monopol des Grundeigentums den Grundeigentümer, dem Kapitalisten den Teil der Mehrarbeit abzupressen, die einen konstanten Überprofit bilden würde. Diejenigen, die die Grundrente aus dem Monopol ableiten, irren darin, daß sie glauben, das Monopol befähige den Grundeigentümer, den Preis der Ware über ihren Wert zu treiben. Es besteht umgekehrt darin, den Wert der Ware über ihrem Produktionspreis zu halten, nicht die Ware über, sondern zu ihrem Wert zu verkaufen.“[4])

Also erweist sich MARX zufolge die vorher in hypothetischer

1) Der Ausdruck „Verkaufspreis“ wird übrigens von MARX auch als Gegensatz zu „Kaufpreis“ gebraucht. S. Kapital III₁ S. 269 ff. Auf diese Unterscheidung kommt es hier nicht an. 2) Theorien II₁ S. 204. Vgl. S. 259, wo es heißt, daß das Kapital nur dem Kapital gegenüber „die Macht hat, die immanenten Gesetze des Kapitals zu exekutieren“. 3) Theorien II₂ S. 108. 4) Theorien II₁ S. 260. Vgl. S. 167—168 und S. 194—199 sowie Kapital III₂ S. 290—291.

Form gegebene Ableitung der absoluten Grundrente (oben S. 402—403) als zutreffend. Diese stellt in der Tat nichts anderes dar als einen Überschuß des Wertes der Bodenprodukte über ihren Produktionspreis. Dabei ist zu beachten, daß letzterer zu berechnen ist unter Zugrundelegung der industriellen Profitrate [1]), nicht aber der Profitrate, die unter der Annahme der Nichtexistenz des Grundeigentums und der daraus folgenden Partizipierung der Landwirtschaft an dem Prozeß der Umwandlung der Werte in Produktionspreise herauskommen würde. In dem am Anfang dieses Artikels angeführten Zahlenbeispiel ist die industrielle Profitrate gleich 10 Proz., daher der auf der Grundlage dieser Profitrate berechnete Produktionspreis des Agrikulturprodukts 110 und die Rente gleich 10, d. h. 120 minus 110, nicht aber gleich 5, d. h. 115 minus 110. Und in dem Fall, wo das agrikole Kapital 150 betragen würde (oben S. 403), erhielte man für die Rente 15 und nicht 6. Demnach würde es dem Marxschen Standpunkt keineswegs entsprechen, wollte man die absolute Grundrente definieren als die Differenz zwischen dem wirklichen Verkaufspreis der Bodenprodukte und demjenigen Preis, den sie haben würden, wenn die Konkurrenz der anlagesuchenden Kapitalien durch das Grundeigentum nicht gehemmt würde. Die Marxsche absolute Grundrente ist vielmehr immer größer als diese Differenz.

Heißt es bei Marx, daß die absolute Grundrente gleich ist dem Überschuß des Wertes des Agrikulturproduktes über seinen Produktionspreis, so handelt es sich dabei um den Wert und Preis des ganzen Produkts und nicht einer Produkteinheit und dementsprechend auch um den gesamten Betrag der Rente und nicht um das Quantum Rente, das im Verkaufspreis etwa eines Quarters Getreide enthalten ist. Dadurch, daß man die Rente auf das vorgeschossene agrikole Gesamtkapital bezieht, erhält man die Rate

1) Es ist an sich eine etwas gewaltsame und rohe Vorstellung, daß sich zuerst eine bestimmte Mehrwertrate und zwar auf der Grundlage der Produktionsverhältnisse sowohl in der Landwirtschaft wie in der Industrie bildet, und daß nachher innerhalb der Industrie eine bestimmte Profitrate zustande kommt, die dann auf die Landwirtschaft übertragen wird, indem sie die Fähigkeit erhält, den agrikolen Profit zu regulieren (Kapital III_2 S. 194 und 273; vgl. Theorien über den Mehrwert II_2 S. 213—214). Eine eingehende Kritik dieser Vorstellung, die Marx übrigens mit Rodbertus gemeinsam hat, soll aber dem Leser erspart bleiben.

der Rente (in obigen Beispielen 10 Proz.). Die Rate der absoluten Grundrente ist offenbar gleich der Differenz zwischen der „besonderen Profitrate“ des agrikolen Kapitals und der industriellen Profitrate (in obigen Beispielen 10 Proz. = 20 Proz. — 10 Proz.).

Daß aus der historisch gegebenen relativ niedrigen Wertzusammensetzung des agrikolen Kapitals für letzteres ein Überprofit entspringt, der als Grundrente sich verselbständigt und dem Grundeigentümer zufällt, ist die Hauptthese der Marxschen Lehre von der absoluten Grundrente. Im Sinne von Marx gilt diese These ausschließlich für den Zustand eines entwickelten Kapitalismus mit faktisch existierendem Grundeigentum. Sie wird daher keineswegs durch den Hinweis auf solche Fälle widerlegt, in denen keine absolute Rente zustande kommt, gesetzt, daß es sich dabei um Abweichungen von den normalen Verhältnissen der kapitalistischen Produktion handelt.

Eine Abweichung dieser Art liege zunächst vor, „wenn der Grundeigentümer selbst Kapitalist oder der Kapitalist selbst Grundeigentümer ist“. Solch eine Personalunion betrachtet Marx als Normwidrigkeit. Denn für ihn gehört es zum Begriff der kapitalistischen Produktionsweise in der Landwirtschaft, daß „der Grundeigentümer zum bloßen Geldeinnehmer herabgesetzt wird, aufhört, Funktionär der Produktion zu sein“.[1]) „Erst wenn ein Kapitalist sich als Pächter zwischen den Ackerbauer und den Grundeigentümer gedrängt hat, ... beginnt, beileibe nicht die ‚Kultur des Bodens‘, wohl aber die kapitalistische Bodenkultur, die der Form und dem Inhalt nach sehr von den früheren Kulturformen verschieden ist.“ [2]) Dem naheliegenden Einwand, daß man sich als befangen in spezifisch englischen Vorstellungen zeige, wenn man in dem Pachtsystem etwas für den Begriff der kapitalistischen Produktion in der Landwirtschaft Wesentliches erblickt, begegnet Marx mit dem Hinweis auf den vorbildlichen Charakter der englischen Verhältnisse. Sie seien „die einzigen, worin sich das Grundeigentum, d. h. das durch die kapitalistische Produktion modifizierte Grundeigentum adäquat entwickelt hat“. „Die englische Anschauung ist hier für die moderne, die kapitalistische

1) Theorien II_1 S. 214. Vgl. S. 208. 2) S. 298. Vgl. Kapital III_2 S. 157, 178, 320.

Produktionsweise die klassische." [1]) Ist aber der Grundeigentümer selbst an Stelle des Pächters Leiter der Produktion, Besitzer aller Produktionsmittel und Eigentümer des Arbeitsprodukts, so kann von einem Widerstand, der dem Kapital vom Grundeigentum als von einer „fremden Macht" entgegengesetzt würde, keine Rede mehr sein. Und wo dieser Widerstand fehlt, kommt die absolute Grundrente in Wegfall. [2])

Sodann bieten die Kolonien einen Fall dar, wo keine absolute Grundrente zu existieren braucht, und zwar entweder aus dem Grunde, weil hier die Hauptvoraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise, nämlich die Trennung des unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln nicht erfüllt ist, oder aber weil es eine Masse von fruchtbaren im Naturzustand befindlichen Ländereien gibt, die nicht unter das Grundeigentum subsumiert sind. Ob die Kolonisten ohne weiteres sich den Boden aneignen, oder ob sie dem Staat unter dem Titel eines nominellen Bodenpreises etwas zu zahlen haben, was in Wirklichkeit nur eine Gebühr für einen gültigen Rechtstitel auf den Boden ist, sei gleichgültig. Es sei auch gleichgültig, daß schon angesiedelte Kolonisten juristisch Eigentümer von Grund und Boden sind. Faktisch bilde hier das Grundeigentum keine Schranke für die Anlage von Kapital. Die Beschlagnahme des einen Bodenteils durch die bereits ansässigen Kolonisten schließe die neuen Ankömmlinge von der Möglichkeit nicht aus, neuen Boden zum Anwendungsfeld ihres Kapitals (oder ihrer Arbeit) zu machen. [3])

Gehört es nun aber zum Wesen der von Marx aufgestellten Theorie der absoluten Grundrente, daß diese Theorie ein Land mit historisch befestigtem Grundeigentum und mit herrschendem Pachtsystem voraussetzt, so muß es, wie Marx selbst bemerkt, „den Kontinentalen sehr sonderbar erscheinen", daß gerade auf englischem

1) Theorien II_2 S. 7. Es sei hier übrigens darauf hingewiesen, daß der Marxsche Begriff des Grundeigentümers, der zu der Produktion absolut keine Beziehung hat außer daß er dem Pächter seinen Boden zur Verfügung stellt, sich bei Ricardo in dieser Reinheit nicht vorfindet. Ricardo läßt gelegentlich den Grundeigentümer mit seinem Kapital („the landlord's stock") an der Produktion teilnehmen. Principles, z. B. Kap. X. 2) Theorien II_2 S. 75, 77, 120, 152/153; Kapital III_2 S. 283/284. 3) Kapital III_2 S. 288/290. Vgl. Theorien II_1, S. 262/263 und II_2 S. 70/72. Auf den Plantagen brauche keine absolute Grundrente zu entstehen, weil hier der Kapitalist mit dem Grundeigentümer identisch ist.

Boden, „wo in ihrer Vorstellung das feudale Grundeigentum sich am stärksten erhalten hat", eine Grundrententheorie hat entstehen und allgemeine Anerkennung finden können, welche die Existenz der absoluten Grundrente in Abrede stellt oder, was für Marx dasselbe bedeutet, das Grundeigentum als nicht existierend annimmt. Das erkläre sich aber „erstens aus der Eigentümlichkeit des englischen ‚law of enclosures', das durchaus keine Analogie hat mit den kontinentalen Gemeinheitsteilungen", und zweitens aus der Tatsache, daß „nirgendwo in der Welt die kapitalistische Produktion, seit Heinrich VII., so rücksichtslos mit den traditionellen Verhältnissen des Ackerbaus geschaltet und sich ihre Bedingungen so adäquat gemacht und unterworfen hat".[1]

Es ist in den bisherigen Darlegungen von der Differentialrente gänzlich abgesehen worden. Nunmehr soll kurz erörtert werden, in welcher Weise nach Marx die Mitexistenz der Differentialrente auf das Schicksal der absoluten Rente einwirkt. Marx unterscheidet zwei Formen der Differentialrente: die Differentialrente I, welche durch die Unterschiede in der Fruchtbarkeit der in Anbau genommenen Grundstücke hervorgerufen wird, und die Differentialrente II, welche aus der ungleichen Ergiebigkeit der sukzessiven Kapitalanlagen auf demselben Boden entspringt.

Die Art, wie neben der absoluten Grundrente die Differentialrente I in die Erscheinung tritt, kann man aus folgendem Zahlenbeispiel ersehen.[2] In diesem Beispiel wird, wie in dem früher gebrauchten, angenommen, daß bei einer Mehrwertrate von 50 Proz. das variable Kapital in der agrikolen Produktionssphäre 40 Proz. und in der industriellen 20 Proz. des gesamten vorgeschossenen Kapitals ausmacht, sowie daß letzteres in einem Jahre umschlägt. Die industrielle Profitrate ist demnach wieder 10 Proz., die absolute Rente beträgt auch 10 Proz. Nun setze man außerdem voraus, daß

1) Theorien II_2. S. 6/7. Mit dem Hinweis auf die „law of enclosures" ist wohl gemeint, daß die Einhegung des Gemeindelandes auf eine Expropriation der Bauern hinauslief und die Entstehung einer Klasse kapitalistischer Pächter im Gefolge hatte. Siehe Kapital I, 3. Aufl. S. 749/759 und 768/770.

2) Theorien über den Mehrwert II_2 S. 32 und 40/41. In diesem Beispiel handelt es sich bei Marx nicht um Getreide, sondern um Kohlen, aber er sagt selbst (S. 55, 100 ff.), daß man überall statt Tonne Kohle Quarter Weizen setzen kann, denn irgendwelche Eigentümlichkeiten der Bergwerksrente im Vergleich zur Bodenrente kommen hier garnicht in Frage.

man es mit drei verschiedenen Bodenklassen I, II und III zu tun hat, auf denen, bei gleicher Kapitalanlage (100 Pfd. St.), 60, 65 und 75 Quarter Korn produziert werden. Fügt man noch die übliche Voraussetzung hinzu, daß für den Verkaufspreis des Kornes, wofür MARX „Marktwert" [1]) sagt, die I. (schlechteste) Bodenklasse maßgebend ist, so wird sich die Rechnung so stellen:

Klasse	Quarter	M. W. Pfd. St.	I. W. Pfd. St.	P. P. Pfd. St.	A. R. Pfd. St.	D. R. Pfd. St.	G. R. Pfd. St.
I	60	120	120	110	10	0	10
II	65	130	120	110	10	10	20
III	75	150	120	110	10	30	40
Total	200	400	360	330	30	40	70

Hier bedeutet M. W. den Marktwert des Produkts; I. W. den „individuellen Wert", der, sofern es sich um das ganze Produkt handelt, in jeder Bodenklasse der gleiche ist, aber pro Quarter beträgt: in I 120 Pfd. St. : 60 = 2 Pfd. St., in II 120 Pfd. St. : 65 = $1^{11}/_{13}$ Pfd. St., in III 120 Pfd. St. : 75 = $1^{3}/_{5}$ Pfd. St.; P. P. den „individuellen Produktionspreis", der ebenfalls, pro Quarter berechnet, verschieden ist und sich auf $1^{5}/_{6}$ Pfd. St., $1^{9}/_{13}$ Pfd. St., und $1^{7}/_{15}$ Pfd. St. stellt; A. R. die absolute Rente; D. R. die Differentialrente und G. R. die Gesamtrente. Die Annahme, daß der schlechteste Boden den Verkaufspreis, alias den Marktwert, reguliert, kommt in der Tabelle darin zum Ausdruck, daß bei I der Marktwert mit dem individuellen Wert zusammenfällt. Der Produktionspreis steht aber wegen der relativ niedrigen organischen Zusammensetzung des agrikolen Kapitals tiefer, woraus eben die absolute Rente entspringt. Bei den besseren Bodenklassen II und III kommt der Umstand hinzu, daß der Marktwert den individuellen Wert übertrifft. Diese Differenz ist nichts anderes als die Differentialrente. Die Gesamtgrundrente, als Überschuß des Marktwertes über den individuellen Produktionspreis, läßt sich demnach als Summe der absoluten Rente und der Diffrentialrente ausdrücken. So stellt MARX die Formeln auf [2]):

1) Im Kapital III 2 S. 224 ff. bedient sich übrigens MARX selbst des Ausdrucks „Verkaufspreis" in diesem Sinne. 2) Theorien II 2 S. 49.

1) A. R. = I. W. — P. P. 2) D. R. = M. W. — I. W.
3) G. R. = A. R. + D. R. 4) G. R. = M. W. — P. P.

Von obiger Tabelle ausgehend, untersucht Marx, wie sich die Größe der absoluten Rente, der Differentialrente und der Gesamtrente ändert bei gleichbleibender oder steigender Nachfrage unter dem Einfluß gewisser Verschiebungen auf seiten des Angebots. Marx faßt verschiedene Kombinationen ins Auge, die er alle ebenfalls auf einen tabellarischen Ausdruck bringt und ausführlich bespricht. Uns interessiert dabei nur ein Punkt, der für die von Marx vertretene prinzipielle Auffassung von der absoluten Grundrente eine nicht zu unterschätzende Wichtigkeit hat. Dieser Punkt besteht darin, daß Marx die Möglichkeit solcher Kombinationen zugibt, bei denen die absolute Rente auf dem schlechtesten Boden unter ihren „vollen Betrag“ sinkt, welch letzterer für Marx immer gleich ist dem Überschuß des Wertes über den Produktionspreis.

Man setze voraus, daß das Angebot des Kornes sich durch Hinzutreten einer neuen Bodenklasse IV vermehrt, die $92^1/_2$ Quarter bei einer Kapitalanlage von 100 Pfd. St. liefert. Marx hält eine derartige Annahme für durchaus erlaubt und wendet sich an unzähligen Stellen der „Theorien über den Mehrwert“ sehr entschieden gegen die „Falschheit der Ricardoschen Auffassung“, als ob immer ein Übergang zu minder fruchtbarer Bodenart stattfände. „In der Wirklichkeit“, meint Marx, „werden sich die aufsteigende und die absteigende Linie kreuzen.“ [1]) Nun wird die auf $292^1/_2$ Quarter gestiegene Kornmenge nicht mehr zu dem alten Marktwert von 2 Pfd. St. Absatz finden können. Damit sie vom Markt absorbiert wird, muß der Marktwert entsprechend gesenkt werden, z. B. auf $1^{11}/_{13}$ Pfd. St. Dann ergäbe sich folgendes Bild [2]):

Klasse	Quarter	M. W. Pfd. St.	J. W. Pfd. St.	P. P. Pfd. St.	A. R. Pfd. St.	D. R. Pfd. St.	G. R. Pfd. St.
I	60	$110^{10}/_{13}$	120	110	$^{10}/_{13}$	0	$^{10}/_{13}$
II	65	120	120	110	10	0	10
III	75	$138^6/_{13}$	120	110	10	$18^6/_{13}$	$28^6/_{13}$
IV	$92^1/_2$	$170^{10}/_{13}$	120	110	10	$50^{10}/_{13}$	$60^{10}/_{13}$
Total	$292^1/_2$	540	480	440	$30^{10}/_{13}$	$69^3/_{13}$	100

1) Theorien II_2 S. 54. Vgl. Kapital III_2 S. 199. 2) Theorien II_2 S. 40—41, Tabelle C. Vgl. S. 59 und S. 77.

Wie man sieht, stellt sich in I die absolute Rente auf $^{10}/_{13}$ Pfd. St., während ihr „voller Betrag" 10 Pfd. St. ist. Das rührt davon her, daß der Kapitalist infolge der Konkurrenz besserer Ländereien sich gezwungen sieht, das Produkt unter seinem Wert zu verkaufen. Und das trifft nicht ihn, den Kapitalisten, da ihm unter allen Umständen ein Profit von 10 Proz. zukommt, weil er sonst sein Kapital der Agrikultur entziehen würde, sondern den Grundeigentümer, der sich jetzt mit bloß 7 $^{9}/_{13}$ Proz. des vollen Betrages der absoluten Grundrente zufrieden geben muß.

Es ist, nebenbei bemerkt, klar, daß in diesem Fall die vorhin angeführten Definitionen der absoluten Rente und der Differentialrente und die diesen Definitionen entsprechenden Formeln 1) und 2) für I außer Kraft treten. Diesen Definitionen und Formeln gemäß ergibt sich nämlich hier für D. R. eine negative Größe, was dem Begriff der Differentialrente widerspricht. Darum setzt auch MARX, wenn M. W. kleiner als I. W. ist, D. R. gleich Null und A. R. gleich der Differenz M. W. — P. P.[1]) Was aber diese Differenz anlangt, so kann sie MARX zufolge unter normalen Verhältnissen der kapitalistischen Produktion nicht auf Null sinken. Wenn also im gegebenen Fall der Marktwert noch um $^{1}/_{65}$ Pfd. St. tiefer herabgedrückt würde, d. h. eben etwas unter das Niveau des individuellen Produktionspreises der Bodenklasse I (1 $^{5}/_{6}$ Pfd. St.), so würde die Produktion auf dieser Klasse eingestellt werden müssen, da der Pächter unbedingt seine 10 Proz. Profit erzielen muß und der Grundeigentümer sich nicht bereit finden würde, ihm den Boden unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.[2])

Es sei in diesem Zusammenhang noch auf dreierlei hingewiesen: Wenn es eine Bodenklasse gibt, für welche M. W. hinter I. W. zurückbleibt, so verlieren die Formeln 1) und 2) auch bei Zusammenfassung aller Bodenklassen ihre Gültigkeit. So erhält man in obiger Tabelle für die summierte Gesamtrente die Zerlegung: 100 Pfd. St. = 30 $^{10}/_{13}$ Pfd. St. + 69 $^{3}/_{13}$ Pfd. St. an Stelle von: 100 Pfd. St. = 40 Pfd. St. + 60 Pfd. St. Außerdem ist es,

---

1) An einer Stelle der „Theorien über den Mehrwert" (II_2 S. 49), im unmittelbaren Anschluß an seine Formeln, sagt MARX allerdings, daß in diesem Fall D. R. negativ ist, aber in seinen Tabellen und bei Besprechung derselben erscheint D. R. immer als positive Größe oder als Null. 2) Theorien II_2 S. 75—76.

offenbar auch im Sinne von Marx, nicht ausgeschlossen, daß unter Umständen nicht bloß für die eine, schlechteste Bodenklasse, sondern für mehrere Bodenklassen eine Kürzung der absoluten Grundrente Platz greift. Schließlich — und das ist nicht das unwichtigste — erscheint, wiederum im Sinne von Marx, der betrachtete Fall, wo die absolute Grundrente ursprünglich gleich ihrem vollen Betrag war und erst nachträglich unter diesen Betrag herabgedrückt wird, nicht als der einzig mögliche. Es könne sich vielmehr ereignen, daß neu in Anbau genommene Ländereien nach Maßgabe des gegebenen Marktwertes von vornherein eine absolute Grundrente abwerfen, die unter ihrem vollen Betrage steht. Denn um Ländereien, die unfruchtbarer als die bisher bebauten sind, „in den Markt zu bringen", genüge schon „ein geringes Steigen" des Marktwertes über den individuellen Produktionspreis, der sich für diese Ländereien ergibt.[1])

Aus der Betrachtung der absoluten Grundrente im Zusammenhang mit Differentialrente I zieht also Marx die Konsequenz, daß es „bei Verschiedenheit der Fruchtbarkeit" sozusagen quaestio facti ist, „ob die absolute Rente ganz oder teilweise bezahlt wird".[2]) Es ist nur eine andere Formulierung desselben Gedankens, wenn es bei Marx einmal heißt, daß es „ganz und gar vom Stand der Zufuhr zur Nachfrage und vom Umfang des in die neue Bebauung gezogenen Gebiets" abhängt, ob die absolute Grundrente „gleich der ganzen Differenz zwischen dem Wert und Produktionspreis oder nur gleich einem größeren oder kleineren Teil dieser Differenz" ist.[3]) Diese Fälle, wo eine Reduktion der absoluten Rente

---

1) Kapital III $_2$ S. 290. 2) Theorien II $_2$ S. 45. 3) Kapital III $_2$ S. 295. Vgl. S. 296—297. Vgl. auch Theorien II $_1$ S. 228. Es ist auffallend, daß K. Diehl in seiner ausführlichen Darstellung und Kritik der Marxschen Grundrententheorie diesen wichtigen Punkt garnicht erwähnt. Conrads Jahrb. 3. F. 17. Bd. (1899) S. 445—448 und 465—475. Vgl. Sozialwiss. Erläuterungen zu Ricardos Grundgesetzen usw. Leipzig 1905, I. T. S. 292 ff., wo die entscheidenden Stellen aus jenem Artikel wörtlich abgedruckt sind. Die „Theorien über den Mehrwert" waren zwar, als Diehl schrieb, nicht erschienen, aber das Wesentliche über den betreffenden Punkt steht schon im „Kapital". Ebensowenig hat A. Dániel in seinem Aufsatz „Zur Kritik der Marxschen Grundrententheorie" (Zeitschrift für Sozialwissenschaft XII. Jahrg. 1909 S. 392 ff.) den Umstend berücksichtigt, daß die absolute Grundrente nach Marx nicht gleich der ganzen Differenz zwischen Wert und Produktionspreis zu sein braucht. Dániel hat aber nicht nur diesen und andere wesentlichen Punkte bei Marx übersehen, sondern auch gewisse Ansichten von Marx in

stattfindet, legt MARX dahin aus, daß es hier dem Kapital gelungen sei, den Widerstand, den ihm das Grundeigentum bei Ausgleichung der Profitraten leistet, „teilweise zu überwinden“.[1])

Was den Zusammenhang der Differentialrente II mit der absoluten Rente anlangt, so ist es für die Betrachtungen, die MARX darüber anstellt, bestimmend, daß er hier von der RICARDOschen Auffassung ausgeht, wonach die letzte auf dem Boden angelegte Kapitalmenge keine Rente abwirft. Ein Widerspruch zu seiner Theorie der absoluten Grundrente ergebe sich hier wiederum aus dem Grunde nicht, weil dem Kapitalisten gegenüber, nachdem dieser ein Grundstück schon gepachtet hat, der Grundeigentümer insofern machtlos ist, als er ihn in der Anwendung von Kapital nicht zu beschränken vermag.[2]) „Auf dem Boden, den der Pächter gemietet hat“, bemerkt MARX, „existiert für ihn, für den Kapitalisten, das Grundeigentum nicht als selbständiges, Widerstand leistendes Element während der Zeit, wo er, vermittelst des Pachtkontraktes, faktisch selbst der Grundeigentümer ist.“[3]) Wenn aber das letztan-

---

direkt entstellter Form wiedergegeben und seiner Kritik zu Grunde gelegt. So imputiert er MARX die Auffassung, daß auf einem gegebenen Areal landwirtschaftliche Produkte in beliebiger Menge (bei nur proportionell steigendem Arbeitsaufwand) erzeugt werden können und gelangt von hier aus zu einer „glänzenden“ Widerlegung der MARXschen Lehre von der Grundrente im allgemeinen und von der absoluten Grundrente im besonderen (S. 422—424). In Wirklichkeit kann aber gar keine Rede davon sein, daß MARX im Sinne jener absurden Auffassung „die natürlichen Schranken der Produktion verneint“ (S. 411). Er behauptet vielmehr nur, daß sukzessiven Kapitalanlagen auf demselben Boden nicht unter allen Umständen sinkende Erträge entsprechen.

1) Kapital III₂ S. 294. 2) Kapital III₂ S. 284—285. 3) Theorien II₂ S. 114. Vgl. S. 176. MARX meint sogar, daß der Pächter, wenn er überschüssiges Kapital besitzt, dieses auf dem alten Pachtgut anlegen wird, selbst wenn die neue Kapitalanlage sich zu einer unterdurchschnittlichen Profitrate verwertet, aber so viel über den gewöhnlichen Zinsfuß hinaus einbringt, als der Mühe und dem Risiko, die mit dieser neuen Anlage verbunden sind, entspricht. Ebenda S. 114—115. Vgl. S. 176. Dieser Gedanke findet sich schon bei JOHN STUART MILL, Principles of political economy. Book II, Ch. XVI § 4. Wenn aber MARX gelegentlich die Sache so darstellt, als ob es bei zusätzlichen Kapitalanlagen bloß darauf ankäme, daß das gesamte Pächterkapital (den Zusatz einbegriffen) den durchschnittlichen Profit abwerfe, und daß demnach (gesetzt, die absolute Rente ist gleich Null, wie es MARX im „Kapital“ in den Kapiteln über die Differentialrente durchweg annimmt) der Verkaufspreis zusammenfällt mit dem Produktionspreis, der sich

gelegte Kapital weder auf besserem noch auf schlechterem Boden eine Grundrente liefert, so muß es offenbar weniger produktiv angelegt sein als dasjenige Kapital, welches auf dem schlechtesten Boden Rente abwirft, und man könnte daher geneigt sein, diese Rente auch als Differentialrente aufzufassen. Das wäre aber nur eine „falsche Ausflucht" von seiten desjenigen, der die Existenz der absoluten Rente nicht zugeben will.[1]) Denn diese Rente, die der schlechteste Boden abwirft, sei nicht durch den Umstand bedingt, daß zusätzliche Kapitalanlagen bis zu einer bestimmten, von der Existenz der absoluten Rente unabhängigen Grenze erfolgen, wo nur mehr der durchschnittliche Profit erzielt wird, sondern es verhalte sich damit gerade umgekehrt: die keine Rente abwerfenden zusätzlichen Kapitalanlagen, wie sie tatsächlich stattfinden, sind nur möglich, weil der schlechteste Boden nicht bebaut werden kann bis ihm der Marktwert erlaubt, Rente zu zahlen. „Ohne diese Bedingung", meint Marx, „wäre seine Kultur schon bei einem niedrigeren Preisstand eingetreten, und jene späteren Anlagen auf den alten Pachtungen, die den hohen Marktpreis[2]) brauchen, um den gewöhnlichen Profit ohne Rente abzuwerfen, hätten nicht stattfinden können."[3]) Der Marktpreis hätte sich also auf ein tieferes Niveau gestellt, wenn für die Bebauung des schlechtesten Bodens keine Rente zu zahlen wäre. Gerade daran, daß die Rente, die der schlechteste Boden abwirft, das Bodenprodukt verteuert, zeige sich ihr Charakter als absolute Rente.[4]) Denn daß die Grundrente, sofern sie Differentialrente ist, in den Preis des Produkts nicht eingeht, hält auch Marx für ausgemacht.[5])

Es empfiehlt sich, bevor man zu einer kritischen Würdigung der Marxschen Lehre von der absoluten Grundrente übergeht, kurz darauf hinzuweisen, worin Marx und Rodbertus mit einander übereinstimmen und worin sie voneinander abweichen.

---

für den schlechtesten Boden im Durchschnitt und nicht in Ansehung der letzten Kapitalanlage ergibt, so ist das prinzipiell unrichtig. Kapital III₂ S. 276—277. Auf S. 272—273 dagegen rechnet Marx richtig und wird mit Unrecht von Engels korrigiert.

1) Kapital III₂ S. 285. 2) Im Sinne von „Verkaufspreis" oder „Marktwert". 3) Kapital III₂ S. 286—287. 4) Theorien II₂ S. 90, 105. Kapital III₂ S. 296. 5) Theorien II₂ S. 90 und Kapital III₂ S. 186. Auf S. 270 vertritt Marx die entgegengesetzte Ansicht. Er ist dazu durch den Fehler verleitet worden, von welchem in der Fußnote 3) auf S. 417/418 die Rede war.

Das Gemeinsame ist ihnen zunächst, daß sie die Existenz einer absoluten Rente behaupten, ferner, daß sie zum Beweis dieser Behauptung das ursprüngliche Wertgesetz heranziehen, demzufolge sich die Produkte nach Maßgabe der in ihnen verkörperten Arbeitsmengen austauschen, und schließlich, daß sie, marxistisch gesprochen, mit der Annahme einer relativ niedrigen organischen Zusammensetzung des in der Landwirtschaft angelegten Kapitals operieren.

Während aber letztere Annahme bei RODBERTUS durch den Hinweis auf eine Eigentümlichkeit der Landwirtschaft motiviert wird, die überall sich geltend machen müsse, wo Urproduktion und Fabrikation getrennt sind, bringt MARX dieselbe Annahme mit der Auffassung von einer historisch gegebenen technischen Rückständigkeit der Landwirtschaft in Verbindung. Hieraus ergibt sich, daß die weitere Existenz der absoluten Grundrente RODBERTUS zufolge nur das Fortbestehen der modernen Wirtschaftsordnung zur Voraussetzung hat; MARX lehrt dagegen, daß die absolute Grundrente unter dem Einfluß zukünftiger Fortschritte der Landwirtschaft verschwinden kann. Ein anderer Unterschied der beiderseitigen Lehrmeinungen äußert sich darin, daß von den sechs verschiedenen Gründen, die RODBERTUS für das Festhalten an dem ursprünglichen Wertgesetz bei Ableitung der Rente geltend macht [1], für MARX nur der vierte (die historische Priorität dieses Gesetzes gegenüber dem Gesetz der Gewinnausgleichung), wie noch zu zeigen sein wird, und zwar indirekt in Betracht kommt.[2] Den unmittelbaren Grund, warum das agrikole Kapital in den Prozeß der Gewinnausgleichung nicht mit einbezogen würde, sieht MARX vielmehr, um es kurz auszudrücken, in der „Unbotmäßigkeit“ des Grundeigentums dem Kapital gegenüber. Es steht mit dieser Auffassung von MARX im

1) Erster Artikel S. 36. 2) Gegen den sechsten Grund (die in der Begrenztheit des Nationalkapitals liegende Einschränkung der Wirksamkeit des Gesetzes der Gewinnausgleichung) wendet sich MARX mit großer Entschiedenheit. In England, das für die Theorie als kapitalistisches Musterland gelten muß, sei von einem Mangel an anlagesuchendem Kapital nie die Rede. „Was der Engländer vermißt, ist ‚field of action‘, Anlegungsstelle für den vorhandenen Vorrat von Kapital. Aber ein ‚Wunsch nach Kapital‘ für eine ‚Anlegung‘ existiert in England nicht für die einzige Klasse, die Kapital anzulegen hat — die Kapitalistenklasse. Diese ‚Kapitalwünsche‘ sind pommerisch.“ Theorien II_2 S. 9—10.

Einklang, daß er, in direktem Gegensatz zu Rodbertus, nur in der Voraussetzung des Pachtsystems eine absolute Grundrente als existierend annimmt.[1]) Endlich lehrt Marx, was ebenfalls dem Rodbertusschen Standpunkt direkt widerspricht, daß es Fälle gibt, wo der Boden nicht den vollen Betrag der absoluten Rente abwirft, und daß diese bei den „letztangelegten" Kapitalmengen sogar gänzlich in Wegfall kommt.[2])

Selbst denjenigen Autoren, die sich speziell mit den Grundrententheorien von Rodbertus und Marx beschäftigt haben, scheinen diese zwischen den beiden sich zeigenden Unterschiede zum größeren Teil entgangen zu sein.[3]) Es galt hier, diese Unterschiede heraus-

1) Marx ironisiert über den Rodbertusschen Versuch, die Natur der kapitalistischen Grundrente unter Zugrundelegung nichtkapitalistischer Verhältnisse, wie namentlich der Selbstbewirtschaftung des Bodens durch die Grundeigentümer, zu erfassen. Es handle sich da um Vorstellungen eines deutschen bzw. pommerschen „Gutsbesitzers". Theorien II_1 S. 213, 298, 300 bis 301. Vgl. II_2 S. 7.

2) Theorien II_1 S. 268—271. Hier wird die Rodbertussche Ansicht, daß jedes Kapital in der Agrikultur Grundrente abwerfen muß, ausdrücklich als falsch bezeichnet.

3) So unterläßt es Diehl, diese Unterschiede hervorzukehren. Ja, er schreibt z. B. Marx die Ansicht zu, „daß jede Kapitalanlage auf dem Boden mit Rente verknüpft ist" (Conrads Jahrb. 3. F. 17. Bd. S. 466. Vgl. Kommentar zu Ricardo I S. 307). Das trifft aber in bezug auf Rodbertus, nicht auch in bezug auf Marx zu. Vgl. die vorhergehende Fußnote. In einer Berliner Dissertation von Joan Marian („Ein Beitrag zur Untersuchung der Grundrentennatur. Darstellung und Kritik der Rodbertusschen Theorie der Grundrente" 1907) wird auf eine „überraschend große Ähnlichkeit" zwischen Rodbertus und Marx in der Ableitung der absoluten Grundrente „trotz manchen Unterschiedes im Detail" (S. 65—66) hingewiesen. Marian betont mit Recht, daß Marx, im Gegensatz zu Rodbertus, (mit der im Text dargelegten Motivierung) die Möglichkeit des Verschwindens der absoluten Grundrente zugibt (S. 67). Wenn es aber weiter heißt, die beiden seien in der Zurückführung der absoluten Grundrente auf die „monopolistische Wirkung des Privateigentums an Grund und Boden" einig (S. 77), so wird dabei übersehen, daß das in Frage stehende Privileg des Grundeigentümers nach Ursache und Inhalt etwas anderes bei Rodbertus als bei Marx bedeutet. Das hätte Marian vielleicht eingesehen, wenn er den beiden Punkten „Selbstbewirtschaftung oder Pachtsystem" und „voller oder gekürzter Betrag der absoluten Grundrente" die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt hätte. Vgl. auch 1. Artikel S. 28 bis 29, Fußnote. In diesem Zusammenhang darf es nicht unerwähnt bleiben, daß Marian die bisherigen Kritiker der Rodbertusschen Grundrententheorie, sofern sie gegen dieselbe die Tendenz der Profite, sich auszugleichen, als Hauptargument anführen, kurzer Hand für falsch orientiert erklärt. Sie

zufinden und präzis zu formulieren. Wohl aber bleibt die namentlich von Diehl hervorgehobene Tatsache bestehen, daß Rodbertus und Marx sich gerade in demjenigen Punkt begegnen, der sich der Kritik als Hauptangriffspunkt darbietet.

Es handelt sich um das Operieren mit dem ursprünglichen Wertgesetz, und da ist die Position von Marx fast noch weniger gedeckt als diejenige von Rodbertus: nicht sowohl wegen der größeren Zahl der Gründe, die letzterer ins Feld führt, um das ursprüngliche Wertgesetz als Mittel zur Eruierung der wahren Natur der Grundrente zu verteidigen, als vielmehr deswegen, weil der einzige Rechtfertigungsgrund, der sich bei Marx findet, nämlich

hätten nicht beachtet, daß Rodbertus von der Erkenntnis der monopolistischen Wirkung des Grundeigentums ausgeht. Denn wenn man sich daran „erinnert", „dann ist die Frage, warum jene Tendenz der Gewinnausgleichung sich nicht auf die Rohproduktion erstreckt, von vornherein sinnlos" (S. 76—77). Die Art, wie Marian hier über seine Vorgänger den Stab bricht (vgl. auch S. 63, wo er ihre Argumentation als „trivial" bezeichnet), ist nichts weniger als überzeugend. Vgl. meinen 1. Artikel. Er selbst sucht die Rodbertussche Grundrententheorie wie folgt zu widerlegen. Gesetzt, die Rohproduktion und die Fabrikation, beide je ein Jahr in Anspruch nehmend, erfordern eine Lohnauslage von je 1000 M., und das fertige Produkt werde für 2300 M. verkauft. Verteilt man den Profit, wie es Rodbertus will, so, daß der Rohproduzent (alias Grundeigentümer) und der Fabrikant (alias Kapitalist) je 150 M. erhalten, so ergäbe sich, meint Marian, ein unleugbarer Vorteil für den Fabrikanten, da er nur für die Dauer von einem Jahr, während der Rohproduzent für die Dauer von zwei Jahren 1000 M. vorgeschossen hat. In der Tat würde der erstere einen Profit von 15 Proz., der zweite von 7,24 Proz. erzielen. Daß aber die Fabrikation einen höheren Profit abwirft, sei „als Dauerzustand unmöglich", weil sie „durch keine Schranken gegen die Gewinnausgleichung geschützt ist" (S. 82—83). Dieses unerwartete Resultat der Marianschen Kritik, welches das ganze Problem in sein Gegenteil umzukehren scheint, erklärt sich einfach daraus, daß Marian die Bedingungen des Problems willkürlich verschoben hat. Rodbertus läßt den Grundeigentümer das Produkt dem Fabrikanten verkaufen, so daß wenn die 300 M. halbiert würden, für den Grundeigentümer ein Gewinn von 15 Proz. und für den Fabrikanten ein solcher von $6^{42}/_{43}$ Proz. (nämlich 150 auf 2150) herauskäme. Marian dagegen behauptet, die Tatsache, daß der Rohproduzent dem Fabrikanten sein Produkt verkauft, hätte „eine durchaus sekundäre Bedeutung", und läßt den Rohproduzenten ein Jahr länger auf den Erlös warten, oder anders er läßt ihn dem Fabrikanten gegenüber die Rolle eines noblen Kreditgebers spielen, der das Zinsnehmen verabscheut. Dadurch, das Marian sein Rechenexempel mit etwas unpräzisen Betrachtungen über die Bedeutung des Unternehmertums und des Momentes der Zeit für die Wertbildung begleitet, gewinnt seine Argumentation nichts an Beweiskraft.

der Hinweis auf die „Unbotmäßigkeit" des Grundeigentums dem Kapital gegenüber, an und für sich in gar keinem Zusammenhang mit derjenigen Größenbestimmung der absoluten Grundrente steht, die gerade das Wesentliche der Marxschen Konstruktion bildet. Warum soll die Differenz zwischen „Wert" und „Produktionspreis" einen Maßstab für die absolute Grundrente abgeben? Was hat das Motiv, welches in der Marxschen Darstellung den Grundeigentümer veranlaßt, seinen Grund und Boden nicht anders als gegen Entgelt dem Kapitalisten zur Verfügung zu stellen, mit diesem Maßstab zu tun?

Dazu kommt, daß Marx, indem er als durchaus normal Fälle hinstellt, in denen die absolute Rente beliebig gekürzt wird, d. h. kleiner wird als die Differenz zwischen Wert und Produktionspreis, seiner Theorie die Spitze abbricht.[1]) Demnach verbliebe dieser

---

1) Es ist auch unerfindlich, warum Marx die Kürzung der absoluten Grundrente nur dort für möglich hält, wo Bodenarten von verschiedener Fruchtbarkeit bzw. Kapitalanlagen von verschiedener Ergiebigkeit gegeben sind. Übrigens spricht er sich gelegentlich so aus, als ob es auf diese einschränkende Bedingung nicht ankäme. S. Theorien II_2 S. 150. Dagegen heißt es z. B. II_1 S. 269 ausdrücklich, daß das Privilegium der Agrikulturprodukte, zu ihrem vollen Wert verkauft zu werden, ihnen „in Konkurrenz mit Produkten derselben Art" (scilicet: welche mit einem geringeren Kapitalaufwand erzeugt werden) verloren geht. Hiermit steht es im Zusammenhang, daß Marx in bezug auf die Fälle, wo die absolute Grundrente auf dem schlechtesten Boden unter ihren vollen Betrag sinkt, immer betont, hier werde der Verkaufspreis „bestimmt" nicht durch den schlechtesten Boden, sondern durch eine Bodenart von höherer Fruchtbarkeit. Theorien II_2 S. 61—62, 113 usw. Aber erstens bleibt, trotz dieser „Erklärung", die zu erklärende Kürzung der Rente bestehen, und zweitens hält an sich die Auffassung, daß aus der gesamten auf den Markt kommenden Menge eines Produkts ein gewisser Teil ausgesondert werden kann, der einen entscheidenden Einfluß auf die Preisbildung ausübt, der Kritik nicht Stand. Treffende Bemerkungen über diese Auffassung, die übrigens nicht bloß für Marx charakteristisch ist, finden sich bei H. J. Davenport, Value and Distribution. Chicago 1908, S. 273ff. Hinsichtlich der Fälle, wo die absolute Grundrente unter ihren vollen Betrag sinkt, ist noch folgendes zu bemerken. Der Marxschen Konstruktion gemäß betrifft diese Rentenkürzung die höheren Bodenklassen nicht. Bei ihnen figuriert die absolute Grundrente mit ihrem vollen Betrag. Aber welches ist die Konsequenz davon? Daß die Differentialrente aufhört, den Überschuß der Grundrente, die eine bestimmte Bodenart abwirft, über die Grundrente des schlechtesten Bodens zu repräsentieren, sondern nur noch einem Teil dieses Überschusses gleichgesetzt wird!

Differenz, um die sich bei MARX alles dreht, nur die Bedeutung einer oberen Grenze der absoluten Grundrente.

Allein die Kritik kann nicht einmal in diesem bescheidenen Sinne die MARXsche Konstruktion gelten lassen. Denn es ist nicht abzusehen, warum die Marktpreise der Bodenprodukte nicht auch über ihren „Wert" steigen können, wenn dieses Steigen dadurch bedingt sein soll, daß das Grundeigentum die Macht besitzt, der Unterwerfung der Bodenprodukte unter die allgemeinen Regeln der kapitalistischen Preisbildung Widerstand zu leisten und Abweichungen von diesen Regeln zu seinen Gunsten zu erzwingen. Was verleiht dem „Wert" im MARXschen Sinne die Fähigkeit, hier als Barrière zu wirken? Warum reicht die Macht des Grundeigentums nur gerade bis zu diesem Punkt?

MARX hat diesen naheliegenden Einwand vorausgesehen und denselben in folgender Weise zu entkräften versucht. „In einer kleinen Insel", sagt er, „wo kein auswärtiger Kornhandel existierte, könnte unbedingt das Korn . . . . zum Monopolpreis verkauft werden, d. h. zu einem Preise, der nur limitiert ist durch den Stand der Nachfrage, d. h. der zahlungsfähigen Nachfrage, und diese zahlungsfähige Nachfrage ist von sehr verschiedener Größe und Extension, je nach der Höhe des Preises des zugeführten Produktes. Solche Ausnahme abgerechnet, ... kann das Grundeigentum nur soweit die Aktion der Kapitalien — ihre Konkurrenz — affizieren und paralysieren, als die Konkurrenz der Kapitalien die Bestimmung der Werte der Waren modifiziert. Die Verwandlung der Werte im Produktionspreise ist nur Folge und Resultat der Entwicklung der kapitalistischen Produktion. Das Ursprüngliche ist, für den Durchschnitt, daß die Waren zu ihren Werten verkauft werden. Die Abweichung hiervon in der Agrikultur wird durch das Grundeigentum verhindert." [1])

Diese auf unsere Frage von MARX selbst gegebene Antwort kann schon aus dem Grunde nicht befriedigen, weil sie darauf hinausläuft, die theoretische Operation der Umwandlung der Werte

1) Theorien II_2 S. 111. Die in diesem Zitat (vgl. Kapital III_2 S. 308 bis 309) zum Ausdruck kommende Auffassung, daß ein Monopolpreis nur dort vorliegt, wo der „Wert" überstiegen wird, hat MARX mit RODBERTUS gemein. S. l. Artikel S. 27, wo diese Auffassung als gänzlich unhaltbar gekennzeichnet wird.

in Produktionspreise für den adäquaten Ausdruck eines historischen Prozesses auszugeben. In betreff dieses Punktes ist das Urteil über Marx gesprochen. Theoretiker ganz entgegengesetzter Richtungen, wie Lexis und Böhm-Bawerk, Sombart und Stolzmann, sind in der glatten Ablehnung der These von der geschichtlichen Priorität der Werte gegenüber den Produktionspreisen einig.[1]

1) Vgl. auch die eingehenden und interessanten Betrachtungen von Christian Cornélissen. Théorie de la Valeur. Paris 1903, S. 158—174. Wenn aber die Umwandlung der Werte in Produktionspreise kein wirkliches Geschehen zum Ausdruck bringt, so kann sie als rein theoretische Operation doch ein gewisses Interesse beanspruchen. S. meine Arbeit „Wertrechnung usw.", Archiv für Sozialwiss. und Sozialpol., Bd. 25, S. 473—475. Ich kann daher z. B. Stolzmann nicht beipflichten, wenn er die Verwandlung der Werte in Produktionspreise, ironisierend, „ein Meisterstück logischer Transsubstantiation" nennt. Der Zweck in der Volkswirtschaft. Berlin 1908. S. 550 bis 551. Stolzmann scheint mir nicht genügend beachtet zu haben, daß die Marxsche Konstruktion, von der er absolut nichts wissen will (vgl. S. 566), doch auch bestimmten theoretischen Nöten und nicht bloß der sozialistischen Gesinnung ihres Schöpfers entsprungen ist. Stolzmann nimmt auf dieses Moment der Gesinnung wiederholt Bezug. S. z. B. S. 577ff. Vgl. Die soziale Kategorie in der Volkswirtschaftslehre. Berlin 1896, S. 96. Mit diesen Hinweisen will ich nicht angedeutet haben, daß Stolzmanns Kritik ausschließlich von dergleichen theoriefremden Gesichtspunkten getragen würde. Er bietet im Gegenteil auch dem reinen Theoretiker manches Anregende und Belehrende. Wehren möchte ich mich aber dagegen, das Stolzmann mir eine Vermengung des theoretischen mit dem wirtschafts- und sozialpolitischen Standpunkt vorwirft. In der Vorrede zu seinem „Zweck" (S. XXIV) wiederholt er nämlich die gegen mich seiner Zeit von Böhm-Bawerk erhobene Beschuldigung, ich hätte in meinem Aufsatz über ein Buch Paretos („Die Grenznutzentheorie als Grundlage einer ultraliberalen Wirtschaftspolitik", in Schmollers Jahrbuch 22. Jahrg. S. 1177 ff.) versucht, die Grenznutzentheorie durch willkürliche Heranziehung wirtschafts- und sozialpolitischer Gesichtspunkte zu diskreditieren (v. Böhm-Bawerk, Einige strittige Fragen der Kapitaltheorie. 1900, S. 126). Über das gänzlich Unbegründete dieser Beschuldigung, die nur von jemandem herrühren konnte, der den zitierten Aufsatz nicht gelesen hatte, siehe Schmollers Jahrb. 30. Jahrg. S. 944—945. Nichts liegt und lag mir ferner, als „exoterische" Kritik dieser Art, wie sie mir vorgeworfen wurde, zu treiben. Stolzmann hat sich in diesem Fall etwas unvorsichtigerweise auf Böhm-Bawerk verlassen. Was speziell Stolzmanns Stellung zu der Rodbertusschen Grundrententheorie anlangt, so stimme ich mit ihm nicht nur in der Ablehnung derselben, sondern in der Hauptsache auch in der Art der Gegenargumentation überein. Was ich z. B. im 1. Art. S. 34—35 über die Vorstelluug, daß der Marktpreis nach dem „normalen Wert" „gravitiert", gegen Rodbertus geltend mache, findet sich schon bei Stolzmann, Soziale Kategorie, S. 77.

Man sieht, wie Marx, worauf oben bereits hingewiesen worden ist, sich hier wiederum mit Rodbertus begegnet. Dieser Parallelismus geht aber auch insofern weiter, als beide mit sich selbst in Widerspruch geraten, indem sie auf der einen Seite behaupten, „ursprünglich" wären auch die Bodenprodukte zu ihren Werten verkauft worden, und auf der anderen Seite gerade in bezug auf die Bodenprodukte für die Zeit des anbrechenden Kapitalismus eine Ausnahme statuieren, und zwar in dem Sinne, daß die Bodenprodukte damals in der Regel unter ihrem Wert und, wie Marx hinzufügt, „vielleicht unter ihrem Produktionspreis" verkauft wurden.[1]) Was soll man noch dazu sagen, daß in der Marxschen Erklärung der angeblichen Unmöglichkeit, für den Marktpreis der Bodenprodukte sich über ihren Wert zu erheben, wie ein deus ex machina der auswärtige Kornhandel auf den Plan tritt?

Marx hat also nicht die Spur eines Beweises dafür erbracht, daß dem von ihm konstruierten Begriff der absoluten Grundrente im Sinne eines Überschusses des Wertes über den Produktionspreis der Bodenerzeugnisse irgend etwas Reales in dem Prozeß der Preisbildung entspricht. Durch das „Zugeständnis", daß die absolute Grundrente nicht mit ihrem vollen Betrag in die Erscheinung zu treten braucht, und daß sie demnach nur eine obere Grenze dafür angibt, um wieviel der Marktpreis der Bodenprodukte höher als ihr Produktionspreis stehen kann, ist das, was, in der Meinung von Marx selbst, bei Rodbertus (der, marxistisch gesprochen, die absolute Rente einfach jenem Überschuß gleichgesetze) „Blödsinn" war[2]), zu dem Rang einer wissenschaftlichen Wahrheit nicht erhoben worden.

Marx gegenüber fällt der Kritik noch die Aufgabe zu, zu prüfen, ob nicht aus der von ihm in den Vordergrund gestellten Tatsache, daß der Grundeigentümer nicht gezwungen werden kann, den Grund und Boden umsonst dem Kapital zu Produktionszwecken zu überlassen, die Existenz einer „absoluten Grundrente" in einem allgemeineren Sinne hergeleitet werden kann. Solch eine absolute Grundrente würde mit der Marxschen absoluten Grundrente darin übereinstimmen, daß sie nicht als Ausfluß einer relativ hohen Frucht-

1) Theorien II₂ S. 89—90 und Kapital III₂ S. 331 und 301—302. Vgl. die übrigens gegen Rodbertus gerichteten Ausführungen S. 335—336. Über Rodbertus s. meinen 1. Art. S. 31—32. 2) Theorien II₁ S. 228.

barkeit der betreffenden Bodenklasse oder einer relativ hohen Ergiebigkeit der betreffenden Kapitalanlage erscheinen würde. Aber die Größe dieser absoluten Grundrente wäre in keiner Weise an dem ursprünglichen Wertgesetz orientiert, so daß eine relativ niedrige organische Zusammensetzung des agrikolen Kapitals keine conditio sine qua non ihres Bestehens bzw. Fortbestehens bilden würde.

Die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen eine so verstandene absolute Grundrente in die Erscheinung tritt, ist uralt, aber sie bildet noch heute den Gegenstand lebhafter Kontroversen. An dieser Stelle handelt es sich lediglich darum, ob Marx zur Klärung der so gestellten Frage etwas beigetragen hat, und namentlich, inwiefern er in dieser Beziehung über Ricardo hinausgegangen ist.

Da muß vor allem daran erinnert werden, daß Marx in der Auffassung, wonach das auf dem Boden „letztangelegte" Kapital keine Rente abwirft, mit Ricardo völlig einig ist, und zwar lehren beide, nicht etwa daß das letztangelegte Kapital keine Rente abzuwerfen braucht, sondern daß es keine Rente abwerfen kann.[1])

---

1) Marx sagt (Kapital III₂ S. 298): „Als Schranke wirkt das Grundeigentum nur absolut, soweit die Zulassung zum Boden überhaupt, als zu einem Anlagefeld des Kapitals, den Tribut an den Grundeigentümer bedingt. Hat diese Zulassung stattgefunden, so kann dieser dem quantitativen Umfang (sic) der Kapitalanlage auf gegebenem Bodenstück keine absoluten Schranken mehr entgegensetzen." Aus dieser Stelle wie aus anderen vorher zitierten Äußerungen von Marx (S. 417—418) muß man eben schließen, daß seiner Ansicht nach die Bebauung des Bodens unter der Herrschaft des Kapitalismus immer bis zu jener Grenze ausgedehnt wird, wo keine Rente mehr abfällt. Das steht theoretisch ebenso fest, wie der Satz, daß in der industriellen Produktion ein Überprofit zugunsten eines bestimmten Produktionszweiges auf die Dauer ausgeschlossen ist. Wenn daher Marx gelegentlich sagt (Kapital III₂ S. 297): „Es könnte (anstatt: es muß) Kapitalanlagen geben, die keine Rente abwerfen", so ist darauf kein Gewicht zu legen. Was aber Ricardo anlangt, so war es bislang communis opinio doctorum, daß er die in Frage stehende Auffassung vertritt. Indessen hat neuerdings Diehl die Behauptung aufgestellt, Ricardo hätte die „Ansicht, daß die schlechteste Kapitalanlage auf dem Boden keine Rente ergebe, nur unter der Voraussetzung ausgesprochen, daß noch freier Boden zur Verfügung steht" (Conrads Jahrb. 3. F. 17. Bd. S. 471). Dabei beruft sich Diehl auf eine Stelle der „Principles" (Chap. XVII), die dahin lautet, daß zu einer Zeit, wo kein Kapital mehr vorteilhaft auf die Ländereien angewendet werden kann und deshalb ihr Produkt nicht vermehrt

Etwas anderes ist es, ob auch der schlechteste Boden keine Rente trägt.

Da bietet sich der Betrachtung zunächst der Fall dar, wo noch nicht aller Boden okkupiert ist, und wo die Okkupation jedem freisteht. Daß in diesem Fall der schlechteste Boden keine Rente zahlt, darüber herrscht wiederum Übereinstimmung der Ansichten zwischen RICARDO und MARX.

Was sodann einen Zustand anlangt, in welchem sich der ganze Grund und Boden in Privatbesitz befindet, so ist es hier

---

werden kann, jedes bebaute Grundstück und jede in der Landwirtschaft angelegte Kapitalmenge Rente abwerfen würde. Ganz ähnlich äußert sich RICARDO in einem der folgenden Absätze desselben Kapitels (Deutsche Übersetzung, S. 219—220). Das sind die einzigen Stellen bei RICARDO, die in der Tat eine Einschränkung der These, daß das letztangelegte Kapital nie eine Rente abwirft, zu enthalten scheinen. Aber zunächst besteht diese Einschränkung keineswegs darin, daß freier Boden als vorhanden vorausgesetzt werden muß, damit die These gilt. DIEHL hat sich übrigens selbst in diesem Punkt korrigiert, indem er in seinem später erschienenen Kommentar zu RICARDO sagt (I S. 169), RICARDO setze voraus, „daß entweder noch Boden schlechtester Qualität frei okkupierbar ist, ... oder aber, daß, wenn aller Boden okkupiert ist, die neuen Kapitalzusätze immer noch lohnende Erträge abwerfen". Es fragt sich sodann, ob die in dieser Weise richtiggestellte Voraussetzung RICARDOS wirklich eine sachliche und nicht bloß eine formelle Einschränkung seiner These darstellt. Man denke sich, daß die allgemeine Profitrate auf 15 Proz. steht, und daß sich die unergiebigste Kapitalanlage in der Landwirtschaft mit 17 Proz. verwertet, so daß die überschüssigen 2 Proz. die Rate der Rente darstellen. In diesem Fall würde sich die so bemessene Rente im Sinne RICARDOS dauernd behaupten, wenn kein zusätzliches Kapital mehr „vorteilhaft" in der Landwirtschaft angelegt werden könnte, d. h. wohl so, daß es mindestens 15 Proz. einbringt. Das ist, als hypothetisches Urteil ausgesprochen, absolut richtig. Aber in der Theorie muß man immer annehmen, daß die Ergiebigkeitsgrade der sukzessiven Kapitalanlagen eine kontinuierliche Skala bilden. Demnach wäre der Fall, daß es Kapitalanlagen gibt, die 17 Proz., und auch solche, die z. B. 14 Proz., aber keine Kapitalanlagen, die 15 und 16 Proz. eintragen, von vornherein ausgeschlossen. Also erweist sich jene RICARDOsche Einschränkung, wenn man sie richtig auslegt, als durchaus unverbindlich. Es ist aber immerhin auffallend, das OPPENHEIMER in seiner Polemik gegen DIEHL, bei der es sich gerade um die Frage handelt, unter welchen Vorraussetzungen der letzangebaute Boden und das letztangelegte Kapital nach RICARDO keine Rente tragen, jene Stellen im XVII. Kapital der „Principles" gar nicht berücksichtigt hat. S. FRANZ OPPENHEIMER, David Ricardos Grundrententheorie. Berlin 1909, S. 53ff.

nach Ricardo wohl möglich, aber nicht notwendig, daß der schlechteste in Anbau genommene Boden Rente trägt. Letzteres würde nur unter der Bedingung stattfinden, daß sich das auf dem schlechtesten Boden angelegte Kapital ergiebiger zeigt, als das letztangelegte Kapital auf besserem Boden, der bereits früher in Anbau genommen ist. Die Erwägung, daß diese Voraussetzung hinzutreten müsse, damit auf dem schlechtesten Boden eine Rente zustande kommt, führt Ricardo zu der Aussage, daß schließlich jede Rente, also auch die, welche der schlechteste Boden abwirft, ihrem Wesen nach Differentialrente sei und als solche in den Preis der Bodenprodukte nicht eingehe.

Man möchte nun meinen, daß diese Ricardosche Auffassung von der Grundrente im Zustande vollzogener Okkupation schon insofern in einem krassen Widerspruch zu den Ansichten von Marx steht, als ja dieser immer wieder betont, daß der Grundeigentümer nicht gezwungen werden kann, seinen Grund und Boden dem Kapitalisten unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Demnach wäre nach Marx die Existenz einer Bodenklasse, die keine Grundrente abwirft, überhaupt ausgeschlossen. Es läßt sich jedoch leicht zeigen, daß in Wirklichkeit die Ansichten von Ricardo und Marx in diesem Punkt kaum differieren.

Schon J. S. Mill setzte sich mit dem Einwand der Gegner Ricardos auseinander, die da meinten, auch der schlechteste Boden müsse unter allen Umständen eine Rente abwerfen, weil die Grundeigentümer nicht gestatten würden, daß ihr Land anders als gegen Zahlung in Anbau genommen wird. Diejenigen, führt Mill aus, welche dies als Einwand vorbringen, stellen sich die Sache offenbar so vor, daß die zur untersten Bodenklasse gehörenden Grundstücke jeweils eine zusammenhängende, von Grundstücken höherer Qualität abgetrennte Fläche bilden. In der Regel verhalte sich aber die Sache anders: Grundstücke verschiedener Qualität sind durcheinandergewürfelt und werden zusammen verpachtet. Und so könne es sehr wohl vorkommen, daß die Rente, welche nominell für das ganze Pachtgut gezahlt wird, berechnet ist unter Berücksichtigung des Ertrages nur derjenigen Parzellen, welche zu den besseren Bodenklassen gehören. So sei es wissenschaftlich korrekt zu sagen, daß die übrigen Parzellen keine Rente abwerfen. Der Grundeigentümer müsse

das aber in Kauf nehmen, wenn er überhaupt einen Pächter finden will.[1])

Auch MARX erwähnt, natürlich ohne Bezugnahme auf MILL[2]), diese „Kombination", bei welcher der Pächter für bestimmte Grundstücke keine Rente entrichtet, „nur weil er für den Boden, dessen Akzessorium sie bilden, Rente zahlt".[3]) Allein die Theorie hätte sich um solch eine Kombination nicht zu kümmern; sie müsse vielmehr voraussetzen, daß es sich jeweils um ein Grundstück von bestimmter Bodenqualität handelt, das selbständig bewirtschaftet wird.

Aber selbst wenn man MARX in dieser methodologischen Frage recht gibt, würde aus dem Hinweis auf die Machtstellung des Grundeigentümers, der nicht gezwungen werden könne, ein ihm gehörendes Grundstück unentgeltlich dem Kapital zu überlassen, nur das eine folgen: der Grundeigentümer kann Grundrente fordern. Die Frage ist aber: kann er Grundrente erzwingen? Oder wird nicht vielmehr die Folge seiner Forderungen die sein, daß er keinen Pächter findet, und daß sein Grund und Boden unbebaut bleibt? RICARDO macht die Antwort auf diese Fragen, worauf bereits hingewiesen worden ist, davon abhängig, ob die Bodenklasse, welche in Anbau genommen

1) JOHN STUART MILL, Principles of political economy. Book II. Ch. XVI § 3. Nebenbei bemerkt, bringt MILL den Gedanken, daß der Grundeigentümer seinen Grund und Boden nicht umsonst dem Pächter überlassen wird, als etwas ganz Selbstverständliches vor, was es auch unzweifelhaft ist. Und wenn MARX denselben Gedanken mit Betrachtungen über den Kampf zwischen Kapitalismus und Feudalismus umgibt, so kann man wohl sagen, daß diese historischen Perspektiven hier garnicht am Platze sind. 2) JOHN STUART MILL ist vielleicht derjenige Theoretiker, dem MARX am wenigsten gerecht geworden ist. MARX vermeidet es konsequent, ihn im zustimmenden Sinne zu zitieren, und gefällt sich in einer höhnischen, meist auch sachlich unbegründeten Bekrittelung seiner Lehren. Siehe namentlich den Abschnitt über MILL in dem jüngst erschienenen 3. Band der Theorien über den Mehrwert, S. 230 ff. Vgl. meine Bemerkungen im Archiv f. Sozialw. u. Sozialpol. Bd. 25 S. 451 und 475—476. 3) Kapital III_2 S. 284. Übrigens finden sich nicht im „Kapital", aber in den „Theorien über den Mehrwert" einige Stellen, in denen MARX zuzugeben scheint, daß, auch abgesehen von dieser besonderen Kombination, Fälle möglich sind, in denen der schlechteste Boden keine Rente abwirft. S. II_1 S. 206 und 262 und II_2 S. 75, 93 und 113.

werden soll, mit den letzten Kapitalanlagen auf altem Boden konkurrieren kann oder nicht.

Diese Lösung scheint die einzig logische zu sein. Denn gesetzt z. B., daß diese letztangelegten Kapitalmengen einen Profit von 15 Proz. abwerfen (und das sei auch der Satz, zu dem sich das Kapital in der Industrie verwertet), so müßte mit dem auf dem neuen Boden anzulegenden Kapital etwas mehr, sage 15,1 Proz., erzielt werden können, damit derjenige, der diesen neuen Boden pachtet, in der Lage sei, dem Grundeigentümer eine Rente zu zahlen. Gesetzt weiter, daß zum mindestens 2000 M. pro Hektar auf dem neu in Anbau zu nehmenden Boden angelegt werden müssen, damit die 15,1 Proz. erzielt werden, und daß jede weitere Kapitalanlage nicht mehr als 15 Proz. liefert, so würde die Rente offenbar nicht mehr als 2 M. pro Hektar betragen können. Ebenso würde das Fortbestehen einer so normierten Grundrente auf dem betreffenden Boden an die Bedingung geknüpft sein, daß die in der Landwirtschaft auf besseren Bodenklassen letztangelegten Kapitalmengen bzw. die in der Industrie investierten Kapitalien sich nicht höher als zu 15 Proz. verwerten. Demnach erschiene jene Rente in Höhe von 2 M. als Differentialrente.

Marx sucht sich dieser Konsequenz dadurch zu entziehen, daß er mit einer Motivierung, die hier nicht noch einmal reproduziert zu werden braucht [1], die Rente, die der schlechteste Boden abwirft, sozusagen nur formell Differentialrente sein läßt, im übrigen aber behauptet, sie wäre etwas von der echten Differentialrente Verschiedenes, weil sie in den Marktpreis der Bodenprodukte als besonderer Bestandteil eingehe. Sieht man sich jedoch den Sachverhalt, den Marx hierbei im Auge hat, etwas genauer an, so wird man folgendes finden: wenn die Skala der Ergiebigkeitsgrade verschiedener Bodenklassen und Kapitalanlagen eine kontinuierliche ist, so wird, wie Marx ausführt, der Umstand, daß für die Benutzung derjenigen Bodenklasse, die gerade an der Reihe ist, in Anbau genommen zu werden, eine Rente gefordert wird, den Anlaß zu den letzten stattgehabten Kapitalanlagen auf besserem Boden gegeben haben. Das trifft aber nur insofern zu, als jene geforderte Rente den Charakter einer Prohibitivrente hat,

---

1) Oben S. 417—418.

d. h. es verhindert, daß die betreffende Bodenklasse in Anbau genommen wird. Dadurch wirkt die Rente in der Tat preiserhöhend, aber dies berechtigt doch nicht dazu, sie als Element des Preises zu betrachten, weil es nämlich gar nicht gesagt ist, daß der Preis, der sich mit Rücksicht auf diese geforderte, aber nicht gezahlte Rente bildet, gerade um den Betrag der letzteren höher steht als der Preis, der sich ergeben würde, wenn die Rentenforderung fortfiele. Es ist vielmehr ganz gleichgültig, ob die Rentenforderungen der Grundeigentümer höher oder niedriger sind, wenn sie nur diejenige Höhe erreichen, die genügt, um die Bewirtschaftung der betreffenden Bodenklasse auszuschließen. Sind hingegen diese Forderungen nicht unerschwinglich, und wird daher der in Betracht kommende Boden doch in Anbau genommen, so hört die Rente, welche dieser Boden abwirft, auf, preissteigernd auf die Bodenprodukte zu wirken, und solch eine Wirkung kann nur der Rente zugeschrieben werden, die jetzt für die nächstfolgende Bodenklasse gefordert wird, usw. fort, bis aller Boden in Kultur genommen ist. So verbleibt von der ganzen Marxschen Argumentation, sofern sie sich gegen Ricardos Behauptung richtet, daß alle Rente Differentialrente sei und daher nie preissteigernd wirke[1]), nur dieses: durch unerschwingliche Rentenforderungen

1) Selbstverständlich gilt dieser Satz nur unter der Voraussetzung einer „freien" Preisbildung. Vgl. Lexis im Handwörterbuch der Staatsw. 2. Aufl. 4. Bd. S. 879. Damit die Rente bei freier Preisbildung ihren Charakter als Differentialrente verliert, müßte man sich nicht nur alle Unterschiede der Fruchtbarkeit und der Lage der Grundstücke wegdenken, sondern außerdem voraussetzen, daß die Intensität der Bodenbewirtschaftung ein für alle Male gegeben ist. Auch unter solchen Bedingungen würde bei entsprechendem Stand der Nachfrage nach Bodenprodukten eine Grundrente in die Erscheinung treten. Aber diese „absolute" Grundrente, die eine „Seltenheitsrente" und keine Monopolrente wäre (vgl. Alfred Marshall, Principles of Economics I, 1898, S. 480 Fußnote 1), würde ebensowenig wie die Differentialrente auf den Preis der Bodenprodukte einen Einfluß ausüben. Die einzige Folge ihrer Abschaffung würde die sein, daß, mit Ricardo zu reden, die Pächter in die Lage kämen, wie Herren („gentlemen") zu leben. Preisbestimmend kann die Rente auch in dem Falle nicht wirken, wo die Intensität der Bodenbewirtschaftung von vornherein feststeht, aber Fruchtbarkeits- und Lagedifferenzen vorhanden sind. Nur daß in diesem Fall bei hinreichender Nachfrage absolute Rente und Differentialrente nebeneinander bestehen würden.

sind die Grundeigentümer in der Lage, relativ unfruchtbaren Boden der Kultur zu entziehen und dadurch den Preis der Bodenprodukte in die Höhe zu treiben.

Zwar steht dieser Satz bei Ricardo nicht, aber letzterer würde dessen Richtigkeit kaum anzweifeln, zumal da es sich hierbei höchstens um eine „Vervollständigung" seiner Grundrententheorie in formeller Hinsicht handelt. Es ist nämlich zu bedenken, daß die Grundeigentümer doch nicht aus Malice unerschwingliche, d. h. der gegebenen Marktlage nicht entsprechende Rentenforderungen stellen werden. Sie würden ja dadurch ihren eigenen Interessen entgegenhandeln. So würde in dem vorhin betrachteten Zahlenbeispiel der Grundeigentümer vorziehen, 2 M. pro Hektar zu bekommen als garnichts, und darum ist man in der Theorie nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, von der Voraussetzung auszugehen, daß für einen neu in Anbau zu nehmenden Boden niemals eine Rente gefordert wird, die nicht bedingt wäre durch die größere Ergiebigkeit des auf diesem Boden anzulegenden Kapitals im Vergleich zu den letztangelegten Kapitalien auf altem Boden. [1])

Aber hier muß man sich auf den Einwand gefaßt machen, daß der Grundeigentümer ja nicht aus Arglist, sondern aus dem Wunsch heraus, eigne Bedürfnisse, und zwar Luxusbedürfnisse zu befriedigen, die die Verfügung über den Grund und Boden voraussetzen (wie z. B. das Jagdvergnügen), abgeneigt sein könne, diesen einem Anderen zu Produktionszwecken zu überlassen. [2]) Das ist gewiß richtig, und es ist auch richtig, daß, wenn dadurch gewisse Ländereien der Bebauung entzogen werden, dies preissteigernd auf die Bodenprodukte wirken muß. Jedoch hat dieser

---

1) Auf den Fall, wo aller Boden bewirtschaftet wird, paßt die Marxsche Argumentation (oben S. 418), durch welche bewiesen werden sollte, daß die Rente, die der schlechteste Boden trägt, ihrer wahren Natur nach keine Differentialrente sei, offenbar gar nicht. So beruft sich auch Marx im Zusammenhang mit dieser Argumentation auf die „charakteristische Tatsache, daß in allen zivilisierten Ländern ein verhältnismäßig bedeutender Teil des Bodens stets der Kultur entzogen bleibt", und erklärt diese Tatsache durch das Bestreben der Grundeigentümer, den Preis der Bodenprodukte hoch zu halten, um sich eine größere Grundrente zu sichern. Kapital III $_2$ S. 289—290. Vgl. Theorien II $_2$ S. 111. Als ob, nebenbei bemerkt, die Grundbesitzer koaliert wären! 2) Vgl. Theorien II $_2$ S. 76.

Gesichtspunkt mit der vorhin betrachteten Frage, wie die Rente aufzufassen sei, welche der schlechteste Boden abwirft, gar nichts zu tun: erstens, weil zwecks Befriedigung gewisser Luxusbedürfnisse nicht nur relativ unfruchtbarer, sondern auch relativ fruchtbarer Boden der landwirtschaftlichen Exploitation vorenthalten wird, und zweitens, weil bei allen vorherigen Ausführungen die Frage der landwirtschaftlichen Grundrente in der dem Marxschen Standpunkt entsprechenden Reinheit behandelt worden ist, d. h. unter der Voraussetzung, daß der Boden keine andere Verwendung als zu landwirtschaftlichen Zwecken zuläßt. Hieß es doch, daß der Grundeigentümer nichts als „Geldeinnehmer" ist, der auf das Verpachten des ihm gehörenden Grund und Bodens angewiesen ist.[1])

Auf Grund alles Vorhergehenden kommt man zu einer entschiedenen Ablehnung der Marxschen Lehre von der absoluten Grundrente. Weder in ihrer Verbindung mit der für Marx charakteristischen Unterscheidung zwischen „Wert" und „Produktionspreis", noch losgelöst aus diesem Zusammenhang, bedeuten die Ausführungen von Marx, die der absoluten Grundrente gewidmet sind, eine Förderung der nationalökonomischen Theorie. Aber verkehrt ist es, wenn die Unhaltbarkeit der theoretischen Ergebnisse, zu denen Marx in dieser Spezialfrage gelangt ist, auf das Konto der Grundauffassungen, von denen er ausgeht, nämlich seiner Auffassungen vom Wert und vom Mehrwert, gesetzt werden. Die seitherige Marx-Kritik neigt allzusehr dazu, in der Falschheit des Resultats, hier wie sonst, gewissermaßen eine reductio ad absurdum dieser grundlegenden Vorstellungen zu sehen.[2]) Von einer reductio ad absurdum könnte aber — und das wird, wie es scheint, übersehen — nur unter der Bedingung die Rede sein, daß Marx bei den Konstruktionen und Deduktionen, die sich auf seinen Grundauffassungen aufbauen, keine Inkonsequenzen be-

---

1) Es ist übrigens klar, daß die Verwendung eines Teiles des Bodens als Jagdrevier etc. auch bei Nichtvorhandensein des Privateigentums an Grund und Boden, z. B. in System von Henry George, verteuernd auf die Bodenprodukte wirken würde. 2) K. Diehl, Conrads Jahrb. 3. F. 17. Bd. S. 472. Vgl. Kommentar zu Ricardo I S. 276 ff. Stolzmann, Der Zweck in der Volkswirtschaft, S. 555. Hammacher a. a. O. S. 578–579; vgl. S. 571. F. Oppenheimer a. a. O. S. 239.

gangen hätte, daß sich in seinem System eine Behauptung aus der anderen mit zwingender Logik ergäbe. Wie wenig dieser Forderung bei MARX, speziell in der Theorie der absoluten Grundrente, Genüge geschieht, das dürfte auch aus den Darlegungen dieses Artikels hervorgehen. So sind denn in Wirklichkeit das „ursprüngliche Wertgesetz“, als Hilfsmittel theoretischer Forschung, und die „Abzugstheorie“, welche den Profit und die Grundrente auf die „Mehrarbeit“ zurückführt, durch das Fiasko der MARXschen (wie auch der RODBERTUSschen) Theorie der absoluten Grundrente nicht im geringsten kompromittiert worden.

Die Klassenkampftheorie am Vorabend der französischen Revolution.

Von

Roger Picard. [1]

Sind die Begriffe „Klasse“ und „Klassenkampf“, wie wir ihnen in den modernen kollektivistischen Theorien begegnen, auch schon im 18. Jahrhundert über die Bewußtseinsschwelle getreten? Und in welchem Umfange sind sie bei französischen Schriftstellern am Vorabend der Revolution von 1789 zum Ausdruck gelangt?

Aus dieser Fragestellung ergibt sich klar das Ziel der nachfolgenden Studie. Nicht eine, oft genug schon von anderen unternommene Schilderung der Gleichheitsideen im 18. Jahrhundert soll neuerlich versucht werden. Vielmehr kommt es mir einzig darauf an, unter diesen Ideen diejenigen herauszugreifen, welche dartun, daß ihre Vertreter hinter der politischen Hierachie der drei Stände — Adel, Klerus und Tiers 'Etat — das Vorhandensein wirtschaftlich differenzierter Klassen erkannt haben. Dem Terminus „Klasse“ eignet in der Vulgärsprache nicht minder wie bei den sozialistischen Schriftstellern nur wirtschaftlicher Inhalt, und die zahlreichen Redeformen, in denen er vorkommt, zeigen scharf die verschiedenen Merkmale, an denen man die Gesellschaftsklassen unterscheidet. Die Schriftsteller des 18. Jahrhunderts stellten bereits einander gegenüber classes disponibles et industrieuses, die besitzende und die Lohnarbeiterklasse, die Klasse der Reichen und die der Armen. Und dieser dreifach kategorisierten Gegenüberstellung entspricht die Unterscheidung auf Grund einer Betrachtung der Stellung dieser Klassen in der Erzeugung, Verteilung oder Konsumtion der Güter. — Und in der Tat werden

1) Aus dem französischen Manuskript übersetzt von A. Sz.

vor allem jene der gleichen Klasse angehören, denen bei der Erzeugung des Nationalreichtums dieselbe Rolle zufällt; sie wieder werden sich sodann einerseits in leitend oder ausführend Tätige, anderseits aber nach dem — geistigen oder materiellen — Charakter ihrer Tätigkeit gruppieren. — Gleichermaßen werden auf dem Gebiete der Güterverteilung Klassenunterschiede sich herauskristallisieren — Unterschiede, auf welche die Sozialisten am nachdrücklichsten hinweisen. Hier wird die Klassenzugehörigkeit durch den Rechtsanspruch auf einen gewissen Teil des Ergebnisses der gesellschaftlichen Gesamtproduktion sowie durch das Maß dieses Anspruchs bedingt: die mit im großen Ganzen gleichem Bezugsrecht Ausgestatteten gehören derselben Klasse an. — Schließlich wird die Klassenbildung noch durch einen dritten Faktor beeinflußt, nämlich durch die Gewohnheiten der Konsumtion, die sich auch unter solchen verschieden gestalten, die insgesamt in der Produktion bloß die Rolle ausführender Arbeiter spielen und dabei auf dem Maße nach gleichen Lohnbezug angewiesen erscheinen.

Hält man die genannten Elemente der Klassenbildung — die Rolle in der Produktion, der Rechtstitel, auf Grund dessen sich der Anteil am Ergebnis der letzteren bestimmt, die Gewohnheiten, von denen die Konsumtionsgestaltung abhängt — fest, so kann man als Klasse definieren jede Gruppe von Menschen mit gemeinsamen materiellen und geistigen Interessen, die sich deutlich von denjenigen des Gesellschaftsganzen abheben, von dem die Gruppe einen Teil ausmacht. Der Einfachheit halber wird man die Gesellschaft in zwei große Klassen spalten, nämlich, um in der Sprache der Schriftsteller zu reden, die den Gegenstand unserer Untersuchung bilden: auf der einen Seite die disponible Klasse, die an der ständigen Arbeit der Güterzeugung unbeteiligt und daher für die leitenden Funktionen frei ist, die Besitzer oder Eigentümer von Boden und Kapital, die sich behaglicher oder gar vornehmer Lebenshaltung erfreuen; anderseits die arbeitende Klasse, d. h. alle diejenigen, die beruflich der Rohstoff- oder gewerblich-industriellen Produktion zugewandt sind, die von Lohn leben, weil sie über keine andere Subsistenzmöglichkeit verfügen, die arm sind, weil der Lohn unvermeidlich auf den Notbedarf sich beschränkt.

Diese beiden Klassen mit ihren so entgegengesetzten Interessen und mit ihrer so verschiedenen Lebensführung hat KARL MARX in allen Epochen der Geschichte gefunden. Für ihn waren der Sklave der Antike und der mittelalterliche Leibeigene ebenso die Vorläufer des modernen Proletariers, wie Patrizier und Feudalherren Vorläufer der Kapitalisten unserer Zeit. Ihre Kämpfe bedeuteten in seinen Augen nur einen und denselben Kampf, fortgesetzt von Kämpfern derselben Art um ähnliche und zwar um Interessen, die trotz oft entgegengesetzten Anscheins stets wirtschaftlichen Inhaltes waren. Er zeigte, daß die sozialen Gesetze, die immer nur von der herrschenden Klasse geschaffen wurden, immer auch nur auf deren Sondervorteil zugeschnitten waren, und er zog hieraus den Schluß, daß der diesen Gesetzen von der klassischen Nationalökonomie vindizierte natürliche und gewissermaßen providentielle Charakter ihnen durchaus abgehe.

Diese Klassenkampftheorie nun wird von den französischen Ökonomisten und Philosophen des 18. Jahrhunderts bereits vorausgeahnt und sogar schon formuliert. Sie tritt uns auch in den aus Anlaß der Einberufung der Generalstände von 1789 erschienenen populären Schriften entgegen. Bevor wir jedoch hierauf eingehen, soll in raschen Umrissen gezeigt werden, daß die ökonomische Entwicklung und die Rechtsauffassungen jener Zeit in sich bereits die Voraussetzungen enthielten für eine Herausarbeitung der Tatsache der Klassenscheidung nach ökonomischen Gesichtspunkten sowie des Klassenkampfes.

* * *

Im 18. Jahrhundert beginnt in der Tat der dritte Stand sich in zwei deutlich unterschiedene Teile mit einander entgegengesetzten Interessen zu sondern. Solange das Zunftwesen fast alle gewerbliche Tätigkeit umfaßt, unterscheidet sich zweifellos die Lage des Meisters sehr wenig von der des Gesellen und Arbeiters. Die zunftmäßig organisierten Handwerker, die bloß für den örtlichen Absatz erzeugten, konnten keine beträchtlichen Reichtümer erwerben. Der Lohn des Arbeiters kam im wesentlichen dem Gewinn des Meisters gleich. Außerdem nahm wie dieser auch jener an der Verwaltung der Zunft teil; beiden eignete in den Versammlungen, in denen die Zunftstatuten geregelt,

die Rechte und Pflichten der Zunftangehörigen festgesetzt wurden, gleiche Macht. Seit dem 16. Jahrhundert jedoch ändert sich die Sachlage rasch und gründlich. Der Gewinn der Unternehmer steigt parallel zur Ausdehnung des Marktes und zur Vervollkommnung der Technik. Zugleich streben sie nach der Alleinleitung des Handwerks, um ein allzu hohes Steigen der Löhne hintanzuhalten. Sie erreichen auch dieses Ziel, sei es, indem sie die Lehrzeit verlängern, sei es, indem sie fortan die Erlangung der Meisterschaft so kostspielig gestalten, daß sie nur ihren Söhnen (denen der größte Teil der Kosten nachgesehen wird) möglich bleibt. So entsteht denn im Schoße der Zünfte selbst eine Klasse von Arbeitern, die sich jeder Hoffnung auf Änderung ihrer Lage beraubt sieht. Als erste ist sich die Kasse der Meister ihrer eigenen Natur bewußt geworden. Durch ihr Verhalten trägt sie nun dazu bei, die Klasse der proletarischen Arbeiter zu entwickeln.

Allein mehr und mehr erfährt die Jurisdiktion des Zunftwesens über das Gewerbe Einschränkung. Vor allem deshalb, weil sie geographisch in dem Sinne begrenzt war, daß die Zunftorganisation nur in den Städten und auch da nicht allgemein, sondern nur in den „villes jurées“ bestand; außerdem waren viele Handwerker unzünftig geblieben; endlich entwickelte sich die Großindustrie stets außerhalb des Zunftwesens. Aber auch hier wieder entsteht rasch der vierte Stand, das arbeitende Proletariat gelangt bald zu klarem Bewußtsein seiner Kräfte und erprobt dieselben wieder und wieder durch Streik und Koalition.

Seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts treten umfangreiche Unternehmungen auf den Plan, die große Kapitalien und eine zahlreiche Hilfsarbeiterschaft erfordern: Hammerwerke im Creusot und an der Loire, Gießereien im Osten, Glashütten in Lothringen, Tuchmanufakturen in der Normandie und in Languedoc usw.

In demselben Maße, in dem so in allen Teilen des Landes die Fabriken erblühen, erscheint und entwickelt sich gleichzeitig auch die Arbeiterklasse, von deren damals allüberall gleich traurigen Lebensbedingungen, niederen Löhnen und geringer Konsumfähigkeit uns die Forschungen der französischen Wirtschaftshistoriker genaue Kunde geben.[1]) Auch schon damals kommt es

1) Vgl. vornehmlich G. D'AVENEL, Histoire de la propriété, des salaires et des prix. Paris 1904.

häufig zu Arbeitseinstellungen: aus den gleichen Gründen wie in unseren Tagen und mit Anwendung derselben gewaltsamen oder friedlichen Methoden. Im Jahr 1716 streiken die Arbeiter der Van Robais, der reichen Tuchweber von Abbeville, um eine Lohnerhöhung zu erzielen. Das Personal der Papierfabrikanten und Luftschiffer MONGOLFIER tritt in den Ausstand, weil Arbeiter entlassen worden sind, die der Aufwiegelung ihrer Genossen verdächtig sind. Anderwärts richten sich die Arbeiterkoalitionen gegen das Trucksystem oder gegen unliebsame Werkstättenordnungen. Zur Erreichung ihres Zweckes aber greifen die Arbeiter zu Gewalt oder Boykott, sei es gegen die Unternehmer, sei es gegen jene Kameraden, die sich weigern, an der Bewegung teilzunehmen. Aber auch an friedliche Mittel wird gedacht, wie z. B. an die Anrufung des Schiedsspruchs von Intendant oder Handelskammer, wie es 1730 die Tuchweber von Louviers taten. Auf der anderen Seite verhielten sich auch die Unternehmer und die Regierung nicht anders als heutzutage. Die Führer wurden gefänglich eingezogen und zu harten Strafen (mitunter zum Galgen) verurteilt, die Arbeiter wurden gezwungen, zur Arbeit zurückzukehren. So gelangten die Arbeiter zum Gefühl der Klassenzusammengehörigkeit teils dadurch allein schon, daß ihrer viele einem großen Betriebe eingegliedert waren, teils durch den gemeinsamen Widerstand gegen Mißbräuche, deren Opfer sie waren. Vornehmlich aber erfährt ihr Klassenbewußtsein durch ihre Koalitionen Stärkung. Denn die Arbeiterverbände waren, wenngleich von den Machthabern verboten und verfolgt, immer zahlreich und betätigten sich, wie wir seit langem wissen, auf den Gebieten der Arbeitsvermittlung und gegenseitiger Unterstützung. [1])

Die ökonomische Entwicklung war jedoch nicht die einzige Ursache, die in der Richtung allmählicher Sonderkonstituierung der Arbeiterschaft wirkte und in den Schriftstellern jener Zeit die Vorstellung von deutlich unterschiedenen und einander feindlichen Klassen wachrief. Auch die Gesetzgebung und der Geist, von dem sie beherrscht wurde, wenn es die Regelung von Arbeiterangelegenheiten galt, mußten zum gleichen Ergebnis führen und

---

1) Vgl. insbesondere ETIENNE MARTIN SAINT-LÉON Histoire du compagnonage, Paris 1909.

dasselbe noch verschärfen. Die Industriegesetzgebung des Ancien régime war von dem Bestreben diktiert, das wirtschaftliche Gedeihen des Reiches und die öffentliche Ruhe sicherzustellen. Sie konnte daher weder eine Hemmung der Produktion noch eine Störung der Ordnung durch die Arbeiter zulassen. Dementsprechend erscheint dem Arbeiter jedes Recht zur freien Verfügung über seine Arbeitskraft genommen. Sein Verhältnis zum Arbeitgeber ist ein polizeilich geregeltes. Er hat in den Augen der Staatsgewalt, soweit diese sich um ihn kümmert, nur Pflichten. Rechte und Interessen, die geschützt werden müssen, hat nur der Unternehmer. Alle gesetzlichen und Verwaltungsnormen, die sich auf die Welt der industriellen Tätigkeit beziehen, sind vor der Revolution von diesem Geist erfüllt, und die Regierung nimmt daher regelmäßig bei Konflikten zwischen Arbeitern und Unternehmern für diese und gegen jene Partei. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn das Patent vom 2. Januar 1749, das den Arbeitern untersagt, ihre Werkstätten zu verlassen und in der Fremde Arbeit zu suchen, ihnen zugleich auch ausdrücklich verbietet, ihre Arbeitgeber „auf welche Weise immer daran zu hindern, daß sie sich ihre Arbeiter selbst wählen, sei es in Frankreich, sei es auswärts“. Endlich waren die Koalitionen und Arbeiterverbände ebenso entschieden verpönt wie gewaltsam unterdrückt.

* * *

Angesichts solch einseitiger Parteinahme der Gesesetzgebung und einer wirtschaftlichen Entwicklung, die so offenbar auf eine Trennung der Unternehmer von den Arbeitern hinzielte, konnten die Ökonomisten und Philosophen nicht umhin, die Theorie von den Klassen und dem Klassenkampf zu formulieren. Doch geschieht dies ziemlich spät, und sie verweilen nicht lange dabei. So lebhaft und eindringlich VAUBAN, LOCKE und BOISGUILLEBERT die Gesellschaft kritisieren: dieser Vorstellungskreis bleibt ihnen noch fremd. Erst in den Spekulationen der Physiokraten stößt man auf jene Theorieen, in denen die ökonomischen Funktionen innerhalb der Gesellschaft als einander nicht bloß untergeordnet, sondern entgegenwirkend aufgezeigt werden: QUESNAY und d'HOLBACH erst legen dar, wie aus der Arbeitsteilung die Klassen entspringen. Hauptsächlich aber in den Werken der Aufklärungsschriftsteller

und Enzyklopädisten hat man den wahren Ausdruck der Klassen- und Klassenkampftheorie im 18. Jahrh. zu suchen.

Einige, wie VOLTAIRE und RAYNAL, sehen wohl die Tatsache, halten sie jedoch für unvermeidlich und bequemen sich ihr an. VOLTAIRE erklärt: „Il est impossible, dans notre malheureux globe, que les hommes vivant en société ne soient pas divisés en deux classes: l'une de riches qui commandent, l'autre de pauvres qui servent“ [1]). Und der gleichfalls bürgerlich konservative Verfasser der „Histoire philosophique des Deux-Indes“ erkennt wohl die sozialen Folgen des Eigentumsrechtes, erachtet sie aber als für den ökonomischen Fortschritt nützlich. „Les riches et les pauvres — meint er — forment deux classes de citoyens malheureusement opposées. Partout les riches voudront obtenir beaucoup du pauvre à peu de frais, partout le pauvre voudra mettre son travail à haut prix, et le riche fera toujours la loi dans ce marché trop inégal“. [2])

MABLY dagegen verurteilt das Eigentum, in dem er die Quelle der Spaltung der Menschen in Klassen und alle Ungerechtigkeit in den Gesetzgebungen erblickt. „La propriété — ruft er aus — nous partagea en deux classes, en riches et en pauvres. Les premiers préféreront toujours leur fortune domestique à celle de l'Etat, et les seconds n'aimeront jamais un gouvernement et des lois, qui permettent qu'ils soient malheureux. [3])

Die bisher genannten Schriftsteller gehen bei ihrer Betrachtung von der Güterverteilung, von dem Anteil der Gesellschaftsmitglieder an dem Gesamtreichtum aus. Auf dem gleichen Standpunkt befindet sich auch noch DIDEROT, wenn er erklärt, er ziehe ein geringeres, aber gleichmäßig verteiltes Produktionsergebnis einem größeren vor, wenn dieses durch seine ungleichmäßige Verteilung das Volk in zwei feindliche Klassen trennt. [4])

HELVETIUS denkt ebenso und konstatiert mit Bitterkeit, daß die Nation in „Bedrücker und Bedrückte zerfällt, in Räuber und

---

1) Dictionnaire philosophique, Artikel „Egalité.“ 2) Vgl. RAYNAL, Histoire philosophique des Deux-Indes. 1770. L. XVIII, ch. 5 Vgl. auch MERCIER, Tableau de Paris (1781), im Kapitel: Capitalistes. — Auch an anderer Stelle bringt RAYNAL nur wenig abweichende Ansichten zum Ausdruck. 3) MABLY, De la législation ou principes des lois. 2. Bde. 1776. I. S. 100. 4) Encyclopédie, Artikel „Homme“.

Beraubte“. Wenn aber, fragt er sich, die Räuber die Minderzahl bilden, warum unterliegen sie nicht der Übermacht der Mehreren? Welchem Umstand verdanken sie ihr Heil? Und er antwortet mit dem Hinweis auf die Unmöglichkeit für die Beraubten, sich untereinander zu verständigen.[1]) Kommt einst der Tag, an dem die Beraubten zur Erkenntnis ihrer Lage und zum Bewußtsein ihrer Macht gelangen, so wird der Kampf der Klassen losbrechen. Doch der Tag ist fern. Denn betrachtet man die beiderseitige Stellung von Arm und Reich in der Produktion und nicht mehr allein in der Güterverteilung, so erkennt man, daß die Armen tatsächlich die Sklaven der Reichen sind, und daß der Interessengegensatz zwischen ihnen nicht zu mildern ist. „C'est se jouer de la raison, meint MABLY, que de prétendre que tout homme est libre dans les pays où le citoyen emploie un autre citoyen pour le servir et le condamne aux emplois les plus vils et les plus durs pour l'humanité.[2])

Viel schärfer drückt sich LINGUET aus, bei dem wir die Gleichstellung des Arbeiters mit dem antiken Sklaven, die MARX zum Nachweis seiner These von der Permanenz des Klassenkampfes aufgenommen hat, vollentwickelt finden. Die Arbeiter sind die „Sklaven der Armut“, hatte MABLY gesagt, und LINGUET ergänzt diese Behauptung mit den Worten: „Ils gémissent sous les haillons dégoutants qui sont la livrée de l'indigence. Ils n'ont jamais part à l'abondance, dont leur travail est la source .... Ce sont là les domestiques qui ont véritablement remplacé les serfs parmi nous; c'est sans contredit une très nombreuse et la plus nombreuse portion de chaque nation. S'il s'agit d'examiner quel est le gain effectif que leur a procuré la suppression de l'esclavage, je le dis avec autant de douleur que de franchise: tout ce qu'ils ont gagné, c'est d'être à chaque instant tourmentés par la crainte de mourir de faim, malheur dont étaient du moins exempts leurs prédécesseurs de ce dernier rang de l'humanité“.[3]) Hinter dem schwulstigen Stil schimmert deutlich die seither oft wiederkehrende geschichtliche Feststellung durch: der moderne Arbeiter hat seine Freiheit mit dem Elend bezahlt, und er hat keinen

1) HELVETIUS, De l'homme, in den Oeuvres complètes. London 1781; IV. S. 127, 190. 2) MABLY, Droit public de l'Europe (Oeuvres. VI 482). 3) LINGUET, Théorie des lois civiles. London 1767. III. 463, 464.

Gewinn von dieser Freiheit, die den Unternehmer der Verantwortlichkeit enthebt, wie sie dem antiken Sklavenhalter oblag. Und wieder ist es LINGUET, der uns diesen Widersinn einer Freiheit auseinandersetzt, die ärger ist als Sklaverei. Er tut es, indem er den Klassenkampf der Betrachtung unterwirft.

Nach der Befreiung des Leibeigenen — führt er aus — „fand sich die Gesellschaft in zwei Teile geteilt: auf der einen Seite die Reichen, die Besitzer des Geldes, die konsequenterweise auch die Besitzer der Lebensmittel waren und sich daher das ausschließliche Recht anmaßten, die Höhe des Lohnes für die Arbeit zu bestimmen, die jene Güter erzeugte; auf der anderen Seite die isolierten Tagelöhner, die sich schutzlos willkürlicher Ausbeutung durch die Habsucht preisgegeben sahen, weil sie nun niemand mehr gehörten, keine Herren und infolgedessen keine Beschützer hatten, in deren Interesse es lag, sie zu verteidigen, ihnen zu helfen“.[1]) Mehr als einmal kommt er auf diese Gedanken in den „Annales“ zurück, die er durch 15 Jahre (1777—1792) mit so scharfer Feder redigierte.

Aber auch ruhigere Geister, die weniger als LINGUET sich von sozialistischer Polemik fortreißen ließen, TURGOT und NECKER, haben die Spaltung der Gesellschaft in wirtschaftlich unterschiedene Klassen mit einander entgegenstehenden und unversöhnbar gegensätzlichen Interessen erkannt. Mit ihnen werden wir diese Studie über die soziale Literatur des 18. Jahrh. schließen, denn in ihnen finden wir die größte Kraft und Klarheit.

Bei TURGOT[2]) erscheinen in einer ersten und derselben Klasse Ackerbauer und Handwerker vereinigt, die sich darin gleichen, „daß sie kein Einkommen besitzen und beide von dem Lohn leben, der ihnen aus dem Bodenertrag gezahlt wird“. In eine andere Klasse reiht er sowohl Grundbesitzer als Kapitalisten. Die Klasse der Landwirte, erklärt er, teilt sich in 2 Gruppen: Unternehmer oder Kapitalisten, die das Geld vorstrecken, und einfache Lohnarbeiter.[3]) Und in der Industrie ist es ebenso. „Die ganze Klasse, die damit beschäftigt ist, für die verschiedenen

1) LINGUET, Annales politiques, civiles et litteraires du 18e siècle. T. I. 94.
2) TURGOT. Réflexions sur la formation et la distribution des richesses. 1766. — Ich zitiere nach der Ausgabe von DAIRE. Oeuvres de TURGOT. 2 Bde. Paris 1844. 3) TURGOT, Refléxions a. a. O. I. 15.

Bedürfnisse die unendlich mannigfaltige industrielle Arbeit zu leisten, zerfällt also in zwei Unterabteilungen: der Unternehmer, Manufakturisten, Fabrikanten, die sämtlich im Besitze großer Kapitalien sind, dieselben vorschießen und so nutzbar machen, und die einfachen Arbeiter, denen einzig ihre Arbeitskraft eignet, die nichts einsetzen als ihre Arbeit, und die nichts gewinnen als ihren Lohn“ [1]).

Man erkennt leicht die Bedeutsamkeit des Zitats. In diesen Worten TURGOTS sind die beiden Klassen der Kapitalisten und Arbeiter mit den Merkmalen gekennzeichnet, die ihnen, sei es in der Produktion, sei es in der Verteilung der Güter eigentümlich sind. Der Arbeiter arbeitet um des Lohnbezugs willen, der Unternehmer zahlt ihm diesen Lohn als Preis einer Arbeit, die ihm sein Einkommen verschafft. Und TURGOT gelangt beinahe zu einer Formulierung der Mehrwertstheorie: „Il faut bien que l'homme qui travaille gagne sa subsistance, puisque c'est le seul motif qui l'engage à travailler; il faut bien que celui qui le fait travailler lui donne cette subsistance et achète par ce moyen le travail du salarié, puisque sans ce travail il ne pourrait ni avoir un revenu, ni en jouir“. [2])

Endlich skizziert er auch bereits die Umrisse des ehernen Lohngesetzes, dieses lebendigsten Ausdrucks des Klassenkampfes, wenn er darlegt, daß infolge der Konkurrenz der Arbeiter untereinander und der wirtschaftlichen Übermacht der Kapitalisten „es dahin kommen muß und auch tatsächlich dahin kommt, daß der Lohn für jegliche Art von Arbeit auf das für die Subsistenz des Arbeiters Unentbehrliche beschränkt erscheint“. [3])

Noch lebhafter ist NECKER durch die Spaltung der Klassen und deren Gegensatz erregt [4]): „En arrêtant sa pensée — schreibt er — sur la société et sur ses rapports, on est frappé d'une idée générale, qui mérite bien d'être approfondie, c'est que presque

---

1) Ebenda I, 41. 2) TURGOT, Septième lettre sur la liberté du commerce des grains. A. a. O. I. 234 „En tout genre de travail, il doit arriver et il arrive en effet, que le salaire de l'ouvrier se borne à ce qui lui est nécessaire pour lui procurer la subsistance“. 3) TURGOT, Réflexions a. a. O. I. 10. 4) Vgl. NECKER, Sur la législation et le commerce des grains. 1775. Ich zitiere nach der GUILLAUMIN'schen Ausgabe der Mélanges d'économie politique, II. Bd. Paris 1848.

toutes les institutions civiles on été faites pour les propriétaires". [1]) Hier sehen wir den Beginn einer wirtschaftlichen Erklärung sozialer Tatsachen. NECKER behauptet, die staatlichen Einrichtungen und Gesetze seien zum Schutze gewisser Interessen, nämlich derjenigen der besitzenden Klassen, geschaffen worden, und er beschreibt ausführlich die Methoden der Kapitalisten zur Unterjochung der Arbeiter und all das, was späterhin MARX als Klassen-Macchiavellismus bezeichnet hat.

Die Reichen sind für NECKER „die großen Gesetzgeber der Bezahlten, auf Lohn Angewiesenen", weil ihr Kapital ihnen erlaubt, zu warten und ihre Bedingungen zu diktieren, die der Arbeiter unter dem Druck der Not und der Konkurrenz anzunehmen gezwungen ist. [2]) Selbstverständlich haben die Besitzenden nur ihre eigenen Interessen im Auge, wenn sie die Lage der Proletarier regeln. Wenig kümmert sie, daß etwa der Preis der Lebensmittel steigt, sie erhalten desungeachtet den Lohntarif aufrecht. Dann aber „entsteht zwischen diesen beiden Gesellschaftsklassen eine Art stummen, aber furchtbaren Kampfes, in dem die Zahl der Unglücklichen nicht festzustellen ist, in dem der Starke den Schwachen unter dem Schutz der Gesetze unterdrückt, in dem der Besitz mit dem ganzen Gewicht seiner Vorrechte den niederzwingt, der von seiner Hände Arbeit lebt" [3]).

In diesem Kampf, „in dem für den einen sein und seiner Familie Leben auf dem Spiele steht, für den anderen dagegen nicht mehr als eine Vergrößerung im Anwachsen seines Überflusses", zieht der Arbeiter immer den kürzeren. Denn will er nicht sterben, so muß er sich den Bedingungen des Arbeitgebers fügen. Dieser „begnügt sich damit, den Notbedarf des von ihm Verwendeten zu überschlagen, ohne zu beachten, daß hinter dem Unglücklichen Frau und Kinder stehen, die er ernähren soll". „So wächst das Elend durch das Elend selbst". [4])

Wir haben hier die Theorie der stetig wachsenden Verelendung, die ebenso wie die Theorie der Proletarisierung eine tatsächliche Folge des Klassenkampfes ist. „Ce n'est point en raison de leurs richesses ni en raison d'aucun principe d'équité que les

---

1) A. a. O. S. 357. 2) Ebenda. 3) Ebenda S. 227, 270. 4) Ebenda S. 241.

toutes les institutions civiles on été faites pour les propriétaires". [1]) Hier sehen wir den Beginn einer wirtschaftlichen Erklärung sozialer Tatsachen. NECKER behauptet, die staatlichen Einrichtungen und Gesetze seien zum Schutze gewisser Interessen, nämlich derjenigen der besitzenden Klassen, geschaffen worden, und er beschreibt ausführlich die Methoden der Kapitalisten zur Unterjochung der Arbeiter und all das, was späterhin MARX als Klassen-Macchiavellismus bezeichnet hat.

Die Reichen sind für NECKER „die großen Gesetzgeber der Bezahlten, auf Lohn Angewiesenen", weil ihr Kapital ihnen erlaubt, zu warten und ihre Bedingungen zu diktieren, die der Arbeiter unter dem Druck der Not und der Konkurrenz anzunehmen gezwungen ist. [2]) Selbstverständlich haben die Besitzenden nur ihre eigenen Interessen im Auge, wenn sie die Lage der Proletarier regeln. Wenig kümmert sie, daß etwa der Preis der Lebensmittel steigt, sie erhalten desungeachtet den Lohntarif aufrecht. Dann aber „entsteht zwischen diesen beiden Gesellschaftsklassen eine Art stummen, aber furchtbaren Kampfes, in dem die Zahl der Unglücklichen nicht festzustellen ist, in dem der Starke den Schwachen unter dem Schutz der Gesetze unterdrückt, in dem der Besitz mit dem ganzen Gewicht seiner Vorrechte den niederzwingt, der von seiner Hände Arbeit lebt" [3]).

In diesem Kampf, „in dem für den einen sein und seiner Familie Leben auf dem Spiele steht, für den anderen dagegen nicht mehr als eine Vergrößerung im Anwachsen seines Überflusses", zieht der Arbeiter immer den kürzeren. Denn will er nicht sterben, so muß er sich den Bedingungen des Arbeitgebers fügen. Dieser „begnügt sich damit, den Notbedarf des von ihm Verwendeten zu überschlagen, ohne zu beachten, daß hinter dem Unglücklichen Frau und Kinder stehen, die er ernähren soll". „So wächst das Elend durch das Elend selbst". [4])

Wir haben hier die Theorie der stetig wachsenden Verelendung, die ebenso wie die Theorie der Proletarisierung eine tatsächliche Folge des Klassenkampfes ist. „Ce n'est point en raison de leurs richesses ni en raison d'aucun principe d'équité que les

1) A. a. O. S. 357. 2) Ebenda. 3) Ebenda S. 227, 270. 4) Ebenda S. 241.

propriétaires fixent le prix de leurs denrées et celui du travail qu'on consacre à leur usage; c'est en raison de leur force, c'est en raison de la puissance invincible que les possesseurs des subsistances ont sur les hommes sans propriété.[1])

Das Los der Proletarier ist denn auch, stellt Necker fest, in der ganzen Welt dasselbe. Überall hat man ausgerechnet, was sie gerade unbedingt zum Leben benötigen, um den Lohn hierauf zu beschränken; und fände man eine Substanz, die den Arbeiter durch 48 Stunden ernähren könnte, so würde er auch nur einmal in zwei Tagen essen. Nirgends hebt sich ihre Lage mit dem Überfluß, der sie umgibt. Ja, die Maßnahmen, die zur Erhöhung der Löhne ergriffen werden, schlagen sogar, sind sie von dauernder Wirkung, sehr bald zugunsten der Unternehmer aus: „Ce sont des lions et des animaux sans défense, qui vivent ensemble; on ne peut augmenter la part de ceux-ci qu'en trompant la vigilance des autres et ne leur laissant pas le temps de s'élancer".[2])

Mit diesem Vergleich erhärtet Necker die weiter oben zitierte Behauptung, daß in der herrschenden Gesellschaftsordnung die Gesetze entweder von vornherein zum Vorteil der Besitzenden geschaffen oder doch in deren Interesse ausgenützt werden.

Man sieht die Schriftsteller, die im 18. Jahrh. unterhalb der alten politischen Gruppierung der Gesellschaft die wirtschaftlich bedingte Spaltung der Nation in einander opponierende Klassen erkannt haben, sind ziemlich zahlreich, und ihre Beobachtungen sind genau genug, um schon die Umrisse zur Theorie des Klassenkampfes zu erkennen.

* * *

Um dieselbe Zeit begann auch im Volke selbst das Klassengefühl hervorzutreten. Wir haben gesehen, daß es im Laufe des 18. Jahrh. an Arbeiterkoalitionen zum Kampf gegen die Unternehmer nicht gefehlt hat. Als die Nation aufgefordert wurde, Abgeordnete für die Generalstände von 1789 zu wählen und ihre Beschwerdeschriften abzufassen, wurde dieses Klassengefühl neuerdings geweckt. Und zwar umso lebhafter, als die Einberufungsedikte nur die korporativ organisierten Individuen zur Abstimmung

1) Ebenda S. 347/348. 2) Ebenda S. 349.

und zur Formulierung ihrer Beschwerden zuließen, die Masse der Arbeiter aber, als außerhalb korporativer Organisation stehend, von der Bewegung ausschlossen.

Während die den liberalen Berufen sowie die in Industrie und Handel tätige Bourgeoisie die Gelegenheit hat und ausnützt, um ihre Stimme zu erheben, wird die Arbeiterschaft, der vierte Stand, wie sie sich schon selbst bezeichnet, nicht gefragt. Sie hat keinen anderen Weg, als ihre Wünsche, Bittschriften und Beschwerden in die im Chatelet und im Rathaus angebrachten Büchsen zu werfen, die zur Aufnahme der Wünsche sämtlicher Bürger offenstehen. Aber in den populären Schriften, die so an die Generalstände gerichtet wurden, findet sich der große Protest des so ungerechterweise bei Seite geschobenen vierten Standes. Eine ganze Literatur ist da vorhanden, deren Untersuchung merkwürdige Aufschlüsse geben könnte, und welche die Ideen der Philosophen und der Ökonomisten über den Klassenkampf aufnimmt und weiter entwickelt.[1] Die „Pétition de 150000 ouvriers et artisans de Paris" beschwert sich über die Ausschließung des Volks von der Wahl mit der Frage: „Sind wir nicht auch Männer, Franzosen, Bürger"? Und in den im Namen der Handlanger, Taglöhner, Gesellen und anderer, die jedes Besitzes bar sind, vorgebrachten „Doléances du pauvre peuple" wird darüber geklagt, daß die Volksvertreter nur aus der Zahl der Besitzenden gewählt werden. Daran knüpft sich die Forderung, daß man deutlicher unter den Klassen unterscheide.

„Nous appartenons à la vérité, heißt es in dieser Schrift, à l'ordre du tiers-état . . . mais parmi les représentants qui ont été choisis, il n'en est aucun de notre classe, et il semble que tout a été fait en faveur des riches".

Hier wird also ausdrücklich die „Klasse" dem „Stande" gegenübergestellt. Die Reichen, wird ausgesprochen, sind unfähig, die Armen zu vertreten. Und der „Cahier du IVe ordre, celui des pauvres journaliers etc." fordert, „daß diese ungeheure Klasse

---

1) Man vgl. z. B. mit Necker: die „Doléances d'un pauvre diable pour servir de ce qu'on voudra aux prochains Etats-généraux", sowie die „Réflexions d'un citoyen aux notables sur la question posée par un grand roi: En quoi consiste le bonheur du peuple et quels sont les moyens de les lui procurer? (von Gosselin. 1789).

der Lohnarbeiter und Tagelöhner, diese Klasse, die soviel Vorstellungen vorzubringen hat, auch von Rechtswegen als vierter Stand, den sie ja in der Tat bildet", anerkannt werde.

Des ferneren wird in diesem Cahier darauf hingewiesen, wie es unmöglich sei, daß Bourgeois die Interessen der Arbeiter verteidigen, da sie gerade mit ihnen über diese Interessen im Streit lägen. „Je demanderai enfin aux députés des villes commerçantes — heißt es endlich dort — si des fabricants, forcés de prendre leur bénéfice entre le prix de la matière première et le taux de la vente aux consommateurs, ne sont pas continuellement occupés à restreindre le salaire de l'ouvrier, à calculer sa force, ses jouissances, sa misère et sa vie, et si l'intéret qu'ils ont à conserver cet état de choses n'est pas directement opposé aux réclamations du IVe ordre?"

Doch genug der Zitate aus der populären Broschürenliteratur von 1789! Sie sind charakteristisch und deutlich genug, um zu beweisen, daß das Klassenbewußtsein im französischen Proletariat bereits am Ende des 18. Jahrh. wach war. Und man geht kaum fehl, wenn man das Auftreten dieser Gedankenreihen und Gefühle ebensowohl in der zeitgenössischen sozialen Literatur wie bei den populären Schriftstellern einerseits auf die wirtschaftliche Entwicklung und den Geist der Parteilichkeit in der Industriegesetzgebung andrerseits zurückführt.

Aber sowohl in der Literatur wie in der Arbeiterklasse selbst erscheint das auf wirtschaftliche Emanzipation gerichtete Wollen noch durch das Streben nach politischer Freiheit in den Hintergrund gedrängt. Die Klassen mit ihren wirtschaftlichen Unterscheidungsmerkmalen, wie ich sie zu Beginn dieser Studie zu zeichnen versucht habe, bleiben denn auch durch die Revolution unangetastet. Die großen Volksbewegungen, die dieselbe in sich schließt, zielen nicht auf den Sieg des vierten Standes ab. Desgleichen bleiben bei den Ökonomisten und Philosophen, deren Ausführungen so deutlichen sozialistischen Gepräges wir kennen gelernt haben, die Folgerungen weit hinter ihren kritischen Beobachtungen und Reflexionen zurück. Damit die Klassenkampftheorie ihre volle Klarheit und Tragweite gewinne, bedurfte es noch der Gedankenarbeit des wissenschaftlichen Sozialismus.

Johann Jacoby und die wissenschaftlichen Sozialisten.

Von

Fr. Mehring.

Im vorigen Hefte dieser Zeitschrift hat Herr Dr. Gustav Mayer einen Brief veröffentlicht, den nach seiner Ansicht Friedrich Engels im Oktober 1847 an Johann Jacoby gerichtet hat, um dessen Hilfe für die Deutsche Brüsseler Zeitung zu beanspruchen. Nach meiner Ansicht ist der Verfasser des Briefes aber nicht Friedrich Engels, sondern Friedrich Crüger, ein Mitarbeiter der Deutschen Brüsseler Zeitung, der aus Königsberg stammte und mit Jacoby befreundet war.

Gegen die Autorschaft von Engels spricht der ganze Stil des Briefes und auch die Tatsache, daß Engels im Oktober 1847 sich nicht in Brüssel, sondern in Paris aufhielt, wo er ganz andere Interessen verfolgte, als die Erhaltung der Deutschen Brüsseler Zeitung, an der weder ihm noch Marx so gar viel gelegen war; mit ihrem Redakteur Bornstedt hatte Engels erst einen Monat vorher, als er noch in Brüssel lebte, einen lebhaften politischen Strauß ausgefochten. Für die Autorschaft Crügers zeugen die Umstände, daß der Briefsteller von Königsberg als seiner Vaterstadt spricht, überhaupt eine Kenntnis Königsberger Lokalverhältnisse bekundet, die Engels unmöglich haben konnte, und daß er einen Ton politischer Vertraulichkeit anschlägt, wie sie zwischen Engels und Jacoby nie bestanden hat und auch nie bestehen konnte.

Damit soll in keiner Weise auf unfreundliche Beziehungen beider Männer angespielt werden. Soweit ich das gedruckte und auch ungedruckte Quellenmaterial kenne, sprechen Marx und Engels selten von Jacoby, aber stets mit Achtung und, auch wo sie ihn tadeln, mit einer Zurückhaltung, die in ihren kritischen

Auseinandersetzungen mit Gegnern keineswegs zu ihren Vorzügen gehörte, wenn sie anders überhaupt ein Vorzug sein soll. Sie hatten mit Jacoby den Ausgangspunkt von der klassischen Philosophie gemeinsam. Aber eben deshalb war nun doch eine engere Kampfes- oder Sinnesgemeinschaft zwischen beiden Teilen unmöglich. Denn gerade in dem Punkte, wo sie sich berührten, sprang nun wieder der Gegensatz hervor, der darin bestand, daß Jacoby von Kant, Marx und Engels aber von Hegel abstammten. Diese Seite ihrer Beziehungen scheint mir ungleich wichtiger zu sein, als die jeweiligen Berührungspunkte, in die sie hier und da gekommen oder auch nicht gekommen sein mögen; und neben ihrem historischen Interesse hat sie auch eine gewisse praktische Bedeutung. Es ist bekannt, daß die sogenannten Neu-Kantianer, denen weder die gute Absicht noch die gründliche Bildung abgesprochen werden kann, die moderne Arbeiterbewegung mit der Ethik Kants zu klären und zu läutern bemüht sind, und da ist es lehrreich genug zu sehen, wie sich die Politik, die Jacoby nach dem kategorischen Imperativ trieb, historisch darstellt im Gegensatz zu der Politik der Hegelianer Engels, Marx und Lassalle.

Der Gegensatz tritt von Anbeginn klar und scharf hervor. Von den beiden Bänden der gesammelten Werke Jacobys enthält der erste seine vormärzlichen Reden und Schriften; schlägt man sie auf, so wird man finden, daß sich alle seine damaligen politischen Kundgebungen fast ausschließlich um das Versprechen einer Verfassung drehen, das der preußische König im Jahre 1815 gegeben hatte. Auf diese papierne Grundlage baute Jacoby seine ganze Polemik gegen den patriarchalischen Absolutismus auf; er rief dem Könige Friedrich Wilhelm IV. zu: Es ist Deine moralische Pflicht, das verpfändete Wort Deines Vaters einzulösen; mit dem kategorischen Imperativ wollte Jacoby die preußische Verfassung erobern. Wenn Treitschke in seiner Deutschen Geschichte sagt, Jacoby habe das königliche Versprechen immer wieder produziert „wie ein zeternder Wucherer seinen Schein“, so ist dieser Satz, in seiner Form so gehässig und ungerecht, wie in seinem Inhalte nichtsdestoweniger wahr; die Agitation Jacobys im Vormärz bewegte sich durchaus nur um dieses Blatt Papier.

Marx dagegen hat es zu gleicher Zeit nicht einmal für

notwendig gehalten, das königliche Versprechen einer Verfassung auch nur zu erwähnen, geschweige daß er es je gegen den vormärzlichen Absolutismus polemisch verwertet hätte. Aus der historischen Entwicklung der Dinge schöpfte er seine Kritik, bildete er die Forderungen, die er an die Gegenwart und an die Zukunft stellte. Er wußte, daß die deutsche Geschichte die Fürsten gemacht hat, aber daß die Fürsten niemals die deutsche Geschichte machen werden; nicht was sein soll, interessierte ihn, sondern was sein wird, nicht die Moral KANTS, sondern die Dialektik HEGELS. Und während JACOBY immer an der moralischen Forderung kleben blieb: Was der Vater versprochen hat, das muß der Sohn von Gewissens wegen erfüllen, erhob sich MARX, gemeinsam mit ENGELS, auf die historische Höhe des Kommunistischen Manifestes, von der aus die wirklichen Triebräder der Weltgeschichte in ihrem riesenhaften Auf und Nieder sichtbar wurden.

In den Jahren 1848 bis 1866 trieb JACOBY keine ihm eigentümliche Politik; er war Mitglied der bürgerlichen Opposition, teilte alle ihre Halbheiten und Irrtümer, namentlich auch die moralische Weinerlichkeit, womit sie dem König- und Junkertum die Zugeständnisse ablocken wollte, die sich den herrschenden Klassen nur durch harte Kämpfe hätten entreißen lassen. Als starrer Doktrinär verrufen, war JACOBY in den Tagen der Neuen Ära obenan unter denen, die durch die schöne Tugend des Vertrauens in königliche oder doch prinzregentliche Worte die Rechte des Volkes zu sichern gedachten. Im November 1858 gab er nicht nur alle republikanischen Tendenzen preis, sondern bewies selbst ein Übermaß moralischer Entsagung, indem er — wenigstens für absehbare Zeit — auf das „gleichmäßige Wahlrecht“ verzichtete. Das „gleichmäßige“, d. h. wie wir heute zu sagen pflegen: das allgemeine Wahlrecht, das seit dem April 1848 als gesetzliches Recht im preußischen Staate bestand, aber im Mai 1849 durch einen widergesetzlichen Gewaltakt zugunsten der Dreiklassenwahl vernichtet worden war. Sprachlich korrekter war und ist beiläufig der Ausdruck JACOBYS, denn allgemein sind die Dreiklassenwahlen auch, sie sind nur eben nicht gleich.

Jedoch im Laufe der Konfliktsjahre erwachte allmählich wieder der selbständige Politiker in JACOBY, und sofort trat der Abkömmling Kants in einen bezeichnenden Gegensatz zu einem Abkömmling

Hegels. Es ist ein weitverbreiteter, sogar in historische Werke übergegangener Irrtum, daß die preußische Fortschrittspartei in den Jahren 1862 bis 1866 das Budget überhaupt verweigert habe. Das hat sie niemals getan, sie hat vielmehr das Budget regelmäßig bewilligt, nur mit Abstrich der für die Heeresvermehrung geforderten Kosten, die etwa den zehnten Teil der gesammten Budgetausgaben ausmachten. Gegen diese Methode, die sich von vornherein als wirkungslos erwies, das Regiment Bismarcks lahm zu legen, machte zunächst LASSALLE mobil. Als Hegelianer stellte er sich dabei auf den Boden der historischen Tatsachen. Er sagte ungefähr: Es handelt sich nicht um Rechts-, sondern um Machtfragen. Das moralische Recht des Abgeordnetenhauses hilft ihm keinen Schritt weiter; auch die Verweigerung des ganzen Budgets wäre nutzlos, da sie nur wirksam werden könnte durch die Steuerverweigerung, die an ihrem Teil unmöglich ist, weil es im preußischen Staat an einem gesetzlichen Schutz gegen die gewaltsame Eintreibung der Steuern durch die Regierung fehlt. Es bleibt also nur übrig, durch einen parlamentarischen Streik den Scheinkonstitutionalismus zu zerstören, ohne den die Regierung nicht bestehen kann; jeder täuschenden Hülle entkleidet, muß der Absolutismus in den sechziger Jahren noch weit schneller bankrott werden, als in den vierziger Jahren. Wie man sieht, bewegt sich diese ganze Argumentation LASSALLES durchaus auf historischem Boden.

Die Fortschrittspartei lehnte seinen Vorschlag ab und mit ihr auch JOHANN JACOBY. Als diesem nun aber klar wurde, daß es mit den Abstrichen am Budget nicht getan sei, warf er sich auf die moralische Seite und erklärte: Eine Regierung, die Ausgaben macht, die ihr von der Volksvertretung verweigert worden sind, handelt so treulos, daß ihr überhaupt nicht mehr die Verfügung über Staatsgelder gelassen werden darf. Somit ist das ganze Budget zu verwerfen und die Steuerverweigerung zu organisieren. Damit bewies JACOBY, daß er den Vorschlag LASSALLES noch nicht einmal verstanden hatte. Jedoch gewann er nur eine Minderheit der Fortschrittspartei für seine Ansicht; die Mehrheit hörte auf den Rat des alten WALDECK, der aus denselben Gründen wie LASSALLE eine Steuerverweigerung für unmöglich erklärte und den Versuch dazu für einen Schlag ins Wasser, der die Ohnmacht der Opposition nur noch greller herausstellen würde.

Nach den Ereignissen von 1866 trennte sich JACOBY immer schärfer von der bürgerlichen Opposition. Er verwarf den Norddeutschen Bund als ein Werk rechtloser Gewalt, dem die alte Bundesverfassung vorzuziehen gewesen sei; er verurteilte die Rechtsbrüche BISMARCKS, die Sprengung des Bundestages, die Entthronung einiger Fürsten, nicht minder die gewaltsame Annexion Schleswig-Holsteins und anderer Provinzen, deren Bevölkerungen dadurch in ihrem demokratischen Selbstbestimmungsrechte verletzt worden seien. Alles das stand in scharfem Gegensatz zu der Auffassung von MARX und ENGELS. Was ihnen an BISMARCKS Werk verhaßt war, die Verpreußung Deutschlands mit ihren historisch verhängnisvollen Folgen, das war für JACOBY überhaupt kein Begriff, aber was dieser vervehmte, die revolutionären Mittel BISMARCKS, war für sie ein ganz annehmbarer Präzedenzfall; sie weinten weder dem Frankfurter Bundestage noch den entthronten Fürsten eine Träne nach, und für das Selbstbestimmungsrecht irgend welcher „Bruderstämme“ haben sie sich nie begeistert. Bereits im Jahre 1848 hatten sie aus historischen Gründen das Recht Deutschlands auf die Elbherzogtümer anerkannt, aber der schleswig-holsteinischen Bevölkerung das Recht der Entscheidung darüber zuzuerkennen, ob sie deutsch oder dänisch sein wolle, davon waren MARX und ENGELS weit entfernt.

Je mehr sich JACOBY in der bürgerlichen Opposition isolierte, um so mehr näherte er sich der proletarischen Opposition. Zunächst wieder auf dem moralischen Wege, indem er eine gerechte Verteilung des Produktionsertrages zwischen Kapital und Arbeit forderte, eine Phrase, auf die MARX und ENGELS nicht in diesem, aber in ähnlichen Fällen mit der trockenen Bemerkung geantwortet haben: Unter der Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise ist die Spaltung des gesamten Nationalproduktes in Kapitalprofit und Arbeitslohn die gerechteste Verteilung von der Welt. Konkreter wurde JACOBY dann in seiner Rede über das Ziel der Arbeiterbewegung, der MARX in einem Briefe an seinen Freund KUGELMANN das Lob spendete, sie sei sehr anerkennenswert; welcher old radical in Europa wäre wohl schon mit solcher Entschiedenheit für die Sache der Arbeiter eingetreten! Dieses Lob war wohl verdient, aber die Wege, auf denen JACOBY die Emanzipation der Arbeiter erstrebte, waren doch

himmelweit verschieden von den Wegen der Marx, Engels und Lassalle.

Vom proletarischen Klassenkampfe wollte Jacoby nach wie vor nichts wissen; aus moralischen Gründen sollten die Arbeiter sich selbst bilden, aus moralischen Gründen sollten die Unternehmer ihnen mit Güte und Liebe, mit Opfern und Zugeständnissen entgegenkommen, aus moralischen Gründen sollte der Staat mit Arbeiterschutzgesetzen, mit Förderung des Genossenschaftswesens usw. nachhelfen. Was die Rede an ökonomischen Argumenten enthielt, war nicht von Engels entlehnt, sondern von Engel, dem berühmten Statistiker, mit dem Jacoby gemeinsam im preußischen Abgeordnetenhause saß. Ich bin darüber zufällig genau unterrichtet, da ich eben in jenen Tagen als junger Bursch in die Redaktion der Zukunft eintrat, des von Guido Weiss geleiteten Organs Jacobys, aber man braucht nur einen Blick in die Rede zu werfen, um in ihren ökonomischen Partien die gleichen Forderungen zu finden, die Engel ein paar Jahre später im Verein für Sozialpolitik vertrat.

Auf die Arbeiterbewegung hat diese Rede Jacobys nicht den mindesten Einfluß gehabt, und heute ist von ihr höchstens noch das Wort bekannt, das in der Gründung des kleinsten Arbeitervereins ein geschichtlich wichtigeres Ereignis sah, als in der Schlacht bei Königgrätz. Aber dies Wort gehört auch nur zu den schillernden Halbwahrheiten des bürgerlichen Radikalismus, für die Marx und Engels nie etwas übrig gehabt haben; es rangiert etwa mit dem Worte, daß geistige Bewegungen sich durch gewaltsame Mittel nicht unterdrücken ließen. Es sind Sätze, die je nach den besonderen historischen Umständen im einzelnen Fall sich als wahr oder auch als unwahr erweisen können, als allgemeingültige Maximen aber vollkommen in der Luft schweben.

Ganz auf demselben Boden schienen Marx und Jacoby dann zu stehen, als sie, jeder für sich, im September 1870 gegen die Annexion Elsaß-Lothringens protestierten. Allein auch hier erscheint sofort wieder der alte Gegensatz. Marx begründete seinen Protest durch historische Tatsachen; er wies an historischen Beispielen nach, daß solche Gewaltkuren stets das Gegenteil von dem erreicht hätten, was sie erstrebten; er sagte voraus, daß die tödliche Verfeindung Deutschlands und Frankreichs durch die Annexion Elsaß-

Lothringens zur russischen Vorherrschaft über Europa führen müsse. JACOBY aber stützte sich bei seinem Protest auf den moralischen Gemeinplatz: was du nicht willst, daß dir geschicht, das tu auch einem andern nicht.

Durch seinen Protest gegen die Annexion Elsaß-Lothringens und mehr noch durch seine Rede über das Ziel der Arbeiterbewegung hatte JACOBY es nun ganz mit der bürgerlichen Opposition verschüttet. Der Berliner Wahlkreis, der ihn bis dahin in das preußische Abgeordnetenhaus gesandt hatte, ließ ihn bei den Landtagswahlen im November 1870 fallen. Es war eine Tat schnöden Undankes gegen den alten Führer, aber dennoch — wäre sie das Ende seiner politischen Laufbahn gewesen, hätte der unermüdliche Kämpfer fürs Recht seinen historischen Irrtum gebüßt, indem er endgültig am Unrecht seiner eigenen Parteigenossen scheiterte, so hätte seinem rühmlichen Leben zwar nicht der tragische, aber doch der traurige Ausgang gefehlt.

Es kam leider anders. Als BEBEL und LIEBKNECHT im Frühjahre 1872 von dem Leipziger Schwurgericht wegen Vorbereitung des Hochverrates zu zweijähriger Festungshaft verurteilt wurden, erklärte JACOBY öffentlich, die Vorgänge dieses Prozesses veranlaßten ihn, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen. Selbst seine treuesten Anhänger waren darnach wie vor den Kopf geschlagen. Als mir mein alter Lehrer GUIDO WEISS die Tatsache mitteilte, fügte er, bei aller Verehrung für JACOBY, den melancholischen Stoßseufzer hinzu: „Da hat der Alte einen recht törichten Streich gemacht. Wenn die Leutnants SOBBE und PUTSKI aus geringfügigem Anlaß einen Hausknecht erstechen, so drücke ich meine sittliche Empörung über diese Brutalität doch nicht dadurch aus, daß ich Hausknecht werde." Der drastische Vergleich, der durch einen damals vielbesprochenen Kriminalfall nahegelegt wurde, sollte nichts Despektierliches für die Arbeiterbewegung haben, die WEISS weit besser verstand als JACOBY, und die er in seiner „Zukunft" wie später in seiner „Wage" viel wirksamer gefördert hat. WEISS sagte sich nur als erfahrener Politiker, daß ein Parteiwechsel aus sittlicher Empörung über den Fehlspruch eines Schwurgerichtes entweder eine kaum noch ernsthafte und jedenfalls zwecklose Demonstration sei oder aber sehr üble Folgen haben würde.

Zwecklos zu demonstrieren, war Jacobys Sache nicht, und so blieben die üblen Folgen nicht aus. Erfreut darüber, daß der „Altmeister der bürgerlichen Demokratie“ zu ihnen übergetreten war, erklärten die sozialdemokratischen Wähler des Leipziger Landkreises ihn bei den Reichstagswahlen von 1874 zu ihrem Kandidaten, unter ausdrücklicher Zustimmung Jacobys. Aber sobald er siegreich aus der Wahlschlacht hervorgegangen war, lehnte er das Mandat ab, weil der Reichstag auf einem Rechtsbruche beruhe und den Militärstaat nimmermehr in einen Rechtsstaat umwandeln könne. Bei der Ersatzwahl, die durch den Verzicht Jacobys notwendig wurde, ging der Wahlkreis für die Partei verloren, was eine bittere Enttäuschung für sie war, zumal in einer Zeit, wo sich ihre Wahlsiege noch an den zehn Fingern abzählen ließen. Jacoby hatte bei seinen neuen Parteigenossen nunmehr allen politischen Kredit verloren; er hatte gezeigt, daß ihm das historische Wesen der modernen Arbeiterbewegung noch immer fremd war; was ihm ein wuchtiger Schlag gegen das herrschende Unrecht zu sein schien, das war den Arbeitern ein nichtiges Spiel mit Dingen, die für sie den bittersten Ernst des Lebens bedeuteten.

Am schwersten aber hatte Jacoby sich selbst geschädigt. In dem preußischen Abgeordnetenhause, das auf einem Rechtsbruch beruhte, der seit sechzig Jahren das öffentliche Leben im preußischen Staat lähmt — auf der widergesetzlichen Oktroyierung der Dreiklassenwahl von 1849 —, hatte er lange Jahre ohne alle moralischen Bedenken gesessen; in den Deutschen Reichstag, der auf einem Rechtsbruch beruhte, den die deutsche Nation alsbald vergeben und vergessen hatte — auf der Zertrümmerung der Bundesverfassung von 1815 —, trat er aus moralischen Skrupeln nicht ein. So biß sich die Schlange in den Schwanz; an der Ethik Kants vollzog sich die Dialektik Hegels; Vernunft wurde Unsinn und Wohltat Plage, und der kategorische Imperativ, wie immer er einst zu den kleinbürgerlich verkümmerten Zuständen stimmen mochte, denen ihn Kant abgelesen hatte, erwies sich als völlig unsicherer Kompaß auf dem stürmischen Meere der modernen Klassen- und Völkerkämpfe.

Doch es mag genug sein an diesen Bemerkungen, die das reichhaltige Thema nur mehr streifen als erschöpfen können, aber doch immerhin zeigen werden, daß zwischen dem Kantianer

JACOBY und den Hegelianern MARX, ENGELS, LASSALLE jede enge und dauernde Kampfgemeinschaft ausgeschlossen war und ausgeschlossen sein mußte.

* * *

Nachschrift des Herausgebers.

Mit Bezug auf die im Eingang des vorstehenden Artikels enthaltenen Bemerkungen des Herrn Dr. FRANZ MEHRING über die Echtheit des von Herrn Dr. GUSTAV MAYER im II. Hefte, S. 354 fg. veröffentlichten Briefes von FRIEDRICH ENGELS an JOHANN JACOBY teilt mir Herr Dr. MAYER mit: er habe neuerdings das Original dieses Briefes überprüft und sei aus inneren und äußeren Gründen zur Überzeugung gelangt, daß dessen sehr undeutliche Unterschrift in der Tat nicht von ENGELS, sondern von FR. CRÜGER herrührt.

Zur Geschichte der Internationalen Arbeiterassoziation in den Vereinigten Staaten.[1])

Von

John R. Commons.

Inhaltsübersicht.

In der Geschichte der Internationale in Amerika lassen sich zwei getrennte Phasen unterscheiden, die chronologisch zwar nicht deutlich von einander getrennt sind, aber doch gesondert behandelt werden müssen, weil ihre Ziele und Methoden nicht die gleichen waren.

Während des ersten Abschnittes — 1866 bis 1870 — erstrebte die Internationale die Gewinnung der damals bestehenden nationalen Verbände gewerblicher Arbeiter und Reformorganisationen, der National Labor Union. Das Lockmittel für diese sollte die internationale Regelung der Einwanderung sein. Diese Hoffnung auf Zusammenschluß mit der bereits vorhandenen Arbeiterorganisation gab die Internationale zwar auch nachher nicht auf, ihr eigentliches Ziel in der zweiten Phase der Bewegung war jedoch die Gründung eigener Sektionen. Damals bekam sie ein vorherrschend sozialistisches Gepräge, während vorher der Sozialismus in ihrem Schoße, wenn überhaupt, nur eine geringe Rolle gespielt hatte.

I.

Bedeutsam ist, daß die Internationale und die Nat. Lab. Union, trotz der Besonderheiten amerikanischer Verhältnisse, in ihrem

---

1) Aus dem Originalmanuskript übersetzt von H. G.

Beginn und Ende zeitlich zusammenfallen. Es fanden statt die Kongresse der:

	Nat. Lab. Union	Internationale
1864	in Louisville (Vorläufer)	London (Vorverhandlungen)
1866	„ Baltimore	Genf
1867	„ Chicago	Lausanne
1868	„ Newyork	Brüssel
1869	„ Philadelphia	Basel
1870	„ Cincinnati	—
1871	„ St. Louis	—
1872	„ Columbus (politisch)	Haag
	„ Cleveland (gewerkschaftlich)	
1873	—	Genf

Den Typus und Charakter der Nat. Lab. Union kann man aus der Vergleichung der Probleme erkennen, die auf ihren und den Kongressen der Internationale erörtert wurden. Die Diskussion die 1866 in Baltimore und Genf stattfand, bezog sich hier wie dort auf den Achtstundentag und die Gewerkschaftsfrage. Der Unterschied aber lag darin, daß, was in Genf lediglich als Mittel zur Erzielung einer vollständigen Umgestaltung der Gesellschaftsordnung angesehen wurde, in Baltimore als Endziel erschien, und daß hier die revolutionäre Bedeutung der beiden Reformmaßnahmen nur dunkel verstanden wurde.

Ein auffallender Parallelismus besteht auch zwischen den Kongressen von Chicago und Lausanne. Hier wurde der proudhonistische Anarchismus begünstigt, dort ergab man sich dem „Greenbackismus".

Der Greenbackismus war eine amerikanische Form der zeitgenössischen „ismen" westlicher Zivilisation. Was der Sozialismus von LASSALLE und MARX für Deutschland, der korporative Anarchismus PROUDHOUNS für Frankreich, BAKUNINS revolutionärer Anarchismus für Spanien, Italien und Rußland, der Fenianismus für Irland und die Bodenverstaatlichungsbewegung für England, das war der Greenbackismus für die Vereinigten Staaten. Er ähnelt dem proudhonistischen Anarchismus. Wie dieser erstrebte auch er die Vereinigung von Kapital und Arbeit in den Händen der Erzeuger oder Erzeugergruppen. Auch er schlägt eine Um-

gestaltung nicht der Produktions-, sondern der Tauschorganisation vor. Er forderte die Verwertung der enormen Kriegsschulden der Vereinigten Staaten als Mittel zur Kreditgewährung, und zwar derart, daß mit 3 Proz. verzinsliche Staatsobligationen ausgegeben werden sollten, die auf Verlangen der Besitzer gegen gesetzlich umlaufendes — unverzinsliches — Papiergeld (Greenbacks) ebenso eintauschbar sein sollten, wie dieses gegen jene. M. a. W., die Greenbacks sollten nicht, wie es damals sonst der Fall war, ein nicht gehaltenes Versprechen der Bargeldeinlösung enthalten, sondern in Staatsobligationen zahlbar sein. Würde ein Inhaber von solchen Gelegenheit zu anderweitiger höherverzinslicher Geldanlage finden, so würde er seine Obligationen zur Einlösung in Greenbacks präsentieren, so daß hierdurch die Möglichkeit gegeben wäre, die Zirkulation der gesetzlichen Umlaufsmittel bis zum Betrage der ausgegebenen Obligationen zu steigern. Die parallel zur Inflation eintretende Preissteigerung würde nicht fühlbar werden, weil sie sich für alle Waren und Dienstleistungen gleichmäßig vollzöge, und weil Farmer, Arbeiter und deren Korporativeinrichtungen mittlerweile sich statt des teuren 6-, 9- oder 12 proz. Bankkredits Kapital zu wenig mehr als 3 Proz. zu verschaffen in der Lage wären und hierdurch die Fähigkeit erlangen würden, unter gleichen Bedingungen mit dem Händlerstande zu konkurrieren.

Aus diesen kurzen Andeutungen über das Wesen des Greenbackismus ist zu ersehen, daß derselbe in allen Punkten mit dem Proudhonismus übereinstimmte — bis auf einen. Statt nämlich die Produzenten wechselseitig ihre Produkte im Wege des Austausches finanzieren zu lassen, sollte die Regierung die Funktion der Kapitalbeschaffung für alle Produzenten übernehmen. Diese Überzeugung, daß der Staat imstande sei, die allgemeine Kreditversorgung durchzuführen, zeugt von dem Zutrauen des Greenbackismus zu einer auf dem allgemeinen Stimmrecht basirenden Regierung.

Fragen wir nun, warum sich die Nat. Lab. Union dem Greenbackismus ergeben hat, so läßt sich eine zutreffende Antwort nur geben, wenn wir uns die amerikanische Arbeiterbewegung in den 40er und 50er Jahren vergegenwärtigen.

Damals agitierte das arbeitende Volk für freie Heimstätten

auf der öffentlichen Domäne.[1]) Der Zweck war, die Lohnempfänger durch freie Zugänglichkeit des Bodens unabhängig zu machen. Das Bundes-Heimstättengesetz von 1862 realisierte teilweise dieses Programm. Freies Land allein genügte jedoch nicht, um den Produzenten von der Herrschaft der Kapitalisten zu emanzipieren. Er brauchte auch Kapital, um seinen Boden nutzbar zu machen und die Erzeugnisse zu Markte zu bringen. Ihn mit dem nötigen Betriebskapital auszustatten, war nun der Zweck des Greenbackismus. Die Heimstättenbewegung und die Greenbackagitation waren beide gleichen Wesens: gemeinsam verfolgten sie das Ziel, den Arbeiter mit Produktionsmitteln zu versehen und ihn so zu seinem eigenen Arbeitgeber zu machen. Dies zeigt klar den „Kleinmeister"-Charakter des Greenbackismus und auch die „Kleinmeister"-Psychologie der Arbeiter, die in der Nat. Lab. Union organisiert waren.

In den Jahren 1867 und 1868 war auch die Internationale von der Psychologie des wirklichen oder möglichen Kleinmeisters beherrscht. Der Proudhonismus war der europäische Greenbackismus. Jener war anarchistisch, während dieser es nicht war, weil das Volk in Frankreich der Regierung mißtraute, in Amerika aber ihr Vertrauen entgegenbrachte. Darin hauptsächlich bestand der Unterschied zwischen dem Greenbackismus und dem Proudhonismus. Beide erstrebten die Rückkehr der guten alten Zeit, in der die Produzenten Alleinherrn ihrer Erzeugnisse gewesen waren. Beide versuchten es, eine Änderung der Verkehrswirtschaft herbeizuführen, denn in dieser hatte der Kapitalismus seine erste Burg gefunden. Das Fabriksystem war noch in embryonalem Zustande. Kapitalist bedeutete Zwischenhändler, Kaufmann. Die Internationale entschied sich denn auch auf dem Kongreß zu Basel für den Kollektivismus. Die Nat. Lab. Union dagegen hielt bis zu ihrer völligen Auflösung an der individualistischen Philosophie des Greenbackismus fest.

So viel Ähnlichkeit aber auch dieser mit der Lehre PROUDHONS aufwies: die Vereinigung der Nat. Lab. Union mit der Internationale konnte dies doch nicht zur Folge haben. Der Greenbackismus schloß den politischen Druck auf die Regierung in sich.

1) Vgl. RUDOLPH MEYER, Heimstätten- und andere Wirtschaftsgesetze der Vereinigten Staaten. Berlin 1883. S. 105 ff.

Dieser Druck aber konnte selbstverständlich durch die Verbindung mit einer europäischen Arbeiterorganisation nichts an Kraft gewinnen. Immerhin hatten jedoch die Nat. Lab. Union und die Internationale ein gemeinsames Interesse: die Regelung der Einwandererfrage.

Während des Bürgerkrieges (1861—1865) und nach demselben schossen verschiedene Auswanderungsgesellschaften in die Höhe, die das gemeinsame Interesse hatten, die Masseneinwanderung aus Europa in die Vereinigten Staaten zu fördern. Die Nat. Lab. Union ihrerseits hatte ein Interesse daran, dem entgegenzuwirken. Hierbei nun stellte sich die Kooperation mit der Internationale als der bequemste Weg dar. So kam es denn schon 1866 zu Versuchen, die beiden Organisationen miteinander in Kontakt zu bringen. Die Nat. Lab. Union nahm in Baltimore eine Resolution an: die Internationale sei einzuladen, sich auf ihrem nächsten Kongreß vertreten zu lassen. Sie selbst konnte nach Genf keinen Delegierten mehr entsenden, weil es zu spät war. Auf dem Chicagoer Konvente (1867) wurde die Frage der Einwanderung beraten. Wieder war es zu spät, einen Delegierten zum Kongresse der Internationale in Lausanne abzuordnen. 1868 wieder lud ECCARIUS die Nat. Lab. Union ein, einen Vertreter nach Brüssel zu schicken, aber Geldmangel verhinderte dies. Im Mai 1869, als ein Krieg zwischen England und den Vereinigten Staaten drohte, wandte sich der Generalrat der Internationale mit der Aufforderung an die Nat. Lab. Union, eine gleichzeitige Agitation der arbeitenden Klassen beider Länder im Interesse des Friedens zu entfalten. WILLIAM H. SYLVIS, der Präsident der Nat. Lab. Union, antwortete in einem wirksamen Briefe. Die arbeitenden Klassen zu beiden Seiten des Atlantischen Ozeans hätten, erklärte er, gegen einen gemeinsamen Feind zu kämpfen: das Kapital; daß ein heftiges Ringen zwischen diesem und der Arbeit unvermeidlich sei; daß ein kleiner Aderlaß in verzweifelten Fällen manchmal nützlich wäre.[1])

SYLVIS starb wenige Wochen darauf. Ohne seinen plötzlichen Tod hätte wahrscheinlich die Nat. Lab. Union 1869 auf ihrem Konvente zu Philadelphia ihre Vereinignng mit der Internationale vollzogen. Bei dieser Tagung stand die Einwanderungsfrage wieder

1) Vgl. diesen Brief im Bericht des Generalrates an den Kongreß zu Basel („Vorbote", vom September 1869, S. 143).

zur Beratung. Auf eine neuerliche, zur Verlesung gebrachte Einladung ECCARIUS' hin, der zugleich die Gründung eines internationalen Einwanderungsbureaus anregte, wurde beschlossen, A. C. CAMERON, Herausgeber des „Workingman's Advocate" in Chicago und eifrigen Anhänger des Greenbackismus, als Delegierten nach Basel zu entsenden.

CAMERON beschreibt seine dort empfangenen Eindrücke in einer Artikelserie im Workingman's Advocate. Seine Anschauungen sind außerordentlich interessant, weil in ihnen die Ideen und Gefühle der arbeitenden Klasse in Amerika während der 60er und 70er Jahre zutage traten. Im Workingman's Advocate vom 6. November 1869 heißt es: „Eine wichtige Tatsache darf jedenfalls nicht vergessen werden: die nämlich, daß die Gesetze und der Zustand der Gesellschaft in Europa sich als natürliche und unvermeidliche Folge des dortigen Despotismus darstellen, (in Amerika) dagegen eine Verkehrung und Verschlechterung des Geistes der Gesetze jene Übel geschaffen hat, unter deren Druck der amerikanische Arbeiter seufzt. Daraus ergibt sich dort die gebieterische Forderung eines Neuaufbaues von Grund aus, hier dagegen die Notwendigkeit gerechter Anwendung der fundamentalen Prinzipien, auf denen die Regierung beruht." Und er rechtfertigt den extremen Radikalismus der Internationale mit dem Argument: das Bodenmonopol sei ebenso die Wurzel aller Übel in Europa wie das Geldmonopol in den Vereinigten Staaten, deshalb sei die Internationale mit ihrer Forderung einer Kollektivierung des Grund und Bodens ebenso im Rechte, wie die Nat. Lab. Union mit ihrem Streben nach Abschaffung des Geldmonopols der Bankiers und Händler. — Dasselbe gelte von der weiteren Forderung der Internationale nach Abschaffung des Erbrechtes, denn dieses diene in seinen hergebrachten Formen als entail und Erstgeburtsrecht in Europa als Mittel zur Verewigung des Bodenmonopoles. In den Vereinigten Staaten indessen lägen die Dinge ganz anders. Hier würde die Heilung aller sozialen Übel schon durch die Rückkehr zu den alten, in der Unabhängigkeitserklärung verkündigten Regierungsmaximen eintreten.

Man sieht, wie groß trotz der sympathischen Haltung CAMERONS und seiner Verbandsorganisation der Internationale gegenüber der Abstand zwischen den zwei Organisationen war. In Europa

schritt die Internationale mit Riesenschritten dem Kollektivismus zu. In Amerika hingegen träumte die Nat. Lab. Union von einer Rückkehr zum Individualismus der Väter der Republik. Wohl war sie eine Arbeiterorganisation, allein ihr Klassenbewußtsein war noch ganz unentwickelt, denn sie wollte nicht bloß die Empfindungen der Lohnarbeiter allein zum Ausdrucke bringen, sondern auch jenes Teiles der produzierenden Klassen, der aus Kleinmeistern und Bauern sich zusammensetzte.

Waren aber auch die Bestrebungen der Nat. Lab. Union und der Internationale himmelweit verschieden, es blieb doch das Problem internationaler Regelung der Einwanderung als mögliche Grundlage für ein Zusammenwirken beider.

Auf seiner Rückreise von Basel nach Amerika hielt sich CAMERON in London auf, wo er auch einer Sitzung des Generalrates beiwohnte, in der die Gründung eines internationalen Einwanderungsbureaus verhandelt wurde — die für CAMERON wichtigste Angelegenheit. Freundschaftliche Beziehungen zwischen der Nat. Lab. Union und der Internationale dauerten auch weiterhin fort. Und der Kongreß von Cincinnati (1870) nahm auf des deutschen Musiklehrers F. A. SORGE Antrag die nachfolgende Resolution an: „Die National Labor Union ... erklärt ihre Übereinstimmung mit den Prinzipien der Internationalen Arbeiterassoziation und gedenkt derselben in kurzem beizutreten".

Diese Resolution blieb jedoch praktisch wirkungslos. Denn der Kongreß der Nat. Lab. Union von 1870 kann als ihr eigentlich letzter angesehen werden. Der auf ihm gefaßte Beschluß, eine politische Partei ins Leben zu rufen, hatte nämlich zur Folge, daß die Gewerkvereine sich zurückzogen, und daß die Organisation zu einer Handvoll Geldreformer zusammenschrumpfte. 1871 hielt sie noch einen Kongreß in St. Louis ab, auf dem beschlossen wurde, für das darauf folgende Jahr zwei Kongresse abzuhalten: einen gewerkschaftlichen in Cleveland und einen politischen in Columbus (Ohio). Auf diesem letzteren wurde der Richter DAVIS aus Illinois als Präsidentschaftskandidat aufgestellt. Für DAVIS aber war diese Kandidatur durch die Labor Reform Party nur ein Mittel zur Erreichung der ihm allein wichtigen Nomination durch die demokratische Partei. Als daher diese HORACE GREELY als ihren Kandidaten für die Präsidentschaft aufstellte, hielt DAVIS

es nicht mehr für der Mühe wert, als Kandidat einer kleinen Partei zu figurieren, zog sich enttäuscht zurück und ließ die Labor Party ohne Kandidaten, worauf sie ebenso vom Schauplatz verschwand wie zwei Jahre vorher die Nat. Lab. Union.

Versagte nun aber auch der Greenbackismus der Arbeiter als Bewegung zur Umgestaltung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, so war ihm doch wenigstens teilweiser Erfolg darin beschieden, daß er die Warenpreise vor dem Fallen bewahrte und so Arbeitslosigkeit verhinderte. Im Jahre 1868 wurde dem Schatzsekretär die fernere Ausgabe von Kurantgeld untersagt. Zugleich wurde der Umlaufsbetrag der Greenbacks oder des gesetzlichen Papiergeldes auf 346 Mill. Dollar festgesetzt, eine Ziffer, bei der es bis auf den heutigen Tag geblieben ist.

Der Mißerfolg der Labor Reform Party bezeichnet das Ende desjenigen Stadiums des Greenbackismus, in dem dieser seine besondere Färbung durch die Reformbestrebungen innerhalb der industriellen Arbeiterschaft erhielt. Sein nächstes kann als Farmerstadium charakterisiert werden. Die Farmer hatten jedoch kein Programm sozialer Reformen. Für sie hatte der Greenbackismus nur währungspolitischen Inhalt; durch einen starken Umlauf von Greenbacks sollten die Preise der landwirtschaftlichen Produkte in die Höhe getrieben werden —, ein währungspolitischer Gedanke, den später die Populisten und sodann in modifizierter Form die Vertreter der freien Silberausprägung aufgenommen haben. Seit 1900 ist die Bewegung vollkommen erloschen.

Mit der Auflösung der Nat. Lab. Union im Jahre 1870 endete die erste oder „diplomatische“ Phase der internationalen Bewegung in den Vereinigten Staaten. Als diese dann zum Hauptquartier und eigentlichen Brennpunkt der Internationale wurde, kam es freilich neuerdings zu ähnlich gerichteten Versuchen. Die Internationale suchte sich nun auf den National Industrie Congresses einzunisten, die in den Jahren 1873 bis 1876 eine Reorganisation der Gewerkvereine erstrebten. Allein auch diese neue Organisation mied die Politik, und man kann sagen, daß auch sie wie früher die Nat. Lab. Union auf den Wassern des Greenbackismus segelte —, eines abgeschwächten Greenbackismus freilich, indem das sozialreformatorische Programm ganz zurückgedrängt war und nurmehr das währungspolitische vorwaltete.

II.

In ihrer zweiten Phase trat der sozialistische Charakter der Internationale scharf hervor. Sie beschränkte sich während derselben nicht mehr auf bloße Versuche, sich die bereits vorhandenen amerikanischen Arbeiterorganisationen anzugliedern. Sie ging vielmehr einen Schritt weiter und begann eigene Sektionen auf amerikanischem Boden zu bilden.

Die Bevölkerungsschichten, die sich dieser Agitation zugänglich zeigten, waren zwiefach geartet und demgemäß auch die Wurzeln der sozialistischen Bewegung in Amerika während der 70er Jahre doppelter Art. Auf der einen Seite gab es Deutsche und sonstige Einwanderer, die ihre sozialistischen Ideen bereits aus Europa mitgebracht hatten, auf der anderen eine Gruppe amerikanischer Intellektueller, deren sozialistische Gefühle an die fourieristische Bewegung der 40er Jahre anknüpften.

Jene erstgenannte Gruppe wurde durch den Haager Kongreß (1872) reorganisiert und mit der Wahl des neuen Generalrates betraut, dessen Sitz von London nach Newyork verlegt wurde, und dessen Leitung als Generalsekretär SORGE übernahm, der als Willensvollzieher des Haager Kongresses gezwungen war, fast alle europäischen Federationen aus der Internationale auszuschließen, weil sie sich geweigert hatten, die bindende Kraft der Haager Kongreßbeschlüsse anzuerkennen.[1]

* * *

Die deutschen Arbeiter begannen schon zu Anfang der 40er Jahre eine Rolle in der Arbeiterbewegung der Vereinigten Staaten zu spielen.[2] 1846 begründeten sie eine soziale Reform-

1) Das American Bureau of Industrial Research besitzt SORGES Kopierbuch, das sowohl alle Briefe und Adressen, die er in seiner Eigenschaft als Generalsekretär an auswärtige Federationen gerichtet hat, enthält, als auch seine Korrespondenz mit verschiedenen Sektionen und Einzelpersönlichkeiten in Amerika. Auf dieses reichhaltige Material gedenke ich noch in einem besonderen Artikel zurückzukommen.

2) Vgl. zum folgenden: SORGE, Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten 1867—1877, in „Die Neue Zeit“, XI (1892/93). S. 388—398; SARTORIUS VON WALTERSHAUSEN, Der moderne Sozialismus in den Vereinigten Staaten von Amerika Berlin 1890. S. 36/94; MORRIS HILQUIT, History of socialism in the United Staates. Newyork 1903. S. 194—206.

assoziation, die mit der Heimstättenbewegung Hand in Hand ging. Später ließen sie sich mit der kommunistischen Bewegung ein. 1866 riefen sie den „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ ins Leben, der sich die Grundsätze FERDINAND LASSALLES zu eigen machte. 1868 trieben sie im „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“, der aber den LASSALLEschen Zug seines Vorgängers nicht festhielt, unabhängige Politik. Im Februar 1869 schloß sich dieser Verein mit der National Labor Union zu der Labor Union Nr. 5 von New York zusammen, und Ende desselben Jahres trat er als Sektion Nr. 1 von Newyork der Internationale bei, deren Kern er fortan in Amerika bildete. Analogen Bewegungen unter den deutschen und sonstigen ausländischen Arbeitern begegnen wir während dieser Zeit auch in Chicago, Cincinnati, Milwaukee usw.

Im Januar 1871 bildeten die Sektion Nr. 1 von New York und zwei andere Sektionen — eine französische und eine tschechische — ein provisorisches Zentralkomitee der nordamerikanischen Federation der Internationale. Ihr korrespondierender Sekretär war SORGE, der auch weiterhin der leitende Geist der nordamerikanischen Internationale blieb. Die Organisation wuchs rasch an und fand nicht nur unter den ausländischen, sondern auch unter den englisch sprechenden Arbeitern Anhänger. Gerade dieser letztere Umstand aber führte zur ersten Spaltung der Internationale in Amerika.[1]) Die amerikanischen Sektionen schieden aus und bildeten einen Bundesrat für sich.

Die deutschen und anderen Sektionen ausländischer Arbeiter hielten ihren ersten Nationalkonvent im Juli 1872 in Neuyork ab. Derselbe machte sich die Beschlüsse der Londoner Konferenz der Internationale von 1871 zu eigen. Nachdem SORGE die europäischen Federationen ausgeschlossen hatte, blieb der deutsche Zweig der amerikanischen Internationale die einzige reguläre Federation. Den einheimisch-amerikanischen Zweig auszuschließen, hatte SORGE nicht nötig, weil der Haager Kongreß ihm ohnehin die Anerkennung versagt hatte. Aber selbst innerhalb des deutschen Zweiges fehlte es nicht an häufigen Spaltungen.

1871 unterbreitete die Sektion von New York dem Federalrat,

---

1) Vgl. unten S. 472 fg.

behufs Einleitung der Sektionen-Abstimmung hierüber, den Antrag: es solle in der Stadt, wo der Federalrat seinen Sitz habe, kein Lokalrat existieren. Dem letzteren gehörten nämlich Vertreter aller Sektionen der Stadt an, und dies erwies sich besonders in New York als störender Faktor in den Beziehungen zwischen den Sektionen und dem Federalrat. Der Antrag der Sektion 1 wurde auch angenommen und demgemäß der Lokalrat aufgelöst. Einige New Yorker Sektionen, besonders die achte, waren jedoch mit diesem Beschluß unzufrieden und versuchten mit allen Mitteln die Wirksamkeit der Federation zu hemmen. Diese Wendung der Dinge hatte zur Folge, daß der Generalrat einschritt und die Funktionen auch des Federalrates an sich zog, eine Maßregel, die durch den zweiten Konvent der nordamerikanischen Federation der Internationale von Philadelphia im April 1874 bestätigt wurde. Hierauf schieden einige unzufriedene Sektionen aus und gründeten die „Social Democratic Party of North America".

Nicht lange darauf kam es zu einer neuerlichen Spaltung. Anlaß hierzu bot ein Streit über die Redaktion der von der Sektion 1 im Februar 1873 gegründeten „Arbeiterzeitung". SORGE erhob Einwendungen gegen die Art, in der dieselbe geleitet wurde. Die Sektion aber reklamierte die Zeitung als ihr Eigentum. Schließlich mußte gerichtliche Entscheidung angerufen werden, und das Ende war, daß die Arbeiterzeitung ihr Erscheinen einstellte.

Darauf hörte die Internationale praktisch zu existieren auf, wenngleich sie dem Namen nach noch bis 1876 fort bestand.

Zahlenmäßig ist sie in Amerika nie stark gewesen und hat auch zur Zeit ihrer Blüte nicht mehr als 4—5000 Mitglieder gehabt. Um ihren Einfluß zu erweitern, ging sie deshalb stets darauf aus, unter den englisch sprechenden Arbeitern und namentlich unter deren Organisationen Boden zu gewinnen. Eine solche, die „United Workers of Amerika", schloß sich ihr 1874 an. Dieselbe stand unter Führung von J. R. MC DONNEL, der in London fenianistischer Vertreter in der Internationale gewesen und 1872 nach Amerika ausgewandert war. Sie hatte das sozialistische Programm angenommen, den Internationalismus aber ausgeschieden. — Ein analoger Versuch wurde 1876 gemacht, als der Generalrat OTTO WEYDEMEYER und ROEPKE zum National Labor Congress nach Pittsburg mit dem Auftrage entsendete, denselben zu bestimmen,

sich mit der Internationale unter dem Namen „United Workers“ zusammenzuschließen, ein Versuch, der erfolglos blieb, da sich der Kongreß gegen ein sozialistisches und für ein Arbeiter-Greenback-Programm aussprach.

Im selben Jahre löste sich die Internationale offiziell auf, und ihre Reste halfen die „Workingmens Party of the United States“ begründen, die später den Namen „Socialist Labor Party“ annahm.

* * *

Der Vorläufer des autochthonen amerikanischen Internationalismus war eine 1869 in New York unter dem Namen „New Democracy“ oder „Political Commonwealth“ begründete Organisation. Ihr Programm ging zurück auf ein offenes Schreiben, das ihr korrespondierender Sekretär WILLIAM WEST im Jahre 1850 an den hervorragenden Bodenreformer THOMAS A. DEVYR gerichtet hatte, in dem er für zwei radikale Maßregeln, das Referendum und genossenschaftlichen Sozialismus, eingetreten war.[1]) Doch entschied sich die New Democracy, neben dem Referendum nicht für genossenschaftlichen, sondern für Staatssozialismus. In der Einleitung zu ihrem Programm wurden alle sozialen Übelstände aus der „antidemokratischen Struktur des Regierungsapparates und aus der widerspruchsvollen Organisation von Handel und Industrie“ hergeleitet. Eine Änderung des ganzen Systems sei also notwendig und nicht bloß in der Besetzung der Beamtenstellen. Und um die korrumpierenden Einflüsse auf die Gesetzgeber auszuschalten, bedürfe es weitgehender direkter Volksgesetzgebung. Gewerkvereine und andere Schutzorganisationen seien wohl nützlich und könnten erzieherisch wirken, das Übel selbst aber nicht heilen. Als wirkliches Heilmittel

1) „. . . I have, therefore, advised my brethren to abandon altogether the wages system of slavery and the representative system of legislation as means of emancipating labor . . . They have first to institute Protective Unions [productive cooperation] similar to the Protective Union of this city. These will gradually make them their own employers. Then they have next — after they have become thereby organized, and have acquired the physical und pecuniary means of executing their will — then they have but to make themselves the laws they require to have adopted in aid of the work they have undertaken, and to memorialize the representative law makers, elected by no matter who, to submit them to the direct action of the people.“ (New York Daily Tribune vom 9. Juli 1850.)

käme nur in Betracht eine Reorganisation der Verwaltung auf Basis von Naturrecht, politischer Gleichheit und gegenseitigem Schutz, als gangbarster Weg aber zur Erreichung dieser Reform die politische Betätigung.

Die charakteristischesten Programmforderungen der New Democracy, die einen Nationalverband mit Unterteilungen auf territorialer Grundlage bildete, waren: es sei das Sondereigentum an Grund und Boden, auf den allen Menschen von Naturrechts wegen ein unveräußlicher gleicher Anspruch zustehe, auszuschließen, und die Regierung habe ihn der Nutzung durch die Bürger auf dieser Basis vorzubehalten; alle nicht verwendeten Gütervorräte sowie die aus den Erfahrungen der Vergangenheit herrührenden Vorteile hätten ein gemeinschaftliches Erbteil der lebenden Generation zu bilden; die Umlaufsmittel seien einzig von der Regierung und zwar so zu ordnen, daß das Volk gegen die Betrügereien der Börsenspekulanten und Finanzmänner geschützt sei; es seien die Vorteile aus dem jeweiligen technischen Fortschritt der Zeit in Wirtschaft und behaglichem Lebensgenuß ausgiebigst zu sichern und gegen Habsucht, Ausbeutung und betrügerische Manöver von Unternehmern, Geldmännern, Banken, Monopolgesellschaften aller Art zu schützen, demgemäß Post, Telegraph, Eisenbahn, Gas- und Wasserversorgung, Bergbaubetrieb, Kanäle usw. zu vergesellschaften und durch die Regierung zum Nutzen der Gesellschaft zu verwalten; zur Förderung von Technik und Wissenschaft, Entwicklung der Hilfsquellen des Landes und Beschützung der produktiven Massen gegen die Habgier der Kapitalisten und die Störungen der gewerblichen Tätigkeit seien von Regierungs wegen die nützlichen Industrien einzurichten, Arbeitsdauer und Löhne nach Grundsätzen der Billigkeit festzusetzen und so Arbeitsgelegenheit auch jenen zu verschaffen, die sonst müßig gehen und der Not sowie dem Verbrechen anheimfallen.

War nun auch, wie man sieht, die New Democracy eine sozialistische Organisation, so war sie doch keine Organisation klassenbewußter Arbeiter. Hierin und in allen anderen Beziehungen war sie der Vorläufer der Sektion 12 und des Spring Street-Federalrates der Internationale. Ihr Bureau setzte sich zusammen aus LEANDER THOMPSON als Präsidenten, GEORGE R. ALLEN als Schriftführer und WILL. WEST als korrespondierendem Sekretär,

Männern, die sich nachher insgesamt der Internationale angeschlossen haben.

Die New Democracy entsendete W. WEST als Delegierten zum Konvent der Nat. Lab. Union von Philadelphia. Er spielte aber auf demselben keine bedeutende Rolle. Sein Resolutionsantrag zugunsten des Referendums wurde zwar nicht offen abgelehnt, wohl aber in einer Kommission begraben.

Am 11. Oktober 1869 richtete die New Democracy ein von WILL. WEST, IRA B. DAVIS und STEPHEN P. ANDREWS [1]), also von allen ordentlichen Vorstandsmitgliedern gefertigtes Schreiben an den Londoner Generalrat der Internationale, in dem ausgeführt wurde: die Nat. Lab. Union sei nun zwanzig Jahre hinter der Zeit zurückgeblieben, und die New Democracy sei als einzige der Lage gewachsene Organisation anzusehen. Sie könne also mit Recht beanspruchen, sowohl in bezug auf die Genesis der Ideen, als auch auf die Artung des Mitgliederstandes als unmittelbare Nachfolgerin, wenn nicht als lebendige Fortsetzung der Industriekongresse und der Arbeits- und Lohnreformbewegung der letzten 20—25 Jahre (in den Vereinigten Staaten) zu gelten." [2])

Im Januar 1871 ward, wie wir wissen, das provisorische Komitee der Internationale in Amerika aus 3 Sektionen gebildet, einer deutschen, französischen und tschechischen. Einige Monate später begannen die früher erwähnten Mitglieder der New Democracy Sektionen zu bilden und Vertreter für das Zentralkomitee zu wählen. Die erste einheimische Sektion, die als Sektion Nr. 9 von New York bekannt ist, ward im Mai 1871 organisiert. Bald darnach ward die Sektion Nr. 12 ins Leben gerufen, die an die Spitze aller einheimisch-amerikanischen Sektionen trat. Sie war für den einheimisch-amerikanischen Zweig der Internationale genau dasselbe, was die Sektion 1 von New York für den deutschen Zweig. Dagegen war sie ihrem Wesen nach von dieser durchaus verschieden.

Ihre leitenden Geister waren zwei Schwestern: VICTORIA WOOD-

---

1) ANDREWS wurde 1850 von JOSIAH WARREN, dem Vater des amerikanischen Anarchismus, zum friedlichen Anarchismus bekehrt. Sein Anschluß an die New Democracy zeigt die geringe grundsätzliche Festigkeit der einheimischen amerikanischen Sozialisten, hilft aber zugleich deren Anlehnung an die antiautoritäre Richtung innerhalb der Internationale begreifen. 2) Revolution vom 28. Oktober 1869. S. 260/61.

HULL und TENESSEE CLAFLIN, beide Verfechterinnen der freien Liebe („social fredom"), des Frauenstimmrechts, einer Weltsprache u. a. m. Der frühere Sekretär der New Democracy, WILLIAM WEST, repräsentierte sie im Zentralkomitee der Internationale von Nordamerika, dessen Sekretär SORGE über die Sektion 12 an den Londoner Generalrat berichtete: dieselbe diskutiere in der Presse ziemlich geschickt die Probleme der Universalsprache und des internationalen Zusammenwirkens [1]), sei eifrig darauf bedacht, ihre Ideen über die Internationale mit Hilfe der „Woodhall & Claflin's Weekly" zu verbreiten, und versuche in den diesem Blatt zugänglichen Kreisen eine günstige öffentliche Meinung wachzurufen. [2]) Und in einem Brief an den korrespondierenden Sekretär der Sektion 20 von Washington D. C. vom 10. Oktober 1871 schreibt SORGE: „Das von WILLIAM WEST signierte und in einer gewissen „Weekly" im Namen der Sektion 12 von New York veröffentlichte Manifest ist ohne Ermächtigung und Zustimmung des Zentralkomitees publiziert worden".[3]) Bald darauf berichtet er endlich nach London: „mit Bezug auf einen von der Sektion 12 ausgegangenen Aufruf habe in verschiedenen Sektionen eine lebhafte und hitzige Diskussion begonnen". [4])

Dieser Aufruf wird von SORGE in einer Anmerkung zu einem Briefe von KARL MARX vom 6. November 1871 wie folgt charakterisiert: „Die Woodhull-Claflin-Sektion (Nr. 12) hatte einen Aufruf an die Bürger der Union erlassen voll alberner Phrasen. Sektion 1 protestierte dagegen, vorläufig vergebens. Stimmrecht und Ämter für die Frauen, freier Geschlechtsverkehr, universelle Weltsprache, Pantarchie wurden von Sektion 12 gepredigt und Verleumdungen gegen alle Gegner geschleudert." [5])

Der Bruch zwischen den deutschen und einheimischen Elementen der Organisation wurde drohend. Jeder Teil suchte den Londoner Generalrat auf seine Seite zu ziehen. Sektion 12 bat diesen um Erlaubnis, sich selbst als leitende Sektion in Amerika zu konstituieren an Stelle der deutschen Sektion 1 von New York. Der Generalrat verwarf jedoch dieses Ansuchen, obschon manche seiner Mit-

---

1) Bericht vom 6. August 1871 im Kopierbuch der Internationale (vgl. oben S. 446 Anm.) S. 35. 2) Bericht vom 1. Oktober 1871, ebenda S. 63. 3) Ebenda S. 55. 4) Bericht vom 5. November 1871, ebenda S. 71. 5) Vgl. SORGE, Briefe und Auszüge aus Briefen ... an, Stuttgart 1906. S. 31.

glieder, namentlich JOHN HALES und ECCARIUS, demselben sympathisch gegenüberstanden. Zuletzt kam es zu einer offenen Spaltung der Internationale in Amerika. Am 20. November 1871 wurde das von den deutschen Sektionen beherrschte Zentralkomitee aufgelöst und als provisorischer Generalrat der Internationale von Nordamerika reorganisiert. Die Anhänger der Sektion 12 protestierten entschieden im Zentralkörper und beanspruchten eine Zeitlang, das reguläre Zentralkomitee zu repräsentieren. Der provisorische Generatrat erklärte sich sodann unter folgenden Bedingungen zur Einigung bereit: es seien fortan in der Organisation nur Arbeiterfragen zu behandeln; neue Sektionen seien nur dann zuzulassen, wenn sie zu mindestens $^2/_3$ aus Lohnarbeitern bestünden; die Sektion 12 und die auf ihren Aufruf hin gebildeten Sektionen seien als Fremdelemente der Arbeiterbewegung auszuschließen.[1]) Die Parteigänger der Sektion 12 lehnten jedoch diese Bedingungen ab und gründeten einen eigenen Generalrat, der seine Zusammenkünfte in der Prince oder Spring Street abhielt. Daher seine Bezeichnung als „Spring Street (Prince Street) Federal Council".

Beide Sektionen appellierten an den Generalrat in London, und SORGE betonte die große Ähnlichkeit zwischen diesen Wirren in Amerika mit den in der Schweiz durch die „Alliance de la démocratie socialiste" hervorgerufenen.[2]) Der Londoner Generalrat setzte ein Untersuchungskomitee ein, das im März 1871 folgenden, vom Generalrat gebilligten Beschluß faßte: beide Räte sollten sich zu einem provisorischen Federalrat vereinigen; neue Sektionen von geringer Mitgliederzahl sollten gemeinsame Delegierte in den Zentralkörper entsenden; am 1. Juli solle ein Generalkongreß der Internationale in Amerika abgehalten werden, der sodann einen Generalrat zu wählen habe, der seinerseits zur Kooptierung neuer Mitglieder berechtigt sein und die Normen und Reglements für die Federalräte feststellen solle; die Sektion 12 solle bis zum nächsten Haager Kongreß ausgeschlossen bleiben; jede Sektion müsse zu $^2/_3$ aus Lohnarbeitern bestehen.

Der deutsche Zweig der Organisation war hiermit einverstanden, nicht jedoch auch der amerikanische, der — unter Billigung JOHN

1) Kopierbuch S. 83 (Bericht vom 17. Dezember 1871). 2) ebenda S. 80.

HALES[1]) — auf dem 9. Juli 1872 einen eigenen Nationalkonvent nach Philadelphia einberief, auf dem 13 Sektionen vertreten waren. Dieselben nahmen die Bezeichnung „American Confederation of the International" an und votierten eine Reihe von Resolutionen, in denen sie vor allem das Recht in Anspruch nahmen, ihre Angelegenheiten unabhängiger vom Londoner Generalrat zu regeln, außer es handelte sich um Anordnungen von allgemeinen Kongressen, auf denen auch sie vertreten gewesen seien. Überdies forderten sie programmatisch das Referendum, das schon im Programm der New Democracy einen so bedeutenden Platz eingenommen hatte[2]).

Die Confederation war — auch hier wiederum in Analogie zur New Democracy — als politische Einheit begründet, zur Erreichung politischer Ziele. Die Machtbefugnisse des Federalrates waren sehr geringe; und obgleich ihm das Recht der Initiative nicht entzogen wurde, war er praktisch zu einem reinen Korrespondenzbureau reduziert.

Der gewählte Federalrat bestand aus 22 Mitgliedern, darunter als rührigste WILL. WEST, T. N. BANKS, JOHN T. ELLIOT und J. R. INGALLS. WEST und zwei andere wurden zu Delegierten am Haager Kongreß gewählt. Doch begab sich nur WEST dorthin, und zwar gleichzeitig als Delegierter des Konvents von Philadelphia und der Sektion 12. Indessen entschied sich die Mandatprüfungskommission gegen ihn, und er wurde zum Kongreß nicht zugelassen. Begründet wurde dies damit, daß der Generalrat die Sektion 12 suspendiert habe, daß WEST Mitglied des Konvents von Philadelphia und des Spring Street Federal Council sei, welches die Zahlung des Sektionsbeitrages verweigert habe. Das Mandat von seiten des Konvents von Philadelphia wurde nicht einmal beachtet.

In der hierüber abgeführten Erörterung sagte KARL MARX: die Sektion 12 sei suspendiert worden, weil sie programmfremde Pro-

1) In einem in der „Woodhull & Claflin's Weekly" vom 15. Juni 1871 abgedruckten Schreiben an den Spring Street Council. 2) „... While proclaiming ourselves to be in harmony with the working people of the world, we reserve to ourselves the right to regulate this branch of the International Workingmen's Association without dictation from the General Council in London, England, except so far as its decrees may be consistent with the orders of the General (or universal) congresses of Association in which we may be represented as from the time they may be held."

bleme gefördert habe, wie freie Liebe, Frauenstimmrecht, Spiritualismus. SORGE, der als Delegierter des regulären Federalrates erschienen war, stellte fest, daß die Hauptmasse der Arbeiter in den Vereinigten Staaten aus Irländern bestehe; nach diesen kämen die Deutschen und sodann die Neger. Die Einheimischen seien keine Arbeiter, sondern Spekulanten. Aus solchen Material seien die amerikanischen Sektionen, mit Nr. 12 an der Spitze, zusammengesetzt, und die übrigen Klassen des Volkes wollten sich nicht der Association anschließen, so lange dies der Fall wäre. Der Kongreß entschied denn auch einstimmig gegen die Zulassung WESTS.

Der Haager Kongreß verlegte den Generalrat der Internationale nach New York und verstärkte dessen Machtbefugnisse gegenüber den Federationen und Sektionen. Dies führte zum Ausscheiden mancher europäischer Federationen, die sich für die antiautoritären Prinzipien BAKUNINS erklärten. Auch die einheimisch-amerikanische Internationale verweigerte den Haager Beschlüssen die Anerkennung und trat in Verbindung mit den sezessionistischen Federationen. Am 6. Mai 1873 richtete sie eine von WEST, C. OSBORNE WARD und HUGH MC GREGOR signierte Adresse an den Generalkongreß, der in diesem Monate in der Schweiz zusammentreten sollte.[1]) Dieselbe enthielt eine Prinzipienerklärung, in der gefordert wurde: die Verstaatlichung der Arbeit, des Bodens und der Produktionsmittel, des Geldwesens, der Erziehung; das Referendum und die Volksiniative nach Schweizer Muster; die Kooperation. Ferner wurde in der Adresse ausgeführt, daß die Internationale eine Agitation zugunsten einer Einschränkung des Machtkreises des gesetzgebenden Körpers begonnen habe, und daß sie am „Generalstreik während des kommenden Sommers“ teilnehmen wolle. Schließlich sprach sie die Hoffnung aus, der Kongreß werde eine neue, streng exekutive und nicht legislative Instanz schaffen, worunter sie einen Generalrat verstand.

Der Austausch von Mitteilungen mit den abgefallenen Federationen in Europa war recht häufig. Am 13. April 1873 beschloß der Federalrat die Absendung einer Adresse an sämtliche europäischen Federationen mit der Aufforderung, der Agitation der Agenten der amerikanischen Auswanderungsgesellschaft entgegenzutreten.

---

1) Woodhull & Claflin's Weekly vom 19. April 1873.

Im Juni 1873 erhielt er seinerseits Mitteilungen der jurassischen und britischen Federationen in bezug auf Probleme, die auf dem nächsten Kongreß diskutiert werden sollten. Am 30. August wieder kam eine Mitteilung von der spanischen Federation, welche die amerikanische mit einer Adresse erwiderte.

Aber offenbar hatte die Internationale geringe Hoffnung auf Verbreitung unter den Massen der Bevölkerung. Denn im November 1873 kam eines ihrer hervorragendsten Mitglieder, MADOX von Maine, auf den Gedanken, die Internationale zu einer geheimen Verbindung umzugestalten, offenbar in der Erwartung, hierdurch die Mitgliederzahl der Organisation vermehrt zu sehen. Als Programm dieser geheimen Verbindung („Secret order of Internationals") aber nahm er wörtlich jenes der New Democracy von 1869 an. Die industrielle Krise vom September 1873 bot der Internationale Gelegenheit zu bedeutsamer Anteilnahme an der New Yorker Arbeiterbewegnng. Diese nahm unter dem Druck von Arbeitslosigkeit und harter Not einen frischen Anlauf. Ein Sicherheitskomitee wurde gebildet, dem auch einige Mitglieder der Internationale angehörten, und unter deren Einfluß das Komitee die Abhaltung einer Massenprozession Arbeitsloser am 3. Januar 1874 beschloß. Diese Prozession endete mit einem Tumult, und die ganze Bewegung ging in die Brüche, worauf der einheimisch-amerikanische Internationalismus aus der Arena verschwand.

Zahlenmäßig war seine Bedeutung nie groß gewesen — denn die Mitgliederzahl hatte nie etwa 1000 überschritten —, sondern hatte in der Eigentümlichkeit der von ihm verfochtenen Ideen bestanden. Er war ein Sprößling der humanitarischen Bewegung der vierziger Jahre und kann nur im Zusammenhang mit dieser voll gewürdigt werden. Sein sozialistischer Inhalt ging auf den Fourierismus, ALBERT BRISBANE und HORACE GREELEY zurück, sein Individualismus auf die Bodenreformversuche von GEORGE EVANS und LEWIS MASQUERIER, sein Mangel an Klassenbewußtsein schließlich auf diese und jene. Von dem Humanitarianismus der vierziger Jahre hatte er die Geneigtheit geerbt, sich alle vorgeschrittenen Bewegungen — wie Frauenstimmrecht, Weltsprache usw. — zu eigen zu machen. SORGE hatte Recht, wenn er sagte: der einheimisch-amerikanische Internationalismus sei keine Arbeiterorganisation. In der Tat war er eine solche nicht: aus zwei Gründen. Erstens

weil er hauptsächlich aus Intellektuellen sich rekrutierte; sodann weil er alle Schlagworte des Fortschrittes auf seine Fahnen schrieb. Überhaupt erschien es den geistigen Helden des Fourierismus zu wenig, sich mit der Verfechtung bloß einer Sache auf einmal abzugeben. Ein anderer Streitpunkt zwischen der deutschen und einheimisch-amerikanischen Internationale bestand in der Woodhull & Claflin's Weekly. „Die Elemente des deutschen Charakters", schrieb diese, „scheinen zu einer Annäherung an ein demokratisches Regierungsideal außer stande zu sein; sie scheinen unfähig, den Gedanken einer Änderung in der Regierung, es sei denn im Wege einer blutigen Revolution, zu begreifen. Eine friedliche Revolution mit Hilfe des Stimmzettels ist ihrem Verständnis einfach unzugänglich." [1])

Ungleich dem deutschen Zweig der amerikanischen Internationale, der im Jahre 1876 den Kern der Socialist Labor Party abgab, hinterließ der einheimische Zweig keine unmittelbaren Ergebnisse seiner Existenz. Allein er half den Boden bereiten für den nicht klassenbewußten Sozialismus des 19. Jahrhunderts, den Nationalismus und den christlichen Sozialismus.

---

1) Woodhull & Claflin's Weekly vom 17. Juni 1872. S. 50.

Briefe von Alexander Herzen und Michael Bakunin an Johann Jacoby.

Mitgeteilt und erläutert von

Gustav Mayer.

I.

Herzen an Jacoby.

Paris, 24 avril 1850.

Voilà, cher Monsieur Jacoby, une occasion que je ne veux pas faire passer sans me rappeler à vos souvenirs, sans vous dire franchement et de tout mon coeur que je vous aime et vous estime.

Depuis votre départ de Genève beaucoup de choses se sont accomplies mais le fond est toujours le même réaction féroce — démocratie stupide. Oui c'est la mort d'une forme sociale, tout dégenère tout tombe. Depuis le mois de décembre je suis à Paris, plus je vois d'hommes, plus je m'approche des partis — plus je reste seul, plus je m'éloigne.

C'est le temps où l'individu doit briser son coeur, ou tous les liens qui l'attachent à ses contemporains. Sauvons-nous même, au lieu de vouloir sauver le monde. Ce qui se prépare ici, c'est difficile à dire, ou un despotisme dégradant ou le communisme pas moins arbitraire. De tous les côtés „Borniertheit", petitesses et violence.

Je ne reste ici que pour mes affaires. On m'a sequestré mes biens en Russie, je travaille pour sauver les beaux restes. Vous pouvez m'aider d'une manière très efficace en me procurant quelque moyen d'envoyer deux ou trois lettres (d'affaires et non de politique) à Moscou sans qu'on les ouvre. Ecrivez moi un mot concernant celà, adressez la lettre à Paris „aux soins de Mess. les frères de Rotschild". — Si on pouvait arranger l'affaire dont j'ai parlé avec le porteur de cette lettre Mr. Kapp (frère de Kapp, qui a été instituteur de mon fils et qui est à présent à New York) — le jeune homme va à Memel en qualité de commis d'une librairie, voilà une occasion magnifique pour envoyer des livres en Russie. La propagande est la seule chose qui me reste, aidez-moi en celà.

Je vous envoie 2 Ex. de mes deux brochures, et ma réponse à Donoso Cortes. Vous pouvez si vous le désirez avoir encore quelques exempl. „Vom andern Ufer". — Je prépare la continuation.

Les lettres de l'Italie sont bien mal traduites, je les ai dictées à Kapp, et nous n'avons pas eu les épreuves, Kapp a été un excellent citoyen, mais il avait un style peu goutable pour tout homme qui ne soit Westphalien.

Donnez votre main, cher Monsieur Jacoby, écrivez-moi, vous me consolerez beaucoup lorsqu'on se rencontre dans le désert, et peut maintenir les rélations individuelles. Ma femme vous salue amicalement, elle a outre cela prié Kapp de vous dire combien nous nous souvenons avec sympathie de la courte rencontre au bord du Leman. — Mazzini regrette beaucoup de ne pas vous avoir rencontré — il m'en a parlé plus d'une fois. A propos je tremble pour Mazz., il me semble qu'encore un pas et lui restera non en avant comme il a été toujours — mais en arrière. Il pense que les choses sont encore éternellement les mêmes comme du temps des frères Bandiera. Noble individualité, pauvre(?)[1] — mais pas progressive.

Vous savez que Proudhon a été envoyé dans la prison de Doullens. — Quel progrès depuis Galilée.

Les boulevards sont couverts de mouchards et de sergeants de ville qui font la chasse aux journaux, le soir a 9 h. on traine[2]) des pauvres femmes, on jette par terre les boutiques portatives — et on se demande quelle est donc cette ville barbare. L'exaspération est grande — mais on laisse faire.

Après avoir terminé mes affaires j'irai à Nice. Je suis rompu, fatigué, dégouté — ou peut beaucoup travailler, mais il faut avoir devant soi un but, une espérance il faut avoir une foi quelconque.

A l'instant même je reçois un ordre de quitter la France. — Vive la liberté!
Ecrivez toujours à l'adresse de Rotschild.
Salut fraternel.
A. Herzen.

Die Bekanntschaft zwischen Jacoby und Herzen stammt aus jenen aufregendsten Tagen in Jacobys Leben, als im Sommer 1849, nach seiner Teilnahme an den Beschlüssen des Stuttgarter Rumpfparlaments, die preußische Regierung den Verfasser der „Vier Fragen" als Hochverräter verfolgte. Das Ministerium Brandenburg-Manteuffel forderte damals in einer scharfen Note von der württembergischen Regierung die Verhaftung sämtlicher auf württembergischem Boden befindlicher aus Preußen gebürtiger Parlamentsvertreter. Diese aber, um dazu nicht gezwungen zu sein, sorgte unter der Hand für deren freiwillige Entfernung. Jacoby hatte sich schon nach Genf begeben, von wo aus er im Oktober im Vertrauen auf seine Unschuld nach Königsberg heimkehrte und sich dem Gericht stellte, das ihn am 8. Dezember des Jahres freisprach.

Herzens vorstehender Brief, der keiner weiteren Erklärung bedarf, charakterisiert gleichzeitig seine persönliche Stimmung in den Monaten der

---

1) Dies Wort ist nicht deutlich lesbar.

2) Fehler gegen die französische Orthographie und Interpunktion wurden nicht getilgt.

Konterrevolution wie die Zustände in Paris beim Heranziehen des zweiten Kaiserreichs. Nach einer erfolglosen Revolution drückt sich den Gemütern der Besiegten vorübergehend leicht das Gefühl auf: „sauvons nous-même au lieu de vouloir sauver le monde“. Auch in Rußland war es so nach dem Scheitern der großen Bewegung von 1905/6! —

Nur im einzelnen ist einiges zu bemerken: Die beiden Broschüren, von denen HERZEN spricht, sind seine kurz vorher, in deutscher Sprache zuerst und von FRIEDRICH KAPP übersetzt, erschienenen Schriften: „Vom andern Ufer“ und „Briefe aus Italien und Frankreich“. Wo HERZENS Antwort an den spanischen Politiker DONOSO CORTES erschien und um was im speziellen es sich dabei handelte, vermochte ich nicht mit Sicherheit festzustellen. DONOSO CORTES (1809—1853) war 1849, bald nach einer Gesandtschaftsreise nach Berlin, aus dem demokratischen plötzlich ins reaktionäre Lager übergegangen. Wahrscheinlich hatte gegen ihn HERZEN einen Artikel für eine französische Zeitung geschrieben, — vielleicht für die von PROUDHON begründete Voix du Peuple? FRIEDRICH KAPP, aus Hamm in Westfalen gebürtig, war nach seiner Teilnahme am Frankfurter Septemberaufstand flüchtig und für einige Monate, bevor er sich Ende 1849 nach Amerika wandte, Hauslehrer bei ALEXANDER HERZENS Sohn geworden. Sein späterer Lebensgang ist bekannt. Der Überbringer von HERZENS Brief an JACOBY war also, wie man aus dem Schreiben ersieht, ein Bruder KAPPS.

MAZZINI und JACOBY haben sich, obgleich sie schon 1846 eine Begegnung planten, wohl auch später nicht persönlich kennen gelernt. Noch im August 1869 bediente sich MAZZINI der Vermittlung LUDMILLA ASSINGS, um mit JACOBY in Verkehr zu treten. Er hielt es damals für wichtig, daß die Häupter der Demokratie einander benachrichtigten, sobald sie über den herannahenden preußisch - französischen Krieg näheres erführen. MAZZINI schrieb seiner Freundin: „. . . Ich kenne genau die französischen Vorbereitungen, und ich glaube an baldigen Krieg. Er kann verzögert werden bis zum künftigen Jahre, kann aber auch noch in diesem ausbrechen. In diesem Falle würde die italienische Regierung mit Frankreich sein, und um die Zustimmung des Landes zu erlangen, würde Louis Napoléon die Augen über Rom zudrücken. Ich weiß nicht, ob die preußische Regierung glaubt, was ich glaube, aber wenn mein Glaube sich bewahrheitete, müßte sie uns zur Basis nehmen, um die Aktion der italienischen Regierung zu verhindern.“ Man sieht auch hier wieder, daß HERZEN nicht so ganz unrecht hatte, wenn er für MAZZINI ein Schicksal befürchtete, wie das der Söhne des österreichischen Admirals Bandiera, die 1846 von den Österreichern als Hochverräter erschossen wurden. Dem Sozialisten HERZEN mußte die nur politische Agitation MAZZINIS veraltet erscheinen.

PROUDHONS Überführung aus der Conciergerie nach der Citadelle von Doullens, die wenige Tage vor der Niederschrift dieses Briefes erfolgt war, sollte ihn für die scharfen Artikel bestrafen, die er im Gefängnis geschrieben hatte. Nach etwas über einem Monat wurde er übrigens in die Conciergerie zurückgebracht.

II.

Bakunin an Jacoby.

Clarens près Vevey le 9 Avril 1868.
Suisse Canton de Vaud.

Cher et bien respectable ami. — J'ose encore vous donner ce nom malgré les vingt années qui nous séparent de celle où je vous rencontrai la première fois à Francfort d'abord et puis à Berlin. —

Bien de l'eau s'est écoulée depuis, comme dit le proverbe russe, le monde — du moins en apparence — a changé plutôt en mal qu'en bien — mais vous êtes resté vivant, convaincu, ferme et inébranlable à votre poste comme je vous ai connu il y a 20 ans. — J'ai eu un moment de bonheur en lisant votre dernier discours aux électeurs de Berlin — et je me suis dit qu'un seul homme, comme vous, vaut quelquefois une armée. — Je voudrais que vous soyez convaincu que moi aussi je suis resté fidèle à notre drapeau. — Si j'ai changé c'est plutôt en bien qu'en mal — je suis tout aussi révolutionnaire que jadis, mais je crois comprendre aujourd'hui mieux qu'il y a vingt ans, le but de la révolution qui selon ma ferme conviction doit bientôt émanciper et rajeunir les sociétés de l'Europe. — Mon ami, que je vous présente et vous recommande chaudement comme mon meilleur ami par cette lettre et auquel je vous prie d'accorder toute confiance, vous dira quels sont mes travaux aujourd'hui. — D'abord un livre sous le titre de Socialisme, Fédéralisme et Antithéologisme. — Ensuite un journal russe non secret mais anonyme — et enfin une Correspondance lithographiée sur la Russie que mes amis et moi nous nous proposons d'offrir à tous les journaux de l'Europe, ne leur demandant en échange que de nous envoyer gratis leurs feuilles. Nous serons à même de leur donner des renseignements détaillés sur ce qui se passe réellement en Russie, et nous ne dirons que la pure vérité, autant qu'il nous sera donné de la savoir nous mêmes. — Enfin l'oeuvre principale qui nous occupe, c'est la propagande révolutionnaire en Russie tendant à la dissolution de cet Empire, sans laquelle selon notre conviction bien arrêtée point d'émancipation possible pour les peuples qui s'y trouvent emprisonnés par la force. Ennemis du Panslavisme, comme du Pangermanisme, comme du Pan Romanisme et comme de tous les Panismes du monde, nous sommes Fédéralistes et comme dirait Proudhon An-archistes quand même et Socialistes avant tout.

Mais ne craignez pas, cher ami, nous ne serons pas violents dans notre correspondance, et très modérés très polis dans la forme, nous contentant de la révolution dans le fond. — J'espère que vous voudrez bien échanger votre „Zukunft“ — contre notre correspondance russe. —

Mais j'espère encore autre chose. J'espère que vous voudrez bien aider mon ami et par vos précieux conseils et par vos recommendations dans tout ce qu'il entreprendra soit à Berlin soit à Königsberg. — Je n'entre pas dans les détails — il vous les dira lui-même aussi bien que son nom que je vous prie de vouloir bien garder dans le plus grand secret aussi bien que toute l'affaire dont

il vous parlera. — Ne le nommez jamais dans vos lettres. — Quant à moi je brûle toutes celles que je reçois — le feu étant un excellent sécrétaire.

Sur ce je vous serre la main et me dis votre sincère et devoué ami

M. Bakounine.

Der Wunsch, die Revolution, die in Frankreich ausgebrochen war, zu einer allgemein-europäischen zu machen, deutlicher gesprochen, sie seinen slawischen Stammesgenossen zu vermitteln, hatte BAKUNIN bestimmt, Anfang April 1848 Paris zu verlassen und den Weg nach Osten zu nehmen. Er reiste natürlich auch über Frankfurt, wo am 31. März in der Paulskirche das Vorparlament zusammengetreten war, das als der Mittelpunkt der deutschen Revolution galt, mit der er Fühlung nehmen wollte. GEORG HERWEGH, an dem BAKUNIN seit Jahren mit großer Liebe hing, vermittelte durch das folgende — hier zum ersten Male gedruckte — Empfehlungsschreiben dem russischen Freunde die Bekanntschaft JACOBYS, der damals noch zu den führenden Geistern der Bewegung gehörte. Aus BAKUNINS Brief an ANNENKOW vom 17. April 1848 (mitgeteilt in seinem Briefwechsel mit HERZEN und OGARJOW, Stuttgart 1895) ergibt sich, daß er in Frankfurt „mindestens fünfzig rührige, energische und einflußreiche Demokraten“ kennen lernte, und daß er sich dort außer mit JACOBY besonders mit WILLIG und Graf REICHENBACH anfreundete.

Paris 30. III.

Lieber Jacoby, ich mache Dir hier ein großes Geschenk mit einem meiner treuesten Freunde, dem Russen Bakunin; er wird Dir über alles, Deutsches wie Französisches jede nur wünschbare Auskunft erteilen, und Du kannst ihn auch als einzig authentische Quelle über mich betrachten.

Die erste Stunde wird Dir zeigen, daß er Dein unbegränztes Vertrauen verdient, wie er das meinige längst schon besitzt. Führe ihn in den Kreis Deiner Bekannten ein; er bringt noch einen Sack voll Revolutionsluft mit sich, um Eure konstitutionelle Atmosphere zu reinigen. Dein

Herwegh.

Wenn BAKUNIN nach einem Stillschweigen von zwanzig Jahren im April 1868 mit JACOBY wieder anknüpfte, so war, wie der hier mitgeteilte Brief zeigt, dabei der Wunsch maßgebend, in Preußen — sei es in Berlin oder in Königsberg — Beziehungen zu einer zuverlässigen Persönlichkeit zu erlangen, deren Gefälligkeit er in dieser Zeit seiner vielseitigsten Wirksamkeit in Anspruch nehmen konnte. Zu den beiden Richtungen der deutschen Sozialdemokratie stand er in keinem klaren Verhältnis, während JACOBYS Berliner Rede vom 30. Januar 1868 über das Ziel der deutschen Volkspartei seinen föderalistischen Anschauungen und auch seinen sozialen und politischen Tendenzen in mancher Hinsicht entgegenzukommen schien. Der Name des Überbringers dieses Briefes, den BAKUNIN darin als seinen „besten Freund“ bezeichnet, war nicht mehr mit Gewißheit festzustellen — Herr GUILLAUME denkt an den Polen MROCZKOWSKI —, so wenig wie sich die dunklen Andeutungen mit Sicherheit aufhellen ließen, die sich auf dessen Mission nach Berlin und

Königsberg bezogen. Es handelte sich um die Beförderung geheimer Druckschriften über die russische Grenze oder um eine private Angelegenheit! Gerade damals trugen sich BAKUNIN und seine mit ihm in der Schweiz lebenden Landsleute mit dem Plan zu einer russischen Zeitschrift, die dann im September des Jahres in Genf zu erscheinen begann. Freilich war BAKUNIN nur an der ersten Nummer der Narodno Delo (La cause du peuple) beteiligt, die Fortführung übernahmen sein Gegner UTIN und dessen Kameraden.

„Föderalismus, Sozialismus und Anthitheologismus" wurde von BAKUNIN selbst nicht veröffentlicht und erst 1885 in der französischen Ausgabe seiner Werke als Fragment gedruckt. Ob die in dem Brief erwähnte lithographische Korrespondenz über Rußland, die in französischer Sprache erscheinen sollte, jemals über das Stadium des Projekts herausgekommen ist, vermochte selbst Herr Dr. M. NETTLAU, der beste deutsche BAKUNIN-Kenner, dem ich einige Mitteilungen verdanke, nicht festzustellen.

Wie sich JACOBY zu dem Gesuch BAKUNINS verhalten hat, ist unbekannt. In der ihm nahestehenden und von seinem Anhänger GUIDO WEISS herausgegebenen „Zukunft" in Berlin erschienen im Juli und August des folgenden Jahres aus der Feder S. L. BORCKHEIMS drei Aufsätze über BAKUNIN, die nichts weniger als Wohlwollen gegen den russischen Feuerkopf verrieten.[1] Doch ist mit Sicherheit anzunehmen, daß JACOBY, der sich von Königsberg aus um die eigentliche Redaktion der Zeitung nicht kümmerte, jene Artikel nicht vor ihrem Erscheinen eingesehen hat.

Über BAKUNINS Auffassung der An-Archie und seine Stellung zum slawischen Problem und innerhalb der sozialistischen Bewegung wie über alles Biographische unterrichtet am besten das große bisher nur hektographierte Werk von NETTLAU, auf Grund dessen recht bald in deutscher Sprache von ihm selbst oder einem anderen eine handliche und wissenschaftlich brauchbare Biographie des „russischen Proteus" (KARL GRÜN) abgefaßt werden sollte.

1) Über diese Aufsätze in der „Zukunft" wollte sich ALEXANDER HERZEN im Interesse BAKUNINS bei JACOBY beschweren. Als er sie aber im Original gelesen hatte, hielt er es nicht der Mühe wert, da er erkannte, daß es sich um die „alte MARXsche Mache" handle (vgl. Brief 49 der russischen Ausgabe des Briefwechsels HERZENS und OGAROWS mit BAKUNIN).

Zu den Anfängen der Internationale in Genf.

Mitgeteilt von

Otto Karmin.

Die Geschichte des ersten Jahres der Internationale ist kaum bekannt; selbst James Guillaume geht mit wenigen Seiten darüber hinweg.[1] Das folgende Dokumen tdürfte daher nicht ohne Interesse sein, das von dem bourgeoisen und legalitären Charakter der Anfänge der Bewegung in Genf zeugt.

Genève le 1er Mars 1866.

Monsieur Piachaud, docteur-médecin
rue Beauregard, Genève.[2]

La Société Internationale des travailleurs a institué une section à Genève en Avril 1865; le but que se propose cette vaste association est l' émancipation du travailleur par tous les moyens honnêtes et légaux.

C'est dans cette intention généreuse qu'elle a organisé dans son sein une société de secours mutuels en cas de maladie, dont peuvent faire partie les enfants des deux sexes depuis l'âge de 10 ans et les autres personnes, également des deux sexes jusqu' à l'âge de 55 ans, pourvu toutefois que ces Membres jouissent d' une bonne réputation et ne soient atteints d' aucune maladie incurable reconnue.

Pour arriver à ce but de haute moralité, nous faisons un appel empressé à tous les coeurs généreux et devoués, et c' est au nom de la Société tout entière que nous venons aujourd' hui, Monsieur le Docteur, vous demander s' il vous serait agréable de nous prêter le concours de votre science pour le traitement et les soins à donner à nos sociétaires malades, et l' appui salutaire de vos conseils pour la prospérité de l' Association.

En conséquence, veuillez Monsieur le Docteur nous fixer le jour et l' heure où vous pourrez donner audience aux délégués à cet effet. Si vos

1) L' Internationale; documents et souvenirs (1864—1878), 4 Bände. Paris 1905/10, I, 2—4.

2) Mitteilung von der Begründung einer Krankenunterstützungskasse durch die Genfer Sektion der I. und Ersuchen an Dr. Pichaud um Unterstützung durch Gewährung — entgeltlicher, von der Sektion zu honorierender — ärztlicher Behandlung der Kassenmitglieder.

occupations ne vous permettaient pas d'accorder cette entrevue, vous nous obligeriez infiniment en nous indiquant vos conditions et les honoraires que vous désirez recevoir, honoraires qui vous seront garantis par la Société.

En vous associant à cette grande oeuvre, vous acquerrez ainsi de justes droits à la reconnaissance générale et à notre sincère gratitude personelle.

Dans l'attente d'une réponse favorable dans la huitaine,

Daignez recevoir l'expression de nos sentiments respectueux,

Le Président: DUPLEIX [1] Le Secrétaire: ROCHAT

[Stempel: Association internationale des travailleurs section de Genève.]

Réponse à M. DUPLEIX, Pelisserie 4 (Genève).

---

1) Die Unterschrift D.s ist mit einem Zeichen versehen, das Eingeweihten dessen Zugehörigkeit zur Freimauerei zu erkennen gibt.

Literaturbericht.

1. Josef Dumler, Beitrag zur Geschichte des Salzburger Buchdruck- und Zeitungswesens. Salzburg 1909. 8° 28 S.
2. Anton Grolig und Karl Weigl, Zwanzig Jahre Tapeziererorganisation. Wien 1910. 8° 137 S.
3. Ludwig Wasner, Zwanzig Jahre Organisation der Gießereiarbeiter Österreichs. Wien 1910. 8° 236 S.
4. G. A. Heres, Festschrift zum 50jährigen Jubiläum der Wiener Ortsgruppe des österreichischen Senefelderbundes. Wien 1910. 4° 37 S.
5. Laurenz Widholz, Denkschrift anläßlich des 20jährigen Bestandes der freien Organisation der Wiener Tischler. Wien 1910. 8° 79 S.

Mehr als in anderen Ländern ist in Österreich die Gewerkschaftsbewegung mit den politischen Kämpfen der Arbeiterschaft verflochten. Man kann wohl kaum eine Seite in der Geschichte aufschlagen, ohne an diese engen Zusammenhänge erinnert zu werden. Die Gewerkschaften waren in Österreich seit jeher das bedeutsamste Glied der modernen Arbeiterbewegung. Ja mehr noch, sie waren Jahrzehnte hindurch die eigentlichen Träger des proletarischen Emanzipationskampfes. Die geschichtlichen Beschreibungen österreichischer Gewerkschaftsverbände sind deshalb zugleich auch Beiträge und oft sehr wichtige Beiträge zur Geschichte der politischen Arbeiterbewegung dieses Landes.

Bis vor kurzem waren jedoch derartige Darstellungen nur in geringem Maße vorhanden. Solange alle Kräfte durch den heftigen Tageskampf in Anspruch genommen waren, fehlte es an Lust und Muße zu geschichtlichen Betrachtungen. Nun aber die Gewerkschaften sich durchgesetzt haben, ihr Bestand gesichert ist und ihre Machtfälle Tag um Tag sichtbarer in Erscheinung tritt, wächst auch das Interesse an der Erkenntnis ihres Werdeganges. So sind denn Gewerkschafter selbst daran gegangen, Gewerkschaftsgeschichte zu schreiben, und sie haben hierbei in der Tat Beachtenswertes geleistet.

Von den älteren Arbeiten auf diesem Gebiete sei vor allem Karl Högers „Aus eigener Kraft", Geschichte des niederösterreichischen Buchdrucker- und Schriftgießervereins, Wien 1892, genannt. Dieses Buch enthält nicht nur eine ausführliche und lebensfrische Schilderung der Buchdruckergewerkschaft, sondern auch viel Material zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung überhaupt. — Einige Jahre später erschien eine knappe Geschichte des niederösterreichischen Vereins der Buchbinder, die den verdienstvollen Funktionär dieser Organisation, Julius Grünwald, zum Verfasser hat

„Kulturarbeit“, Wien 1898). — Die Geschichte der Hutmachergewerkschaft gibt KARL SEKIRNAEK in seiner lesenswerten Schrift „Damals und heute“, kurzgefaßte Darstellung des Entwicklungsganges des Vereines für alle in der Hut- und Filzwarenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Niederösterreichs. Wien 1904. — Diesen Beschreibungen einzelner Gewerkschaftsverbände folgte vier Jahre darauf meine zusammenfassende Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung“ (Wien 1908), die seither durch eine Reihe geschichtlicher Abhandlungen über einzelne Verbände ergänzt worden ist, welche zwar durchweg Gelegenheitsschriften, aus Anlaß von Verbandsjubiläen, aber nichtsdestoweniger mitunter sehr wertvoll sind.

Eine kurze, etwas allzu dürftige Skizze über den Werdegang der Salzburger Buchdruckerorganisation lieferte DUMLER (1). — An Material ziemlich reich dagegen ist die Schrift von GROLIG und WEIGL (2). Aber auch sie weiß leider, ebenso wie die anderen Geschichten einzelner Verbände, verhältnismäßig nur wenig von der Frühzeit der österreichischen Gewerkschaftsbewegung zu erzählen. Man merkt bei der Lektüre, daß den Verf. nur die Zeitungen und Flugblätter aus den letzten zwei oder drei Jahrzehnten zur Verfügung gestanden haben, einer Zeit, die sie denn auch ausführlich schildern, während ihnen für die vorhergegangenen Jahre das sichere Material fehlte, so daß sie sich mit vagen mündlichen Überlieferungen behelfen mußten. — Dies gilt auch von WASNERS Buch (3), das im übrigen sehr lesenswert ist, weil es die etwas zünftige Eigenart der Gießereiarbeiter und ihre daraus entstehenden Konflikte mit der übrigen Arbeiterschaft ausführlich schildert. Erwähnenswert ist ferner die technisch hübsch ausgestattete Schrift von HERES (4) über die Organisation der Lithographen und Steindrucker. — Ebenso muß schließlich auf das Büchlein von WIDHOLZ (5) hingewiesen werden. Es schildert eine Organisation, die sich neben der eigentlichen Gewerkschaft bildete, um, von den gesetzlichen Schwierigkeiten befreit, die Streikgelder sammeln zu können. Das österreichische Koalitionsrecht verwehrt nämlich den Gewerkschaften das Sammeln von Streikgeldern, weshalb formell neben den Gewerkschaften, in Wirklichkeit aber in innigster Verbindung mit ihnen die sog. „freien Organisationen“ entstanden. Die Geschichte der freien Organisation der Tischler ist daher eigentlich eine Geschichte der Tischlergewerkschaft selbst.

Solange eine Geschichte der politischen Arbeiterbewegung nicht existiert, wird zu den geschichtlichen Beschreibungen der Gewerkschaften gegriffen werden müssen, wenn man die Entwicklung der sozialistischen Bewegung in Österreich kennen lernen will.

Wien. JULIUS DEUTSCH.

ERNST UNTERMANN, Die logischen Mängel des engeren Marxismus. Georg Plechanow et Alii gegen Josef Dietzgen. Herausgegeben und bevorwortet von EUGEN DIETZGEN. München, Verlag der Dietzgenschen Philosophie, 1910. gr. 8°. XXIII — 753 S. (7.50 M.)

Wer mit mir der Meinung ist, daß der Materialismus zu den bestwiderlegten Irrtümern gehört, wird den Streitigkeiten innerhalb seines Bezirks

keinen großen Wert beimessen. Sie sind für ihn von Bedeutung nur in historischer Hinsicht und in sachlicher, insofern vielleicht die Differenzen auf die Unrichtigkeit der gemeinsamen materialistischen Voraussetzungen zurückgehen. Doch sei zunächst der Inhalt des leider ganz unnötig breit geratenen Werkes angegeben.

Im Vorwort teilt der Herausgeber, der Sohn des Mannes, dessen Philosophie hier verteidigt wird, aus einem Briefe U.s die Hauptgesichtspunkte mit, die U. schon in einer früheren Schrift, dem „Anti-Plechanow" bewiesen haben will. Der wesentliche Inhalt des neuen Werkes ist in diesem Abdruck (S. XIX—XX) enthalten. Hiernach soll der „engere Marxismus" (d. h. der nicht durch DIETZGEN ergänzte) unter den für die Geschichte entscheidenden Produktionsverhältnissen bald die natürlichen und gesellschaftlichen, bald nur die gesellschaftlich-ökonomischen Faktoren verstehen, deshalb suche er auch den historischen vom naturwissenschaftlichen Materialismus abzugrenzen. Ferner sollen MARX und ENGELS keine dialektisch-materialistische Erkenntnistheorie ausgebildet haben, was DIETZGEN geleistet habe; in der individuellen Entwicklung herrsche das gleiche logische Entwicklungsgesetz wie in Natur und Geschichte, weshalb der engere Marxismus seine Fehler unbewußt mache; erst so werde eine Ethik möglich.

Das Buch selbst zerfällt in drei Teile, von denen der erste „die erkenntniskritisch-dialektischen Mängel des eng. M. im allgemeinen und deren Beseitigung durch J. D." behandelt (1—300). Der Kern des Kampfes besteht in dem Fehlen einer monistischen Weltdialektik und Erkenntnistheorie (S. 10ff.). Der Marxismus entstand als Gesellschaftsdialektik (vgl. auch 214, 240), ist also fragmentarisch und muß ergänzt werden, der ganze natürliche Weltzusammenhang, das wirkliche Weltall in konsequenter Anwendung der marxistischen Methode erforscht werden. Dies alles hat D. vollbracht mit der Aufdeckung der letzten Basis aller Logik und Dialektik, des Verhältnisses zwischen dem Absoluten und dem Relativen (44), während der engere M. mit Einschluß des Revisionismus (190) — besonders KAUTSKY, PLECHANOW, MEHRING u. BERNSTEIN werden in endlosen Erörterungen befehdet — sich in Widersprüche verwickelt (87). D. lehrt, daß nicht die Materie das Primäre und der Geist das Sekundäre sei, sondern daß beide gleichgestellte Teile des höheren Dritten, des natürlichen Weltprozesses sind, der selbst freilich rein materialistisch gedeutet wird (109). Die Beschränktheit des eng. Marx. besteht in der Unsicherheit, ob unter dem das Denken bestimmenden Sein das ganze Natursein oder nur das ökonomische Sein zu verstehen ist (244). Durch das letztere sind nur die Veränderungen erklärbar, nicht das Verhältnis des Bewußtseins zum Universalzusammenhang (259). Das Absolute ist von demselben Stoff wie das Relative, seine Teile, daher auch dem Bewußtsein gleich, weshalb dieses die Identität des Gegenstandes mit seiner Erkenntnis durch bloße Abbildung gewinnt (288f.).

Im zweiten Teil werden „die methodischen Unzulänglichkeiten des historischen Materialismus und ihre Überwindung durch D.s dialektische Logik" dargestellt (301—533). Hier wird alles Gesagte noch einmal wiederholt, mit

neuer Polemik ausgestattet, und insb. „das tragische Schicksal des eng. Marx." beklagt, der sich im Widerspruch zu seinem nicht klar erkannten Prinzip stets auf das Schelten verlege (355ff., 469ff.). Auch die geistige (soll heißen individuelle) Entwicklung ist als historischer Prozeß aufzufassen: Orthodoxe und Revisionisten folgen unbewußt einem notwendigen Schema, weshalb U. als Schüler D.s persönliche Verunglimpfung ablehnt. Natürlich ist seine Richtung die kommende Synthese (513ff.), die er bewußt unterstützen will (533).

Der dritte Teil betitelt sich: „Weltdialektik im eng. und im erweiterten Marxismus, namentlich mit Bezug auf das Bewußtseins- und Willensproblem" (534—687). Hier wird alles Systematische von neuem vorgesetzt. D. war der einzige Philosoph, der die Welt oder Allnatur als das selbstherrliche Absolute erkannte, das uns durch Erforschung seiner Teile immer erkennbarer wird; er zeigte den Naturmonismus, die Einheit aller relativen Zusammenhänge inkl. des Denkens und der Gesellschaft mit dem Universum (534ff.). Dessen Ursprung und Ende zu erforschen, soll freilich nicht Aufgabe der Wissenschaft sein, da wir nur in dem Zwischenstadium denken können (540). In krasser Weise verrät dieses Argument die alte Bildertheorie; trotz dieser Einschränkung der Erkenntnis wird jeder Agnostizismus und Positivismus gescholten, das Wesen der Dinge kann bis auf den letzten Grund erfaßt werden. Ein Beweis hierfür, eine wirkliche Erkenntnistheorie, wird nicht gegeben, es sei denn der materialistische aus der Identität des denkenden und seienden Substrates. Er stützt sich aber wiederum auf die vorausgesetzte Bildertheorie. So ergibt sich ein Zirkel; der sporadische Versuch einer Begründung des Materialismus muß schon deshalb scheitern, weil U. nur eine Brücke zwischen Empfindung und Denken sucht, also übersieht, daß die Empfindung keine materielle Bewegung sein kann (570ff.). Nach ihm sollen die Bewegungen der verschiedenen Empfindungsmassen als unorganisiertes Eiweiß oder organisiertes Spezialorgan immer unmittelbar das Bewußtsein selbst sein (601)! Dies ist ebenso naiv wie die Abfindung mit dem Wertproblem, nach der die Teleologie ein besonderer Name für bewußte Kausalität des Denkens ist (655). — Im Anhang (691—753) sind noch polemische Aufsätze gegen und für D. von Plechanow, Mehring und Eugen D. abgedruckt.

Ich füge im Sinne des ersten Absatzes einige kritische Bemerkungen hinzu, wobei ich von den ebenso sinnlosen als blasphemischen Angriffen auf Kant und die Religion überhaupt (341ff., 573) absehe. Was D. zur Ergänzung des Marxismus vorbringt, ist nichts Neues, sondern betont nur von ihm flüchtig Erörtertes. Marx hatte eine durchaus bestimmte und richtige Vorstellung vom Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft, indem der Fortgang der Geschichte nur durch den gesellschaftlichen, weil variablen Faktor möglich werden sollte, eine Entwicklung nehmen, der die Natur einen konstanten Spielraum gewährt. Indem aber das Variable nur in die ökonomischen Verhältnisse gesetzt wird, alle Bewußtseinsinhalte ihre bloße Spiegelung sein sollen, müssen offenbar alle Wissenschaften Reflexe des Ökonomischen werden, also auch die Naturwissenschaften, die doch andererseits den Fortgang der Technik bestimmen. Daß sie im Systeme des Marxismus in der Luft schweben, be-

weist nicht, wie U. meint, seine Ergänzungsbedürftigkeit, sondern seine Undurchführbarkeit. Der individuell-dialektische Entwicklungsgang ist für MARX selbstverständlich, da er ja den einzelnen dem Allgemeinen subsumiert. Merkt U. wirklich nicht die Selbstwiderlegung, der der gesamte Marx. durch seine Theorie vom Unbewußten verfällt? Wenn alles Bewußtsein dialektisch notwendiger Überbau ist, muß doch auch wohl die eigene Anschauung Selbsttäuschung sein, gibt sie sich doch hier direkt als Klasseninteresse, als proletarische Wahrheit, über die (79) nur die Masse der Parteigenossen urteilen soll!

Was die dialektische Logik selbst anlangt, so ist sie sowohl bei MARX als bei DIETZGEN etwas ganz anders als HEGELs Überwindung der Verstandeslogik; selbstverständlich, weil das endliche Denken des Materialismus auf den Satz vom Widerspruch nicht verzichten kann. D.-U. begnügen sich genau wie ENGELS im „Anti-Dühring" mit der Aufzählung von Beispielen der Einzelwissenschaften, aus denen dann allenfalls die Dialektik von Wahrheit und Irrtum abgeleitet wird. In demselben Buche hat ENGELS den Naturmonismus in Kürze mit demselben Zirkelbeweis begründet wie D. Nur daß hier größere Ausführlichkeit auf diesen Punkt verwandt ist, die nur dazu dienen kann, das Absolute des Materialismus recht fragwürdig zu machen; ist doch die Einsicht nicht einmal ganz klar, das Absolute wenigstens dialektisch in der Totalität der Prozesse des Relativen aufgehen zu lassen. Ja, indem nun das Besondere aus dem Allgemeinen wieder abgeleitet werden soll — hierüber schweigt U. —, erneuert D. HEGELs Fehler der analytisch-rationalen Kausaltheorie. Schließlich ist es falsch, seine Philosophie gegen den Positivismus auszuspielen. Denn ausdrücklich erkennt D. an, daß es ein für uns Transzendentes, eine „übergeschnappte Objektivität", geben könne, weshalb ich seine Anschauungen — zugleich wegen des Tons der Begründung — als „burschikosen Positivismus" gekennzeichnet habe. (Vgl. über die Belege der beiden letzten Behauptungen und zum Ganzen der Kritik mein Buch: Das philosophisch-ökonomische System des Marxismus 1909, S. 505f., 406ff.; 149ff., 188f., 409ff., 506ff.) Was vom Dietzgenismus übrig bleibt, sind nur die allgemeinen, hier nicht zu diskutierenden Motive des Realismus und des Entwicklungsgedankens.

Ich kann mein Urteil nur dahin zusammenfassen: So sehr auch der einfache Arbeiter D. persönlich Anerkennung verdient, so ist doch seine Leistung über den Dilettantismus aller modernen Materialisten nicht hinausgewachsen; die breite und nicht einmal in allem korrekte Darstellung U.s kann höchstens das eine Verdienst haben, durch den Versuch einer klaren Zusammenfassung die Unzulänglichkeit des ganzen Marxismus darzutun.

Bonn. EMIL HAMMACHER.

PAUL GÖHRE, Die deutschen Arbeiterkonsumvereine. Berlin, Buchhandlung VORWÄRTS 1910. 8°. XII — 655 S. (12,50 M.).

Die Stellung der Konsumvereine innerhalb der Arbeiterbewegung Deutschlands ist zu einer sehr ernsten und dringend Lösung erheischenden

Frage geworden. Es ist Tatsache, daß die im Zentralverbande deutscher Konsumvereine zusammengefaßten Genossenschaften so gut wie ausschließlich aus Lohnarbeitern und sonstigen, diesen wirtschaftlich und sozial nahestehenden proletarischen Elementen bestehen. Da dieser ihr Charakter aber in der Leitung durch die Zentralstellen nicht zum Ausdruck kommt, so empfinden die zahlreichen sozialdemokratischen Genossenschaften den Zustand, daß ihr politischer Organismus ein von ihrem genossenschaftlichen Organismus streng gesondertes Dasein führt, als abnorm und trachten nach einer Änderung. Deutliche Symptome dieser Stimmung sind die Debatten auf dem Kopenhagener Internationalen Sozialistenkongreß und dem Magdeburger sozialdemokratischen Parteitag im Herbst 1910. Ein solches Zeichen der Zeit ist auch Gs. Buch. Doch soll es nach dem Willen des Verf. mehr sein als dies, es soll schnelle und praktische Wirkung haben und mithelfen, das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Arbeiterkonsumvereinen endgültig zu klären.

„Wer in dem Buche eine Geschichte der deutschen Arbeiterkonsumvereine sucht, kommt nicht auf seine Kosten". (S. IX). Aber auch eine Darstellung des gegenwärtigen Zustandes der Vereine gibt das Buch nicht. Und eines von beiden muß man nach dem Buchtitel notwendig erwarten. Darum hätte der Verf. besser getan, einen anderen, nicht falsche Erwartungen weckenden Titel zu wählen. Der Rahmen des Werkes ist viel enger gesteckt.

G. gibt eine monographische Schilderung von vier Vereinen (darunter Leipzig-Plagwitz, Berlin und die Hamburger „Produktion"). Indem er bis ins kleinste Detail hinein das Werden und Wachsen von nur vier Vereinen, die aber die nach seiner Meinung entscheidenden Typen der deutschen Arbeiterkonsumvereine darstellen, schildert, glaubt er, dennoch eine Art Geschichte der Arbeiterkonsumvereine zu geben. Dieser Teil nimmt den weitaus größten Raum des umfangreichen Bandes in Anspruch. Einen Überblick über das große Ganze der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung ermöglichen dann die kürzeren Abschnitte über die bürgerlichen Konsumvereinsbestrebungen im Rahmen des „Allgemeinen Verbandes", wobei der Verf. eine vortreffliche Charakteristik SCHULZES und seiner genossenschaftlichen Ideen gibt, und über die Großeinkaufsgesellschaft und den Zentralverband deutscher Kousumvereine unterrichtet. Eine Analyse des ökonomischen Charakters der Arbeiterkonsumvereine soll dann das Wesen und die Schranken desselben klarstellen. Sehr hübsch ist, was G. hier über die Arbeitsverfassung der Vereine sagt. Was er da berichtet, ist eigentlich ein interessanter Beitrag zur Psychologie des Proletariats. Last not least ist ein eigenes Kapitel auch den Feinden der Konsumgenossenschaften gewidmet. Was von der Gehässigkeit derselben und ihrer auch die Lächerlichkeit nicht scheuenden Kleinlichkeit bei der Bekämpfung der Bewegung erzählt wird, ist fast unglaublich und heut auf dem ganzen Erdball nur in Deutschland möglich. Die Konsumvereine leben einfach unter einem Ausnahmezustand. „Was die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften von 1878 bis 1890 erlebten, das machen die freien, die Arbeiterkonsumvereine jetzt, etwa seit 1901, durch".

Umso anziehender ist das Bild, das das Eigen- und Innenleben der Konsumvereine bietet. Mit Riesenfleiß hat G. aus tausenden von Sitzungs- und Versammlungsprotokollen, aus Geschäftsbriefen, Jahresberichten, Bilanzen und allen möglichen, oft vergilbten Zetteln, durchaus von Arbeitern mit einfachster Schulbildung in unbeholfener Sprache und unbeholfener Schrift verfaßt, dies Bild zusammengestellt. Die auf die kleinsten Einzelheiten eingehende Behandlung des Stoffes macht es möglich, das ganze Leben und Funktionieren des genossenschaftlichen Organismus bis ins Innerste hinein zu belauschen. Die treibende Kraft dieses Organismus aber ist das bekannte und vortreffliche Organisationstalent der deutschen Arbeiter, das sich hier in gleicher Weise offenbart wie bei ihrer politischen und gewerkschaftlichen Betätigung. Wie sie aus winzigen Anfängen ihre Vereine emportragen zu Einfluß und imponierender Größe und mit ihren Aufgaben selbst in die Höhe wachsen, das im einzelnen zu verfolgen, ist für den Freund des Genossenschaftswesens wahrhaft herzerfreuend. Und da in dieser Hinsicht die gewählten vier Vereine zweifellos für alle typisch sind — über die theoretische Richtigkeit der vom Verf. aufgestellten Typen kann man sicherlich verschiedener Meinung sein —, so gewinnt man aus der Kenntnis dieser vier Vereine ein zutreffendes Bild der ganzen deutschen Konsumvereinsbewegung.

Gs. Buch ist also ein ganz vortreffliches Werk. Wohl kann man manche Details anfechtbar finden, wohl kann, wer Gs. politischen Standpunkt nicht teilt, mit der Tendenz, die das ganze Buch durchzieht, nämlich ein innigeres Verhältnis zwischen der politischen Partei und den Genossenschaften der Arbeiter herbeiführen zu helfen, nicht einverstanden sein, aber daß wir es mit einem Buche zu tun haben, das in der allerersten Reihe der Genossenschaftsliteratur steht, ist außer jedem Zweifel. Und Gs. Leistung verdient umso mehr Anerkennung, als er nicht zu den sozusagen berufsmäßigen Genossenschaftern gehört. Ja, es ist sogar die erstaunliche Tatsache festzustellen, daß aus den Kreisen der bisherigen Wortführer der deutschen Konsumvereinsbewegung keine literarische Leistung von auch nur annähernd gleichem Range hervorgegangen ist.

Aus eben diesen Kreisen, soweit sie an der strengen Neutralität der Konsumgenossenschaften festhalten, ist Gs. Buch bereits angefochten worden. Aber gegen seine auf reichstes Material gestützte klärende Nachweisung, daß der Klassencharakter der Konsumvereine, der sich in ihrer Mitgliederstatistik deutlich äußert, das beherrschende und richtunggebende Element in ihrer Geschichte, ihrem inneren Leben und ihren äußeren Kämpfen ist, läßt sich nichts Stichhaltiges einwenden. Gerade deshalb ist es auch besonders verdienstvoll. E. Lenz.

Hans v. Arnim, Prof. a. d. Univers. Wien. Die politischen Theorien des Altertums. Sechs Vorlesungen. Wien, H. Heller & Co. 1910. 8°-149 S. (1,50 Kr.).

Es war ein glücklicher Gedanke des hervorragenden Wiener Philologen, ein größeres Publikum in einem Ferialhochschulkurse zu Salzburg mit der an-

tiken Staatslehre bekannt zu machen und seine Vorträge im Drucke zu veröffentlichen. Hat doch die Gedankenarbeit der Griechen auf diesem Gebiete mehr als ein bloß historisches Interesse. Trotz der großen Verschiedenheit, welche der moderne Staat gegenüber dem antiken aufweist, treten doch gewisse Grundfragen der Politik, welche die antiken Philosophen beschäftigt haben, immer wieder hervor. Ich erwähne nur die Frage der Verteilung der politischen Rechte an die Staatsangehörigen, das Problem einer möglichst starken Staatsgewalt in Verbindung mit dem Schutze vor Mißbrauch derselben, namentlich aber die schon von den griechischen Denkern viel behandelte Ausgleichung der sozialen Gegensätze als Vorbedingung eines gesunden Staatslebens. Wenn daher J. v. Kirchmann in der Vorrede zu seiner Übersetzung der Politik des Aristoteles (S. 15ff.) diesem Werke jede Bedeutung für das Leben der Gegenwart abspricht, so befindet er sich dabei in einem großen Irrtum. Ich kann darauf hinweisen, daß das anscheinend ganz moderne Problem des Wahlrechts (allgemeines Wahlrecht oder Zensussystem) bereits bei Aristoteles, wenn auch in etwas anderer Form, untersucht worden ist. (Vgl. meine Schrift „Die Systeme des Wahlrechts" S. 37ff.)

Es ist selbstverständlich, daß bei dem geringen Umfange der A.schen Schrift in ihr keine in alle Einzelheiten eingehende und Streitfragen erörternde Darstellung der antiken Staatslehre gesucht werden darf. Allein es sind nicht nur alle wichtigen Gedankengänge der politischen Theorien in präziser und doch gemeinverständlicher Form wiedergegeben, sondern der Verf. hat es auch verstanden, eine selbständige Auffassung einzelner Lehren insbesondere der von Plato durchleuchten zu lassen. Dadurch erhält die kleine Schrift auch für den sachkundigen Leser einen selbständigen Wert. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt begreiflicherweise in der Schilderung der politischen Lehren von Plato und Aristoteles; ihr sind die Vorträge II, III, IV, V und ein Teil des letzten Vortrags VI gewidmet. Der einleitende erste Vortrag gibt eine kurze, aber übersichtliche Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse der griechischen Staaten und der vorplatonischen Staatslehre. Hier hätte vielleicht die Bedeutung der griechischen Sophisten noch etwas schärfer ins Licht gerückt werden können, insbesondere die aus dem Dialog „Protagoras" abzuleitende Theorie dieses Sophisten. (Vgl. meine Abhandlung in der Zeitschrift für Politik, Bd. III Heft 2.) — Marginalrubriken erleichtern die Benutzung des vortrefflichen Werkes, dem die weiteste Verbreitung im Kreise der Gebildeten zu wünschen ist.

Wien. Adolf Menzel.

Henri Estienne, The Frankfort Book fair. The Frankfordiense Emporium of, edited . . by James Westfall Thompson. Chicago, Caxton Club 1911. 4°-XVIII — 204 S.

Das kleine von E. im Jahre 1574 veröffentlichte Werk über den Frankfurter Markt hat nach Ehrenberg „nur geringen historischen Wert". Reusner hat es dann 1602 in seinem Buche „De urbibus Germanorum imperialibus" benutzt, und 1875 hat es Isidore Liseux in französischer Übersetzung unter

dem bizarren Titel: „Une exposition universelle permanente du XVI[e] siècle“ wieder herausgegeben. Ganz anders aber ist die vorliegende englische Übersetzung von W. Th., dessen einleitende Abhandlung von 120 Seiten und Textnoten einen wertvollen wirtschaftsgeschichtlichen Beitrag darstellen. An dieser Stelle können die Ausführungen W. Th.s zur Geschichte der Buchdruckerei und des Buchhandels nicht berührt werden. Ich beschränke mich daher auf jene, die sich auf die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, also auf die Geschichte des Kapitalismus beziehen.

W. Th. zeigt lichtvoll, daß die während des XV. und XVI., Jahrh, im Zeitalter der Rennaissance, neu entstandenen Industrien sich dadurch kennzeichneten, daß sie eine verhältnismäßig beträchtliche Menge von Betriebsmitteln erforderten, welche die finanzielle Kraft eines einfachen Handwerkers überstieg. Diese Betriebsmittel werden sofort Gegenstand des Handels. 1844 schon sieht sich der Prager Goldschmied Prokop Waldfoghel, der Alphabete, Formen und Vorrichtungen, „um künstlich zu schreiben“, besitzt, gezwungen, sich nach einem Kompagnon umzusehen, weil er nicht über genug Kapital zur Alleinausübung seiner Gewerbetätigkeit verfügt. Er verspricht daher dem Juden David von Caderousse, ihm ein hebräisches Alphabet sowie die nötigen Druckvorrichtungen herzustellen, und zwei Jahre später liefert er ihm das nötige Material zur künstlichen Lateinschrift. Der Buchdruckerei ist also gleich von Anbeginn eine kapitalistische Tätigkeit.

Die Druckvorrichtungen spielen gleich von vornherein so sehr die Rolle von Kapital, daß Fust, als er 1455 Gutenberg wegen Zahlung einer Schuld von 800 Gulden belangt, sich im Wege gerichtlicher Zwangsvollstreckung der Maschinen, des Buchstabenvorrates usw. seines Schuldners bemächtigt: alles genau so, wie wenn ein Hypothekargläubiger die liegende Habe seines Schuldners an sich zöge.

Im neuen Gewerbe bildet die Assoziation sozusagen die Regel: sei es auf lange Dauer, sei es — wie gewöhnlich — auf kurze Frist und im Hinblick bloß auf die Ausführung einer bestimmten Arbeit. Bald aber und von dem Augenblick an, da man es unternahm, mehrere Werke auf einmal zu drucken, überstiegen die Generalunkosten die Kräfte nicht nur eines einzelnen Buchdruckers, sondern auch einer Vereinigung von mehreren. Denn nun galt es, mehrere Pressen zu erwerben, große Buchstaben- und Papiervorräte anzuhäufen, ganze Buchausgaben auf Lager zu halten. Man mußte sich also nach dem nötigen Betriebskapital umsehen und fand es in den Kassen der Kapitalbesitzer. So erhielt diese Gewerbetätigkeit durchaus kapitalistisches Gepräge, und ein Teil des mit ihr verbundenen Risikos übertrug sich auf ihre finanziellen Stützen (S. 23). Diese Entwicklung begann bei den Alde in Mailand und Venedig und setzte sich in Süddeutschland fort. 1470 stoßen wir auf einen Gewinnbeteiligungsvertrag zwischen 2 Kapitalisten auf der einen Seite und 2 Buchdruckern, die ihre technische Geschicklichkeit in die Gesellschaft mitbringen, auf der anderen.

Sieht man von der Tuchfabrikation ab, so waren in den mittelalterlichen Gewerben die Funktionen des gewerblichen Erzeugers und des Händlers eng

verbunden. Der Schneider verfertigt die Kleider nicht nur, er verkauft sie auch. Bücher aber lassen sich weder sofort noch an Ort und Stelle allein verkaufen. Die beiden ökonomischen Funktionen des Händlers und Erzeugers fallen denn auch allmählich auseinander. Die ersten Buchhändler waren auch noch Buchdrucker. Vom letzten Viertel des XV. Jahrhunderts an aber begegnet man Buchdruckern, die neben den eigenen Erzeugnissen auch fremde feilhalten. W. Th. hat im Britischen Museum einen von Anton Koberger im Jahre 1479 ausgegebenen Verkaufskatalog gesehen („Cupientes emere libros infra notatos veniant ad hospicium subnotatum . . ."), in dem auch Bücher aufgeführt sind, die nicht von Koberger gedruckt waren.

Ein anderes Entwicklungsstadium beginnt mit dem Auftreten von Buchhändlern, die selbst überhaupt nicht drucken. Häufig sind es ehemalige Buchdrucker, die, nachdem sie ihr Schäfchen ins Trockene gebracht haben, sich mit dem Bücherhandel, mitunter auch mit der Kommanditierung von Buchdruckern begnügen. Der Buchhandel nimmt zu parallel zur wachsenden Nachfrage in den Universitätsstädten und auch zur Organisation der Märkte. Er wird zum Kommissionshandel. So ersehen wir aus einem Brief Aldes an Reuchlin von 1502, daß der venetianische Buchdrucker Buchhändlern und Hausierern, die selbst nicht druckten, eine Provision gewährte. Ein deutscher mercator hat Bücher aus der aldinischen Presse zu einem niedereren als dem im Detailhandel geforderten Preise erhalten, und Reuchlin hat sogar von ihm in Deutschland eine aldinische Ausgabe billiger gekauft, als sie in Venedig erhältlich war.

So wird der Buchhandel zum Großhandel mit besonderen Handelsusancen. Die großen Kapitalisten ziehen schließlich die Betriebsstätten ihrer kleinen Gewerbegenossen an sich, und Koberger z. B. „kontrollierte" 24 Druckerpressen mit 100 Arbeitern.

Nach wie vor gibt es freilich Buchdrucker, die sich zugleich auch mit dem Buchverschleiß abgeben. Aber 1569 finden wir in einem Frankfurter Ratsprotokoll die beiden Funktionen klar geschieden: „dasz oberzehlte Personen, nit allein Buchtrucker, sondern mehrern Theils zum Theill Buchhaendler zum Theill Buchfuehrer seindt". Die Scheidung zwischen Druck und Verlag ist vollzogen.

Aus den vorstehenden flüchtigen Angaben ersieht man die Bedeutung der W. Th.schen Studie für die Geschichte des Kapitalismus. Erwähnt sei noch, daß das Buch glänzend ausgestattet und noch reicher illustriert ist mit 9 Tafeln und 181 Textgravüren, die Büchern entnommen sind, die auf dem francfordiense emporium feil gehalten wurden.

Dijon. Henri Hauser.

C. Brouilhet, Le conflit des doctrines dans l'économie politique contemporaine. Paris, Félix Alcan 1910. 12° (3 Fr. 50 C.).

F. Challaye, Syndicalisme révolutionnaire et syndicalisme réformiste. Ebenda 1909. 12° 156 S. (2 Fr.).

Maxime Leroy, Syndicats et services publics. Ebenda 1909. 12° (3 Fr. 50 C.).

Nach B. gibt es gegenwärtig hauptsächlich drei Richtungen in der

verbunden. Der Schneider verfertigt die Kleider nicht nur, er verkauft sie auch. Bücher aber lassen sich weder sofort noch an Ort und Stelle allein verkaufen. Die beiden ökonomischen Funktionen des Händlers und Erzeugers fallen denn auch allmählich auseinander. Die ersten Buchhändler waren auch noch Buchdrucker. Vom letzten Viertel des XV. Jahrhunderts an aber begegnet man Buchdruckern, die neben den eigenen Erzeugnissen auch fremde feilhalten. W. TH. hat im Britischen Museum einen von ANTON KOBERGER im Jahre 1479 ausgegebenen Verkaufskatalog gesehen („Cupientes emere libros infra notatos veniant ad hospicium subnotatum . . ."), in dem auch Bücher aufgeführt sind, die nicht von KOBERGER gedruckt waren.

Ein anderes Entwicklungsstadium beginnt mit dem Auftreten von Buchhändlern, die selbst überhaupt nicht drucken. Häufig sind es ehemalige Buchdrucker, die, nachdem sie ihr Schäfchen ins Trockene gebracht haben, sich mit dem Bücherhandel, mitunter auch mit der Kommanditierung von Buchdruckern begnügen. Der Buchhandel nimmt zu parallel zur wachsenden Nachfrage in den Universitätsstädten und auch zur Organisation der Märkte. Er wird zum Kommissionshandel. So ersehen wir aus einem Brief ALDES an REUCHLIN von 1502, daß der venetianische Buchdrucker Buchhändlern und -Hausierern, die selbst nicht druckten, eine Provision gewährte. Ein deutscher mercator hat Bücher aus der aldinischen Presse zu einem niedereren als dem im Detailhandel geforderten Preise erhalten, und REUCHLIN hat sogar von ihm in Deutschland eine aldinische Ausgabe billiger gekauft, als sie in Venedig erhältlich war.

So wird der Buchhandel zum Großhandel mit besonderen Handelsusancen. Die großen Kapitalisten ziehen schließlich die Betriebsstätten ihrer kleinen Gewerbegenossen an sich, und KOBERGER z. B. „kontrollierte" 24 Druckerpressen mit 100 Arbeitern.

Nach wie vor gibt es freilich Buchdrucker, die sich zugleich auch mit dem Buchverschleiß abgeben. Aber 1569 finden wir in einem Frankfurter Ratsprotokoll die beiden Funktionen klar geschieden: „dasz oberzehlte Personen, nit allein Buchtrucker, sondern mehrern Theils zum Theill Buchhaendler zum Theill Buchfuehrer seindt". Die Scheidung zwischen Druck und Verlag ist vollzogen.

Aus den vorstehenden flüchtigen Angaben ersieht man die Bedeutung der W. TH.schen Studie für die Geschichte des Kapitalismus. Erwähnt sei noch, daß das Buch glänzend ausgestattet und noch reicher illustriert ist mit 9 Tafeln und 181 Textgravüren, die Büchern entnommen sind, die auf dem francfordiense emporium feil gehalten wurden.

Dijon. HENRI HAUSER.

C. BROUILHET, Le conflit des doctrines dans l'économie politique contemporaine. Paris, Félix Alcan 1910. 12° (3 Fr. 50 C.).

F. CHALLAYE, Syndicalisme révolutionnaire et syndicalisme réformiste. Ebenda 1909. 12° 156 S. (2 Fr.).

MAXIME LEROY, Syndicats et services publics. Ebenda 1909. 12° (3 Fr. 50 C.).

Nach B. gibt es gegenwärtig hauptsächlich drei Richtungen in der

Volkswirtschafts- und Gesellschaftslehre: die liberale, die interventionistische und die sozialistische. Denn der Syndikalismus ist ihm mehr eine „Synthese von Antrieben" als eine wissenschaftliche Lehre und der sozialistischen Theorie zuzurechnen. „Die Liberalen sehen die Dinge, wie sie sind, die Interventionisten, wie sie sich entwickeln, die Sozialisten in den plötzlichen Umgestaltungen, denen sie unterworfen sind".

Die Liberalen sind heute, wirtschaftlich, konservativ und verteidigen die kapitalistische Ordnung. Was sie wollen, ist: dem Individuum große ökonomische und politische Bewegungsfreiheit erhalten und die „natürliche Ordnung", die naturgemäße Entwicklung der Dinge aus der Entfesselung der individuellen Freiheit, unbehindert lassen. Sie hegen ausgesprochenes Mißtrauen gegen jeden staatlichen Eingriff in das Wirtschaftsleben und gegen gewerkvereinliche Organisationen. Sie glauben, daß die wirtschaftliche Gleichheit ein Mythus und daß die gesellschaftliche Hierarchie eine Notwendigkeit sei. Denn der soziale Aufstieg innerhalb dieser Hierarchie bilde den nötigen Anreiz zu jeglicher menschlichen Tätigkeit.

Der Interventionismus oder Solidarismus, den B. auch als Sozialradikalismus bezeichnet, hält die natürliche Ordnung für verbesserungsfähig durch Staat, Gesetzgebung, Reformen. Der Staat könne durch seine Eingriffe, die durch den Mißbrauch der Freiheit verursachten Ungleichheiten abmildern, die Schwachen gegen die Starken schützen —, wobei gegenwärtig vor allem folgende Reformen ins Auge gefaßt werden: die progressive Einkommensteuer, die Sozialversicherung, die Einführung von Staatsmonopolen und -Betrieben, die Zuweisung neuer Funktionen an die — mit der Rechtspersönlichkeit auszustattenden — Gewerkschaften, vor allem des Abschlusses von kollektiven Arbeitsverträgen. — Zu bemerken ist hierbei, daß keineswegs sämtliche Interventionisten Sozialistisch-Radikale sind, wie der Verf. meint. Vor allem gilt dies nicht von den Katholisch-Sozialen.

Der Sozialismus hält die auf Freiheit und wirtschaftlicher Ungleichheit aufgebaute Gesellschaftsordnung wegen ihrer Privateigentumsgrundlage für verfehlt. So lange diese erhalten bleibt, erscheint ihm jeder gesetzgeberische Eingriff unzureichend. Es müssen also fundamentale Änderungen der herrschenden Ordnung Platz greifen und im Wege einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel ein größeres Maß von Gleichheit verwirklicht werden. Die Pläne für den Zukunftsstaat sind recht unklar und gehen überdies stark auseinander. Allgemein werden jedoch folgende Programmpunkte festgehalten: die Produktionsmittel hätten dem Staat oder Berufsgenossenschaften zu gehören, die individuelle Konsumtion bliebe frei, und die Entlohnung der Produzenten fände durch Anweisungen auf Konsumtionsgüter statt. — Von größter Wichtigkeit für den Sozialismus ist das Problem, wie sich der Übergang aus der gegenwärtigen zur Zukunftsgesellschaft vollziehen solle. Gewöhnlich unterscheidet man im Hinblick hierauf revolutionäre und reformistische Sozialisten. B. aber reiht die letzteren unter die Sozialistisch-Radikalen (Interventionisten) und meint: der Sozialismus müsse in seiner Integralität mit innerlicher Notwendigkeit revolutionär sein. Im Übrigen gruppiert er

die Sozialisten in messianische, welche erwarten, daß die herrschende Wirtschaftsordnung durch das Walten der natürlichen Wirtschaftsgesetze untergehen werde; in Revolutionäre von der Straße, die Anhänger der Gewalt sind, und in juristische Sozialisten, die sich der Staatsgewalt bemächtigen wollen —, wobei B. nicht weiter angibt, ob durch Gewalt oder mit Hilfe des Stimmzettels.

Den revolutionären Syndikalismus bezeichnet er als jüngste Erscheinungsform des Sozialismus innerhalb eines Teiles der Arbeiterschaft. Er will ebensowenig etwas vom Parlamentarismus oder einer politischen Aktion wissen wie vom — gegenwärtigen oder Zukunfts- — Staat. Er ist also anarchistisch gefärbt. Für ihn sind charakteristisch: die Entfaltung des genossenschaftlichen Geistes, die „direkte Aktion“, das Vertrauen in kühne Minoritäten, Hinneigung zur Gewalt, antimilitaristische Tendenzen. Über die Organisation der Zukunftsgesellschaft gibt er keine nähere Aufklärung.

Anders als B., dessen Buch gleichermaßen wegen seines Inhaltes wie wegen seines durchsichtigen Aufbaues lebhafte Empfehlung verdient, beschäftigt sich CHALLAYE (2) mit dem Syndikalismus allein in dessen beiden Erscheinungsformen, der revolutionären und der reformistischen.

Der revolutionäre Syndikalismus, dessen Häupter die gegenwärtigen Leiter der Confédération générale de travail und einige Intellektuelle, wie SOREL, LAGARDELLE, BERTH, sind, und der mit dem Umsturz der herrschenden Gesellschaftsordnung die Beseitigung des Unternehmertums erstrebt, entlehnt einen großen Teil seiner ökonomischen Kritik dem klassischen Sozialismus, entfernt sich aber gleichzeitig von diesem, um sich durch die Verwerfung des Staates und durch den Antimilitarismus dem Anarchismus anzunähern. Er vertraut nur der „direkten proletarischen Aktion“ als einem ständigen Kampf und einer alltäglich im Wege von Streik sowie von anderen mehr oder weniger gewaltsamen Mitteln (Sabotage, Boykott, Label) sich vollziehenden Revolution, die ihre Krönung im Generalstreik finden soll.

CH. kritisiert zwar die Staatsfeindlichkeit und den Antimilitarismus des revolutionären Syndikalismus und verhehlt nicht die großen Gefahren im Gefolge eines revolutionären Generalstreiks. Dabei aber ist er voller Nachsicht für die berufsgenossenschaftliche Betätigung, die er für allein fähig hält, in den Arbeitern Energie und das Gefühl eigener Würde zu entwickeln.

Von dem revolutionären unterscheidet sich der reformistische Syndikalismus dadurch, daß er die Gewalt verschmäht. Ihm sind die Syndikate zunächst ein Mittel genossenschaftlicher Verteidigung und zu unmittelbarer Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse. Die Aufhebung des Unternehmertums will auch er: sie erscheint ihm aber als unsicheres und jedenfalls fernes Ziel. Seine Führer, wie KEUFER, NIEL, COUPAT, RENARD, sind durch ihre Geistesverfassung den englischen Trade-Unionisten und den deutschen Gewerkschaftern verwandt. Sie ziehen es vor, den Streik durch Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu vermeiden, und treten daher auch für gemischte, je zur Hälfte aus Arbeiter- und Unternehmervertretern zusammengesetzte Kommissionen ein. Desgleichen enthalten sie sich staatsfeindlicher und anti-

militaristischer Demonstrationen. Schließlich erklären sie sich auch mit staatlichen Eingriffen in der Form von Arbeiterschutzgesetzen einverstanden.

In seinen Schlußbetrachtungen zeigt sich Ch. als Anhänger einer — freilich nicht leicht realisierbaren — Mischung beider Formen des Syndikalismus, in der die Kühnheit der einen sich dem gesunden Menschenverstande und der klugen Vorsicht der anderen gesellte. Jedenfalls ist seine tatsachenreiche und literarisch wohlfundierte Darstellung äußerst lesenswert, auch wenn man seinen Folgerungen nicht zustimmt.

Das drittangezeigte Werk schildert in seinem I. Abschnitt die geschichtliche Entwicklung der Arbeiterorganisationen auf französischem Boden während des 19. Jahrhunderts von den Gesellenverbänden an über die Hilfskassen und die Produktivgenossenschaften zu den Berufsgenossenschaften auf Grundlage des Gesetzes vom 21. März 1884. — Der II. Abschnitt ist einer Analyse dieses Gesetzes, der Änderungen an demselben, zu denen das Parlament geneigt scheint, sowie der Stellung der Arbeitermassen zu ihm sowie seiner möglichen Umgestaltung gewidmet.

Das Gesetz von 1884 ist auf den Prinzipien einerseits der Koalitionsfreiheit und anderseits der Freiheit der Arbeit aufgebaut. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß diese beiden Grundsätze in der Praxis häufig miteinander in Widerspruch geraten, weil die Arbeiter, um die Koalitionsfreiheit voll ausnützen zu können, die Freiheit ihrer nicht organisierten Standesgenossen oder derjenigen, die auch während eines Streikes arbeiten, mißachten. Soll man nun den Kollektivwillen der berufsgenossenschaftlich Organisierten unbehindert lassen oder den Einzelwillen der Arbeitswilligen? Der Verf. scheint sich für die erstere Möglichkeit zu entscheiden. — Die Arbeiter begnügen sich aber auch nicht mit der Wahrung ihrer Berufsinteressen, sondern lassen sich dazu hinreißen, ihre Klassen interessen zu verteidigen und revolutionäre Bewegungen vorzubereiten, an die der Gesetzgeber 1884 zweifellos nicht gedacht hat.

Der Verf. kommentiert einen 1903 von Barthou ausgearbeiteten Gesetzentwurf, der einerseits die Strafen für Streikdelikte mildert, andererseits aber den Syndikaten die volle Rechtspersönlichkeit verleihen und hierdurch auch zivilrechtliche Haftbarkeit auferlegen will. Allein die Syndikalisten scheinen ebensowenig von dieser wie von jener etwas wissen zu wollen.

In den zwei letzten Abschnitten schildert Leroy die Rechtslage der Staatsangestellten, wobei er die Günstlingswirtschaft und andere Übelstände des Bureaukratismus kritisiert, um sodann zur Untersuchung des heute viel erörterten Problems überzugehen, ob den Staatsangestellten auf Basis des Gesetzes von 1884 gleich den Arbeitern die Bildung von Syndikaten zur Verteidigung ihrer Standesinteressen gestattet sei? Durch eine Kassationsentscheidung von 1885 ist diese Frage verneint worden. Manche Politiker beantworten sie jedoch in bejahendem Sinne. Gestützt auf das Vereinsgesetz von 1901, sind denn auch mehrere Staatsangestelltenvereinigungen entstanden, die sich zwar nicht als Syndikate bezeichnen, es aber tatsächlich sind. — Der Verf. billigt diesen zum Teil demokratischen, zum Teil sozialistischen Beamten-

syndikalismus, dieses Bestreben der Staatsangestellten, als technische und nicht als politische Hilfskräfte behandelt zu werden. Ihm scheinen die beruflichen Interessen derselben wichtiger als das Interesse des Staates an ihrer Unterordnung und ihrem Gehorsam sowie des Publikums an ununterbrochener Funktionierung der Staatsanstalten.

Über diese wichtige Frage sind neuerdings Gesetzentwürfe ausgearbeitet worden. Das Parlament scheint berufsgenossenschaftlicher Organisierung der Staatsangestellten nur unter der Einschränkung zustimmen zu wollen, daß denselben verboten werde: in Ausstand zu treten, sich mit Arbeiterverbänden zusammenzuschließen und Gruppenverbände von Angehörigen verschiedener Dienst- und Verwaltungszweige zu bilden.

Paris. GASTON ISAMBERT.

HECTOR DENIS, Professeur à l' Université libre de Bruxelles, Histoire des systèmes économiques et socialistes. Paris, GIARD & BRIÈRE, I. Bd. 1904. 8° 365 S.; II. Bd. 1907. 8°. 576 S.

CHARLES GIDE, Professeur à l' Université de Paris et CHARLES RIST, Professeur à l' Université de Montpellier, Histoire des doctrines économiques depuis les Physiocrates jusqu' à nos jours Paris, L. LAROSE & FORCEL 1909. 8° XIX—766 S.

ALBERT SCHATZ, Professeur à l' Université de Dijon, L' Individualisme économique et social. Paris, ARMAND COLIN, 1907. 12° 590 S.

DENIS unternimmt in seinem auf mehrere Bände berechneten Werke den großangelegten Versuch, die Geschichte der nationalökonomischen und sozialistischen Ideen in ihrem Werden und Wandel zu entwickeln. Dabei will er sich nicht auf eine schlichte Darstellung dieser Ideen beschränken. In der gegenwärtigen „kritischen Phase“ der Nationalökonomie mit der Glut ihrer Kontroversen erblickt er die Vorbereitung für eine „organische“ Phase, für eine Synthese, die allmählich den Streit zwischen politischer Ökonomie und Sozialismus beendet durch Begründung einer neuen Wissenschaft, der modernen Soziologie. Jenen Teil der Wahrheit zu ermitteln, den jedes einzelne der wirtschaftsphilosophischen Systeme in sich birgt, erscheint ihm als Aufgabe der Geschichtsforschung, die mithin die „organische Entwicklung“ des Menschengeistes, seine fortschreitende „Versöhnung mit sich selbst“ zu zeigen hätte. Der Gegensatz zwischen organischen und kritischen Perioden der Wissenschaft, den D. so einleitend andeutet, beherrscht auch die — S. 1—68 ausführlich skizzierte — Anlage des ganzen Werkes. Tiefere philosophische Begründung des Unterschieds zwischen „organisch“ und „kritisch“ versucht er freilich nicht. Er scheint unter „organisch“ jene Auffassung zu verstehen, die in allen Erscheinungen des Gesellschaftslebens Äußerungen eines Systems planmäßig zusammenwirkender Gesetse erblickt. Als in diesem Sinne organisch läßt er daher lediglich das Lehrgebäude der Physiokraten gelten, die mit kühnem Griffe eine gewaltige Synthese aller Gesellschaftswissenschafter versuchten und die „statische ökonomische Soziologie“ begründeten. Mit ihnen beginnt

er denn auch seine Darstellung. Dem Merkantilismus, als bloß „empirischer und vorbereitender“ Phase der Wissenschaft, gönnt er in ihr keinen Platz — wodurch ihm freilich die Möglichkeit entgeht, den Aufbau der Physiokratie aus den Elementen des merkantilistischen Wissens und Denkens zu zeigen und den großen Kampf zwischen kollektivistischer und individualistischer Auffassung zu schildern. Vielleicht hätte ihn — nebenbei bemerkt — diese Untersuchung veranlaßt, die Entwicklung des sozialphilosophischen Denkens mehr unter Berücksichtigung dieses grundlegenden Unterschieds zu verfolgen. Von der physiokratischen Lehre trennt D. in einem zweiten Hauptabschnitte das System ADAM SMITH's und seiner unmittelbaren Schüler, obwohl dieses wie jene philosophisch wesentlich gleich fundiert sind. Unter dem gemeinsamen Titel „Begründung und Kritik der politischen Ökonomie als einer Lehre vom Reichtum“ bringt er es ferner in eine Gruppe mit jenen drei Hauptrichtungen der Reaktion gegen die klassische Nationalökonomie: der Reaktion vom historischen Standpunkte aus (SISMONDI und FR. LIST), vom sozialistischen (OWEN, THOMPSON, CABET, SAINT-SIMON, LOUIS BLANC, FOURIER), endlich von dem des „optimistischen“ Liberalismus (CAREY und FR. BASTIAT). Als das Werk einer dritten Epoche bezeichnet er die „Begründung einer dynamischen ökonomischen Soziologie“, die in drei Zweigen zur Gegenwart führt, indem sie einerseits die Ideen der klassischen Nationalökonomie fortsetzt (J. ST. MILL, CAIRNES, ROSSI u. a.), anderseits als wissenschaftlicher Sozialismus die Verbindung zwischen der Nationalökonomie als Wissenschaft vom Reichtume und den übrigen Sozialwissenschaften auf Grund einer evolutionistischen Auffassung herstellt; endlich in historischer ethisch-reformatorischer und positivistischer Richtung alle Erscheinungen des sozialen Lebens als bedingt ansieht durch jene, aus denen sie hervorgegangen sind, und gleichzeitig in ihnen die Träger von Keimen für eine weitere Entwicklung sieht. Damit ist der Verzicht auf die Deduktion von Gesetzen des sozialen Geschehens aus psychologischen und biologischen Voraussetzungen gegeben: die induktive, vergleichende historische Methode tritt anstelle der deduktiven, die gefundenen Gesetze werden zu historischen, die von einem sozialen Zustande zum andern wechseln, weil die physischen, moralischen psychologischen Voraussetzungen der ökonomischen Erscheinungen nicht mehr die gleichen sind. Ein Gesetz aber, das die gemeinsame, fundamentale Tendenz dieser historischen Gesetze in einem Ausdrucke zusammenfassen würde, wäre das Grundgesetz der ökonomischen Entwicklung. Damit sind aber alle jene sozialen Kräfte, welche die Methode der klassischen Nationalökonomie bei der Aufstellung ihrer Gesetze ausgeschaltet hatte, wieder in die Betrachtung des Wirtschaftslebens eingeführt, die nun wieder wie einst bei den Physiokraten zu einer Erfassung des ganzen sozialen Lebens erweitert wird. Auf dieser Grundlage sieht D. die Voraussetzungen für einen auf „positiver ökonomischer Soziologie“ basierenden „positiven Sozialismus“ gegeben, der streng an der Idee der Relativität der historischen Bedingtheit aller Erscheinungen des sozialen Lebens festhält und aus den die Gesellschaft gegenwärtig beherrschenden Tendenzen die Normen für ihre zukünftige Entwicklung entnimmt: so wird er zu einer „normativen oder idealen Soziologie“, die immer

mehr die Grenzen zwischen der Theorie und der praktischen Politik aufhebt, indem sie ihr Ideal verwirklicht, und das, was ist, dem was sein soll, schrittweise annähert. In dem Gefühle des Altruismus, das im Sozialismus als Reaktion gegen das Übermaß des Individualismus und der anarchischen Konkurrenz erscheint, erblickt D. gleichzeitig eine organische und konstruktive Macht, die bestrebt ist, durch Beeinflussung von Willen und Recht eine neue ökonomische und soziale Ordnung bewußt zu schaffen, eine tatsächliche Gleichheit der wirtschaftlichen Bedingungen herbeizuführen, das Recht auf Existenz, auf Arbeit, auf Unabhängigkeit, auf Sicherheit, auf gleichmäßigen Anteil aller an den Fortschritten der Zivilisation zu gründen, kurz, die Klassenunterschiede aufzuheben.

Schon aus dieser Darstellung des von D. einleitend entwickelten Programms ist deutlich erkennbar, daß er weit mehr zu geben beabsichtigt als etwa eine rein objektive Geschichte der Theorien. Er ist beherrscht von einer großen Konzeption, der als Endziel des nationalökonomischen Denkens die Schaffung einer einheitlichen, dynamischen, normativen Soziologie erscheint, und damit ist ihm der entscheidende Gesichtspunkt nicht nur für die Einreihung der einzelnen Schulen und theoretischen Meinungen, sondern auch für die Bestimmung ihrer Bedeutung gegeben. Man kann über die Möglichkeit und die Aussichten einer derartigen zukünftigen Soziologie verschiedener Meinung sein; die Ablehnung einer Deduktion von Gesetzen des Wirtschaftslebens mittels isolierender Methode wird ebenso gerechtfertigte methodologische Bedenken erregen wie der Versuch, die Grenzen zwischen der Lehre vom Seienden und Seinsollenden, zwischen kausaler und normativer Betrachtungsweise zu verwischen. Zumindest aber sichert jener Grundgedanke dem D.schen Werke neben großer Einheitlichkeit und Systematik einen Enthusiasmus der Darstellung, der auch dort sympathisch berührt, wo die dem gallischen Temperament eigene Freude an schönen Worten weitschweifige Erörterungen und Wiederholungen zeitigt oder gar die Objektivität trübt.

Das Programm dieser Zeitschrift zwingt uns, aus dem reichen Inhalte der vorliegenden zwei Bände ausschließlich jene Teile zu berücksichtigen, die sich mit den sozialistischen Ideen befassen. Dazu gehört zunächst ein kleines Kapitel über Mably im I. Bde. (S. 164—172). Getreu seiner Voraussetzung, welche die nationalökonomische Wissenschaft erst mit den Physiokraten beginnen läßt, macht D. hier keinen Versuch, die Theorien Mablys etwa in den Rahmen der sozialistischen Literatur des 18. Jahrh. einzufügen. Weder Meslier, noch Morelly oder Rousseau finden hier Platz. Aber auch Mably wird lediglich in seinem Verhältnis zu den Physiokraten und als ihr Gegner beurteilt. Wie D. darauf verzichtet, die Physiokratie mit den leitenden philosophischen und politischen Ideen des 18. Jahrh. in engeren Zusammenhang zu bringen, so fehlt für die Stellung Mablys jener Hintergrund, den eine Darstellung der sozialistischen Lehren jener Zeit hätte geben können. Die Frage nach der Genesis der Forderung nach Abschaffung des Grundeigentums, nach Herstellung der ökonomischen Gleichheit bleibt unbeantwortet. D. scheint diesen Mangel gefühlt zu haben, denn er sucht im I. Kap. des II. Bandes das Versäumte wenigstens

teilweise nachzuholen, indem er in die eingehende Erörterung der „dynamischen Soziologie“ CONDORCETS und GODWINS zahlreiche Betrachtungen über die sozialistischen Vorläufer der letzteren einflicht und speziell auch die „moralischen und ökonomischen Auffassungen des Eigentums im 18. Jahrhundert“ behandelt. Mit großer Schärfe betont er hier die aprioristische deduktive Methode der sozialistischen Schriften dieses Zeitalters, die ohne Rücksicht auf das historisch Gewordene und relativ Berechtigte aus einzelnen unabänderlichen Voraussetzungen, vor allem aus den grundsätzlich übereinstimmenden Eigenschaften aller Menschen die Prinzipien einer sozialen Gerechtigkeit ableiten, der unterschiedslos alle politischen und ökonomischen Einrichtungen angepaßt werden sollen. Darin stimmt dieser Sozialismus völlig mit den Voraussetzungen und der Methode der zeitgenössischen Nationalökonomie überein. Aber er trennt sich von ihr, indem er ihre einseitige, in ihrer Art freilich großartige Konstruktion einer automatischen Herstellung der Interessenharmonie auf Grundlage des Privateigentums und der freien Konkurrenz verwirft, gegenüber der Herrschaft des wohlverstandenen Selbstinteresses eine Stärkung der altruistischen Triebe im Menschen verlangt. Dies soll durch Beseitigung des Privateigentums erreicht werden. Damit stellt dieser Sozialismus die moralische und politische Seite des Problems in den Vordergrund und bekämpft theoretisch eine Staatsverfassung, die sich um ihrer Existenz willen auf das Privateigentum stützen muß. Von der Wirksamkeit jener altruistischen Neigungen, die mit der Abschaffung des Privateigentums sogleich über die egoistischen siegen müssen, erwartet er auch ohne den Zwang einer Regierung das Heil der Gesellschaft und erhält so eine anarchistische Färbung, die schon in gelegentlichen Äußerungrn ROUSSEAUS und MABLYS auftaucht, um dann bei GODWIN mit aller Deutlichkeit hervorzutreten. Einen entscheidenden Schritt bedeutet GODWINS „Political Justice“ in der Geschichte der sozialistischen Ideen insofern, als hier die Theorie von der unbegrenzten Vervollkommnungsfähigkeit der Menschennatur entwickelt wird, von der GODWIN — im Gegensatze zu den übrigen Sozialisten des 18. Jahrh. — erst die Möglichkeit einer Herstellung der Gleichheit erwartet. Das soziale Ideal, das ROUSSEAU wie MORELLY und MABLY im Naturzustande gesucht hatten, wird nun in die Zukunft verlegt. Mit dieser ersten, zunächst noch nicht ökonomisch orientierten Fassung des Entwicklungsgedankens werden die späteren Systeme SAINT-SIMONS und PROUDHHONS vorbereitet. Der Gedanke der Entwicklung, den CONDORCET ungefähr gleichzeitig, allerdings ungleich schärfer, formulierte beginnt von nun ab immer stärker das sozialphilosophische Denken zu beeinflussen. Immer mehr verdrängt die dynamische Auffassung des sozialen Geschehens jene statische Betrachtungsweise, die für alle Erscheinungen eine ideale unveränderliche Gleichgewichtslage gesucht hatte.

Die eingehende Darstellung, die D. der Weiterbildung der klassischen Nationalökonomie durch MALTHUS und RICARDO zuteil werden läßt, muß hier außer Betracht bleiben. Die Reaktion gegen den individualistischen Liberalismus, die vor allem von sozialistischen Gedanken ausgeht, beginnt, da SISMONDI das Privateigentum keineswegs ablehnt, mit OWEN und THOMPSON

Diesen drei Denkern widmet D. ungefähr die Hälfte des II. Bandes (S. 275 bis 547), der infolgedessen fast den Charakter einer Sammlung von Monographien annimmt, deren jede einem Schriftsteller gewidmet ist. Würdigt er SISMONDI mit liebevoller Ausführlichkeit in seiner Stellung als Vorläufer der modernen Sozialpolitik, so OWEN und THOMPSON als Väter des modernen wissenschaftlichen Sozialismus.

Gegenüber der „chrematistischen“ Auffassung von MALTHUS und RICARDO, die in strenger Abstraktion von allen übrigen Erscheinungen des Gesellschaftslebens die Gesetze der wirtschaftlichen Güterwelt zu ermitteln suchen, indem sie die unwandelbaren Eigenschaften des ökonomischen Menschen zur Grundlage ihrer Deduktionen nehmen und an dem Privateigentum als einer unabänderlich gegebenen Einrichtung festhalten, betonen jene Sozialisten die Verbindung des Wirtschaftslebens mit den Erscheinungen von Recht und Sittlichkeit und stellen das Problem gerechter Güterverteilung in den Vordergrund. Die herrschende Form der letzteren auf Grund des Privateigentums an den Produktionsmitteln gilt ihnen keineswegs als lediglich historisch geworden, der Mensch als unbegrenzter Aufwärtsentwicklung fähig. Läßt die klassische Nationalökonomie das Individuum die volle Selbstverantwortlichkeit tragen, und schließt sie jeden Staatseingriff in die gesellschaftlichen Zustände aus, so ist für OWEN der Charakter des Einzelnen — durchaus im Sinne utilitaristischer Erwägungen — durch das ökonomische Milieu bestimmt, durch Wirtschaftsverhältnisse, die ihrerseits vernunftgemäßer Änderung zugänglich erscheinen. In der Basierung der Wirtschaftsordnung auf das Prinzip der kooperativen Arbeit in Verbindung mit der Schätzung der Güter nach der auf ihre Herstellung verwendeten Arbeit erblickt er jene wesentlichen Änderungen der herrschenden Wirtschaftsordnung, die den Idealzustand gerechter Güterverteilung und damit unbegrenzter Besserung des menschlichen Charakters herbeizuführen geeignet sind. In ähnlichem Gedankenkreise bewegt sich auch THOMPSON, der indes, als der weit schärfere Denker, aus der Werttheorie der klassischen Nationalökonomie — als Voraussetzung höchster Produktivität — die Forderung ableitet, daß der Arbeiter das Produkt seiner Arbeit ungeschmälert erhalte. Bezeichnete die klassische Nationalökonomie die zur Herstellung der Güter verwendete Arbeit als Ursache und Maß ihres Wertes, so ist es die Arbeit allein, die einen Mehrwert (additional value) erzeugt; erhält der Arbeiter einen geringeren Lohn als diesen „Mehrwert“, so bedeutet dies die Aneignung eines Teiles desselben durch den Unternehmer. — In ausführlicher Darlegung dieser THOMPSONschen Theorie sucht D. die bekannte Streitfrage zu entscheiden, inwiefern sich die Marxistische Mehrwertlehre bereits bei THOMPSON und SISMONDI vorgebildet finde. Der Begriff des „Mehrwertes“, so zeigt er, ist bei MARX ein anderer als bei THOMPSON. Mehrwert bedeutet bei MARX — und ähnlich, wenn auch nicht mit voller Schärfe, drückt sich gelegentlich SISMONDI aus — nicht wie bei THOMPSON die ganze Wertsteigerung, die das Produkt durch die in ihm verkörperte Arbeit erfährt, sondern bloß die Differenz zwischen dem Lohne, den der Arbeiter zur Erhaltung seiner Arbeitskraft vom Unternehmer erhält, und dem Werte

seines Erzeugnisses, eben jene Differenz, die sich der Unternehmer aneignet. So fehlen denn auch bei THOMPSON selbstverständlich alle jene Konsequenzen, die MARX aus seinem Mehrwertbegriff für die Entwicklung der Profitrate zieht; er bleibt beim Gedanken stehen, daß dem Arbeiter der volle Arbeitswert seines Produktes gebühre, und erwartet von dieser Lösung des Produktionsproblems nicht nur die Herstellung des „größten Glücks der größten Zahl", sondern auch die einzig richtige Förderung der volkswirtschaftlichen Produktivität. So kann D. in den Schlußbetrachtungen zum II. Bande feststellen. daß in den 30 Jahren, die die Schriften GODWINS und CONDORCETS von der THOMPSONS trennen, gleichzeitig mit den gewaltigen Umwälzungen in Industrie und Verkehr die Ausbildung der Politischen Ökonomie als einer abstrakten, von den übrigen Gesellschaftswissenschaften völlig getrennten Wissenschaft erfolgte, daß aber gerade die Untersuchung der Folgen der Betriebskonzentration und der Einführung der Maschinenarbeit für die mittellosen Klassen die Kritik dieser abstrakten und deduktiven Lehre vorbereitete, vom Standpunkte einer zunächst ethischen Betrachtungsweise, die gegenüber dem Produktionsproblem das Verteilungsproblem in den Vordergrund rückte. Das prästabilierte, von RICARDO aus der Psychologie des wirtschaftenden Individuums abgeleitete und in den Verkehrsakten jeglicher Art nachgewiesene Gleichgewicht hatte zur Forderung völliger, wirtschaftlicher Freiheit geführt. Die Reaktion gegen dieses geniale System, die veranlaßt wird durch den stetig schärferen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit und durch die stets wiederkehrenden Krisen, bestimmt die kritischen Denker, nach einer neuen Form der Wirtschaftsverfassung zu suchen, in der entweder, wie bei SISMONDI, das Recht ein Band erzwungener Interessensolidarität zwischen Kapital und Arbeit herstellen, oder, wie bei OWEN, die Kooperation und der Tausch auf Grundlage der in den Waren verkörperten Arbeit die wirtschaftliche Gleichheit aller herbeiführen; oder endlich, wie bei THOMPSON, die Zuweisung des vollen Arbeitsertrags an den Arbeiter die wahre Verkehrsfreiheit und damit ein wahres Gleichgewicht zwischen Produktion und Verteilung schaffen soll. Die trüben Aussichten aber, die MALTHUS der Menschheitsentwicklung eröffnet hatte, weichen in den Lehren der Sozialisten dem optimistischen Glauben an eine unter den neuen Wirtschaftsbedingungen gleichzeitig mit der moralischen Hebung der Menschen von selbst sich ergebende Beschränkung der Bevölkerung.

Man darf mit großem Interesse der Fortsetzung des geistvollen und an fruchtbaren Anregungen so reichen Werkes entgegensehen, das es mit feinem entwicklungsgeschichtlichen Verständnis unternimmt, von einem bestimmten Punkt aus den vielverschlungenen Weg der wirtschaftsphilosophischen Gedankengänge zurückzuverfolgen.

* * *
* *

Im Gegensatz zum DENIS'schen Werke, das schon nach Anlage, Aufbau und Umfang ausschließlich für Fachweise bestimmt erscheint, wollen GIDE und RIST ein Lehrbuch für die studierende Jugend bieten. Dem —

offensichtlich auf rein ideologischer Auffassung beruhenden — Lehrpläne der französischen Rechtsfakultäten entsprechend, nehmen sie für die Geschichte der Lehren den Charakter einer Sonderdisziplin in Anspruch und erklären von vornherein, bei deren Darstellung die wirtschaftliche Entwicklung nur insoweit zu berücksichtigen, als dies zum Verständnis des Werdens und Vergehens der einzelnen Doktrinen unentbehrlich ist, oder als diese ihrerseits die Wirtschaftspolitik beeinflußt haben. Die Stoffgruppierung entbehrt jedes einheitlichen Prinzips und hält in der Hauptsache an der historischen Aufeinanderfolge der einzelnen Lehren fest. Das zeigt schon ein Blick auf die Überschriften der Hauptabschnitte des Buches: Die Begründer der Wissenschaft — Ihre Gegner — Der Liberalismus — Die Dissidenten — Die neuesten Lehren. Jeder Abschnitt zerfällt in mehrere Kapitel. Greifen wir z. B. jenen heraus, der die „Dissidenten" behandelt, so weist er folgende Kapitel auf: 1. Die historische Schule und der Methodenstreit; 2. Der Staatssozialismus; 3. Der Marxismus; 4. Die vom Christentum beeinflußten Doktrinen. Im Mittelpunkte der Darstellung steht also noch immer der orthodoxe Liberalismus, der bekanntlich in Frankreich weit länger als anderwärts sonst die offizielle Schulmeinung geblieben ist; um ihn gruppieren sich alle übrigen Lehren, die Geschichte der nationalökonomischen Literatur beginnt überhaupt erst mit der Physiokratie. Aber damit soll nicht gesagt sein, daß die Verfasser selbst etwa unbedingte Anhänger des Liberalismus wären; sie sind vielmehr bemüht, jeder Ideenrichtung durch Hervorhebung ihrer typischen Repräsentanten volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, wenn sie auch den französischen Autoren den Vorrang vor den andersnationalen einräumen, und z. B. einem I. B. Say ein dutzend Seiten widmen, während ein Denker vom Range Thünens sich mit einigen wenigen Bemerkungen begnügen muß. — Die Gefahr für die Einheitlichkeit der Darstellung infolge des Umstandes, daß jeder der beiden Verf. gewisse Kapitel selbständig bearbeit hat, wird zu gutem Teil durch trefflich zusammenfassende Erörterungen zu Beginn oder am Schlusse fast eines jeden Kapitels ausgeglichen.

Für die fortschreitende Verdrängung des ökonomischen Liberalismus als herrschender französischer Schuldoktrin ist die weitgehende Berücksichtigung der sozialistischen Systeme bezeichnend. Nahezu ein drittel des ganzen Buches ist ihnen gewidmet, und die Kritik, die sie erfahren, zeugt von verständnisvoller Objektivität. Da die Sozialisten des 18. Jahrh. in einer umfangreichen Anmerkung abgetan werden, ist Saint-Simon der erste sozialistische Denker, der eingehend geschildert wird. Die Lehren seiner Schüler dienen als das Musterbeispiel für die Erläuterung des „kollektivistischen" Typus, der den Staat zum Eigentümer aller Produktionsmittel machen und damit für alle die Gleichheit der wirtschaftlichen Chancen herstellen will. Interessant ist hier der Nachweis, daß zahlreiche Formeln der späteren sozialistischen Theorien sich bei den Saint-Simonisten schon vorbereitet finden. Getrennt von den Kollektivisten werden die „Assoziationisten" — Owen und Fourier einerseits, Louis Blanc anderseits — behandelt, jene Sozialisten, „die der Ansicht waren, daß die freie Assoziation zur Lösung der sozialen Fragen dann hin-

reicht, wenn sie nach bestimmt vorgezeichnetem Plan organisiert ist, einem Plane, der übrigens von System zu System wechselt". Mit aller wünschenswerten Klarheit werden die Grundgedanken des OWEN schen Systems entwickelt: die Bedeutung des Milieus für die Erziehung des Menschen und die Notwendigkeit einer Beseitigung des Profits durch Ersatz des Geldes mittels der labour notes. WILLIAM THOMPSONS geistige Bedeutung wird in einigen Worten anerkannt. Mit anderen modernen Literarhistorikern, z. B. mit TUGAN-BARANOWSKY, teilt GIDE, der dieses Kapitel bearbeitet hat, die Bewunderung für das Genie FOURIERS, sucht mit großer Sorgfalt den gesunden Kern aus dem phantastischen Systeme dieses großen Utopisten herauszuschälen und die fruchtbaren Nachwirkungen seiner Lehre in den modernen korperativen Bestrebungen, im Programme der französischen radikal-sozialistischen Partei und in der Gartenstadtbewegurg zu zeigen. — Ein Kapitel über FRIEDRICH LIST unterbricht die Darstellung der sozialistischen Lehren. Sie wird mit PROUDHON wieder aufgenommen, der insofern eine berechtigte Sonderstellung erhält, als er in schroffer Ausprägung liberalistischer Grundgedanken den Übergang zum Anarchismus darstellt. Mit geschicktem Griffe wird in die Besprechung seiner Ideen eine kurze Geschichte des Schicksals der einzelnen revolutionären Forderungen. — Recht auf Arbeit, Organisation der Arbeit, Assoziation der Arbeiter, Unentgeltlichkeit des Kredit — während der Französischen Revolution von 1848 eingeflochten.

Damit findet die erste große Gruppe sozialistischer Systeme ihren Abschluß; ihr nachhaltiger Einfluß auf die Umgestaltung des ökonomischen Liberalismus, insbesondere auf die Wirtschaftstheorie I. St. MILLS wird eingehend gewürdigt. In einem Kapitel über den „Staatssozialismus" werden sodann ROBERTUS und LASSALLE einerseits, die „Staatssozialisten im engeren Sinne" anderseits vereinigt, mit Rücksicht auf den Gesichtspunkt, daß sie von dem Eingreifen des Staates und seiner Hilfe die Lösung der sozialen Frage erwarten. LASSALLE insbesondere wird sehr kurz erledigt — mit einer knappen Schilderung seiner agitatorischen Fähigkeit. — Wenig befriedigend ist das anschließende Kapitel über den Marxismus. Man merkt deutlich, wie schwer es dem Franzosen wird, sich in der ungewohnten Terminologie und dem fremden Gedankenkreis zurechtzufinden.[1]) Die für das Verständnis der Lehren Marx' unentbehrliche Verknüpfung derselben mit der Philosophie HEGELS bleibt fast gänzlich unbeachtet, und an keiner Stelle des Buches empfindet man es schmerzlicher, daß die Verf. es bewußt vermeiden, den philosophischen Wurzeln der einzelnen nationalökonomischen Theorien nachzuspüren. Die materialistische Geschichtsauffassung, das Fundament für die Erfassung des MARX'schen Systems, wird nachträglich in einem der mar-

1) Sehr bezeichnend ist eine Bemerkung bei SCHATZ, L'individualisme (S. 474): „Es ist ein für den Geist des Franzosen unlösbares Problem, die wunderbare Macht zu begreifen, welche diese abstruse Metaphysik HEGELS auf das deutsche Denken ausgeübt hat, eine Methaphysik, die vielleicht HEGEL selbst nicht vollkommen verstand".

xistischen Schule gewidmeten Kapitel behandelt, und daß hier nur ein relativ sehr geringer Teil der unübersehbaren Literatur berücksichtigt wird, versteht sich fast von selbst.

Für den deutschen Leser besonders interessant ist ein längerer Exkurs über den „Solidarismus“, jene spezifisch französische Ausprägung des staatssozialistischen Gedankenkreises, die trotz mangelhafter theoretischer Fundierung große praktisch-politische Bedeutung erlangt hat. Bezeichnend für das Bedürfnis der Franzosen nach individualistischer Begründung auch der staatlichen Sozialpolitik ist es, daß die von Léon Bourgeois entwickelte Theorie des Solidarismus die Verpflichtung der Besitzenden gegenüber den Besitzlosen als Quasikontrakt konstruiert und daraus das Recht des Staates zur Erzwingung dieser Obligation ableitet.

Gide, der Verf. dieses Abschnittes, selbst ein hervorragender Vertreter des Solidaritätsgedankens, lehnt derartige willkürliche Konstruktionen ab und will den Solidarismus dahin fassen, daß er die „Individualität“ des Menschen, d. h. seine Entfaltung nach außen hin, im Interesse der anderen steigert, im Gegensatze zum Individualismus. der bloß die egoistischen Anlangen begünstigt. Damit ergibt sich als Kern der Solidarität die wenig präzise Vorstellung einer ständigen Nivellierung der Menschen in ihren Eigenschaften, die vom Standpunkte der Gerechtigkeit und der Moral aus die Verantwortlichkeit aller für das Tun jedes einzelnen fordert. Von der allgemeinen Anerkennung dieses sittlichen Postultats erhofft Gide den Sieg der kooperativen Genossenschaft in ihren verschiedenen Formen und damit die Überwindung des freien Tauschverkehrs. — Daß die besondere Vorliebe der Verf. für die staatliche Sozialpolitik ihnen keineswegs das Verständnis für das Streben nach Beseitigung aller staatlichen Gebundenheit verschließt, beweist das dem Anarchismus gewidmete Schlußkapitel, in dem — wohl zum erstenmal im Rahmen einer Geschichte der Nationalökonomie — der ökonomische Gehalt der anarchistischen Doktrinen geprüft wird. Gerade hier spürt man am dentlichsten die nirgends verleugnete wohlwollende Objektivität. der Verf., ihr wohltuendes Bestreben, jede Lehre nicht nur frei von jeder einseitigen Beurteilung darzustellen, sondern sie auch dem Leser menschlich näher zu rücken. Ihr eigentliches Ziel — zu dessen Erreichung sie durch ihr Werk nach Kräften und mit Erfolg beigetragen haben — deuten die Verf. in den Schlußworten an, in denen sie aus der Geschichte der nationalökonomischen Doktrinen die Notwendigkeit ableiten, mit kritischem Geiste unablässig die errungenen Wahrheiten zu kontrollieren, die neuen Beobachtungen und Erfahrungen wohlwollend aufzunehmen und so eine Erweiterung und Vertiefung der Wissenschaft zu ermöglichen.

* *

Das Buch von Schatz (3) über den Individualismus kommt für das Programm dieser Zeitschrift mehr negativ als positiv in Betracht. Sch. sucht den — ungeachtet der häufigen Anwendung des Wortes — eigentlich niemals bestimmt defmierten Begriff des Individualismus als Gegensatz zum

Sozialismus zu erfassen und in eingehender Untersuchung die Bedeutung dieses Gegensatzes für die Geschichte der wirtschaftlichen und sozialen Ideen des 19. Jahrh. nachzuweisen. Zwei prinzipiell verschiedene Tendenzen des menschlichen Geistes scheinen ihm hier um den Sieg zu ringen. Die eine, der Sozialismus, leitet alle Unvollkommenheiten des sozialen und wirtschaftlichen Lebens aus einem außerhalb der Menschen gelegenen Faktor, der sozialen Organisation, her und fordert um des höchsten Zieles der Gesellschaft, um der sozialen Gerechtigkeit willen, eine Änderung dieser Organisation. Die „Gesellschaft“ erscheint hier als eine reale und konkrete Einheit, das — durch die Macht der Vernunft unendlich vervollkommungsfähige Individuum als Produkt ihrer Organisation. — Der Individualismus seinerseits leugnet ebenfalls keineswegs die Unvollkommenheiten der bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Zustände, aber er erblickt ihren Ursprung in zwei Ursachenreihen, die nicht im gleichen Maße der Einwirkung des Menschen zugänglich sind: einerseits in „natürlichen Ursachen“, die sich unserer Einwirkung überhaupt entziehen, deren Walten daher vor allem die wirtschaftliche Tätigkeit der Menschen jenseits der Moral stellt, anderseits in der menschlichen Natur selbst, die zwar nicht unendlich vervollkommungs-, aber doch entwicklungsfähig ist. Nur auf eine Gruppe von Ursachen kann sich ein Reformversuch stützen; nur die Individuen sind einer Einwirkung unterworfen, aber nie die „Gesellschaft“ als Ganzes; die Auffassung der Gesellschaft als selbständiges Wesen ist nur ein Spiel mit Worten.

Sch. erblickt demnach im Individualismus eine philosophische Weltanschauung, die einer Wirtschaftsdoktrin die entscheidende Richtung gegeben hat, indem sie, unter Ausschließung aller Metaphysik, ihre Untersuchungen auf das Reich des Erkennbaren, der sinnlichen Erfahrung beschränkt und für das Individuum die Freiheit als Grundlage für die Entfaltung seiner Fähigkeiten fordert. In seiner Anwendung auf das Wirtschaftsleben zieht der Individualismus aus seinen psychologischen Prämissen bestimmte Schlüsse: da die Gesellschaft das Ergebnis sozialer Instinkte ist und nicht etwa eine vernunftgemäß begründete, bewußter Änderung zugängliche Schöpfung, scheidet der ökonomische Indivialismus das Gebiet der wirtschaftlichen Ordnung von jenem der moralischen und lehnt alle Aussichten auf radikale Umformung der Gesellschaft ab. Er glaubt beweisen zu können, daß das persönliche Interesse jedes Einzelnen ausreicht, um die Produktion gemäß den Bedürfnissen einzurichten und die Güter auf Grund ihres Nutzens zu verteilen, der im freien Austausche frei geschätzt wird. Freiheit im Wirtschaftsleben und Privateigentum sind ihm daher die beiden unantastbaren, durch ihre soziale Notwendigkeit gerechtfertigten Institutionen. Wahrhafte und dauernde Fortschritte sind nur von der eigenen Vervollkommnung der Individuen zu erhoffen; die Tätigkeit des Staates hat sich daher zu beschränken auf die Fürsorge für Sicherheit, Ordnung und Schutz der freien Verträge.

Wir müssen uns versagen, näher auf die geistreiche und fesselnde Darstellung einzugehen, in der Sch. die Entstehung dieses individualistischen Gedankenkreises bei den ersten Gegnern des Merkantilismus im 17. Jahrh., bei

MUN und CHILD, bei PIETER DE LA COURT und BOISGUILBERT zeigt. In den Ideen von HOBBES, von HUTCHESON und MANDEVILLE findet er die psychologischen Grundlagen des Individualismus vorbereitet, vor allem den Gedanken, daß es eine natürliche Ordnung der ökonomischen Erscheinungen gebe, die prinzipiell unserer willkürlichen Einwirkung entzogen ist. In der Lehre der Physiokraten vom „Ordre naturell“ weist er eine rationalistische Färbung dieses Gedankens nach, der bei DAVID HUME und ADAM SMITH zum Versuch führt, den „Newtonianismus“ auf die Probleme der Politik und des Wirtschaftslebens zu übertragen, und der von MALTHUS und RICARDO durch die Aufstellung neuer exakter Gesetze eine weitere Festigung und gleichzeitig eine pessimistische Trübung erfährt. — Im 19. Jahrh. nimmt die mit den Veränderungen der Technik zusammenhängende Umwälzung in Produktion und Güterverteilung immermehr die Aufmerksamkeit gefangen. Im Sozialismus verdichten sich die allzu gerechtfertigten Klagen der von diesen Umgestaltungen am härtesten Getroffenen zu leidenschaftlichen Angriffen gegen die liberalen Thesen: „das Privateigentum, weit entfernt, der Allgemeinheit zu nützen, gestattet bloß einer sozialen Klasse, die andere zu knechten; die freie Konkurrenz, weit davon entfernt, der notwendige Faktor des ökonomischen Fortschritts zu sein, führt zum Anarchismus der Produktion und verdammt die Arbeiter zu Hungerlöhnen; die Freiheit ist ein Klassenprivilegium: reell für die Besitzenden, ist sie ein leeres Wort für die Besitzlosen . . .“ Um so schweren Angriffen zu widerstehen, mußte der Individualismus einem tiefen Bedürfnisse des menschlichen Geistes entsprechen. In der Persönlichkeit eines JOHN STUART MILL, der dem Verf. als typischer Repräsentant des Individualismus gilt, tritt dieser Konflikt aufs schärfste in Erscheinung: die Überzeugung, daß der Fortschritt nur auf dem Wege einer möglichst freien Entwicklung der Individualitäten erfolgen könne, führt MILL bis hart an die Grenzen des Sozialismus. — Mit feinem Verständnis verfolgt Sch. — freilich vorwiegend unter Berücksichtigung der geistigen Bewegung Frankreichs — die einzelnen Phasen dieses Kampfes zwischen Individualismus und Sozialismus und stellt jeder Erscheinungsform dieses letzteren die ihm entsprechende Ausprägung des ersteren gegenüber: dem utopistischen Sozialismus den aristokratischen Individualismus der Akademiker von 1848 und den Liberalismus von BASTIAT, der in der orthodoxen liberalistischen Schule Frankreichs seine Fortsetzung findet. In einer künstlerisch vollendeten Stelle seines Buches vergleicht er diese Schule mit einer kindlich reinen alten Dame, an der die revolutionären Ereignisse zweier Menschenalter spurlos vorübergingen; mit liebenswürdiger Grazie sagt sie heute ihren Freunden Dinge, die unter Ludwig XV. von tiefster Wahrheit gewesen sind. — Dem politisch gefärbten Sozialismus, der für die Proletarier die politische Macht und mit den Schlagworten der „sozialen Gerechtigkeit“ und der „sozialen Solidarität“ eine Gleichheit der wirtschaftlichen Bedingungen erreichen will, tritt der politische Liberalismus entgegen, der von einer Demokratie die Bedrohung der individuellen Freiheiten befürchtet. — Mit dem christlichen Sozialismus ringt der christliche Individualismus; die katholische Kirche beweist ihre große Anpassungsfähigkeit an die herrschenden Ideen,

indem sie ihre Gedanken der Autorität und der christlichen Nächstenliebe mit den Forderungen der freien Konkurrenz in Einklang bringt und die Versöhnung zwischen den Interessen der Kapitalisten und Arbeiter versucht. — Die materialistische Geschichtsauffassung findet ihr Gegenstück in den Versuchen von TAINE und TOCQUEVILLE, den Werdegang der Geschichte als das Ergebnis freier Entwicklung der Individuen aufzufassen. — Mit Hilfe der psychologischen, der mathematischen und der soziologischen Methode werden vom individualististischen Standpunkt aus die Irrtümer des wissenschaftlichen Sozialismus nachgewiesen. — Der Individualismus liefert auch die Grundlagen für die Soziologie in jener Form, die namentlich von SPENCER vertreten wird. Er wendet sich gegen den „Etatismus", den Versuch, die Bedeutung des Staates gegenüber den Individuen zur Geltung zu bringen. Er findet endlich seine Überspitzung im Anarchismus, der das individualistische Prinzip zur Ablehnung jeder Autorität steigert, und in der „Philosophie der Ungleichheit", die im Kulte der Auserlesenen den Weg zum Fortschritt in der Geschichte der Menschheit erblickt.

Schon diese knappe Übersicht gewährt ein Bild von dem reichen Inhalt des SCH.schen Werkes, das den Individualismus in all seinen zahlreichen Wandlungen zeigen und so zur Bestimmung seiner wesentlichen Merkmale gelangen will. Daß derselbe als Gegensatz des Sozialismus zu fassen ist, nimmt Sch. als schlechthin feststehend an; nur um die Merkmale, die diese beiden Richtungen scheiden, dreht sich im Grunde seine Untersuchung. Nicht darin, das ist ihr Ergebnis, liegt das Unterscheidende, daß der Sozialismus reformatorisch, der Individualismus konservativ ist. Auch im Rahmen des letzteren fehlt es nicht an Verfechtern sehr radikaler Ideen. Ja, er ist seinem Wesen nach von dynamischer Auffassung erfüllt, eine „doctrine de mouvement". Es wäre auch verfehlt, dem Individualismus grundsätzlich demokratischen Charakter abzusprechen oder ihn schlechthin in Gegensatz zum Gedanken der Assoziation zu bringen. Letzten Endes glaubt Sch. vielmehr den Widerstreit zwischen Individualismus und Sozialismus dahin auflösen zu können, daß dieser durchaus rationalistischen, jener antirationalistischen Charakter zeigt. Für den Sozialismus ist das Individuum ein Wesen, das sich völlig den Forderungen der Vernunft unterordnen, sowie die Gesellschaft diesen gemäß umgestalten und einem moralischen Ideal anpassen kann. Dem Individualismus aber erscheint die Gesellschaft als natürliches, amoralsches Phänomen; die gesellschaftlichen Zustände sind ihren eigenen Entwicklungsgesetzen unterworfen, auf die die Vernunft nur sehr wenig Einfluß zu üben vermag. Zwischen diesen beiden prinzipiell verschiedenen Auffassungen des Seins gibt es, wie SCH. meint, keine Möglichkeit einer Versöhnung.

Es liegt uns fern, die tiefe Bedeutung dieses von SCH. mit bewundernswerter Schärfe entwickelten Gegensatzes für die Geschichte der sozialen und wirtschaftlichen Ideen im 19. Jahrh. zu bestreiten. Aber wir können den Zweifel nicht unterdrücken, ob es gerade der Gegensatz zwischen Individualismus und Sozialismus ist, der durch das Merkmal des Rationalismus gekenn-

zeichnet wird. Fordert jener vornehmlich die Auffassung des Individuums als Selbstzweck und demgemäß die volle Freiheit für die Ausgestaltung seiner Fähigkeiten, so scheint ihm nichts mehr zu entsprechen als eine rationalistische Auffassung, der Glaube an die schlechthin unbegrenzte Entwicklungsmöglichkeit des Individuums kraft seiner Vernunft. Die Individualisten der klassischen Nationalökonomie haben diese Konsequenz hauptsächlich nur darum nicht gezogen, weil sie das ökonomische, wie das soziale Geschehen bloß unter dem Gesichtspunkte der Ruhelage betrachteten; der Gedanke des Fortschritts, der Entwicklung ist ihnen noch fremd. Er drang erst mit Godwin und Condorcet in das sozialpolitische Denken ein, und zwar in durchaus rationalistisch gefärbter Gestalt. Anderseits werden gerade die Anhänger des wissenschaftlichen Sozialismus den „Vorwurf des Rationalismus“ auf das entschiedenste ablehnen müssen, weil sie prinzipiell alle moralischen Urteile aus ihrer Kritik des Wirtschaftslebens ausschalten und den Übergang zu einem Systeme gesellschaftlicher Produktionsweise als Ergebnis unerbittlich waltender Kräfte darstellen, die sich bewußter Einwirkung des Menschen fast gänzlich entziehen. So betrachtet, sind Individualismus und Sozialismus gar nicht Gegensätze, die sich ausschließen, sondern im Gegensatze zum Sozialismus steht schlechthin jede Wirtschaftsauffassung die am Privateigentum als einer unveränderlich gegebenen, notwendigen Kategorie des Wirtschaftslebens festhält. Es gibt also, was Sch. freilich als Begriffsverwirrung ablehnen muß, auch einen individualistischen Sozialismus. Der eigentliche Gegensatz zum Individualismus aber ist in einer kollektivistischen Weltanschauung zu erblicken, die nicht das Individuum als Selbstzweck gelten läßt, sondern es mit seinen Zwecken irgend einem als Einheit erfaßten Kollektivum — Kirche, Staat, Nation — unterordnet. Dieser Gegensatz ist tiefer, als auf den ersten Blick erscheint. Denn die kollektivistische Betrachtungsweise war es z. B., welche die Merkantilisten veranlaßte, auch in der Erklärung des Wirtschaftslebens niemals vom einzelnen, sondern immer von einer Gesamtheit auszugehen: den Wert der Güter demnach nicht auf eine Beziehung des einzelnen Gutes zum Wirtschaftssubjekte, sondern auf eine Schätzung der Gütergattung, den Preis auf das Verhältnis zwischen Geld- und Gütermenge eines Landes zurückzuführen. Die kollektivistische Auffassung findet als politische Lehre ihre vollendete Ausprägung bei Hegel, der im Staat die Verwirklichung der reinen Idee erblickt und daher seinen Zwecken die Zwecke aller Individuen unterwirft; sie kehrt als Wirtschaftsdoktrin wieder in dem von Hegel stark beeinflußten Marxismus, der seinen Ausgangspunkt von neuen Kollektiveinheiten, den Gesellschaftsklassen nimmt. Sch. geht an dem hier angedeuteten Gegensatze nicht achtlos vorüber. An einer interessanten Stelle seines Buches (Kap. 9) berührt er ihn bei einer Besprechung des gegen die Staatsallmacht gerichteten Individualismus. Aber für die Scheidung des letzteren vom Sozialismus konnte ihm dieser Gegensatz nicht hinreichen, weil der Sozialismus in den meisten seiner Erscheinungsformen den Staat zu beseitigen bestrebt ist, in dem er die wirksamste Stütze für die Macht der besitzenden Klassen erblickt. So verfolgt Sch. diesen Gedanken nicht weiter. An dem Streben, den Rationalismus

als das Kennzeichen des Sozialismus zu deuten, macht ihn auch die Tatsache nicht irre, daß einzelne anarchistische Systeme dieses Merkmal zeigen, während es anderen fremd ist. Er hilft sich durch die Zerlegung des Anarchismus in zwei Gruppen, von denen die eine den Sozialismus, die andere den Individualismus übertreibt. — Er vermag auch den tiefen Widerstreit, den er zwischen Individualismus und katholischer Sozialreform konstatiert, nicht anders als durch ein „Mißverständnis" zu erklären. Dieser Widerstreit wird aber begreiflich, wenn man im Gedankenkreise der katholischen Lehre die Tendenz feststellen kann, die Interessen der Individuen denen der Kirche als Kollektiveinheit unterzuordnen; zwischen dem Protestantismus, der die Kollektivvorstellung zugunsten der Befreiung der Individuen zurückgedrängt hat, und dem Individualismus besteht ein solcher Gegensatz überhaupt nicht mehr.

Aber auch für denjenigen, der mit uns die prinzipielle Auffassung des Verf. ablehnt, bietet sein Buch eine Fülle von Anregung. Es verrät außerordentliche Sachkenntnis und feines Verständnis für das, was die Franzosen so treffend „la filiation des idées" nennen. Auch dort, wo es sich schlechthin um die Wiedergabe fremder Gedanken handelt, wird die Darstellung nie schwerfällig; an vielen Stellen erhebt sie sich zu künstlerischer Vollendung. So ist insbesondere das Schlußkapitel, in dem die Ergebnisse der Untersuchung zusammengefaßt und in einer Ansprache an einen künftigen Führer des Volks die Grundgedanken des Individualismus skizziert werden, ein Meisterstück analytischer Entwicklung dieses Ideenkreises und frei gestaltender Synthese der ihm entspringenden Normen für das menschliche Handeln.

Wien. KARL PŘIBRAM.

HUBERT LAGARDELLE: Le Socialisme Ouvrier. Paris, Giard et Brière 1911. 12°. 420 S. (4 Fr. 50 c.).

Ein durchaus retrospektiven Charakter tragender Band, der aber dem Historiker der Ideen und der Tatsachen der Arbeiterbewegung manches von Interesse bietet. Der Südfranzose L. hat in ihm eine Reihe von Artikeln aus der von ihm seit 1898 geleiteten Zeitschrift, „Le Mouvement socialiste" gesammelt und gedenkt dadurch den doppelten Zweck zu erfüllen, ein getreues Bild von der Entstehung und dem Werden des französischen Syndikalismus, zu dessen hervorragendsten Taufpaten und Verfechtern er gehört, zu geben und gleichzeitig durch die Vorführung von Artikeln aus früherer Zeit seine politische Konsequenz darzutun. Letzteres war besonders deshalb nötig, als seine ehemaligen Freunde und Mitarbeiter, EDOUARD BERTH und insbesondere GEORGES SOREL, als dessen gelehrigster Schüler L. jahrelang angesehen werden konnte, den Syndikalismus als antirepublikanische und antidemokratische Gedankenrichtung so weit trieben, dem orleanistischen Monarchismus weitgehende Zugeständnisse zu machen und, als L. diese Abweichung nicht mitmachen wollte, ihm Unklarheit und Angst vor den logischen Folgerungen seiner eigenen Formeln, ja, Aufgabe seiner einstigen Überzeugung vorzuwerfen. L. verteidigt sich damit, daß er ausführt, er habe die

Demokratie stets nur angegriffen, um sie zu bessern, nicht, um sie zu vernichten (S. X), eine Behauptung, deren Richtigkeit freilich durch die Artikelsammlung nicht überall mit voller Beweiskraft erbracht wird. Im übrigen erweist sich L. als echter Syndikalist, voller Glauben an die gymnastische Fähigkeit großer Volksbewegungen, die „vertus de la lutte" (S. 323), an die Nützlichkeit, ja Notwendigkeit der direkten Aktion, an die Entwicklungsfähigkeit der revolutionären Gewerkschaft als Zelle der künftigen Gesellschaftsordnung, den sog. „Socialisme des Institutions", an die Notwendigkeit der Scheidung von Partei und Klasse (S. 222) sowie einer Bekämpfung des reformistischen Revisionismus anstatt durch den orthodoxen Marxismus durch den revolutionären Revisionismus.

Diese Grundideen werden von L. oft in packender, scharfer Form wiedergegeben, freilich ohne Präzision und inneren Zusammenhang sowie wirklich neuen Gehalt. Der Leser gewinnt den Eindruck, es hier mit einem selten ehrlichen Menschen zu tun zu haben, der seinen Theorien zumal durch seine große Redegewandtheit und sein Formtalent Wirksamkeit verleiht. Dabei ist er, dem Durchschnittscharakter der Gascogner entsprechend, bei aller Einseitigkeit des Standpunktes nicht einsichtslos, ja, man könnte sogar sagen, instinktiv transigent. Ein künstlerischer, antidogmatischer Zug, der häufig an jenen anderen Gascogner erinnert, der den Parti Socialiste Unifié führt, durchzieht das Ganze. In der Tat finden wir auch bei L. jene charakteristische Note, die Jean Jaurès einst die Worte eingab: Il nous faut la vie large. Hymnen an das Leben und seine aller grauen Theorie spottenden Erfordernisse treffen sich bei unserem syndikalistischen Theoretiker häufig (so auf S. 302). Worte wie „vivant", „agissant" erscheinen alle paar Seiten, freilich ohne daß damit in der Regel mehr zum Ausdruck käme, als der generelle Wunsch nach Ungebundenheit und der Vorbehalt des Rechtes auf Aktionsfreiheit, nach welcher Richtung immer sie führen möge, auch für die Zukunft. Die einzelnen Artikel, welche den vorliegenden Band L.s ausmachen, knüpfen vielfach an die jüngste Geschichte der französischen Arbeiterbewegung, von dem Eintritt Millerands ins Ministerium bis auf das Abschwenken eines Teiles der Syndikalisten ins Lager der Camelots du Roy (welch letzterer Sachverhalt hier nicht des näheren untersucht und auf seine Ätiologie hin analysiert wird) an und greifen auch auf das internationale Gebiet, insbesondere die Entwicklung der offiziellen Sozialistenparteien Deutschlands und Italiens, über. Eine Geschichte der Entstehung des französischen Syndikalismus als Gedankenwelt und als Tatsachenerscheinung in systematischer Form bieten sie nicht, trotzdem der Verf., wie er in einigen Ansätzen in im Mouvement Socialiste und im Archiv für Sozialwissenschaft erschienenen Abhandlungen gezeigt hat, wohl das Zeug dazu besitzen würde, eine solche zu schreiben. Es steht zu hoffen, daß L. seine Auffassung noch vertiefen und systematisch ausbauen möge, und auf Grund dessen eine sichere Basis für historische Beschreibung erhalte. Dazu gehört aber vor allem, daß er den Syndikalismus selbst realistischer zu betrachten lernt und nicht mehr, wie es bisweilen bei ihm den Anschein hat, annimmt, allgemeine historische und psychologische Gesetze, wie die Not-

wendigkeit und die immanente antidemokratische Tendenz der Einrichtung des Führertums in den sozialen Kämpfen, mache just vor dem Syndikalismus Halt. ROBERT MICHELS.

DR. ERNEST R. SPEDDEN, The Union Label (Johns Hopkins Univ. Studies in Hist. and Polit. Science, Serie 28, Nr. 2). Baltimore, The Johns Hopkins Press. 1910. 8° 100 S. (50 Cents).

Das Trade Union Label, die Marke zur Bezeichnung der von den Mitgliedern einer Gewerkschaft hergestellten Waren, hat nur in Nordamerika wirkliche Bedeutung erlangt. Der Einfluß, der damit ausgeübt wird, ist umso bemerkenswerter, als die Einrichtung verhältnismäßig neu ist. S. betont auch mit Recht, daß dieselbe keinerdings mit den Abzeichen der mittelalterlichen Gilden zusammenhängt. — Diese Union Labels wurden zweifellos zum erstenmal von den kalifornischen Zigarrenmachern im Kampf gegen die genügsamen und daher billig arbeitenden Chinesen angewendet, deren Zahl 1876 im Zigarrenmachergewerbe der Stadt San Francisco allein etwa 6000, gegen 150 „Weisse", betragen haben soll. Die weißen Zigarrenmacher, welche die chinesische Konkurrenz sehr hart empfanden, gründeten 1875 in San Francisco eine lokale Gewerkschaft und ließen bald darnach eine Marke in gesetzmäßiger Weise eintragen, die an die Zigarrenkisten geklebt wurde und die folgende Aufschrift trug: „Cigar Makers' Association. Die in dieser Kiste enthaltenen Zigarren sind von weißen Männern gemacht. Diese Marke ist mit Erlaubnis der Cigar Makers' Association of the Pacific ausgegeben und gesetzlich anerkannt". Das Recht zur Verwendung der Marke wurde allen Unternehmern zugestanden, die ausschließlich weiße Arbeiter beschäftigten, selbst wenn darunter nur ein Mitglied der Gewerkschaft war. Sie bewirkte, daß eine Zeit lang ein großer Teil des Geschäfts von den Chinesen abgelenkt wurde, und daß die Nachfrage nach weißen Arbeitskräften am Orte nicht gedeckt werden konnte. Einen dauernden Erfolg der lokalen Gewerkschaftsmarke verhinderte u. a. die Zufuhr von Zigarren, die Europäer gemacht hatten, aus dem Osten der Union. — Im Jahre 1879 wurde eine Gewerkschaftsmarke von den Zigarrenmachern in St. Louis eingeführt, als ihre Arbeitsanwender erklärten, sie würden lieber ihre Waren anderswo kaufen, als die geforderten Löhne bezahlen. In diesem Fall hatte die Marke den Zweck, die Nachfrage nach am Orte erzeugten Zigarren zu fördern, und es scheint, daß die Arbeiter damit zum Ziele kamen. Der Ortsverein in St. Louis benutzte die eigene Marke bis 1899, obwohl schon 1880 der Zentralverband der Zigarrenmacher, die Cigar Makers' International Union, die Annahme eines gemeinsamen Gewerkschaftszeichens beschloß, das den Käufer aufmerksam macht, daß die in der betreffenden Kiste enthaltenen Zigarren von „erstklassigen Arbeitern und Mitgliedern des Verbandes" erzeugt wurden, „einer Organisation, die Widerstand leistet gegen die inferioren ‚Rat Shops' (Streikbrecherbuden), Kuli-, Gefängnis- und schmutzige Heimarbeit". Die ersten derartigen Abzeichen wurden anfangs 1881 verwendet, und schon

im August desselben Jahres konnte Verbandsvorsitzender Adolf Strasser die Ausgabe einer halben Million davon berichten und erklären, „die Marke könnte, wenn die amerikanischen Gewerkschaften nur halb so stark wären wie die britischen, zu einer unwiderstehlichen Macht werden".

Im Jahre 1884 folgten die „Ritter der Arbeit" mit der Einführung einer Gewerkschaftsmarke, 1885 die Hutmacher, Kannenmacher und die deutsch-amerikanische Typographia, 1886 die Typographen-Union, die Konfektionskleidermacher, die Maßschneidergehilfen, Böttcher und Bäcker, 1887 die Schuhmacher und Gießer. Erst in den 90er Jahren taten andere Verbände das gleiche, und dann erst wurde das Label zu einem Machtfaktor in der Arbeiterbewegung. Bis 1890 galt es auch weniger wie jetzt als Mittel, um sich die Unterstützung anderer organisierter Arbeiter zu sichern, wie vielmehr als Hinweis des kaufenden Publikums überhaupt auf Waren, die nicht unter widerwärtigen Bedingungen hergestellt würden.

Die dritte Entwicklungsperiode des Label setzte um 1890 ein, als seine Verwendung sich rasch ausbreitete und allgemein wurde, so daß es nun bei mehr als 60 Verbänden benutzt wird, von denen einige viele Millionen Exemplare im Jahr verwenden.

Die skizzierte historische Darstellung ergänzt der Verf. durch Kapitel über die Form des Labels, die Regelung seiner Anwendung, die Nachfrage nach Produkten mit dem Label, „Grenzstreitigkeiten" und das Label, und über dessen gesetzlichen Schutz, worin noch manches gesagt wird, was für die Kenntnis dieses gewerkschaftlichen Machtmittels von Wichtigkeit ist. Als Quellenmaterial hat der Verf. fast ausschließlich die Originalpublikationen der Arbeiterverbände benutzt.

München. H. Fehlinger.

Roberto Michels, Il proletariato e la borghesia nel movimento socialista italiano. Torino, Fratelli Bocca 1908. 8° 399 S. (6 Frcs.).

Eine Geschichte der sozialistischen Bewegung in Italien hat bisher gefehlt. Einige kurze, unzureichende und parteiische Zeitschriftenaufsätze, die bereits antiquierte Einleitung von Bertolini zur italienischen Ausgabe von Rae's „Contemporary Socialism", das Werk von Angiolini, das im wesentlichen eine trockene Materialsammlung ist, gewährten — wenn man sich nicht bloß über den äußeren Verlauf der Entwicklung, sondern auch über die ursächlichen Zusammenhänge unterrichten wollte — nur geringe Befriedigung. — Diese Tatsache ist sicherlich merkwürdig. Denn der italienische Sozialismus hat sich, obgleich durch viele Jahre Einflüssen von jenseits der Alpen, französischen bald und bald deutschen, vielleicht allzusehr unterworfen, schließlich doch auf sich selbst besonnen und auf gedanklichem Gebiete sowohl wie auf dem werktätigen Handelns seiner besonderen nationalen Eigenart nach sich auszuleben begonnen. Er ist kein „schwarzer Fleck" mehr wie früher. Vielmehr hat er, wie in wenigen Ländern sonst, an der Erklärung und Revision des Marxismus lichtvoll und vertieft mitgearbeitet, und was noch wichtiger ist, er hat — man denke nur an die Kollektivpacht-

verträge — eine Reihe origineller sozialer Experimente gezeitigt, durch die Italien an die Spitze jener Länder gelangt ist, in denen der sozialistische Gedanke, zum Teil die Zukunft vorausnehmend, sich zu verkörpern beginnt.

Bei all dem hat es bisher an einem Schriftsteller gefehlt, der es ähnlich wie VANDERVELDE und DESTRÉE für Belgien, MEHRING und MILHAUD für Deutschland unternommen hätte, die Entwicklungslinien dieser in der Bildung begriffenen neuen Welt zu zeichnen. In der Tat bedurfte es eines fremden Forschers, um die so ausgebreitete und mannigfaltige Welt ihrer Bedeutung und ihrem Werte nach voll zu erfassen, sie wenn auch nicht vollständig, doch in ihren weniger bekannten Phasen festzustellen und nach ihren wichtigsten Seiten hin zu analysieren. MICHELS bietet nun die bisher umfassendste und auf reichem Quellenmaterial aufgebaute Schilderung der sozialistischen Bewegung auf italienischem Boden, besonders in ihrer ersten bakunistischen Periode, sowie eine scharfsinnige und sorgfältige Darstellung eines der interessantesten Phänomene, nämlich der Beteiligung des bürgerlich-intellektuellen Elementes an ihr.

Er brachte hierzu ganz besondere Eignung mit: außer reicher wissenschaftlicher Bildung auch genaue Kenntnis des Sozialismus nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen Hauptländern Europas, die ihn befähigte, die wesentlichen Züge unserer heimischen Bewegung aufzuspüren. Außerdem haftet er nicht an der Oberfläche, sondern hat tief geschürft. Seine Darstellung schließlich ist lebhaft, ansprechend und nicht aus toten Urkunden, sondern aus dem lebendigen Leben geschöpft.

Was ihn beschäftigt, ist die Untersuchung des Anteils der bürgerlichen Klassen und des Proletariats an der sozialistischen Bewegung bis auf die Gegenwart. Diese entsteht schon zur Zeit der Internationale und wächst in die Breite und Tiefe nicht so sehr dank den Anstrengungen der unterworfenen Klasse als durch die Initiative, den Idealismus und die Hingabe von Angehörigen der Bourgeoisie und der Universitätsjugend. Die Blätter, auf denen M. die Geschichte der ersten sozialistischen Gehversuche bis zur Gründung des Partito operaio schildert, sind auch die bestgelungenen seines Werkes und zwar durch die Klarlegung ebensowohl von BAKUNINS Lehren, dem Charakter seiner Agitation und ihrem Gegensatz zum Marxismus wie durch den wohlgelungenen Exkurs über das Wesen und den Einfluß von GARIBALDIS Sozialismus.

Die Anwesenheit und der persönliche Einfluß aller dieser bürgerlichen Überläufer im Rahmen der sozialistischen Partei, deren dadurch bewirkte geringe Homogenität, die verschiedene Art, zu sehen, und die Differenzierung der Interessen, welche die nicht proletarischen Scharen zu verteidigen geneigt sind, bleiben natürlich nicht ohne tiefe Rückwirkung auf die Struktur und die Auffassungsweise der Partei. Diese ist leichter geneigt, aus dem engen Klassencharakter herauszutreten und auf jene starre Stellungnahme allen anderen Klassen gegenüber zu verzichten, wie wir ihr in anderen Ländern begegnen.

Die glückliche Art, in der M. die Psychologie der italienischen Bourgeoisie

derjenigen anderer Länder gegenüberstellt, zeugt nicht bloß von seinem Scharfsinn in der Erfassung der Unterschiede im Charakter der einzelnen Völker, sondern beleuchtet auch in erheiternder Weise, wie irrig jene daran sind, welche glauben, die Methode, die sich in einem Lande bewährt habe, passe deshalb auch schon für alle anderen, während doch offenbar das historisch und psychologisch Differenzierte nicht durch einen bloßen Willensakt ausgeglichen zu werden vermag. Jedes Volk hat seine besondere Physiognomie, Sprache und Literatur. Und ebenso weisen die sozialen Probleme — bei aller Gemeinsamkeit innerhalb einer bestimmten geschichtlichen Atmosphäre — in den verschiedenen Ländern Besonderheiten in den Menschen und Dingen auf, die nicht übersehen werden dürfen, weil sie eine unzerstörbare Wirklichkeit bilden, der die in einem anderen Mittel ausgearbeiteten Kampfesmethoden sich anpassen müssen.

M. hat dies voll erfaßt. Wohl lag es ihm von seinem syndikalistischen Standpunkt aus nahe, die schädlichen Einflüsse auf die Wirksamkeit der sozialistischen als Klassenpartei aus deren Zusammensetzung zu betonen. Er hat aber darauf verzichtet. Er verurteilt nicht nur nicht die Rolle der bürgerlichen Überläufer für die sozialistische Bewegung in Italien, sondern anerkennt auch die Vorteile, die hieraus dem Proletariat erwachsen sind.

Hierin kann ich ihm nur beistimmen. Gewiß hat es an manchen wenig ehrenvollen Ausnahmen nicht gefehlt, denen man übrigens auch unter dem authentisch-proletarischen Element begegnet. Im ganzen aber hat die Anteilnahme eines kleinen Teils der Bourgeoisie am italienischen Sozialismus dessen Entwicklung nur gefördert. Nicht nur daß das Proletariat so in den Anfängen seiner Konstituierung angesehene Männer zu Führern bekam, die mit reicher Bildung ausgestattet und fähig waren, der offiziellen Wissenschaft die Stirne zu bieten: es wurde so von der sozialistischen Bewegung auch die Gefahr übertriebener Exklusivität abgewandt.

M. beschäftigt sich auf einigen Seiten m. E. im Übermaß mit der ehrenvollen Rolle als Vorposten, welche den Männern zugewiesen ist, die nicht der Arbeiterklasse entstammen. Ich meinerseits bin im höchsten Grade dafür, daß die leitenden Stellungen von Proletariern direkt eingenommen werden. Ich betrachte aber die wenigen hundert Bourgeois, die leitend und in den vordersten Reihen kämpfen, als keine nennenswerte Gefahr für die sozialistische Bewegung. Vor allem weil das Proletariat selbst in dieser immer die ungeheure Mehrheit ausmachen wird und dessen Klassenbewußtsein stetig erstarkt. Sodann aber weil man die materialistische Geschichtsauffassung bei all ihrer Wichtigkeit nicht dem Buchstaben nach auffassen und nicht vergessen darf, welche Kraft der idealistischen Gesinnung edler Menschen innewohnt. Der wirtschaftliche Boden, dem sie entwachsen, ist sicherlich bedeutsam; nicht minder jedoch auch der Glaube, der aus ihrem Gefühlsleben entspringt, den die Kulturanschauungen stärken, und der durch gebrachte Opfer sich ins Großartige steigert.

Ich habe nur einige Punkte des M.schen Buches besprechen können und auch diese nur flüchtig. Aber auch das genügt wohl, um zu zeigen, wie

wertvoll es ist. Sicherlich könnte man auf manche Ungenauigkeiten hinweisen. Diese erklären sich jedoch durch die Schwierigkeiten, die beim Studium fremdländischer Verhältnisse und Menschen zu überwinden sind. Auch der Syndikalismus nimmt einen breiteren Raum ein, als ihm nach seiner gegenwärtigen Bedeutung für Italien zukommt. Anderseits aber hat M. selbst seine Mängel erkannt und aufgezeigt.

Kurz, das M.sche Buch verdient von jedermann gelesen zu werden, der sich für die Geschichte des Sozialismus interessiert —, außerhalb Italiens nicht minder als auch in Italien selbst.

Turin. GIULIO CASALINI.

FERDINAND DOMELA NIEUWENHUIS, Van Christen tot Anarchist. Gedenkschriften. Amsterdam. Van Holkema en Warendorp. 1911. 600 S.

Dieses eigenartige Memoirenwerk behandelt implizite ein gewaltiges Stück holländischer Arbeiterbewegung wie internationalen Sozialismus. Sein Verf. ist auch heute noch, trotz seines Alters und obgleich das Heer seiner Anhänger in den letzten Jahrzehnten stark dezimiert wurde, eine der markigsten und hervorstechendsten Gestalten in der revolutionären Arbeiterbewegung, dazu noch dadurch besonders ästhetisch und ethisch anziehend, daß er einer aus der alten Garde derjenigen ist, die allen Metamorphosen um sich herum zum Trotze sich selber treu geblieben sind.

Geboren 1846 zu Amsterdam aus einer alten Gelehrtenfamilie, die auch heute noch auf Universitäten mehrfach vertreten ist, weihte sich D. N. frühzeitig dem geistlichen Beruf. Schon als Student in Utrecht trat er durch Wahrheitsliebe, Freiheitseifer, Abkehr von Völlerei und geschlechtlicher Unzucht, aber auch Neigung zu scharfer Kritik hervor (S. 28). Als Prediger an der lutherischen Kirche in Harlingen angestellt (1870), kam er zuerst durch einen Schneidermeister, der Mitglied des Kirchenrats, aber auch der Internationale war, mit dem Sozialismus in direkte Berührung (S. 31). Einige christlich-soziale Predigten von der Kanzel im Haag, wohin er 1875 versetzt wurde, herab brachten dem jungen Pfarrer erst die warme Sympathie, später die Liebe, endlich die Begeisterung eines weiten, aus Arbeitern und Kleinbürgern gemischten Kreises von Anhängern ein, machten ihn mit einem Schlage zum Volksführer und berühmten Manne, auf dem die Augen der Vaterlandsfreunde mit Hoffnung ruhten, und rissen ihn fast unversehens unmittelbar in die keimende Arbeiterbewegung hinein (S. 54 ff.), deren allmächtiger Führer in Holland er alsbald wurde. Die Propaganda, die D. N. nun entfaltete, war eine überaus rührige, der Erfolg ein gewaltiger, die Stimmung eine gehobene, idealistisch gerichtete, von brüderlichem Geist beseelte, wie sie eben allen Bewegungen in ihren Jugendjahren eigen (S. 100). 1880 als Kandidat für die zweite Kammer aufgestellt, erhielt er der Enge des Wahlrechts wegen nur wenig Stimmen. Durch die Erfolge seiner revolutionierenden, tribunenhaften Tätigkeit gereizt, ließ ihn die Regierung 1886 wegen eines spöttischen Artikels gegen König Wilhelm II. der Majestätsbeleidigung anklagen und trotz weiter, auch N. politisch fernstehende Kreise umfassender

Mißbilligung dieses Vorgehens auf sieben Monate ins Gefängnis stecken, wo er, dem in Holland üblichen rigorosen Brauch entsprechend, mit Verrichtung von niedriger Handarbeit (zakkies placken) beschäftigt wurde. Die Strafe steigerte indes die Popularität des Volksfreundes bis zum Paroxysmus. Die Festlichkeiten, welche die Menge nach seiner Freilassung D. N. zu Ehren veranstaltete, sind ein glänzendes Zeugnis dafür, wie weit das ohnehin der Masse immanente Bedürfnis der Heroenverehrung gehen kann, wenn es durch die elektrische Kraft der Dankbarkeit getrieben wird (vgl. S. 198 ff). Bei den auf erweiterter Basis vor sich gehenden Wahlen d. J. 1888 erfocht N. nunmehr einen plebiszitären Sieg in der Stichwahl, der dadurch entschieden wurde, daß auch eine große Anzahl von Gegnern für ihn eintrat (S. 217). Aber das Parlament war zweifellos für den starren, aufs Ganze gehenden, ehrlich fanatischen Mann nicht die richtige Stelle. Die Konflikte, die sein Auftreten in der Kammer mit seinen Kollegen und der Presse hervorrief, nahmen die schärfsten Formen an, ohne daß N., der noch dazu völlig isoliert war (er war der einzige Sozialist unter 100 Kammermitgliedern), irgend etwas zum Wohl der arbeitenden Klassen hätte zu leisten vermögen. Diese Einsicht und die Tatsache, daß er, schon halb entnüchtert, bei den darauffolgenden Wahlen seinen Sitz wieder verlor, veranlaßten N. zu einer allmählichen Revision seiner Grundauffassungen über die Taktik. Diese aber ging nicht ohne eine allgemeine Revision auch der theoretischen Gesamtauffassung ab. Bis dahin hatte sich D. N., obgleich stets mehr an Christus und Multatuli als an Marx orientiert, selber für einen Marxisten gehalten, auch die obligate Pilgerfahrt nach London zu Engels unternommen (der ihn selber freundschaftlich empfangen hatte) und sogar unter dem Titel „De Normale Arbeidsdag" eine holländische Bearbeitung und z. T. Übersetzung der sieben ersten Kapitel des Marxschen Kapitals herausgegeben (S. 208/09). Aber einige Reisen, die er nach Deutschland unternahm, zum Studium der Wahlen 1891 nach Berlin (wo er ausgewiesen wurde) und 1891 zum Parteitag nach Erfurt, befriedigten ihn nicht nur nicht, sondern entfernten ihn wider seinen Willen innerlich von der deutschen Sozialdemokratie, der er neben ihrer Gefügigkeit der Obrigkeit gegenüber und dem Geiste straffer Disziplin und Autorität, der sie in ihrem Verhältnis zu den Führern beseelte, insbesondere die große Anzahl reicher Juden unter ihren Anhängern zum Vorwurf machte. Es folgten die ersten heftigen Zusammenstöße mit der deutschen Sozialdemokratie auf internationalem Gebiete, wo D. N. im Gegensatz zur vorsichtigen oder, wie man will, ängstlichen Taktik der Deutschen auf den Kongressen (Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896) mit Hilfe der Mehrheit der Franzosen und Engländer für eine straffe antimilitaristische Politik — Generalstreik im Kriegsfalle — plädierte, aber schließlich unterlag. Eine Spaltung im holländischen Sozialismus und die Neugründung einer holländisch-sozialdemokratischen Arbeiterpartei unter deutscher Protektion gegen N. war die Endwirkung. Diese Reibungen schärften noch den Kampf mit seinen neuen Parteigegnern, der sich bald zu einem Kampf bis aufs Messer auswuchs. D. N. wurde der meistgehaßte und meistgeschmähte Mann in Niederland, ohne doch seinen

Einfluß völlig zu verlieren. Noch einmal spielte er eine große Rolle, nämlich als er gelegentlich des von ihm mit organisierten großen Eisenbahner- und Generalstreiks in Holland 1903 wieder in die erste Reihe trat. Damals schienen sich sogar wieder freundschaftliche Beziehungen zwischen ihm und dem äußersten linken Flügel der Sozialdemokratie, den sog. Marxisten, insbesondere Herman Gorter, anbahnen zu wollen. Doch brachte der von D. N. heftig mißbilligte Rückzug der Sozialdemokraten nach der Bestrafung der Eisenbahner durch den Staat den alten Streit wieder in vollen Gang. Seither hat die Bekämpfung dieses Mannes eines der vornehmsten Ziele der offiziellen Sozialdemokratie gebildet. Wie irreleitend es ist, wenn von jener Seite immer wieder aufs neue versucht wird, D. N. politisch totzusagen, beweist die Gedenkschrift ihres zehnjährigen Bestehens, welche die Partei vor einigen Jahren herausgab, und in welcher der Name D. N. so häufig genannt wird, daß, wie D. N. selbst spottet, die Setzer arg in Verlegenheit gerieten, alle die D und N zu bekommen, die zum Drucken seines Namens von Nöten waren (S. 332). Im übrigen verhielt sich D. N. ruhig, abgesehen natürlich von unermüdlicher mündlicher und schriftlicher Agitation, welch letztere er in vielen angesehenen Zeitschriften des Auslandes (hier sei nur an seine Abhandlung: Der staatssozialistische Charakter der Sozialdemokratie, im Archiv für Sozialwissenschaft 1909 erinnert), ferner in einer dreibändigen Geschichte des Sozialismus (holl.) und zumal in seinem Wochenblatt: De Vrije Socialist, das er von seiner Villa in Hilversum aus herausgibt, entfaltete. Einige größere Reisen, wie zum Freidenkerkongreß 1905 in Rom und zu Antimilitaristenmeetings in Paris, haben mehr persönliche Bedeutung. Von größerem Interesse wurde dagegen die Verhaftung und Inhafthaltung, die D. N. sich auf der Durchreise zum Besuch bei einem deutschen Freunde durch die preußische Polizei in Cöln zuzog, die wohl weniger auf die groteske Befürchtung, der vornehme alte Herr beabsichtige ein Attentat auf den gerade in der Nähe Cölns auf dem Manöverfelde weilenden Kaiser Wilhelm II. zu unternehmen, als auf die Ordenssucht überdiensteifriger Beamten zurückzuführen ist und die in ganz Holland viel böses Blut machte, auch in der Kammer zu antideutschen Reden Anlaß gab. Schließlich ist wohl bemerkenswert, daß D. N. immer mehr dem Individualismus zustrebte, so daß er sich sogar weigerte, dem Internationalen Anarchistenkongreß in Amsterdam 1907 beizuwohnen, da alle Repräsentation ein Volksbetrug sei. Heute ist D. N. immer noch ein populärer Mann, der, falls Holland schwere Zeiten bevorstehen sollten, jedenfalls keine unwesentliche Rolle spielen würde.

Leider ist der dicke Band mit vielen Abschweifungen, die häufig Ansichten des Verf. in breiter, nicht immer origineller Form wiedergeben, bisweilen auch aus etwas selbstgefälligen Lob- und Verteidigungsreden bestehen, angefüllt, so daß die Lektüre nicht eben überall leicht ist. Entschuldigend mag für den Autor allerdings ins Gewicht fallen, daß sein Bild in der zeitgenössischen Literatur insbesondere seiner sozialdemokratischen Gegner arg verzerrt worden ist und ihm deshalb daran liegen muß, es in den Augen der Nachwelt nach Möglichkeit zu korrigieren. Immerhin sind

einige seiner Angriffe auf niederländische Parteigegner zu scharf und heftig, auch zu ungenügend dokumentarisch belegt, als daß sie beim Leser nicht einen unangenehmen Nachgeschmack zurückließen. Im übrigen spricht aus diesem Memoirenband eine durch Leiden hart gewordene, auf wenige Ideen beschränkte, diese aber mit eiserner Konsequenz durchführende und ihnen zu Liebe jedes Ungemach auf sich nehmende Kampfesnatur. Ein Idealist, der, wenn auch nicht immer mit idealen Waffen, so doch für ein ideales Ziel ficht. Dabei ein Intransigenter mit demokratisch-puritanischem Zug, der als Temperenzler die biertrinkenden Deutschen verachtet (S. 322) und als Demokrat von altem Schrot und Korn nach Art der Tendenz der Vorstenschool seines Landsmannes Multatuli sich nicht scheut, als er als Deputierter eine Einladung zum Prunkmahl ins Königsschloß erhält, mit der Miene des Marquis Posa sich hinzusetzen und einen langen Absagebrief zu schreiben, in welchem er Ihrer Majestät begreiflich zu machen versucht, daß es unsittlich sei, Prunkessen zu veranstalten, solange weite Schichten draußen im Lande am Nötigsten Mangel litten (S. 250). Es liegt ein apostelhafter Zug im Wesen dieses Mannes, der, durch seine Abkunft aus der hohen Intelligenz seines Vaterlandes und durch seinen geistlichen Beruf gefördert, häufig die Formen der Unduldsamkeit und instinktiven Herrschsucht annimmt, die in vollstem Gegensatz zu den Theorien auftritt und aus der Tiefe der Überzeugung von der Richtigkeit der eigenen Meinung selbst entspringt. Jedenfalls ist D. N. aber das, was man „einen ganzen Mann“ nennt, imposant durch die Starrheit und Festigkeit seines Willens und die Energie und Leidenschaftlichkeit seines Gefühls und mit allen seinen Ecken und Kanten, ja, seinen häufigen Entgleisungen ein innerlich guter Mensch, mißtrauisch von Natur und Erfahrung, zum Stoß bereit, aber auch bereit zu lieben, was er als liebenswert erkannte. Daß das im letzen Grunde vielleicht mehr die Ideen als die Menschen sind, wer will das einem alten Kämpen verargen?

Turin. Robert Michels.

Olav Kringen, De förste Socialister i Norge (Die ersten Sozialisten in Norwegen). 136 S.; Det norske arbeiderpartis landsmöter (Die Parteitage der norweg. Arbeiterpartei). XI — 88 S. Kristiania 1910.

Eine entwicklungsgeschichtliche Darstellung der Arbeiterbewegung und des Sozialismus in Norwegen existiert bis jetzt nicht. Über die wenigen hierher gehörigen Arbeiten gibt die an erster Stelle genannte Schrift K.s, ehemals Redakteur des in Kristiania erscheinenden Tageblattes „Social-Demokraten“, die nötigen bibliographischen Aufschlüsse. Das Werkchen beschäftigt sich nur mit der Vorgeschichte der Bewegung: mit den kurzlebigen, von Marcus Thrane um 1850 gegründeten Arbeitervereinen, mit der philanthropischen Arbeiterpolitik der 60er Jahre, hauptsächlich aber mit der sozialistischen Agitation zu Beginn der 70er Jahre, die von einem dänischen Arbeiter, Jantzen, angefacht, eine Zeitlang großes Aufsehen erregte und zweifellos auch Wurzel in der hauptstädtischen Arbeiterschaft schlug, in den erbitterten politischen Kämpfen um 1884 jedoch vollständig dahinsiechte und zusammen-

brach. Eine wirkliche Arbeiterpartei mit sozialistischem Programm ist in Norwegen erst nach dieser Epoche ins Leben getreten.

Ihre Geschichte wird uns in der zweitangezeigten Schrift unmittelbar vorgeführt: in einer quellenmäßigen Zusammenstellung aller Beschlüsse und Resolutionen der Parteitage in den Jahren 1887—1909. Sie ist außerordentlich lehrreich. Die Anpassung des Sozialismus an die Verhältnisse eines Bauernvolkes, wie es das norwegische in der Hauptsache noch ist, war zum Teil mit großen Schwierigkeiten verbunden. Im Anfang schwankten denn auch die Parteitagsbeschlüsse ziemlich stark. Nach und nach aber ist die politische Richtung immer einheitlicher geworden. Leider hat es K. unterlassen, auch die Erörterungen, die den Parteitagsbeschlüssen vorangegangen sind, wiederzugeben. Durch eine Ergänzung in dieser Richtung hätte sein Buch sehr viel gewonnen. Aber auch so, wie es ist, wird es jedem unentbehrlich sein, der sich mit der Arbeiterbewegung in Norwegen befaßt.

Kristiania. Edw. Bull.

Anton Menger, Folkpolitik. Jämte en inledande Studie af Georg Schaumann. Stockholm, Noordiska Bokhandeln o. J. (1909). 12°. LXXXIX. — 118 S.

Mit Recht bezeichnet Donati (Il socialismo giuridico, Torino 1910) M. als den eigentlichen Schöpfer des „Juristensozialismus". Anderseits ist er aber auch — ebenso wie der ihm nahestehende Atlanticus — als wissenschaftlicher Sozialist anzusehen, da er unbedingt für die Übernahme der Produktionsmittel durch den Staat eintritt, obgleich er einige von allen Sozialisten angenommene politische Punkte (z. B. das Einkammersystem) nicht gutheißt. In so mancher Hinsicht wieder erscheint er als Utopist. So, wenn er meint: daß die Völker (!) sich zu keinem eingreifenden sozialen Experiment entschließen würden, wenn nicht erst eine von erfahrungsmäßigen Gesichtspunkten aus abgefaßte sozialistische Staatslehre vorläge. Das wieder hängt damit zusammen, daß er die materialistische Geschichtsauffassung als restlosen Erklärungsgrund der sozialen Entwicklung verwirft, wenngleich er doch auch zugibt, daß die Rechtsphilosophie der bürgerlichen und der besitzlosen Volksklassen sowie die Moral der verschiedenen „Stände" differenziert sind. Hier ist nicht der Ort für eine nähere Prüfung: ob und in welchem Maße ideologische Gründe den Lauf der menschlichen Entwicklung bestimmen. Offenbar aber wird, was auch Guizot schon erkannt hat, die Geschichte ein Resultat der Klassenkämpfe sein, und bei Massenerscheinungen entscheiden, von offenbaren kurzdauernden Gewaltstreichen abgesehen, bis jetzt wenigstens, zu 9/10 ökonomische Faktoren.

Wenn M., unter Ablehnung des Marxismus, als wichtigste Aufgabe der Rechtsphilosophie die juristische Bearbeitung des Sozialismus hinstellt, so haben offenbar gleiche Erwägungen Schaumann zu einer Übersetzung der „Volkspolitik" und dazu bestimmt, derselben eine Darstellung von M.s Ansichten vorauszuschicken.

Nach einigen biographischen Daten, die Carl Grünbergs Menger-Nekrolog (in Bettelheims „Biograph. Jahrbuch" XI) entnommen sind, und die

jedenfalls durch den Hinweis auf M.s rühmlichen Anteil an der Organisation der Wiener „Volktümlichen Universitätskurse“ hätten ergänzt werden sollen —, geht Sch. zur Besprechung von M.s Schriften über, wobei er sich meist rein referierend verhält und nur selten eine kritische Bemerkung macht. Und doch hätte er solche m. E. öfters mit großem Nutzen anbringen können. Auch sind sie, soweit sie formuliert erscheinen, nicht immer glücklich. So, wenn Sch. versichert, nicht begreifen zu können, wie einige Teile der Philosophie, z. B. die Erkenntnislehre, Psychologie u. a., von sozialistischem Gesichtspunkt erklärt werden sollen; oder wenn er findet, daß M. die Bedeutung der sozialen Rechtswissenschaft, d. h. den Einfluß der sozialistischen Ideen auf die Rechtsbildung, zu hoch einschätzt.

Dennoch spendet wohl Sch. MENGERS „Neuer Staatslehre“ allzuviel Lob, wenn er sie als das „in seiner Art bedeutendste Werk der letzten Jahrzehnte“ bezeichnet. Mit vollem Recht aber anerkennt er M.s umfassendes Wissen sowie seinen Scharfsinn und seine strenge Kritik. Die „Neue Sittenlehre“ findet er der „Staatslehre“, besonders in literarischer Beziehung, nicht gewachsen. Er hätte hinzufügen können, daß dieses von inneren Widersprüchen strotzende Werk überhaupt das schwächlichste aller Arbeiten M.s ist. — Nicht ohne Grund auch erklärt Sch. nicht fassen zu können, wie die Monarchie aufrecht zu erhalten sei, wenn sie sich nicht mehr auf das Heer stützen könne. Die gegenteilige Anschauung MENGERS erklärt sich eben aus dessen absolutem Mangel an historischem Sinn, wie er z. B. auch in der herzlich verkehrten Begründung zutage tritt, warum das Weströmische Reich nicht vom Sozialismus, sondern von der mittelalterlichen Rechtsordnung abgelöst worden ist.

Ein näheres Eingehen auf Sch.s Abhandlung würde jedoch zu weit führen. Im allgemeinen ist anzuerkennen, daß sie mit Sorgfalt abgefaßt ist, obgleich sich einige längst widerlegte Irrtümer (wie über die Filiation der MARXschen Mehrwertstheorie u. a.) in sie eingeschlichen haben. Ebenso verbietet es der Raum, gegen Sch.s Behauptung zu polemisieren: daß M.s Opposition gegen den — angeblich pessimistischen und des Idealismus baren — Marxismus als eine „Verjüngung“ des Sozialismus zu begrüßen sei.

In jedem Falle aber ist die gute und fließende Übersetzung der „Volkspolitik“, und daß Sch. es unternommen hat, das nordische Publikum mit M.s Ideengängen bekanntzumachen, dankbar anzuerkennen. Hoffentlich wird er hierdurch zur Verbreitung der sozialen Rechtswissenschaft unter den skandinavischen Juristen und hiermit, soweit dies überhaupt denkbar ist, zur Ausfüllung der Kluft beitragen zwischen der „rechtlosen Macht“ und dem „machtlosen Recht“.

Turku (Abo). N. R. AF URSIN.

FÖLDES, BÉLA, A socialismus. Budapest, Akademie der Wissenschaften 1910. 2 Bde. 8°. 300 und 519 S.

Eine zusammenfassende Geschichte der sozialistischen Theorien gibt es in solcher Vollständigkeit und in solchem Umfange selbst in der ausländischen Literatur nicht. Durch diese äußeren Eigenschaften — und gewiß auch durch

die unverkennbare gute Absicht des Verf., den Meistern des Sozialismus gerecht zu werden — haben sich manche verleiten lassen, das F.'sche Werk auch in nicht ungarischen Blättern und Zeitschriften als ein wissenschaftliches Ereignis zu feiern, ja sogar — so der Rezensent der Wiener „Neuen Freien Presse" — als „eine Tat des sittlichen Mutes". Wir müssen es uns versagen, auf diese Seite der Sache näher einzugehen. Es sollte als selbstverständlich gelten, daß ein wissenschaftlicher Arbeiter nicht in den üblichen wegwerfenden, herabsetzenden, gehässigen Ton verfällt, der die Schriften der publizistischen Gegner des Sozialismus in reichem Maße auszeichnet. Wenn der Verf. sich nicht scheut, einige — wir betonen: einige — Berührungspunkte seiner Weltanschauung mit einigen sozialistischen Theorien festzustellen, so tut er nur, was in Kultureuropa heute wenige Gebildete nicht tun; und wenn er sich leise und scheu zu einer Verwandtschaft bekennt, die in Ungarn gewiß nicht weniger für eine „arme Verwandtschaft" gilt als anderwärts in Europa, so muß man sagen, daß sich lange vor ihm auch in Ungarn viele gelehrte Männer weit entschiedener für diese Verwandtschaft eingesetzt haben, ohne dafür — oder vielleicht eben deshalb — für ihren „sittlichen Mut" gefeiert zu werden. Diesen Anderen aber ist nie — auch in den Zeiten nicht, da ungarische Universitätsprofessoren für ihre sozialistischen Überzeugungen drangsaliert oder gemaßregelt wurden — zur Erkenntnis gekommen, daß sie in F. einen Geisterververwandten besitzen. Diese Erkenntnis zu geben, dazu hätte sittlicher Mut gehört.

Soviel zur „sittlichen" Seite des Buches. Was die wissenschaftliche anbelangt, so soll gerne anerkannt werden, daß der Verf. ein sehr großes Material verarbeitet und kaum einen namhaften Theoretiker oder eine bedeutende Schule übergangen hat. Ob er den riesigen Stoff auch bewältigt hat? Die Frage muß verneint werden. Wie er im Vorwort bemerkt, war es sein Bestreben, die Schöpfer der Systeme möglichst selbst zu Worte kommen zu lassen. Wir können nicht sagen, daß die seitenlangen, mit mageren Bemerkungen des Verf. verflochtenen Zitate ein anschauliches, plastisches Bild der Gedankengänge geben würden. Selbst die Auswahl ist sehr oft keine gute, und man weiß zum Schluß nicht, was dem behandelten Autor, was dem Verf., was anderen Kritikern gehört. Namentlich bei der Darstellung der neueren Richtungen, wo er sich nicht auf ein bereits gesichtetes Material stützen konnte, erweist es sich, wie wenig selbständiges Urteil der Verf. besitzt. Ein Beispiel. Acht Seiten zählt das Kapitel über den Syndikalismus. Durch drei Seiten bekommen wir erst Zitate aus Sorel's „Réflexions sur la violence", um dann von F. zu hören, daß „die Welt, das Vaterland, der Himmel der Syndikalisten das Syndikat" sei, daß „deren Hauptwaffen der Generalstreik und die Sabotage" (!) seien, und daß „auf dem Altar des Syndikalismus die einzige Göttin die Gewalt" sei. Es folgt ein Zitat aus einem Aufsatz von Lagardelle in der „Revue des deux mondes" und dann die Behauptung, daß der Syndikalismus bloß in den drei Ländern Wurzel geschlagen habe, die ein „für Revolutionen geeignetes Gebiet (!) darstellen", nämlich Frankreich, Italien und Rußland. Wir müssen dem gegenüber gestehen, daß uns vom russischen Syndikalismus nicht viel bekannt ist,

dagegen um so mehr vom schwedischen, schweizerischen usw. und noch mehr vom amerikanischen (J. W. W.) und englischen (Tom Mann usw.). Sind auch das „revolutionäre Länder“? Wir bekommen dann zu hören, daß „der Syndikalismus in seelischem Taumel geboren wurde und verbreitet wird“, worauf eine Seite Zitate aus den „Sozialistischen Monatsheften“, Plechanoff, Bourdeau u. a. folgen. Zum Schluß das Endurteil des Verf. „Der Synd. ist, wie wir sehen (!), die Vergötterung der Gewalt... Er macht die Gewalt zur Grundlage der gesellschaftlichen Organisation“ (!). „Die heutige Gesellschaft durch kleine und große Mittel zu Tode zu ärgern (!), wäre das Mittel zur Abschaffung der heutigen Gesellschaft.“ Was die Einrichtung der neuen Gesellschaft betrifft, so wollen die Synd. nur soviel verraten, daß „die in den Syndikaten vereinigten (!) Produktionsorganisationen (!) vollständig (!) zur Verfügung (!) der Arbeiter zu stehn hätten.“ Und dieses System wollen sie „selbst (!) auf die staatlichen (!) Betriebe und die staatlichen Verwaltungszweige (!) ausdehnen“. Das hält Verfasser für unmöglich. Dagegen — und jetzt folgt das obligate Lob, das jeder Richtung gespendet wird — erweckt es reine „Sympathie“, daß „der Syndikalismus den dekadenten Parlamentarismus meidet und das Proletariat sich auf seine eigene moralische Basis (!) zurückzieht“.

Es gibt in der französischen Literatur keinen entschiedeneren Bekämpfer des Syndikalismus als Paul Leroy Beaulieu. Hätte der Verf. nur dessen Ausführungen zur Grundlage genommen, so hätte er ein klareres und weit richtigeres Bild von dieser Geistesrichtung gewonnen. Aber diese Unklarheit, Kritiklosigkeit und Kunstlosigkeit zieht sich durch das ganze zweibändige Werk, aus dem wir nur eine kleine Kostprobe geben konnten.

Budapest. Erwin Szabó.

Bibliographie.[1][2]

Gliederung. I. Allgemeine Darstellungen und Zeitschriften S. 527. II. Biographien, Memoiren, Darstellung einzelner Systeme und Schriften S. 529. III. Neuausgaben, Gesammelte Werke, Anthologien S. 533. IV. Die sozialistische und Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern. a. Darstellende Schriften S. 534. b. Materialien S. 536. V. Diverses S. 539. VI. Gewerkschaftsbewegung. a. Darstellende Schriften S. 540. b. Materialien S. 542. VII. Zur Genossenschaftsbewegung S. 545.

I.

† ANTONELLI, Etienne, La démocratie sociale devant les idées présentes Paris, Rivière & Co. 1911. 267 S.

* ARNIM H. v., Die politischen Theorien des Altertums. 6 Vorlesungen. Wien, Heller & Co. 1910. 148 S.

* AROLDI, L'essenza dell'anarchismo. Milano, Sonzogno 1910. 63 S.

† BARDOUX u. Andere, Le socialisme à l'étranger Préface de LEROY-BEAULIEU et conclusion de JEAN BOURDEAU. Paris, Alcan 1909. VII—420 S.

* BÄUMER, Gertr., Die soziale Idee in den Weltanschauungen des 19. Jahrhunderts. Heilbronn, Salzer 1910. 375 S.

† BERNSTEIN, Ed., Die Arbeiterbewegung („Die Gesellschaft". Bd. 35/36). Frankfurt a. M., Rütten u. Loening. 203 S.

BOURDEAU, J., Entre deux servitudes. Démocratie, Socialisme, Syndicalisme, Impéralisme. Les étapes de l' Internationale socialiste. Paris, Alcan 1910. 339 S.

BRODA, Rud. u. DEUTSCH, Jul., Das moderne Proletariat. Berlin, Reimer 1910. V-276 S.

† BOURGIN, Hub., Le socialisme et la concentration industrielle. Paris, Rivière & Co. 1911. 88 S.

* BROUILHET, L., Le conflit des doctrines dans l'économie politique. ebd., Alcan 1910.

† BRUNI, E., Socialismo e diritto privato Palermo, Sandron 1910.

† CATHREIN, Vict. S. J., Der Sozialismus. Eine Untersuchung s. Grundlagen u. seiner Durchführbarkeit. X. Aufl. Freiburg i. B. Herder 1910. 520 S.

COSENTINI, F., Il socialismo giuridico. Catania, Gianotta 1910. 136 S.

---

1) Die mit * versehenen Schriften sind in diesem Jahrgange besprochen, die mit † gekennzeichneten sind bei der Redaktion eingelaufen und werden im Laufe des nächsten Jahrganges zur Besprechung gelangen.

2) Aus den S. 528 angeführten Zeitschriften werden nur rein historische Artikel besonders angeführt.

CULLEN, Alex., Adventures in Socialism. London, Black 1910. 330 S.

DAMASCHKE, Ad., Geschichte d. Nationalökonomie. IV. Aufl. Jena, Fischer 1910. VIII-544 S.

DANNEBERG, Rob., Die Jugendbewegung der sozialistischen Internationale. Wien, Brand & Co. 1910. 76 S.

EISENHART, Hugo, Geschichte d. Nationalökonomie. III. Abdr. ebenda 1910. IX-278 S.

FEILBOGEN, S., L' évolution des idées économiques et sociales en France depuis 1870 (Rev. d'hist. des doctr. écon. et sociales 1910. S. 1—40, 47—72).

* FÖLDES, B., A, Socialismus. Budapest, Ung. Akad. d. Wissensch. 1910. 2 Bde. VII—300, 519 S.

FROHME, R., Die Arbeiterbewegung eine Kulturmacht. Vortrag. Berlin, Wilh. Witt 1910. 32 S.

FOUILLÉ, Alfr., Le socialisme et la sociologie réformiste. Paris, Alcan 1910. VIII—420 S.

† GUILLAUME, JAMES, L'Internationale. Documents et souvenirs 1864—1879. t. IV. Paris, Stock 1910. 336 S.

† HERVÉ, Gust., L' internationalisme. Paris, Giard & Briére 1910. 179 S.

† HILQUIT, M., Der Sozialismus, seine Theorie und seine Praxis. Deutsch von Ad. HEPNER. München, Reinhardt 1910. 287 S.

† Jahrbuch der Freien Generation für 1911. Paris, Verl. d. „Fr. Generat." 1910. 128 S.

JONES, H., The working faith of the social reformer and other essays. London 1910.

† KARMIN, O., Tableaux chronologiques pour servir à l' étude de l' histoire des systèmes économiques et socialistes 1500—1886. Paris, Rivière & Co. 1911. 40 S.

KAUFFMANN, R. V., What is socialism. New York, Moffat, Yard & Co. 1910. 264 S.

KAUTSKY, Karl, Die soziale Revolution. I. Sozialreform und soziale Revolution. II. Am Tage nach der sozialen Revolution. III. durchges. Aufl. Berlin, Buchhandlung Vorwärts 1910. 63 u. 48 S.

— Der Weg zur Macht. Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution. II. durchges. Aufl. ebd. 1910. 112 S,

KELLEY, EDM., Twentieth Century Socialism. London, Longmans 1910.

KEY, ELLEN, Individualism och Socialism. III. Aufl. Stockholm, Bonnier 1910. 64 S.

KORN, K., Die bürgerliche Jugendbewegung. Berlin, Buchhandl. Vorwärts 1910. 112 S.

* LAGARDELLE, HUB., Le socialisme ouvrier. Paris, Giard & Briére 1910. 424 S.

* LOUIS, PAUL, Le syndicalisme contre l' état. Paris, Alcan 1910. 276 S.

* LUZZATTO, ELIS., Sozialist. Bewegungen u. Systeme bis z. Jahre 1848. Wien, Brand & Co. 1910. VIII-441 S.

MAYER, GUST., Soziale Bewegungen u. Theorien bis z. modern. Arbeiterbewegung. IV. Aufl. (Aus „Natur u. Geisteswelt". 2). Leipzig, Teubner 1910. 157 S.

† MITSCHERLICH, Wald., Der wirtschaftliche Fortschritt. Sein Verlauf und Wesen. Leipzig, Hirschfeld 1910. 262 S.

† MICHELS, ROB., Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. (Philos.-soziolog. Bücherei. XXI). Leipzig, Klinkhardt 1910. 401 S.

† MILHAUD, ALB., La lutte des classes à travers l' histoire et la politique.

Paris, Librairie scientif. et phil. 1910. 228 S.

Neurath, A. u. O., Lesebuch d. Volkswirtschaftslehre. 2 Bde. Leipzig, Klinkhardt 1910. VII-231, 287 S.

Niedzwiedzuiski, Ign., Socializm, jego rozwoj i zasady (Der Sozialism., seine Entwicklung u. Grundlage). Posen 1911.

Noël, Conr., Socialism in church history. London, Palmer 1910. 284 S.

Novicov, J., La critique du darwinisme social. Paris, Alcan 1910. 407 S.

Panunzio, Serg., La persistenza del diritto. Critiche e polemiche socialiste. Nr. 3. Pescara, Casa Editrice Abbruzzese 1910. 283 S.

Parvus, Der Klassenkampf des Proletariats. Heft V. Die Arbeiterschaft und das Unternehmertum. Tatsachen u. Zahlen zum proletarisch. Klassenkampf. Berlin, Buchhandl. Vorwärts 1910. 40 S.

Peabody, F. G., The approach to the social question. London 1910.

Philippovich, E. v., Die Entwicklung d. wirtschaftspolit. Ideen im 19. Jahrh. 6 Vorträge. Tübingen, Mohr 1910. VIII—144 S.

† Pohle, Ludw., Der Unternehmerstand. Leipzig, Teubner 1910. 57 S.

† Ravesteijn jr., W. van, De Stand der Socialdemocratie in verschillende Landen. (Nr. 2: Kleine Bibliothek voor Arbeiders). Rotterdam, H. A. Wakker & Co. 1910. 65 S.

† Rignano, E., Le socialisme. („Scientia" 1910. Nr. XVI S. 202—226.

Salucci, A., Il crepusculo del socialismo. Genova 1910.

† Schapire-Neurath, Anna, Abriß ein. Geschichte d. Frauenbewegung. („Kultur u. Fortschritt" Nr. 254-56, 276-78). Gautsch b. Leipzig, Jul. Dietrich 1909.

Solari, Gioele, L' idea individuale e l' idea sociale nel diritto privato. I. Torino. Bocca 1910. XIX—343 S.

Sombart, W., Socialism and the social movement. Transl. with notes by Epstein. London, J. Dent u. Sons 1910.

† Waha, Raym. de, Die Nationalökonomie in Frankreich. Stuttgart, Enke 1910. XIX—540 S.

Wallas, Grh., The beginning of modern socialism. (Sociolog. Review 1910/I).

Weber, Ad., Der Kampf zwischen Kapital u. Arbeit Tübingen, Mohr 1910. 580 S.

Wieser, Frdr. Frh. v., Recht u. Macht. Leipzig, Duncker u. Humblot 1910. 154 S.

* * *

Zeitschriften.

Correspondenzblatt der Generalkommission d. Gewerkschaften Deutschlands. Berlin.

Der freie Arbeiter. Berlin.

Die Gewerkschaft. Berlin.

Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz. Bern.

Der Kampf, Sozialdemokrat. Wochenschrift. Wien.

Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Stuttgart.

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt Berlin.

Soziale Rundschau. Hrsg. vom k. k. Arbeitsstastist. Amte. Wien.

American Federationist. Washington.

The board of trade labour gazette. London.

The General Federation of Trade Unions. London.

International Socialist Review. New-York.

Social Democratic Review. London.
Socialist Review. London.
Bulletin de l' office du Travail. Paris.
Le mouvement socialiste. Paris.
Le musée social. Paris.
La révolution de 1848. Paris.
La revue socialiste, syndicaliste et coopérative. Paris.
Revue d' histoire des doctrines économiques et sociales Paris.
Bolletino dell' ufficio del lavoro. Roma.
Critica sociale. Milano.
Il divenire sociale. Roma.*)
Pagine Libere. Lugano.
Akademie, Revue socialisticka. Prag.

II.

ADLER, MAX, Zu Saint-Simons 150. Geburtstag. (Der Kampf 1910. S. 54-62.)
ADLER, VICTOR, Bebel und die Sozialdemokratie in Österreich. (Ebd. S. 193-94).
† ANDLER, CHARLES, Les origines du socialisme d' état en Allemagner IIe édit. augm. d' une préface et d' un appendice bibliographique. Paris, Alcan 1910. VII—505 S.
ANTONELLI, ETIENNE, LEON Walras (Rev. d' hist. des doctr. écon. et sociales 1910. S. 169-90).
BAB, JULIUS, Bernhard Shaw. Berlin, S. Fischer 1910. 453 S.
BACHEM, J., Ferdinand Lassalle (Staatslexikon. III. S. 738—745).
BARRY, W., Disraeli, Lord Beaconsfild. (Dubl. Review 1911/I S. 1—23).
BEBEL, AUG., Aus meinem Leben. Stuttgart, Dietz 1910. VIII—221 S.
BEER, M., Thompson und Marx. (Die Neue Zeit 29/I. S. 314—321.
— Robert Wallace, ein Utopist d. 18. Jahrhunderts (ebd. S. 627/31).

*) Hat Ende 1910 sein Erscheinen eingestellt.

BERNSTEIN, ED., Ein Staatsmann der deutsch. Sozialdemokratie. (März 1910/II. S. 121—133).
— Karl Marx u. Mich. Bakunin (Arch. f. Sozialw. u. Sozialp. XXX S. 1/29).
— Marie Mendelson-Jankovska. (Soz. Monatsh. 1910/I S. 233—239).
† BERTHOUD, Aimé, P.-J. Proudhon et la propriètè. Un socialisme pour les paysans. Paris, Giard & Brière 1911. 231 S.
† BERTRAND, LOUIS, César de Paepe. Sa vie son oeuvre. Bruxelles, Agence Déchenne 1909. 232 S.
* BIERMANN, W. ED., Karl Georg Winkelblech (Karl Marlo). Sein Leben und sein Werk. Bd. I—II, Leipzig, Deichert 1909. XIV—387 u. VI -511 S.
BLAHA, ARNOST., Les theories philosoph. et sociologiques de Masaryk (Revue de sociologie 1910/V S. 313 -323).
BOUGLÉ, C., La méthode de Proudhon dans ses premiers mémoires sur la propriété (Rev. d' écon. polit. 1910 S. 712—731).
— Proudhon Sociologue. (Revue de métaph. et morale. 1910/IX).
BUSTICO, GUIDO, Il concetto di progresso nella storia di Carlo Marx. (Pagine Libere 1910/I. S. 161—175.
† CAILLAUD, EUGÈNE, Les idées économiques de Condorcet. Poitiers, Imprim. Boussez, 1908. 189 S.
† CARLO, EUGENIO di, Per la filosofia della storia di Ferdinando Lassalle. Palermo, Ant. Trimarchi 1911. 32 S.
† CASTELLA, G. Buchez. 1796—1865. Paris, Bloud u. Co. 1910. 60 S.
† CHARASOFF, Georg, Das System des Marxismus. Darstellung u. Kritik. Berlin, Bondy 1910. 347 S.
† — Karl Marx über die menschl. u. kapitalist. Wirtschaft. Ebd. 1909. 105 S.

CICOTTI, ETTORE, Intorno alla interpretazione materialistica della storia. (Revista ital. di Sociolog. XIV).

CLÉMENT, H., Proudhon et ses doctrines sur la propriété. (La réforme sociale 1910/XI. S. 565—583).

CLOUARD, HENRI, La pensée polit. et sociale de Balzac. (Revue crit. des idées. 1910/XI S. 385—398).

COLLARD, PIERRE, Victor Considérant (1808—1893). Sa vie, ses idées. Dijon, Marchal 1910. XIX—298.

CRÉMIEUX, FERN. M., Göthe et le socialisme (La Rev. socialiste. 1910/I. 446—455, 441—458).

† DAMASCHKE, Adolf, Die Bodenreform. Grundsätzliches u. Geschichtliches z. Erkenntnis u. Überwindung der sozialen Not. V. durchges. Aufl. Jena, Fischer 1911. 360 S.

† DROUET d'Aubigny P., La doctrine économiques de Boësnier de l'Orme. Poitiers 1908. 200 S.

DUBOURG, C., Histoire de Ferrer. Tours, Imprim. Coopérative 1910. 12 S.

† FABIAN-SAGAL EUGENIE, Alb. Schäffle und seine theoretisch-nationalökonomischen Lehren. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht 1910. 175 S.

† FLÜRSCHEIM, M., Not aus Überfluß. Beitrag z. Geschichte d. Volkswirtschaft, insbes. der Bodenreform. Leipzig, Exzelsior-Verl. 1910. 329 S.

FORSCHNER, KARL, Wilh. Eman. Frh. v. Ketteler, Bischof v. Mainz. Mainz, Buchheim u. Co. 1911. 133 S.

GÈLINAUD, LÉONIN, Les doctrines socia les et polit. de Mably. Rochefort, Imprim. Colbert. 1910. 138 S.

GINA, MICHELE, Studî su Proudhon. Proudhon e la democrazia; P. e il communismo. (Pagine libere 1910/I. S. 689—702; 1910/II. S. 180—193).

GOLDSTEIN, J., Henri Bergson und die Sozialwissenschaft (Arch. f. Sozialwissensch. u. Sozialp. XXXI S. 1—22).

GRIGOROVICI, TATJ., Die Wertlehre bei Marx und Lassalle. Wien, Ig. Brand u. Co. 1910. 96 S.

* GRÜNFELD, Ernst, Lorenz v. Stein und die Gesellschaftslehre. Jena, Fischer 1910. IX—257 S.

GUY-GRAND, G., Nietzsche et Proudhon. (La grande revue 1910/I. S. 146/61).

† GUYOT, Ed., L' idée socialiste chez Will. Morris. Paris, Rousseau 1909. 131 S.

HAECKER, EMIL, Boleslaus Limanowski (D. Kampf 1910. S. 62—67).

HAFFNER, P., Wilh. Eman. Frh. v. Ketteler (Staatslexikon III, S. 92/99).

HAGEN, Hans, Anatole France als Sozialist. (Sozialist. Monatshefte 1910/II. S. 1101—1104).

HAMMACHER, Em., Die staatsbürgerliche. Bedeutung von Karl Rodbertu (D. Tat 1910/V. S. 257—264.)

HAMON, AUGUSTIN, La métaphysique, et la philosophie dans le théatre de Bernard. Shaw. (La revue socialiste 1911/I S. 28—29).

HOLLANDER, Jac. H., David Ricardo. A centeary estimate. (Johns Hopkins University Studies XXVIII/4) Baltimore 1910. 137 S.

HURWICZ, C., Der Marxismus in Rußland. (Arch. f. Rechts. und Wirtschaftsphilos. 1910. S. 112—117).

JÄGER, G., Sinn und Wert d. Marxismus. (Jahrb. f. Gesetzgbg., Volksw. u. Verwaltg. 1910/III).

JAURÈS, JEAN, Tolstoi (La Revue socialiste 1911/I. S. 193—209).

JOSEPH, H. W. B., Karl Marx theory of value. (Econ. Review. 1910/I).

ISSAJEFF, A. A., Tolstoi als Denker. St. Petersburg, Zinserling 1911. VI—249 S. (russ.)

KARMIN, OTTO, Sylvain Maréchal. (S. A. aus Rev. hist. de la Révol. franç.) Paris 1910.

KNORTZ, B., Robert Owen und seine

Weltverbesserungsversuche. Leipz., Eduard Donner 1910. 45 S.

Koeppe, H., Reichszuwachssteuer und neuere Bodenreform. (Jahrb. f. Nat. u. Statist. Bd. 96 S. 75—122).

Kowalewski, M., Erinnerungen a. Karl Marx. (Zukunft 1910/III. S. 80/88).

Krawtschenko, J. A. Blanqué, der erste Verkünder des internationalen Arbeiterschutzes. (Jahrb. f. Nat. u. Stat. 1910/III. S. 180—190).

Kudrin, H. E., Peter Lawrow als Mensch und Denker. (Russk. Bog. 1910 S. 220—256). (russ.).

Kvačala, J., Thomas Campanella, ein Reformer der ausgehenden Renaissance. Berlin, Trowitzsch u. Sohn 1909. XVI—154 S.

Kulemann, W., Politische Erinnerungen. Ein Beitrag zur neueren Zeitgeschichte. Berlin, Curtius 1910. 250 S.

Kuyper, R., De marxistische Verklarung der Ideologien. Rotterdam, Wakker u. Co. 1910. 27 S.

† Labriola, A., Karl Marx, l' économiste, le socialiste. Préface de G. Sorel. Paris, Marcel Rivière & Co. 1910. 263 S.

Lacombe, E., Le Play et sa méthode. (Rev. cath. des instit. 1910/XII. S. 545—554).

Lebey, A., Blanqui et Raspail à Dullens 1849. (La Révolut. de 1848. 1910. S. 181—195).

Loria, Ach., Un intellettuale italotedesco Roberto Michels (Nuova antologia 1910/XI. S. 133—137).

Mackay, J. H., Max Stirner. Sein Leben und sein Wirken. II. verm. Aufl. Berlin, Zack 1910. XIX—298 S.

Mathiez, A., Baboeuf et Robert Owen comparés et défendus par Buonarotti (La Révolut. de 1848. 1910. S. 233—239).

Mayer-Moreau, Karl, Hegels Sozialphilosophie. Tübingen, Mohr 1910. 83 S.

Mehring, Frz., Splitter z. Biographie von Karl Marx (D. Neue Zeit 29/I. S. 4—10).

— Eduard Vaillant (ebd. S. 537—541).

Melville, L., Benjamin Disraeli, Earl of Beaconsfield. (Fortnightly Rev. 1910/XII. S. 1015—1026).

Menzel, Ad., Protagoras, der älteste Theoretiker der Demokratie. (Zeitschrift f. Polit. 1910 S. 205—238).

* Michels, Roberto, Storia del marxismo in Italia. Roma, Mongini 1910. 178 S.

* Niehuus, Heinr., Geschichte der englischen Bodenreformtheorien. Leipzig, Hirschfeld 1910. 224 S.

* Nieuvenhuis, F. D., Van Christen tot Anarchist. Amsterdam 1910. 600 S.

— Robert Owen éducateur. (Société nouvelle 1910/IV S. 507).

Nötzel, B., Tolstoi als Mensch u. Denker. (März 1911/I. S. 65—72, 158 bis 165).

† Oppenheimer, Frz., David Ricardos Grundrententheorie. Berlin, Reimer 1909. 255 S.

Perrillaud, Ed., La liberté économique dans Quesnay. Poitiers, Imprim. M. Bousrez 1910. 123 S.

† Picard, Roger, La philosophie sociale de Renouvier. Paris, Marcel Rivière 1908. 344 S.

† Pirou, Gaëtan, Proudhonisme et syndicalisme révolutionnaire. Paris, Rousseau 1910. XX—422 S.

Plechanow, G., Die Grundprobleme des Marxismus. Übers. von M. Nachimson. Stuttgart, Dietz 1910. 112 S.

Plenge, Joh., Marx und Hegel. Tübingen, Laupp 1911. 184 S.

Ramus, Pierre, Francisco Ferrer 1859.

bis 1909. Sein Leben u. sein Werk. Klosterneuburg, Rud. Großmann 1910. IV—116 S.

† Ramus, Edw. Carpenter. Ein Sänger der Freiheit und des Volks. Brüssel, W. Schauteten 1910. 21 S.

Rappaport, Ch., L. N. Tolstoi als Philosoph und Moralist des Jenseits (Neue Zeit 1911/I. S. 385—395, 429 bis 434, 476—482.

— P.-J. Proudhon et le socialisme scientifique. Paris, Edit. de la Revue Socialisme 1910. 48 S.

Renard, G., Léon Walras (La Revue socialiste 1910/I).

† Reverdy, Antony, Morelly. Idées philosophiques, économiques et politiques. Poitiers, Imprim. Bousrez 1909. 106 S.

Rjasanoff, N., Marx als Verläumder (D. Neue Zeit 19/I. S. 278).

Robiquet, P., Buonarotti et la conspiration des égaux, d'après des documents inédits. Paris, Hachette 1910. VI—330 S.

Roch, W., Robert Owen. (Socialist. Review 1910/VII. S. 335—340).

Roland-Holst, Henriette, Josef Dietzgens Philosophie. München, Verl. d. Dietzgenschen Philosophie 1910. 91 S.

Rosenthal, Ed., Ernst Abbe und seine Auffassung von Staat und Recht. Jena, Fischer 1910. 32 S.

Salt, H S., A Poet of socialism: Francis Adams. (Human. Review 1910).

Salz, A., Bernard Bolzanos Utopie „Vom besten Staat". (Arch. für Sozialw. u. Sozialp. XXXI. S. 489 bis 519).

Scalva, C., La philosophie de Karl Marx (Revue néo-scolastique 1910/II).

Schippel, M., Paul Singer. (Sozialist. Monatshefte 1911/III. S. 159—162).

Schmidt, Conrad, Positive Kritik des Marxschen Wertgesetzes (Sozialist. Monatsh. 1911/II. S. 604—618).

Schultze-Gävernitz, G. v., Nochmals „Marx oder Kant?" (Arch. f. Sozialw. u. Sozialp. XXX. S. 515 bis 531, 825—847.

Schumpeter, J., Léon Walras (Zeitschrift f. Volksw., Sozialpol. und Verwaltg. 1910).

Seligmann, E. R. H., L'interprétation économique de l'histoire. Préface de G. Sorel. Paris, Marcel Rivière u. Co. 1911.

† Simkhovitch, V. G., Marxism versus socialism (Polit. Science Quart. 1909/XII).

Skerlitsch, Jovan, Svetozar Markovitsch. Belgrad 1910. 272 S. (serb.).

Somlo F., Urwirtschaft und marxist. Orthodoxie (Arch. f. Rechts- u. Wirtsch. Philosophie 1910/III).

Spargo, John, Karl Marx. His life and work. New York, B. W. Huebsch 1910. 360 S.

— The influence of Karl Marx on contemporary socialism. (Amer. Journ. of Sociology. 1910. XVI. S. 1—20.)

Tancredi, Libero, Studî su Max Stirner. (Pagine libere 1911/I. S. 313—320, 359—368).

Taylor, G. R. S., Leaders of Socialism. New York, Duffield 1910. 125 S.

Thureau-Dangin, P., Un successeur de Manning. Le cardinal Vaughan (Le correspondant 1910/XII S. 865 bis 888).

Untermann, L., Die logischen Mängel des engeren Marxismus. München, Verl. d. Dietzgenschen Philosophie 1910. 753 S.

Vorländer, Karl, Kant und Marx. Ein Beitrag z. Philosophie d. Sozialismus. Tübingen, Mohr 1910. 296 S.

Walter, F., Karl Marx. (Staatslexikon III. 1016—1023).

WARD, W., Cardinal Vaughan (Dubl. Review 1910/III. S. 6—24).

† WEHBERG, A. Theodor Stamm und die Anfänge d. deutsch. Bodenreformbewegung. Bonn, Karl Georgi 1911. 65 S.

* WILSON, John J. P., The autobiography of Memories of a labour leader. London, F. Fisher Unwin 1910. 334 S.

† WEULERSSE, GEORGES, Le mouvement physiocratique en France de 1756 à 1770. 2. Bde. Paris, Alcan 1910.

Louis Blanc e il diritto al lavoro. (Civiltà cattolica 1910/VI S. 684/95).

* Joseph Dietzgen u. seine Philosophie. Eine krit. Würdigung. (Der freie Arbeiter 1910. Nr. 5/6, 9/11. 15/16).

* August Reinsdorf (ebd. Nr. 7).

III.

* BAKOUNINE MICHEL, Oeuvres. t. IV[e], Avec une préface, des avant propos et des notes par JAMES GUILLAUME, Paris, Stock 1910. XII—512 S.

BÜCHNER, GEORG, Gesammelte Schriften. 2 Bde. Berlin, Cassirer 1910. 254 u. 206 S.

* COEURDEROY, ERNEST, Oeuvres. t. I—III Jours d'exil 1849/55. Paris, Stock 1910/11. XXXIX—450, XXVI—432, XXXI—443.

† Collection des économistes et réformateurs sociaux de la France. Paris, Geuthner, seit 1910. t. 1. DUPONT DE NEMOURS, De l'origine et du progrès d'une science nouvelle. Avec notice et ind. analyt. par A. DUBOIS. IX—40 S. t. 2. Baudeau, Prémière introduction à la philosophie économique. Avec not. et ind. alphabet. par le même. XIV—VIII. 214 S. t. 3. LE MERCIER DE LA RIVIÈRE, L'ordre naturel et essentiel des sociétés politiques. Avec une notice par Edg. DEPITRE XXVII—VIII, 405 S. t. 4. MORELLY, Code de la nature ou le véritable esprit de ses loix. Avec not. et table analyt. par ED. DOLLÉANS. 119 S. t. 5. Cl.-J. HERBERT, Essai sur la police générale des grains, sur leurs prix et sur les effets de l'agriculture; et Supplément .. par J. G. MONTAUDOUN de la TOUCHE. Avec introd. et table analyt. par ED. DEPITRE. 165 S.

* ENSOR, R. C., Modern Socialism. As set forth by socialist in their speeches, writtings and programmes. Third edit. revis. et enlarg. London, Harpers & Brothers 1910.

HODGSKIN, THOMAS, Verteidigung der Arbeit gegen die Ansprüche des Kapitals. Aus d. Engl. von Frdr. RAFFEL. Mit ein. Einltg. von GEORG ADLER: Der engl. Sozialismus zu Anfang des 19. Jhrts. (Heft X der v. GEORG ADLER hersg. „Hauptwerke d. Sozialism. u. d. Sozialpolit."). Leipzig, Hirschfeld 1910. 76 S.

* LANGE, A. F., Die Arbeiterfrage. Ihre Bedeutung für Gegenwart und Zukunft. Neubearb. und hrsg. von A. GRABOWSKY. Leipzig, Alfred Kröner o. J. (1910).

* — F. A., Die Arbeiterfrage. Mit Einltg. u. Anmerk. hrsg. von Fr. MEHRING. („Sozialist. Neudrucke" Bd. IV). Berlin, Buchhandl. Vorwärts 1910.

* LASSALLE, FERD., Reden u. Schriften, Tagebuch, Seelenberichte. In Auswahl hrsg. nebst einer Darstellung seines Lebens und Wirkens von HANS FEIGL. Wien, Konegen 1911. 411 S.

† Marx, Karl, Theorien über d. Mehrwert. Aus d. nachgelass. Manuskript „Zur polit. Kritik d. polit. Ökon.“ Hrsg. v. Karl Kautsky. III. Bd. Von Ricardo zur Vulgärökonomie. Stuttgart, Dietz 1910. XIV—602 S.

Saint-Simon, Neues Christentum. Aus d. franz. übers. u. mit einer einleit. Abhdlg. über „Die Ursprünge der christlich-sozialen Ideen“ von Frdr. Muckle. (Heft I der „Hauptwerke d. Sozialism. u. d. Sozialpolit.“ N. F. hrsg. von K. Grünberg). Leipzig, Hirschfeld 1911. 85 S.

IV a.

Arcome de, S. T., Le mouvement de la classe ouvrière et la Socialdémocratie au Caucase. I. Préface de G. Plechanow. Genf. 151 S.

† Aron, Gust., Les grandes réformes du droit révolutionnaire. Paris, Larose Forcel 1910. 98 S.

† Bernstein, Ed., Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. III. T. 15 Jahre Berl. Arbeiterbewegung unt. d. gemein. Recht. Berlin, Buchhandl. Vorwärts 1910. VI—439 S.

Bouglé, C., L'alliance intellectuelle franco-allemande. 1844. (La grande Revue 1910/XIV. S. 657—688).

Chazelas, V., Un épisode de la lutte de classes à Limoges. (La Révolut. de 1848. 1910. S. 161—180, 240 bis 256, 326—349; 1911 S. 389—412).

Danneberg, Rob., Das sozialdemokr. Programm (in Österr.). Wien, Brand u. Co. 1910. 106 S.

Deutsch, Jul., Dokumente d. Schande. Beweise für d. Verrat der deutschnationalen Arbeiterpartei. Wien, Brand u. Co. 1910. 32 S.

† Dierlamm, Gotth., Die Flugschriftenliteratur der Chartistenbewegung und ihr Widerhall in der öffentl. Meinung. Leipzig, Deichertscher Verlag 1909. XV—105 S.

† Dobrogeanu-Gherer, C., Neojobagia (Neuhörigkeit). Bucarest, Socec u. Co. 1910. 495 S.

† Dolléans, Ed., La naissance du chartisme 1830/37. (Revue d'hist. des doctr. écon. et soc. 1909. S. 309—396).

† Eeavest, Lucile, A history of California labor legislation with an introductory sketch of the San Francisco labor movement. Berkeley, University Press 1910 (vol. 2 der University of California publications in economics). XIV—461 S).

Erkelenz, Ant., Die freiheitlich-nationale Arbeiterbewegung. München, Buchhandlung Nationalverein 1910. 139 S.

Ernst, Eug., Polizeispitzeleien und Ausnahmegesetze 1878 - 1910. Ein Beitrag zur Geschichte der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Mit Illustrationen. Berlin, Buchhandl. Vorwärts 1910. 160 S.

Essener, Der Meineidsprozeß gegen Schröder und Genossen im Wiederaufnahmeverfahren. Dortmund, M. König 1911. 64 S.

Finanzreform, Die, von 1909 und die Parteien des Reichstags. Hrsg. vom sozialdemok. Parteivorstand. Berlin, Buchhdlg. Vorwärts 1910. 411 S.

Fox, J., The Australian Labor Party, (Nat. Review 1910/VIII).

Hannich, Jos., Erinnerungen. Ein Beitrag zur Geschichte der österr. Arbeiterbewegung. Warnsdorf, Nordböhm. Volksstimme 1910. 96 S.

Hardie, J. K., The british Labor Party. (Int. Soc. Review 1910/XI).

† Hayem, Julien, Mémoires et documents pour servir à l'histoire du

commerce et de l'industrie. Avec préface de PAUL DELOMBRE. Paris, Hachette 1911. XII—253 S.:
Les grèves dans les temps modernes et particulièrement au 16e et 18e siècle. S. 73—82; La répression des grèves au 18e siècle. S. 93—136; Un règlement d'atelier en 1809. S. 137—148.

HILLQUIT, MORRIS, History of Socialism in the United States. 5. verm. Aufl. New York, Funk & Wagnalls Company 1910. 389 S.

House of Commons 1911: General Election, December 1910. London, The Times Office 1910. 144 S.

HYNDMAN, H. M., Revolutionary Socialdemocracy (Int. Soc. Review. 1910/VIII).

Jugendbewegung, Geschichte der christlichen. 2 Teile. Wien, Heinr. Hirsch 1910. 66 u. 51 S.

KAMPFFMEYER, PAUL, Geschichte der Gesellschaftsklassen in Deutschland. Berlin, Buchhandlung Vorwärts 1910. 230 S.

† KULCZYCKI, LUDW., Geschichte der russischen Revolution. Deutsch von A. SCHAPIRE-NEURATH. Bd. I. u. II. Gotha, Perthes 1910/11. 520, 535 S.

LABRIOLA, ART., Storia di dieci anni 1899/1909. Milano, Il Viandante 1910. 329 S.

†LANZILLO, A., Le mouvement ouvrier en Italie. Paris, Rivière & Co. 1910. 61 S.

LAUFENBERG, H., Hamburg und sein Proletariat im 18. Jahrhundert. Hamburg, Auer & Co., 1910. 125 S.

LUXEMBURG, ROSA, Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag am 17. April 1910, Frankfurt a. M., Buchhandlung Volksstimme. 16 S.

MAGDEBURGS, Von Fehden und Kämpfen. Bilder aus d. Geschichte d. Arbeiterbewegung, hsg. v. Parteitagskomitee. Magdeburg, Pfannkuch & Co. 1910. 101 S.

† MAHLER, R., Die Programme der politischen Parteien in Deutschland. II. Aufl. Leipz., O. Gracklauer 1911. 80 S.

MAN, HENDR. de, BRONCKÈRE LOUIS de, Die Arbeiterbewegung in Belgien. (Ergzgsheft 9 z. D. Neue Zeit) Stuttgart 1910. 72 S.

MARVAUD, A., La question sociale en Espagne. Par. 1910.

MEHRING, FR., Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters. Ein Leitfaden für Lehrende und Lernende. I. Teil. Berlin, Buchhandlung Vorwärts 1910. 123 S.

* MÉTIN, ALB., Le Socialisme sans doctrines, la question agraire et la question ouvrière en Australie et Nouvelle-Zélande. IIe éd., Paris, Alcan 1910. 300 S.

MILLS, W., The socialist movement in America. (Socialist. Review 1910/VI).

Moabit, Ein Bild polizeilicher Willkürherrschaft. Berlin, Buchhandlung Vorwärts 1910. 48 S.

PFLÜGER, P. u. HÜPPY, J., Handbuch des schweizerischen Gemeindesozialismus. Zürich, Grütliverein 1910. 267 S.

NEWLAND, Le Labour Party (Le Sillon. 1910/V).

Radbod, Stenograph. Protokoll d. Prozesses gegen die Bergarbeiter-Zeitung vor dem Landgericht Bochum 19.—29. X. 1910. Hsg. v. Verband der Bergarbeiter Deutschlands. 295 S.

† PICARD, ROG., Les cahiers de 1789 et les classes ouvrières. Paris, Rivière & Co. 1910. 276 S.

† QUARCK, MAX, Soziale Kämpfe in Frankfurt a. M. Frankfurt a. M., Buchhandl. Volksstimme 1911. 38 S.

† Rainoff, Witscho, Die Arbeiterbewegung in Bulgarien. 1909. 129 S. (Diss.)

Renaud, Georges, L'esprit de 1848. Paris, Bureaux de la Revue polit. et parlem. 1910. 20 S.

Robinson, R., The Labour Party and Classes politics (Socialist Review 1910/VI).

Schachner, Rob., Die soziale Frage in Australien u. Neuseeland. Jena, Fischer 1911.

† Schreyer, Jos., Beauftragter d. Deutschen sozialdem. Leseklubs in Paris zu den Vorarbeiten der Gründung der F(reien) O(rganis.), Erläuterungen zum provisorischen Statut der F. O. der im Auslande lebenden Sozialdemokraten deutscher Zunge. Paris, Deutsch. sozialdem. Leseklub 1910. 28 S.

† Tempel, Jan van den, De Nederlandsche Vakbeweging en haar Avekomst. Mit een Voorword van Henri Polak. (Soziale Bibliothek Nr. 12.) Rotterdam, Wakker & Co. 1910. 151 S.

Vialay, Am., Les Cahiers de Doléances du Tiers-État aux États-Généraux de 1789. Préface de René Stourm. Par. 1911.

* Villiers, Brougham, The socialist movement in England. London, T. Fisher Unwin 1910. XVI—340 S.

Volksentrechtung u. Polizeiwillkür. Die Wahlparole d. schwarzblauen Blocks. Reden d. Abg. David Frank, Scheidemann u. d. Reichskanzlers bei d. Etatsberatungen, 9.—14. XII. 1910. Berlin, Buchhandlg. Vorwärts 1910. 72 S.

Wahlrecht und Dreiklassenparlament, hsg. v. d. Landeskomission d. preuß. Sozialdemokratie. Berlin, Buchhandlung Vorwärts 1910. 111 S.

Wahlrechtsvorlage, Die, Verhandlungen des preuß. Abgeordnetenhauses, nach dem amtl. Stenogramm der Sitzungen v. 10.—12. II. 1910. Hsg. v. d. Landeskommission d. preuß. Sozialdemokratie. Berlin, Buchhandlung Vorwärts 1910. 187 S.

† Weill, Georges, Histoire du mouvement social en France. (1852—1910.) IIe édition refondue. Paris, Alcan 1911. 530 S.

† Wendel, Herm., Frankfurt a. Main von der großen Revolution bis zur Revolution von oben. 1798—1860. Frankf. a. M., Buchhandlg. Volksstimme 1910. 181 S.

— Hie Fleischwucher, hie Gottesgnadentum. II. Ausg. Frankf. a. M., Buchhdlg. Volksstimme 1911. 32 S.

Zivilliste, Die Erhöhung der, Reden d. sozialdem. Abg. Hoffmann u. Hirsch i. preuß. Abg.-Hause v. 7. u. 9. VI. 1910. Berlin, Buchhdlg. Vorwärts 1910. 32 S.

IVb.

Bericht des Agitationskomitees und Konferenzprotokoll der VIII. Konferenz d. Agitat.-Bezirkes Frankfurt a. M. vom 30. X. 1910. Frankf. a. M. Selbstverlag 1910. 52 S.

— des Landesvorstandes u. der Landtagsfraktion d. soz.-dem. Partei für d. Großherzogtum Hessen. 9. VII. 1909—1. VII. 1910. Buchdruckerei Offenbacher Abendblatt. 40 S.

— für den Intern. sozialist. Kongreß in Kopenhagen: Zur Lage u. zur Geschichte der holländ. Soz.-Dem. 1907—10. Verlag Parteivorstand d. D. A. P. in Holland. 24 S.

— über die Tätigkeit d. Agitationskomitees d. soz.-dem. Partei Leipzigs, 1909/10, nebst Bericht üb. d. Tät. d. Allgem. Arbeiterbildungs-Instituts für Leipzig. 1. VII. 1909—30. VI. 1910. Leipz. Selbstverlag 1910. 93 S.

Bericht üb. d. gemeinschaftl. Einrichtungen, von d. soz.-dem. Partei u. den Gewerkschaften in Leipzig 1910. Leipz. Verlag d. Agit.-Komit. d. soz. dem. Partei 1910. 31 S.
— Jugendbildungs-Bestrebungen in Leipzig. Stadt- u. Landbezirk 1908/09. Leipz. 1909. 40 S.
— üb. die Tätigkeit d. Allgem. Jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen u. Rußland („Bund") an d. Intern. Soz. Kongr. in Kopenhagen. Genf, Imprimérie israélite 1910. 44 S.
— des Sozialist. Frauenvereins von Groß-New York an d. Intern. Sozialist. Kongr. zu Kopenhagen 1910. 16 S.
— der deutsch. soz. dem. Arbeiterpartei in Österreich über die Parteiorganisation im Jahre 1909/10. Wien, „Vorwärts" 1910. 27 S.
— des Parteivorstandes u. d. soz. dem. Reichstagsfraktion an dem Magdeburger Parteitag 1910. Berlin, Buchhandlung Vorwärts 1910. 150 S.
— der Landesparteivertretung an die VIII. steiermärkische Landeskonferenz für die Zeit vom 1. VII. 1909—30. VI. 1910 üb. die Tätigkeit d. soz. dem. Partei in Steiermark. Graz, A. Lindner. 26 S.
— des Arbeitervereins „Kinderfreunde für Steiermark in Graz. 23. II. 1908—28. II. 1910. Graz, Selbstverlag 1910. 64 S.
— der Leitung d. soz. dem. Partei Ungarns üb. ihre Tätigkeit vom 16. III. 1909—15. III. 1910 (Beilage zur „Volksstimme" vom 18. III. 1910) Budapest. 62 S.
— derselben, 16. III. 1910—15. III. 1911 (ebenda v. 31. III. 1910). 63 S.
— des soz. dem. Vereins „Eintracht" Zürich. 1. I. 1909—30. VI. 1910. Zürich. Buchdruckerei „Volksrecht" 1910. 38 S.
Congrès, VIIe, national, tenu a Nîmes du 6 au 9 II. 1910. Compte rendu stenographique. Paris, Au siège du conseil national. 520 S.
— VIIe, national, tenu à Paris, les 15 et 16 VII. 1910. ebd. 211 S.
Jahresbericht, des Verbandes d. soz. dem. Wahlvereine für Berlin u. Umgegend. 1909/10 Berl., Paul Singer & Co. 196 S.
— des soz. dem. Vereins Bremen. 1. VII. 1909—30. VI. 1910. Selbstverl. d. Parteisekretariats. 39 S.
— der Landesorganisation d. soz. dem. Partei u. der drei soz. dem. Vereine in Hamburg 1909/10. Hamburg, F. Dubber 1910. 111 S.
— des soz. dem. Vereins Nürnberg-Altdorf 1. VII. 1908—30. VI. 1909. Nürnberg, Selbstverlag d. Parteisekretariats 1909. 48 S.
Landesparteitags, Protokoll über die Verhandlungen des, der deutschen Sozialdemokratie in Böhmen, abgeh. in Prag, 31. I.—1. II. 1909. Teplitz-Schönau, Verl. d. Landesparteivertretung 1909. 96 S.
— des VI., der deutschen Sozialdemokratie Mährens, abgehalt. in Brünn am 6., 7. u. 8. I. 1911. Brünn, Verl. d. Landesparteivertretung.
Landesversammlung, der sozialdem. Partei Elsaß-Lothringens, abgehalt. 16. u. 17. VI. 1910 zu Colmar. Straßburg, Straßburger Volksbuchdruckerei 1910. 22 S.
Landesversammlung, Prot. üb. d. Verhandlungen d. sozialdem. Partei Sachsens. Abgehalt. in Leipzig vom 4.—6. IX. 1910. Dresden, Kaden & Co. 191 S.
— Bericht d. Landesvorstandes, der Landtagsfraktion u. Protok. der, vom 8. u. 9. X. 1910 in Stuttgart. Stuttg., O. Wasner. 220 S.
Parteitage, Handbuch der sozi-

aldem., von 1863—1909. Bearb. von WILH. SCHRÖDER, München, Birk & Co. 1910. 591 S.

Parteitage, Sozialdemokrat., für die Rheinprovinz u. d. Niederrhein von 1889—1909, mit ein. Anhang: Statistisches von d. Landtagswahl 1908. Bezirk Niederrhein. Hrsg. v. Niederrhein. Agitationskomitee. Elberfeld, Molkenbuhr & Co. 1910. 76 S.

Parteitag, d. sozialdem. Partei d. Niederrheins, abgehalt. am 16. u. 17. X. 1910 zu Neuß. Elberfeld, Molkenbuhr & Co. 1910. 84 S.

Parteitags, Protokoll über d. Verhandlungen des X., der sozialdem. Partei Bayerns. Hsg. v. Landesvorstand. Nürnberg, Fränk. Verlagsanstalt. 1910.

Parteitag, der sozialdem. Partei Deutschlands, abgehalt. in Magdeburg vom 18. bis 24. IX. 1910. Berlin, Buchhandlung Vorwärts 1910. 507 S.

— ... der polnischen (Polska Partija Socjalistyczna, Sprawozda nie z drugiei konferencje partyjnej. Krakou, Centralnego Komiteta Robotniczego P. P. S. 1910. 82 S.

— ... der sozialdem. Partei Preußens, abgehalt. zu Berlin vom 3. bis 5. I. 1910. Berlin. 285 S.

— ... der schweizerischen sozialdem. Partei vom 23. u. 24. X. 1909. Zürich, Buchhandlung d. Grütlivereins 1910. 98 S.

— ... der tschecho-slavischen Partei (Protokol V ušeodborevého sjezdu českoslov. odborového sdruženi. 30 —31. I. 1910 na Smichove). Prag, Parteiverlag. 60 S.

— ...der ungarischen Partei (a magyarországi szocialdemokrata párt Budapesten, 1910, 27—30. III.). Budapest, Népszava. 197 S.

Protokoll über d. Verhandlungen d. Konferenz d. sozialdem. Stadtverordneten u. Gemeindevertreter Groß-Berlins, abgehalt. in Berlin am 15. I. 1911. Berlin, Buchhandlung Vorwärts 1911. 32 S.

Rapports et Compte-rendus du VIIIe Congrès international à Copenhague. 28. VIII.—3. IX. 1910:

Allemagne... du Comité central du Parti Socialdémocrate del', 66 S.

Autriche-Hongrie. L'Action parlementaire-Ouvrier du Parti Socialdémocratique Autriche 8 S.; Commission syndicale pour l'Autriche P. O. S. allemand d'Autr. 11 S.; ... P. O. S. tcheco-slave en Autriche. 9 S... La commission syndicale tschécosl. et le comité éxécutif du P. O. S. tchécosl. à Prague 34 S.... Parti Socialdémocrate hongrois. 55 S.; Der ungarländische Wahlkampf. Ein kurzes Antwortschreiben d. ungarländ. Parteileitung auf d. beleidigenden Veröffentlichungen einzelner deutscher Parteiorgane. 30 S.

Belge. Parti Ouvrier. 11 S.;

Bulgarie.. Parti Ouvrier Socialdémocrate Bulgare (Unifié) 16 S.; Parti Socialdémocrate de Bulgarie. 16 S.

Espagne.. Parti Socialiste Ouvrier Epagnol. 8 S.

Etats-Unis.. Socialist Labor Party d'Amérique. 14 S.; .. Parti Socialiste des Etats-Unis. 7 S.; La propagande du socialisno. Compte-rendu au Congrès nat. du P. S. le 15. V. 1910 par MORRIS HILQUIT. 12 S.; .. du Secretaire National au Congrès Nat., le 15. V. 1910. 14 S.

France.. Parti Socialiste. 11 S.

Grande-Bretagne.. Société Fabienne. 8 S.; Indep. Labor Party. 4 S.; Labour Party. 10 S.; Parti Socialdémocratique. 4 S.

Italie.. Parti Socialiste Italien. 6 S.
Norwège..Le mouvement politique; l'organisation syndicale. 17 S.
Pays-Bas.. Partiouvrier démocrate socialiste des.. 24 S.
Russie.. Parti Socialiste Révolutionnaire. 24 S.; Parti Socialiste-Démocrate Ouvrier de Russie. 140 S.;.. Socialdémocratie Lettone. 11 S.;.. Organisations socialistes polonaises. 10 S.;.. Parti Socialdémocrate de Finlande. 53 S.
Serbie. 7 S.
Suède.. Parti Ouvrier Soz. Dém. 32 S.
Turquie, Mouvement socialiste en, d'Europe. 8 S.
Report of the XVIII. annual conference London 1910 of the Independent Labour Party. London. 114 S.
Sozialistenkongreß, Internationaler, zu Kopenhagen. 28. VIII. —3. IX. 1910. Berlin, Buchhandlg. Vorwärts. 131 S.
Sozialdemokratisch. Verbands, die Tätigkeit, im Abgeordnetenhause. XVIII.—XX. Session. 17. VI. 1907 bis 31. III. 1911. 4 Hefte. Hrsg. im Auftrag des Klubs d. deutsch. Sozialdem. im Abgeordnetenhause. Wien, Jg. Brand & Co. 1909/11. 72, 32, 68, 56 S.
Tätigkeitsbericht, des soz. dem. Vereins für den Wahlkreis Frankfurt a. M. 1. VII. 1909—30. VII. 1910. Selbstverlag d. Parteisekretariats. 36 S.
— der soz. dem. Landesorganisation der Internationalen Arbeitervereine in der Schweiz. 1. I. 1909—30. VI. 1910. Bern, Unionsdruckerei 1911. 18 S.
— und Geschäftsbericht des soz. dem. Vereins Stuttgart 1909/10. Stuttg., Friedr. Westmeyer. 17 S.

V.

Arbeiter-Notizkalender, Österreichischer, für 1911. 16. Jahrgang. Mit der Abbildung des sozialdemokratischen Parteihauses in Wien. Wien, Ig. Brand & Co. 220 S.
† Atlas, Martin, Die Befreiung. Ein Zukunftsroman. 2 Bde. Berlin, Ferd. Dümler 1910. 475 S.
Eckardt, Siegfr., Warum ich kein Sozialdemokrat bin. III. Aufl. München, Birk & Co. 53 S.
† Héberlin-Darcy, E., Esquisse d'une société collective. Préface d'Anatole France. Paris, Marc. Rivière & Co. 1910.
Hillebrand, Osw., Unsere Gegner. Worte u. Taten der Deutsch-Radikalen, Christlich-Sozialen u. Deutschen Agrarier. Mai 1907—April 1911. Karlsbad, Volkswille 1911. 44 S.
† Joos, J., Krisis in der Sozialdemokratie. München-Gladbach, Volksvereinsverlag 1911. 125 S.
† Landauer, Gust., Aufruf zum Sozialismus. Ein Vortrag. Berlin, Verlag d. Sozialist. Bundes 1911. 164 S.
† Lohan, Max, Die sozialdemokratische Gefahr. Berlin, Otto Elsner 1910. 92 S.
† Neumann, Fritz Steph., Die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin u. Unternehmerin. Berlin, Otto Elsner 1909. 111 S.
† Wagner-Roemmich, Klaus, Jenseits von Demokratie u. Sozialismus. Betrachtungen u. Vorschläge üb. Kollektivwirtschaft, Parteibildung u. Wahlverfahren. Berlin 1910. 91 S.
Neupauer, Jos. Ritt. v., Der Kollektivismus u. die soziale Monarchie. Dresden, Richard Lincke 1909.
† Otto, Berthold, Der Zukunftsstaat als sozialistische Monarchie. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht 1910. 483 S.

†Pataud, E. et Pouget, E., Comment nous ferons la révolution. Paris, Taillandier 1909. 298 S.

†Perwolf, Eman., Erwerb u. Einkommen im Zukunftsstaat. Ein Mittelstandsprojekt. Wien, Konegen 1909. VI—150 S.

†Quantin, Alb., Histoire prochaine. Roman socialiste. Paris, Eugène Fasquelle 1910. 355 S.

Willmernst, Hans, Das Werk der Arbeiter. Sozialpolit. Roman. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger 1910.

VIa.

†Allmann, O., Geschichte der deutschen Bäcker- und Konditorbewegung. Hrsg. im Auftrage d. Vorstandes d. Verbandes der Bäcker usw. Hamburg, O. Allmann 1910. 2 Bde. 395, 512 S.

Bauer, Otto, Krieg oder Friede in den Gewerkschaften? Wien, Ig. Brand & Co. 1910. 20 S.

Braun, Adolf, Die Gewerkschaften. Wesen, Aufbau, Kampfmittel u. Ziele d. österr. u. deutschen Gewerkschaften. Wien, Rob. Danneberg 1910. 52 S.

* Delesalle, Paul, Les bourses du travail et la C. G. T. Paris, M. Rivière & Co. 64 S.

† Eliot, Charl. W., The future of Trade-Unionism and Capitalism in a Democracy. New York, G. T. Putnam's Sons 1910. 128 S.

Erdmann, Aug., Die Schwarzgelben. Eine Kritik d. christl. Gewerkschaften. Vortrag. Düsseldorf, Agit. Komiss. d. fr. Gewerksch. 1911. 32 S.

† Fournière, Eugène, L'unité coopérative. Paris, M. Rivière & Co. 1910. 80 S.

Gewerkschaftsbewegung, Die Maske herunter. Vergessene Kapitel zur Geschichte der österreich. Brüssel, Schouteten 1910. 42 S.

Goldschmidt, Karl, Ein Schulfall sozialdem. Verhetzung. Der Kampf um die Pensionskasse der Firma Th. Goldschmidt in Essen. Halle a. S., Wilh. Knapp 1910. 35 S.

† Granier, Jean, Les actions de travail. Préface de Ch. Gide. Paris, Larose & Forcel 1910. XVI—357 S.

* Grolig, Ant. und Weigl, Karl, Zwanzig Jahre Tapeziererorganisation 1890—1910. Verf. im Auftrage der Organisation. Wien, Brand & Co. 1910. 131 S.

* Heres, Gust. Ad., Souvenir an die 50jähr. Jubelfeier d. Wiener Vereins der Lithographen u. Steindrucker. (Österr. Senefelder-Bund, Ortsgruppe Wien I). Im Auftrag des Festkomitees verf. Wien, Selbstverlag d. Vereins 1910. 39 S.

Herrmann, Aug., Die Lage der Waldarbeiter in Elsaß-Lothringen. Zabern, A. Fuchs 1910. 185 S.

Hüffmeier, E., Festschrift z. 25 jähr. Bestehen d. Organisation d. Bauhilfsarbeiter in Hamburg u. Umgebung. Hamburg, Verlag d. Verbandes 1910. 62 S.

Hüppy, Joh., Geschichte des schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Zürich, Grütliverein 1910. 198 S.

Klassenbeiträge oder Einheitsbeitrag? Material z. Beitragsfrage i. Deutsch. Holzarbeiterverband. Berlin, Verbandverlag 1910. 52 S.

† Kloth, Em., Geschichte des Deutsch. Buchbinderverbandes u. seiner Vorläufer. Im Auftrag d. Verbandsvorstandes bearb. I. Bd. Berlin, Verlag d. Verbandes 1910. XI — 246 S.

Knappschafts-Reformen, Die Kämpfe um, im Allgem. Knappschaftsverein. Hrsg. v. Vorstand d.

Bergarbeiter Deutschlds. Bochum 1910. 160 S.

Knappschafts-Wahlkämpfe, Die, und deren Ergebnisse in Rheinland-Westfalen u. in Niederschlesien i. J. 1910. Bochum, Druck von Hausmann & Co. 1910. 128 S.

Krüger, E., Die wirtschaftliche und soziale Lage der Privatangestellten. I. Jena, Fischer 1910. 229 S.

Larson, Ivar O., Om de „Syndikalistiska" Arbetare Rörlsen, Särskildt i Frankrike. Föredrag. Stockholm, Vict. Petersons Bokindustri 1910. 57 S.

Legien, Karl, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, Berlin, Verlag d. Sozialist. Monatshefte 1910. 28 S.

Lorenz, Jac., Die wirtschaftlichen u. sozialen Verhältnisse i. d. schweiz. Heimarbeit. 2 Hefte. Zürich, Grütlibuchhandlung 1910. 293 S.

*Louis, Paul, Le Syndicalisme contre l'Etat. Paris, Alcan 1910. 276 S.

Lupus, Aus einer christlichen Gewerkschaft. II. Aufl. Hamborn, Johs. Wolf. 87 S.

Mehlich, Ernst, Kleiner Leitfaden für Arbeiterbibliotheken. Leipzig 1910. 64 S.

* Pawlowski, Aug., La confédération générale du travail. Paris, Alcan 1910. 155 S.

Pfeifen- u. Zigarettenspitzen-Drechsler, Von der Lage der. Breslau, Holzarbeiterverband 1910. 12 S.

Popp, Adelh., Die Arbeiterin im Kampf ums Dasein. II. Aufl., Wien, Brand & Co. 1910. 32 S.

† Pouget, Emile, Le Sabotage. Paris, M. Rivière & Co. 68 S.

Ramus, Pierre, Generalstrike u. direkte Aktion im proletarischen Klassenkampfe. Berlin, Fritz Kater 1910. 63 S.

Sassenbach, Joh., Verzeichnis der in deutscher Sprache vorhandenen gewerkschaftlichen Litteratur. IV. Aufl. Berlin, Verlag d. Generalcommission 1910. 213 S.

Schildbach, Bernh., Verfassung und Verwaltung der freien Gewerkschaften in Deutschland. Leipzig, A. Deichert 1910. 80 S.

Setzer, Jos., Der Arbeiterverrat beim Oberbayer. Bergarbeiterstreik 1910. Mit Nachw. v. H. Husemann, München, E. Auer 1910. 32 S.

* Schlüter, Herm., Brauindustrie u. Brauarbeiter-Bewegung in Amerika. Cincinnati, Intern. Verbd. d. Ver. Brauarbt. v. Amer. 1910. 327 S.

Sisyphusarbeit oder positive Erfolge? Beiträge zur Wertschätzung der Tätigkeit der deutsch. Gewerkschaften. Berlin, Verlag d. Generalkommission 1910. 112 S.

* Spedden, Ern. R., The Trade Union Label (Johns Hopkins University Studies in hist. and polit. Science Ser. XXVIII. Nr. 3). Baltimore 1910. 180 S.

Szindikalizmus, A. Budapest 1910. 15 S.

Vertretung, die, der Parteien im Reichstag 1871 bis 1910. In graphischer Darstellung. Hrsg. v. Zentralbureau der Nationalliberalen Partei in Berlin. Berlin 1910.

Volksbildungsvereines, Gedenkblatt z. 20jähr. Jubiläum des Meidlinger. Wien, Sozialdem. Wahlverein, Meidling 1910. 8 S.

* (Wasner, Ludw.), Zwanzig Jahre Organisation der Gießereiarbeiter Österreichs 1890—1910. Wien, Verlag d. Zentralverein. d. Gießereiarbeiter 1910. 236 S.

Was wir wollen! Lehrplan der Sonntagsschule des Sozialdemokra-

tischen Schulvereins Zürich, Selbstverlag 1910. 31 S.

* WIDHOLZ, L., Denkschrift anläßlich d. 25jähr. Bestandes d. freien Organisation d. Tischler in Wien. Verf. im Auftrag d. Gehilfenausschusses d. Tischler. Wien 1910. 79 S.

WINDOLPH, J., Das Christentum der christlichen Gewerkschaften. Materialien zur Beurteilung des Gewerkschaftsstreites unter den deutschen Katholiken. Berlin, Kommissionsverlag des „Arbeiter" 1910. 187 S.

† ZÖRER, R., Zwanzig Jahre „Freie Typographia" 1890—1910; Tätigkeitsbericht des Gesangvereines Fr. Typ. Mit Vorwort von KARL HÖGER. Wien, Verlag des Vereins 1910. 132 S.

VI b.

Almanach des Deutschen Holzarbeiterverbandes für das Jahr 1911. Im Auftrag d. Verbandsvorstands hrsg. v. TH. LEIPART. Berlin, Verbandsverlag. 179 S.

Arbeitersekretariat, Augsburg und die Augsburger Gewerkschaften im Jahre 1909. IV. Jahresbericht. Verlag des Gewerkschaftsvereins. 72 S.

— Bremen. X. Jahresbericht 1909, nebst Berichten über Stand, Leistungen und wirtschaftliche Kämpfe der Gewerkschaften, des Gewerkschaftskartells, den Bildungsausschuß, das Gewerbegericht. Selbstverlag. 80 S.

— und Gewerkschaftskartell für Bremerhaven und Umgegend. Geschäftsberichte für das Jahr 1909 vom Arbeitersekretariat, Gewerkschaftskartell, Kuratorium der Zentralbibliothek, Bildungsausschuß, Jugendausschuß und den Gewerbegerichtsbeisitzern. Selbstverlag. 80 S.

— Frankfurt a. M. XI. Jahresbericht für 1909, nebst Bericht des Gewerkschaftssekretariats. Buchhandlung Volksstimme, Maier & Co. 143 S

— und die Gewerkschaften in Halle a. S. im Jahre 1910. Selbstverlag. 68 S.

— und Gewerkschaftskartell Jena. Jahresbericht für 1909. Statistische Beilagen, Adressenverzeichnis. Selbstverlag des Gewerkschaftskartells. 24 S.

— für Kiel und Umgegend. IX. Jahresbericht, nebst Bericht der Gewerkschaftskartelle Kiel und Dietrichsdorf, der Bildungskommission und der Arbeiterzentralbibliothek; Geschäftsjahre 1909 u. 1910. Selbstverlag. 90 S. u. 114 S.

— Das Leipziger, und die Leipziger Gewerkschaften im Jahre 1909. VI. Jahresbericht des Sekretariats. Gewerkschaftskartell. 80 S.

— ... 1910. VII. Jahresber. d. Sekret. Ebda. 80 S.

— in Lübeck. IX. Jahresbericht nebst Jahresberichten der Aufsichtskommission und des Gewerkschaftskartells. Selbstverlag. 43 S.

— München. XII. Jahresbericht und Geschäftsbericht des Gewerkschaftsvereins pro 1909. Selbstverlag. 128 S.

— Nürnberg. XV. Jahresbericht nebst Berichten der Vereinigten Gewerkschaften, der Beisitzer des Gewerbegerichts, der Nürnberger Gewerkschaftsbewegung, des Bildungsausschusses und des Volkshausvereins usw. für das Jahr 1909. Selbstverlag. 92 S.

— Stuttgart. XIII. Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1909 nebst Bericht der Vereinigten Gewerkschaf-

ten Stuttgart. Selbstverlag der Vereinigten Gewerkschaften. 61 S.

Bergarbeiter-Kongreß, XXI. Internationaler, abgeh. in Brüssel 8.—12. VIII. 1910. Manchester, J. Ashton jr. 72 S.

Bericht d. Vorstandes u. Ausschusses des Zentralverbandes d. Handlungsgehilfen u. Gehilfinnen Deutschlands (Sitz Hamburg), über die Geschäftsperiode 1908 bis 1909 nebst Protokoll d. VII. Generalversammlung. Hamburg, Max Josephsohn. 52 S.

— des Gewerkschaftskartells zu Chemnitz für 1910. Nebst d. Bericht d. Arbeitersekretariats. Selbstverlag. 79 S.

— über die Tätigkeit der Verwaltungstelle des deutschen Holzarbeiterverbands Hamburg für 1910. Hamburg, W. Momberg 1911. 134 S.

— des Österreich. Metallarbeiterverbandes an den VI. Kongreß d. Internat. Metallarbeiterbundes in Birmingham 1910. Wien, Selbstverlag 1910. 60 S.

Geschäftsbericht des Zentralverbands d. Töpfer u. Berufsgenossen Deutschlands Filiale Berlin für 1910. Berl., Franz Segawe 1911. 82 S.

— des Zentralvorstandes des Verbands deutscher Textilarbeiter für 1908 und 1909. Berlin, Selbstverlag 144 S.

Jahrbuch des deutschen Arbeiterstenographenbundes und der Volkstenographen Österreichs und der Schweiz für das Jahr 1910. II. Jahrg. bearbeit. von Gustav Richter. Lahr i. Baden, G. Ruhter. 144 S.

— der christlichen Gewerkschaften für 1911. Hrsg. vom Generalsekretariat des Gesamtverbandes d. christl. Gewerkschaft. Deutschlands. IV. Jahrgang. Köln, Christl. Gewerkschaftsverlag. 186 S.

Jahrbuch 1909 der Kölner Gewerkschaften. Bericht des Arbeitersekretariats, des Kartells der freien Gewerkschaften und der Zentralbibliothek von Köln. Köln, Verlag des Kartells der freien Gewerkschaften Köln und Umgegend. 144 S.

— der Kölner Gewerkschaften für 1910. Selbstverlag. 158 S.

—, Deutscher Holzarbeiter-Verband. 1910 u. 1911. Hrsg. v. Verbandsvorstand. Berlin, Verbandsverlag. 415 S.

—, Zentralverband aller in der Schneiderei beschäftigten Personen. 1910 u. 1911. Hamburg, Selbstverlag.

Jahresbericht und Bericht des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands, Zweigverein Hamburg u. Umgegend, über die Lohnbewegung und Aussperrung 1910. Bearb. v. F. Hüffmeier. Hamburg, Auer & Co. 1910. 199 S.

— und Tarifbewegung desselben Verbandes. Bearb. v. F. Hüffmeier. Ebda. Verb. d. Ortsverwaltg. 1911. 75 S.

— der Zentrale für private Jugendfürsorge in Frankfurt a. M. 1907—1910. Frankfurt a. M., Selbstverlag. 48 S.

— für 1909 u. 1910. Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Nürnberg). Nürnberg, Fränkische Verlagsanstalt. 76 u. 80 S.

— für das X. Geschäftsjahr Januar bis Dezember 1909. Bericht des Gewerkschaftskartells Halle a. S. über den Stand der Organisationen usw., sowie einer Abhandlung über die Beschlagnahme des Arbeitslohnes. Halle a. S., Selbstverl. d. Arbeitersekretariats. 64 S.

— des Zentralvorstandes des Zentralverband der Lederarbeiter und -ar-

beiterinnen Deutschlands für 1909. Berlin, G. Mahler. 142 S.

Jahresbericht, 1910 des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands. Hamburg, A. Tobler. 163 S.

— des Verbands der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands für 1909. Berlin, hersg. v. Zentralvorstand. 237 S.

— des Bundeskomitees des Schweizer Gewerkschaftsbunds an die Zentralvorstände und Mitglieder des Gewerkschaftsausschusses für 1909. Bern, Unionsdruckerei. 80 S.

— des Deutschen Tabakarbeiter-Verbands für 1909. Bremen, Verbandsverlag. 124 S.

Protokoll der Verhandlungen des 11. Verbandstages des Deutschen Buchbinder-Verbandes, abgeh. in Erfurt, 13.–18. VI. 1910. Nebst Anhang: Protokoll der zweiten internationalen Konferenz der Buchbinder-Verbände, abgeh. 20.—21. VI. 1910 in Erfurt. Berlin, Selbstverlag E. Kloth. 344 und 32 S.

— des VII. ordtl. Verbandstages des Verbandes der Vereine der Buchdrucker u. Schriftgießer u. verwandter Berufe Österreichs, abgeh. in Brünn, 12.—17. IX. 1910. Wien, Verbandsverlag 1910. 167 S.

— der Verhandlungen d. außerordtl. VII. Kongresses d. Gewerkschaften Deutschlands, abgeh. zu Berlin, 25.—26. IV. 1910. Berlin, Verlag der Generalkommission. 128 S.

— über die Verhandlungen des zehnten Verbandstages d. Verbands der Friseurgehilfen Deutschlands. Abgeh. zu Nürnberg 16.—19. V. 1910. Berlin. Verbandsverlag. 102 S.

— des VIII. ordtl. Verbandstages d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Abgeh. zu München 19.—25. VI. 1910. Berlin, Verbandsverlag. 296 S.

Protokoll des VI. ordtl. Gewerkschaftskongresses Österreichs, abgeh. zu Wien, 17.—22. X. 1910. Nebst Bericht d. Gewerkschaftskommission, Wien, A. Hueber. 380 S.

— über die Verhandlungen d. I. Kongresses der christl. Gewerkschaften Österreichs. 13. I.—2. II. 1909. Wien, Verlag d. Zentralkommission d. christl. Gewerkschaften 1909. 106 S.

— der XII. ordtl. Generalversammlung des Zentralverbands aller in der Schneiderei beschäftigten Personen. Abgeh. 22.—28. V. 1910 in München. Hamburg, Fr. Lange. 240 S.

— der Verhandlungen d. I. Konferenz der Sensenarbeiter Deutschlands nebst Bericht an die Konferenz. Abgeh. 18.—19. XII. 1909 zu Frankfurt a. M. Hamburg, Selbstverlag des Zentralverbandes der Schmiede. 75 S.

— der X. Generalversammlung d. Deutschen Textilarbeiter-Verbandes. Abgeh. 20.—25. VI. 1910 zu Berlin. Berlin, Karl Hübsch. 334 S.

Rechenschaftsbericht der Krankenkasse der Versicherungsangehörigen für 1909. Wien, Selbstverlag 1910. 19 S.

— d. Verhandlungen des VIII. Verbandstages des Verband. der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands zu Köln a. Rh. Ostern 1910. Berlin, Verbandsverlag. 173 S.

Verhandlungen, die, der Konferenz der internationalen Gewerkschaftsorganisationen Mährens. Abgeh. 3.—4. IV. 1910 in Brünn. Wien, „Vorwärts“. 40 S.

VII.

DAVID, GERTR., Sozialismus und Genossenschaftsbewegung. Berlin, Buchhandlung Vorwärts 1910. 64 S.

* GÖHRE, Paul, Die deutschen Arbeiter-Konsumvereine, Berlin, Buchhdlg. Vorwärts 1910. 876 S.

† GORIA, GIUSEPPE, La cooperazione di classe tra i lavoratori in Italia. Con prefazione di LUIGI LUZZATTI. Torino, Bocca 1909. XV.—291.

Jahrbuch der internationalen Genossenschaftsbewegung. I. Jhrg. Hrsg. i. Auftrag des Zentralvorstandes d. Internat. Genossenschaftsbundes. London u. Zürich, Verlag d. Bundes. 236 S.

† KAUFMANN, HEINR., Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Konsumgenossenschaftsbewegung. Hamburg, Zentralverband deutsch. Konsumvereine 1911. 112 S.

Konsumvereine, Der Zentralverband deutscher, im Jahre 1909. Berichte des Vorstandes und des Generalsekretärs über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Verbandsjahre 1909. Erst. z. VII. ordtl. Gewerkschaftstage in München 13.—15. VI. 1910 von Max Radestock u. Heinrich Kaufmann. Hamburg, Selbstverlag des Zentralverbands 1910. 676 S.

—, Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher. VIII. Jhrg. 1910. Hrsg. v. Generalsekretär des Zentralverbandes, Heinr. Kaufmann. Hamburg, Verlag des Zentralverbandes. 2 Bände 1910. 951 und 1079 S.

—, Großeinkaufsgesellschaft deutscher, m. b. H., Bericht über das 16. Geschäftsjahr 1909. Hamburg, Selbstverlag. 109 S.

MÜLLER, AUG., Die Seifenfabrik der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Gröba-Riesa. Eine Darstellung ihres Werdens u. ihrer genossenschaftl. u. wirtschaftl. Bedeutung. Hamburg, Selbstverlag 1910. 254 S. Mit 38 Abbildungen.

† PUMPIANSKY, LEO, Die britische Genossenschaftsbewegung von 1824 bis 1834. München, Birk & Co. 1910. 114 S.

RENNER, K., Landwirtschaftliche Genossenschaften u. Konsumvereine. Referat am VII. Verbandstage d. Zentralverbands österr. Konsumvereine. Wien 1910. 24 S.

† VOUTERS, Henry, Le petit commerce contre les grands magazins et les coopératives de consommation. Paris, Arth. Rousseau 1910. 205 S.

Berichtigungen.

S. 14, Zeile 17 von oben lies: 2310 statt: 2130.
„ 20, Anm., letzte Zeile „ former statt: farmer.
„ 425, Zeile 3 von oben „ noch „ auch.
„ —, „ 11 „ unten „ gleichsetzte statt: gleichgesetze.
„ —, Anm. Zeile 3 von unten lies: Kapitel statt: Kapital.

VII.

DAVID, GERTR., Sozialismus und Genossenschaftsbewegung. Berlin, Buchhandlung Vorwärts 1910. 64 S.

* GÖHRE, Paul, Die deutschen Arbeiter-Konsumvereine, Berlin, Buchhdlg. Vorwärts 1910. 876 S.

† GORIA, GIUSEPPE, La cooperazione di classe tra i lavoratori in Italia. Con prefazione di LUIGI LUZZATTI. Torino, Bocca 1909. XV.—291.

Jahrbuch der internationalen Genossenschaftsbewegung. I. Jhrg. Hrsg. i. Auftrag des Zentralvorstandes d. Internat. Genossenschaftsbundes. London u. Zürich, Verlag d. Bundes. 236 S.

† KAUFMANN, HEINR., Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Konsumgenossenschaftsbewegung. Hamburg, Zentralverband deutsch. Konsumvereine 1911. 112 S.

Konsumvereine, Der Zentralverband deutscher, im Jahre 1909. Berichte des Vorstandes und des Generalsekretärs über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Verbandsjahre 1909. Erst. z. VII. ordtl. Gewerkschaftstage in München 13.—15. VI. 1910 von Max Radestock u. Heinrich Kaufmann. Hamburg, Selbstverlag des Zentralverbands 1910. 676 S.

—, Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher. VIII. Jhrg. 1910. Hrsg. v. Generalsekretär des Zentralverbandes, Heinr. Kaufmann. Hamburg, Verlag des Zentralverbandes. 2 Bände 1910. 951 und 1079 S.

—, Großeinkaufsgesellschaft deutscher, m. b. H., Bericht über das 16. Geschäftsjahr 1909. Hamburg, Selbstverlag. 109 S.

MÜLLER, AUG., Die Seifenfabrik der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Gröba-Riesa. Eine Darstellung ihres Werdens u. ihrer genossenschaftl. u. wirtschaftl. Bedeutung. Hamburg, Selbstverlag 1910. 254 S. Mit 38 Abbildungen.

† PUMPIANSKY, LEO, Die britische Genossenschaftsbewegung von 1824 bis 1834. München, Birk & Co. 1910. 114 S.

RENNER, K., Landwirtschaftliche Genossenschaften u. Konsumvereine. Referat am VII. Verbandstage d. Zentralverbands österr. Konsumvereine. Wien 1910. 24 S.

† VOUTERS, Henry, Le petit commerce contre les grands magazins et les coopératives de consommation. Paris, Arth. Rousseau 1910. 205 S.

Berichtigungen.

S. 14, Zeile 17 von oben lies: 2310 statt: 2130.
„ 20, Anm., letzte Zeile „ former statt: farmer.
„ 425, Zeile 3 von oben „ noch „ auch.
„ —, „ 11 „ unten „ gleichsetzte statt: gleichgesetze.
„ —, Anm. Zeile 3 von unten lies: Kapitel statt: Kapital.

Druck von J. B. Hirschfeld in Leipzig

Band XIV. **Der Arbeiterschutz, seine Theorie und Politik.** Von Dr. Kuno Frankenstein, weil. Dozenten an der Humboldt-Akademie in Berlin. 11 M.

Band XV. **Grundzüge der Sozialpolitik.** Von Dr. R. van der Borght, Präsident des kaiserl. Statist. Amtes, Berlin. 16 M. 50 Pf.

Band XVI. **Handel und Handelspolitik.** Von Dr. R. van der Borght, Präsident des kaiserl. Statist. Amtes, Berlin. 2. Auflage. 17 M. 50 Pf.

Band XVII. **Das Versicherungswesen.** Von Hermann Brämer, Sekretär des Verbandes deutscher öffentlicher Feuerversicherungs-Anstalten in Merseburg, und Karl Brämer, Geh. Regierungsrat, Mitglied des kgl. preuss. Statistischen Bureaus in Berlin. 11 M. 50 Pf.

Band XVIII. **Kolonialpolitik.** Von Dr. Alfred Zimmermann, kais. Legationsrat a. D. in Berlin. 12 M. 60 Pf.

II. Abteilung: **Finanzwissenschaft.**

Band I. **Die Grundzüge der Finanzwissenschaft.** Zur Einführung in das Studium der Finanzwissenschaft von Dr. Wilhelm Vocke, weil. kaiserl. Geh. Oberrechnungsrat a. D., Ansbach. 11 M.

Band II. **Die Steuern.** Besonderer Teil. Von Dr. Albert Schäffle, weil. k. k. Minister a. D., Stuttgart. 13 M.

Band III. **Die Steuern.** Besonderer Teil. Von Dr. Albert Schäffle, weil. k. k. Minister a. D., Stuttgart. 20 M.

Band IV. **Das Budget.** Von Dr. Max von Heckel, Professor an der Universität in Münster. 10 M.

Band V. **Die Kommunalfinanzen.** (Grossbritannien, Frankreich, Preussen). Von Dr. Richard von Kaufmann, weil. Geh. Regierungsrat und Prof. in Berlin. 2 Bände. 27 M.

III. Abteilung: **Staats- und Verwaltungslehre.**

Band I. **Allgemeine Staatslehre.** Von Dr. Richard Schmidt, Geh. Hofrat und Professor an der Universität Freiburg i. B.
I. Band: Die gemeinsamen Grundlagen des politischen Lebens. 8 M. 80 Pf.

Band II. **Allgemeine Staatslehre.** Von Dr. Richard Schmidt, Geh. Hofrat und Professor an der Universität Freiburg i. B.
II. Band. Die verschiedenen Formen der Staatsbildung.
I. Teil: Die älteren Staatsgebilde. 12 M. 50 Pf.
II. Teil: Die Entstehung der modernen Staatenwelt. 14 M. 50 Pf.

Band III. **Das öffentliche Unterrichtswesen.** I. und II. Teil. Von Prof. Dr. A. Petersilie, Geh. Regierungsrat, Mitglied des königl. preuss. Statistischen Bureaus in Berlin. 28 M.

Band VI. **Das öffentliche Gesundheitswesen.** Allgemeiner Teil. Von Dr. O. Rapmund, Regierungs- und Geh. Medizinalrat in Minden i. W. 9 M. 50 Pf.

Elegant halbfranz gebundene Exemplare kosten 2 Mark mehr.

REVUE HISTORIQUE
DE LA
RÉVOLUTION FRANÇAISE

DIRECTEUR: CHARLES VELLAY
Rédaction et Administration: 9, rue Saulnier, Paris (IXe).

MM. les auteurs et éditeurs des pays de langue allemande peuvent s'adresser à M. le Dr. Otto Karmin, 8, avenue des Arpillières, Genève-Chêne (Suisse).

Principaux collaborateurs:

MM. Frédéric Barbey; Ant. Barthélemy; Commandant H. Bourdeau; Joseph Combet, docteur ès lettres, professeur au lycée de Nice; Hector Denis, professeur à l'Université de Bruxelles; H. Duval, professeur au lycée de Saint-Rambert (Lyon); Dr. Félix Falk, privat-docent à l'Université de Genève; Paul Feuillâtre, archiviste de la Légion d'honneur; Dr. Hans Glagau, professeur extraordinaire à l'Université de Marburg; Dr. Carl Grünberg, professeur à l'Université de Wien; Dr. Otto Karmin, privat-docent à l'Université de Genève; Frédéric-M. Kircheisen; Dr. Lacassagne, professeur à l'Université de Lyon; C. Latreille, docteur ès lettres, professeur au lycée de Lyon; Alexander Marki, professeur à l'Université de Kolozwár; Henri Michel, conservateur de la Bibliothèque communale d'Amiens; H. Monin, docteur ès lettres, professeur au Collège Rollin; Ernest Nys, professeur à l'Université de Bruxelles; L. G. Pélissier, doyen de la Faculté des Lettres de l'Université de Montpellier; Georges Renard, professeur au Collège de France; Michel Sokolnicki, docteur en philosophie; A. de Stefano, docteur ès lettres, privat-docent à l'Université de Genève; G. Weulersse, docteur ès lettres, professeur au lycée Carnot, à Paris; etc . . .

La *Revue historique de la Révolution française* paraît tous les trois mois, par fascicules de 160 pages. Chaque fascicule estac compagné d'un supplément de 64 pages consacré à l'édition des

ŒUVRES COMPLÈTES DE MAXIMILIEN ROBESPIERRE
PUBLIÉES PAR

MM. Victor Barbier, secrétaire général de l'Académie d'Arras, et Charles Vellay, docteur ès lettres.

PRIX DE L'ABONNEMENT ANNUEL
A LA
REVUE HISTORIQUE DE LA RÉVOLUTION FRANÇAISE
ET A SON SUPPLÉMENT:

France	20 francs.
Pays de l'Union postale	22 „
Un fascicule	6 „